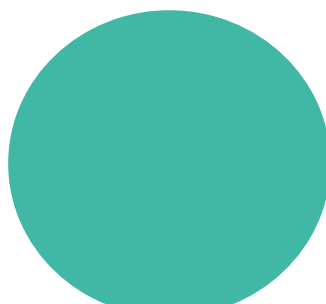
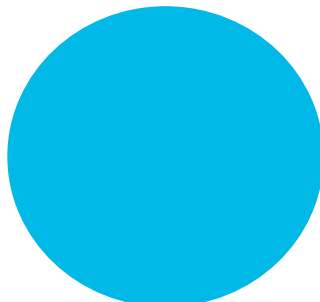
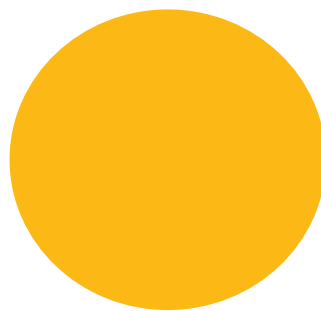
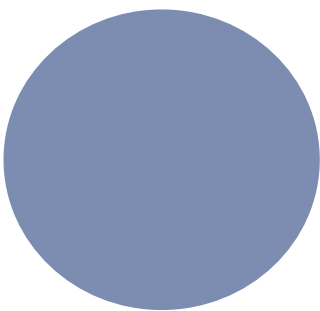


Erster Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland

Komplette Fassung



Erster Armuts- und Reichtums- bericht für das Saarland

Komplette Fassung



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Soziale Gerechtigkeit und soziale Teilhabe sind für die Saarländische Landesregierung wichtige Grundlagen der gemeinsamen Arbeit. Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, in der niemand zurückgelassen wird. In den Zeiten der Globalisierung, des demografischen Wandels und der grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, die sich derzeit vollziehen, kommt der Sozialpolitik als Bindeglied eine wachsende Bedeutung zu.

Dabei sind Teilhabe und Eigenverantwortung, Subsidiarität und Solidarität unsere maßgeblichen Leitlinien.

Wir wollen den Menschen – insbesondere denjenigen, die sich in einer sozial schwierigen Lebenslage befinden – eine wirksame Hilfestellung zur Bewältigung ihrer Lebenssituation geben. Gleichzeitig stehen wir zu den Prinzipien der Eigenverantwortlichkeit und des aktivierenden Sozialstaates. Über allem steht der Grundsatz: Prävention statt Intervention.

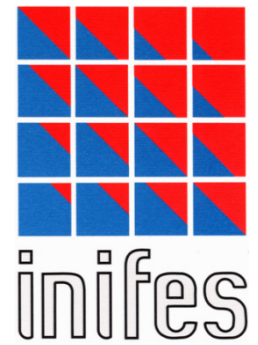
Der Erste Saarländische Armuts- und Reichtumsbericht liefert wichtige, detaillierte Informationen über die Lebensbedingungen der Menschen in unserem Saarland. Dabei bilden die Lebenslage Älterer und diejenige von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Schwerpunkte der Berichterstattung. Für eine aktive Gesellschaftspolitik ist eine umfassende und differenzierte Datenbasis eine zentrale Voraussetzung. Die Erstellung des Ersten Saarländischen Armuts- und Reichtumsberichts ist durch den Beirat Sozialstudien Saar sowie durch Bürgerforen begleitet worden.

Der Bericht zeigt Handlungsfelder auf, an denen wir arbeiten werden, um Konzepte zu entwickeln, wie Armut in Zukunft verhindert werden kann.

Ich bedanke mich bei allen an der Entstehung des Berichts Beteiligten für die kritisch-konstruktive Zusammenarbeit.

Monika Bachmann
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Internationales Institut für
Empirische Sozialökonomie gGmbH
86391 Stadtbergen



Erster Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland

Bearbeiter und Arbeitsteilung:

PD Dr. Jürgen Faik (FaSo Frankfurt/Main; Kapitel 2, 5, 7, 8, 9, 10)

Prof. em. Dr. Richard Hauser (Beratung)

Markus Holler, MA. (INIFES; Kapitel 6.5)

Prof. Dr. Ernst Kistler (INIFES; Projektleitung; Kapitel 1, 2, 3, 4.5, 6.1-6.4, 7-11)

Dipl.-Soz. Constantin Wiegel (INIFES; Kapitel 6.3, 7.7, 11)

Unter Mitarbeit von

Carolin Baier, Antje Hoffmann (INIFES)

Dipl.-Vw. Hans-Christian Mager (FaMa Hachenburg; Kap 4.1-4.4, 6.6)

Kontakt:

INIFES, Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen

Mail: info@inifes.de; Tel.: 0821/24 36 94-0; Fax: 0821/43 25 31

Stadtbergen im September 2015

Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland

•	Vorwort	II
•	Inhaltsverzeichnis	III
A)	Auftrag und Konzeption	1
1.	Auftrag, Zielsetzung	1
1.1	Anforderungen aus der Ausschreibung	1
1.2	Weitere Anforderungen und partizipativer Ansatz	2
1.3	Zur theoretischen Konzeption des Armuts- und Reichtumsberichts	3
2.	Methodische und datenseitige Grundlagen	6
2.1	Zentrale Indikatoren, Kennziffern und Begriffe	6
2.2	Datengrundlagen und deren Grenzen	10
2.3	Zeitreihen, regionale Vergleiche und Differenzierungen	14
3.	Aussagegrenzen: Datenlücken und ungenügende Datenlage – insbesondere zur Einkommens- und Vermögensverteilung an den Rändern	16
4.	Sozioökonomische Rahmendaten für das Saarland	22
4.1	Bevölkerungsentwicklung	22
4.1.1	Soziodemografische Gruppen	22
4.1.2	Privathaushalte	25
4.1.3	Bevölkerungswanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes	26
4.1.4	Nationalität und Migrationshintergrund	26
4.2	Zur Wirtschaftskraft	27
4.3	Ausgewählte Indikatoren zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	30
4.3.1	Erwerbstätigkeit	30
4.3.2	Pendler	35
4.3.3	Arbeitslosigkeit	36
4.4	Öffentliche Verschuldung	39
4.5	Die Großregion	40

5.	Zur funktionalen und personalen Verteilung der Einkommen und Vermögen	44
5.1	Funktionale Einkommensverteilung	44
5.2	Personale Einkommensverteilung	48
5.2.1	Primärverteilung	48
5.2.2	Sekundärverteilung	61
5.3	Vermögensverteilung	65
B)	Stand und Entwicklung der Einkommensarmut und Vermögensarmut	72
6.	Einkommensarmut	72
6.1	Einkommensarmut insgesamt und nach Geschlecht	74
6.2	Armutsrisikoquoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen	78
6.3	Armut und Lebenslagen von jungen Menschen und Familien	83
6.3.1	Armutsrisikoquoten junger Menschen und ihre Entwicklung	83
6.3.2	Ursachen	89
6.3.3	Zwischenfazit	111
6.3.4	Folgen von Kinder- und Jugendarmut	112
6.3.5	Zusammenfassende Betrachtung	124
6.4	Armut und Lebenslagen älterer Menschen	125
6.4.1	Armutsrisikoquoten Älterer	127
6.4.2	Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und ihre zeitliche Entwicklung	131
6.4.3	Andere Alterseinkommen und Vermögen Älterer	147
6.4.4	Zur Lebenslage und den Teilhabechancen (einkommensarmer) Älterer	157
6.4.5	Zwischenfazit	167
6.5	Mindestsicherungs- und Sozialleistungen	169
6.5.1	Mindestsicherungsquote	170
6.5.2	Grundsicherung nach SGB II	174
6.5.3	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII ...	181
6.5.4	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	188

6.5.5	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfen in besonderen Lebenslagen	191
6.5.6	Zwischenfazit	197
6.6	Armutrisiko Überschuldung.....	200
6.6.1	Verschuldung und Überschuldung	200
6.6.2	Überschuldete Privatpersonen im Saarland.....	201
6.6.3	Sozioökonomische Merkmale überschuldeter Privatpersonen	203
6.6.4	Ursachen von Überschuldung	206
6.6.5	Wege aus der Überschuldung	208
6.6.6	Zwischenfazit: Armutrisiko Überschuldung	210
6.7	Einige Befunde aus der Ergänzungsstudie und aus den kommunalen Armuts- bzw. Sozialberichten im Saarland im Überblick.....	210
6.7.1	Die Sicht der Initiativen und Einrichtungen.....	211
6.7.2	Einige Befunde aus der kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung	215
6.7.3	Zwischenfazit	217
7.	Vermögensarmut.....	218
7.1	Vorbemerkungen	218
7.2	Allgemeine Entwicklungen	219
7.3	Soziodemografische Differenzierung.....	222
C)	Einkommensreichtum und Vermögensreichtum	227
8.	Einkommensreichtum	227
8.1	Allgemeine Entwicklung.....	227
8.1.1	Mikrozensus und Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.....	228
8.1.2	Einkommensteuerstichprobe	231
8.2	Gruppenspezifischer Einkommensreichtum	234
8.3	Vergleiche zwischen Einkommensreichen und –armen.....	240
8.4	„Wirklicher“ Einkommensreichtum.....	242
8.5	Zwischenfazit	246

9.	Vermögensreichtum.....	247
9.1	Allgemeine Ergebnisse	248
9.1.1	Bundesländervergleich	248
9.1.2	Vergleich mit weiteren Wohlstandsindikatoren	250
9.2	Soziodemografische Differenzierung.....	251
9.3	Vergleich Vermögende versus Vermögensarme.....	254
9.4	Spitzenvermögen	257
9.5	Erbschaften und Schenkungen	261
9.6	Zwischenfazit	266
D)	Zusammenfassung und Ausblick	267
10.	Zusammenfassung.....	267
10.1	Funktionale Einkommensverteilung, Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen	268
10.2	Sekundärverteilung der Einkommen und Vermögensverteilung.....	271
10.3	Armutgefährdung.....	271
10.3.1	Schwerpunkt: Armut und Lebenslagen von jungen Menschen und Familien	273
10.3.2	Schwerpunkt: Armut und Lebenslagen älterer Menschen	277
10.3.3	Mindestsicherung	282
10.3.4	Überschuldung.....	284
10.4	Vermögensarmut	286
10.5	Einkommensreichtum	287
10.6	Vermögensreichtum	289
10.7	Schlussfolgerungen	290
11.	Benennung von Handlungsfeldern und Ausblick.....	293
11.1	Kann man mit Armutrisikoquoten Handlungsfelder und Zielgruppen identifizieren?	294
11.2	Handlungsfelder.....	298
11.3	Ausblick.....	304
	Literaturverzeichnis	310

Verzeichnis der Darstellungen.....	326
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen in „grauen Kästen“ ...	338
Abkürzungsverzeichnis.....	339
Karte Saarland und Karte Großregion.....	342

A) Auftrag und Konzeption

1. Auftrag, Zielsetzung

1.1 Anforderungen aus der Ausschreibung

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat mit Projektbeginn zum 01.04.2014 eine Bietergemeinschaft unter Führung und Koordination des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie gGmbH (INIFES) mit der Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts für das Saarland beauftragt.¹

Die Anforderungen des Ministeriums wurden in der Ausschreibung wie folgt definiert: „Im Zentrum des Berichts soll die Analyse der Einkommens- und Vermögensentwicklung stehen, als Basis einer Bestandsaufnahme der sozialen Lage im Saarland. Daraus können dann Vorschläge für zukünftige Handlungsfelder zur Armutsbekämpfung und -prävention abgeleitet werden.“

Mit folgenden Schlagworten wurden die Anforderungen weiter umrissen:

- Lebenslagenansatz, ausgehend von einem relativen Armutsbegriff;
- Untersuchung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen;
- kombinierter Einkommens- und Vermögensreichtum;
- Sozialraumanalyse.

Darüber hinaus wurde zwar keine umfassende Beschreibung der sozialen Lage in verschiedenen Lebenslagendimensionen/Politikbereichen erwartet, wie sie in klassischen Sozialberichten üblich ist. Sehr wohl wurde in der Ausschreibung jedoch gefordert, in vielen Punkten auf den Zusammenhang von Armut (bzw. abgewandelt auch von Reichtum) und der sozialen Lage in verschiedenen Lebens-/Politikbereichen (wie Bildung, Gesundheit, Arbeit usw.) zu fokussieren – und dies unter Beachtung einzelner, ausgewählter Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Ältere, Migrationsbevölkerung etc.

¹ Parallel dazu wurde INIFES mit der Durchführung einer Ergänzungsstudie beauftragt: „Kommunale Projekte gegen Armut und zur Armutsprävention im Saarland“. Die Befunde aus dieser Studie werden als eigenständiges Handbuch veröffentlicht. Sie werden zum Teil auch in den vorliegenden Armuts- und Reichtumsbericht einbezogen.

1.2 Weitere Anforderungen und partizipativer Ansatz

Für die konzeptionelle Orientierung des Berichtes waren nicht nur die oben genannten Anforderungen bedeutsam. Aus der Vorgeschichte der Ausschreibung und speziell aus dem im Saarland gewählten partizipativen Ansatz leiten sich weitere „Vorgaben“ ab:

- So hat die Landesregierung 2013 einen „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland“ veröffentlicht (vgl. MSGFF 2013), der u. a. auf zwei „Vorgänger“-Studien beruhte (vgl. Engels u. a. 2009; Thielebein, Engels 2011). Die Ergebnisse des Aktionsplans und dieser Studien sind im vorliegenden ersten Armuts- und Reichtumsbericht kritisch zu reflektieren, ebenso wie auch diejenigen anderer Studien (z. B. der jährlichen Berichte der Arbeitskammer des Saarlandes an die Landesregierung) zu berücksichtigen sind.
- Im Kontext und Umfeld des Aktionsplans und der beiden genannten Studien hat im Saarland eine Diskussion der verschiedenen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen zum Thema Armut (und ansatzweise auch Reichtum) stattgefunden. Durch diese Diskussion wurde – vermittelt vor allem über den Beirat zum Armuts- und Reichtumsbericht – auch dieser Bericht mit geprägt.²
- Schließlich sind die vom Saarländischen Sozialministerium organisierten Bürgerforen (2013 bereits im Vorfeld der Auftragserteilung) zu erwähnen, in denen explizit eine Reihe von Wünschen und Anforderungen an den Armuts- und Reichtumsbericht aus der Perspektive von Betroffenen und Praktikern³ der Sozialen Arbeit formuliert wurde.

Gerade aus der Dokumentation der beiden Bürgerforen 2013 leitet sich im Sinne eines partizipativen Ansatzes eine Reihe von höchst heterogenen Herausforderungen ab. Diesen Herausforderungen stellt sich der Bericht – wir halten die große Mehrheit der aufgestellten Anforderungen für vernünftig und nachvollziehbar. Das beginnt bereits bei der Forderung nach einer klaren, verständlich geschriebenen und im Umfang nicht ausufernden Berichterstattung.

² Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Mitgliedern des Projektbeirats für die Anregungen, kritischen Diskussionen und freundliche Hilfe bei der Eröffnung von Informations- und Datenzugängen.

³ Aus Platzgründen und Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Bericht meist nur die männliche Anspracheform verwendet. Selbstverständlich sind dabei immer beide Geschlechter gemeint.

Einem Wunsch aus den Bürgerforen kann und soll im vorliegenden Bericht jedoch ausdrücklich nicht nachgekommen werden – dem Wunsch nach weniger Zahlen und Statistik und einem viel stärker qualitativen statt quantitativen Ansatz. Es gilt nämlich: Je weniger Transparenz und nachvollziehbare Zahlen zur Armut- und Reichtumsentwicklung vorliegen, desto größer ist die Gefahr, dass die gesellschaftliche Spaltung unauffällig und ungehindert voranschreitet.

Eine weitere Anforderung aus den Bürgerforen an den Armut- und Reichtumsbericht muss ebenfalls zurückgewiesen werden: Die Forderung nach der Benennung von Handlungsprioritäten. Dies ist nicht Aufgabe eines wissenschaftlichen Armut- und Reichtumsberichts, sondern diejenige von Politik, Organisationen und Bürgern, wenn sie Schlussfolgerungen aus dem vorgelegten Bericht ziehen (Erst in diesem Diskurs können wir als Wissenschaftler und Staatsbürger dann auch eigene Meinungen zu Prioritäten äußern). Im Bericht selbst endet die Aufgabe entsprechend bei der Benennung und Herausarbeitung von Handlungsfeldern.

1.3 Zur theoretischen Konzeption des Armut- und Reichtumsberichts

Wie oben bereits aus der Ausschreibung zitiert, erwartet die Auftraggeberin im Kern Aussagen zur Armut- und Reichtumsentwicklung im Sinne der monetären Ressourcen, über die Personen bzw. private Haushalte verfügen. Darüber hinaus wird eine Beschreibung von Lebenslagen Armer (bzw. Reicher) erwartet und ebenfalls eine Auseinandersetzung mit Teilhabe- und Verwirklichungschancen.

Damit sind drei prinzipielle Ansätze der Sozial- bzw. Armut- und Reichtumsberichterstattung benannt:

- Ressourcenansatz – im Sinne finanzieller⁴ Ressourcen (Einkommen und Vermögen).
- Lebenslagenansatz – im Sinne der Beschreibung materieller und immaterieller sozialer Situationen von Menschen bzw. Haushalten (von der verfügbaren Ausstattung mit privaten Gütern über die Inanspruchnahme öffentlich bereitgestellter Sachleistungen wie etwa Bildungseinrichtungen oder Freizeit- und Kulturangebote bis

⁴ Weder die Stromgröße Einkommen noch die Bestandsgröße Vermögen müssen sich dabei auf unmittelbare Geldgrößen beschränken: So können Realleistungen wie die Nutzung eines Dienstwagens oder einer Dienstwohnung ebenso wie z. B. bestimmte Sozialversicherungsansprüche (wie Rentenanwartschaften), Betriebsvermögen, Immobilien usw. berücksichtigt werden, indem sie in monetäre Werte umgerechnet werden – was aber zumeist an der Datenlage scheitert.

hin zu immateriellen, psychologischen Aspekten wie Unsicherheit, Zufriedenheit, dem Gefühl des Ausgeschlossenseins etc.).

- „Capability“-Ansatz – im Sinne der z. B. von Amartya Sen (2002) vorgeschlagenen Analysen von Teilhabe- und Verwirklichungschancen.⁵ Man unterscheidet dabei zwischen der prinzipiellen Verfügbarkeit von Ressourcen (z. B. Infrastrukturangeboten) und den Verwirklichungschancen (Capabilities), die es einem Individuum/Haushalt erst ermöglichen, dieses Angebot auch zu nutzen.

Diese drei verschiedenen konzeptionellen Ansätze werden in der Literatur manchmal als Gegensätze verstanden. Idealerweise ergänzen sie sich jedoch, gerade in der Sozialberichterstattung. Dabei nehmen allerdings vom Ressourcen- bis hin zum Capability-Ansatz die Komplexität der Analyse und insbesondere die Anforderungen an die Datenlage zu. Das hat u. a. damit zu tun, dass sich bei Untersuchungen auf Basis des Lebenslagen- und vor allem des Capability-Ansatzes verstärkt Fragen nach Zusammenhängen zwischen verschiedenen Lebensbereichen und damit nach Ursachen von individuellen und gruppenspezifischen Unterschieden in der sozialen Lage auf tun.

Es geht nicht nur um Geld alleine

Die Kritik an der traditionellen Messung gesellschaftlicher Wohlfahrt in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, anhand des (realen) Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und dessen Wachstumsraten, ist altbekannt (z. B. die mangelnde Berücksichtigung von Haushaltsproduktion/Hausarbeit oder von Umweltschäden). Inzwischen gibt es in der Wissenschaft und auch in der Amtlichen Statistik (nicht nur in Deutschland) erhebliche Bemühungen und Fortschritte, um diese Engführung der Wohlfahrtsmessung auf das monetäre Einkommen zu überwinden.

Als Beispiele für solche Erweiterungen seien nur erwähnt: Die Haushaltsproduktion, der rechnerische Mietwert selbstgenutzter Immobilien oder der rechnerische Wert der Nutzung öffentlicher („kostenloser“) Güter.

Trotz großer Bemühungen ist der Stand der Forschung und vor allem derjenige der Amtlichen Statistik noch weit entfernt von den in gemeinhin anerkannten Arbeiten und Dokumenten entworfenen Zielvorstellungen (vgl. z. B. Stiglitz u. a. 2010; European Commission 2009; Deutscher Bundestag 2013).

⁵ Hier geht es – vereinfacht ausgedrückt – vor allem um die Frage nach dem Ausmaß und den Gründen einer (Nicht-)Realisierung von Teilhabechancen, z. B. der Nutzung öffentlich bereitgestellter Sachleistungen wie Bildungseinrichtungen, d. h. es geht um in der Gesellschaft ungleich verteilte Handlungsspielräume.

Im Gegensatz zum Ressourcen- wird beim Lebenslagen- und auch beim Capability-Ansatz zudem ein wesentlich breiteres Spektrum von verteilungsrelevanten „Ressourcen“ und Wirkungszusammenhängen betrachtet als nur das monetäre Einkommen und Vermögen. Die Erweiterung der Perspektive spiegelt sich – sozusagen unabhängig von der Verteilungsfrage – im Kontext der Kritik am Bruttoinlandsprodukt als viel zu eindimensionalem und unvollständigem Wohlstands-/Wohlfahrtsmaß (vgl. Kasten).

Auch im Hinblick auf eine Erweiterung der in Verteilungsanalysen betrachteten Dimensionen über das monetäre Einkommen und Vermögen hinaus hat es vor allem in der internationalen Sozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichterstattung in letzter Zeit eine Reihe von Forschungen gegeben (vgl. z. B. OECD 2011; European Commission 2011; zu einem Überblick Kistler, Schneider 2012; OECD, Ford Foundation 2014). Im Sinne des Lebenslagenansatzes sind hier Fortschritte zu verzeichnen – nicht zuletzt dank einer verbesserten Datengrundlage durch Umfragen wie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) oder EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions). Von einer auch nur annähernd zufriedenstellenden empirischen Anwendung des Capability-Ansatzes kann jedoch noch längst nicht gesprochen werden. Nur für einige Teilbereiche können die institutionellen, sozialen und individuellen Hemmnisse der Realisierung von Teilhabechancen in befriedigender Weise untersucht und qualitativ erfasst werden. Das hat z. B. die Bundesregierung dazu veranlasst, in ihrem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht den Capability-Ansatz als nicht realisierbar zu bezeichnen (vgl. Deutscher Bundestag 2013a, S. 50). Wir teilen diese sehr resignative Sicht nicht. Vielmehr sehen wir darin eine Herausforderung. Der vorliegende Bericht basiert daher auf einer Kombination vor allem aus dem Ressourcen- und dem Lebenslagenansatz, ansatzweise aber auch auf Sekundäranalysen zu gruppenspezifischen Teilhabe- und Verwirklichungschancen, soweit dies die Datenlage ermöglicht.

2. Methodische und datenseitige Grundlagen

In Armuts- und Reichtumsberichten bzw. allgemeiner in Verteilungsstudien gibt es für die quantitative Analyse eine ganze Reihe von gängigen Indikatoren und Standards bezüglich der statistischen Kennziffern. Zum Teil gibt es dafür auch internationale Übereinkünfte. Diese werden für diesen Ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Saarlandes natürlich auf dem neuesten Forschungsstand berücksichtigt, auch wenn auf Länderebene nicht alle Kennziffern empirisch darstellbar sind.

Ebenso ist es eine der Anforderungen aus dem Auftrag des Sozialministeriums, auf eine möglichst große Vergleichbarkeit der Methoden und Kennziffern mit der Sozial- bzw. Armutsberichterstattung des Bundes und anderer Länder zu achten. Allerdings muss dafür auch die Verfügbarkeit der entsprechenden Daten gegeben sein: Für das Saarland enthalten einige der in Berichten auf der Ebene des Bundes oder bevölkerungsreicher Bundesländer üblicherweise verwendeten Datengrundlagen/Stichproben so geringe Fallzahlen, dass tiefergehende Differenzierungen in Teilgruppen statistisch gesichert nur begrenzt bzw. in manchen Fällen überhaupt nicht möglich sind (vgl. Abschnitt 2.2).

Bevor im Folgenden die hauptsächlich verwendeten Datengrundlagen – und ihre Grenzen – kurz erläutert werden, werden die wichtigsten Indikatoren und Kennziffern vorgestellt, die im Bericht mehrfach Verwendung finden.

2.1 Zentrale Indikatoren, Kennziffern und Begriffe

Die auch in diesem Bericht zentralen Kennziffern sind die Armuts- und die Reichtumsquote. Sie messen die Verbreitung von relativer Armut und von relativem Reichtum. Methodisch gesehen, sind relative Armuts- und Reichtumsquoten spezielle Verteilungsmaße. Im nachfolgenden Kasten werden die gängigsten Verteilungskennziffern in einer kompakten Darstellung kurz erläutert.

Zentrale Begriffe und Kennziffern der Verteilungsanalyse und der Messung von Armut und Reichtum

Eine erste grundlegende Unterscheidung betrifft diejenige zwischen der Analyse der funktionalen und der personalen Einkommensverteilung:

Die funktionale Verteilungsanalyse untersucht, wie sich das jährliche erwirtschaftete Produktionsergebnis in einem Land im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (inklusive Boden) verteilt. Maßzahlen sind die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) und die Gewinn- bzw. Profitquote, die sich auf 100 addieren. Dabei kann eine Brutto- oder Nettobetrachtungsweise zur Anwendung kommen sowie eine Bereinigung um die sich mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel verändernden Anteile von abhängig Beschäftigten bzw. Selbstständigen.

Die personale Verteilungsanalyse untersucht dagegen, unabhängig von der Art der Einkommen, wie sich die gesamten Einkommen (bzw. auch Vermögen) auf die Population eines Landes oder bestimmte Gruppen verteilen. Zur Analyse der personalen Verteilung werden verschiedenste Indikatoren und Kennziffern verwendet, auf die nachfolgend näher eingegangen wird.

Zu unterscheiden ist bei der personalen Verteilung die Analyse der Einkommens- und der Vermögensverteilung, also die Verteilung von Strom- versus Bestandsgrößen. Bezogen zunächst auf das Einkommen ist die Betrachtung der Primärverteilung der sogenannten „Markteinkommen“ von der Sekundärverteilung zu trennen. Diese beiden Ebenen unterscheiden sich durch die staatliche Umverteilung, indem bei der Sekundärverteilung – im Unterschied zur Primärverteilung – direkte Abgaben, vor allem die Lohn- und Einkommensteuer und die Sozialversicherungsbeiträge, ebenso wie vom Staat und den Sozialversicherungen bezogene monetäre Transferleistungen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) Berücksichtigung finden. Diese Betrachtungsweisen können sich sowohl auf die einzelnen Personen als auch, meist sinnvoller, auf Haushalte beziehen (wobei die wirtschaftliche und soziale Situation von Personen sich normalerweise im Haushaltszusammenhang bestimmt).

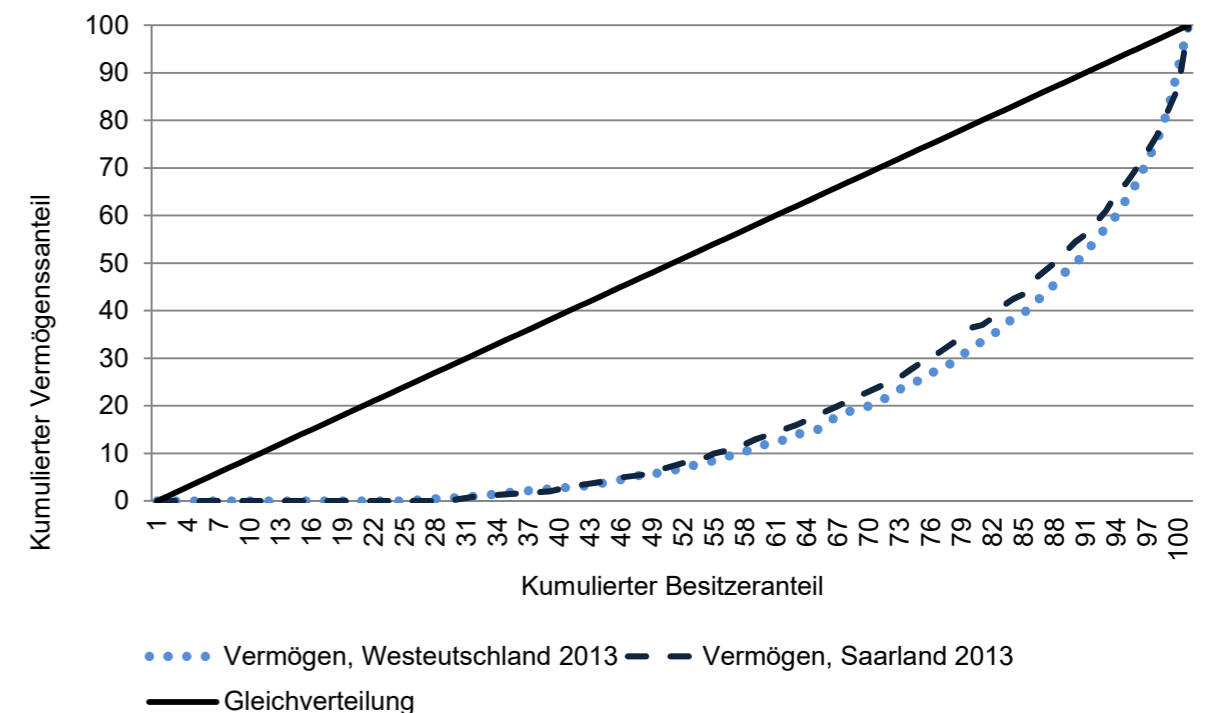
In Mehrpersonenhaushalten bestehen sogenannte Haushaltsgrößenersparnisse. Daher werden die zusammengezählten Einkommen aller Haushaltsmitglieder in Äquivalenzeinkommen umgerechnet. Dazu wird das gesamte Haushaltseinkommen durch eine Bedarfzahl dividiert. Diese errechnet sich in der Praxis zumeist (und auch in unserer Studie) als Summe der Bedarfsgewichte gemäß der sogenannten neuen OECD-Skala (für die erste Person im Haushalt: 1,0, für jede weitere Person ab 14 Jahren: 0,5 und für jedes Kind unter 14 Jahren: 0,3). Bei der Berechnung von Armuts- oder Reichtumsquoten wird dann wiederum die Zahl der Personen in den jeweiligen Gruppen von Haushalten verwendet, indem das Äquivalenzeinkommen eines Haushalts mit seiner Personenzahl multipliziert wird. Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, dass die empirisch festgestellten Armuts- und Reichtumsstrukturen zum Teil durch die jeweils unterstellte Äquivalenzskala geprägt werden.

Beim Haushaltsvermögen, bei dem Bedarfsaspekte nicht so unmittelbar bedeutend sind wie beim Einkommen, werden Pro-Kopf-Größen ausgewiesen.

Wichtige Kennziffern zum Vergleich der monetären Einkommenslage zwischen Ländern, Regionen oder sozialen Gruppen sind das Durchschnittseinkommen (arithmetisches Mittel) und der Median. Die letztgenannte Kennziffer gibt den Wert an, der die untere Hälfte der Population von der oberen Hälfte der Verteilung teilt.

Eine Verteilung kann differenzierter dargestellt werden, indem die Personen nach der Höhe der (Äquivalenz-)Einkommen geschichtet werden, z. B. in Zehntel (sogenannte Dezile) oder in Hundertstel (sogenannte Perzentile). Für die Vermögensverteilung gilt Entsprechendes. Auf der betreffenden Basis kann das durchschnittliche (Äquivalenz-)Einkommen z. B. des einkommensschwächsten Zehntels aller Personen im Land mit dem Durchschnittswert für das einkommensstärkste Zehntel verglichen werden. Häufig werden dabei Kennziffern der Verteilung dadurch gebildet, dass die Untergrenze z. B. der Einkommen des obersten Dezils in Relation zur Obergrenze des untersten Dezils gesetzt wird (das ist die sogenannte 90:10-Relation). Ein anderer Indikator ist die Betrachtung des Anteils einzelner Dezile oder Perzentile am gesamten Einkommen. Hiermit ist die Frage gekoppelt: Wie viel Prozent des gesamten Einkommens aller Personen erzielt das oberste oder unterste Dezil aller Personen?

Abbildung A: Verteilung des Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens im Saarland und in Westdeutschland, Lorenzkurven 2013



Quelle: Eigene Berechnungen (mit EVS 2013)

Eine, zum Verständnis von Verteilungen, wichtige grafische Darstellungsform ist die Lorenzkurve. Um sie zeichnen zu können, werden alle Personen nach der Höhe ihres Vermögens sortiert (geschichtet) und ihre Vermögensanteile kumuliert. Die Abbildung A zeigt exemplarisch zwei solche Lorenzkurven zur Vermögensverteilung im Saarland und in Westdeutschland. Zum Beispiel – untere Kurve für Westdeutschland – besitzen die ersten fünf Dezile (links bis zur Mitte bei der gestrichelten Linie) 6 Prozent allen Vermögens, das in der EVS 2013 erfasst ist. Das definiert den ersten Punkt der Kurve bei den Koordinaten 0,50 auf der waagerechten x-Achse (Prozent aller Personen) und

0,06 auf der senkrechten y-Achse (Prozent aller Vermögen). Das nächste (das sechste) Vermögensdezil hat einen Anteil von 7 Prozent aller Vermögen; daher definiert sich der nächste Punkt der Lorenzkurve über die Koordinaten 0,60 und 0,13 usw. Das oberste Dezil der vermögensstärksten 10 Prozent aller Personen besitzt 47 Prozent aller Einkommen, so dass die Koordinate 0,90 auf der x-Achse und 0,53 auf der y-Achse lautet.

Bei vollständiger Gleichverteilung der Vermögen würde die Lorenzkurve der Diagonalen entsprechen. Bei vollständiger Ungleichverteilung („ein Haushalt hat alles“) verläuft die Lorenzkurve bis zur rechten Achse waagrecht genau auf der x-Achse und dann senkrecht nach oben: Je „bauchiger“ die Lorenzkurve ist, umso ungleicher ist die Verteilung.

Der nach einem italienischen Statistiker benannte Gini-Koeffizient ist die am häufigsten verwendete Kennziffer, mit der versucht wird, die in der Lorenzkurve enthaltenen Informationen in einer Zahl zusammenzufassen. Er errechnet sich, indem die Fläche zwischen der Lorenzkurve und der Diagonalen durch die halbe Fläche des Rechtecks (d. h. die Fläche des Dreiecks unter der Diagonalen) geteilt wird. Der Gini-Koeffizient kann somit Werte zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und (annähernd) 1 annehmen (völlige Ungleichverteilung). Im oben gezeigten Beispiel entspricht der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung in Westdeutschland laut der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 einem Wert von 0,661 und der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung im Saarland einem Wert von 0,630. Das bedeutet: Die Vermögensverteilung in Westdeutschland ist im Jahr 2013 ungleicher als im Saarland.

Die relative Einkommensarmut wird inzwischen (auch entsprechend den statistischen Konventionen auf internationaler Ebene) meist daran gemessen, wie viel Prozent der Personen über ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des medianen (mittleren, aber – vgl. oben – nicht des durchschnittlichen) Nettoäquivalenzeinkommens verfügen (50 % einer Population liegen über und 50 % unterhalb des Median). Diese Prozentzahl bezeichnet man als die Armutrisiko- oder Armutsgefährdungsquote. Der Einkommensbetrag an dieser 60-Prozent-Grenze ist die Armutrisikoschwelle.

Bei der Reichtumsanalyse wird analog verfahren: Als reich gelten alle Personen in Haushalten, die über ein Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 200 Prozent des mittleren (medianen) Haushaltsnettoeinkommens der Gesamtpopulation verfügen. Dieser Anteil ist die Reichtumsquote. Die Grenze wird als Reichtumsschwelle bezeichnet. Häufig wird auch ein höherer Prozentwert (vor allem 300 %) verwendet, da sich zwischen der 200- und der 300-Prozentschwelle doch sehr viele Personen bzw. Haushalte finden, deren Einkommen wenig mit „wirklichem“ Reichtum zu tun hat. Je nach verwendeter Reichtumsschwelle variiert die Reichtumsquote (Anteil der Personen oberhalb der Schwelle) naturgemäß erheblich.

Für die Analyse von wenig vermögenden und (sehr) vermögenden Personen – man spricht dann (semantisch nicht ganz unproblematisch) von Vermögensarmut und Vermögensreichtum – gilt im Prinzip Entsprechendes.

Die in diesem Kasten sehr komprimiert dargestellten Begriffe und Definitionen erläutern nur die für Armuts- und Reichtumsberichte gebräuchlichsten Kennziffern. Auf die Probleme und Aussagegrenzen wird an gegebener Stelle eingegangen. Das gilt besonders auch für Fragen einer integrierten Betrachtung von Einkommen und Vermögen (z. B. well-being-Indikator; Einbeziehung des fiktiven Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums) oder die Frage des Regionalbezugs der Berechnung von Armuts- bzw. Reichtumsschwellen (Bundes-, Regional- oder Landesmedian). Dies wird wiederum vor allem in Kästen geschehen.

2.2 Datengrundlagen und deren Grenzen

Neben sogenannten prozessproduzierten Daten, das sind Daten aus Verwaltungsabläufen z. B. seitens der Sozialämter, der Rentenversicherung oder der Bundesagentur für Arbeit, werden für den vorliegenden Bericht vor allem große stichprobenbasierte Umfragen herangezogen.

Hauptsächliche Datenquelle für diesen Bericht ist der Mikrozensus (MZ). Dabei handelt es sich um eine amtliche Erhebung, die auf einer Zufallsstichprobe von einem Prozent aller Haushalte in Deutschland beruht. Der Fragebogen enthält einen großen Anteil jährlich wenig veränderter Fragen zu den Themenbereichen Bevölkerungsstruktur und Erwerbstätigkeit, (Aus-)Bildung, Wohnen und soziale Sicherung sowie in Form jährlich wechselnder kleinerer Module zu weiteren Themen; davon wird ein Teil der Fragen nur einem Teil der Befragten gestellt. Für die meisten Themen besteht eine Beantwortungspflicht. Im vorliegenden Bericht werden als neueste Angaben diejenigen des MZ 2013 verwendet. Komplexe eigene Auswertungen erfolgen mit dem Scientific-Use-File (SUF) 2011, dem neuesten für die Wissenschaft verfügbaren Datensatz. Dies geschieht via Sonderauswertungen des Statistischen Landesamtes in Düsseldorf (IT-NRW ist bundesländerübergreifend für Sonderauswertungen des MZ zuständig). Für das Saarland enthält dieses SUF 5.574 Personen.⁶

⁶ Dabei handelt es sich um eine 70-prozentige Teilstichprobe aus dem Originaldatensatz. Dadurch kann es zu minimalen Abweichungen von den veröffentlichten Ergebnissen kommen.

Detailliertere Angaben zur Einkommenssituation, zu den Haushaltsausgaben, der Ausstattung mit Gebrauchsgütern und vor allem zum Vermögen enthält die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Diese, im Abstand von 5 Jahren erhobene, amtliche Befragung basiert auf einer Stichprobe von rund 0,2 Prozent aller privaten Haushalte (ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten) in Deutschland. Die Auswertungen aus der EVS 2013 in diesem Bericht beruhen auf einem TeilsUF dieser EVS, das lediglich detaillierte Vermögensinformationen enthält,⁷ und für die EVS 2008 auf einem bezüglich der Variablen umfassenderen SUF. Diese beiden Scientific-Use-Files enthalten für das Saarland 2008 1.416 Personen (bzw. 656 Haushalte) und 2013 1.588 Personen (bzw. 786 Haushalte).

Neben den beiden genannten umfragebasierten Datenquellen werden für diesen Bericht einige weitere Umfragen ausgewertet, teils (aus Fallzahlgründen) in geringer Differenzierung für das Saarland, teils nur für (West-)Deutschland. Die wichtigsten dieser weiteren Umfragen sind das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und die europaweite Erhebung EU-SILC. Auf die zu beachtenden jeweiligen Besonderheiten dieser Quellen wird im Bericht an entsprechender Stelle in Fußnoten verwiesen.

Unter den verwendeten Prozessdaten ist die Stichprobe aus der Einkommensteuerstatistik (FAST) hier besonders zu erwähnen. Diese umfasst bundesweit zirka 4 Millionen Steuerfälle – einzeln bzw. gemeinsam veranlagte Steuerpflichtige aus der Gesamtzahl von über 30 Millionen Steuerpflichtigen. Während die hohen Einkommen dieser Stichprobe besser (aber beileibe nicht vollständig) erfasst sind als im MZ und in der EVS, fehlen Bezieher ohne bzw. mit nur geringen zu versteuernden Einkommen ganz, soweit sie keine Steuererklärung abgeben. FAST wird im Dreijahresabstand erstellt, d. h. mit großem zeitlichen Rückstand (wegen spät abgegebener bzw. vervollständigter Steuererklärungen). Probleme bereiten bei dieser Datenquelle der unzureichende Haushaltsbezug und die spezifische Definition des Einkommens gemäß dem Steuerrecht. Das von uns genutzte Scientific-Use-File der FAST 2007 enthält für das Saarland Informationen zu 102.279 Personen (bzw. 60.297 Steuerfällen).⁸

Weitere wichtige Prozess-/Verwaltungsdaten für diesen Bericht sind z. B. die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung Bund oder die Daten der Amtlichen Statistik wie die Grundsicherungsstatistik. Soweit im Folgenden nicht extra vermerkt, handelt es sich jeweils bei den Ergebnissen um Auswertungen der vollständigen Datensätze und nicht um Teilstichproben aus diesen Daten.

Generell ist an dieser Stelle nochmals zu betonen, dass gerade bei stichprobenbasierten Ergebnissen erhöhte statistische Unsicherheiten bestehen, wenn die Fallzahlen zu klein sind. Für kleinere Bundesländer oder gar bei noch tieferer (regionaler wie gruppenspezifischer) Differenzierung, z. B. auf Kreisebene, bereitet das – selbst bei insgesamt sehr großen Stichproben wie dem MZ oder der EVS – Probleme, die bei der Interpretation beachtet werden müssen. In diesem Bericht werden Befunde, die auf Fallzahlen unter 30 Einheiten der jeweiligen Gruppe beruhen, nicht ausgewiesen, sondern durch einen Schrägstrich „/“ ersetzt. Bei Fallzahlen zwischen 30 und 99 Fällen wird das Ergebnis eingeklammert: „()“.

Diese Grenzen für die Nichtausweisung von Ergebnissen bzw. für die Kennzeichnung als ungesichert sind jedoch nicht so zu verstehen, dass auf knapp über 100 liegenden Fallzahlen beruhende Ergebnisse „absolut sicher“ wären, denn selbst bei relativ hohen Fallzahlen haben Ergebnisse immer einen statistischen Streubereich (Vertrauensintervall), weshalb geringe Ergebnisunterschiede nie überinterpretiert werden dürfen. Am Beispiel der Armutrisikoquoten für Personen in Alleinerziehendenhaushalten soll die Problematik nachfolgend kurz erläutert/demonstriert werden (vgl. Kasten), ohne die Zahlen hier inhaltlich zu interpretieren (vgl. dazu unten, Abschnitt 6.3).

⁷ Der Teil mit den detaillierten Einkommensangaben für 2013 ist bis Redaktionsschluss dieses Berichts von den Statistischen Ämtern nicht verfügbar gemacht worden.

⁸ Die FAST 2010 ist noch nicht verfügbar.

Bei stichprobenbasierten Ergebnissen bestehen immer statistische Unsicherheiten – die mit geringer werdenden Fallzahlen größer werden

Tabelle A: Armutsrisikoquoten von Personen in Alleinerziehendenhaushalten* im Saarland, Westdeutschland und anderen Bundesländern 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am Landesmedian								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saarland	34,3	31,9	37,8	38,6	42,3	35,6	43,3	(33,5)	39,0
Westdeutschland	40,5	38,6	41,2	41,2	41,1	40,5	43,7	43,5	44,6
Bremen	36,8	(26,4)	(28,6)	42,6	(26,8)	30,9	33,4	38,4	42,3
Nordrhein-Westfalen	38,6	35,8	40,0	39,5	40,5	38,8	42,9	41,5	42,5
Baden-Württemberg	41,8	40,2	40,6	40,6	41,0	44,0	43,4	45,7	44,7

* Mit Kind(ern) unter 18 Jahre

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Die Tabelle zeigt, dass die Armutsrisikoquoten von Personen in Alleinerziehendenhaushalten im Saarland stark schwanken. Dies gilt nicht nur für den Vergleich der Jahre 2011 und 2012, bei dem für 2012 ein unsicherer Wert⁹ durch eine Klammer markiert wird. Auch in den Jahren zuvor sind erhebliche Schwankungen zu beobachten. Diese spiegeln – neben tatsächlichen Veränderungen – auch statistische Unsicherheiten, die aus kleinen Fallzahlen knapp über 100 Fällen zustande kommen. Der Vergleich mit dem bevölkerungsschwächsten Bundesland Bremen auf der einen und zwei bevölkerungsstarken Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) sowie Westdeutschland insgesamt belegt, dass in kleinen Bundesländern wesentlich stärkere Schwankungen verzeichnet werden. Diese Schwankungen gehen aber unbenommen der viel stärkeren Ausschläge in den kleineren Ländern – die aus den zu geringen Fallzahlen resultieren – doch weitgehend in die gleiche Richtung wie in Westdeutschland insgesamt.

In der Konsequenz kommt es gerade in kleineren Bundesländern darauf an, derartige Datengrundlagen und Ergebnisse vorsichtig und mit Blick auf andere Daten zum gleichen Gegenstand zu interpretieren, bzw. eher die Trends über Jahre als die einzelnen Werte zu betrachten.

⁹ Im Unterschied zu den ansonsten in diesem Bericht verwendeten Grenzen (30 bzw. 100 Befragte) wird bei allen von IT-NRW stammenden Mikrozensus-Ergebnissen eine Markierung dann vorgenommen, wenn die hochgerechnete Fallzahl zwischen 5.000 und 10.000 Fällen liegt. Bei hochgerechneten Fallzahlen unter 5.000 Fällen weist IT-NRW das Ergebnis gar nicht aus. Grob entspricht das 50 bzw. 100 Befragten.

2.3 Zeitreihen, regionale Vergleiche und Differenzierungen

Dass z. B. die Armutsrisikoquote der jugendlichen oder älteren saarländischen Bevölkerung in einem bestimmten Jahr bei x oder y Prozent lag, ist als Einzelinformation wenig aussagefähig. Interessant wird eine solche Zahl erst, wenn sie mit anderen Altersgruppen und/oder anderen Jahren und/oder anderen Regionen verglichen werden kann.

Für diejenigen Indikatoren, für die solche Vergleiche erfolgen, werden in diesem Bericht die saarländischen Befunde mit Deutschland insgesamt und/oder Westdeutschland (ohne Berlin) bzw. den alten Bundesländern (mit West-Berlin) verglichen. Für Bundesländervergleiche werden die Länder Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein herangezogen (als Auswahl von Bundesländern unterschiedlicher Größe und wirtschaftlicher Prosperität). Wo es nötig und datenseitig machbar ist, werden die saarländischen Daten auch nach den fünf Kreisen und dem Regionalverband differenziert. Dabei werden im Bericht auch die – im Saarland erfreulicherweise relativ zahlreichen – kommunalen Sozial- bzw. Armutsberichte bei der Ergebnisinterpretation berücksichtigt. Eine noch weitergehende kleinräumige „Sozialraumanalyse“ ist jedoch – zumindest im gegebenen Rahmen – nicht machbar. Aufgrund der Lage und der besonders starken Verflechtung des Saarlandes in der internationalen Großregion werden außerdem rudimentäre grenzüberschreitende Regionalvergleiche angestellt.

Im Bericht nehmen intertemporale Vergleiche einen hohen Stellenwert ein. Das bezieht sich bei der Verwendung von Daten aus Erhebungen, die nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, auf die aktuellsten verfügbaren Befunde und die jeweils vorherige Erhebung; das bedeutet z. B. für die EVS die Verwendung der Erhebungen von 2013 und 2008. Dabei handelt es sich um Querschnittsergebnisse im Vergleich über die Zeit hinweg.

„Echte“ Längsschnittanalysen mit Panel-Studien (also Erhebungen, die über Jahre hinweg bei denselben Personen/Haushalten erhoben wurden), z. B. zur Persistenz individueller Armut bzw. zur Einkommensmobilität, sind selbst für wesentlich größere Bundesländer wegen zu geringer Fallzahlen nur sehr begrenzt möglich (z. B. im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels). In solchen Fällen wird auf Auswertungen auf

(west-)deutscher Ebene zurückgegriffen. Ansonsten werden Zeitreihen in diesem Bericht, soweit möglich, normalerweise auf die Jahre seit 2000 oder 2005 bezogen. Zu Themen, bei denen längere Zeitreihen sinnvoll – und möglich – sind, werden teilweise auch frühere Jahre einbezogen.

An dieser Stelle sind einige weitere generelle Erläuterungen nötig: Selbstverständlich sind alle Beteiligten an einem solchen Bericht an möglichst zeitnahen Ergebnissen interessiert und um Aktualität bemüht. Bei manchen Datengrundlagen sind diesem Bemühen aber deutliche Grenzen gesetzt. So ist – wie bereits oben erwähnt – die 2015 aktuellste verfügbare Datei der Einkommensteuerstichprobe diejenige aus dem Jahr 2007: Einerseits wird eine solche Stichprobe nur im mehrjährigen Abstand erstellt. Andererseits dauert es mehrere Jahre, bis gerade bei der Einkommensteuer alle Erklärungen eingereicht, nachgereicht und in der Datenverarbeitung erfasst sowie dann freigegeben werden.

Ein anderes wichtiges Problem tritt selbst bei jenen Statistiken auf, die sehr zeitnah zur Verfügung gestellt werden (das gilt z. B. für viele Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit oder für Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Statistischen Ämter). Häufig werden diese als „vorläufige Ergebnisse“ veröffentlicht und z. T. mehrfach „nachgebessert“. Dabei kann es vorkommen, dass vorläufige und endgültige Zahlen leicht voneinander abweichen.

3. Aussagegrenzen: Datenlücken und ungenügende Datenlage – insbesondere zur Einkommens- und Vermögensverteilung an den Rändern

Bereits in Abschnitt 2.2 wurde darauf hingewiesen, dass die verfügbaren Datenquellen, nicht nur in Bezug auf die für ein kleines Bundesland wie das Saarland gegebenen Fallzahlen, Grenzen aufweisen. Vielmehr ist bei allen Datenquellen auch auf jeweilige inhaltliche Begrenzungen zu achten, insbesondere:

- Generell gilt, dass bei Befragungsdaten gerade zu den Themen Einkommen und Vermögen mit gewissen Ungenauigkeiten bei den Angaben der Interviewten zu rechnen ist. Nach vorliegenden Studien trifft das vermehrt für die sehr niedrigen Einkommen/Vermögen einerseits und speziell auf die sehr hohen Einkommen/Vermögen andererseits zu.
- Auch bei den Steuerdaten – die auf den Einkommensteuererklärungen/ Jahresausgleichen beruhen – ist ein gewisser Graubereich nicht unplausibel. In dem von uns verwendeten Scientific-Use-File der Einkommensteuerstichprobe fehlen für das Saarland – mit den vorgenommenen methodischen Setzungen – Angaben zu den (Äquivalenz-)Einkommensmillionären. Analoges gilt in dieser Datei für niedrige Einkommen, für die keine Steuererklärung/kein Jahresausgleich erfolgt ist.
- In den befragungsbasierten Datenquellen Mikrozensus und EVS sind sehr gut verdienende Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 18.000 Euro monatlich nicht enthalten.
- Die EVS als zentrale Datenquelle für das Thema Vermögen enthält zum Betriebsvermögen nur sehr rudimentäre Angaben über den Aktienbesitz; andere Eigentumsformen an Betrieben fehlen völlig.
- Gemessen an den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, beläuft sich die Nachweisquote der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den gängigen Verteilungsstudien gerade einmal auf ein Drittel.
- Seit der Einführung der Abgeltungssteuer im Jahr 2009 werden Kapitaleinkommen faktisch nur noch bei denjenigen Haushalten in der Steuererklärung erfasst, deren Steuersatz unter demjenigen der Abgeltungssteuer liegt. Gleiches gilt weitgehend für Obdachlose und illegal im Land lebenden Personen (vgl. Kasten).

- Außerdem „... geht mit der in den 2000er Jahren verstärkt umgesetzten Praxis der Einbehaltung von Unternehmensgewinnen im Unternehmenssektor eine Untererfassung der von den Haushalten realisierten Kapitaleinkommen einher... Dadurch wird die Einkommensentwicklung einkommensstarker Haushalte weiter untererfasst“ (Schmid, Spannagel 2015, S.265).
- In der EVS fehlen Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstaltshaushalten gänzlich, was auf eine gewisse Unterschätzung der Anteile Einkommens- und Vermögensarmer schließen lässt.

Extreme Armut

Unbenommen der Diskussion, ob die Grundsicherungsleistungen wirklich hoch genug sind, um ein „sozio-kulturelles Existenzminimum“ abzudecken: Verhungern oder erfrieren muss man normalerweise nicht, wenn – die Betonung liegt angesichts der erheblichen Dunkelziffern auf diesem „Wenn“ – man dieses unterste Netz staatlicher sozialer Hilfen in Anspruch nimmt. Gleiches gilt naturgemäß für die etwas höheren relativen Armutsrisikoschwellen.

Dennoch gibt es „extreme Armut“ auch in Deutschland. Es gibt verschiedene Versuche, diese extreme Armut genauer und vielfältiger zu fassen. Insgesamt sind aber alle Versuche – noch dazu wegen der Datenlage – unbefriedigend und decken immer nur Teile der Probleme ab.

So gibt es Ansätze, durch geringere Prozentsätze als 60 Prozent vom Median der Nettoäquivalenzeinkommen niedrigere Schwellen der relativen Armut zu definieren und damit das Problem Armut quantitativ auf der statistischen Ebene (50 %, 40 % etc.) einzugrenzen. Dem steht entgegen, dass es sozialpolitisch äußerst bedenklich wäre, mit einem solchen Vorgehen den mühsam erreichten nationalen und internationalen Konsens in der amtlichen Sozialberichterstattung aufzuweichen, der die 60-Prozent-Schwelle beinhaltet.

Ein anderer – auf europäischer Ebene inzwischen etablierter – Ansatz besteht darin, neben der monetären Dimension (relative Armutsmessung) auch weitere Aspekte zu geringer gesellschaftlicher Teilhabe einzubeziehen und Deprivation bzw. Exklusion multidimensional zu messen – at risk of poverty or exclusion – (vgl. z. B. European Commission 2015a; für Ältere: Hauser, Schüssler 2012). Entsprechende Indikatoren, die teils auch in diesem Bericht angesprochen werden, reichen von der Möglichkeit, die Wohnung ausreichend zu beheizen bis zur Frage, ob man über ausreichend Möglichkeiten verfüge, kleinere überraschende notwendig werdende Ausgaben (evtl. wegen einer kaputten Waschmaschine) auch zu tätigen. Solche kombinierten Indikatoren erscheinen uns der richtige Weg zur Definition und empirischen Eingrenzung „absoluter Armut“ zu sein – allerdings ist hierzu auch noch eine Menge an Forschung und somit an Daten erforderlich.

Im Prinzip hat auch die „Sozialstudie Saar“ von 2009 ähnlich argumentiert: „Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme oder gesundheitliche Einschränkungen mindern jeweils für sich genommen die Chancen einer erfolgreichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Besonders problematisch sind diese Faktoren jedoch, wenn sie in kumulativer Form zusammenkommen und sich in ihrer ausgrenzenden Wirkung wechselseitig verstärken. Eine derart mehrfach belastete Lebenslage wird ebenfalls als „extreme Armut“ bezeichnet“ (Engels u. a. 2009, S. 176). Engels u. a. weisen zu Recht auch darauf hin, „... dass sich manche Bereiche so stark von der Gesellschaft entfremdet haben, dass sie angebotene Hilfen nicht bereitwillig annehmen, sondern gegenüber jeder (staatlichen oder freigemeinnützigen) Institution eine tief sitzende Skepsis entwickelt haben, die wiederum die Ausgrenzung verstärkt“ (ebenda). Gerade das – zutreffende – letztgenannte Argument lässt Zweifel an der Operationalisierung von „extremere Armut“ in der betreffenden Sozialstudie aufkommen. Betrachtet werden nämlich die Empfänger von Sozialhilfen zur Überwindung von besonderen sozialen Schwierigkeiten gemäß Kapitel 8 SGB III, ergänzt um Wohnungs- bzw. Obdachlose und Straffällige¹⁰. Wie Engels u. a. (vgl. ebenda, S. 178) selbst betonen, ist (zumindest bei den ersten beiden Gruppen) eine erhebliche und systematische Untererfassung anzunehmen. Angesichts dessen hilft es auch nicht, die geschätzte Zahl der Wohnungslosen heranzuziehen, um das Ausmaß der Problematik bzw. die Zahl der „extrem Armen“ zu ermitteln.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Es gibt gegenwärtig im Rahmen einer quantitativ orientierten Armuts- bzw. Sozialberichterstattung auf Länderebene keine wissenschaftlich zufriedenstellenden Möglichkeiten, die Zahl, Struktur und Lebenslage von „extrem Armen“ zu bestimmen.¹¹ Die verschiedenen Gruppen und Indikatoren, die hilfswise zu einer Beantwortung dieser Probleme herangezogen werden könnten, überlappen sich auch zu sehr.

Die oben stehende Aufzählung zeigt, wie unvollständig – genauer gesagt: wie schlecht – die Datenlage zum Thema in Deutschland ist. Die Liste wäre im Übrigen durchaus verlängerbar, ohne überhaupt die Bereiche der illegalen Einkünfte und der Steuervermeidung bzw. Steuerkriminalität auch nur anzusprechen.

Klar wird daraus, dass die in Armuts- und Reichtumsberichten – inklusive dem vorliegenden – lieferbaren Zahlen nur mit Vorsicht zu interpretieren sind. Insbesondere gilt das auch in Bezug auf die isolierte Verwendung der in Abschnitt 2.1 kurz erläuterten Verteilungskennziffern.

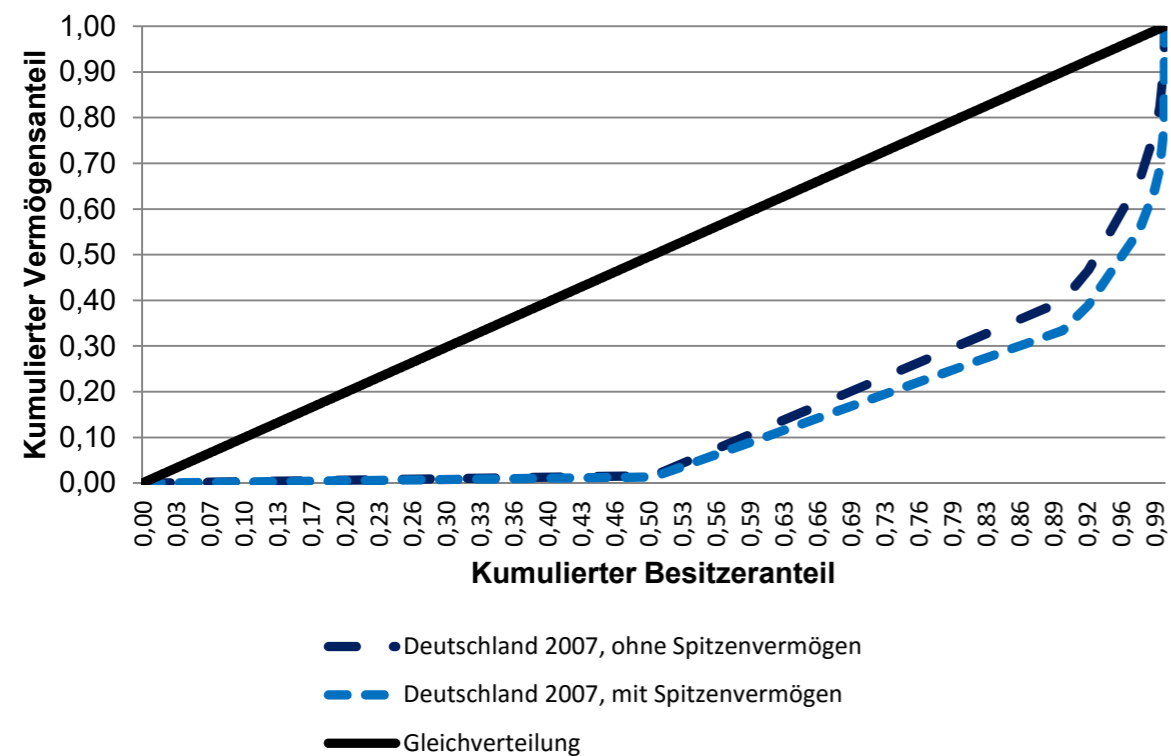
Am Beispiel der Lorenzkurve und des Gini-Koeffizienten soll das kurz erläutert werden. Für die skizzenhafte Erweiterung hier wurden die weiter unten in diesem Bericht vom

¹⁰ Eine andere in manchen Sozialberichten explizit beim Thema „extreme Armut“ behandelte Gruppe, sind Suchtkranke.

¹¹ Ein weiterer „weißer Fleck“ ist in diesem Kontext die materielle bzw. Lebenslage der Anstaltsbevölkerung (z. B. Justizvollzugsanstalten, Pflegeheime).

Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (vgl. Bach u. a. 2011) vorgestellten Zahlen für 2007 und Gesamtdeutschland verwendet. In Darstellung 3.1 sind entsprechend SOEP-basierte Lorenzkurven für Deutschland ohne und mit Erweiterung um sehr hohe Vermögen skizziert. Es zeigt sich erwartungsgemäß eine ungleichere Vermögensverteilung bei Berücksichtigung der hohen Vermögen, was sich auch in einem Anstieg des Gini-Koeffizienten (von 0,7726 auf 0,8097) äußert.

Darstellung 3.1: Skizzierte Lorenzkurven der Vermögensverteilung in Deutschland ohne bzw. mit teilweiser Einbeziehung von sehr hohen Vermögen 2007



Quelle: Bach u. a. 2011, S. 11 (auf SOEP-Grundlage)

Grundlage für den skizzierten Vergleich sind – wie erwähnt – vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung für 2007 vorgelegte Zahlen auf Basis einer jeweiligen Schätzung zur Einbeziehung sehr hoher Vermögen. Bevor diese speziellen Datengrundlagen – bzw. das besonders starke Wachstum der nicht erfassten sehr großen Vermögen – in den Kapiteln 8 und 9 näher diskutiert werden, ist hier auf die prinzipiellen Konsequenzen einzugehen, die sich aus der Nichtberücksichtigung sehr hoher Einkommen bzw. Vermögen ergeben.

Die erste, unmittelbar einsichtige Konsequenz aus der Tatsache, dass ein entscheidender Teil sehr hoher Einkommen bzw. Vermögen in den verwendeten Datengrundlagen nicht berücksichtigt ist, besteht darin, dass die für Regionen, soziale Gruppen etc. errechneten Durchschnittseinkommen nicht die Realität wiedergeben. Sie unterschätzen die tatsächlichen Durchschnittseinkommen (arithmetischen Mittelwerte) vielmehr erheblich, da die Datenlücken am oberen Ende der Verteilung größer sind als am unteren Ende.

Nicht zuletzt deswegen werden die Armuts- und Reichtumsquoten bzw. die Berechnungen der Schwellenwerte auf den Median und nicht auf das arithmetische Mittel bezogen (z. B. in Form von 60 % und 200 % des Medians). Der Median ist unempfindlicher für Ausreißer als das arithmetische Mittel (vgl. z. B. Faik 2007, S. 72f).

Von der Nichterfassung der sehr hohen Einkommen und Vermögen sind die Armuts- und Reichtumsquoten daher auch weniger stark betroffen als die Angaben zum Durchschnitt bzw. zur Verteilung der Einkommen/Vermögen auf verschiedene Gruppen (z. B.: Wie viel Prozent des gesamten Vermögens sind in den Händen des reichsten Prozents?) oder von Vielfachen (z. B.: Um das Wievielfache sind die Vermögen des obersten Dezils höher als die der unteren Hälfte der Vermögensbesitzer?). Einkommens- oder Vermögensvergleiche zwischen sozialen Gruppen, z. B. zwischen Selbstständigen und abhängig Beschäftigten, sind von dieser Lückenhaftigkeit der Einkommens- und Vermögenserfassung besonders betroffen, da insbesondere die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sehr ungleich verteilt sind und in den verschiedenen sozialen Gruppen eine äußerst unterschiedliche Relevanz haben (vgl. Kasten).

Wachsende Ungleichverteilung genau dort, wo die gängigen Statistiken Lücken aufweisen

„...das Wirtschaftswachstum der letzten Dekade ist größtenteils bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen gelandet. Diese Einkommen sind weitgehend auf die oberen Dezile und Perzentile konzentriert. Somit ist ein großer Teil des Wirtschaftswachstums der letzten 10 Jahre bei den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung angefallen und davon vermutlich wiederum ein beachtlicher Teil bei den reichsten 1 Prozent.“ (Bach u. a. 2011, S. 2). Genau dieser Bereich der Verteilung ist aber mit den üblichen Statistiken auch auf nationaler Ebene oder Bundesländerebene nicht ausleuchtbar.

Ganz exakt lässt sich das Vorstehende bei der bestehenden fragmentierten und lückenhaften Datenlage nicht nachzeichnen. Auch ist die sogenannte Querverteilung (vgl. Abschnitt 5.1) zwischen funktionaler und personaler Einkommensverteilung ein klassisches Dunkelfeld in der Verteilungsstatistik. Bei der Vermögensverteilung kommt die desolante Datenlage speziell zur Erfassung und zur Verteilung der Betriebsvermögen dann noch hinzu (vgl. Ammermüller u. a. 2005).

Die zweite Konsequenz ist ebenfalls unmittelbar aus Darstellung 3.1 abzulesen. Die tatsächlichen Lorenzkurven sind „bauchiger“ als die mit den gängigen Datengrundlagen errechneten, und die Gini-Koeffizienten sind tatsächlich höher.

Damit sind etwa Aussagen auf den gängigen, unvollständigen Datengrundlagen diskussionswürdig, die Ungleichheit der Nettoäquivalenzeinkommen habe nach 2007 angeblich sogar abgenommen, da der Gini-Koeffizient in Deutschland von 0,29 auf 0,28 im Jahr 2010 leicht gesunken sei (vgl. Deutscher Bundestag 2013a, S. 223).

Drittens ist aus diesen Defiziten zu folgern, dass die gängigen Datengrundlagen verbessert werden müssen und – solange dies nicht geschieht – dass unbedingt über die gängigen Datengrundlagen hinausgehende Informationen als ergänzende Daten mit berücksichtigt werden müssen, um ein realistischeres Bild von der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung (spezifisch bei der Reichtumsanalyse) zu erreichen. Im vorliegenden Bericht erfolgt dies im Detail an den entsprechenden Stellen, vor allem in Kapitel 8 und 9.

4. Sozioökonomische Rahmendaten für das Saarland

In diesem Kapitel werden einige wichtige sozioökonomische Basisdaten des Saarlandes kurz referiert, den Vergleichsregionen gegenübergestellt und zum Teil nach Kreisen differenziert. Dadurch ergibt sich eine Hintergrundfolie, vor der die nachfolgenden Verteilungsanalysen sowie die armuts- und reichtumsspezifischen Befunde interpretiert werden.

4.1 Bevölkerungsentwicklung

4.1.1 Soziodemografische Gruppen

Im Norden und Osten grenzt das Saarland an das Bundesland Rheinland-Pfalz, im Süden an das französische Département Moselle in der Region Lothringen (Lorraine) und im Westen an den luxemburgischen Distrikt Grevenmacher. Das Saarland ist von den Flächenländern das kleinste und gemessen an der Einwohnerzahl das zweitkleinste Flächenland Deutschlands. Zusammen mit Lothringen, dem Großherzogtum Luxemburg, Rheinland-Pfalz und der belgischen Region Wallonien bildet das Saarland die Großregion Saar-Lor-Lux (vgl. dazu Abschnitt 4.5).

Am 31. Dezember 2013 verzeichnete das Saarland 990.718 Einwohner, darunter 508.309 Frauen. Das entspricht einem Frauenanteil von 51,3 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2012 hat sich die Bevölkerungszahl des Saarlandes im Jahr 2013 um rund 0,4 Prozent verringert (vgl. Darstellung 4.1).

Die Einwohnerzahl ist seit dem Jahr 1995 rückläufig und folgt dabei einem säkularen demografischen Trend, der in immer mehr Bundesländern zu beobachten ist: Niedrige Geburten- und hohe Sterberaten führen zu demografischen Alterungsprozessen und Bevölkerungsrückgängen. Darstellung 4.1. enthält die jüngsten bevölkerungsstatistischen Grunddaten für das Saarland, die auf der Bevölkerungsfortschreibung gemäß Zensus 2011 beruhen.

Darstellung 4.1: Bevölkerungsgrunddaten Saarland 2012 und 2013

	2012	2013
Natürliche Bevölkerungsbewegung		
- Geborene	6.877	6.848
- Gestorbene	12.287	12.825
- Geburtenüberschuss/-defizit (-)	- 5.410	- 5.977
Wanderungen über die Landesgrenze		
- Zuzüge	53.207	55.866
- Fortzüge	51.386	53.493
- Wanderungsgewinn/-verlust (-)	+ 1.821	+ 2.373
Veränderungen insgesamt (-) ¹⁾	- 3.568	- 3.569
Bevölkerungsstand 31.12.	994.287	990.718

¹⁾ Bei der Berechnung der Zu- und Abnahme insgesamt sind die bestandsrelevanten Korrekturen enthalten. Bestandsrelevante Korrekturen sind nachträgliche Berichtigungen zu Geburten, Sterbefällen und Zu- und Fortzügen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Amt Saarland 2014

Im Jahr 2013 wurden im Saarland fast genauso viele Kinder geboren wie im Jahr 2012. Demgegenüber hat die Zahl der Sterbefälle leicht zugenommen. 2013 verstarben 12.825 Personen (2012: 12.287 Personen). Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung aus Geburten und Sterbefällen ergab im Jahr 2013 damit ein Geburtendefizit von 5.977 Personen (2012: 5.410). Das Geburtendefizit im Saarland konnte auch im Jahr 2013 nicht durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden, so dass sich der bereits erwähnte Bevölkerungsrückgang ergeben hat.

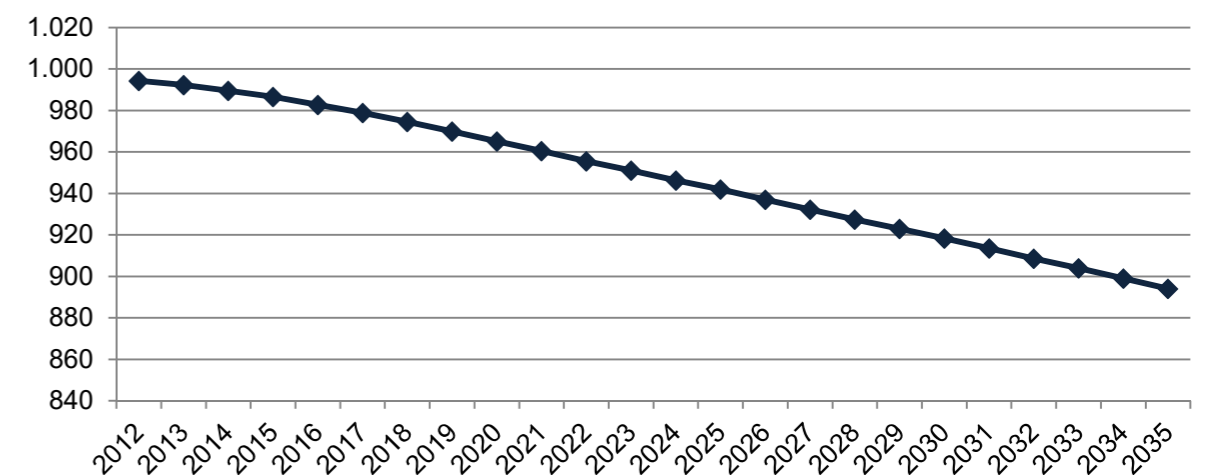
Die relative Mehrheit (32,9 %) der Einwohner wohnt im Regionalverband Saarbrücken. Der gemessen an der Bevölkerungszahl zweitgrößte Landkreis ist der Landkreis Saarlouis. Hier leben 19,8 Prozent, gefolgt vom Saarpfalzkreis (14,5 %) und den Kreisen Neunkirchen (13,4 %) sowie Merzig-Wadern (10,4 %). Der Landkreis mit dem kleinsten Bevölkerungsanteil ist der Landkreis St. Wendel (8,9 %; vgl. Statistisches Amt Saarland 2014).

Langfristig gesehen wird der demografische Alterungsprozess im Saarland voraussichtlich dazu führen, dass die Einwohnerzahl weiter zurückgehen wird. Die in regionalisierter Form vorliegende 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung¹² illus-

¹² Die regionalisierten Zahlen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung standen bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht zur Verfügung. In der Tendenz werden sie wegen der anzunehmenden höheren Nettozuwanderung auf eine Verzögerung des Rückgangs der Zahlen von Einwohnern und Erwerbspersonenpotenzial hinauslaufen.

triert diese Entwicklung. Allerdings sind die in den koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen betrachteten Zeiträume von mehr als 40 Jahren sehr lang. Da mit steigender Länge des Betrachtungszeitraumes die Annahmen zunehmend „heroischer“¹³ werden, wird zur Illustration des möglichen Pfades der Bevölkerungsentwicklung auf die Raumordnungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) zurückgegriffen.¹⁴ Danach ergibt sich für das Saarland im Zeitraum bis 2035 ein Bevölkerungsrückgang von rund 96.000 Personen. Das entspricht einem Rückgang von rund 10 Prozent.

Darstellung 4.2: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung im Saarland nach der Bevölkerungsprognose des BBSR (in Tausend)



Quelle: Eigene Darstellung nach BBSR 2015.

¹³ Vorausberechnungen besitzen nicht den Anspruch, die eintreffende Zukunft genau zu zeigen. Die Ergebnisse solcher Berechnungen können nur sinnvoll interpretiert werden, wenn die angewandte Methodik und auch die den Berechnungen zugrundeliegenden Annahmen kritisch berücksichtigt werden. Alternative Annahmen ergeben einen Korridor möglicher Entwicklungen, der umso breiter wird, je weiter die Vorausberechnungen in die Zukunft reichen.

¹⁴ Hier wurden in den vergangenen 20 Jahren Regionalprognosen entwickelt, mit denen sich zentrale Eckwerte der räumlichen Entwicklung abschätzen lassen. In regelmäßigem, mehrjährigem Abstand wird dabei eine neue Raumordnungsprognose (ROP) erstellt, die ebenso wie die auf die Gegenwart und Vergangenheit ausgerichtete Laufende Raumbeobachtung eine Daueraufgabe des BBSR darstellt.

4.1.2 Privathaushalte

Die Zahl der Privathaushalte im Saarland lag nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2014 bei rund 491.900 Haushalten (vgl. Darstellung 4.3). Im Zeitraum von 2000 bis 2014 hat sich die Zahl der Privathaushalte um rund 3,5 Prozent verringert, wobei zugleich ein Trend zu kleineren Haushaltsgrößen erkennbar ist. Der Anteil der Einpersonenhaushalte nimmt zu, der Anteil der Mehrpersonenhaushalte nimmt ab (vgl. Statistisches Amt Saarland 2015a).

Darstellung 4.3: Privathaushalte im Saarland nach Haushaltsgröße 2000, 2011 sowie 2014 (in Tausend und in Prozent)

Haushaltsgröße	2000		2011		2014	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1 Person	191,5	37,6	179,5	37,8	199,1	40,5
2 Personen	167,0	32,8	166,8	35,1	171,3	34,8
3 Personen	79,0	15,5	69,4	14,6	69,9	14,2
4 Personen	52,9	10,4	44,7	9,4	37,3	7,6
5 und mehr Personen	16,5	3,2	14,9	3,1	14,0	2,8
insgesamt	509,6	100,0	475,4	100,0	491,9	100,0

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Amt Saarland 2015a (Mikrozensus)

Im Jahr 2014 lebten im Saarland 75,3 Prozent aller Saarländerinnen und Saarländer in Haushalten mit maximal 2 Personen. Im Jahr 2000 waren es noch 70,4 Prozent. Zu dieser Entwicklung hat insbesondere der Anstieg bei den Einpersonenhaushalten beigetragen. Hier ergab sich vor allem Anfangs dieses Jahrzehnts ein Zuwachs von 2,7 Prozentpunkten von 37,8 Prozent im Jahr 2011 auf 40,5 Prozent im Jahr 2014. Einhergehend mit dem Bedeutungszuwachs der kleineren Haushalte ist im Zeitraum 2000 bis 2014 die durchschnittliche Haushaltsgröße im Saarland von 2,1 Personen auf 2,0 Personen gesunken.¹⁵

¹⁵ Dieser langjährige Trend wird auch sehr gut erkennbar, wenn man den Daten des Zensus 2011 jene der Volkszählung aus dem Jahr 1987 gegenüberstellt. Zum Stichtag des Zensus 2011 lebten im Saarland mit 68,9 Prozent mehr als zwei Drittel aller Saarländerinnen und Saarländer in Haushalten mit maximal 2 Personen. Nach Ergebnissen der Volkszählung von 1987 waren dies lediglich 57,3 Prozent. Zu dieser Entwicklung hat insbesondere der Anstieg bei den Einpersonenhaushalten beigetragen; hier ergab sich im betrachteten Zeitraum ein Zuwachs um 7,2 Prozentpunkte von 28,0 Prozent im Jahr 1987 auf 35,2 Prozent im Jahr 2011.

Hinsichtlich der Familienstruktur weisen die Ergebnisse des Mikrozensus 2014 aus, dass im Saarland rund 140.000 Familien mit (ledigen) Kindern leben. In rund 76 Prozent dieser Fälle handelt es sich um Paare (Ehepaare 69 % und Lebensgemeinschaften mit Kindern 7 %; vgl. Statistisches Amt Saarland 2015a). Bei rund 34.000 (24 %) der Familien handelt es sich um alleinerziehende Elternteile, wovon es sich zu 81 Prozent um Mütter handelt. Die Zahl der alleinerziehenden Väter betrug lediglich rund 6.400 Personen (vgl. ebenda).

4.1.3 Bevölkerungswanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes

Im Jahr 2013 sind insgesamt 11.761 Personen aus dem Ausland in das Saarland gezogen. Gegenüber 2012 ergab sich eine Zunahme von rund 13 Prozent. Die Zuwanderung hat damit im Jahr 2013 den bislang höchsten Stand seit 1993 erreicht. Dem stehen Fortzüge in das Ausland in Höhe von 7.437 Personen gegenüber. Damit ergibt sich für das Saarland ein positiver Zuwanderungssaldo in Höhe von 4.324 Personen. Der Großteil (rund 68 %) der im Jahr 2013 in das Saarland zugewanderten Personen reiste aus Ländern der Europäischen Union (EU-27) ein.

4.1.4 Nationalität und Migrationshintergrund

Zum Stichtag 31.12.2014 lebten im Saarland 90.696 Ausländer. Daraus errechnet sich eine Ausländerquote in Höhe von 9,2 Prozent, die um ca. einen Prozentpunkt unter der bundesweiten Quote liegt (siehe Darstellung 4.4). Im Ländervergleich weisen unter den Vergleichsländern nur Rheinland-Pfalz (8,8 %) sowie Schleswig-Holstein (5,9%) eine niedrigere Relation auf.

Darstellung 4.4: Ausländische Bevölkerung im Bundesländervergleich sowie Bevölkerung nach Migrationshintergrund am 31.12.2014 (in Prozent der Gesamtbevölkerung)

	Ausländische Bevölkerung ¹⁾	Personen mit Migrationshintergrund ²⁾
Saarland	9,2	17,6
Deutschland	10,1	20,3
Rheinland-Pfalz	8,8	20,3
Hessen	14,2	27,8
Nordrhein-Westfalen	11,8	24,8
Schleswig-Holstein	5,9	12,7

¹⁾ Gesamtbevölkerung auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung gemäß Zensus 2011, ausländische Bevölkerung nach Ausländerzentralregister (AZR) zum Stand 31.12.2014.

²⁾ Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören neben Ausländerinnen und Ausländern auch Deutsche, die nach 1955 zugewandert sind oder mindestens ein nach 1945 zugewandertes Elternteil haben.

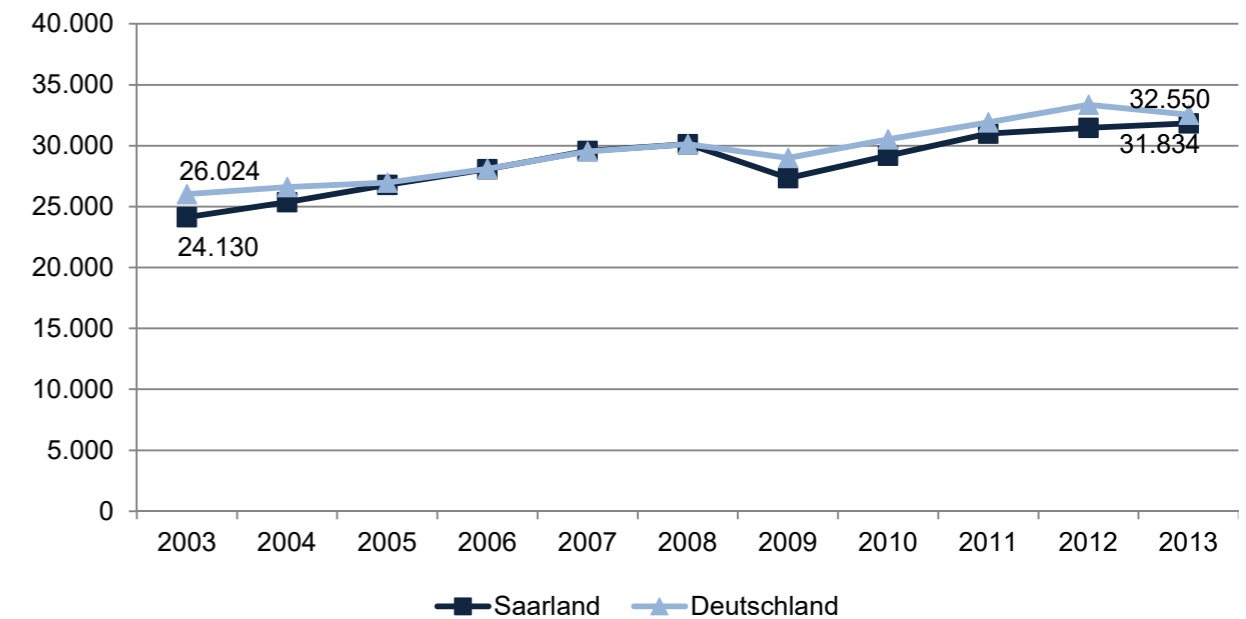
Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015a und 2015b

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund lag auf der Basis des Mikrozensus zum Stichtag 31.12.2014 im Saarland bei 17,6 Prozent und damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 20,3 Prozent. Lediglich Schleswig-Holstein (12,7 %) weist unter den Vergleichsländern einen noch niedrigeren Anteil aus.

4.2 Zur Wirtschaftskraft

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf hat sich im Saarland in den vergangenen zehn Jahren tendenziell ähnlich entwickelt wie in Deutschland. Allerdings hat sich dabei der Unterschied des nominalen BIP pro Kopf zwischen dem Saarland und Deutschland in den Jahren 2003 bis 2008 verringert. Im Jahr 2004 betrug der Unterschied noch -1.236 Euro, im Jahr 2005 verringerte er sich auf 191 Euro. 2006 war der Unterschied dann minimal (-21 Euro), in den Jahren 2007 und 2008 lag das nominale BIP pro Kopf im Saarland sogar geringfügig höher als in Deutschland (+48 bzw. +12 Euro). Ab dem Jahr 2009 bewegte sich das nominale BIP pro Kopf im Saarland wieder (etwas) unter dem Niveau für Deutschland (vgl. Darstellung 4.5).

Darstellung 4.5: Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Saarland und in Deutschland 2003 bis 2013 (in Euro)

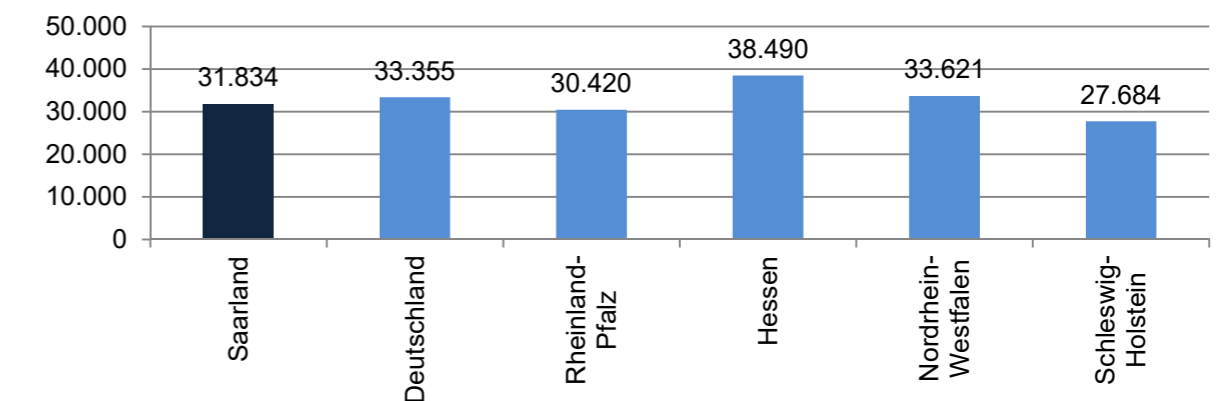


In jeweiligen Preisen der Berichtsjahre

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter 2015

In Darstellung 4.6 ist die Höhe des nominalen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner (und damit die Wirtschaftskraft) im Bundesländervergleich wiedergegeben. Der betreffende saarländische Wert ist erheblich geringer als der hessische, jedoch höher als die Werte in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein.

Darstellung 4.6: Nominales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Bundesländervergleich 2013 (in Euro)

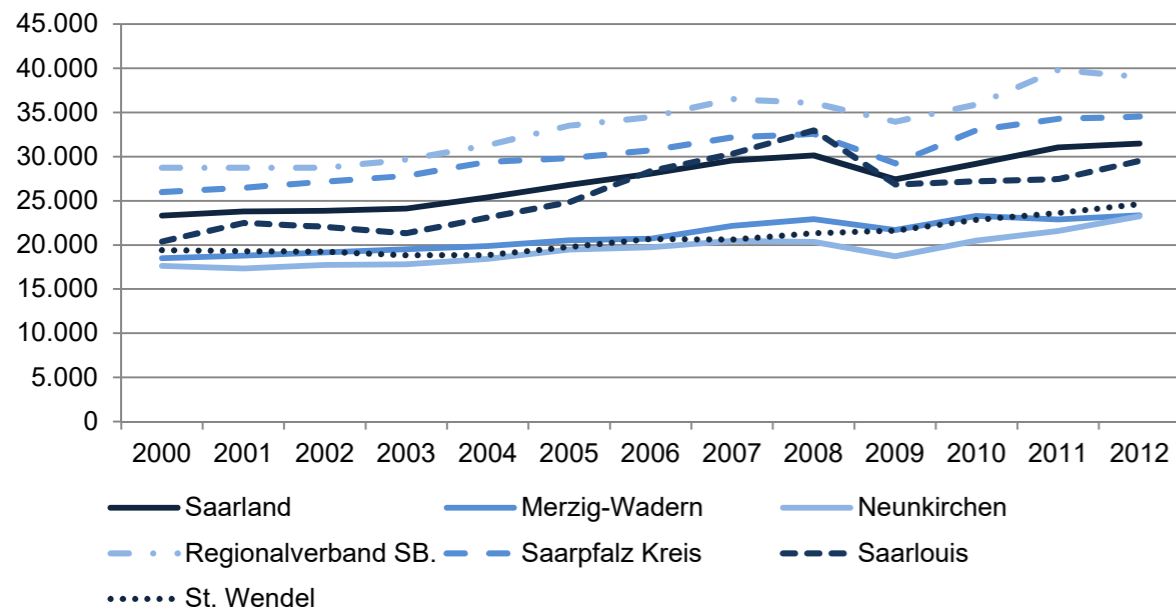


In jeweiligen Preisen der Berichtsjahre; Einwohner Stichtag 30.06.2013

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter 2015

Darstellung 4.7 zeigt die Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes in den saarländischen Landkreisen.

Darstellung 4.7: Nominales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den saarländischen Landkreisen im Zeitraum 2000 bis 2012 (in Euro)

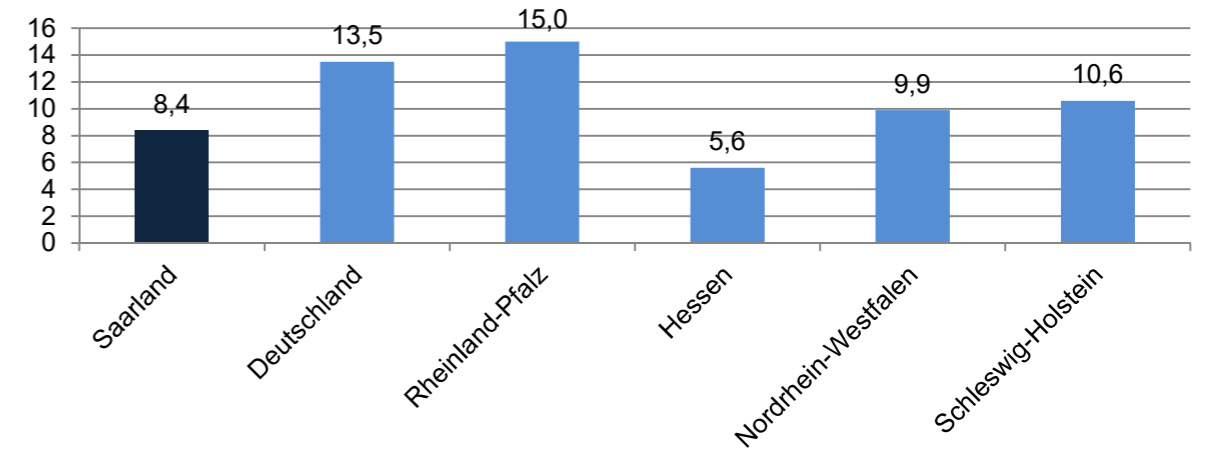


Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015 (Arbeitsmarktmonitor)

Über den gesamten Zeitraum hinweg ist das nominale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im städtisch geprägten Regionalverband Saarbrücken erheblich höher als in den anderen Kreisen; zudem liegt es auch erheblich über dem Landesdurchschnitt. Deutlich wird auch, dass die Landkreise Neunkirchen, Merzig-Wadern sowie St. Wendel stets mit klarem Abstand ein niedrigeres nominales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner aufweisen als die wirtschaftlich stärkeren Kreise Saarpfalz-Kreis und Saarlouis. Auffällig ist ferner, dass zur Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 der Landkreis Saarlouis den von allen Kreisen absolut und relativ stärksten Rückgang des nominalen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner aufweist.

Das reale Bruttoinlandsprodukt hat sich im Saarland im Zeitraum 2002 bis 2013 um 8,4 Prozent erhöht (vgl. Darstellung 4.8). Damit weist das Saarland eine im Bundesländervergleich geringe prozentuale Steigerung aus. Lediglich in Hessen war die Entwicklung noch weniger dynamisch.

Darstellung 4.8: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts nach Vergleichsländern im Zeitraum 2002 bis 2013 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter 2014a.

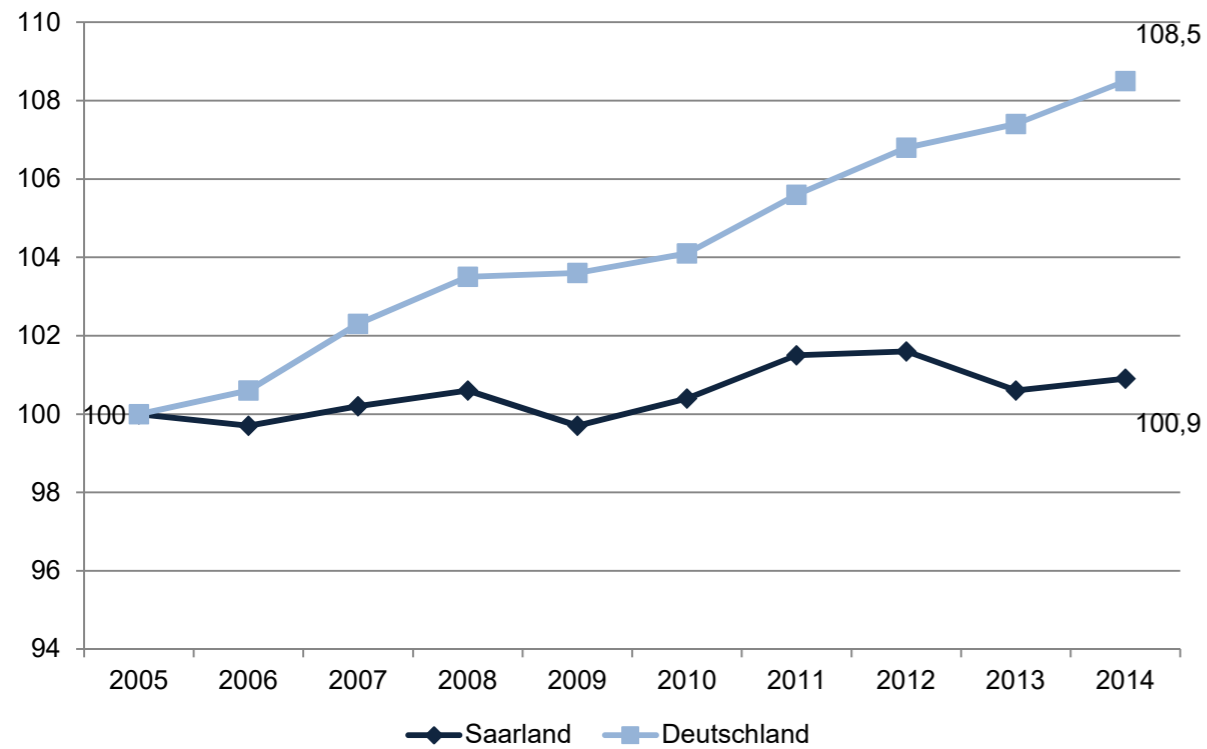
4.3 Ausgewählte Indikatoren zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

In diesem Abschnitt wird zunächst auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Saarland Bezug genommen. Es schließen sich differenzierte Betrachtungen zu den Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften an. Schließlich wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit erörtert.

4.3.1 Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2014 waren im Saarland durchschnittlich rund 520.000 Personen erwerbstätig. Gegenüber 2013 ergab sich damit eine geringfügige Steigerung von 0,3 Prozent. Die Beschäftigungsentwicklung folgte dabei der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Darstellung 4.9 enthält die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen für das Saarland und Deutschland. Während sich für Deutschland im betrachteten Zeitraum 2005 bis 2014 durchweg eine deutliche Steigerung der Beschäftigtenzahlen ergeben hat, zeigt sich für das Saarland diese Dynamik nicht.

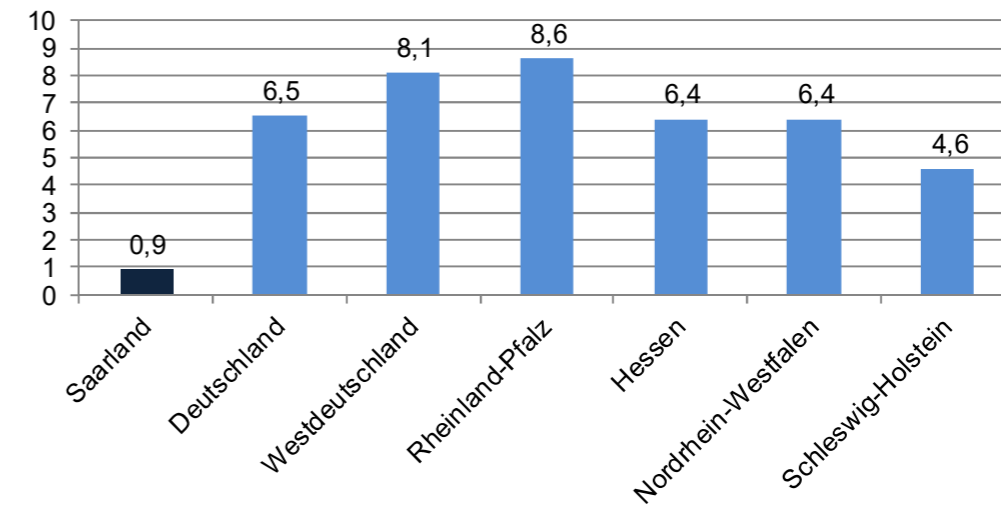
Darstellung 4.9: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im Saarland und Deutschland 2005 bis 2014 (Indexpunkte 2005 = 100)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter 2015

Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern weist das Saarland die geringsten prozentualen Steigerungsraten bei den Erwerbstätigen auf (vgl. Darstellung 4.10). Dabei ist aber auch der stärkere Rückgang der Zahl der Einwohner bzw. der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im Saarland mit zu beachten.

Darstellung 4.10: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2005 bis 2014 nach Bundesländern (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter 2015

Wird die Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Saarland ins Blickfeld gerückt (vgl. Darstellung 4.11), wird offenkundig, dass langfristig ein Strukturwandel stattgefunden hat und immer noch stattfindet. Die Bedeutung des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) nimmt gemessen an der Zahl und am Anteil der Erwerbstätigen im betrachteten Zeitraum (1991 bis 2014) immer mehr ab. Auch im produzierenden Gewerbe gehen Zahl und Anteil der Erwerbstätigen zurück. Waren im Jahr 1991 noch rund 40 Prozent der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt, waren es im Jahr 2011 nur noch ca. 32 Prozent und 2014 sogar nur noch etwa 28 Prozent. Demgegenüber ergeben sich erhebliche Arbeitsplatzgewinne im Dienstleistungsbereich (im sogenannten tertiären Sektor), dessen Bedeutung damit kontinuierlich zunimmt. Im Jahr 1991 waren im Dienstleistungsbereich rund 61 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, im Jahr 2001 waren es bereits etwa 68 Prozent und im Jahr 2014 rund 72 Prozent.

Darstellung 4.11: Erwerbstätige im Saarland nach Wirtschaftsbereichen 1991, 2001 und 2014 (in Tausend)

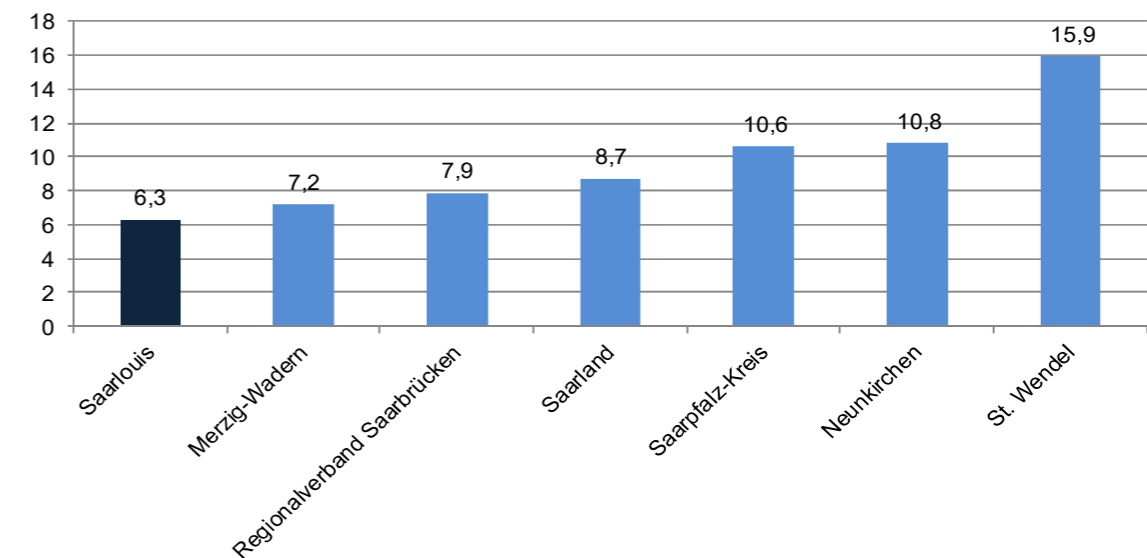
	1991	2001	2014
Wirtschaftsbereiche insgesamt	475,7	504,8	519,9
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	4,4	2,7	2,5
Produzierendes Gewerbe	181,2	159,3	143,6
Verarbeitendes Gewerbe	124,5	111,8	109,9
Baugewerbe	31,0	31,1	27,3
Dienstleistungsgewerbe	290,1	342,8	373,9
Handel-Verkehr, Gastgewerbe, Inform. u. Komm.	123,7	131,6	129,6
Finanz-, Versicherungs-, U-DL, Grundstücks- und Wohnungswesen	43,7	71,7	82,7
Öffentliche und sonstige Dienstleister	122,7	139,5	161,6

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Amt Saarland 2012 und 2015b

Im Jahr 2014 gab es im Saarland rund 372.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Gegenüber 2005 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 9 Prozent erhöht. In Deutschland war die Dynamik der Beschäftigtenzunahme allerdings erheblich stärker (rund 15 %). Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der folgende Befund aus dem IAB-Betriebspanel: „Im Saarland ist eine steigende und somit nicht wünschenswerte Entwicklung der atypischen Beschäftigungsformen zu beobachten.“ (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr 2014, S. 90).

Bei langfristiger Betrachtung offenbart sich in regionaler Differenzierung für alle saarländischen Landkreise im Zeitraum 2005 bis 2014 eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Darstellung 4.12). Der Kreis Saarlouis hat dabei die geringste prozentuale Steigerung zu verzeichnen (+6,3 %). Die höchste Zunahme ergab sich im Landkreis St. Wendel (+15,9 %).

Darstellung 4.12: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Landkreisen des Saarlandes 2005 bis 2014 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015 (Arbeitsmarktmonitor)

Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt im Jahr 2014 im Saarland 47,6 Prozent und ist damit deutlich niedriger als in Deutschland (52,1 %). Im Vergleich zu 2005 hat sie im Saarland erheblich zugenommen (vgl. Darstellung 4.13). Dabei ist sie im Kreis Merzig-Wadern (44,9 %) und dem Regionalverband Saarbrücken (45,8 %) deutlich niedriger als im Saarpfalz-Kreis (50,7 %) und im Kreis St. Wendel (50,5 %).

Darstellung 4.13: Veränderung der Beschäftigungsquote der Frauen in den Landkreisen und im Saarland sowie in Deutschland 2005 bis 2014 (in Prozent)

	2005	2014
Saarland	38,6	47,6
Deutschland	43,4	52,1
Merzig-Wadern	38,7	44,9
Neunkirchen	39,2	49,0
Regionalverband Saarbrücken	37,0	45,8
Saarlouis	37,6	47,5
Saarpfalz	41,7	50,7
St. Wendel	41,2	50,5

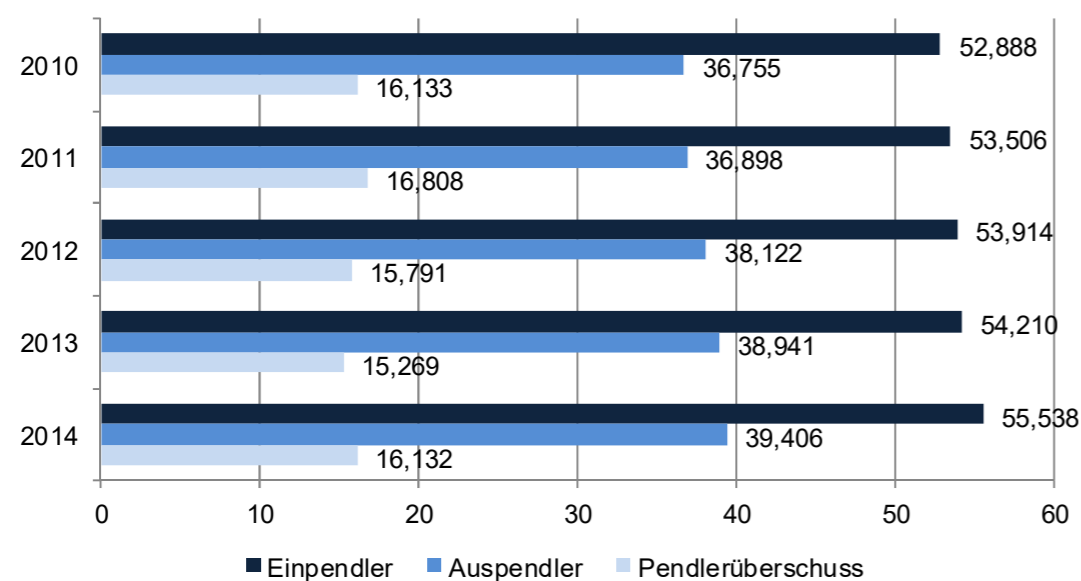
Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015 (Arbeitsmarktmonitor)

4.3.2 Pendler

Der Pendlersaldo ist die Differenz zwischen den Ein- und den Auspendlern und informiert darüber, ob mehr Arbeitskräfte von ihrem Wohnort zum Arbeiten in das Saarland kommen oder mehr im Land Wohnende das Saarland verlassen, da ihr Arbeitsplatz außerhalb liegt. Ist die Zahl der Einpendler in die Region größer, spricht man von einem Pendlerüberschuss. Der Pendlersaldo steht in einem Zusammenhang zu der relativen Arbeitsplatzdichte und kann auch als ein Indikator für die Wirtschaftskraft einer Region angesehen werden. Mit einer Einpendlerquote von 14,7 Prozent im Jahr 2014 und einer Auspendlerquote von 8,7 Prozent (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015) ist das Saarland unter den Vergleichsländern führend. Nur Hessen weist annähernd vergleichbare Zahlen auf.

Das Saarland hat seit Jahrzehnten einen über die Zeit hinweg in etwa unveränderten positiven Pendlersaldo, d. h. die Zahl der Einpendler ist deutlich höher als die Zahl der Auspendler. Im Jahr 2010 ergab sich ein Pendlerüberschuss in Höhe von 16.133 Personen, im Jahr 2014 ist dieser mit 16.132 Personen fast identisch (vgl. Darstellung 4.14).

Darstellung 4.14: Einpendlerüberschuss (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) im Saarland 2010 bis 2014 jeweils zum 30. Juni



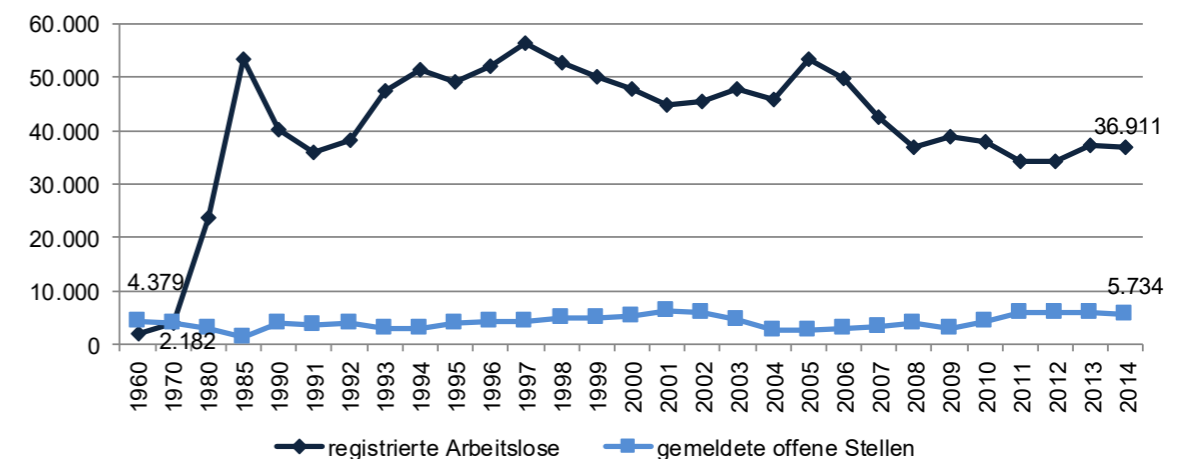
Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Amt Saarland (versch. Jahre)

Das Saarland besitzt traditionell einen hohen Pendlerüberschuss gegenüber Rheinland-Pfalz (+10.338 Personen) und auch gegenüber Frankreich (+17.757 Personen), während ein negativer Pendlersaldo, also ein Auspendlerüberschuss, mit den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie in erheblichem Maße mit Luxemburg besteht (-8.271 Personen).

4.3.3 Arbeitslosigkeit

Über Jahrzehnte hinweg zeigt sich im Saarland wie auch in den anderen west- und noch mehr in den ostdeutschen Bundesländern eine große Differenz zwischen der Zahl der registrierten Arbeitslosen und der Zahl der offenen bzw. gemeldeten Stellen.¹⁶ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (36.911 Personen; das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,2 %) betrug im Saarland 2014 mehr als das Sechsfache der Zahl der gemeldeten Stellen (5.734 Stellen; vgl. Darstellung 4.15).

Darstellung 4.15: Zahl der registrierten Arbeitslosen und Zahl der gemeldeten offenen Stellen im Saarland 1960 bis 2014

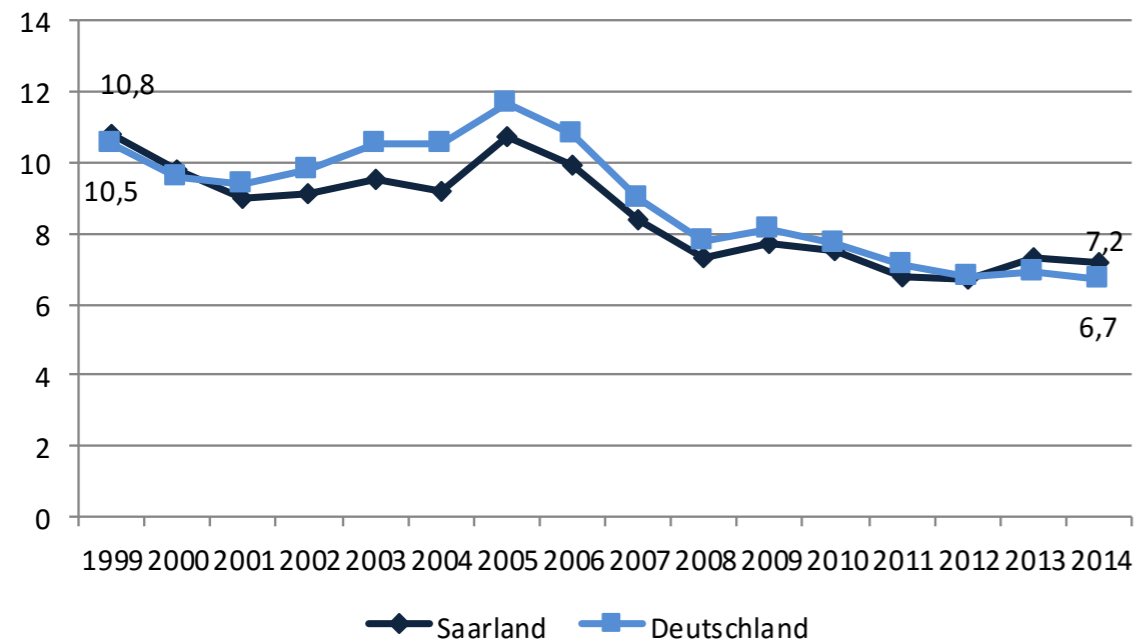


Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015

¹⁶ Bei dieser Gegenüberstellung ist zu beachten: Nicht alle offenen Stellen sind einerseits den Arbeitsagenturen auch gemeldet. Zahlen aus dem IAB-Betriebspanel zeigen eine steigende Meldequote, dennoch wird den Arbeitsagenturen laut dieser Quelle nur ca. die Hälfte der offenen Stellen bekannt. Andererseits ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich geringer als die tatsächliche Arbeitslosigkeit bzw. die – inzwischen auch von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte – Unterbeschäftigung. Von einer „Vollbeschäftigung“ ist Deutschland noch ein gutes Stück entfernt. Das z. B. im Gutachten der sogenannten „Hartz-Kommission“ für 2015 an die Wand gemalte Szenario eines (demografisch bedingten) Fehlens von ungünstigenfalls bis zu sieben Millionen Arbeitskräften, mit dem der Um-/Abbau des Sozialstaats begründet wurde, erscheint realitätsfern. Es sollte u. E. auch in keinem Fall weiter handlungsleitend bleiben.

Im Zeitverlauf ist der Rückgang der Arbeitslosenquote im Saarland ähnlich wie im gesamtdeutschen Durchschnitt ausgefallen (vgl. Darstellung 4.16). Das Saarland wies bis zum Jahr 2012 eine geringere Arbeitslosenquote auf als Deutschland. Am aktuellen Rand liegt die Arbeitslosenquote im Jahr 2014 im Saarland mit 7,2 Prozent allerdings (geringfügig) höher als in Deutschland (6,7 %).

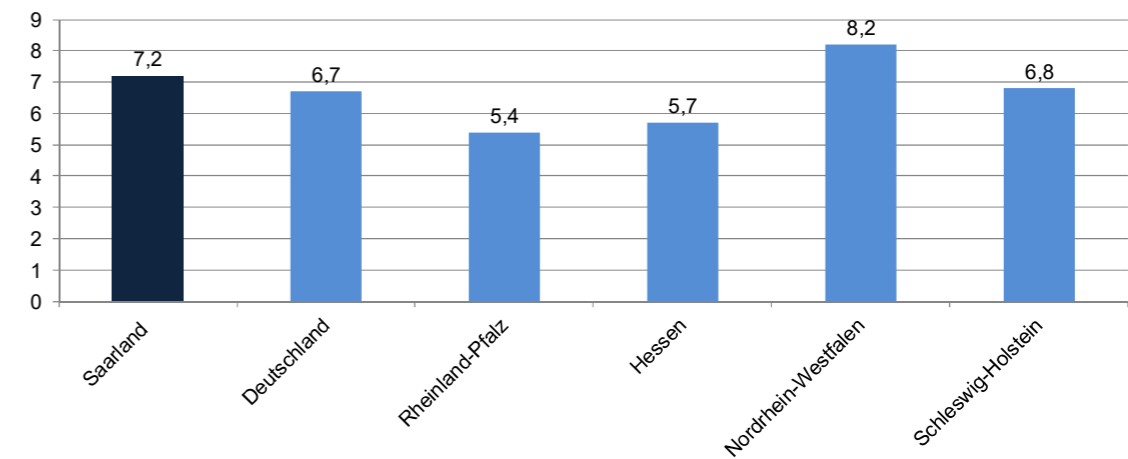
Darstellung 4.16: Entwicklung der Arbeitslosenquote im Saarland und in Deutschland 1999 bis 2014 (Jahreszahlen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015

Im jüngsten Berichtsjahr 2014 weist das Saarland mit dem erwähnten Wert von 7,2 Prozent nach Nordrhein-Westfalen (8,2 %) die zweithöchste Arbeitslosenquote unter den Vergleichsländern auf (vgl. Darstellung 4.17).

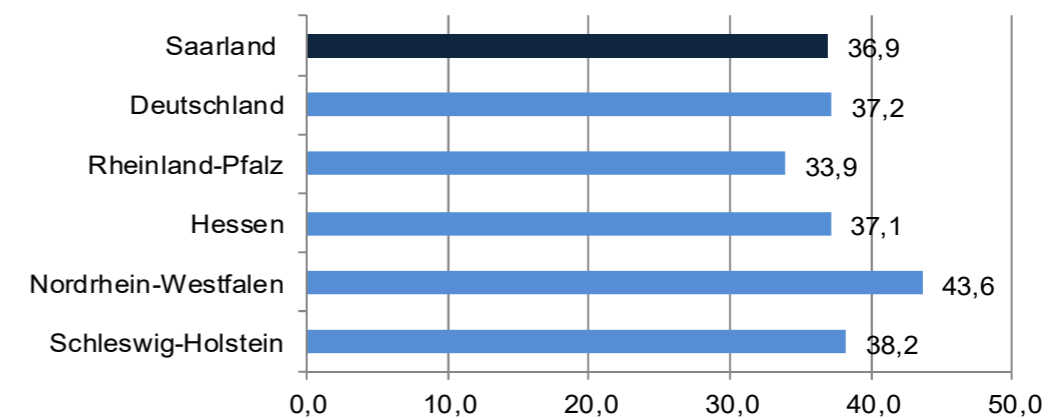
Darstellung 4.17: Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2014 im Saarland und in den Vergleichsländern (in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015

Wie Darstellung 4.18 entnommen werden kann, ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen 2014 im Saarland mit 36,9 Prozent geringer als in den Vergleichsländern, ausgenommen Rheinland-Pfalz (33,9 %). Der betreffende Wert liegt nahe beim Wert für Deutschland insgesamt (37,2 %).

Darstellung 4.18: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Saarland und in den Vergleichsländern 2014 (in Prozent)



Arbeitslosigkeitsdauer 12 Monate und länger.

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistische Ämter 2015 und Deutscher Bundestag 2015

4.4 Verschuldung der öffentlichen Haushalte

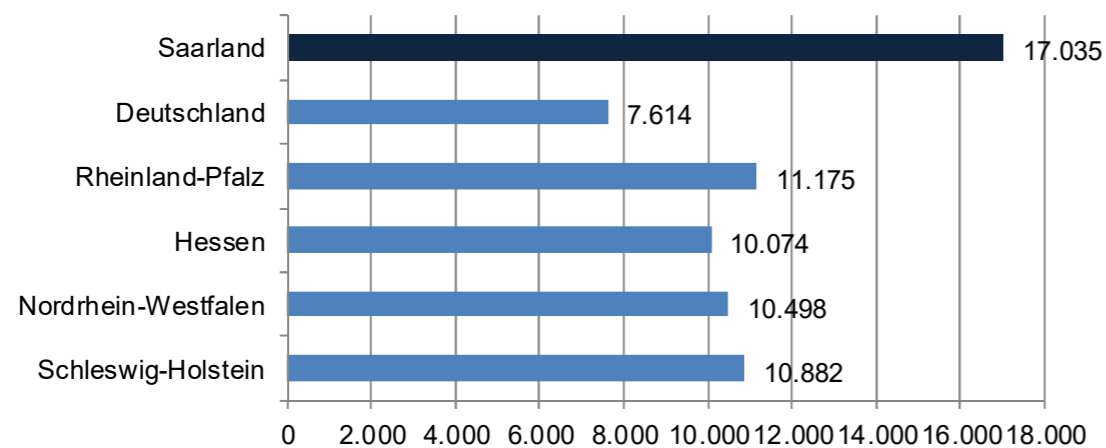
Eine weitere wichtige Rahmenbedingung ist hier kurz anzuführen – auch wenn Rahmenbedingung hier nicht im Sinne einer Armut-, „Ursache“ verstanden werden kann, sondern angesichts der gesetzlichen Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung die Handlungsmöglichkeiten betrifft. Die öffentlichen Haushalte im Saarland weisen einen relativ hohen Schuldenstand auf.

Im Jahr 2014 (31. Dezember) stellt sich der Schuldenstand des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände wie folgt dar (vgl. Statistisches Bundesamt 2015g, S. 88):

- Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich 16.855 Mio. Euro
- Schulden beim öffentlichen Bereich 506 Mio. Euro
- Weitere Verpflichtungen 5.706 Mio. Euro

Umgerechnet auf die Einwohnerzahl weist das Saarland damit den höchsten Schuldenstand unter allen Vergleichsländern bzw. aller Flächenländer auf (vgl. Darstellung 4.19).

Darstellung 4.19: Schulden der Kernhaushalte der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2014 im Bundesländervergleich je Einwohner (in Euro)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015g, S. 87f

Die 17.035 Euro/Einwohner setzen sich aus 13.701 Euro Landesschulden und 3.334 Euro Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen. Dabei ist der Schuldenstand pro Einwohner im Vergleich der Flächenländer sowohl in Bezug auf das Land als auch in Bezug auf die Gemeinden/Gemeindeverbände der höchste Wert. Ungefähr entspricht der Betrag dem Schuldenstand pro Einwohner im Durchschnitt der drei Stadtstaaten in Deutschland.

Es ist nicht Aufgabe dieses Berichts, zu den Ursachen dieser Schulden Stellung zu nehmen (z. B. die tiefe(n) Strukturkrise(n), die das Saarland zu bewältigen hatte). Als Fakt ist jedoch festzuhalten: Die finanziellen Handlungsspielräume sind begrenzt.

4.5 Die Großregion

Als Teil der „Großregion“ saar/lor/lux/rheinland-pfalz/wallonie liegt das Saarland mitten im Herzen Europas. Dies ist jedoch nicht nur eine Chance, sondern – ganz abgesehen von der Verkehrsanbindung – auch eine Herausforderung (vgl. zum folgenden mit ausführlicheren Daten Statistische Ämter der Großregion 2014). Der Region fehlt eine größere Metropole, sie ist polyzentrisch. Damit werden die umliegenden und relativ schnell erreichbaren Metropolen (Paris, Brüssel, Köln, Rhein/Ruhr) zu harten Konkurrenten (vgl. kurz Arbeitskammer des Saarlandes 2013, S. 271ff). Von den in der Großregion vertretenen Regionen erweist sich dabei die Lage des Saarlandes in der Mitte der Großregion nicht nur als Vorteil: Die anderen Bundesländer/Regionen orientieren sich leichter an ihren jeweiligen nationalen Metropolen.

Die Analyse zur Struktur der Großregion zeigt zunächst, dass das Saarland mit 990.718 Einwohnern (alle Werte 2013, soweit nichts anderes angegeben) gerade einmal 8,6 Prozent der Bevölkerung stellt. Nur Luxemburg ist von der Bevölkerungszahl her kleiner. Der Bevölkerungsanteil der Jüngeren unter 25 Jahre ist im Saarland mit Abstand der geringste aller Teile der Großregion. Demgegenüber verzeichnet das Saarland höhere Anteile von ab 60 bzw. ab 80-Jährigen. Wie Rheinland-Pfalz, aber relativ gemessen deutlich stärker, verzeichnet das Saarland eine Bevölkerungsabnahme (im Vergleich zu 2006: - 44.530 Personen). In den anderen Regionen außerhalb Deutschlands ergeben sich Bevölkerungszuwächse. Insgesamt gesehen, gilt für das Saarland im Vergleich zu den anderen Teilen der Großregion das Gleiche wie in

der Gegenüberstellung mit den anderen westdeutschen Bundesländern: Der demografische Wandel ist insofern im Saarland schon etwas weiter fortgeschritten als in den anderen Regionen.

Hinsichtlich des Arbeitsmarktes sind zwei weitere Besonderheiten zu betonen. Das Saarland hat traditionell, vor allem bei Frauen, eine im innerdeutschen Vergleich sehr geringe Erwerbstätigenquote. Im Vergleich zu den ausländischen Teilen der Großregion ist sie aber hoch (vgl. Darstellung 4.20).

Darstellung 4.20: Erwerbstätigenquoten der 15- bis 64-Jährigen 2013 (in Prozent)

	Saarland	Lorraine	Luxemburg	Rheinland-Pfalz	Wallonie	Groß-Region
Männer	75,8	65,6	69,5	78,8	62,6	70,1
Frauen	63,9	57,8	57,8	68,2	68,2	60,2

Quelle: Statistische Ämter der Großregion 2014, S. 14f.

Entgegen den seit zwei Jahrzehnten in Deutschland propagierten Vorstellungen von einem im internationalen Vergleich bestehenden Rückstand in der Erwerbstätigkeit Älterer ist schon lange das Gegenteil der Fall – unbenommen der Qualität der Arbeitsplätze, die Ältere noch finden.

Die Pendlerverflechtung des Saarlandes innerhalb der Großregion zeigt, dass mehr Berufspendler in das Land kommen als dieses verlassen. Nur in Bezug auf Luxemburg ist das umgekehrt (vgl. Darstellung 4.21).

Darstellung 4.21: Ein- und Auspendler im Saarland 2013 (absolut)

	Rheinland-Pfalz	Lorraine	Luxemburg	Wallonie
Einpendler	25.200	17.700	50	150
Auspendler	15.200	1.000	8.200	-

Quelle: Statistische Ämter der Großregion 2014, S. 17

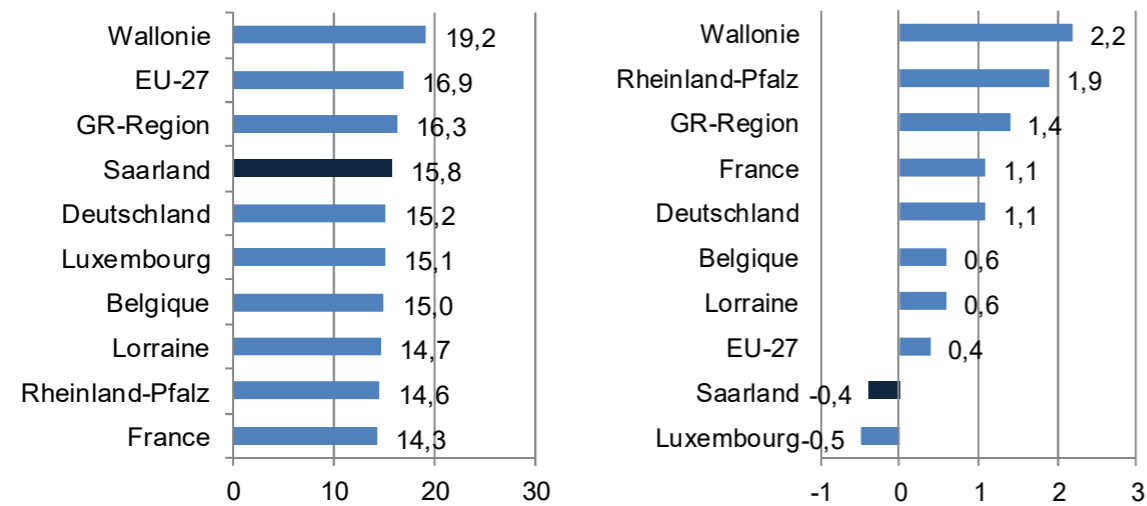
Mit 6,2 Prozent hat das Saarland in der Großregion eine relativ niedrige Arbeitslosenquote (EU-Definition). In Luxemburg und Rheinland-Pfalz ist sie etwas geringer (5,8 bzw. 4,1 %), in Lorraine und der Wallonie dagegen höher (12,2 bzw. 16,1 %).

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist im Saarland – etwa gleichauf mit Rheinland-Pfalz – das geringste in der Großregion. In der Berechnung je Einwohner liegen diese beiden deutschen Bundesländer mit Abstand hinter Luxemburg, aber vor Lorraine und der Wallonie. Dabei zeichnet sich das Saarland durch den größten Anteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) und den geringsten Anteil der Dienstleistungsbereiche aus.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (18.421 Euro) liegt 2012 weit hinter Luxemburg und auch hinter Rheinland-Pfalz (32.107 bzw. 21.608 Euro). Es ist jedoch höher als in Lorraine und vor allem als in der Wallonie (18.663 bzw. 17.009 Euro; vgl. Statistische Ämter der Großregion 2014, S. 40f). Die gleiche Reihenfolge gilt auch in Bezug auf die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste Vollzeitbeschäftigter.

Für 2011 weist das INFO-Institut (2015, S. 59) die gleiche Reihenfolge der Teilregionen bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte pro Einwohner aus und gleichzeitig den vorletzten Rang hinsichtlich des Zuwachses 2006 bis 2011 bei diesem Wohlstandsindikator (Allerdings mit dem stärksten Zuwachs zwischen 2010 und 2011). Aus diesem Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Großregion entstammen auch die in Darstellung 4.22 wiedergegebenen Zahlen zu den regionalen Armutsrisikoquoten 2012 (60 % des jeweiligen nationalen Medians; nach Sozialleistungen) und deren Veränderung 2006 bis 2011 (in Prozentpunkten).

Darstellung 4.22: Armutsgefährdungsquoten in der Großregion 2012 und deren Veränderung 2006 bis 2011 (in Prozent bzw. in Prozentpunkten)



Quelle: INFO-Institut 2015, S. 62

Das Saarland hatte danach mit 15,8 Prozent hinter der Wallonie die höchste Armutsrisikoquote 2012, bei einer allerdings relativ günstigen Entwicklung in den Jahren zuvor. Beachtenswert ist aus dieser Quelle aber auch der Hinweis (vgl. ebenda, S. 66), dass sich in keiner anderen Teilregion zwischen 1996 und 2013 ein so großer Abstand zwischen der Entwicklung der Unternehmensgewinne und derjenigen der Arbeitnehmerentgelte ergeben hat wie im Saarland (gefolgt von Rheinland-Pfalz).

5. Zur funktionalen und personalen Verteilung der Einkommen und Vermögen

In diesem Kapitel wird zunächst auf die funktionale Verteilung¹⁷ und die Primärverteilung der Markt- bzw. Bruttoeinkommen eingegangen. Anschließend wird die Sekundärverteilung der Nettoeinkommen, also der Einkommen nach Umverteilung durch das Steuer-Transfer-System, behandelt. Außerdem wird nachfolgend im Rahmen der Sekundärverteilung noch auf die Wohlstandsgröße Vermögen Bezug genommen.

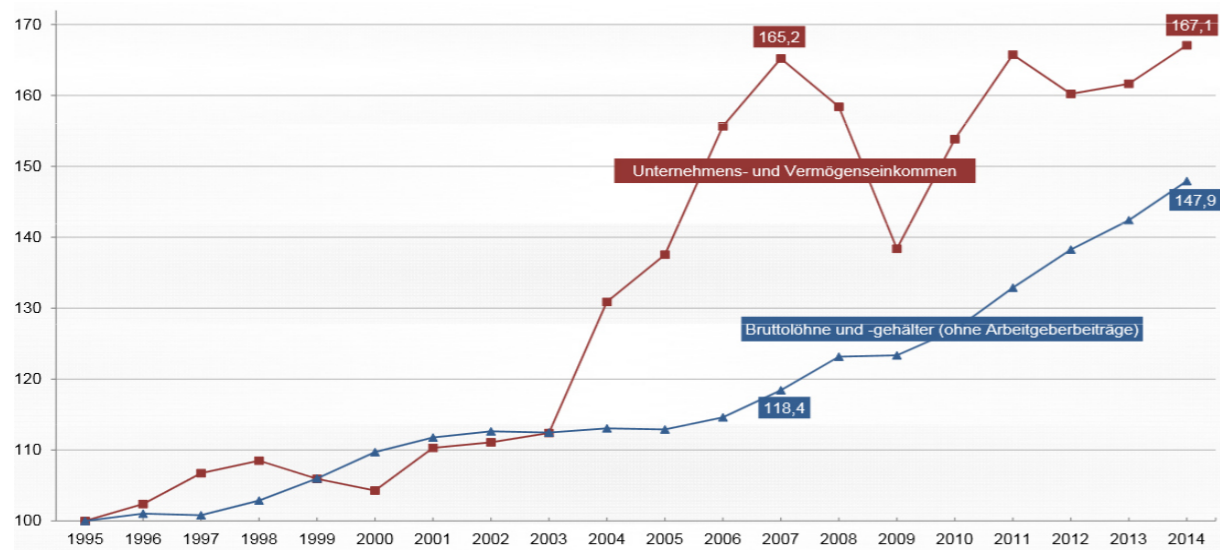
5.1 Funktionale Einkommensverteilung

Unter der funktionalen Einkommensverteilung wird die Verteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts auf die grundlegenden volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (inklusive Boden) verstanden.

Diese aggregierten Faktorentgelte haben sich in Deutschland (vgl. Darstellung 5.1) seit 1995 zunächst relativ ähnlich entwickelt. Nach 2003 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Vergleich zu den Bruttolöhnen und -gehältern der abhängig Beschäftigten aber geradezu explodiert. Im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dann zwar sehr stark eingebrochen. Sie haben sich aber schnell wieder erholt und liegen – trotz eines nochmaligen leichten Rückgangs im Jahr 2012 – im Jahr 2014 um 67,1 Prozent über dem Niveau des Ausgangsjahres 1995. Bei den Bruttoentgelten der Arbeitnehmer liegt die Steigerungsrate 2014 dagegen nur bei 47,9 Prozent.

¹⁷ Vgl. zur Erläuterung der wichtigsten Begrifflichkeiten und Indikatoren Kapitel 2.

Darstellung 5.1: Entwicklung der Bruttolöhne/-gehälter und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen 1995 bis 2014 (Index 1995 = 100)



Quelle: www.sozialpolitik.aktuell.de (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

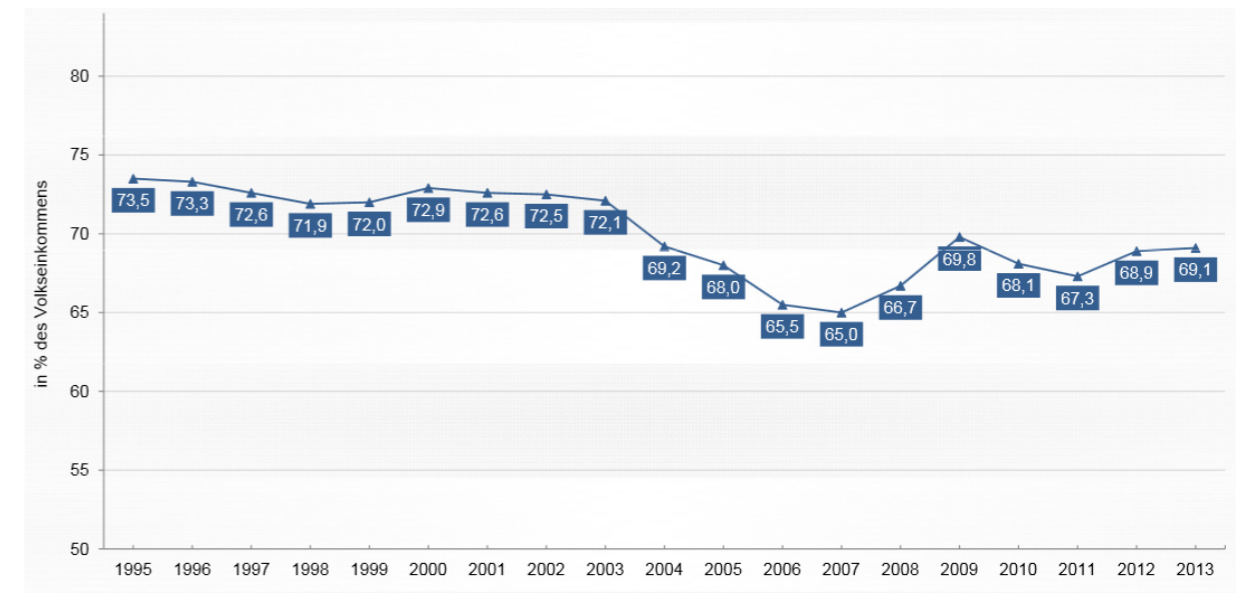
Aus einer anderen Perspektive formuliert, sind in diesem Betrachtungszeitraum Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen um jeweils rund 53 Prozent gestiegen. Die Brutto- wie die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer haben um rund 32 Prozent zugenommen. Allerdings sind dies noch die nicht um die Preisniveausteigerungen bereinigte Werte. Real, also inflationsbereinigt, haben die Nettoentgelte je Arbeitnehmer bis zum Jahr 2014, gegenüber 1995, gerade einmal um 3,5 Prozent zugenommen (vgl. www-sozialpolitik.de, abb III, 1).¹⁸

Die gängigen Kennziffern zur Messung der funktionalen Einkommensverteilung sind die Lohnquote und die sich mit ihr auf 1 (oder 100 %) ergänzende Gewinn- bzw. Profitquote. Die strukturbereinigte¹⁹ Bruttolohnquote (vgl. Darstellung 5.2), die in den Jahren 1995 bis 2003 noch bei deutlich über 70 Prozent lag, ist 2004 bis 2007 auf rund 65 Prozent gefallen; sie hat sich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder erholt; beträgt aber seither weniger als 70 Prozent. Plakatig gesprochen: Der Anteil der Arbeitnehmerinnen am erwirtschafteten „Kuchen“ ist kleiner geworden.

¹⁸ Dabei gibt es Belege, dass ärmere (und ältere) Personen bzw. Haushalte von Preisniveausteigerungen etwas stärker betroffen sind als einkommensstärkere (vgl. Held 2014).

¹⁹ Strukturbereinigt bedeutet, dass die veränderte (relative) Anzahl von abhängig Beschäftigten bzw. Selbstständigen statistisch berücksichtigt wird.

Darstellung 5.2: Entwicklung der strukturbereinigten Bruttolohnquote 1995 bis 2013 (in Prozent des Volkseinkommens)

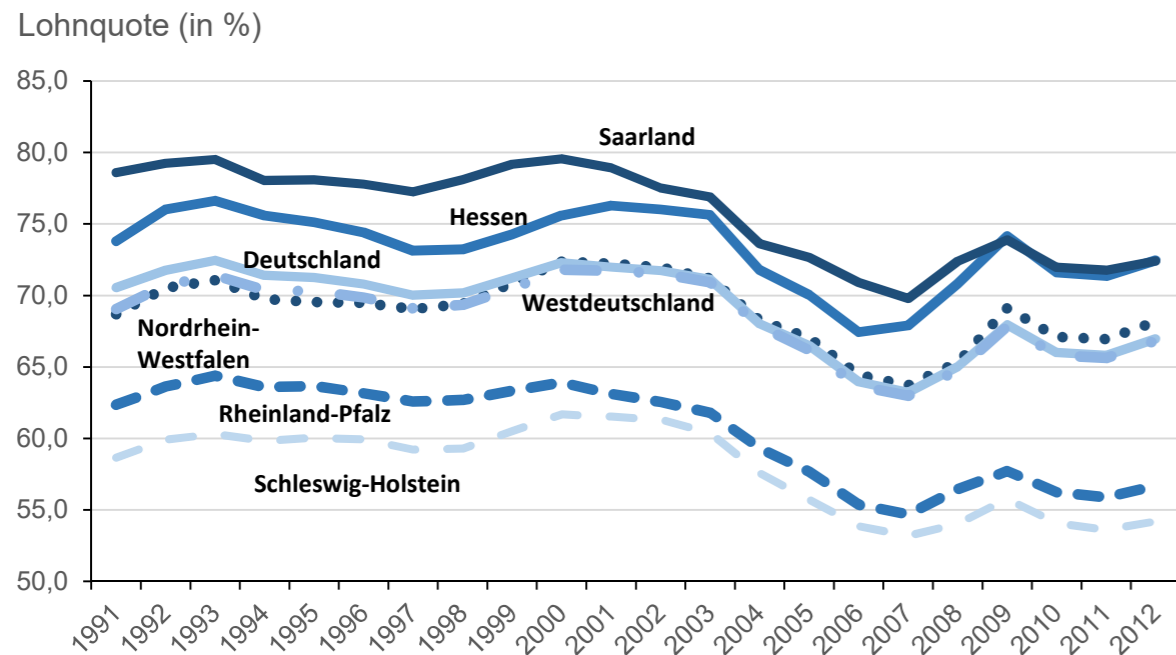


Strukturbereinigte Lohnquote = Arbeitnehmerentgelt (einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber) in Prozent des Volkseinkommens, bereinigt um die Veränderung der Erwerbstätigenstruktur.

Quelle: www.sozialpolitik.aktuell.de, Darstellung abb. III 54 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)

Die Grundtendenz der Lohnquotenentwicklung kommt auch aus dem Verlauf der unbereinigten Lohnquote zum Ausdruck, wie aus Darstellung 5.3 für das Saarland und die Vergleichsregionen ersichtlich wird. Nach 78,6 Prozent im Jahr 1991 betrug die Lohnquote im Saarland 2012 nur noch 72,4 Prozent. Damit ist sie allerdings gegenüber den Vergleichsländern immer noch höher (inzwischen indes mit der Ausnahme von Hessen). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 67,0 Prozent (2012) ist die Lohnquote im Saarland um gut 5 Prozentpunkte höher.

Darstellung 5.3: Entwicklung der unbereinigten Lohnquote im Saarland und den Vergleichsländern von 1991 bis 2012 (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015 (VGR der Länder)

Da sich die Kapitaleinkünfte – wegen der sehr ungleichen Vermögensverteilung – stärker im Bereich hoher Einkommen konzentrieren (vgl. unten), ist zu erwarten, dass auch die personale Einkommensverteilung angesichts des deutlichen Rückgangs der Lohnquote ungleicher geworden ist.

Eine solche direkte Schlussfolgerung von der funktionalen auf die personale Verteilung – eventuell sogar in der Differenzierung nach der sozialen Stellung (Arbeitnehmer versus Selbstständige) – ist jedoch wegen der sogenannten Querverteilung nicht so einfach möglich. Vereinfacht: In Selbstständigenhaushalten werden auch Arbeitnehmerentgelte erzielt, und in Arbeitnehmerhaushalten fallen auch Kapitaleinkünfte an – von Zinsen aus einem Sparbuch bis eventuell hin zum (fiktiven) Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums. Dennoch zeigen auch die Zahlen in diesem Bericht, dass die oben genannte, aus der funktionalen Verteilung hervorgehende Erwartung einer steigenden personalen Einkommensungleichheit zumindest mehr als plausibel ist.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch darauf, dass Arbeitnehmereinkünfte nicht in jedem Fall niedriger ausfallen als Selbstständigeneinkommen (ganz jenseits ihrer Mi-

schung im Haushaltszusammenhang): Die Entgelte der Vorstände von großen Konzernen zählen zu den Arbeitseinkommen, während die oft bescheidenen Gewinne von (Solo-)Selbstständigen in den Statistiken als Kapitaleinkommen gelten (vgl. Kapitel 8). Anhand des Mikrozensus durchgeführte „[...] Schätzungen zeigen zum einen, dass es für Selbständige mit eigenen Mitarbeitern sehr wahrscheinlich ist, mehr als abhängig Beschäftigte zu verdienen. Zum anderen ist es für alle Solo-Selbständigen zusammen genommen weniger wahrscheinlich, mehr als abhängig Beschäftigte zu verdienen“ (Fritsch u. a. 2015, S. 134).

5.2 Personale Einkommensverteilung

Die folgenden Erörterungen zur personalen Einkommensverteilung gliedern sich in die Primär- und die Sekundärverteilung. Während Erstere das Ergebnis von Marktprozessen ist, werden bei der Sekundärverteilung staatliche Umverteilungen berücksichtigt.

5.2.1 Primärverteilung

Die Entwicklung der Verteilung der sogenannten Primäreinkommen, also der Verteilung der Einkommen vor dem Wirksamwerden der staatlichen Umverteilung durch negative Transfers (Abgaben, darunter auch die Steuern) und monetäre Sozialtransfers ist in den vergangenen Jahren ebenso wie die funktionale Einkommensverteilung wieder stärker diskutiert worden.

Erstens stellt sich angesichts der tendenziell gesunkenen Lohnquote die Frage, wie viel von dem in einer florierenden, exportstarken Ökonomie wie Deutschland erwirtschafteten wirklich bei den „normalen Arbeitnehmern“ („bei der breiten Masse“) ankommt. Zweitens gibt es massive Anzeichen für eine zunehmende Spreizung auch der Arbeitseinkommen: Ein größer gewordener Niedriglohnsektor auf der einen Seite und auf der anderen Seite explodierende Managergehälter und Boni in bestimmten Branchen haben zu einer lebhaften einschlägigen öffentlichen Debatte geführt. In anderen Ländern haben Bücher zum Thema große Aufmerksamkeit erlangt (vgl. z. B. Stiglitz 2012; Piketty 2014).

Für einen Landesarmuts- und -reichtumsbericht ist es naturgemäß darüber hinaus von besonderer Bedeutung, wie sich die (durchschnittlichen) Einkommen im Land im Vergleich zu anderen Bundesländern sowie die jeweilige Einkommensverteilung entwickelt haben – darunter speziell die Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit als im Durchschnitt wichtigster Einkommensquelle für große Bevölkerungsteile (vgl. Darstellung 5.4).

Darstellung 5.4 zeigt zunächst, dass sich auf dieser Ebene in den Daten der EVS der Trend einer abnehmenden Bedeutung der Arbeitseinkommen für die Haushaltsbruttoeinkommen nicht niederschlägt. Allerdings ist auf die jeweils spezifische konjunkturelle Lage zu den Erhebungszeitpunkten und (vgl. obigen Abschnitt 2.2) auf die Abschnidegrenze bei der EVS zu verweisen. Hocheinkommensbezieher – vor allem von hohen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – sind in der EVS nicht enthalten. Außerdem ist der Anteil der abhängig Beschäftigten stärker gestiegen als jener der Selbstständigen, was in Darstellung 5.4 im Gegensatz zu Darstellung 5.2 nicht statistisch „bereinigt“ wird.

Darstellung 5.4: Anteile der Bruttoeinkommen aus verschiedenen Einkommensarten an den Haushaltsbruttoeinkommen im Saarland und im früheren Bundesgebiet 1998 bis 2008 (in Prozent und Euro)

	Früheres Bundesgebiet			Saarland
	1998	2003	2008	2008
Haushaltsbruttoeinkommen (in Euro)	3.452	3.729	3.899	3.147
Anteil unselbstständige Arbeit	54,1	52,6	55,5	55,9
– darunter: Haupteinkommensbezieher	43,5	41,6	44,1	45,8
– darunter: Ehe-/Lebenspartner	8,5	9,1	9,6	8,5
Anteil selbstständige Arbeit	7,0	6,2	6,7	(3,1)
Anteil Vermögenseinkommen ¹⁾	12,7	11,7	10,9	12,4

¹⁾ Inklusiv unterstellte Eigentüermiete (im Saarland 317 von 389 Euro Vermögenseinkommen).

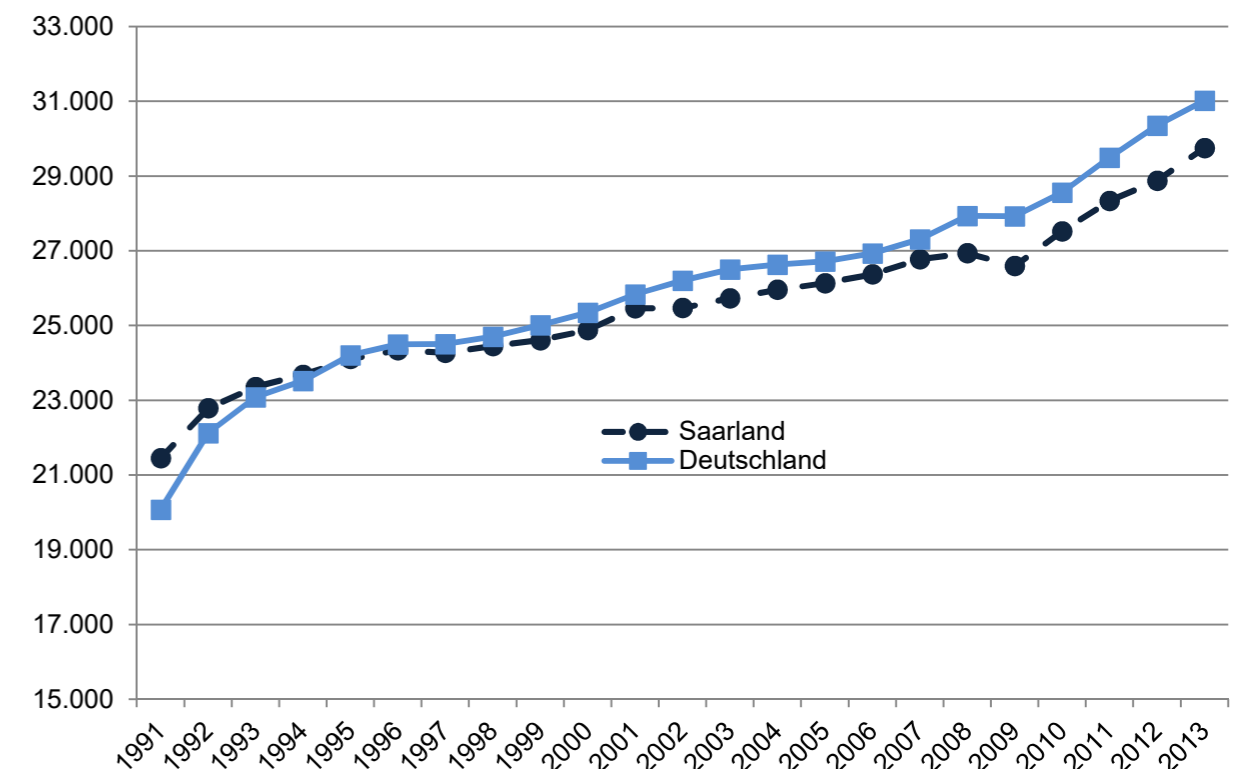
Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2010

Wichtig ist zunächst die Feststellung aus Darstellung 5.4, dass die durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen im Saarland deutlich unterhalb derjenigen im früheren Bundesgebiet liegen. Bei einem leicht höheren Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit an den Haushaltsbruttoeinkommen im Saarland sind die absoluten Beträge geringer (2008: 1.759 versus 2.165 Euro). Dabei ist im Saarland, resultierend

aus der geringeren Frauenerwerbstätigkeit, die relative Bedeutung der Lohneinkommen der Haupteinkommensbezieher 2008 etwas größer als im früheren Bundesgebiet. Bei den Vermögenseinkommen 2008 machen die unterstellten Netto-Eigentüermieten im Saarland immerhin 81 Prozent aus.

Eine weitere wichtige Entwicklung ist Darstellung 5.5 mit dem Vergleich der Bruttolöhne und -gehälter je Erwerbstätigen im Saarland und in Deutschland zu entnehmen. Bis Mitte der 1990er-Jahre lagen die Bruttolöhne und -gehälter im Saarland laut VGR über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Seitdem sind sie geringer.

Darstellung 5.5: Bruttolöhne und -gehälter je Erwerbstätigen im Saarland und in Deutschland 1991 bis 2013 (in Euro)

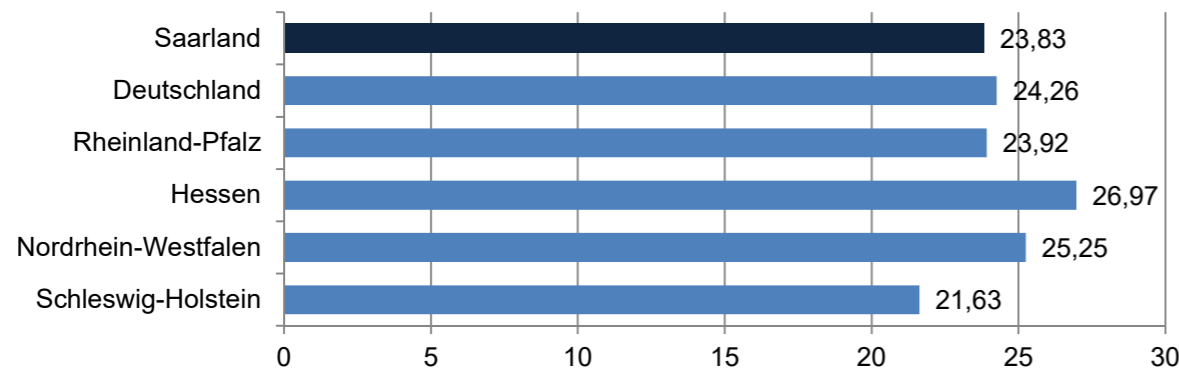


Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015

Zu den Unterschieden in Darstellung 5.5 tragen nicht nur Unterschiede in der Entwicklung der Entlohnung bei, sondern auch Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur (auch in den Arbeitszeitumfängen). In Darstellung 5.6 werden daher nur die Bruttolöhne und -gehälter je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer verglichen. Mit 23,83 Euro liegt der saarländische Betrag im Jahr 2014 unter dem deutschen Durch-

schnittswert (24,26 Euro). Von den Vergleichsländern und insgesamt unter den westdeutschen Bundesländern ist der Bruttolohn bzw. das Bruttogehalt je Arbeitsstunde nur in Schleswig-Holstein geringer als im Saarland.

Darstellung 5.6: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (Inland) im Bundesländervergleich 2014 (in Euro/Stunde)



Beträge ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015.

Konkret waren in den Jahren 2000 und 2001 sowie nochmals im Jahr 2007 der Bruttolohn bzw. das Bruttostundengehalt im Saarland laut Daten der VGR höher als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Seither sind die betreffenden Werte laut dieser Statistik mit tendenziell zunehmendem Abstand geringer.

Die nachfolgenden Zahlen entstammen zum Vergleich einer anderen Datenquelle, nämlich der Vierteljährlichen Verdiensterhebung der Statistischen Ämter. Sie sind trotz der Ausklammerung von Kleinst- und teilweise von Kleinbetrieben²⁰ interessant, weil sie eine Besonderheit der Verdienststruktur im Saarland verdeutlichen, die zumindest teilweise als Erklärung für die tendenziell geringere Einkommensungleichheit im Saarland dienen kann (vgl. zu dem im Vergleich zu Westdeutschland etwas geringeren Gini-Koeffizienten Abschnitt 5.3).

²⁰ Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst einen Großteil der Arbeitnehmer (außer Sonderformen wie z. B. Altersteilzeiter, Auszubildende, Praktikanten, Heimarbeiter, Einpendler aus dem Ausland; vgl. im Detail Statistisches Bundesamt 2014b). Nicht enthalten sind in der Stichprobe Betriebe/örtliche Einheiten mit bis zu zehn Beschäftigten (in einer Reihe kleinbetrieblicher Wirtschaftszweige liegt die Grenze bei fünf Beschäftigten). Generell nicht enthalten sind zudem die Wirtschaftszweige Land-/Forstwirtschaft/Fischerei und Private Haushalte. Die Strukturunterschiede in den Datenquellen führen zu verschiedenen Euro-Beträgen.

Zunächst ist festzustellen: Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) voll- und teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer liegt 2014 im Saarland mit 19,68 Euro unter dem gesamtdeutschen Betrag (20,02 Euro) und jenem für das frühere Bundesgebiet (20,77 Euro). Dieser Betrag für das Saarland wird in Darstellung 5.7 nur in Schleswig-Holstein unterschritten.

Darstellung 5.7: Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) nach Leistungsgruppen im Bundesländervergleich 2014 (in Euro)

Gebietsstand	Ins-gesamt	Nach Leistungsgruppen				
		Arbeitnehmer in leitender Stellung	Herausgehobene Fachkräfte	Fachkräfte	Ange-lern-te Arbeitnehmer	Unge-lern-te Arbeitnehmer
Saarland	19,68	34,40	23,69	17,63	16,06	11,88
Deutschland	20,02	36,68	24,41	17,01	15,75	11,58
Früheres Bundesgebiet	20,77	37,48	25,05	17,67	14,27	11,85
Rheinland-Pfalz	19,79	36,39	23,56	17,32	14,15	11,27
Hessen	21,96	39,99	26,83	18,10	14,08	11,73
Nordrhein-Westfalen	21,06	37,94	25,20	17,59	14,20	11,77
Schleswig-Holstein	18,51	33,33	23,82	16,38	12,66	11,04

Beträge ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015

Unter den Vergleichsländern weist gemäß der zweiten Spalte in Darstellung 5.7 in der obersten Leistungsgruppe wiederum nur Schleswig-Holstein einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst auf, der unter den 34,40 Euro im Saarland liegt. Auch bei den „Herausgehobenen Fachkräften“ (Leistungsgruppe 2) ist die Sachlage vergleichbar, allerdings verzeichnet hier Rheinland-Pfalz den geringsten Betrag. Umgekehrt verhält es sich dagegen bei den beiden unteren Leistungsgruppen: In Leistungsgruppe 4 (Ange-lern-te Arbeitnehmer) verzeichnet das Saarland mit 16,06 Euro den höchsten durchschnittlichen Bruttostundenverdienst aller Vergleichsländer in Darstellung 5.7 (und im Übrigen auch aller anderen Bundesländer). Bei den ungelerten Arbeitnehmern hält das Saarland mit 11,88 Euro ebenfalls eine Spitzenposition (Rang 3 hinter Baden-Württemberg und praktisch gleichauf mit Bayern).

Umgerechnet bedeutet dies, dass Ungelernte im Saarland – jeweils im Durchschnitt – ca. 35 Prozent des Bruttostundenverdienstes von Arbeitnehmern in leitender Stellung verdienen (ohne Sonderzahlungen). Das ist ein etwas höherer Wert als in Deutschland (34 %) bzw. Westdeutschland (32 %). Bei den Angelernten beträgt das Verhältnis zu

den Bruttostundenverdiensten von Arbeitnehmern in leitender Stellung im Saarland 0,47 zu 1 (früheres Bundesgebiet: 0,38 zu 1).

Darstellung 5.8 ist darüber hinaus zu entnehmen, dass sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste im Saarland zwischen 2007 und 2014 ebenso wie im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets und im gesamtdeutschen Durchschnitt um – nominal – 15 Prozent erhöht haben. Bei den Arbeitnehmern in leitender Stellung beträgt der Anstieg 16 Prozent – etwas weniger als in Deutschland insgesamt bzw. als im früheren Bundesgebiet. Dagegen verzeichnet das Saarland bei den ungelerten Arbeitskräften mit einem Anstieg um 9 Prozent nur einen unterdurchschnittlichen Wert. Bei den Angelernten ist der Zuwachs im Saarland mit 20 Prozent allerdings wiederum deutlich überdurchschnittlich.

Darstellung 5.8: Veränderung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) nach Leistungsgruppen im Bundesländervergleich 2007 mit 2014 (Index; 2007 = 100)

Veränderung 2007/2014 (2007=100)	Nach Leistungsgruppen					
	Insgesamt	Arbeitnehmer in leitender Stellung	Herausgehobene Fachkräfte	Fachkräfte	Angelernte Arbeitnehmer	Ungelernte Arbeitnehmer
Saarland	115	116	115	113	120	109
Deutschland	115	120	117	113	110	113
Früheres Bundesgebiet	115	120	117	112	110	113
Rheinland-Pfalz	114	126	117	112	109	111
Hessen	114	118	120	112	109	111
Nordrhein-Westfalen	117	119	117	111	110	114
Schleswig-Holstein	114	119	118	115	108	109

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015

Darstellung 5.8 belegt auch, dass sich im Betrachtungszeitraum eine Spreizung der Primäreinkommen ergeben hat. Diese ist, wie angesprochen, im Saarland schwächer ausgeprägt als in den Vergleichsländern, vor allem wegen der Steigerung bei den angelernten Arbeitnehmern. Auch bei ganz anderer Herangehensweise und in langfristiger Perspektive ist diese wachsende Ungleichheit nachweisbar – und zwar bereits im Bereich „normaler“ Arbeitnehmereinkommen, ohne also Entgelte jenseits der Beitragsbemessungsgrenzen zu berücksichtigen oder gar wirklich Einkommensreiche in den Blick zu nehmen. So vergleichen etwa Bönke und Lüthen (2014) die Lebenseinkommen von Arbeitnehmern in Deutschland und stellen fest: „Die Ergebnisse zeigen,

dass sich die Ungleichheit der Lebenseinkommen westdeutscher männlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer vom Jahrgang 1935 bis zum Jahrgang 1972 verdoppelt hat. Bis zu 40 Prozent dieses Anstiegs können auf die erhöhte Arbeitslosigkeit von Personen im unteren Bereich der Lohnverteilung zurückgeführt werden, der Rest wird durch eine verstärkte Spreizung der Löhne verursacht“ (ebenda, S. 1271).

Darstellung 5.9 zeigt zunächst für das Saarland wie für das frühere Bundesgebiet einen erheblichen unbereinigten Gender-pay-gap. Die Geschlechterdifferenz nimmt bei Vollzeitbeschäftigten mit der beruflichen Position zu. Vor allem ist der Darstellung auch zu entnehmen, dass in den beiden unteren Leistungsgruppen die Bruttostundenverdienste bei beiden Geschlechtern über den Werten im früheren Bundesgebiet liegen. Bei den Männern ist dies auch noch für die mittlere Leistungsgruppe der Fall.

Darstellung 5.9: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitskräfte nach Geschlecht und Sektoren im Saarland und im früheren Bundesgebiet nach Leistungsgruppen 2014 (in Euro)

Gebietsstand	Insgesamt	Nach Leistungsgruppen				
		Arbeitnehmer in leitender Stellung	Herausgehobene Fachkräfte	Fachkräfte	Angelernte Arbeitnehmer	Ungelernte Arbeitnehmer
Männer						
Saarland	21,34	36,67	24,98	18,70	17,39	13,09
Früheres Bundesgebiet	22,70	40,03	26,58	18,58	15,27	12,62
Frauen						
Saarland	17,52	29,08	21,22	15,90	14,22	11,26
Früheres Bundesgebiet	18,72	31,97	22,73	16,42	13,16	11,78
Produzierendes Gewerbe						
Saarland	21,69	37,66	25,30	20,12	19,49	15,20
Früheres Bundesgebiet	22,84	40,52	27,15	19,64	17,12	14,58
Dienstleistungsbereich						
Saarland	19,28	33,78	23,26	16,22	12,30	10,55
Früheres Bundesgebiet	20,77	37,14	24,67	16,86	12,83	10,84

Beträge ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015

Differenziert nach Wirtschaftssektoren, finden sich im Saarland im Produzierenden Gewerbe erwartungsgemäß höhere Bruttostundenverdienste als im Dienstleistungsbereich – allerdings jeweils auf einem niedrigeren Niveau gegenüber dem früheren Bundesgebiet (siehe ebenfalls Darstellung 5.9). In den drei unteren Leistungsgruppen

erzielen die saarländischen Arbeitskräfte im Produzierenden Gewerbe höhere Bruttolohnverdienste als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets.²¹ Im Dienstleistungsbereich war das in den beiden untersten Leistungsgruppen 2013 noch der Fall, 2014 trifft das nicht mehr zu. Die durchschnittlichen Bruttoverdienste der Frauen liegen im Vergleich zu denen der Männer im Saarland bei 82 Prozent im Produzierenden Gewerbe und bei 85 Prozent im Dienstleistungsbereich.

Weitere wichtige Informationen zu den Bruttoeinkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung liefert als dritte einschlägige Datenquelle die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit. In Darstellung 5.10 sind die Medianwerte der monatlichen beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte 2013²² von Vollzeitbeschäftigten (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) im Saarland im Bundesländervergleich und in Darstellung 5.11 für die saarländischen Kreise wiedergegeben.

Mit 3.081 Euro liegt der Median im Saarland über dem gesamt-, aber leicht unter dem westdeutschen Betrag. Von den Vergleichsländern weisen Hessen und (ganz leicht) Nordrhein-Westfalen höhere Werte auf.²³ Hinsichtlich dieses Indikators schneidet das Saarland bei den Männern im Bundesländervergleich etwas besser ab (hier wird exakt das westdeutsche Durchschnittsniveau erreicht); bei den Frauen fällt der Vergleich schlechter aus.

Bemerkenswert ist, dass die Bruttoarbeitsentgelte vollzeitbeschäftigter Ausländer im Saarland den im Vergleich höchsten Medianwert aller Vergleichsregionen bzw. -bundesländer haben (2.773 Euro). Gleiches gilt für den Median bei den 15- bis unter 25-Jährigen. Bei den 25- bis unter 50-Jährigen und bei den Älteren rangiert das Saarland jeweils an dritter Stelle unter den Vergleichsländern und unterhalb des westdeutschen Durchschnitts.

²¹ Ob angesichts dessen eine Ausweitung des Dienstleistungssektors ohne weiteres für das Saarland eine Strategie sein kann (vgl. Engels u. a. 2009, S. 213), um der künftigen Altersarmut speziell von Frauen vorzubeugen, muss zumindest kritisch hinterfragt werden.

²² Die Zahlen beziehen sich auf den 31.12.2013. Enthalten sind alle gemeldeten Sonderzahlungen. Die Bundesagentur rechnet die klassifizierten Meldungen zum Einkommen in Euro-Werte um (vgl. zum Verfahren Bundesagentur für Arbeit 2014). Für die hier auf den Median bezogene Analyse spielt für die Tatsache keine größere Rolle, dass die Einkommensangaben nur bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenzen der Allgemeinen Rentenversicherung bzw. Knappschaft erhoben werden. Basis für die Angaben ist der Arbeitsort.

²³ Nur am Rande sei vermerkt, dass der Medianwert in Bayern (3.075 Euro) etwas geringer, in Baden-Württemberg aber mit 3.270 Euro deutlich höher ist.

Darstellung 5.10: Median der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) im Bundesländervergleich 2013 (in Euro)

Region	Ins-gesamt (Arbeitsort)	Median der Entgelte										Insgesamt (Wohnort)
		davon:		darunter:						mit Berufsabschluss (ohne HS/FHS)	mit Fachhochschulabschluss	
		Männer	Frauen	Ausländer	15 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	ohne Berufsabschluss				
Saarland	3.081	3.305	2.628	2.773	2.156	3.059	3.329	2.583	3.118	4.791	3.089	
Deutschland	2.960	3.146	2.631	2.514	2.090	2.970	3.198	2.451	2.920	4.836	2.960	
Westdeutschland	3.094	3.305	2.701	2.544	2.154	3.105	3.371	2.493	3.079	5.137	3.097	
Rheinland-Pfalz	2.950	3.116	2.599	2.376	2.094	2.944	3.232	2.336	2.989	5.017	3.013	
Hessen	3.244	3.441	2.888	2.579	2.152	3.250	3.537	2.507	3.156	5.264	3.203	
Nordrhein-Westfalen	3.086	3.264	2.732	2.573	2.090	3.057	3.389	2.544	3.116	5.038	3.084	
Schleswig-Holstein	2.740	2.869	2.463	2.151	1.959	2.728	2.999	2.259	2.802	4.720	2.878	

Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2014 und Entgeltstatistik (31.12.2013)

Auch bei der Differenzierung nach dem Bildungsabschluss zeigt sich in Darstellung 5.10 erneut die geringere Streuung der Arbeitseinkommen im Saarland.²⁴ Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsabschluss erzielt das Saarland beispielsweise den höchsten Median der Vergleichsländer (2.583 Euro). Dagegen ist der saarländische Wert bei den Hochqualifizierten erheblich niedriger als im westdeutschen Durchschnitt.

Darstellung 5.11 enthält die entsprechenden Werte für die Kreise im Saarland. Der Median der Bruttoarbeitsentgelte (sozialversicherungspflichtig) Vollzeitbeschäftigter ist im Saarpfalz-Kreis mit 3.285 Euro und im Regionalverband Saarbrücken (3.206 Euro) am höchsten und in den Kreisen St. Wendel (2.867 Euro) und Merzig-Wadern (2.776 Euro) mit Abstand am geringsten. Bei den Männern gilt die gleiche Reihung; bei den Frauen liegt der Regionalverband Saarbrücken knapp vor dem Saarpfalz-Kreis, während der Kreis St. Wendel mit 2.385 Euro einen besonders niedrigen Median ausweist. Ob Deutsche oder Ausländer, ob Junge oder Ältere: Der Saarpfalz-Kreis rangiert (mit Ausnahme der Älteren: für diese ist dort der Wert etwas höher als im Regionalverband Saarbrücken) beinahe durchgängig auf Platz 1. Die hinteren Plätze nehmen bei fast jeder Differenzierung in Darstellung 5.11 die Kreise Merzig-Wadern bzw. St. Wendel ein.

Durch das Arbeitspendeln ändert sich an den geschilderten Unterschieden zwar nicht die Reihung, sehr wohl werden jedoch die regionalen Unterschiede zwischen den Kreisen geringer, wie ein Vergleich nach Arbeits- bzw. Wohnkreis zeigt (vgl. Darstellung 5.12). Insbesondere in den Kreisen Merzig-Wadern und St. Wendel fällt der Median bei der Analyse nach dem Wohnort deutlich höher aus als bei der Betrachtung nach dem Arbeitsort. Die Auspendler bringen höhere Einkommen (und Steuerkraft) in diese Kreise. Allerdings zahlen die Pendler aufgrund des Steuerabkommens ihre Einkommensteuer im Ausland.

²⁴ Zu erwähnen ist in diesem Kontext auch, dass im Saarland laut IAB-Betriebspanel im Spätsommer 2014 der Anteil der Beschäftigten mit Bruttostundenlöhnen unter 8,50 Euro ebenso wie in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz mit unter 3 Prozent relativ niedrig war (vgl. Bellmann u. a. 2015, S. 6).

Darstellung 5.11: Median der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in den saarländischen Landkreisen 2013 (in Euro)

Region	Median der Entgelte									
	davon:			darunter:						
	Ins-gesamt (Arbeitsort)	Männer	Frauen	Ausländer	15 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	ohne Berufsabschluss	mit Berufsabschluss (ohne HS/FHS)	mit Fachhoch-/Hochschulabschluss
Saarland	3.081	3.305	2.628	2.773	2.156	3.059	3.329	2.583	3.118	4.791
Regionalverband Saarbrücken	3.206	3.458	2.783	2.773	2.272	3.181	3.452	2.510	3.213	4.812
Merzig-Wadern	2.776	2.956	2.435	2.454	2.068	2.775	2.975	2.503	2.826	4.393
Neunkirchen	2.915	3.126	2.435	2.515	2.101	2.889	3.155	2.434	2.998	4.656
Saarlouis	3.014	3.211	2.435	2.872	2.099	2.987	3.311	2.627	3.098	4.678
Saarpfalz-Kreis	3.235	3.473	2.731	3.038	2.188	3.230	3.428	2.909	3.255	5.129
St. Wendel	2.867	3.046	2.385	/	2.026	2.847	3.118	2.263	2.909	4.369

Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2014 (Entgeltstatistik 31.12.2013)

Darstellung 5.12: Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte inklusive Sonderzahlungen von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten 2013 (ohne Auszubildende) im Saarland und seinen Kreisen nach Arbeits- und Wohnort (31. Dezember, in Euro)

	Am Arbeitsort	Am Wohnort
Saarland	3.081	3.089
Regionalverband Saarbrücken	3.206	3.066
Merzig-Wadern	2.776	2.946
Neunkirchen	2.915	3.019
Saarlouis	3.014	3.134
Saarpfalz-Kreis	3.235	3.237
St. Wendel	2.867	3.080

Nur bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze klassifizierte Einkommensangaben berücksichtigt; ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2014 (Entgeltstatistik 31.12.2013)

Darstellung 5.13 zeigt auf Basis der EVS 2008 (die Einzeldaten der EVS 2013 sind, wie erwähnt, noch nicht verfügbar), welchen Anteil die Erwerbseinkommen bei verschiedenen Gruppen am Bruttoäquivalenzeinkommen ausmachen und wie hoch jeweils auch die äquivalenten Kapitaleinkommen sind, soweit sie überhaupt in der EVS nachgewiesen werden. Gleiches wurde, ebenfalls für das Saarland und Westdeutschland, für die Transfereinkommen errechnet.

Bei allen drei Einkunftsarten liegen die Werte im Saarland unter den westdeutschen Absolutzahlen der Bruttoeinkommen.

Darstellung 5.13: Soziodemografisch differenzierte (äquivalente) Bruttoeinkommensstrukturen im Saarland und in Westdeutschland 2008 (in Euro, Durchschnittswerte)

	Saarland				Westdeutschland				
	Erwerbseinkommen	Kapitaleinkommen	Transfereinkommen	Anteil (%) Erwerbseinkommen	Anteil (%) Kapitaleinkommen	Erwerbseinkommen	Transfereinkommen	Anteil (%) Erwerbseinkommen	Anteil (%) Kapitaleinkommen
<i>Insgesamt</i>	16.948	3.618	7.364	61	13	20.551	8.043	63	13
<i>Einkommensklassen:</i>									
< 60% Median	3.754	83	6.616	35	1	4.258	7.078	36	3
60% -< 100% Median	10.323	2.349	6.544	54	12	13.517	6.492	61	10
100% -< 200% Median	22.382	5.183	7.359	64	15	26.278	8.012	66	13
> 200% Median	46.493	8.010	13.598	68	12	50.998	16.214	63	17
<i>Geschlecht:</i>									
Weiblich	15.865	3.546	7.887	58	13	19.605	8.231	61	13
Männlich	18.191	3.700	6.761	63	13	21.614	7.830	64	13
<i>Haushaltstyp:</i>									
Alleinstehend	11.964	3.012	8.823	50	13	15.920	9.607	55	11
Alleinerziehend	/	/	/	/	/	10.291	7.773	53	7
Paare ohne Kinder	15.073	4.547	10.363	50	15	19.117	12.322	52	15
Paare mit Kindern	23.016	3.530	3.726	76	12	24.233	4.632	74	11
Sonstige	(19.494)	(3.751)	(6.154)	(66)	(13)	23.195	5.864	69	13
<i>Alter:</i>									
Unter 30 Jahre	19.088	2.602	4.813	72	10	22.179	4.919	74	10
30-64 Jahre	22.098	3.576	4.890	72	12	26.854	5.274	74	12
65 Jahre und mehr	883	5.168	17.247	4	22	2.119	20.054	8	21

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

Im Saarland ist der Anteil der Erwerbseinkommen am Gesamteinkommen der privaten Haushalte mit 61 Prozent etwas geringer als in Westdeutschland (63 %), was wohl der geringeren Erwerbstätigenquote und den geringeren Verdiensten geschuldet ist. Aus den gleichen Gründen ist der Geschlechterunterschied bei den Einkommen im Saarland noch deutlicher als im westdeutschen Durchschnitt.

Bei den Personen aus Haushalten unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (unter 60 % des Medians) machen die Erwerbseinkommen 35 Prozent und die Kapitaleinkommen nur 1 Prozent der Bruttoeinkünfte aus (Westdeutschland: 36 bzw. 3 %). Bemerkenswert niedrig ist im Saarland (12 %) und auch in Westdeutschland (17 %) der Anteil der – in den Daten nachgewiesenen (!) – Kapitaleinkommen in der Gruppe der Personen oberhalb der 200-Prozent-Reichtumsschwelle. In dieser Gruppe beträgt der Anteil der Transfereinkommen aber jeweils 20 Prozent²⁵ (Saarland: 76 %; Westdeutschland: 74 %). Am höchsten ist der Anteil der Erwerbseinkommen bei Paaren mit Kindern. Bei den ab 65-Jährigen tragen die Erwerbseinkommen im Saarland nur noch zu 4 und in Westdeutschland zu 8 Prozent zu den gesamten Bruttoeinkünften bei.

Festzuhalten bleibt dabei, dass nach den Zahlen (Volkswirtschaftliche Gesamtwertungen) der Statistischen Ämter das Saarland mit 22.290 Euro das geringste Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr 2014 ausweist (bei allerdings etwas größerem Anstieg seit 2000 als in Deutschland insgesamt; vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015).

5.2.2 Sekundärverteilung

Für die Einkommenssituation der Personen bzw. die materiellen Aspekte ihrer Lebenslage (und die damit verbundenen Teilhabe- und Verwirklichungschancen) maßgebender als die Bruttoeinkommen sind die Nettoeinkommen (inklusive der erhaltenen Transferleistungen).

Im Prinzip ist dabei von einer progressiven Belastung der Haushalte mit Steuern auszugehen. Speziell bei der Einkommensteuer gilt nämlich das Prinzip der Besteuerung

²⁵ Für Gesamtdeutschland zeigen sich mittels publizierter EVS-2008-Befunde für die obersten (nicht bedarfsangepassten) Haushaltsnettoeinkommensklassen „3.600 bis unter 5.000 Euro/Monat“ und „5.000 bis 18.000 Euro/Monat“ für die Transfereinkommen ebenfalls Anteilswerte am Bruttoeinkommen in ähnlichen Größenordnungen, und zwar in Höhe von 20,5 bzw. von 17,8 Prozent (eigene Berechnungen auf Basis von Statistisches Bundesamt 2010, S. 34).

nach Leistungsfähigkeit. Allerdings ist zu beachten, dass neben der Einkommensteuer weitere Steuern und andere Abgaben erhoben werden.²⁶

Das Gewicht der verschiedenen Steuern verschiebt sich über die Zeit hinweg erheblich. So ist der Anteil der direkten Steuern und der Sozialabgaben auf die Arbeitsentgelte an allen Steuern und Sozialabgaben im Vergleich zu 1970 gestiegen (vgl. Jarass, Obermaier 2012, S. 18). Der Anteil der direkten Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen hat dagegen abgenommen. Die relative Belastung der Arbeitsentgelte durch Steuern und Sozialabgaben ist gestiegen – insbesondere zwischen 1970 und dem Ende der 1990er-Jahre; seither änderte sich diesbezüglich wenig. Die Belastung durch Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gestiegen und seit dem Beginn der 1980er-Jahre dagegen – trotz starker Schwankungen – deutlich gesunken.

Hinzu kommt, dass sich das Gewicht der Besteuerung weg von den direkten und hin zu den indirekten Steuern verschiebt. Letztere – und speziell die Mehrwertsteuer – belasten aber relativ gesehen die höheren Einkommen weniger stark: Trotz der Steuerfreiheit bzw. reduzierter Steuersätze für Güter im Bereich vieler Grundbedürfnisse wirkt die Mehrwertsteuer deutlich regressiv.

Die Sekundärverteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen ist, anhand der EVS 2008 gemessen, im Saarland geringfügig egalitärer als in Westdeutschland (vgl. Darstellung 5.14).

Darstellung 5.14: Dezilverteilung und Gini-Koeffizienten der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Saarland und in Westdeutschland 2008 (in Prozent)

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Gini-Koeffizient
Saarland	3	6	6	8	9	10	10	13	13	22	0,268
Westdeutschland	3	6	6	7	8	10	10	13	14	23	0,285

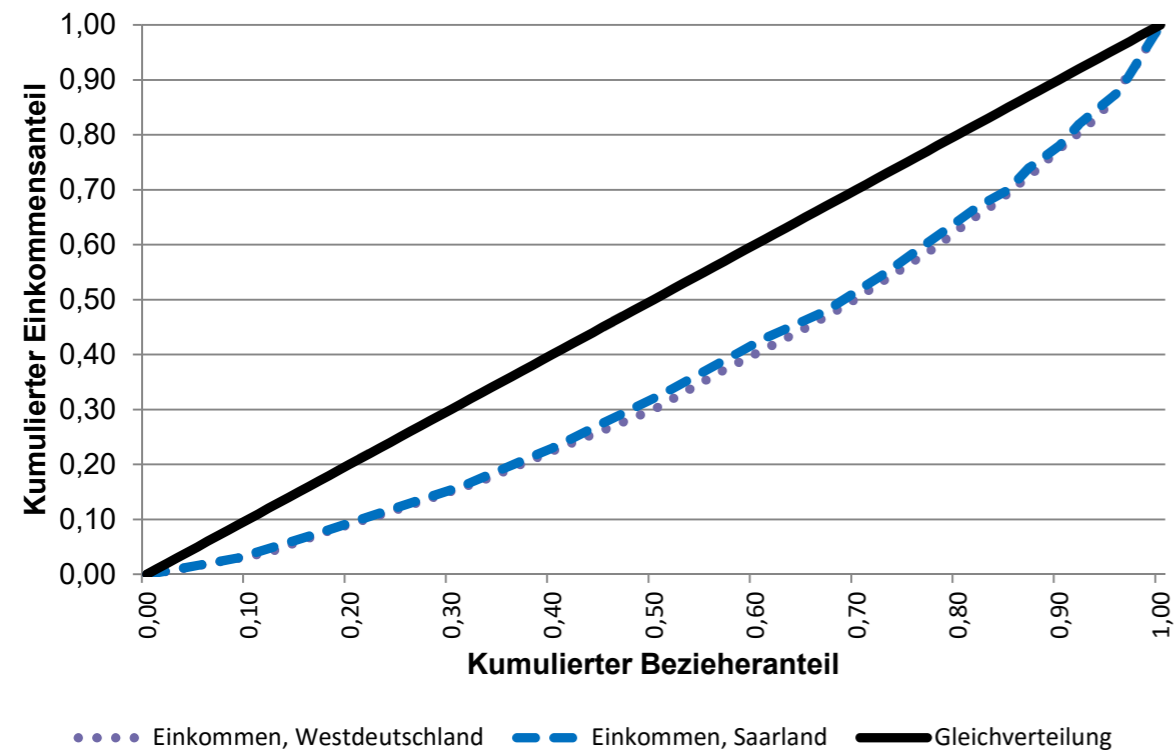
Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

Die einkommensschwächste Hälfte der Personen (d. h. die ersten fünf Dezile zusammen genommen) verfügte im Saarland 2008 über 32 Prozent der Haushaltsnettoeinkommen. In Westdeutschland waren es 30 Prozent. Auf das einkommensstärkste

²⁶ Gerade in einigen Zweigen der Sozialversicherung findet auch eine deutliche Umverteilung statt (vgl. z. B. Bach u. a. 2015).

Zehntel entfielen im Saarland 22 Prozent und in Westdeutschland 23 Prozent. Im Gefolge ist die Lorenzkurve für Westdeutschland schwach „bauchiger“ als im Saarland (vgl. Darstellung 5.15) und – wie in Darstellung 5.14 bereits ausgewiesen – der westdeutsche Gini-Koeffizient etwas höher.

Darstellung 5.15: Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Saarland und in Westdeutschland 2008 (Lorenzkurve)



Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

Das bestätigen auch die veröffentlichten Daten aus dem Mikrozensus, die auch aktuellere Werte bis zum Jahr 2013 enthalten: Aus Darstellung 5.16 geht hervor, dass die via Gini-Koeffizient gemessene Ungleichverteilung der (Netto-)Äquivalenzeinkommen im Saarland zwischen 2005 und 2013 jeweils etwas niedriger als in Gesamt- und in Westdeutschland war. Gegenüber den Vergleichsbundesländern war die so gemessene Einkommensungleichheit in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in allen Beobachtungsjahren höher als im Saarland. Analoges gilt auch für Schleswig-Holstein – mit Ausnahme der Jahre 2006 und 2007 bei jeweils im Grunde genommen gleich hohem Gini-Koeffizienten. Insgesamt sind die Unterschiede in den Gini-Koeffizienten zwischen allen miteinander verglichenen Regionen nicht sehr groß (was ver-

mutlich auch daran liegt, dass im Mikrozensus die Einkommensangaben trotz verschiedener statistischer Interpolationen innerhalb der einzelnen Klassen lediglich vergrößert in Form von – allerdings inzwischen mehr – Einkommensklassen vorliegen).

Darstellung 5.16: Entwicklung der Ungleichheit in den Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 – gemessen am Gini-Koeffizienten

	Jahr								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saarland	0,277	0,277	0,276	0,271	0,270	0,270	0,270	0,270	0,280
Deutschland	0,289	0,285	0,286	0,286	0,290	0,290	0,290	0,290	0,290
Westdeutschland	0,291	0,287	0,288	0,288	0,290	0,290	0,290	0,290	0,290
Rheinland-Pfalz	0,286	0,282	0,284	0,289	0,290	0,300	0,290	0,290	0,300
Hessen	0,300	0,300	0,300	0,297	0,300	0,300	0,300	0,310	0,310
Nordrhein-Westfalen	0,293	0,288	0,291	0,289	0,290	0,290	0,300	0,290	0,300
Schleswig-Holstein	0,285	0,276	0,276	0,283	0,290	0,280	0,280	0,290	0,290

Quelle: Eigene Darstellung nach IT-NRW (Mikrozensus)

Für die wichtige Frage nach der Einkommensmobilität hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Zahlen für West- und Ostdeutschland auf Basis des SOEP vorgelegt (vgl. Kasten).

Geringe Einkommensmobilität an den Rändern der Verteilung

In der Differenzierung nach zehn Einkommensklassen (Dezilen) hat der Sachverständigenrat die Wahrscheinlichkeit untersucht, mit der Personen in einem bestimmten Zeitraum in der jeweiligen Haushaltsnettoeinkommensklasse verbleiben und dabei festgestellt:

„Für den Zeitraum der Jahre 2008 bis 2011 zeigen sich in Westdeutschland die höchsten Verweilquoten in den beiden unteren Einkommensklassen sowie in der obersten Einkommensklasse. Im Vergleich zum Zeitraum der Jahre 1998 bis 2001 haben sich vor allem in der untersten Einkommensklasse die Aufstiegschancen reduziert ... Am oberen Rand gab es hingegen kaum eine Veränderung“ (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2014, S. 379).

5.3 Vermögensverteilung

Die Vermögen sind (nicht nur im Saarland) noch wesentlich ungleicher verteilt als die Einkommen. Dies gilt selbst für den mit der EVS nur unvollständig abgedeckten Bereich weniger Vermögensarten und selbst ohne die wirklich hohen Vermögen (vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel 9). Vermögen ist in der EVS als Summe aus Geld- und Haus-/Grundvermögen definiert. Beim Nettovermögen werden die bestehenden Schulden saldiert.

Darstellung 5.17 gibt die Dezilverteilungen und die Gini-Koeffizienten der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und in Westdeutschland in den Jahren 2008 und 2013 an. Aus methodischen Gründen sind dabei negative Vermögenswerte nicht mit in die Analyse einbezogen.

Darstellung 5.17: Dezilverteilung und Gini-Koeffizient der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und Westdeutschland 2008 und 2013 (in Prozent)

Dezile		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Gini-Koeffizient
Saarland	2008	0	0	0	2	4	6	9	12	18	49	0,672
	2013	0	0	1	1	4	5	9	12	20	48	0,630
Westdeutschland	2008	0	0	1	2	4	6	9	12	18	48	0,656
	2013	0	0	1	2	3	7	8	13	19	47	0,661

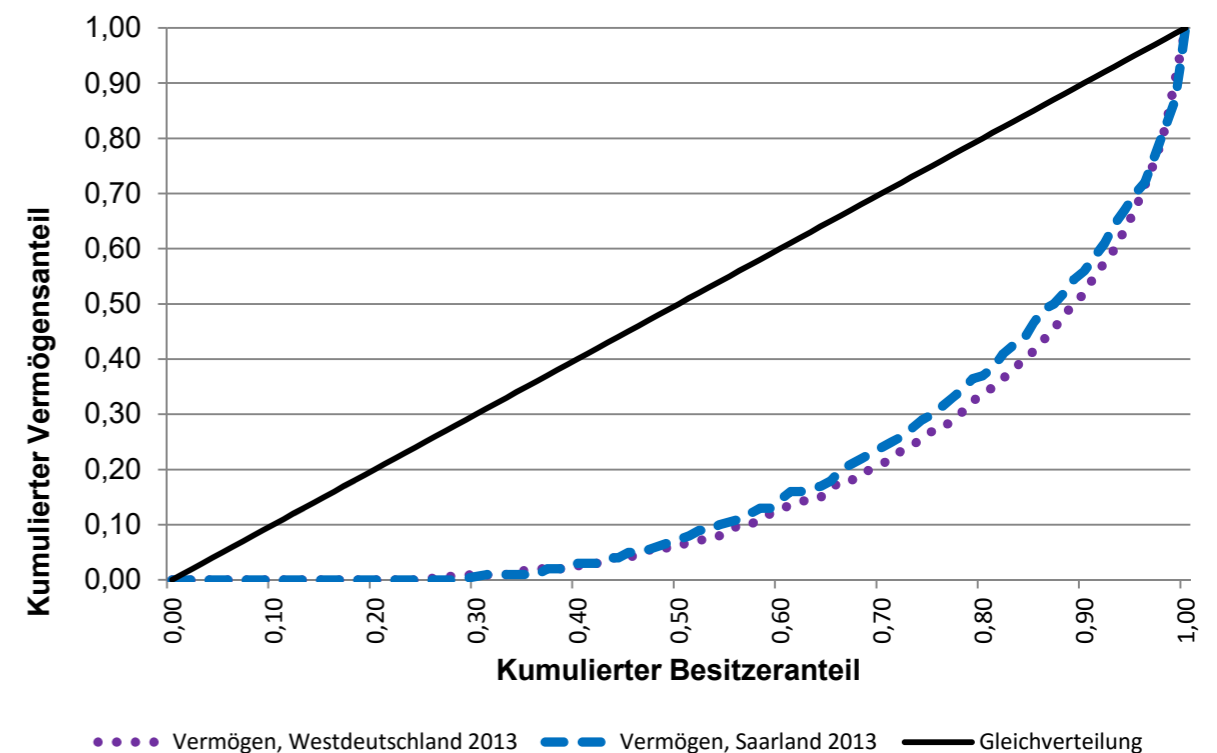
Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008 und SUF-EVS 2013)

Im Saarland hat sich von 2008 auf 2013 der kumulierte Anteil der vermögensschwächsten 60 Prozent an den in der EVS nachgewiesenen Vermögen leicht vermindert (von 12 auf 11 %). Demgegenüber ist der kumulierte Vermögensanteil des vermögensreichsten Fünftels der Bevölkerung von 67 auf 68 Prozent etwas größer geworden. Wegen dieser geringfügigen Veränderungen hat sich der Gini-Koeffizient im Saarland nur schwach verändert: Er ist von 0,672 auf 0,630 gesunken. In Westdeutschland hat sich der Gini-Koeffizient im Vergleich der Jahre 2008 und 2013 ebenfalls praktisch nicht verändert – was aber angesichts der schon mehrfach angesprochenen Aussagegrenzen der EVS im obersten Vermögensbereich nur bedingt als gleichgebliebene Vermögensverteilung interpretiert werden darf (vgl. Kapitel 9). 2013 war die Vermögensungleichheit im Saarland – gemessen am Gini-Koeffizienten – etwas geringer als in Westdeutschland (2008 war dies noch leicht umgekehrt).

Darstellung 5.18 visualisiert die aktuell (2013) etwas ungleichere Vermögensverteilung in Westdeutschland im Vergleich zum Saarland: Die Lorenzkurve verläuft in Westdeutschland etwas „bauchiger“.

Aus Darstellung 5.19 kann zudem – ergänzend zu Darstellung 5.17 – abgelesen werden, dass sich die Vermögensverteilung – innerhalb der Nachweisgrenzen – im Saarland laut EVS im Vergleich der Jahre 2008 und 2013 in Richtung Ungleichheitsverminderung verändert hat.²⁷

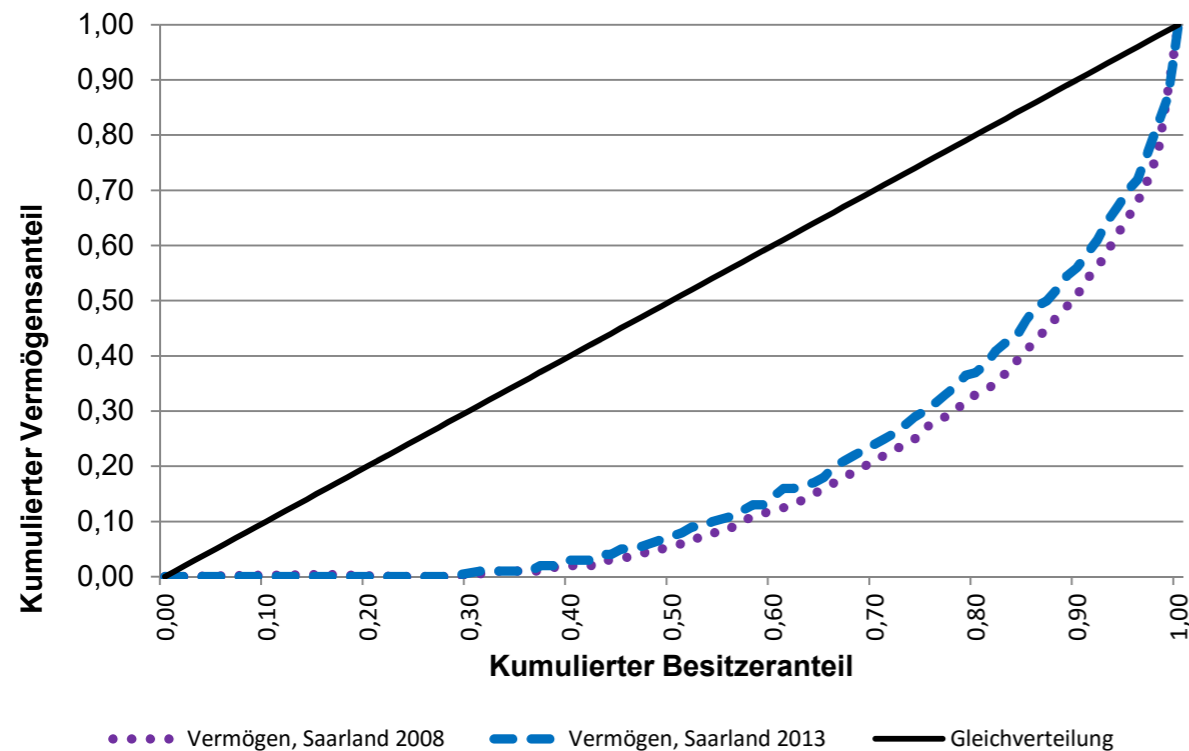
Darstellung 5.18: Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und in Westdeutschland 2013 (Lorenzkurven)



Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2013)

²⁷ Dabei ist auch zu beachten, dass der inflationsbereinigte, reale Wert dieser Vermögen – und zwar speziell im Bereich kleinerer Vermögen – in der jüngeren Vergangenheit gesunken ist (vgl. Grabka, Westermeier 2015).

Darstellung 5.19: Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland 2008 und 2013 (Lorenzkurven)



Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008 und SUF-EVS 2013)

Darstellung 5.20 enthält weitere Strukturinformationen zur personellen Vermögensverteilung im Saarland und in Westdeutschland auf Basis der EVS 2013. Auch diese Daten verdeutlichen, dass die Gesamtvermögen pro Kopf im Saarland und in Westdeutschland durch eine rechtsschiefe Verteilung gekennzeichnet sind,²⁸ d. h. dass es jeweils relativ viele Personen mit einem sehr geringen Vermögen, aber nur einige wenige Personen mit einem recht hohen Vermögen gibt (zum wiederholten Male: sehr hohe Vermögen sind in der EVS nicht enthalten).

²⁸ Dabei ist der Unterschied zwischen arithmetischem Mittelwert und Median im Saarland geringer als in Westdeutschland, was die gleichmäßigere Vermögensverteilung im Saarland bestätigt. Auch ist die Spannweite der Vermögen (im Sinne der Differenz aus Maximal- und Minimalwert) im Saarland deutlich geringer als in Westdeutschland – dies ist ebenfalls ein Indikator für die gleichmäßigere Vermögensverteilung im Saarland.

Darstellung 5.20: Strukturinformationen zur Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und in Westdeutschland 2013 (in Euro)

	Pro-Kopf-Haushaltsnetto-gesamt-vermögen		Pro-Kopf-Haushaltsnetto-grund-vermögen		Pro-Kopf-Haushaltsnetto-geld-vermögen	
	Saarland	West-deutschland	Saarland	West-deutschland	Saarland	West-deutschland
Median	41.452	40.513	18.400	10.850	11.218	13.753
Arithmetisches Mittel	69.352	81.297	45.070	49.605	24.282	31.692
Minimum	-45.370	-289.687	-100.000	-352.123	-46.460	-106.962
Maximum	1.136.723	7.932.149	1.111.000	7.426.617	812.679	2.990.863
Gini-Koeffizient	0,630	0,661	0,694	0,734	0,674	0,682

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2013)

Im Durchschnitt hat das Haus-/Grundvermögen im Saarland mit 65,0 Prozent einen um 4 Prozentpunkte höheren Anteil am – als Summe aus Geld- und Haus-/Grundvermögen definierten – Gesamtvermögen als in Westdeutschland (61,0 %). Da die Eigentümerquote im Saarland deutlich über derjenigen in Westdeutschland liegt,²⁹ gibt es im Saarland auch in relativer Betrachtung weniger Personen ohne Haus- und Grundbesitz. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass der saarländische Medianwert für das Haus-/Grundvermögen 2013 höher als der korrespondierende westdeutsche Median ist. Wegen der großen Bedeutung des Haus-/Grundvermögens für das Gesamtvermögen gilt dies auch für die Medianwerte beim Gesamtvermögen. Dagegen ist der arithmetische Mittelwert für das Gesamtvermögen, der auch durch Extremwerte (wie dem um etwa das Siebenfache höheren Maximalwert in Westdeutschland gegenüber dem Saarland) nicht unwesentlich geprägt wird, in Westdeutschland um fast 12.000 Euro höher als im Saarland.

Ergänzend zu den vorstehenden Darstellungen sind auf Basis der EVS 2008 und der EVS 2013 für die verschiedenen in diesem Bericht verwendeten Wohlstandsindikatoren des Berichts (Einkommen, Vermögen, Well-being-Variable) in Darstellung 5.21 die Medianwerte für das Saarland sowie für Gesamt- und Westdeutschland angegeben.³⁰

²⁹ Auf Basis des Zensus 2011 berichtet Krämer (2013) von einer Eigentümerquote von 58,1 Prozent im Saarland gegenüber bundesweit 43,2 Prozent. Laut Angaben der Statistischen Ämter waren es 2013 im Saarland 56,8 und im Bund 43,0 Prozent (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2015).

³⁰ Verglichen mit dem Bundesbank-Vermögenssurvey von 2011/2012 (vgl. Deutsche Bundesbank 2013), ist der in Darstellung 5.21 ausgewiesene gesamtdeutsche Medianwert für das Nettoeinkommen (21.070 Euro) in etwa gleich hoch (Bundesbank-Vermögenssurvey: 22.800 Euro; auf Basis einer Selbsteinschätzung der befragten Haushalte ermittelt). Die in Darstellung 5.21 ausgewiesenen

Dabei ist der Well-being-Indikator dadurch charakterisiert, dass die jeweiligen haushaltsbezogenen Vermögenswerte künstlich – über die Zugrundelegung einer Sterbetafel und eines Diskontierungsfaktors in Höhe von 5 Prozent – in Jahreswerte umgerechnet und zu den haushaltsbezogenen Einkommenswerten addiert werden (zur entsprechenden Methodik vgl. ausführlich Faik 2014, S. 152ff). Aus diesen Werten leiten sich die gleichfalls in der Darstellung dargelegten 60-Prozent-Armutrisiko- und 200-Prozent-Reichtumsschwellen ab, die in den weiteren Teilen des Berichts Verwendung finden.

Mit Ausnahme der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen laut EVS 2013 liegen die Medianwerte bei den Nettoäquivalenzeinkommen und beim synthetischen „Well-being-Indikator“ – als Kombination von Einkommen und abdiskontierten Vermögen – für das Saarland recht deutlich unter den west-, aber auch unter den gesamtdeutschen Beträgen.³¹

gesamtdeutschen Nettovermögensmediane in Höhe von gut 33.000 Euro (2008) bzw. von 34.000 Euro (2013) liegen deutlich unterhalb des von der Bundesbank berechneten Medians in Höhe von 51.360 Euro. Hierbei ist allerdings die breitere Vermögensdefinition der Bundesbank zu berücksichtigen, die ansatzweise auch das Betriebsvermögen sowie Teile des Sachvermögens (wie wertvolle Gegenstände) beinhaltet.

³¹ Der große Unterschied beim medianen Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland zwischen dem Wert für 2008 und demjenigen für 2013 sollte unserer Einschätzung nach nicht überinterpretiert werden. Er ist vermutlich zu einem nicht unerheblichen Teil der in einem kleinen Bundesland wie dem Saarland besonderen, zumindest teilweise gegebenen Problematik der Nichtrepräsentativität der Daten (in diesem Fall: in der EVS 2008 und in der EVS 2013) geschuldet.

Darstellung 5.21: Medianwerte sowie 60-Prozent-Armutrisiko- und 200-Prozent-Reichtumsschwellen für das Saarland und in den Vergleichsregionen; Einkommen, Vermögen und Well-being-Werte 2008 und 2013 (Jahreswerte in Euro)

Wohlstandsgröße		Saarland	Gesamtdeutschland	Westdeutschland
Median				
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	2008	19.572	21.070	22.048
Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen	2008	31.250	33.165	39.486
	2013	41.452	34.000	40.513
Well-being-Indikator	2008	26.751	29.148	31.595
Armutrisikoschwelle				
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	2008	11.743	12.642	13.229
Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen	2008	18.750	19.899	23.692
	2013	24.871	20.400	24.308
Well-being-Indikator	2008	16.051	17.489	18.957
Reichtumsschwelle				
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	2008	39.144	42.140	44.096
Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen	2008	62.500	66.329	78.972
	2013	82.904	68.000	81.027
Well-being-Indikator	2008	53.502	58.297	63.191

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008 und SUF-EVS 2013)

Des Weiteren sind in Darstellung 5.22 die Medianwerte sowie die daraus abgeleiteten Armutrisiko- und Reichtumsschwellen für die Mikrozensus 2005 bis 2013 dargestellt. Diese Angaben dienen als Referenz für die späteren Armut- und Reichtumsquoten für die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen aus dem Mikrozensus. Das Saarland hatte in allen Beobachtungsjahren jeweils die niedrigsten Armutrisiko- und Reichtumsschwellen (2011 zusammen mit Nordrhein-Westfalen).

Darstellung 5.22: 200-Prozent-Median-Schwellen (Einpersonenhaushalte) im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 (in Euro/Monat)

Land	Jahr								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Medianwerte									
Saarland	1.169	1.179	1.200	1.270	1.275	1.349	1.393	1.427	1.448
Deutschland	1.227	1.244	1.274	1.312	1.335	1.377	1.415	1.450	1.487
Westdeutschland	1.270	1.287	1.319	1.357	1.382	1.424	1.463	1.500	1.538
Rheinland-Pfalz	1.259	1.285	1.310	1.339	1.365	1.405	1.448	1.490	1.533
Hessen	1.302	1.310	1.359	1.380	1.409	1.454	1.492	1.532	1.568
Nordrhein-Westfalen	1.232	1.247	1.272	1.309	1.327	1.359	1.392	1.425	1.455
Schleswig-Holstein	1.262	1.305	1.317	1.365	1.395	1.419	1.470	1.508	1.545
60-Prozent-Armutrisikoschwellen									
Saarland	701	707	720	762	765	809	836	856	869
Deutschland	736	746	764	787	801	826	849	870	892
Westdeutschland	762	772	791	814	829	854	878	900	923
Rheinland-Pfalz	755	771	786	803	819	843	869	894	920
Hessen	781	786	815	828	845	872	895	919	941
Nordrhein-Westfalen	739	748	763	785	796	815	835	855	873
Schleswig-Holstein	757	783	790	819	837	851	882	905	927
200-Prozent-Reichtumsschwellen									
Saarland	2.337	2.357	2.400	2.540	2.550	2.697	2.787	2.853	2.897
Deutschland	2.453	2.487	2.547	2.623	2.670	2.753	2.830	2.900	2.973
Westdeutschland	2.540	2.573	2.637	2.713	2.763	2.847	2.927	3.000	3.077
Rheinland-Pfalz	2.517	2.570	2.620	2.677	2.730	2.810	2.897	2.980	3.067
Hessen	2.603	2.620	2.717	2.760	2.817	2.907	2.983	3.063	3.137
Nordrhein-Westfalen	2.463	2.493	2.543	2.617	2.653	2.717	2.783	2.850	2.910
Schleswig-Holstein	2.523	2.610	2.633	2.730	2.790	2.837	2.940	3.017	3.090

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014b (Mikrozensus 2005-2013); eigene Berechnungen

B) Stand und Entwicklung der Einkommensarmut und Vermögensarmut

6. Einkommensarmut

Das Einkommensarmutsrisiko wird im Folgenden entsprechend der in Kapitel 2 vorgestellten, in Wirtschaft und Politik gängigen Definition als relative Armut mit einem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von unter 60 Prozent des Medians verstanden. Verwendet wird vor allem der Landesmedian. Primäre Datengrundlage ist bezogen auf das Einkommen – wie in der Amtlichen Statistik – der Mikrozensus, wobei selbst bei dieser sehr großen Erhebung das Problem des „statistischen Rauschens“ (Zufallsfehler wegen geringer Fallzahlen) stets mit beachtet werden muss.

Armutrisikoquoten 2014 – leichter Anstieg im Saarland

Nach Redaktionsschluss des vorliegenden Berichtes hat der Arbeitskreis Sozialberichterstattung der Amtlichen Statistik über das Statistische Amt in Düsseldorf (IT-NRW) die neuen Armuts- und Reichtumsquoten für 2014 veröffentlicht. Wir geben hier kompakt und an einigen weiteren Stellen in diesem Bericht die wichtigsten Entwicklungen am aktuellen Rand wieder. Zusammenfassend kann zu den neuen Zahlen gesagt werden: An den Strukturen hat sich nichts Wesentliches geändert.

Die allgemeine Armutrisikoquote ist im Saarland (gemessen am Landesmedian) zwischen 2013 und 2014 von 15,9 auf 16,1 Prozent gestiegen (Bundesmedian: von 17,1 auf 17,5 %). In Westdeutschland hat die Armutrisikoquote (gemessen am regionalen Median) von 15,9 auf 16,0 Prozent zugenommen. Im Bund ist sie von 15,5 auf 15,4 Prozent geringfügig gesunken.

In der Differenzierung nach dem Geschlecht ist die Quote im Saarland bei den Männern von 14,9 auf 14,7 Prozent zurückgegangen. Bei den Frauen ist ein Anstieg von 16,8 auf 17,3 Prozent zu verzeichnen. Stärkere Veränderungen gab es zwischen den Jahren 2013 und 2014 mit einem Anstieg um 1,5 Prozentpunkte bei den unter 18-Jährigen und einem Rückgang von 25,7 auf 21,8 Prozent bei den 18- bis unter 25-Jährigen. Weiter – um 1,1 Prozentpunkte – gestiegen ist die Armutrisikoquote bei den ab 65-Jährigen.

Tabelle B: Armutsrisikoquoten 2013 und 2014 im Saarland und in Westdeutschland nach Geschlecht und Alter sowie für ausgewählte Gruppen (in Prozent)

	Saarland		Westdeutschland	
	2013	2014	2013	2014
Insgesamt	15,9	16,1	15,9	16,0
Männer	14,9	14,7	14,9	15,0
Frauen	16,8	17,3	16,8	16,9
Unter 18-Jährige	18,5	20,0	19,6	19,8
18- bis unter 25-Jährige	25,7	21,8	24,5	25,3
25- bis unter 50-Jährige	13,0	12,7	13,7	13,7
50- bis unter 65-Jährige	13,9	14,3	12,3	12,4
65 und älter	17,2	18,3	16,9	17,0
Alleinerziehende	39,0	39,0	44,6	44,5
Zwei Erwachsene mit 3 und mehr Kindern	-	29,5	26,0	26,6
Erwerbstätige	7,4	6,7	7,9	7,8
Erwerbslose	56,1	58,6	56,7	55,9
Geringqualifizierter Haushaltsvorstand	40,0	43,0	41,0	41,7
Geringqualifizierte Person ab 25 Jahre	32,0	33,5	32,0	32,7
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	36,5	37,7	33,0	33,6
Mit Migrationshintergrund	29,5	28,9	27,5	27,9

Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

In Westdeutschland gehen die Veränderungen meist in die gleiche Richtung; sie sind aber schwächer ausgeprägt.

Tendenziell haben zwischen den Jahren 2013 und 2014 die Armutsrisikoquoten bei sozialpolitischen „Problemgruppen“ eher zugenommen. Das gilt für die Erwerbslosen ebenso wie für Geringqualifizierte (bezogen auf die Qualifikation der haupteinkommensbeziehenden Person im Haushalt wie auch bezogen auf die Einzelpersonen ab 25 Jahren). Auch in der Gruppe der Ausländer ist ein Anstieg, bei den Personen mit Migrationshintergrund dagegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Im nächsten Abschnitt werden zunächst die Entwicklungen der Armutsrisikoquoten insgesamt und in der Differenzierung nach Männern und Frauen dargestellt. Im Abschnitt 6.2 wird die Armutsrisikoquote weiterer ausgewählter Gruppen behandelt – Einpersonenhaushalte, Erwerbstätige versus Erwerbslose und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. Personen mit Migrationshintergrund. Die beiden darauf folgenden Abschnitte 6.3 und 6.4 beschäftigen sich entsprechend der Schwerpunktsetzungen dieses Berichts ausführlicher einerseits mit jungen Menschen, inklusive der Haushalte von Alleinerziehenden, andererseits mit dem Problem der Altersarmut. In diesen Abschnitten werden – wegen der bestehenden Erklärungszusammenhänge –

dann auch die Entwicklung und der Stand der relativen Einkommensarmut von Qualifikationsgruppen und weiteren Haushaltstypen dargestellt.

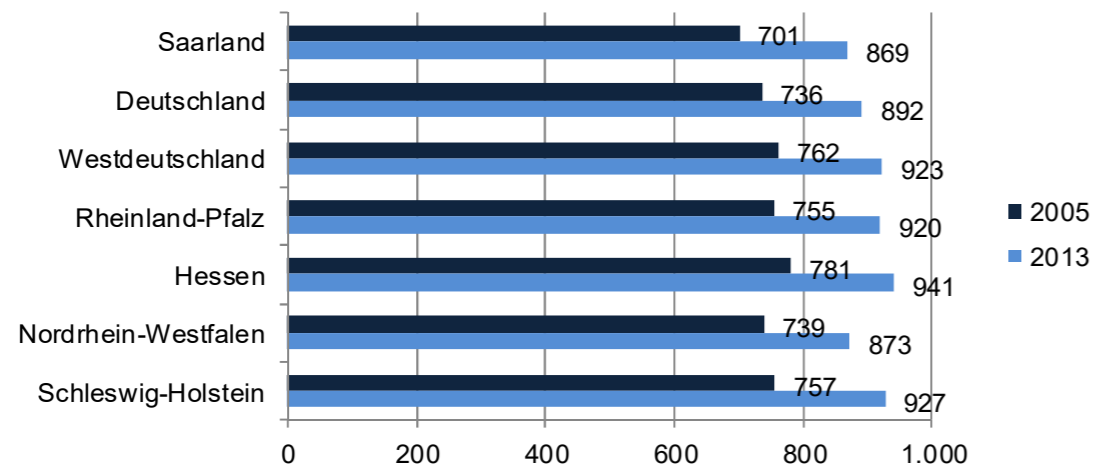
Abschnitt 6.5 beschäftigt sich mit der „bekämpften Armut“. Dargestellt werden Grundversicherungs-/Sozialhilfequoten und -leistungen – auch in kleinräumiger Differenzierung. In Abschnitt 6.6 wird das Thema Ver- und Überschuldung behandelt. Abschließend werden in Abschnitt 6.7 einige Erkenntnisse aus der Ergänzungsstudie komprimiert dargestellt.

6.1 Einkommensarmut insgesamt und nach Geschlecht

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt laut Mikrozensus für einen Einpersonenhaushalt im Saarland 2013 bei einem Nettoeinkommen von 869 Euro und damit deutlich unterhalb des gesamtdeutschen und vor allem unterhalb des westdeutschen Wertes (892 bzw. 923 Euro). Nur in Nordrhein-Westfalen ist dieser Wert unter den westdeutschen Vergleichsländern mit 873 Euro ähnlich niedrig (vgl. Darstellung 6.1). Die Armutsrisikoschwelle liegt damit über dem entsprechenden Betrag der Grundsicherung (vgl. Abschnitt 6.5).

Mit einem Plus von 24,0 Prozent ist die Armutsrisikoschwelle – bzw. auch das mittlere Einkommen (Median) – im Saarland im betrachteten Zeitraum 2005 bis 2013 etwas stärker gestiegen als in Westdeutschland (+21,1 %) bzw. Deutschland (+21,2 %).

Darstellung 6.1: Armutsgefährdungsschwellen für einen Einpersonenhaushalt 2005 und 2013 im Bundesländervergleich (in Euro)

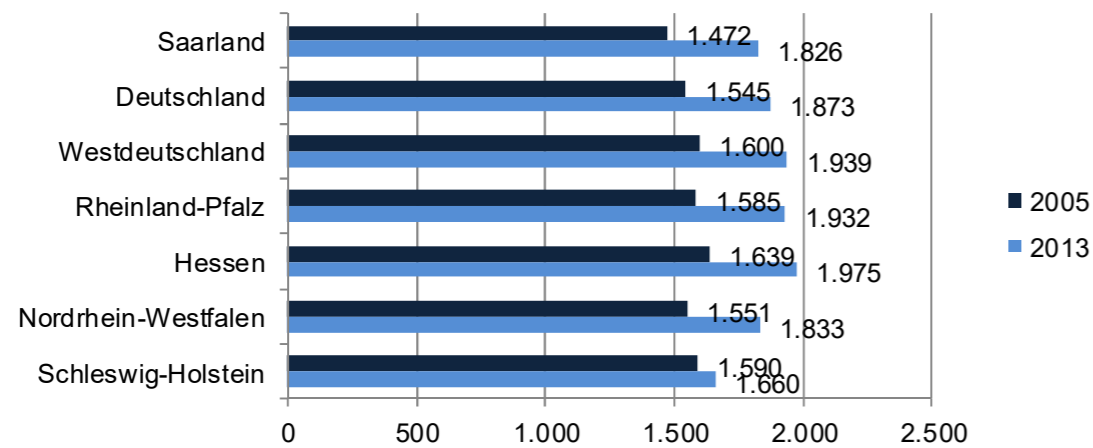


Jeweils regionaler Median; ohne Mietwert selbstgenutzter Immobilien

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Darstellung 6.2 enthält die Armutsgefährdungsschwellen für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren.³²

Darstellung 6.2: Armutsgefährdungsschwellen für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren 2005 und 2013 im Bundesländervergleich (in Euro)



Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

³² Entsprechend der verwendeten sogenannten „neuen OECD-Skala“ beträgt das Äquivalenzgewicht für einen solchen Haushalt 2,1 (1. erwachsene Person 1,0; 2. Person ab 14 Lebensjahren 0,5; jedes Kind unter 14 Lebensjahren 0,3). Multipliziert man die Armutsrisikoschwelle eines Einpersonenhaushalts also mit 2,1, so ergibt sich in Darstellung 6.2 die Armutsrisikoschwelle des genannten Vierpersonenhaushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren.

Gemäß der vorstehenden Definition beträgt die Armutsrisikoquote für die gesamte Bevölkerung im Saarland 2013 gemessen am Landesmedian 15,9 Prozent. Bei Verwendung des Bundesmedians wären es 17,1 Prozent (vgl. Darstellung 6.3). Frauen weisen mit 16,8 Prozent einen höheren Anteil von Einkommensarmut auf als Männer (14,9 %). Eine wichtige Ursache für diesen Unterschied liegt, wie meist auch in anderen Ländern, auch im höheren Anteil alleinlebender älterer Frauen wegen deren höherer Lebenserwartung. Eine andere Hauptursache ist die geringere Integration in das Erwerbsleben bei Frauen.

Zwischen 2005 und 2013 ist die Armutsgefährdung in der saarländischen Bevölkerung nach den Zahlen des Mikrozensus zunächst gestiegen und im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise dann von 14,3 Prozent im Jahr 2008 auf 13,4 Prozent im Jahr 2010 gesunken. Seither wächst sie wieder, mit einem Zuwachs um 1,3 Prozentpunkte am aktuellen Rand sogar besonders stark.

Darstellung 6.3: Armutsrisikoquoten insgesamt und nach Geschlecht im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am Landesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	
Männer	13,4	14,0	13,9	13,5	13,4	12,1	13,1	13,5	14,9	
Frauen	13,8	13,8	14,1	15,1	14,6	14,7	15,9	15,7	16,8	

	Gemessen am Bundesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	
Männer	15,1	15,7	16,4	14,8	15,1	12,9	13,7	14,2	16,0	
Frauen	16,0	16,3	17,2	16,7	16,8	15,8	16,6	16,6	18,2	

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Von den kleineren Schwankungen abgesehen zeigt sich, gemessen an der Verteilungskennziffer Armutsgefährdung, dass die Ungleichverteilung der Einkommen auch am unteren Rand der Verteilung im Trend zumindest langsam zunimmt.³³

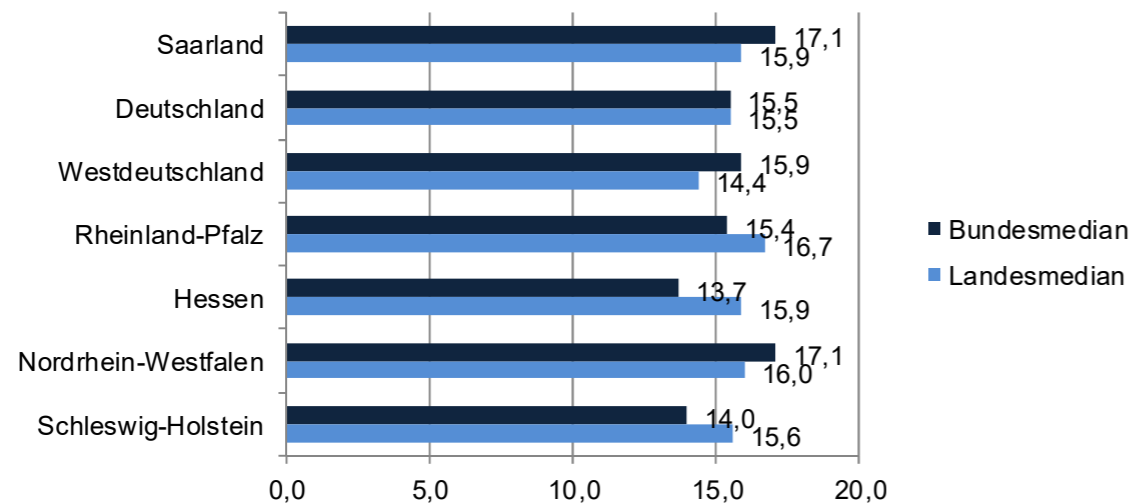
Die Armutsrisikoquoten von Männern sind fast durchgängig niedriger als diejenigen von Frauen (Ausnahme: 2006 bei Verwendung des Landesmedians). Die Differenz ist

³³ Das steht nicht im Widerspruch zu den relativ konstanten Gini-Koeffizienten, da diese Kennziffer – vgl. Abschnitt 2.1 – relativ unempfindlich für Änderungen der Verteilung an den Rändern ist.

in der Tendenz in den letzten Jahren größer als zu Beginn des Betrachtungszeitraums (das entspricht einem stärkeren Anstieg bei den Frauen).

Im Vergleich zu Deutschland insgesamt (15,5 %) und zu Westdeutschland (14,4 %) ist die Armutsrisikoquote der saarländischen Bevölkerung mit 15,9 Prozent im Jahr 2013 etwas höher und liegt bezogen auf die ausgewählten Vergleichsländer bei den Werten für Hessen und Nordrhein-Westfalen (vgl. Darstellung 6.4).

Darstellung 6.4: Armutsrisikoquoten der Bevölkerung insgesamt 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)



Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Darstellung 6.5 verdeutlicht sowohl den stärkeren Anstieg der Armutsrisikoquoten bei Frauen als auch bei Männern zwischen 2005 und 2013. Dieser wachsende Unterschied findet sich nicht nur im Saarland, sondern auch auf west- und gesamtdeutscher Ebene und in allen Vergleichsländern mit Ausnahme Hessens. Bemerkenswert ist, dass die Armutsrisikoquote saarländischer Männer 2013 auf dem Niveau des westdeutschen Durchschnitts liegt und unterhalb der Werte für die hier zum Vergleich gewählten Bundesländer. Auch bei den Frauen entspricht die Armutsrisikoquote 2013 derjenigen Westdeutschlands. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz liegen bei den Frauen die Armutsrisikoquoten in den anderen Vergleichsländern aber etwas niedriger.

Darstellung 6.5: Armutsrisikoquoten von Männern und Frauen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	Männer			Frauen		
	2005	2012	2013	2005	2012	2013
Saarland	13,4	13,5	14,9	13,8	15,7	16,8
Deutschland	14,3	14,3	14,8	15,1	15,8	16,2
Westdeutschland	14,0	14,4	14,9	15,5	16,4	16,8
Rheinland-Pfalz	14,3	14,4	15,0	16,3	17,1	18,2
Hessen	14,4	14,9	15,2	16,2	16,7	16,6
Nordrhein-Westfalen	14,3	14,7	15,3	14,9	16,2	16,6
Schleswig-Holstein	14,0	14,8	15,0	14,9	16,0	16,2

Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

6.2 Armutsrisikoquoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen

In Darstellung 6.6 wird die zeitliche Entwicklung von 2005 bis 2013 bei den Armutsrisikoquoten jener Bevölkerungsgruppen wiedergegeben, die – überall – durch relativ höhere Quoten gekennzeichnet sind. Die niedrigeren Armutsrisikoquoten für Erwerbstätige sind zur Verdeutlichung des Kontrasts zu den Erwerbslosen hinzugefügt (Abgrenzung jeweils entlang der Definition des Mikrozensus).³⁴

Mit 26,5 Prozent lebt im Saarland 2013 ein – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (15,9 %, jeweils bezogen auf den Landesmedian) – wesentlich höherer Anteil von Einpersonenhaushalten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians. Tendenziell ist dieser Anteil, insbesondere im Vergleich zu den Jahren bis 2010, in den vergangenen Jahren gestiegen.

³⁴ Als Erwerbstätige gelten Personen, die in der Berichtswoche gegen Entgelt tätig waren – egal in welchem zeitlichen Umfang.

Darstellung 6.6: Armutsrisikoquoten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am Landesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	
Einpersonenhaushalt	25,0	22,5	23,2	23,2	23,0	24,4	26,4	25,9	26,5	
Erwerbstätige	6,7	7,7	8,2	7,6	6,9	6,4	7,1	7,1	7,4	
Erwerbslose	45,8	46,1	52,9	51,0	49,2	52,3	58,9	54,2	56,1	
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	31,9	34,5	39,7	40,0	33,3	30,7	35,2	34,1	36,5	
Mit Migrationshintergrund	26,9	30,1	31,8	29,6	26,7	24,4	27,6	26,8	29,5	

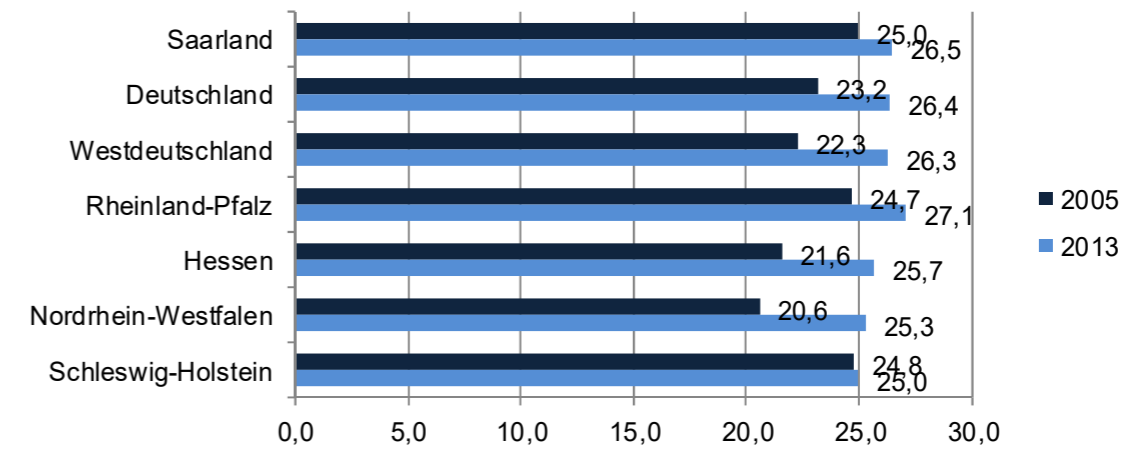
	Gemessen am Bundesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	
Einpersonenhaushalt	27,2	25,1	26,1	24,8	25,7	25,7	27,2	26,9	28,1	
Erwerbstätige	7,8	8,8	10,0	8,3	8,1	6,9	7,5	7,6	8,1	
Erwerbslose	49,0	51,4	57,3	53,2	52,4	54,3	60,1	56,3	59,2	
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	36,2	38,3	44,5	42,2	36,0	32,4	36,5	36,2	38,0	
Mit Migrationshintergrund	30,3	33,9	36,8	32,0	29,3	25,9	28,9	28,6	31,1	

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Es besteht bezüglich der höheren Armutsrisikoquote von Einpersonenhaushalten ein plausibler Zusammenhang zur Einkommenslage von Frauen, speziell von älteren Frauen, die überproportional häufig aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung alleinlebend sind (vgl. Abschnitt 6.4).

Im Bundesländervergleich und auch im west- und gesamtdeutschen Durchschnitt hat die Armutsrisikoquote von Einpersonenhaushalten in allen Vergleichsländern außer in Schleswig-Holstein zwischen 2005 und 2013 stärker zugenommen als im Saarland. Dabei liegt der Wert für das Saarland 2013 mit 26,5 Prozent in etwa auf dem westdeutschen Niveau und wird unter den Vergleichsländern nur noch von Rheinland-Pfalz übertroffen (vgl. Darstellung 6.7).

Darstellung 6.7: Armutsrisikoquoten von Einpersonenhaushalten 2005 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)



Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Wie schon in Darstellung 6.6 gezeigt, liegt außerdem die Armutsrisikoquote von Erwerbslosen im Saarland 2013 mit 56,1 Prozent und eher steigender Tendenz weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (15,9 %) ³⁵ und noch deutlicher über der Quote von Erwerbstätigen (7,4 %). Auch wenn, wie an anderen Stellen dieses Berichts angesprochen, längst nicht alle Arbeitsverhältnisse armutsfest sind, so entspricht die Zunahme der Armutsrisikoquote Erwerbsloser einerseits der Logik des Sozialsystems, insbesondere dem Leitbild des „Forderns“, also des verschärften Drucks auf Erwerbslose, eine Arbeit aufzunehmen. Andererseits ist trotz der insgesamt zurückgehenden Arbeitslosigkeit der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den registrierten Arbeitslosen gewachsen, die seit den Hartz-Reformen z. B. durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe finanziell schlechter gestellt wurden.

Im Bundesländervergleich ist neben den angesprochenen Unterschieden zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen sowie der zeitlichen Entwicklung aus Darstellung 6.8 zu entnehmen, dass die Armutsrisikoquoten von Erwerbstätigen wie die von Erwerbslosen im Saarland leicht niedriger als die west- bzw. gesamtdeutschen Quoten. Für die Erwerbstätigen gilt das auch bezogen auf die vier Vergleichsländer; bei den Erwerbslosen zumindest bezogen auf Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

³⁵ Das Arbeitslosengeld II ist niedriger als die Armutsrisikoschwelle.

Darstellung 6.8: Armutsrisikoquoten von Erwerbstätigen und Erwerbslosen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	Erwerbstätige			Erwerbslose		
	2005	2012	2013	2005	2012	2013
Saarland	6,7	7,1	7,4	45,8	54,2	56,1
Deutschland	7,3	7,6	7,8	49,6	59,1	58,7
Westdeutschland	7,1	7,7	7,9	47,9	57,8	56,7
Rheinland-Pfalz	7,1	8,2	8,8	47,8	52,0	52,9
Hessen	7,7	8,3	8,4	48,3	56,4	54,6
Nordrhein-Westfalen	6,8	7,4	7,5	48,4	58,3	57,3
Schleswig-Holstein	7,1	8,3	8,2	49,8	57,4	61,2

Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Weitere soziale Gruppen, die überall durch deutlich überdurchschnittliche Armutsrisikoquoten gekennzeichnet sind, stellen Ausländer bzw. die Migrationsbevölkerung dar.

Wie bereits Darstellung 6.6 zu entnehmen war, liegt dabei 2013 die Armutsrisikoquote von Personen mit Migrationshintergrund fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung des Saarlands (29,5 versus 15,9 %). Verglichen mit dem Wert von Personen ohne Migrationshintergrund (13,8 %) ist der Unterschied noch größer. Differenziert nach der Staatsangehörigkeit sind es sogar 36,5 Prozent der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, deren Nettoäquivalenzeinkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegt (Deutsche: 14,3 %). Im Vergleich zu West- und noch etwas deutlicher zu Gesamtdeutschland weist das Saarland für beide Gruppen etwas höhere Armutsrisikoquoten auf Personenebene auf (vgl. Darstellung 6.9).

Darstellung 6.9: Armutsrisikoquoten von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. von Personen mit Migrationshintergrund 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	ohne deutsche Staatsangehörigkeit			mit Migrationshintergrund		
	2005	2012	2013	2005	2012	2013
Saarland	31,9	34,1	36,5	26,9	26,8	29,5
Deutschland	34,3	31,5	32,0	28,2	26,3	26,6
Westdeutschland	35,3	32,6	33,0	29,0	27,5	27,5
Rheinland-Pfalz	37,0	32,1	35,7	29,8	27,0	28,8
Hessen	34,9	32,5	32,4	29,8	28,2	28,2
Nordrhein-Westfalen	37,2	36,3	36,2	30,0	29,0	28,8
Schleswig-Holstein	44,2	38,3	42,4	34,9	31,2	31,9

Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Für die Personen mit Migrationshintergrund ist im Saarland im Vergleich der Jahre 2005 und 2013 allerdings ein schwächerer Anstieg der Armutsrisikoquoten auszumachen als für die Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (+2,6 versus +4,6 Prozentpunkte). In beiden Fällen steht einem Anstieg im Saarland aber ein leichter Rückgang in West- und Gesamtdeutschland gegenüber, der sich mehr oder weniger deutlich auch in den Vergleichsländern zeigt. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein befindet sich die Armutsrisikoquote im Saarland für beide Gruppen über den Vergleichswerten der anderen Bundesländer.

Eine wichtige hier anzusprechende Bevölkerungsgruppe sind Menschen mit Behinderung (bzw. Menschen mit Beeinträchtigungen, wie sie im Teilhabebericht der Bundesregierung genannt werden). Bezüglich dieser Gruppe stellt der Aktionsplan der Landesregierung von 2013 fest: „Schwerbehinderte Menschen weisen im Vergleich zu Menschen ohne Schwerbehinderung rein materiell betrachtet eine etwa gleich hohe Armutsgefährdung auf. Ein zunehmender Teil der Menschen mit Behinderungen wird durch Leistungen der Grundsicherung unterstützt“ (MSGFF 2013, S. 41). Als Grund nennt die Sozialstudie zur Recht: „Die Prävalenz von Behinderungen durchzieht alle gesellschaftlichen Schichten“ (Engels u. a. 2009, S. 157).

Unbenommen dessen ist und bleibt Inklusion für alle Teilgruppen von Menschen mit Behinderung eine zentrale sozialpolitische Aufgabe. Einige Zahlen sollen hier die

quantitativen Größenordnungen verdeutlichen. Mit 9,0 Prozent lag der Anteil der Bevölkerung mit einer Schwerbehinderung an der Gesamtbevölkerung im Saarland 2011 marginal über dem Bundesdurchschnitt. Die Beschäftigtenquote der Schwerbehinderten nach § 79 SGB IX lag mit 4,1 Prozent unter der in Gesamtdeutschland (4,6 %); vor allem bei privaten Arbeitgebern war sie mit 3,6 Prozent besonders niedrig. Allerdings war 2013 auch der Anteil der Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen mit 5,4 Prozent im Saarland niedriger als im gesamtdeutschen Durchschnitt (6,1 %).

6.3 Armut und Lebenslagen von jungen Menschen und Familien

Die Armut von Kindern und jungen Menschen gilt zu Recht als besonderes Problem, weil die mit Armut verbundenen Erfahrungen für das Leben prägend sein können. Sie zeigt eine fehlende Gleichheit bereits der Startchancen auf und kann aktuell und im weiteren Lebensverlauf Teilhabe- und Verwirklichungschancen negativ beeinflussen.³⁶ Die Frage nach den Ursachen von Armut im Kindes- und Jugendalter erfordert einerseits einen Blick auf die relative Armut in verschiedenen Familienformen und Haushaltstypen. Andererseits wird in der Literatur der enge Zusammenhang des Problems mit Fragen der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung besonders intensiv diskutiert – und zwar als Ursache wie als Folge, da offensichtlich hier ein „Teufelskreis“ besteht. Abschnitt 6.3 folgt dieser Schwerpunktsetzung, geht in seinem letzten Teil aber auch kurz auf andere Dimensionen ungleicher Teilhabe von armen jungen Menschen ein.

6.3.1 Armutsrisikoquoten junger Menschen und ihre Entwicklung

Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre) sowie junge Erwachsene (18 bis unter 25 Jahre) weisen in Deutschland im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohe (Einkommens-)Armutsrisikoquoten auf. 2013 liegt der Anteil für die unter 18-Jährigen im Saarland bei 18,5 Prozent und bei 19,2 Prozent im gesamtdeutschen Durchschnitt (Westdeutschland: 19,6 %) – jeweils gemessen am entsprechenden regionalen Median. Bei jungen Erwachsenen beträgt die am Landesmedian gemessene Armutsrisikoquote im Saarland 25,7 Prozent. Zum Vergleich: Die deutschlandweite Armutsrisikoquote der 18- bis unter 25-Jährigen liegt bei 24,8 Prozent.

³⁶ Zugleich ist jedoch darauf zu verweisen, dass Ältere die bei weitem geringsten Chancen haben, deprivierten Lebenslagen zu entkommen.

Wie Darstellung 6.10 zu entnehmen ist, hat sich die Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen im Saarland seit 2005, bezogen auf den Landesmedian, von 16,7 auf 18,5 Prozent erhöht. Die Armutsrisikoquote der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren ist dagegen – gemessen am Landesmedian – mit 25,3 Prozent im Jahr 2005 und 25,7 Prozent im Jahr 2013 fast gleich hoch (Bundesmedian: 27,5 bzw. 27,2 %).

Bundesweit beläuft sich die Quote bei Kindern und Jugendlichen im Betrachtungszeitraum relativ konstant auf ca. 19 Prozent. Bei den jungen Erwachsenen gab es einen leichten Anstieg von 23,3 auf 24,8 Prozent.

Darstellung 6.10: Armutsrisikoquoten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am Landesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	
Nach Alter (Junge)										
Beide Geschlechter										
Unter 18	16,7	18,9	17,1	16,7	17,3	15,3	18,4	18,0	18,5	
18 bis unter 25	25,3	25,3	25,0	23,2	22,6	18,8	21,4	22,3	25,7	
Männlich										
18 bis unter 25	(27,0)	(25,2)	26,0	(24,5)	(22,2)	(19,0)	(18,7)	(22,1)	(25,8)	
Weiblich										
18 bis unter 25	(23,6)	(25,5)	(23,8)	(21,6)	(23,1)	(18,6)	(24,2)	(22,6)	(25,5)	
	Gemessen am Bundesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,4	15,4	17,1	
Nach Alter (Junge)										
Beide Geschlechter										
Unter 18	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5	16,5	19,4	18,9	19,5	
18 bis unter 25	27,5	27,6	27,9	24,3	24,6	19,5	22,2	23,4	27,2	
Männlich										
18 bis unter 25	29,1	27,1	28,7	25,5	(24,1)	(19,7)	(19,5)	(23,0)	(27,7)	
Weiblich										
18 bis unter 25	(25,9)	28,1	(27,0)	(22,7)	(25,1)	(19,3)	(24,9)	(23,8)	(26,8)	

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Diese Veränderungen der relativen Armut bei den beiden betrachteten Altersgruppen verlaufen in Deutschland insgesamt und im Saarland teilweise gegenläufig. Ob dies beispielsweise in einer unterschiedlichen Entwicklung der geschlechterspezifischen Armutsrisikoquoten innerhalb der beiden betrachteten Altersgruppen bzw. Vergleichsregion begründet ist, lässt sich für das Saarland nicht mit letzter Sicherheit feststellen. Die zugrunde liegenden Fallzahlen sind auch in der Großerhebung Mikrozensus zu klein (vgl. die geklammerten Werte in Darstellung 6.10; zur Erläuterung Abschnitt 2.2).

Aus diesem Grund dürfen kleine Unterschiede und Schwankungen auch nicht überinterpretiert werden.

Im Bundesländervergleich lag die am jeweiligen Landesmedian gemessene Armutsrisikoquote von unter 18-Jährigen im Saarland in 2005 wie 2013 deutlich unter derjenigen in Westdeutschland und in den in diesem Bericht gewählten Vergleichsländern (vgl. Darstellung 6.11). Dies ist u. a. Ausdruck der insgesamt im Saarland etwas geringeren Spreizung der Einkommen.

Gemessen am Bundesmedian, sind die Quoten in allen betrachteten Jahren für das Saarland höher als in allen Vergleichsregionen, außer in Nordrhein-Westfalen und 2013 in Rheinland-Pfalz. 2005 war der Wert im Saarland nur marginal geringer als in Deutschland insgesamt. Die höheren Werte im Vergleich zu den meisten westdeutschen Ländern sind Ausdruck der im Mittel (Median) geringeren Nettoäquivalenzeinkommen im Saarland.

Darstellung 6.11: Armutsrisikoquoten von unter 18-Jährigen und 18- bis unter 25-Jährigen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

unter 18-Jährige	Landesmedian/ Regionalmedian			Bundesmedian		
	2005	2012	2013	2005	2012	2013
Saarland	16,7	18,0	18,5	19,3	18,9	19,5
Deutschland	-	-	-	19,5	18,7	19,2
Westdeutschland	19,6	19,2	19,6	17,6	17,2	17,6
Rheinland-Pfalz	19,1	19,7	21,1	17,7	18,2	19,6
Hessen	21,4	20,1	19,6	17,8	16,5	16,4
Nordrhein-Westfalen	20,6	20,2	21,3	20,4	21,4	22,8
Schleswig-Holstein	19,4	17,6	20,3	17,8	15,5	18,3
18- bis unter 25-Jährige	Landesmedian/ Regionalmedian			Bundesmedian		
	2005	2012	2013	2005	2012	2013
Saarland	25,3	22,3	25,7	27,5	23,4	27,2
Deutschland	-	-	-	23,3	24,1	24,8
Westdeutschland	22,1	23,6	24,5	20,6	21,9	23,0
Rheinland-Pfalz	20,0	22,4	23,3	19,0	21,2	21,9
Hessen	22,9	25,0	25,7	20,0	22,3	23,1
Nordrhein-Westfalen	23,2	25,0	25,6	23,0	26,1	26,9
Schleswig-Holstein	23,0	23,9	24,5	21,8	22,1	23,0

Quelle: IT NRW (nach Mikrozensus)

Gemessen am Landesmedian war die Armutsrisikoquote von 18- bis unter 25-Jährigen 2005 im Saarland noch mit Abstand die höchste aller Vergleichsregionen (vgl. Darstellung 6.11). 2013 ist der Abstand zu den Vergleichsländern bei weitem geringer und die Quote genauso hoch wie in Hessen und Nordrhein-Westfalen.³⁷

Landes- und/oder Bundesmedian?

Die Frage „Landes- oder Bundesmedian“ hat nicht nur eine methodische, sondern auch eine politische Dimension. So wurde der Bericht „Sozialstudie Saar“ (Engels u. a. 2009) von verschiedener Seite wegen der Verwendung des – für das Saarland zu niedrigeren Armutsquoten führenden – Landesmedians kritisiert. Gemessen am Bundesmedian seien die Werte sozusagen „ehrlicher/realistischer“. Welche Quote die „richtige“ ist, kann man so einfach aber nicht sagen und vor allem nicht „politisch“ entscheiden. Außerdem: Die betreffende Differenz nimmt in den vergangenen Jahren für das Saarland ab. Und: Bezogen auf die Vermögensarmut sind die Verhältnisse genau umgekehrt. Dort führt die Verwendung des Landesmedians zu höheren Anteilen Vermögensarmer für das Saarland als der Bundesmedian.

Methodisch gesehen ist die Armutsrisiko- bzw. Reichtumsquote ein Indikator für die Einkommensverteilung (bzw. Vermögensverteilung). Um bei der Quote nicht „Äpfel mit Birnen“ zu vergleichen, muss sich der Wert eigentlich im Zähler und Nenner des Bruches auf die gleiche regionale Einheit beziehen.³⁸ Daher ist die Verwendung des Landesmedians bzw. des jeweiligen regionalen Medians unseres Dafürhaltens vorzuziehen.

Bei der Verwendung des überregionalen Medians (Bundesmedian) wird zudem von regionalen Unterschieden im Preisniveau gänzlich abstrahiert, die sich im Landesmedian zumindest in der Tendenz etwas widerspiegeln.³⁹

Im vorliegenden Bericht haben wir uns entschlossen, an besonders wichtigen Stellen beide Berechnungsweisen darzustellen – obwohl die Abhandlung dadurch etwas länger und unübersichtlicher wird. Die Interpretation erfolgt aber hauptsächlich zu den Berechnungen mit dem Landesmedian.

³⁷ Gemessen am Bundesmedian, waren und sind die saarländischen Armutsrisikoquoten von 18- bis unter 25-Jährigen 2005 wie 2013 höher als in den Vergleichsländern.

³⁸ Kaum jemand käme z. B. auf die Idee, in einer europäischen Vergleichsstudie die Armutsrisikoquote für Deutschland mittels des Äquivalenzeinkommens für die EU-Staaten insgesamt zu berechnen. Allerdings trifft es zu, dass innerhalb Deutschlands – im Gegensatz zur EU – die meisten Sozialleistungen bundeseinheitlich definiert sind, was in gewisser Weise für die Verwendung des Bundesmedians spricht. Relative Armut definiert sich aus unserer Sicht relativ zu anderen Gruppen im kleinräumlichen Kontext – und deshalb ist unseres Erachtens der jeweilige regionale Median die geeignetere Referenz.

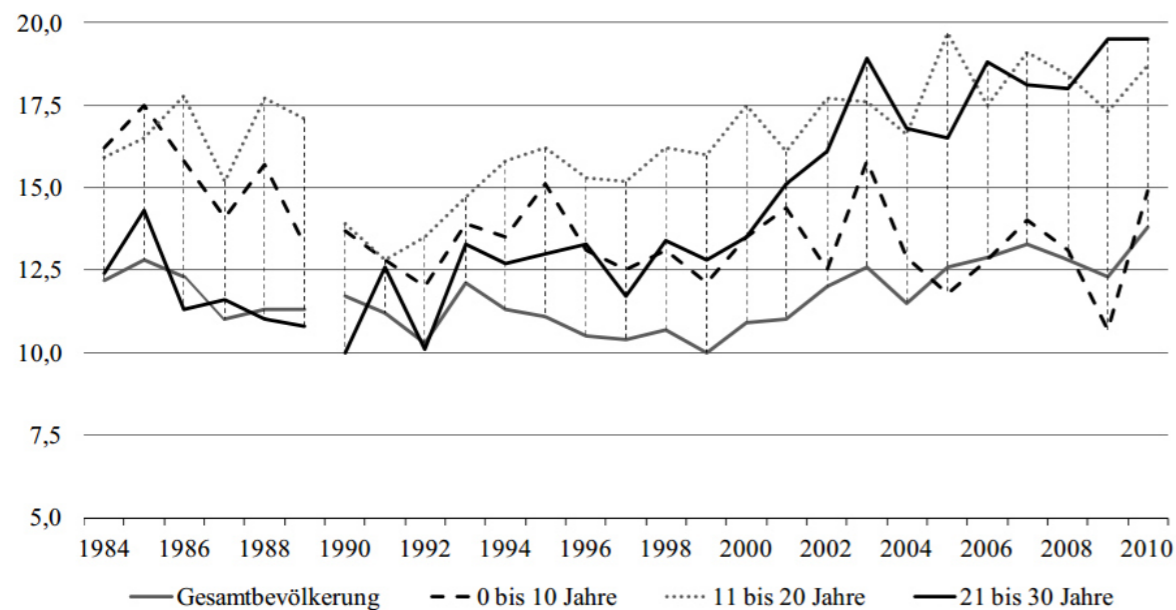
³⁹ Besonders eklatant ist die verzerrende Wirkung des Bundesmedians bei der Analyse der relativen Armut von Älteren, wo im Ergebnis bei dieser Methode die Armutsrisikoquote der ab 65-Jährigen in Ostdeutschland höher ausfällt als im Westen (vgl. z. B. Der Paritätische 2012).

Die empirischen Ergebnisse in den Darstellungen 6.11 und 6.12 machen es an dieser Stelle nötig, nochmals auf die Frage einzugehen, ob es sinnvoller ist, in einem Länder-sozialbericht den Landes- oder den Bundesmedian zur Errechnung relativer Armut o-der relativen Reichtums zu verwenden (vgl. Kasten).

Hier nicht entscheidbar ist die Frage, wie das Alter von Kindheit und Jugend bzw. bezüglich der jungen Erwachsenen abzugrenzen ist. Aus der (SOEP-basierten) Literatur ist – auf Bundesebene; für das Saarland reichen die Fallzahlen nicht aus, um die Al-tersgruppen weiter zu differenzieren – hinsichtlich enger bzw. anders abgegrenzter Altersgruppen Folgendes bekannt:

- Für bis 10-Jährige weist der 14. Kinder- und Jugendbericht eine niedrigere und im Trend stagnierende (aber zyklisch stark schwankende) Armutsrisikoquote aus als für die 11- bis 20-Jährigen und für die 21- bis 30-Jährigen (vgl. Darstellung 6.12). Für die beiden letztgenannten Gruppen ist zwischen 1990 und 2012 ein deutlicher steigender Trend festzustellen, der bei den 11- bis 20-Jährigen am Ende der Be-trachtungsperiode jedoch abflachte (vgl. Deutscher Bundestag 2013b, S. 95).

Darstellung 6.12: Entwicklung der Armutsrisikoquoten bei Kindern, Jugendli-chen und jungen Erwachsenen in Deutschland 1984 bis 2010 (in Prozent)



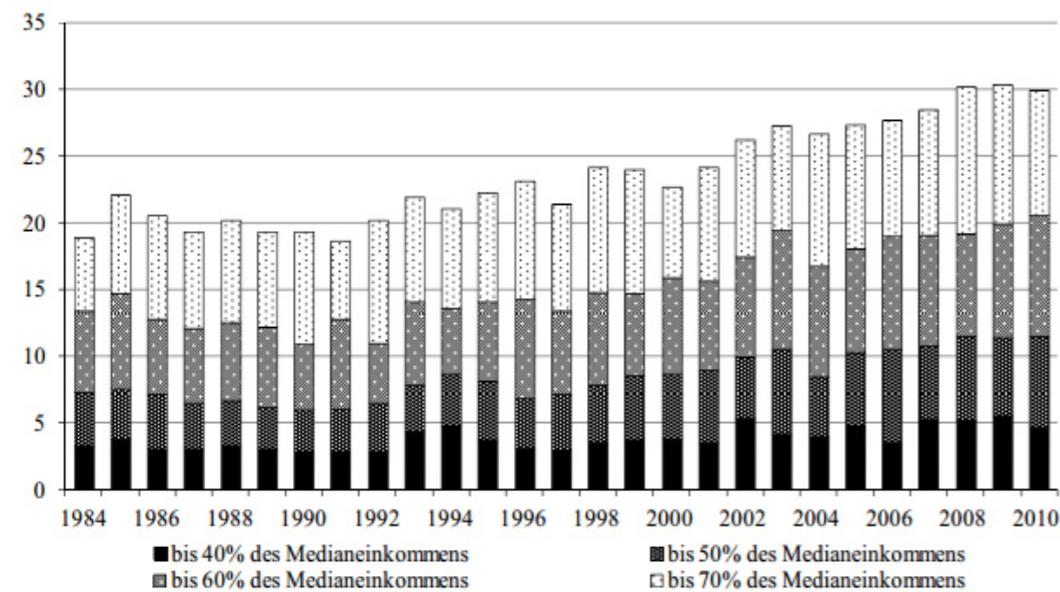
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet; ab 1990 Gesamtdeutschland; bis 1997 getrennte Preisanpassung für Ost und West.

Quelle: Deutscher Bundestag 2013b, S. 95 (nach SOEP).

- Groh-Samberg (2013, S. 13) zeigt ebenfalls mit SOEP-Daten einen in der Tendenz u-förmigen Verlauf nach Altersgruppen: Hohe Anteile bei den bis 3-Jährigen, dann eine Abnahme und bei den 15- bis 19-Jährigen und noch mehr bei den 20- bis 25-Jährigen wieder ein starker Anstieg. Aus der gleichen Studie stammt auch der Befund, dass die Anteile der dauerhaft Armen gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen steigen. Als dauerhaft (persistent) einkommensarm (bzw. armutsge-fährdet) wird dabei eine Person definiert, die im Betrachtungsjahr und in mindes-tens zwei der drei unmittelbaren Vorjahre über ein Nettoäquivalenzeinkommen un-terhalb der Armutsrisikoschwelle verfügt hat. Wie dem 14. Kinder- und Jugendbe-richt zu entnehmen ist, hat die persistente Armut in der deutschen Bevölkerung insgesamt ab der Jahrtausendwende zugenommen. Für die unter 10-Jährigen gilt das nur bedingt, für die 11- bis 20-Jährigen und vor allem für die 21- bis 30-Jährigen jedoch sehr wohl – und das schon seit Anfang der 1990er-Jahre (vgl. Deutscher Bundestag 2013b, S. 96).

Darstellung 6.13 weist – ebenfalls für Deutschland insgesamt – auf eine weitere Di-mension des Problems hin: Nicht nur die Armutsrisikoquote von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen und der Anteil von langen Armutsphasen ist gestiegen – auch die Armutsintensität hat bei den Jungen offenbar zugenommen. Diese Analyse auf Basis des SOEP belegt, dass bei den 17- bis 30-Jährigen gerade auch die Anteile derjenigen mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 40 o-der 50 Prozent des Medians zwischen 1984 und 2010 besonders stark zugenommen haben.

Darstellung 6.13: Entwicklung der Intensität von Armutsrisiken und Niedrigeinkommen bei 17- bis 30-Jährigen 1984 bis 2010 in Deutschland (in Prozent)



¹ Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet; ab 1990 Gesamtdeutschland; bis 1997 getrennte Preisanpassung für Ost und West.

Quelle: Deutscher Bundestag 2013b, S. 97 (nach SOEP)

Obwohl die Armutsrisikoquoten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Saarland im Bundesländervergleich (auf Basis des Landesmedians) insgesamt gesehen nicht bzw. nicht wesentlich überdurchschnittlich sind, werfen die hohen Werte im „landesinternen“ Vergleich zum Durchschnitt aller Altersgruppen die Frage auf, welche Ursachen dem zu Grunde liegen.

6.3.2 Ursachen

Bei der Frage nach den Ursachen von Kinder-/Jugendarmut werden im Folgenden als Themenkreise angesprochen:

- die Armut nach dem Haushaltstyp, speziell bezogen auf Alleinerziehendenhaushalte und kinderreiche Paare,
- die Lage am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie
- die Situation von Studierenden.

Armut nach Haushaltstyp – Alleinerziehendenhaushalte und kinderreiche Paare

Erste wichtige Aufschlüsse über die Hintergründe von Kinder- und Jugendarmut gibt eine Betrachtung der Armutsrisikoquoten nach Haushaltstypen bzw. Familienformen. Wie Darstellung 6.14 zeigt, ist die Armutsrisikoquote bei Alleinerziehendenhaushalten besonders hoch. Überdurchschnittlich scheint sie auch bei Haushalten mit drei oder mehr Kindern zu sein,⁴⁰ dabei sollten die im Saarland wegen geringer Fallzahlen starken Schwankungen immer beachtet werden – die Prozentzahlen einzelner Jahre sollten nicht überinterpretiert werden. In beiden Fällen, vor allem bei Alleinerziehenden, ist eine volle Integration – insbesondere der Frauen, die die große Mehrheit der Alleinerziehenden stellen – in das Erwerbsleben unter den gegebenen Umständen eher seltener.⁴¹

Darstellung 6.14: Armutsrisikoquoten nach Haushaltstypen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am Landesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	13,6	13,9	14,0	14,3	14,5	13,4	14,5	14,6	15,9	
Nach Haushaltstypen										
Einpersonenhaushalt	25,0	22,5	23,2	23,2	23,0	24,4	26,4	25,9	26,5	
Zwei Erwachsene ohne Kind	7,7	7,5	8,2	10,0	7,7	9,6	8,7	9,7	9,8	
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,6	(5,3)	8,2	9,8	10,3	6,7	7,4	7,6	11,6	
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)*	34,3	31,9	37,8	38,6	42,3	35,6	43,3	(33,5)	39,0	
Zwei Erwachsene und ein Kind	(5,9)	11,5	10,3	(7,7)	10,5	(8,2)	(9,3)	11,7	(9,6)	
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	(8,6)	11,9	12,1	12,6	(8,5)	(10,1)	12,4	10,8	12,8	
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	25,4	(24,2)	(18,0)	/	/	/	(23,3)	(23,5)	/	
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	18,8	22,7	17,9	19,1	21,3	17,3	17,1	19,0	24,9	

Kinder unter 18 Jahre

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Darstellung 6.15 ist zu entnehmen, dass die Armutsrisikoquoten von Kindern in Alleinerziehendenhaushalten und in Paarhaushalten mit drei oder mehr Kindern im Saarland

⁴⁰ Das gilt zumindest auf Grundlage der Ergebnisse bis 2012 (auch wenn diese z. T. auf kritisch niedrigen Fallzahlen beruhen). Bundesweit, in Westdeutschland und in den bevölkerungsstarken Bundesländern liegen die Werte durchgängig bei überdurchschnittlichen rund 20 bis 25 Prozent. Zwischen 2005 und 2013 kann für Deutschland wie für Westdeutschland von einer dauernd überdurchschnittlichen Armutsquote bei kinderreichen Familien von über 20 Prozent gesprochen werden.

⁴¹ Das korrespondiert mit dem oben zitierten Befund einer höheren Armutsrisikoquote bei Kindern im Krippen- als im Kindergartenalter.

mit wenigen Ausnahmen nicht höher sind als in den Vergleichsländern, bei eher kleinen Abweichungen. Allerdings ist zu beachten, dass die Werte für das Saarland sich statistisch teilweise im ungesicherten Bereich bewegen. Ansonsten hat die Armutsrisikoquote generell zwischen 2005 und 2013 bei Alleinerziehenden leicht zu- und bei kinderreichen Familien tendenziell leicht abgenommen. Unbenommen dessen ist evident, dass zwischen (der Möglichkeit) der Erwerbsintegration der Erwachsenen gerade in solchen Haushalten und ihrem Armutsrisiko ein Zusammenhang besteht.

Darstellung 6.15: Armutsrisikoquoten von Alleinerziehendenhaushalten und kinderreichen Paarhaushalten 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	Kinderreiche Paarhaushalte			Alleinerziehende		
	2005	2012	2013	2005	2012	2013
Saarland	25,4	(23,5)	/	34,3	(33,5)	39,0
Deutschland	26,3	23,5	24,3	39,3	41,9	43,0
Westdeutschland	27,5	25,0	26,0	40,5	43,5	44,6
Rheinland-Pfalz	25,3	22,6	28,0	44,6	47,6	50,6
Hessen	34,0	26,0	27,2	40,0	42,1	41,5
Nordrhein-Westfalen	30,3	24,6	28,7	38,6	41,5	42,5
Schleswig-Holstein	27,7	19,6	21,5	38,4	42,8	50,9

Jeweils regionaler Median
Zwei Erwachsene mit drei oder mehr Kindern (unter 18 Jahre)
Kinder unter 18 Jahre

Quelle: IT-NRW 2014 (nach Mikrozensus)

Das wird – auf der Ebene Westdeutschlands – auch an dem Zusammenhang zwischen der Armutsrisikoquote und der Kinderzahl in Alleinerziehendenhaushalten deutlich. Für westdeutsche Alleinerziehendenhaushalte zeigt beispielsweise eine Auswertung des Mikrozensus 2010 einen Anstieg der Quote von 35,0 Prozent, wenn nur ein Kind zu versorgen ist, über 41,2 Prozent bei zwei Kindern bis auf 58,1 Prozent bei drei oder mehr Kindern. Dies gilt umso mehr, desto weniger Möglichkeiten einer institutionellen (Ganztags-)Betreuung bestehen, desto weniger informelle Betreuungsmöglichkeiten

bestehen (z. B. durch Großeltern⁴²) und desto weniger in einem Haushalt ein Lohn/Gehalt im Sinne des früheren „Modells des männlichen Broterwerbers“ für einen als angemessen erachteten, zumindest armutsfesten, Lebensstandard ausreicht.⁴³

Einen differenzierten Blick auf die höheren Armutsrisikoquoten von Kindern und Jugendlichen erlaubt die Darstellung 6.16 mit Blick auf Westdeutschland. Hintergrund ist dabei eine deutliche Schwerpunktsetzung der familienpolitischen Leistungen auf die Ehe bei einem gleichzeitig hohen Eigenbeitrag der Eltern für die Kinderkosten.

Darstellung 6.16: Armutsrisikoquoten von Kindern nach Haushaltstyp, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund und Erwerbsintegration des Haushalts in Westdeutschland 2011 (in Prozent)

Altersgruppe	Insgesamt	In Alleinerziehendenhaushalten	In Paarhaushalten mit 3 und mehr Kindern	Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	Mit Migrationshintergrund	Ein Vollzeitbeschäftigter oder weniger im Haushalt	Mehr als ein Vollzeitbeschäftigter im Haushalt
Bevölkerung insgesamt	15,4	43,8	24,0	32,5	27,4	19,0	2,6
Darunter:							
Unter 18-Jährige	19,4	44,9	24,5	43,5	31,8	22,6	5,1
Unter 10-Jährige	19,6	50,0	24,6	44,2	31,1	22,3	4,5
10- bis unter 18-Jährige	19,3	41,1	24,4	43,1	32,7	22,9	5,6

Quelle: Eigene Berechnungen mit SUF-MZ 2011

⁴² Hier gibt es verschiedene Trends zu beachten: Demografisch bedingt steigt die Betreuungsrelation von Großeltern zu Enkeln; mobilitätsbedingt sinkt sie insgesamt eher (je mobiler z. B. junge Arbeitskräfte sein müssen, umso eher verlieren sie eventuell ihre sozialen Netze, die Nähe zum Elternhaus etc., was aber auch in Regionen mit Bevölkerungsschwund bzw. einer Abwanderung primär junger Menschen/Familien nicht in jedem Fall zutreffen muss).

⁴³ So sehr der Trend zu einer stärkeren Frauenintegration in das Erwerbsleben selbstverständlich zu begrüßen ist (Gleichstellung, Unabhängigkeit, eigene Alterssicherung etc.): Analytisch ist gerade angesichts des Zurückbleibens der Arbeitnehmerentgelte hinter den Gewinn-/Kapitaleinkommen und der zunehmenden Spreizung der Einkommen jedoch auch zu fragen, was die Arbeitnehmerhaushalte aufgeben müssen (Stichworte: Haushaltsproduktion und Freizeit), wenn zuerst das „modernisierte Modell des männlichen Familienernährers“ (1,5 Erwerbstätige) das alte Modell (ein „Ernährer“) ablöst und häufig bereits zwei volle Erwerbseinkommen nötig sind, um eine Familie „zu ernähren“ – dies noch dazu unbenommen z. B. der denkbaren Folgen für die Geburtenzahlen. Die Vermarktlichung führt teilweise zu nur scheinbaren Wohlstandsgewinnen, weil bisher nicht dem Markt unterworfenen Leistungen und Aktivitäten unterbewertet werden. Die relevante verteilungspolitische Konfliktlinie ist in dieser Perspektive nicht diejenige zwischen den Geschlechtern, sondern diejenige zwischen Arm und Reich bzw. diejenige zwischen Kapital und Arbeit.

Wenn in Haushalten, in denen die Merkmale alleinerziehend und/oder drei oder mehr Kinder zutreffen (die schon alleine verletzlich für eine prekäre materielle Lage machen) weitere Merkmale oder Umstände hinzukommen, die diese Verletzlichkeit für ein Armutsrisiko verstärken, sind geringe Nettoäquivalenzeinkommen eher wahrscheinlich. Dies soll im Folgenden an zwei Beispielen verdeutlicht werden, die häufig bei Kindern oder Jugendlichen in Alleinerziehenden- bzw. kinderreichen Paarhaushalten zu Armut führen: Erstens das Problem fehlender oder zu geringer Unterhaltszahlungen, zweitens der über den Arbeitsmarkt vermittelte Zusammenhang zwischen geringer Qualifikation und geringen Primäreinkommen.

Bei monokausalen Erklärungsversuchen ist jedoch zu bedenken, was der Verband der Alleinerziehenden Mütter und Väter zutreffend feststellt: Armut ist „... ein multidimensionales Problem und verlangt deshalb einen breiten politischen Ansatz. Gerade bei Alleinerziehenden und ihren Kindern wird das deutlich“ (VAMV 2012, S. 3). In Alleinerziehenden- wie in Paarhaushalten mit drei oder mehr Kindern ist es jedenfalls alleine mit einer verbesserten Kinderbetreuungsinfrastruktur, einem Halbtagsjob oder gar einem Ein-Euro-Job (vgl. Zabel 2011) nicht getan, um solche Familien bzw. ihre Kinder vor Armut zu bewahren. Vielmehr spielen hier auch die erheblichen Geschlechterunterschiede in der Entlohnung eine große Rolle (die übergroße Mehrheit der Alleinerziehenden sind Frauen) oder genereller der größer gewordene Niedriglohnsektor (vgl. dazu Kapitel 4 und 5). Monokausale Erklärungen der überdurchschnittlichen Armutsrisikoquote bei jungen Menschen reichen nicht aus – ebenso wenig wie Maßnahmen, die nur auf eine Ursache abzielen.

Beispiel 1: Fehlende oder geringe Unterhaltszahlungen

„In Deutschland ist jede fünfte Familie alleinerziehend. Bei nur einem Elternteil aufzuwachsen ist für 2,2 Millionen Kinder Normalität – das sind rund 370.000 Kinder mehr als noch Mitte der 90er-Jahre“ (Lenze 2014, S. 7). Die Hartz-IV-Quote von Alleinerziehendenhaushalten mit minderjährigen Kindern liegt 2013 deutschlandweit bei 39,2 Prozent (zum Vergleich in Paarhaushalten mit minderjährigen Kindern: 7,1 %). Im Saarland beträgt die Hartz-IV-Quote bei Alleinerziehendenhaushalten sogar 44,5 Prozent (vgl. ebenda, S. 22).

Folgende Fakten sind – bei allen Schwierigkeiten der Datenlage, noch dazu für ein kleines Bundesland – festzuhalten, um ein Bild von der materiellen Lage Alleinerziehender und ihrer Kinder (oft auch noch im Jugendalter) zu zeichnen und zur Erklärung der hohen Armutsrisikoquoten beizutragen:

- Laut dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (vgl. Deutscher Bundestag 2013a, S. 108ff) verbleiben Alleinerziehende mit Kindern unter 15 Jahren deutlich länger im SGB-II-Bezug als andere Haushaltstypen; das gilt vor allem für jüngere Alleinerziehende unter 25 Jahren. „Erwerbstätige Alleinerziehende sind mit ihrem Einkommen deutlich seltener unterhalb der Armutsrisikoschwelle anzutreffen als erwerbslose Alleinerziehende“ (ebenda, S. 111). Dabei ist die Erwerbstätigenquote alleinerziehender Mütter mit Kindern unter drei Jahren besonders niedrig. Alleinerziehende Mütter mit mittlerem und vor allem höherem Bildungsabschluss sind häufiger erwerbstätig als solche in Paarhaushalten – und das dann auch häufiger in Vollzeit. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes referiert hier besonders eine Untersuchung des (Arbeitgeber-)Instituts der Deutschen Wirtschaft, das in einer Erhöhung der (Vollzeit-) Erwerbstätigenquote, z. B. durch ganztägige Betreuungsangebote, den zentralen Ansatzpunkt für eine Reduzierung des hohen Armutsrisikos Alleinerziehender sieht.
- Demgegenüber verweist eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen darauf, dass trotz der zwischen 2003 und 2008 gestiegenen Erwerbstätigkeit die Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden nicht gesunken, sondern sogar gestiegen ist (vgl. Jaehrling u. a. 2014). Als zentrale Erklärungsansätze dafür führt diese Studie den gewachsenen Niedriglohnsektor, gesunkene Sozialtransfers im Gefolge der Arbeitsmarktreformen und die im Vergleich zu Müttern aus Paarfamilien (deren Arbeitsmarktbeteiligung ebenfalls gestiegen ist) schlechteren Chancen an, auf die wachsenden Flexibilitätsanforderungen der Betriebe einzugehen um in stabile Beschäftigungsverhältnisse zu kommen. „Eine hohe Erwerbsbeteiligung bietet offenbar in abnehmendem Maße Schutz vor Armut“ (ebenda, S. 345). Und: „Ohne eine Ergänzung um Maßnahmen, die direkt an der Einkommenseite von Alleinerziehenden ansetzen, dürften die latenten Risiken des Alleinerziehens weiter an Bedeutung gewinnen“ (ebenda, S. 364).

Damit ist ein weiteres, für diese Gruppe spezifisches Problem angesprochen: „Etwa die Hälfte aller alleinerziehenden Eltern bekommt keinen Unterhalt für ihre Kinder. Von den Unterhaltszahlungen, die beobachtet werden können [reicht] wiederum nur etwa die Hälfte aus, um den Mindestanspruch gemäß Düsseldorfer Tabelle zu decken“ (Hartmann 2014, S. 1). Ursache dafür ist vor allem, dass der frühere Partner die Unterhaltszahlungen verweigert oder zu den entsprechenden Zahlungen nicht in der Lage ist – was etwas häufiger bei Alleinerziehenden auftritt, die vor der Geburt ihres Kindes nicht mit ihrem Partner verheiratet waren, als bei Geschiedenen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008, S. 28): „Bezogen auf die Gesamtheit aller Alleinerziehenden macht der Kreis jener, die auf irgendeine Weise Probleme mit den Unterhaltszahlungen haben, 40 Prozent aus“ (ebenda, S. 28).

Bezogen auf die Teilgruppe der nach dem Unterhaltsvorschussgesetz anspruchsberechtigten Haushalte von Alleinerziehenden, ermittelt Hartmann (2014, S. 11) bundesweit, dass etwa drei Viertel dieser Personengruppe keinen Unterhaltsvorschuss erhalten: „Die geringe Bezugsquote kann zum einen in der Befristung des Leistungsbezugs begründet sein. Unterhaltsvorschuss kann pro Kind für maximal 72 Monate bezogen werden... Zum anderen kann der Bezug von Unterhaltsvorschuss auch an fehlender Kenntnis der Berechtigten oder Schwierigkeiten im Beantragungsverfahren scheitern.“ Hinzu kommt mit Blick auf die Erklärung des hohen Armutsrisikos die Altersbegrenzung des Anspruchs auf Unterhaltsvorschussleistungen auf unter zwölf Jahre.

Hauser hebt in einer aktuellen Analyse zwei Ursachen für die hohen Armutsrisikoquoten bei Alleinerziehenden hervor: „Erstens der Einfluss eines Ausfalls von privaten Unterhaltszahlungen auf die Einkommenslage Alleinerziehender und zweitens die negativen Anreizeffekte, welche die bei bestimmten Konstellationen mögliche Wahl zwischen dem Bezug von Arbeitslosengeld II oder der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag und Wohngeld beeinflussen, so dass ein Herauskommen aus dem Mindestsicherungsbereich durch Arbeitsaufnahme erschwert wird“ (Hauser 2015, S. 193).

Unbenommen der kritischen Anmerkungen zum Unterhaltsvorschussgesetz⁴⁴ bzw. zur generellen (unsystematischen) Rechtslage in diesem Bereich ist aber auch anzuführen, dass diese staatliche Transferleistung dort, wo sie wie intendiert ankommt, durchaus – zumindest in Grenzen – armutsreduzierend wirkt (vgl. Kasten).

Zu den Effekten der Unterhaltsvorschussleistungen – Eine Sensitivitätsanalyse

Angesichts der vorstehend geschilderten Einschränkungen – Begrenzungen und Befristungen der Anspruchsvoraussetzung und erhebliche Nichtinanspruchnahme eigentlich zustehender Leistungen – könnte man annehmen, dass die Unterhaltsvorschussleistungen nur einen geringen Effekt auf die Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden(-haushalten) haben. Dem ist nicht so.

Eine im Rahmen dieses Berichts angestellte Berechnung auf Basis der Mikrodaten der EVS 2008⁴⁵ zeigt, dass bezogen auf Westdeutschland⁴⁶ die Armutsrisikoquote von Personen in Alleinerziehendenhaushalten von 43,0 Prozent auf 46,5 Prozent gestiegen wäre, wenn es diese Leistungen damals nicht gegeben hätte (d. h., wenn man sie aus dem Einkommen dieser Haushalte herausrechnet). Aus statistischer Sicht sind hierbei aber unbedingt die vergleichsweise geringen Fallzahlen von Alleinerziehendenhaushalten (auch in Westdeutschland) relativierend zu berücksichtigen, so dass die betreffenden Befunde keinesfalls überinterpretiert werden dürfen.

Die gesamte Armutsrisikoquote in Westdeutschland für alle Personen wäre dagegen nur marginal von 15,7 auf 15,8 Prozent gestiegen – bei den Personen in Haushalten mit einem weiblichen Vorstand von 26,3 auf 26,8 Prozent. Der Median der westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommen wäre von 22.048 Euro auf 22.044 Euro geringfügig gesunken.

Diese Berechnung kann im Umkehrschluss als Indiz dafür gelten, dass eine Ausweitung der Unterhaltsvorschussleistungen (bezüglich Höhe und/oder Kreis der Anspruchsberechtigten) bzw. bereits bei bestehender Rechtslage eine Überwindung der Nichtinanspruchnahmeschranken trotz Leistungsberechtigung einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Senkung des Armutsrisikos von Alleinerziehenden leisten könnte.

⁴⁴ Zu bedenken ist auch (vgl. Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen 2011), dass wegen der sehr niedrigen Rückgriffsquoten den öffentlichen Haushalten im Jahr rund eine halbe Milliarde Euro verlorengehen. Die Rückgriffsquoten lagen 2010 bundesweit bei 18 und im Saarland bei 17 Prozent.

⁴⁵ Die neueren Daten der EVS 2013 standen für diese Berechnung nicht mehr rechtzeitig zur Verfügung.

⁴⁶ Für das Saarland ist die Fallzahl in der EVS für signifikante Aussagen zu gering.

Beispiel 2: Geringe Qualifikation

Dass, auch für die Kinder und Jugendlichen, in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher die Armutsrisikoquote weit überdurchschnittlich ist, wurde schon angesprochen (vgl. Abschnitt 6.2). Der Bundesländervergleich in Darstellung 6.17 macht deutlich, dass über die Zeit hinweg die Armutsrisikoquote aller Personen, die in einem Haushalt mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher leben, gestiegen ist. Im Saarland mit seiner weniger gespreizten Primärverteilung (vgl. Kapitel 5) ist diese Quote inzwischen nicht mehr geringer als in den Vergleichsländern, was zum Teil der Ausweitung des Niedriglohnsektors in allen Regionen geschuldet sein dürfte. Von daher ist festzustellen, dass das Votum der Landesregierung im Vorfeld und bei der Entscheidung für einen gesetzlichen Mindestlohn 2014 auch als ein Beitrag zur künftigen Reduzierung des Armutsrisikos – auch von Kindern – gewertet werden kann.

Darstellung 6.17: Armutsrisikoquoten in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	2005	2012	2013
Saarland	28,4	36,7	40,0
Deutschland	32,0	37,9	39,3
Westdeutschland	33,5	39,6	41,0
Rheinland-Pfalz	34,4	38,7	39,9
Hessen	35,7	42,5	42,3
Nordrhein-Westfalen	31,7	38,0	40,1
Schleswig-Holstein	37,3	43,5	44,0

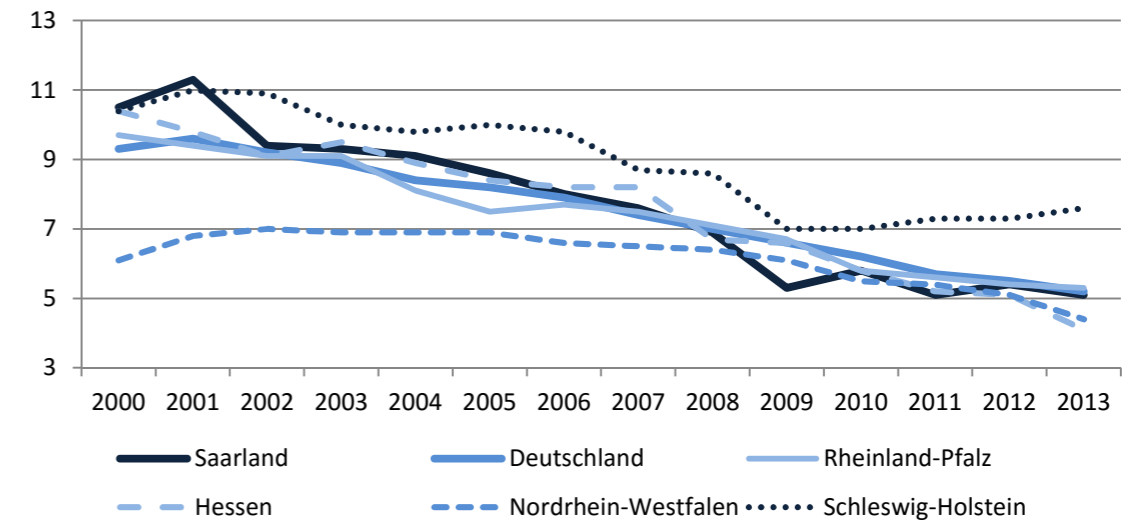
Jeweils regionaler Median
ISCED = 0 bis 2 (Qualifikationsniveau: entspricht ohne Berufsausbildung)

Quelle: IT-NRW 2014 (nach Mikrozensus)

Unter dem in Darstellung 6.17 gezeigten Aspekt ist es auch für die Zukunft besonders wichtig, dass es im Saarland im vergangenen Jahrzehnt gelungen ist, den (früher deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden) Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu senken (vgl. Darstellung 6.18) und zugleich den Anteil der Beschäftigten mit Berufsschulabschluss deutlich (fast so stark wie im Bundesdurchschnitt) zu steigern (vgl. Darstellung 6.19).⁴⁷

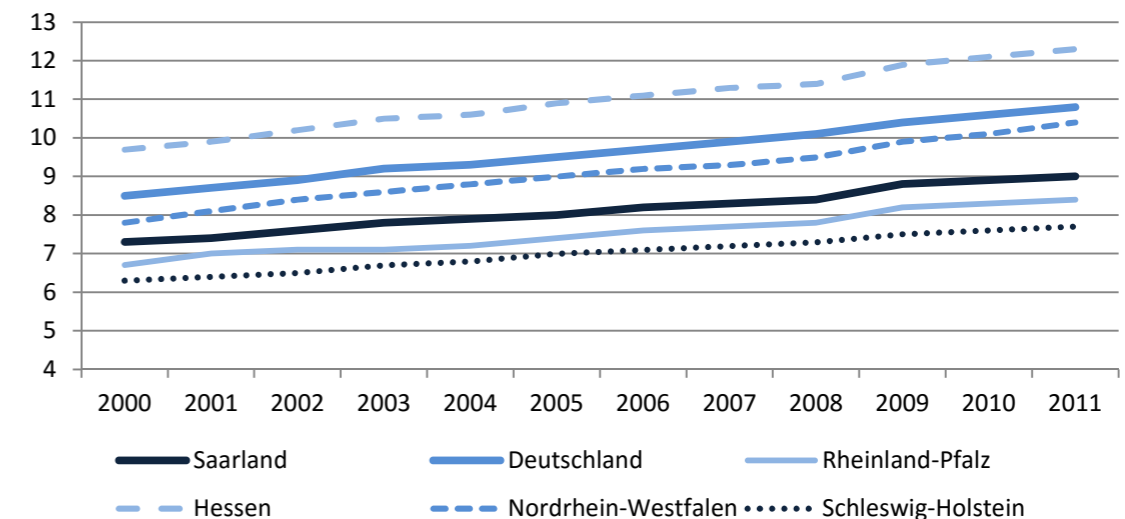
⁴⁷ Dabei weist der Bildungsbericht 2014 (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Tabelle B5-3web) bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren für das Saarland 2012 einen Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss nach, der mit 41,7 Prozent erheblich über dem

Darstellung 6.18: Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2000 bis 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015 (Arbeitsmarktmonitor)

Darstellung 6.19: Beschäftigte mit Hochschulabschluss im Bundesländervergleich 2000 bis 2011 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2015 (Arbeitsmarktmonitor)

Der Vierte Kinder- und Jugendbericht für das Saarland 2014 betont anhand solcher Zahlen: „Zu den zentralen Ursachen von Armut im Jugendalter gehören schlechte Bildungsabschlüsse, Probleme im Übergang von der Schule in Ausbildung/Beruf sowie

Bundesdurchschnitt (28,7 %) liegt. Der Anteil der Personen mit Hochschulreife unter den 25- bis unter 65-Jährigen ist dagegen im Saarland mit 29,5 Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Arbeitslosigkeit. Im Bundesländervergleich schneidet das Saarland bei den Schulabgängerinnen und –abgängern ohne Abschluss besonders gut ab. Im Jahr 2009 hatte das Saarland die niedrigste Schulabgängerquote ohne Abschluss.“ (Müller u. a. 2014, S. 84). Auf Basis des Chancenspiegels 2013 der Bertelsmann Stiftung wird für das Saarland auch auf einen hohen Anteil der Absolventen mit Hochschulreife an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung im Bundesländervergleich hingewiesen (vgl. ebenda, S. 86).

Allerdings zeichnen nicht alle der verschiedenen einschlägigen Indikatoren bzw. Datenquellen ein so positives Bild. So weisen z. B. die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2014, S. 63) für das Saarland 2012 einen Anteil der frühen Schulabgänger⁴⁸ von 12,9 Prozent aus. Das ist knapp hinter Bremen und Berlin der dritthöchste Wert aller deutschen Bundesländer und deutlich mehr als der gesamtdeutsche Durchschnitt (10,4 %).

Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Bei Jugendlichen und vor allem bei jungen Erwachsenen greift eine Erklärung des erhöhten Armutsrisikos, anders als bei Kindern, alleine und direkt über die ökonomische Situation der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils allenfalls noch teilweise. Das Ursachenbündel für ein erhöhtes Armutsrisiko ist zumindest bezogen auf diejenigen jungen Menschen, die nicht mehr im Haushalt der Eltern wohnen, komplexer.⁴⁹ Weiterhin ist auch noch zwischen jungen Menschen zu unterscheiden, die eine Ausbildung aufnehmen, und jenen, die zuerst ein Studium ergreifen und dann erst (etwas später) in das Erwerbsleben starten.

Für die jungen Menschen stellt der 14. Kinder- und Jugendbericht dennoch primär auf die zentrale Funktion der Erwerbstätigkeit – zumindest nach Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums – für die Vermeidung von Armut ab: „Ein wirksamer Schutz

vor Armut kann nur durch das Erreichen guter beruflicher Beschäftigungsverhältnisse in den gesicherten Arbeitsmarktsegmenten erlangt werden“ (Deutscher Bundestag 2013b, S. 222). Gleichzeitig konstatiert dieser Bericht aber auch: „Dies gelingt allerdings nur einem Drittel der jungen Erwachsenen im Alter von 26 bis 30 Jahren (die Armutsrisikoquote liegt in dieser Gruppe bei etwa 3 Prozent)“ (ebenda).

Das wirft die Frage auf, wie es um das Armutsrisiko der anderen zwei Drittel bestellt ist. Bei Armutsrisikoquoten von 18- bis 25-Jährigen, die im Saarland wie im Bundesgebiet um mehr als die Hälfte höher sind als in der Gesamtbevölkerung (2013: 25,7 im Vergleich zu 15,9 %; in Westdeutschland: 24,5 versus 15,9 %), muss die Frage nach den Ursachen des hohen Armutsrisikos besonders untersucht werden. Dabei sind weitere Ursachen mit in den Blick zu nehmen, die über den – unbestreitbar zentralen – Aspekt einer gelungenen Erwerbsintegration hinausgehen, z. B. die wirtschaftliche Situation von Studierenden.

Im Folgenden soll dies in der gebotenen Kürze mit Blick auch auf die in den vergangenen gut 20 Jahren stark gestiegene Armutsrisikoquote bei jungen Erwachsenen geschehen, die angesichts des allenthalben behaupteten demografisch bedingten Lehrlings- und Nachwuchsmangels (vgl. Kasten) kontraintuitiv ist.

⁴⁸ Dieser Anteil ist wie folgt definiert: Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

⁴⁹ Dabei sind methodische/statistische Effekte zu beachten: So erhalten bei der Errechnung der Äquivalenzeinkommen ab 14-Jährige ein höheres Personengewicht (0,5 statt zuvor 0,3; vgl. Abschnitt 2.1). Mit dem 14. Geburtstag eines Kindes sinkt daher einerseits das Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts von einem Tag auf den anderen. Andererseits führt z. B. eine Ausbildungsvergütung oder eine BAföG-Zahlung eines zu Hause lebenden jungen Erwachsenen zu einem höheren Nettoäquivalenzeinkommen. Verlässt diese Person das Elternhaus, so steigt – trotz einer eventuell höheren finanziellen Unterstützungsleistung durch die Eltern – das Äquivalenzeinkommen der Eltern. Und: Der/die junge Erwachsene zählt als eigener Haushalt.

Lehrlings- und Fachkräftemangel – zumindest gegenwärtig ein weit überschätztes Problem

Zu den seit Jahren am meisten propagierten – aber wenig hinterfragten – Themen der arbeitsmarktpolitischen Diskussion gehört ein angeblich schon bestehender, zumindest aber demografisch bedingt zunehmender Fach-, gar Arbeitskräftemangel. Insbesondere fehle es an (geeigneten) Ausbildungsplatzbewerbern. So berichtete die DIHK im Sommer 2010 auf Basis einer Befragung von Mitgliedsunternehmen, dass zwei Drittel aller Unternehmen in Deutschland händierend nach Fachkräften suchen würden (vgl. DIHK 2010). Aus der „DIHK-Online-Unternehmensbefragung zur Ausbildung 2014“⁵⁰ wird berichtet, dass mehr als jeder zweite Betrieb mit rückläufigen Bewerberzahlen kämpfe und Ausbildungsplatzbewerber, bildlich gesprochen, bereits mit Dienstwagen umworben würden (vgl. DIHK 2014).

Derartige Meldungen kontrastieren deutlich mit den Ergebnissen repräsentativer Befragungen von Unternehmen und den Zahlen der Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstatistik. So ermittelte das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit im Sommer 2014, dass zwei Drittel aller Betriebe in Deutschland im ersten Halbjahr 2014 gar keine Arbeitskräfte gesucht haben. Das Problem ist eher ein Mismatch-Problem zwischen Angebot und Nachfrage und kein Mangelproblem.

Und: Laut der Ausbildungsmarktstatistik besteht in Deutschland eine Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition⁵¹) in der Ausbildung 2014 von 92,7 Prozent. Im Saarland lag diese Relation bei 92,5 Prozent, also gut 9 Ausbildungsplätzen pro 10 Ausbildungsplatzbewerbern (vgl. Tabelle).

Tabelle C: Angebots-Nachfragerelation am Ausbildungsmarkt 2014 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation
Saarland	93,9
Deutschland	92,7
Westdeutschland	92,1
Rheinland-Pfalz	90,9
Hessen	89,1
Nordrhein-Westfalen	86,9
Schleswig-Holstein	88,3

Quelle: Matthes u. a. 2015, S. 40

Das Problem setzt sich über das Jugendalter hinaus fort: Laut einer Sonderauswertung aus der Arbeitskräfteerhebung 2013, die uns das Statistische Bundesamt (2015f) für diesen Bericht freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, gab es im Saarland 2013 rund 29.000 Erwerbslose, 38.000 Unterbeschäftigte, die gerne länger arbeiten würden

⁵⁰ Nur am Rande sei vermerkt, dass eine Hochrechnung von Befragungsergebnissen nur bei randomisierten Stichproben sinnvoll ist und dass diese Art von Befragungen der Kammern dieses Kriterium nicht erfüllt.

⁵¹ Das heißt unter Einbeziehung derjenigen Altbewerber mit Verbleib in einer Alternative, die ihren Ausbildungswunsch aufrechterhalten haben.

(bei gleichzeitig 10.000 Überbeschäftigten, die gerne weniger Stunden arbeiten würden), eine Stille Reserve von 15.000 und insgesamt ein ungenutztes Arbeitskräftepotenzial von 82.000 Personen. Die Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials liegt damit im Saarland bei 16,3 Prozent, das ist deutlich mehr als im westdeutschen Durchschnitt (13,5 %) und auch mehr als in Deutschland insgesamt (14,8 %; vgl. Statistisches Bundesamt 2015f).

Tabelle D: Unterbeschäftigte und ungenutztes Arbeitskräftepotenzial 2013 (in Tausend bzw. in Prozent)

	Saarland	Deutschland	West-Deutschland
	in Tausend		
Erwerbslose	29	2.179	1.483
Unterbeschäftigte (Überbeschäftigte)	38	3.104	2.362
Stille Reserve	10	870	742
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial insgesamt	15	1.032	773
	in Prozent		
Erwerbslosenquote	6,0	5,2	4,4
Unterbeschäftigungsquote (Überbeschäftigungsquote)	8,3	7,9	7,4
	2,1	2,2	2,3
Anteil der stillen Reserve an den Nichterwerbspersonen	5,5	5,2	4,9
Anteil ungenutztes Arbeitskräftepotenzial an der Bevölkerung	10,8	10,3	9,4
Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials	16,3	14,8	23,5

Quelle: Arbeitskräfteerhebung; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes 2015f

Die auf früheren amtlichen Bevölkerungsvorausrechnungen aufgebauten Prognosen zur Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz haben sich als völlig falsch erwiesen, so z. B. die Aussage im Gutachten der Hartz-Kommission (Kommission 2003, S. 112), dass im Jahr 2015 in Deutschland bis zu sieben Millionen Arbeitskräfte fehlen könnten. Neue Studien berechnen auf Basis der aktuellen 13. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung der Statistischen Ämter dagegen z. B. eine stagnierende Zahl der unter 15-Jährigen bis 2030 und eine in 2030 etwa gleich hohe Erwerbspersonenzahl wie im Jahr 2010 als realistisch voraus (mit einem zwischenzeitlich um ca. 3 Millionen höheren Spitzenwert der Erwerbspersonenzahl ca. 2020; vgl. Stöver, Wolter 2015). Kurz: Das Problem sind auch noch für Jahre eher fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze als fehlende Bewerber.

Der Bildungsbericht 2014 resümiert hierzu: „Die beträchtliche Differenz, die auch 2013 noch zwischen dem Ausbildungsplatzangebot und der erweiterten Nachfrage (bundesweit ca. 50.000 zuungunsten der Nachfrage) zu beobachten ist, deutet darauf hin, dass aktuell der Ausbildungsstellenmangel insgesamt noch ein größeres Problem darstellt als Besetzungsgpässe“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 101). Er

verdeutlicht dies auch daran (vgl. ebenda, S. 103), dass selbst bei sogenannten „Mangelberufen“, bei denen besonders über einen Nachwuchsmangel geklagt wird, eine Unterdeckung des Angebots an Ausbildungsplätzen besteht, so bei Metall-/Technikerberufen von je -10 Prozent, bei Elektroberufen von -5 Prozent, bei medizinischen Fachangestellten sowie bei Informatik- und IKT-Berufen von -11 Prozent. Die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation ist dabei in Westdeutschland zwischen 2007⁵² und 2013 von 85,2 auf 91,3 Prozent gestiegen. In der alten Definition (also ohne die Altbewerber in alternativem Verbleib, aber mit weiter bestehendem Ausbildungswunsch) war sie im Jahr 2001 bereits praktisch gleich hoch wie 2013 (102,4 bzw. 102,3 %). Der Ausbildungsmarkt hat sich genau genommen lediglich in den vergangenen Jahren etwas gebessert.

Die Verbesserung der Ausbildungschancen hat sich jedoch z. B. nur begrenzt in höheren Ausbildungsvergütungen niedergeschlagen. Zwar haben sich diese nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (2014, S. 265) ebenfalls seit Mitte des letzten Jahrzehnts wieder stärker erhöht als zwischen 1995 und 2005, nominal zwischen 2005 und 2012 etwa um 18,3 Prozent. Dem steht aber auch ein inflationsbedingter Kaufkraftverlust von 12,5 Prozent in diesem Zeitraum gegenüber (vgl. ebenda, S. 265f).

Den Anstieg und die Höhe des Armutsrisikos junger Menschen vermögen diese Zahlen zwar nur teilweise zu erklären. Es ist jedoch auch nochmals darauf hinzuweisen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil junger Menschen mit Interesse an einer Berufsausbildung dieses trotz etwas besser gewordenem Ausbildungsmarkt nicht realisieren kann bzw. in „Alternativen“ abgedrängt wird, z. B. weiteren Schulbesuch, Erwerbstätigkeit oder – genereller – in das Übergangssystem (vgl. Darstellung 6.20).

Im Ausbildungsjahr 2013/2014 mündeten nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit 46,4 Prozent der Bewerber im Saarland (Westdeutschland: 47,7 %) in eine Ausbildung ein. Jeder sechste Bewerber suchte zum Ende September noch. Zwar galten laut Bundesagentur darunter nur 85 Bewerber als „unversorgt“. Hinzu kommen aber 917 Bewerber in Alternativen – und eben, wie oben schon erwähnt, viele Altbewerber (was die Zahlen der „erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation“ des Bundesinstituts

⁵² Erstes Jahr mit verfügbarer Berechnung dieses Indikators; allerdings noch mit Vergleichsproblemen, da nur mit Meldungen der Agenturen für Arbeit und der ARGE n.

für Berufsbildung wesentlich aussagefähiger macht als die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit).

Darstellung 6.20: Auszug aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Berichtsjahr 2013/2014

	gemeldete Bewerber für Ausbildungsstellen	darunter					
		Bewerber, die in eine Berufs-ausbildungs-stelle mündeten		Bewerber, die Ende September noch suchten		darunter	
		absolut	in %	absolut	in %	mit Alternative zum 30.09	ohne Alternative („Unversorgte“)
Saarland	6.022	2.794	46,4	1.002	16,6	917	85
Westdeutschland	466.202	222.156	47,7	71.560	15,3	54.986	16.574

Quelle: Autorengruppen Bildungsberichterstattung 2014, Tabelle A 1-3 (Internet)

Die Probleme beim Wechsel von der Ausbildung in den Beruf, an der sogenannten „zweiten Schwelle“, sind als Ursachen von Jugendarmut teilweise noch gewichtiger als die Probleme an der „ersten Schwelle“. Zwar gibt es auch hier auf den ersten Blick durchaus positive Entwicklungen: Die Übernahmequote erfolgreicher Ausbildungsabsolventen in Westdeutschland ist nach Zahlen des IAB-Betriebspanels (eigene Auswertungen) zwischen den Jahren 2000 und 2013 von 45 auf 63 Prozent gestiegen. Aber nur rund die Hälfte (52 %) dieser Übernahmen erfolgten 2012 unbefristet.

Nach auf Angaben der Bundesagentur für Arbeit beruhenden Hochrechnungen meldeten sich (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2014, S. 273) im Jahr 2011 nach erfolgreich abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung 131.000 Personen arbeitslos. Im Verhältnis zur Zahl aller Ausbildungsabsolventen des dualen Systems (445.000) bedeutet das einen Arbeitslosenanteil von 29,5 Prozent.⁵³

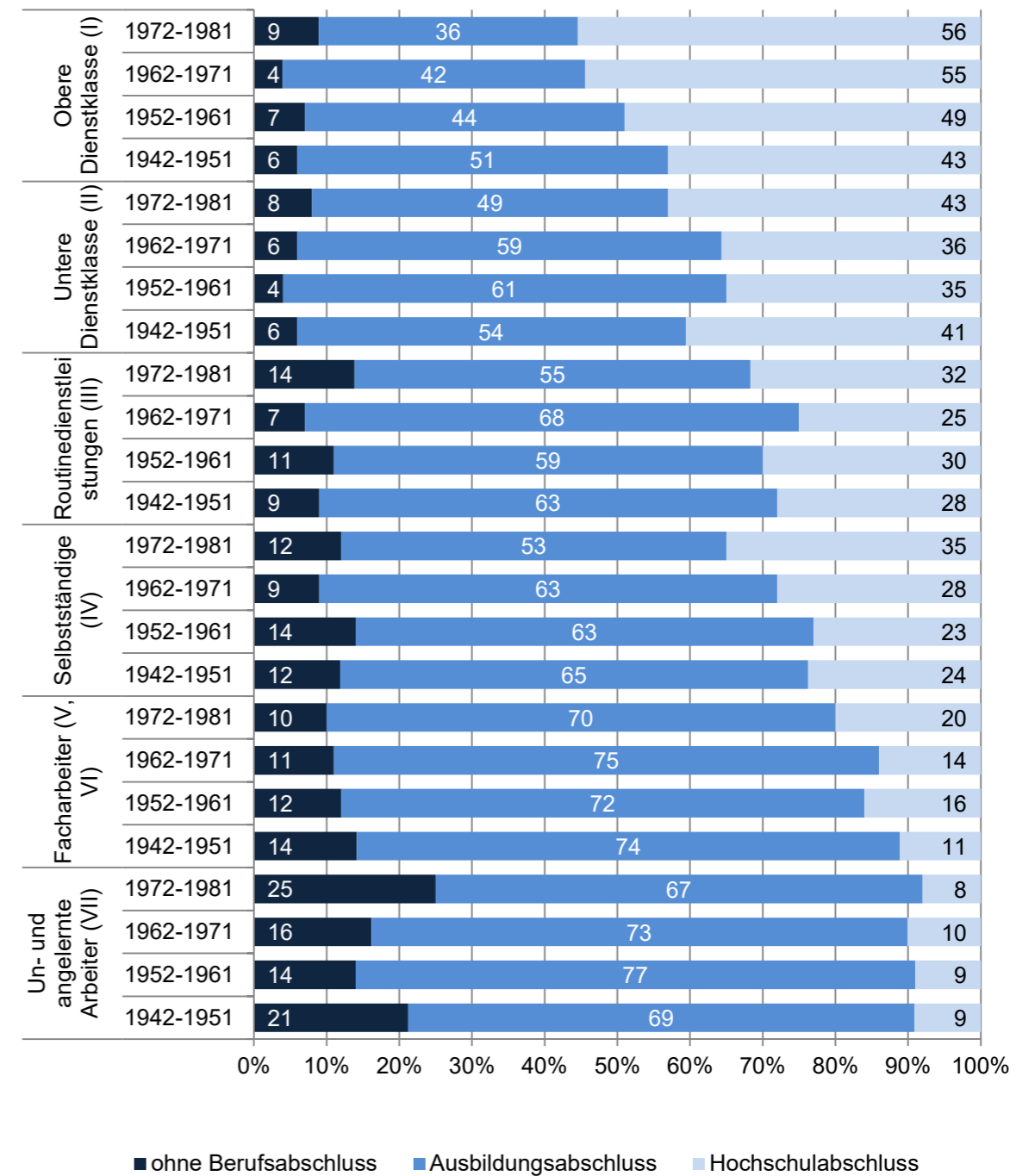
An dieser Stelle ist darauf zu verweisen, dass Arbeitslosigkeit in der Jugend nicht nur Auswirkungen auf die aktuelle Lebenslage der Betroffenen und ihren familiären Umkreis hat, sondern in materieller und immaterieller Hinsicht Langzeitfolgen entfaltet.

⁵³ Beachtenswert ist auch die Vertragslösungsquote bei Ausbildungsverträgen, die in Deutschland immerhin im Jahr 2013 bei einem Viertel lag. Vertragsauflösungen sind jedoch nicht in jedem Fall mit einem endgültigen Ausbildungsabbruch gleichzusetzen (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2015, S. 194). Im Saarland lag die Vertragsauflösungsquote 2013 bei 27,8 Prozent (vgl. ebenda, S. 196).

Studierende

Unter den jungen Erwachsenen hat in den vergangenen Jahren der Anteil der Studierenden stark zugenommen. Ökonomisch bedeutet ein Studium einen aktuellen Einkommensverzicht in der Absicht besserer künftiger Chancen der Einkommenserzielung (auch verbunden mit dem Gedanken auf bessere Arbeitsmarktchancen). Insofern könnte sich der Anstieg der Armutsrisikoquote bei den 18- bis 25-Jährigen (und auch noch in späteren Altersjahrgängen) teilweise aus diesem – vorübergehenden – Einkommensverzicht erklären. Dabei ist aber zu bedenken, dass Studierende auch dann, wenn sie in einem eigenen Haushalt leben, normalerweise vom Elternhaus unterstützt werden. Insofern ist zunächst auch die soziale Herkunft der Studierenden mit in den Blick zu nehmen (vgl. Darstellung 6.21).

Darstellung 6.21: Beruflicher Ausbildungsabschluss der 1942 bis 1981 Geborenen 2011 nach sozialer Herkunft und Geburtskohorten (in Prozent)



Gewichtete Ergebnisse (auf Basis von: Sozio-Ökonomisches Panel (SOEP) v28, Querschnitt 2011, z. T. eigene Berechnungen)

Lesebeispiel: Von den Kindern der Geburtskohorte 1972 bis 1981 (viertunterster Balken), deren Vater un-/angelernter Arbeiter war, hatten im Jahr 2011 25 Prozent keinen Berufsabschluss, 67 Prozent einen Berufsabschluss und 8 Prozent einen Hochschulabschluss.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Tab. E3-4 web.

Die Darstellung zeigt zuallererst, dass die soziale Selektivität des Bildungssystems ungebrochen und hinsichtlich des Erreichens eines Hochschulabschlusses besonders groß ist. Die Bildungsexpansion der 1970er-Jahre hat zu einer starken Ausweitung des Anteils der Kinder aus den höheren sozialen Schichten geführt, die einen Hochschulabschluss erlangt haben. Bei Kindern z. B. aus Facharbeiterhaushalten ist der Anteil schon wesentlich schwächer gestiegen, und bei Kindern von un- und angelernten Arbeitern ist kein Zuwachs festzustellen.

Aus dieser Entwicklung könnte auch abgeleitet werden, dass private Transfers der Eltern in Geld- oder Sachform (z. B. Wohnungs-, Autokosten) für einen Teil der Studierenden die wirtschaftliche Lage verbessern. Zuverlässige Daten (vor allem auf Landesebene) gibt es hierzu nicht: Die Daten der Sozialerhebungen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung sind für das Saarland wegen zu geringer Fallzahlen nicht auswertbar. Auf westdeutscher Ebene lag die Summe der durchschnittlichen monatlichen Einnahmen von Studierenden 2012 bei 880 Euro (wovon bereits 307 Euro für die monatlichen Mietausgaben verwendet wurden). 46,2 Prozent der Studierenden verfügten über monatliche Einnahmen von weniger als 800 Euro, obwohl fast zwei Drittel (65,3 %) auch während des Semesters erwerbstätig waren (vgl. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2013).

Selbst bei erfolgreichen Absolventen eines Studiums gestaltet sich der Übergang in die Erwerbstätigkeit schließlich zunehmend schwierig. Auch dies dürfte zum recht hohen Niveau des Armutsrisikos bei jungen Erwachsenen beitragen. Wie Darstellung 6.22 zeigt, nimmt in Deutschland für die Absolventen von Fachhochschulen wie Universitäten in der kurzen Zeit des Vergleichs der Absolventenjahrgänge 1997 bis 2009 der Anteil derjenigen deutlich ab, die nach einem Jahr unbefristet vollzeitbeschäftigt sind. Auf der anderen Seite nehmen die Anteile derjenigen zu, die nach einem Jahr nur befristet beschäftigt sind (in Voll- oder Teilzeit). In der Tendenz zeigt sich diese Entwicklung bei Vollzeittätigkeiten sogar noch fünf Jahre nach dem jeweiligen Abschluss.

Darstellung 6.22: Arbeitszeit und Befristung ein Jahr, fünf und zehn Jahre nach dem Studienabschluss 1997, 2001, 2005 und 2009 in Deutschland nach ausgewählten Fachrichtungen und Art des Abschlusses (in Prozent der Erwerbstätigen)

	Kohorte	Unbefristet Vollzeit			Befristet Vollzeit			Unbefristet Teilzeit			Befristet Teilzeit			Sonstiges		
		Jahre nach Studienabschluss														
		1	5	10	1	5	10	1	5	10	1	5	10	1	5	10
Fachhochschule insgesamt	1997	62	76	70	16	5	2	3	7	12	2	3	3	17	9	13
	2001	69	71	71	11	7	3	5	8	13	4	3	2	11	12	12
	2005	55	72	-	25	9	-	3	6	-	6	3	-	12	9	-
	2009	53	-	-	23	-	-	2	-	-	6	-	-	16	-	-
Universität insgesamt	1997	29	60	58	14	13	6	3	9	15	11	5	3	44	13	17
	2001	28	56	55	17	16	7	3	8	17	11	5	5	42	15	16
	2005	21	55	-	25	18	-	3	9	-	13	6	-	37	12	-
	2009	18	-	-	22	-	-	3	-	-	14	-	-	43	-	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Tabelle F5-12web

Die erheblichen Anteile von jungen Erwachsenen, die nach Abschluss ihres Studiums keinen „glatten“ Übergang in ein vollwertiges Normalarbeitsverhältnis finden, sondern zumindest einige Zeit in Praktika und anderen Nichtnormalarbeitsverhältnissen verbringen müssen, gehen mit geringeren Einkommen einher. Aber auch bei jenen, die schnell eine Vollzeitbeschäftigung finden, ist – selbst in sogenannten Mangelberufen – zu beachten, dass es nach Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung im vergangenen Jahrzehnt auf breiter Front zu im Durchschnitt sinkenden Einstiegsgehältern bei Universitäts- und Hochschulabsolventen gekommen ist (vgl. Maier, Dorau 2010). Dies hat auch Konsequenzen für die Armutsrisikoquoten bei jungen Familien, falls junge Menschen unter solchen Bedingungen überhaupt den Schritt einer Familiengründung wagen.

Tendenziell in die gleiche Richtung wirkend – und im Übrigen nicht nur auf Hochschulabsolventen und nicht nur auf die jüngeren Altersjahrgänge beschränkt – ist ein weiteres Phänomen anzumerken: In Deutschland ist der Anteil derjenigen Beschäftigten im EU-Vergleich überdurchschnittlich hoch, die unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden. Auch das zeigt: Bildung ist in einer ungleicher werdenden Gesellschaft kein Allheilmittel gegen Armut (vgl. Kasten); sie ist keine hinreichende Strategie, aber sie ist ein notwendiger Handlungsansatz.

Mehr Bildung ist wichtig, aber sie ist kein Allheilmittel gegen Armut

Eine hohe Qualifikation war noch nie eine absolute Garantie gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Ob sie es in der vielbeschworenen Wissensgesellschaft sein kann, ist nicht ausgemacht. „Erlaubte noch in den 1960er-Jahren ein relativ geringes Maß an Bildung den Einstieg in eine dauerhafte Erwerbskarriere, so wurde danach – vermutlich spätestens mit den ausgehenden 1970er-Jahren – eine berufliche Ausbildung zur Vorbedingung für einen geglückten Übergang in die Beschäftigung. Und spätestens seit den ausgehenden 1990er-Jahren schützt selbst eine berufliche Ausbildung nicht mehr regelhaft vor labilen Erwerbskarrieren mit zunehmenden Anteilen ungesicherter Beschäftigung, in denen das Risiko eines anhaltenden Ausschlusses aus besser gesicherten Arbeitsmarktsegmenten besteht“ (Baethge-Kinsky 2012, S. 221).

Die lange anhaltende und immer noch hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben zu einem Verdrängungswettbewerb und einer Verbreitung von Beschäftigung (und Bezahlung) unter Qualifikation geführt: In Deutschland arbeiten laut EU-Kommission 18 Prozent der Beschäftigten unter ihrem eigentlichen Qualifikationsniveau (11 % sogar erheblich darunter), allerdings auch 17 Prozent (5 % erheblich) über ihrem Qualifikationsniveau (vgl. European Commission 2012, S. 388).

Eine differenzierte Analyse des IAB für das Jahr 2012 erbringt – bei anderer methodischer Messung auf Basis des neuen Meldeverhaltens der Betriebe – das Ergebnis, dass in Westdeutschland 14,6 Prozent der Beschäftigten zwischen 18 und 65 Jahren formal überqualifiziert sind. In Westdeutschland gibt es laut dieser Daten neun Stadt- und Landkreise mit einem Anteil überqualifiziert Beschäftigter von 18 oder mehr Prozent. Darunter sind mit Saarlouis und St. Wendel immerhin zwei aus dem Saarland (vgl. Reichelt, Vicari 2014, S. 4). Der Anteil der Überqualifizierten steigt in Westdeutschland mit dem Alter bis kurz nach dem 30. Lebensjahr steil an und geht danach leicht zurück. Überqualifikation ist ein Indiz für einen Angebotsüberhang am Arbeitsmarkt, der tendenziell zu geringeren Löhnen und potenziell steigender Armut führt.

Bildung bzw. Qualifikation ist wichtig. Sie hat zuallererst ihren Eigenwert und senkt das individuelle Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut. Die meritokratischen Züge der Gesellschaft werden stärker (vgl. Wehler 2013, S. 104), zumindest für die Mehrheit der Hochqualifizierten, aber eben nicht für alle und nicht bei den mittleren Qualifikationen. „Es zeigt sich, dass die Erwerbslosenquoten der Personen mit Fachschul-, Meister- oder Techniker Ausbildung und die der Akademiker in einem ähnlich niedrigen Bereich liegen. Seit der Wirtschaftskrise sind die Ersteren sogar weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Hochschulabsolventen.“ (Hausner u. a. 2015, S. 2ff). Es gibt auch eine Tendenz zu sinkenden bzw. sich ausbreitenden geringen Bildungsrenditen, zumindest zu einer größeren Streuung derselben (vgl. Rohrbach 2008, S. 175ff). Voges und Groh-Samberg (2014, S. 19) weisen auch auf das Zusammentreffen einer Zunahme des Anteils von Personen mit mangelnden Bildungsrenditen und der stark gestiegenen Armutsrisikoquoten bei alleinerziehenden Frauen hin – im Gegensatz zu Frauen in Paarhaushalten mit Kindern.

Insgesamt zeigt sich, dass personenbezogen (d. h., nicht auf den Haushaltsvorstand abstellend) die Armutsgefährdung von Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau um ein Mehrfaches höher ist als bei Hochqualifizierten (vgl. Darstellung 6.23).

Darstellung 6.23: Armutsrisikoquoten von Personen ab 25 Jahren nach Qualifikationsniveau im Saarland und in Westdeutschland 2005, 2012 und 2013

Qualifikationsniveau Person	2005	2012	2013
	Saarland		
Bevölkerung insgesamt	13,6	14,6	15,9
Niedrig	20,3	25,8	32,0
Mittel	9,0	10,8	11,4
Hoch	(5,1)	(6,0)	(4,9)
	Westdeutschland		
Bevölkerung insgesamt	14,8	15,4	15,9
Niedrig	24,7	30,6	32,0
Mittel	10,0	11,4	11,9
Hoch	5,5	5,2	5,4

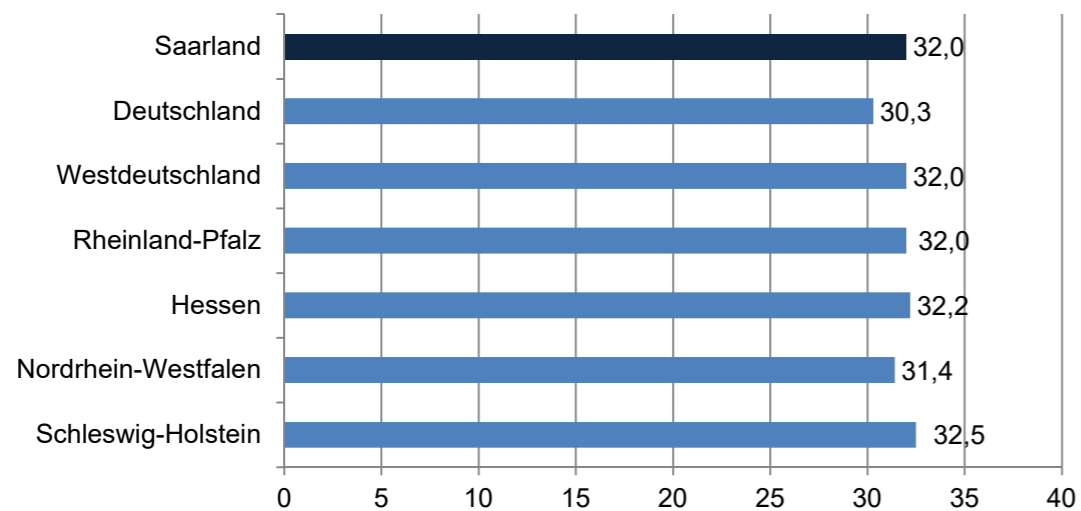
Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Während die Armutsrisikoquoten von Hochqualifizierten – im Gegensatz zu den anderen Qualifikationsgruppen – 2005 und 2013 im Saarland und in Westdeutschland ungefähr gleich hoch waren und im Betrachtungszeitraum praktisch nicht gestiegen sind,⁵⁴ hat der Anteil bei den Geringqualifizierten im Saarland und in etwa gleicher Höhe in den Vergleichsbundesländern zugenommen und liegt durchgängig etwas über 30 Prozent (vgl. Darstellung 6.24).

⁵⁴ Angesichts der gestiegenen Zahl von Hochqualifizierten bedeutet das aber eine gewachsene absolute Zahl von Personen mit einem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unter der Armutsrisikoschwelle.

Darstellung 6.24: Armutsrisikoquoten von Personen ab 25 Jahre mit geringem Qualifikationsniveau 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)



Jeweils regionaler Median
ISCED = 0 bis 2

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

6.3.3 Zwischenfazit

Die zuletzt angeführten empirischen Befunde haben den engen Zusammenhang zwischen geringen individuellen Bildungs-/Qualifikationsniveaus einerseits und erhöhtem Armutsrisiko andererseits demonstriert. Wie im Verlaufe dieses Abschnitts (vgl. oben z. B. Darstellung 6.17) auch ausgeführt, besteht erwartungsgemäß eine ähnlich starke Beziehung zwischen dem Qualifikationsniveau der haupteinkommensbeziehenden Person im Haushalt und dem Armutsrisiko aller Personen im Haushalt, auch der Kinder. Die nach den Befunden vieler internationaler Studien in Deutschland besonders ausgeprägte soziale Selektivität des Bildungssystems führt weiterhin dazu, dass ein hohes Armutsrisiko über Generationen hinweg geradezu „vererbt“ wird. Die gruppenspezifische Inanspruchnahme von den Einrichtungen für unter 3-Jährige bis hin zu tertiären Bildungsabschlüssen hält diesen „Teufelskreis“ einerseits aufrecht, der andererseits (vgl. Abschnitt 6.3.3) durch das Beschäftigungssystem und die sich immer stärker spreizenden Primäreinkommen immer mehr verstärkt wird. Es spricht vieles dafür, dass die von der Landesregierung ausdrücklich mit vorangebrachten Maßnahmen auf den Ebenen der Ausbaus der Kinderbetreuung und auch der 2014 eingeführte Mindestlohn (vgl. die Punkte 1 und 6 des „10-Punkte-Plans“ der Landesregierung) diese

Probleme – diesen „Teufelskreis“ – abmildern, aber wohl alleine nicht durchbrechen können. Die Ursachen und Folgen von Armut sind, wie schon betont wurde, höchst heterogen.

6.3.4 Folgen von Kinder- und Jugendarmut

Die Folgen von Kinder- und Jugendarmut werden in diesem Abschnitt u. a. im Hinblick auf das Bildungsverhalten bzw. die Bildungsergebnisse beleuchtet. Auch geht es hier um die auf den Arbeitsmarkt bezogenen Folgen. Des Weiteren steht der Aspekt der Gesundheit in diesem Kontext im Fokus, und es werden die Themenbereiche Freizeit und kulturelle Teilhabe thematisiert.

Bildungsverhalten und -ergebnisse

Unterschiede im Bildungsverhalten bzw. der Qualifikationsstruktur sind nicht nur als Erklärungsansätze für Unterschiede in den Armutsrisikoquoten im Länder- und Gruppenvergleich anzusehen. Sie sind ebenso – und noch bedeutsamer – Konsequenzen aus prekären finanziellen und sozialen Lagen. Sie stehen auch im Vordergrund der wissenschaftlichen Literatur und der Sozialberichterstattung, wenn es um die Frage der Folgen von Kinder- und Jugendarmut geht.

Im Folgenden werden daher für junge Menschen – von Kindern bis hin zu jungen Erwachsenen – zuerst vor allem auf Bildung (und Erwerbsteilhabe) bezogene Befunde präsentiert, bevor danach auf weitere Lebenslagen- und Teilhabeprobleme dieser Altersgruppen aus schwächeren sozialen Schichten eingegangen wird.

Vor dem oben geschilderten Hintergrund ist auch die Inanspruchnahmequote von 13,8 Prozent bei Kindern aus bildungsarmen Elternhäusern bei einem Gesamtdurchschnitt von 22,1 Prozent der unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2012 im Saarland zu sehen. Gerade eine institutionelle Kinderbetreuung gilt als wichtiges Mittel, um Sozialisations-/Integrationsdefizite auszugleichen bzw. die sozialen Gradienten in der weiteren Bildungsbeteiligung – sowie später in den Erwerbs- und Einkommenschancen – zu überwinden (vgl. Darstellung 6.25) und damit auch den Anteil Geringqualifizierter zu reduzieren.

Darstellung 6.25: Quote der Bildungsbeteiligung unter 3-Jähriger in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2012 nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern im Bundesländervergleich (in Prozent)

Land	Quote der Bildungsbeteiligung			
	Insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Eltern		
		Hauptschulabschluss	Mittlerer Abschluss	(Fach-) Hochschulreife
Saarland	22,1	13,6	12,7	29,4
Deutschland	27,6	19,0	22,2	31,4
Westdeutschland	22,3	15,6	15,1	26,5
Rheinland-Pfalz	27,0	23,4	25,3	28,6
Hessen	23,7	11,2	14,3	29,4
Nordrhein-Westfalen	18,1	15,1	12,7	20,4
Schleswig-Holstein	24,1	20,8	19,7	27,1

Quelle: Eigene Darstellung nach Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014 (Tabelle C3-8web)

Der soziale Gradient der Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. Tagespflege durch unter 3-Jährige, gemessen am höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern (eines der Elternteile) ist, wie Darstellung 6.25 zeigt, im Saarland ausgeprägter als in Deutschland insgesamt. Nur in Hessen sind unter den Vergleichsländern die gruppenspezifischen Inanspruchnahmeunterschiede noch größer.

Bezogen auf die Wahl der Bildungswege zeigt sich der soziale Gradient in der Inanspruchnahme von Bildungseinrichtungen noch klarer (vgl. Darstellung 6.26).⁵⁵

⁵⁵ Das gilt im Übrigen auch für die Kinderbetreuung zwischen 3 und 6 Jahren (Kindergärten) in ähnlicher Weise (vgl. Holler u. a. 2014), wenn auch, wegen der insgesamt hohen Inanspruchnahme von über 90 Prozent, nicht so deutlich. Das hat auch mit Opportunitätskostenabwägungen zwischen geringen Erwerbseinkommen einerseits und andererseits hohen Gebühren, Organisationskosten etc. zu tun.

Darstellung 6.26: Verteilung der Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 9 (2011) auf die Schularten nach sozioökonomischem Status (in Prozent)

Sozio-ökonomischer Status	Insgesamt	Davon nach Schulart						
		Grundschule	Orientierungsstufe	Hauptschule	Realschule	IGS/SMBG	Gymnasium	Förderschule
	Anzahl	in %						
Jahrgangsstufe 5								
Niedrig	879	4,5	1,6	34,4	22,0	12,8	21,2	3,4
Mittel	1.924	4,5	1,9	17,9	23,7	11,7	38,9	1,4
Hoch	1.045	3,2	1,5	7,0	13,4	10,7	63,9	0,2
Zusammen	3.974	4,3	1,7	20,0	20,7	11,7	40,0	1,6
Jahrgangsstufe 9								
Niedrig	2.055	X	X	34,5	24,8	20,8	15,0	4,9
Mittel	4.128	X	X	18,9	27,2	17,0	35,5	1,4
Hoch	2.300	X	X	5,4	19,4	13,0	61,7	0,5
Zusammen	8.677	X	X	19,4	24,4	17,1	37,1	2,1

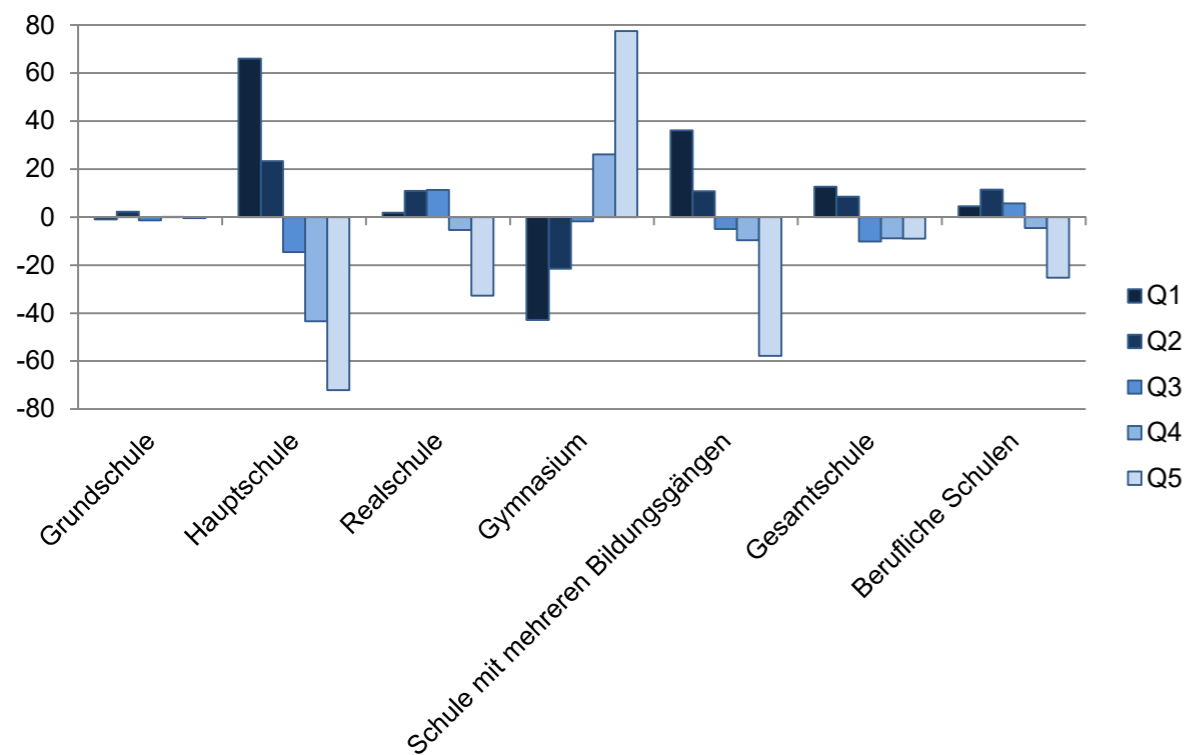
Für jede Schülerin und jeden Schüler wurde der Index für den höchsten beruflichen Status der Familie gebildet (HISEI). Gegenübergestellt werden die 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit den höchsten Indexwerten (Hoch), diejenigen 50 Prozent mit mittleren (Mittel) und jene 25 Prozent mit den niedrigsten Indexwerten (Niedrig). Die Gesamtzahl (Zusammen) entspricht nicht der Summe dieser HISEI-Quartile, da zusätzlich Schülerinnen und Schüler ohne gültige HISEI-Angabe einbezogen werden. Die unterschiedlichen Gesamtzahlen in den beiden Jahrgangsstufen beruhen auf zwei unterschiedlichen Stichproben.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Tab. D2-4A

Kinder aus einem Elternhaus mit geringem sozioökonomischen Status finden sich in der 5. Jahrgangsstufe mit 34,4 Prozent weitaus häufiger in einer Hauptschule als solche aus einem Elternhaus mit einem hohen sozioökonomischen Status (7,0 %). Bis hin zur 9. Jahrgangsstufe prägt sich dieser Unterschied noch deutlicher aus (34,5 zu 5,4 %). Umgekehrt ist in der 5. Jahrgangsstufe der Anteil der Kinder auf dem Gymnasium bei Eltern mit geringem sozioökonomischen Status mit 21,2 Prozent nur ein Drittel so hoch wie bei Kindern aus einem besser gestellten Elternhaus.

Darstellung 6.27 bezieht diese für die Verteilung der Lebenslagen von Kindern – und ihre Zukunft – wichtige Frage auf das Haushaltsnettoeinkommen. Es zeigt sich deutschlandweit, dass der Anteil der Kinder aus einem Haushalt des untersten Einkommensfünftels aller Haushalte an Hauptschulen weit über dem aufgrund der Alters- und Haushaltsstrukturen zu erwartenden Wert liegt, der sich bei einer sozial absolut gleichverteilten Inanspruchnahme ergeben würde. Kinder aus dem obersten Einkommensfünftel sind dagegen relativ zu ihrem altersstrukturbereinigten Anteil an der Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert: Sie finden sich vor allem an Gymnasien.

Darstellung 6.27: Abweichung der Zahl der Besucher verschiedener Schularten nach Einkommensquintilen vom altersstrukturbereinigten Erwartungswert in Deutschland 2009 (in Prozent)



Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen; Q1 = unterstes Einkommensfünftel; Q5 = oberstes Einkommensfünftel

Quelle: Holler u. a. 2015, S. 28 (mit SUF-MZ 2009)

Arbeitsmarkt

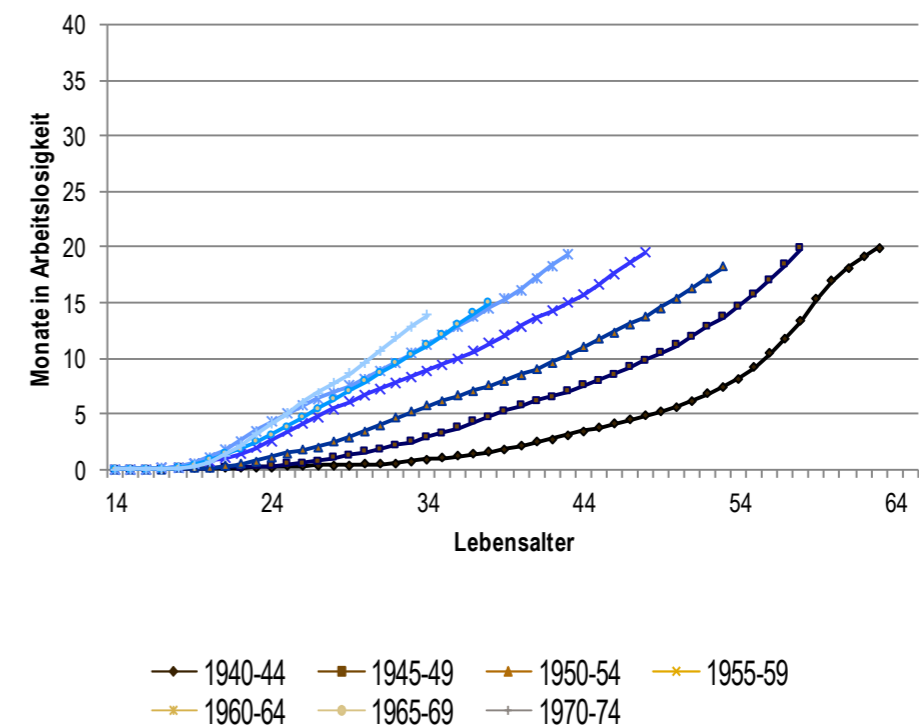
Von der erreichten schulischen und beruflichen Qualifikation hängen die Chancen am Arbeitsmarkt stark ab – auch wenn Akademiker ebenfalls nicht vor Arbeitslosigkeit oder nicht existenzsichernder Arbeit gefeit sind. Das betrifft junge Menschen in überdurchschnittlichem Ausmaß und zeitigt bereits in diesem Alter Langzeitfolgen (vgl. Kasten).

Langzeitfolgen von Arbeitslosigkeit junger Menschen

Analysen des IAB zeigen, dass sich frühe Arbeitslosigkeit nach dem Prinzip „Einmal arbeitslos, immer wieder arbeitslos“ in vielen Fällen verfestigt: „Ein erhöhtes Maß an früher Arbeitslosigkeit ist mit einem deutlich erhöhten späteren Arbeitsmarktrisiko verbunden: Wer keine nennenswerte Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte, war im späteren Erwerbsleben im Durchschnitt kumuliert knapp vier Monate arbeitslos. Dagegen waren Personen mit sehr hoher Gesamtdauer von Arbeitslosigkeit innerhalb der ersten acht Erwerbsjahre (20 Monate und länger) später im Durchschnitt insgesamt beinahe 32 Monate arbeitslos“ (Schmillen, Umkehrer 2014, S. 1).

Dies ist nicht erst eine Erscheinung der vergangenen Jahre. Kohortenanalytische Untersuchungen zeigen, dass die während und kurz nach dem Krieg Geborenen im Schnitt ein gewisses Maß an kumulierter Arbeitslosigkeitserfahrung erst wesentlich später in ihrer Biografie erreichten als später geborene Kohorten (vgl. Abbildung). So hatte z. B. die Kohorte der 1940 bis 1944 geborenen Männer in Westdeutschland im Schnitt erst mit rund 60 Jahren eine Arbeitslosigkeitserfahrung von 15 Monaten. Bei den 1970 bis 1974 Geborenen war das schon mit 35 Jahren der Fall.

Abbildung B: Kumulierte Arbeitslosigkeitserfahrung westdeutscher Männer im Erwerbsverlauf nach Geburtskohorten (in Monaten)



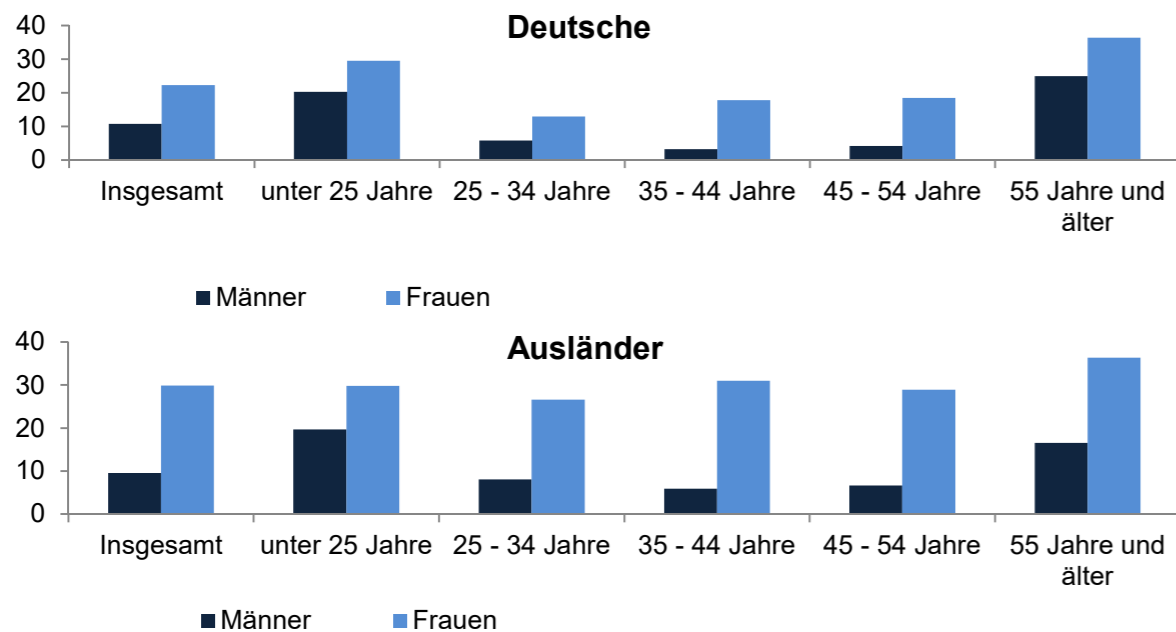
Lesehilfe: Die Kurven stellen für verschiedene Geburtskohorten dar, wie viele Monate die Personen bis zum jeweiligen Lebensalter insgesamt von Arbeitslosigkeit betroffen waren (Mittelwerte).

Quelle: Kistler, Trischler 2014, S. 180 (nach: FDZ_RV-SUFVSKT 2007)

Eine relativ hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen – sie ist im Schnitt von kurzer Dauer, dafür umso häufiger und sie ist in Deutschland geringer im Vergleich zu manchen anderen Ländern in der EU, aber hoch im Vergleich zu den Altersjahrgängen in der Kernphase der Erwerbsbiografien⁵⁶ – ist aber nicht das einzige Problem, das zu einem hohen Armutsrisiko Jugendlicher und junger Erwachsener führt. Atypische Beschäftigungsverhältnisse, von Praktika bis zur geringfügigen Beschäftigung, tragen entscheidend dazu bei, „dass die erste Phase des Erwerbslebens ... instabiler und schwieriger geworden ist“ (Rhein, Stüber 2014, S. 1).

Darstellung 6.28 ist zu entnehmen, dass beispielsweise bei ausschließlich geringfügig Beschäftigten neben den Älteren die Jüngeren einen besonders hohen Anteil an Minijobbern haben. Das gilt bei Deutschen beider Geschlechter und bei männlichen Ausländern.

Darstellung 6.28: Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt nach Alter, Geschlecht und Nationalität im Saarland Mitte 2014 (in Prozent)



Summe sozialversicherungspflichtig Beschäftigte plus geringfügig entlohnte Beschäftigte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014

⁵⁶ Wobei der Arbeitsmarkt – registrierte Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung darüber hinaus – in Deutschland entgegen den Situationsbeschreibungen in den Medien noch weit von einer „Vollbeschäftigung“ entfernt ist, wie seitens des IAB betont wird (vgl. z. B. Weber 2014).

Gesundheit

„Inzwischen darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, dass bereits in der Kindheit die Weichen für ein gesundheitsförderndes Verhalten gestellt werden ... Die in Deutschland vorhandenen Datenauswertungen liefern zahlreiche Belege dafür, dass zwischen der sozialen und gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen ein enger Zusammenhang besteht.“ (Deutscher Bundestag 2013a, S. 117).

Ähnlich wie bei den Determinanten des Bildungsverhaltens wird in der Literatur auch bezogen auf die Determinanten des Gesundheitsverhaltens von Kindern und Jugendlichen bzw. von deren Gesundheitszustand auf eine Reihe verschiedener Variablen zur Operationalisierung des sozialen Status der Herkunftsfamilie abgestellt: Bildungsstand eines oder beider Elternteile, Migranten/Ausländerstatus⁵⁷, seltener Einkommensstatus, dagegen häufiger ein aus mehreren Variablen konstruierter Index für die soziale Schicht usw.

Bis auf wenige Ausnahmen erlauben die vorliegenden Datenquellen es jedoch nicht, den Erklärungsbeitrag der einzelnen zusätzlichen Faktoren mittels multivariater Analysen zu identifizieren.

Für ein kleines Bundesland kommen dann noch die bekannten Fallzahlprobleme selbst bei großen Erhebungen hinzu. So reduziert sich z. B. in der „Studie zur Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland“ des ISG (vgl. Thielebein, Engels 2011, S. 42) die Präsentation quantitativer gruppenspezifischer Ergebnisse auf das Kriterium Migrationshintergrund – bezogen auf die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U8. Diese stellen zwar einen wichtigen Ausschnitt aus dem gesamten Problemfeld dar, in dem das Saarland (Stichwort: Vorsorgekette) auch erfolgreich agiert, aber eben nur einen Ausschnitt.

⁵⁷ Im 14. Kinder- und Jugendbericht wird auf diese Tatsache am Beispiel des Ernährungsverhaltens von Jugendlichen hingewiesen und die wichtige, erklärungsrelevante Rolle der Sozialisationskontexte Schule und Familie betont (vgl. Deutscher Bundestag 2013b, S. 151).

Dabei gibt es laut dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (vgl. zum Folgenden Deutscher Bundestag 2013a, S. 117) bei einer ganzen Anzahl von gesundheitsabträglichen Verhaltensweisen einen klaren sozialen Gradienten:

- das beginnt bereits bei gesundheitlicher Schädigung im Mutterleib durch abträgliche Verhaltensweisen der Schwangeren (z. B. Rauchen),
- Kinder aus schwächeren sozialen Schichten weisen deutlich häufiger Verhaltensauffälligkeiten auf und sind häufiger von psychosomatischen Beschwerden betroffen,
- sie sind häufiger übergewichtig bzw. adipös,
- sie ernähren sich häufiger gesundheitsabträglich, treiben seltener Sport usw.

Konkreter drückt sich das in einer aktuellen Studie auf kommunaler Ebene (in diesem Fall Mühlheim an der Ruhr) wie folgt aus: „Die Mikrodatenanalysen der Schuleingangsuntersuchung und von SGB-II-Daten zeigt, dass Kinderarmut ein nachweisbares Risiko für die Entwicklung von Kindern ist. Arme Kinder sind bei der Einschulung häufiger auffällig in ihrer Visuomotorik und der Körperkoordination, sie können sich schlechter konzentrieren, sprechen schlechter Deutsch und können schlechter zählen als Kinder, die keine Leistungen nach dem SGB II beziehen. Neben der individuellen Armutslage eines Kindes beeinträchtigt auch die Armutskonzentration im Quartier und vor allem in der Kita die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern“ (Groos, Jehles 2015, S. 7).

Es gibt aber auch einzelne Bereiche, bei denen dieser soziale Gradient nicht beobachtet wird bzw. sehr gering ist, wie beim Auftreten körperlicher Krankheiten, oder teilweise sogar umgekehrt ist, wie bei Allergien.

Insgesamt ist jedoch der Befund am wichtigsten, dass es Schutzfaktoren (soziale und personale Ressourcen) gibt, die trotz benachteiligter Lebenslagen den davon ausgehenden – prägenden – Risiken entgegenwirken können, z. B. ein positives Familienklima oder eine – wenn auch weniger wahrscheinlichere – Schulkarriere, die in Schulen führt, in denen andere Peergroups Vorbildfunktionen haben oder auch mehr Gesundheitsprävention betrieben wird und eventuell auch gesundheitsförderliche Verhältnisse herrschen.

Letzteres wird mit zunehmendem Alter (Jugendliche, junge Erwachsene) auch in Bezug auf Ausbildung und den Einstieg ins Berufsleben relevant. Besonders die Zu-

nahme psychischer und psychosomatischer Erkrankungen ist hier zu beachten. Gesundheitsabträglicher Stress ist nicht nur in der Schule zu finden, sondern durchaus auch in der Berufsausbildung (vgl. Wiegel 2015) und bei prekären Berufseinstiegen sind krankmachende Beanspruchungen und Belastungen nicht selten. In allen Fällen sind dabei gruppenspezifische Unterschiede in der Betroffenheit feststellbar. Auch wenn diese nicht primär in einem kausalen Zusammenhang mit einer Einkommensposition unterhalb der Armutsrisikoschwelle stehen, so korrelieren sie doch mit entsprechenden sozioökonomischen Statusvariablen – und auch mit betrieblichen Merkmalen wie der Betriebsgröße, Branche usw. Das weist auf die Bedeutung nicht nur der Verhaltens-, sondern auch der Verhältnisprävention hin.

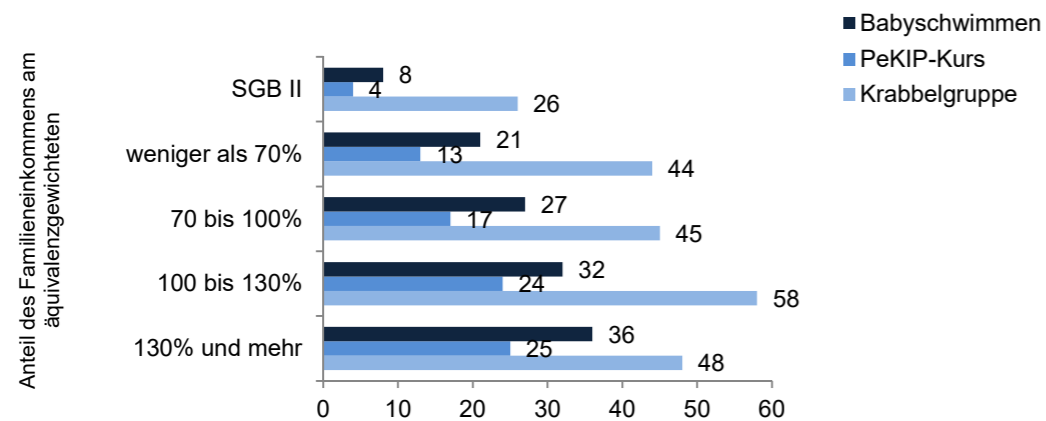
Freizeit und kulturelle Teilhabe

Hinsichtlich von Freizeitaktivitäten, der (Nicht-)Inanspruchnahme von kulturellen und anderen Infrastrukturangeboten bis hin zur aktiven Mitarbeit in entsprechenden Vereinen, bürgerschaftlichem Engagement von jungen Menschen etc. liegt eine breite Palette von Forschungen vor, die belegen, dass die soziale Herkunft und Lage zumindest in Teilbereichen⁵⁸ einen Einfluss auf die Teilhabe- und Verwirklichungschancen haben. Allerdings gilt auch hier, dass ein direkter Bezug auf die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen selten hergestellt wird und in sehr vielen Datenquellen auch nicht möglich ist bzw. im Saarland an zu kleinen Fallzahlen scheitert. Es spricht aber nichts dafür, dass die im Folgenden angesprochenen beispielhaften Ergebnisse sich im Saarland strukturell anders darstellen würden.

Gruppenspezifische Unterschiede bestehen beispielsweise bereits im Kleinkindalter. So zeigen Engels und Thielebein (2010, S. 20), dass die Teilnahme an organisierten Angeboten seitens unter 2-jähriger Kinder sehr stark vom Nettoäquivalenzeinkommen der Familie abhängt (vgl. Darstellung 6.29). Besonders in Haushalten mit SGB-II-Bezug, aber auch deutlich in den Familien mit geringem bedarfsgewichteten Einkommen ist die Inanspruchnahmequote der drei untersuchten Angebote sehr gering.

⁵⁸ Vgl. zu gegenteiligen Aspekten aus Zeitbudgetanalysen Deutscher Bundestag 2013b, S. 151.

Darstellung 6.29: Teilnahme an organisierten Angeboten für Kinder unter 24 Monaten in Deutschland 2010 (in Prozent)



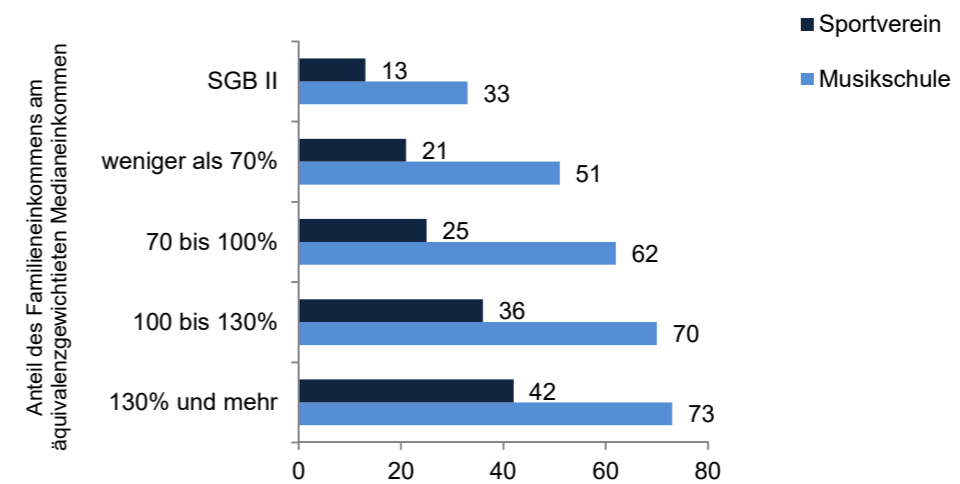
Quelle: Engels, Thielebein 2010, S. 20 (nach Erhebung „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ des Deutschen Jugendinstituts)

Dass auch zwischen der Einkommensposition und der Nutzung von Freizeitangeboten ein klarer Zusammenhang besteht, belegt die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012). Angebote frühkindlicher Musikerziehung werden von 2- bis unter 6-Jährigen aus Haushalten mit einem geringen Nettoäquivalenzeinkommen (unter 70 % des Medians) deutlich seltener genutzt (13 %) als von solchen mit einem höheren relativen Einkommen (41 % bei Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen von 130 % und mehr). Ein gleichgerichteter Zusammenhang besteht auch bezüglich des Bildungsstandes der Eltern (9 % bei niedrigem und 33 % bei hohem Bildungsstand).

Ob dabei der stärkere (statistisch signifikante) Effekt vom Bildungsstand der Eltern oder von der damit korrelierenden Einkommenslage des Haushalts ausgeht, ist eine nicht nur akademisch interessante, sondern auch für die Wahl von Unterstützungsangeboten wichtige Frage. Mehr als plausibel ist, dass beide Aspekte wichtig sind (vgl. mit ausführlichen deskriptivstatistischen und multivariaten Analysen Holler u. a. 2015): Im Sinne der von Bourdieu vorgelegten Unterscheidung von kulturellem, sozialem und ökonomischem Kapital müssen entsprechende Hilfen zur Reduzierung von Disparitäten bei den Teilhabe- und Verwirklichungschancen in allen drei Dimensionen ansetzen.

Auch für Kinder, die dem Kleinkindalter entwachsen sind, lassen sich entsprechende soziale Muster im Freizeitverhalten belegen (vgl. Darstellung 6.30). Sowohl der Besuch einer Musikschule als auch Aktivitäten in einem Sportverein hängen ganz eindeutig von der Einkommenssituation der Familie ab.

Darstellung 6.30: Teilnahme an organisierten Freizeitangeboten der Kinder ab 24 Monaten bis Schuleintritt (in Prozent)



Quelle: Engels, Thielebein 2010, S. 21.

Interventionsstrategien müssen auch davon ausgehen, dass sich solche Disparitäten nicht nur auf außerhäusliche Aktivitäten oder das Medienverhalten beschränken – die Familien selbst sind wichtige Bildungsorte. So wird von Familien mit niedrigem Bildungsstand der Eltern berichtet, dass unter 6-Jährige zu 36 Prozent „häufig“ in den Genuss von Bildungsaktivitäten in der Familie gelangen. In Haushalten mit einem hohen Bildungsstand der Eltern ist das dagegen bei 50 Prozent der Fall (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 49).

Musikalische Aktivitäten sind dementsprechend auch bei Jugendlichen gruppenspezifisch unterschiedlich verbreitet. Bei Fünftklässlern liegt 2010 der Anteil derer, die nie musikalisch aktiv sind, in der Gruppe mit niedrigem Schulabschluss der Eltern bei 57 Prozent (Neuntklässler: 70 %). Haben die Eltern (zumindest ein Elternteil) Abitur, so liegt der Anteil für Fünftklässler bei 33 und für Neuntklässler bei 46 Prozent. Bei der Häufigkeit entsprechender Aktivitäten verhält es sich genau umgekehrt: Je höher der

Bildungsstatus der Eltern ist, desto häufiger werden solche Tätigkeiten ausgeführt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014; Tabelle D5-13 web).

Das am Beispiel der Musikerziehung bzw. von musikalischen Freizeitaktivitäten geschilderte Grundmuster findet sich auch in anderen Bereichen und reicht bis hin zu der Nutzung von (neuen) Medien bei Kindern und Jugendlichen. Dabei sollten aber ambivalente Aspekte mit beachtet werden (vgl. Kasten).

Mediennutzung streut bereits im Kleinkindalter gruppenspezifisch			
Der nachfolgend gezeigte Befund aus einer aktuellen Studie zur Mediennutzung von 2- bis 5-jährigen Kindern ist ein weiteres Beispiel, bei dem eine Differenzierung der Ergebnisse nach der relativen Einkommensposition der Haushalte nicht möglich ist. Auch hier gibt aber die Differenzierung nach dem Bildungsstatus der haupterziehenden Person zumindest plausible Hinweise.			
Tabelle E: Mediennutzungsdauer von zwei- bis fünfjährigen Kindern in Deutschland 2014 (in Minuten)			
	Bildungsstand Haupterzieher		
	Hauptschule	Realschule	Abitur/Studium
Fernsehen	52	40	33
Radio	18	20	13
(Bilder-)Buch (vor)lesen	26	23	31
elektr. Spiele zusammen	12	5	5
Internet	3	2	2
Quelle: Feierabend u. a. 2015, S. 237 (miniKIM)			
Während Kleinkinder aus Haushalten mit einem geringeren Bildungsstatus der haupterziehenden Person seltener und für weniger Zeit in einem (Bilder-)Buch blättern oder vorgelesen bekommen, fernsehen mehr von ihnen – und dies im Schnitt länger. Gleiches gilt für elektronische Spiele. In der Studie wird z. B. auch berichtet, dass solche Kinder viel häufiger „ungezielt“ fernsehen und nicht nur bestimmte Sendungen.			

Dazu stellt der 14. Kinder und Jugendbericht jedoch fest, dass die „digitale Spaltung“, also der Aspekt der Verfügbarkeit in Form einer Zugangskluft zwar überwunden sei⁵⁹, es zeige sich aber „... als kontinuierliches und wirkmächtigeres Phänomen eine Spaltung zweiter Ordnung als „Digitale Ungleichheit“, d. h. Ungleichheiten innerhalb der Mediennutzung, die auf die Verfügbarkeit von Offline-Ressourcen wie ökonomisches,

⁵⁹ So zeigt sich z. B. für Kinder eine in etwa gleich hohe Nutzung von Computern bei Hauptschülern (zumindest selten: 95 %), Realschülern (99 %) und Gymnasiasten (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2013, S. 27).

kulturelles und soziales Kapital als Grundbedingungen für Mediennutzung und prägende Faktoren für Präferenzen, habituelle Fähigkeiten und strukturelle Möglichkeiten verweisen.“ (Deutscher Bundestag 2013b, S. 183).⁶⁰

Sowohl die aktuelle Lebenslage von vielen Kindern und Jugendlichen als auch, und noch mehr, ihre Zukunftschancen sind von diesen Ungleichheiten stark geprägt. Aktuelle Studien (vgl. z. B. UNICEF 2013; WORLD VISION Deutschland 2013) belegen, dass es Kindern und Jugendlichen in Deutschland im Durchschnitt gut geht, dass sich dabei aber eine Schere auftut: Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst gerade auch bei den Jungen.

6.3.5 Zusammenfassende Betrachtung

Zusammenfassend können die Probleme entlang des folgenden Zitats aus einer bundesweiten Analyse des Panels Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) wie folgt skizziert werden: „Von Einkommensarmut oder SGB-II-Leistungsbezug sind Kinder tendenziell eher betroffen, wenn sie jünger sind, in einem Alleinerziehenden-Haushalt aufwachsen oder mehrere Geschwister haben. Weiterhin ist die Wahrscheinlichkeit SGB-II-Leistungen zu beziehen höher, wenn ihre Eltern keinen oder einen niedrigen Bildungsabschluss oder einen Migrationshintergrund haben. Entscheidend für die Wahrscheinlichkeit im SGB-II-Leistungsbezug aufzuwachsen, ist weiterhin der Erwerbsstatus der Eltern. Damit wird deutlich, dass die Lebenssituation von Kindern untrennbar mit der ihrer Eltern verbunden ist.

In Bezug auf die Versorgungslage von Kindern im Hilfebezug mit Gütern und Möglichkeiten zu sozialer und kultureller Teilhabe zeigt sich, dass diese Kinder in allen betrachteten Bereichen stärker unterversorgt sind als die Vergleichsgruppe der Kinder in gesicherten Einkommensverhältnissen. Im Bereich der Grundversorgung mit elementaren Gütern treten dabei aber nur leichte Unterschiede auf. Auch in Haushalten mit SGB-II-Bezug gelingt die Versorgung mit Gütern des Grundbedarfs in der überwiegenden Mehrheit der Fälle. Im Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe und bei höherwertigen Konsumgütern ist die Unterversorgungsquote höher und unterscheidet

⁶⁰ So nutzen laut der neusten sogenannten JIM-Studie unter den Jugendlichen 51 Prozent der Gymnasiasten, aber nur 35 Prozent der Schüler an anderen Schulformen 2014 das Internet zuhause regelmäßig zur Recherche oder Vor- und Nachbereitung des Unterrichts (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2014, S. 31).

sich auch stärker von der Situation der Kinder, die in Haushalten mit gesicherter Einkommenslage aufwachsen“ (Tophoven u. a. 2015, S. 17).

Die entscheidende Schlussfolgerung aus den in diesem Kapitel aufgezeigten Befunden kann nur lauten, an möglichst vielen Stellen und möglichst nachhaltig (d. h.: nicht nur durch Modellversuche und befristete Aktionsprogramme) den „Teufelskreis der Armut“ zu unterbrechen. Die Handlungsfelder adressieren dabei alle Ebenen von den Wohlfahrtsverbänden über Gemeinden, Länder und Bund. Gemeinsam ist ihnen, dass es nötig sein wird, für die dringend nötigen Aufgaben auch Geld in die Hand zu nehmen: Von einer Ausweitung von Berechtigungsdauern und der Altersbegrenzung bei Unterhaltsvorschussleistungen an Alleinerziehende bis zum weiteren Ausbau vorschulischer Kindereinrichtungen (inklusive der besseren Qualifikation des Erziehungspersonals) sind praktisch alle einschlägig denkbaren Maßnahmen kostenintensiv.

Insofern ist zum einen auch eine stärkere soziale Fokussierung bestehender (familienpolitischer) Transferleistungen zu überlegen (direkte, gezielte und noch stärker gestaffelte Transferleistungen statt Freibeträge). Zum anderen ist aber auch zu überlegen, wie auf der Einnahmenseite weitere Ressourcen erschlossen werden können (z. B. Ausbildungsabgabe mit Ausbildungsfonds oder eine Beteiligung der Unternehmen an den Integrationskosten für von ihnen eingestellte ausländische Arbeitskräfte und deren Familien).

6.4 Armut und Lebenslagen älterer Menschen

In der seit Jahren virulenten Debatte über das Thema Altersarmut dominiert seitens der Wissenschaft und Politik die Position, Altersarmut sei gegenwärtig nicht sehr verbreitet, sie sei somit kein relevantes Massenphänomen (vgl. Deutscher Bundestag 2013a, S. XXXVIII). Zunehmend wird aber auch eingeräumt, dass sich das in Zukunft deutlich ändern könne (vgl. z. B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2013).

Im Wesentlichen stützt sich die erstgenannte Sichtweise auf zwei Argumente:

- a) Einerseits wird dabei nur die Statistik der Grundsicherung für Ältere in den Blick genommen: Trotz einer anhaltenden Zunahme der Zahl und des Anteils Älterer mit Bezug dieser Leistung ist die Verbreitung mit rund 3 Prozent in Deutschland

aktuell gering. Diese Orientierung an der „bekämpften Armut“ blendet aber aus, dass die Grundsicherungsquoten nur einen Teil der Armut erfassen⁶¹ – bei Älteren offensichtlich sogar nur einen kleineren Teil (vgl. vor allem Abschnitt 6.5 sowie den nachfolgenden Kasten).

Grundsicherung(-quote) erfasst nur einen Teil der älteren Armen

Mit einer Quote der Empfänger von Grundsicherung im Alter an der Bevölkerung ab 65 Jahre in Höhe von 3,5 Prozent liegt das Saarland 2013 auf Rang 6 der alten Bundesländer, weit über den Quoten in den neuen Ländern und weit unter jenen in den Stadtstaaten (Deutschland insgesamt 3,0 %).

Jenseits der Frage, ob die Grundsicherungsschwelle(n) wirklich hoch genug sind, um das sozio-kulturelle Existenzminimum abzudecken, stellt sich das Problem, dass trotz der Erleichterungen der Inanspruchnahme durch den Übergang von der alten Sozialhilfe zur heutigen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 ein großer Teil von Armen ab 65-Jahre keine Leistungen bezieht (vgl. z. B. Geyer 2015). So fehlen z. B. nicht nur die Anstaltshaushalte (hoher Anteil Älterer in Pflegeheimen). Auch in der Grundsicherung besteht offensichtlich eine erhebliche Dunkelziffer (laut Becker 2013, S. 131f teilweise deutlich mehr als die Hälfte der Anspruchsberechtigten) – und das besonders bei Älteren. Die Vermögensanrechnung ist sehr restriktiv. Eigentlich müssten zur Messung der Armut auf diesem Weg auch die Wohngeldhaushalte mit betrachtet werden. Hinzuweisen ist weiterhin darauf, dass die Armutsrisikoschwellen bei der Messung relativer Armut in der Regel etwas höher ausfallen als die Einkommensgrenzen für die Grundsicherung, was einen Teil der erheblichen Abweichungen zwischen beiden Messkonzepten mit erklären kann.

- b) In historischer Sicht war andererseits Alter für die Mehrheit der Menschen eine Zeit besonderer materieller Knappheit, auch noch lange nach der Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung unter Bismarck. Erst mit der dynamischen bruttolohnbezogenen Rente von 1957 wurde der Anspruch erhoben, die Rente solle nicht nur armutsvermeidend wirken, sondern eine Lebensstandardsicherung erreichen. Das ist für die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten auch gelungen – die Altersarmut wurde deutlich reduziert, stattdessen rückten Kinder und Jugendliche in das Blickfeld („Infantilisierung der Armut“). Mit den Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte wurde jedoch das Ziel der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente aufgeweicht und schließlich faktisch

⁶¹ Bezogen auf alle Grundsicherungsleistungen schreibt Becker (2015, S. 10): „Dabei hat sich eine Nichtinanspruchnahmequote von ungefähr 40 % – trotz einiger Schwankungen im Zeitverlauf und methodisch sowie datenbedingter Abweichungen – als recht stabile Größenordnung herauskristallisiert.“

aufgegeben. Auch wenn die Alterseinkommen nicht nur aus den gesetzlichen Renten bestehen, machen diese doch für viele – und gerade die einkommensschwachen – Rentnerinnen und Rentner die entscheidende, z. T. auch die einzige Einkommenskomponente aus.

Zweifellos geht es der Mehrheit der heutigen Rentnerinnen und Rentner materiell erheblich besser als denen vor noch 50 Jahren. Die Frage ist jedoch: Ändert sich das jetzt wieder – und für wen? Ist die Verschlechterung der materiellen Lage der Älteren bereits im Gange oder „nur“ erst absehbar? Wächst die Streuung der Renten und der anderen bzw. der gesamten Alterseinkommen (vgl. Kasten)?

Zunehmende Streuung der Renten bzw. Alterseinkommen insgesamt

Wie in diesem Abschnitt gezeigt werden wird, nimmt die Streuung der Alterseinkommen und darunter auch diejenige der Renten zu. Das gilt bereits für die Rentenansprüche (vgl. Himmelreicher 2013; Kistler, Trischler 2014). Dies steht auch in einem engen Zusammenhang mit dem schon seit längerem von der OECD (2014, S. 153) präsentierten Befund, dass die Einkommensersatzraten der gesetzlichen Renten in Deutschland im internationalen Vergleich besonders im unteren Einkommensbereich niedrig sind. Ursache ist das hierzulande dominierende Äquivalenzprinzip in der Alterssicherung bei geringer Sozialkomponente am unteren Rand.

6.4.1 Armutsrisikoquoten Älterer

Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, dass in der EU die Messung von Armut anhand von Armutsrisikoquoten (relative Einkommensarmut, 60-Prozent-Schwelle) offiziell beschlossen und länderübergreifend gültig ist. Unsere Analyse kann sich daher nicht nur auf die „bekämpfte Armut“, d. h. auf die Grundsicherungsquoten verengen. Und: Das relative Armutsrisiko, die Armutsrisikoquote Älterer ist in Deutschland fast genauso hoch wie diejenige der Bevölkerung insgesamt, und sie ist inzwischen höher als im Durchschnitt der „Kernländer“ der EU-15 (vgl. Darstellung 6.31).

Darstellung 6.31: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten insgesamt und für Ältere in Deutschland und den Ländern der EU-15, 2000 bis 2013 (in Prozent)

	2000	2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EU-15 – alle	15	15	15	17	15,8	16,0	16,0	16,4	16,2	16,4	16,8	16,8	16,5
D – alle	10	11	–	–	12,2	12,5	15,2	15,2	15,5	15,6	15,8	16,1	16,1
EU-15 – Ältere	17	18	19	19	19,9	19,6	18,6	19,2	17,8	16,0	16,2	14,6	13,8
D – Ältere	10	12	–	–	13,4	12,5	16,2	14,9	15,0	14,1	14,2	15,0	14,9

Die Zahlen für die Jahre vor 2006 sind älteren Publikationen der EU entnommen und dürfen nur mit Vorsicht interpretiert werden.

Quelle: Eurostat (EU-SILC); Werte ab 2006: European Commission 2014, S. 299 und S. 305

Auch unter Beachtung der Unsicherheiten bei den Zahlen aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts in dieser europaweiten Erhebung ist festzustellen: Im Betrachtungszeitraum hat sich die Armutsrisikoquote für die Gesamtbevölkerung laut dieser Datenquelle in Deutschland eindeutig stärker erhöht als im Durchschnitt der alten EU-Länder. Die Armutsrisikoquote für die ab 65-Jährigen ist in Deutschland in der Tendenz ebenfalls deutlich gestiegen, während sie in der EU-15 zurückgegangen ist.

Der Mikrozensus⁶² weist für Deutschland insgesamt im Trend sogar einen erheblich stärkeren Anstieg der Armutsrisikoquoten ab 65-Jähriger nach als für die Gesamtbevölkerung. Mit 1,2 Prozentpunkten ist der Abstand zum Gesamtdurchschnitt (15,5 %) 2013 wesentlich geringer als zur Mitte des letzten Jahrzehnts (vgl. Darstellung 6.32).

Darstellung 6.32: Entwicklung der Armutsrisikoquote insgesamt und für ab 65-Jährige in Deutschland 2005 bis 2013 (in Prozent)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtbevölkerung	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5
Ab 65-Jährige	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	12,3	13,2	13,6	14,3

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Angesichts dieser Entwicklungen kann die Altersarmut jedenfalls nicht mehr als Ausnahme – oder als nur potenzielles Problem – abgetan werden. Der vorliegende Bericht widmet dem Thema Altersarmut einen Untersuchungsschwerpunkt, da mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von einer weiteren Zunahme der relativen Einkommensarmut bei

⁶² Einkommenswerte ohne Berücksichtigung des Mietwerts der eigenen Wohnung.

den Älteren auszugehen ist (und das, wie zu zeigen sein wird, im Saarland wahrscheinlich noch deutlicher als im Bundesdurchschnitt).

Im Saarland liegt die Armutsrisikoquote der ab 65-Jährigen laut Mikrozensus im Jahr 2013 bei 17,2 Prozent, mit einem starken Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (jeweils gemessen am Landes- bzw. regionalen Median) liegende Quote ist deutlich höher als im gesamtdeutschen Durchschnitt (vgl. Darstellung 6.33). Von den Vergleichsländern weist 2013 nur Rheinland-Pfalz einen noch höheren Wert auf.

Darstellung 6.33: Armutsrisikoquoten von ab 65-Jährigen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)

	Landesmedian		
	2005	2012	2013
Saarland	11,0	15,4	17,2
Deutschland	11,0	13,6	14,3
Westdeutschland	13,5	16,0	16,9
Rheinland-Pfalz	17,2	18,8	19,8
Hessen	14,1	16,1	16,3
Nordrhein-Westfalen	9,9	12,2	13,0
Schleswig-Holstein	11,1	14,9	14,2

Jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Darstellung 6.33 zeigt ebenfalls, dass die relative Einkommensarmut Älterer im Saarland – gemessen in Prozentpunkten – viel stärker zugenommen hat als in den Vergleichsregionen.

Die detaillierte zeitliche Entwicklung und die Geschlechterdifferenzierung ist Darstellung 6.34 zu entnehmen. Diese Darstellung enthält darüber hinaus die saarländischen Armutsrisikoquoten für die rentennahen Jahrgänge der 50- bis 64-Jährigen.⁶³ Bei diesen ist insbesondere die zeitliche Entwicklung interessant, weil sich erstens in dieser Altersgruppe besonders viele Personen finden, die wegen einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.⁶⁴ Diese EM-Renten sind in den vergangenen gut zehn Jahren wegen der Einführung von Abschlägen besonders stark gesunken. Zweitens ist zwar die Erwerbsquote in dieser Al-

⁶³ Eine engere Abgrenzung dieser Kohorte scheitert für das Saarland an zu geringen Fallzahlen.

⁶⁴ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden bei Erreichen der Regelaltersgrenze in Altersrenten umgewandelt – in mindestens, normalerweise aber auch genau, der vorherigen Höhe.

tersgruppe besonders stark wieder gestiegen, wenn auch in großen Teilen nur in Teilzeit- bzw. Minijobs. Außerdem erfolgt immer noch ein hoher Anteil der Rentenzugänge nicht aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung heraus. Zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt entstehen häufig größere Lücken.

Darstellung 6.34: Armutsrisikoquoten von 50- bis 64-Jährigen und ab 65-Jährigen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am Landesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,5	15,9	
Nach Alter (Ältere)										
Beide Geschlechter										
50 bis unter 65	10,8	12,5	11,7	12,9	12,2	12,5	12,2	11,7	13,9	
65 und älter	11,0	9,1	11,2	13,4	11,8	14,6	14,8	15,4	17,2	
Männlich										
50 bis unter 65	(10,8)	12,7	11,8	11,9	12,4	11,3	10,8	11,0	13,7	
65 und älter	(8,0)	(7,1)	(8,8)	(10,9)	(8,7)	(11,5)	11,2	13,2	13,8	
Weiblich										
50 bis unter 65	10,9	12,2	(11,5)	13,8	12,0	13,8	13,5	12,2	14,2	
65 und älter	13,3	10,7	13,0	15,4	14,2	16,9	17,4	17,1	19,8	

	Gemessen am Bundesmedian									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	
Nach Alter (Ältere)										
Beide Geschlechter										
50 bis unter 65	12,3	14,2	13,9	14,0	13,9	13,3	12,6	12,4	15,1	
65 und älter	13,3	12,0	14,6	15,7	14,6	15,9	15,6	16,4	19,2	
Männlich										
50 bis unter 65	11,9	14,3	13,9	12,9	13,9	11,8	11,1	11,6	14,7	
65 und älter	(9,7)	(9,3)	(11,4)	12,8	(10,9)	12,6	11,8	14,1	15,6	
Weiblich										
50 bis unter 65	12,6	14,2	13,9	15,1	13,9	14,7	14,1	13,2	15,5	
65 und älter	16,1	13,9	16,9	17,8	17,4	18,3	18,3	18,2	22,0	

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Bei den 50- bis unter 65-Jährigen ist auf Basis des Landesmedians ein Anstieg von 10,8 Prozent im Jahr 2005 auf 13,9 Prozent im Jahr 2013 zu beobachten.

Wie Darstellung 6.34 weitergehend für die ab 65-Jährigen zeigt, hat der starke Zuwachs bei der Armutsrisikoquote vor allem ab 2010 stattgefunden. 2010 hat die relative Einkommensarmut der saarländischen Bevölkerung im Rentenalter auch erstmals den Wert der saarländischen Bevölkerung insgesamt überschritten.

Auch in einer anderen Differenzierung des Mikrozensus ist der starke Anstieg der Armutsrisikoquote der Älteren zu beobachten: Gemessen am Landesmedian ist die Quote für die Gruppe der Rentner und Pensionäre von 9,7 Prozent im Jahr 2005 auf

16,2 Prozent im Jahr 2013 gestiegen. Bezogen auf den regionalen Median lauten die westdeutschen Vergleichswerte 12,6 bzw. 17,3 Prozent. Dabei zeigen anderweitige Befunde, dass sich die Armutsrisikoquote von Pensionärinnen und Pensionären in Westdeutschland auf sehr niedrigem Niveau – unter drei Prozent – bewegt (vgl. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie 2015, S. 245).

Als kurzes Zwischenfazit kann festgehalten werden:

- Die relative Einkommensarmut von ab 65-Jährigen hat in Deutschland und darunter auch im Saarland in der jüngsten Vergangenheit massiv zugenommen. Die 55- bis 64-Jährigen verzeichnen dagegen einen geringeren Anstieg.
- Der Anstieg der Armutsrisikoquote von ab 65-Jährigen ist im Saarland der stärkste aller Altersgruppen. Seit dem Jahr 2010 liegt die Armutsrisikoquote der Älteren über dem Niveau der Gesamtbevölkerung. Frauen ab 65 Jahre sind wesentlich stärker betroffen als Männer. Dieser Anstieg ist ausgeprägter als in den Vergleichsländern bzw. als im westdeutschen Durchschnitt.
- Das Problem betrifft neben ehemaligen (Solo-)Selbstständigen vor allem Rentnerinnen und Rentner – bei Pensionärinnen und Pensionären ist es fast nicht anzutreffen.⁶⁵

6.4.2 Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und ihre zeitliche Entwicklung

Angesichts der vorstehenden Befunde ist es sinnvoll, sich ausführlicher mit dem Niveau und der Entwicklung der gesetzlichen Renten im Saarland auseinanderzusetzen. Immerhin machen diese in Westdeutschland im Schnitt rund 60 Prozent der Alterseinkünfte aus. Darüber hinaus ist gerade bei einkommensschwachen Haushalten das relative Gewicht der gesetzlichen Renten als Einkommensquelle überdurchschnittlich (vgl. z. B. Deutscher Bundestag 2013c).

⁶⁵ In der Beamtenversorgung gibt es bei vorzeitiger Dienstunfähigkeit ein Mindestruhegehalt. Niedrigere Beiträge können nur bei extrem langen Freistellungszeiten auftreten.

Dabei ist zu beachten:

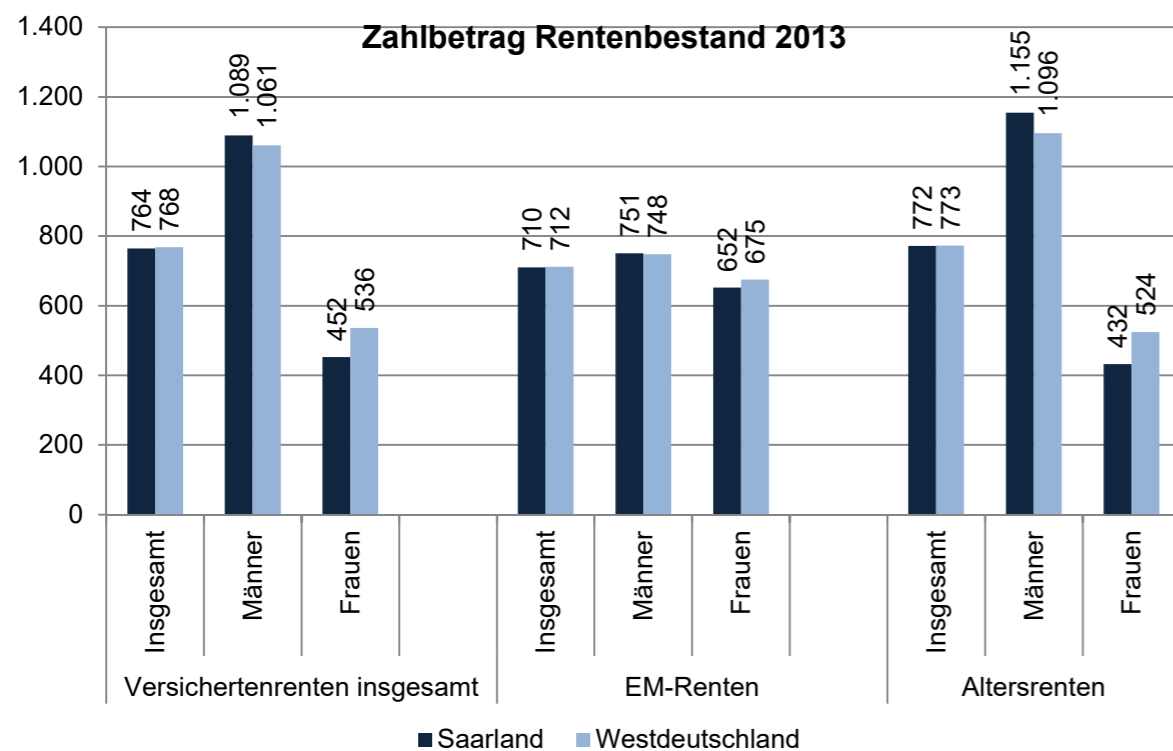
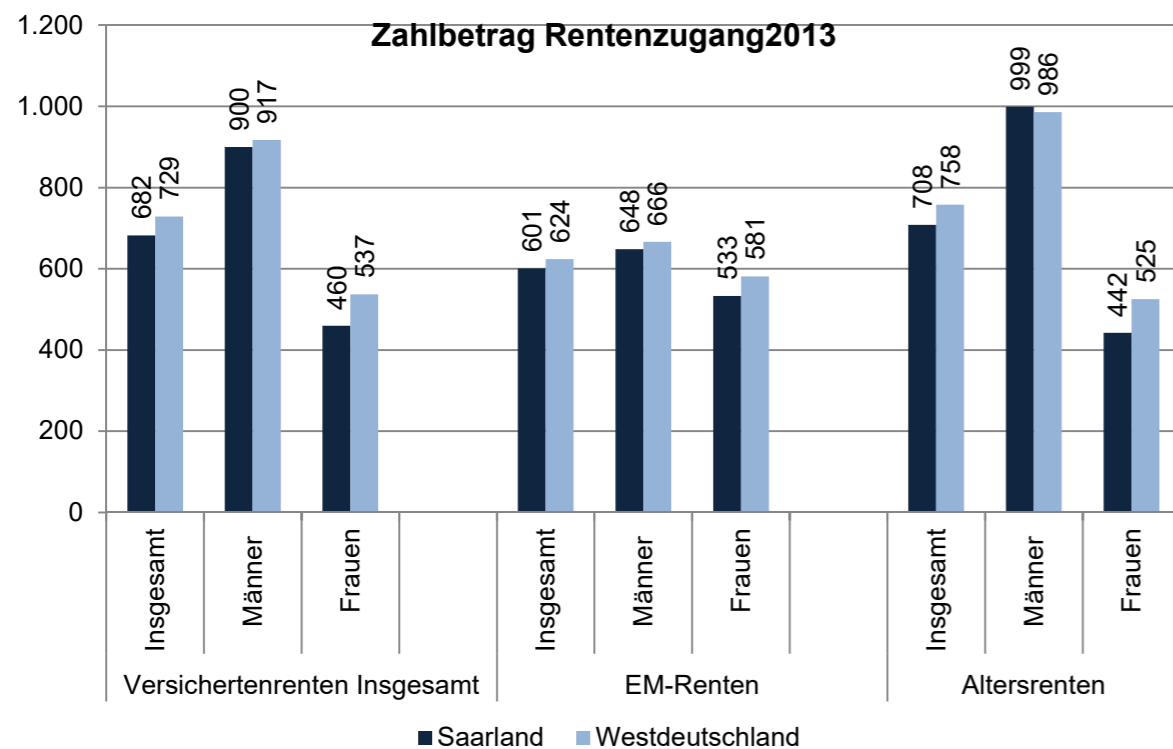
- 1) Von niedrigen Rentenzahlbeträgen kann nicht automatisch auf Altersarmut geschlossen werden – es sind auch eventuelle andere Alterseinkünfte zu betrachten, und definitionsgemäß erfolgt die Berechnung des Armutsrisikos außerdem im Haushaltszusammenhang (d. h.: alle Einkommen aller Haushaltsmitglieder sind einzubeziehen). Dass Ältere (vor allem ältere Frauen) in Einpersonenhaushalten für Altersarmut „verletzlicher“ sind, liegt auch im Fehlen anderer Einkommensbezieher in solchen Haushalten begründet.
- 2) Besonders sehr niedrige GRV-Renten gehen oft mit insgesamt hohen bis sehr hohen eigenen Alterseinkünften einher – z. B. bei Personen, die nach einer relativ kurzen Zeit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung Beamte wurden oder sich selbstständig gemacht haben, mit einer anderweitigen Alterssicherung. Dabei ist aber auch an die steigende Zahl von Solo-Selbstständigen zu denken, die häufig keine solche (ausreichende) anderweitige Alterssicherung aufbauen (können).

Vergleich nach Rentenarten mit Westdeutschland

Darstellung 6.35 gibt zunächst im Vergleich zu Westdeutschland einen Überblick über die durchschnittlichen monatlichen Zahlbeträge der aktuellen Versichertenrenten – aus der gesamten gesetzlichen Rentenversicherung – im Saarland im Zugang und Bestand⁶⁶ 2013.

⁶⁶ Neurenten – oder Zugangsrenten – sind solche, die im Verlauf des jeweiligen Jahres erstmals bezahlt wurden. Bestandsrenten wurden zumindest schon einmal im Vorjahr bezahlt. Soweit nicht anders erwähnt, beziehen sich alle nachfolgenden Zahlbeträge immer auf Durchschnittswerte ohne Auslandsrenten.

Darstellung 6.35: Durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten (Rentenzugang) und der Bestandsrenten nach Geschlecht im Saarland und in Westdeutschland 2013 (in Euro/Monat)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Darstellung 6.35 ist zu entnehmen (oberer Teil der Darstellung), dass auch im Saarland die neuen Versichertenrenten von Frauen deutlich niedriger ausfallen als bei Männern. Das gilt sowohl für die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (EM-Renten) als auch und besonders für die Altersrenten. Die Altersrenten sind bei Männern wesentlich höher als die EM-Renten (999 versus 648 Euro). Bei Frauen sind die EM-Renten höher, weil häufig – zumindest in der Vergangenheit – die Erwerbsbiografien bis zur Altersrente brüchiger waren als es bei EM-Renten unterstellt wird. Im Saarland sind die Zugangsrenten von Männern etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt (900 versus 917 Euro); die neuen Frauenrenten sind dagegen im Saarland deutlich niedriger (460 versus 537 Euro).

Im Rentenbestand (unterer Teil der Darstellung) gibt es einen Vorsprung des Saarlandes bei den Altersrenten der Männer gegenüber Westdeutschland (1.099 versus 1.061 Euro). Bei den Frauen stellt sich das mit 452 versus 536 Euro umgekehrt dar. Über beide Rentenarten und beide Geschlechter hinweg errechnet sich bei den Versichertenrenten im Rentenbestand insgesamt ein fast gleich hoher durchschnittlicher Betrag (764 versus 768 Euro in 2013).

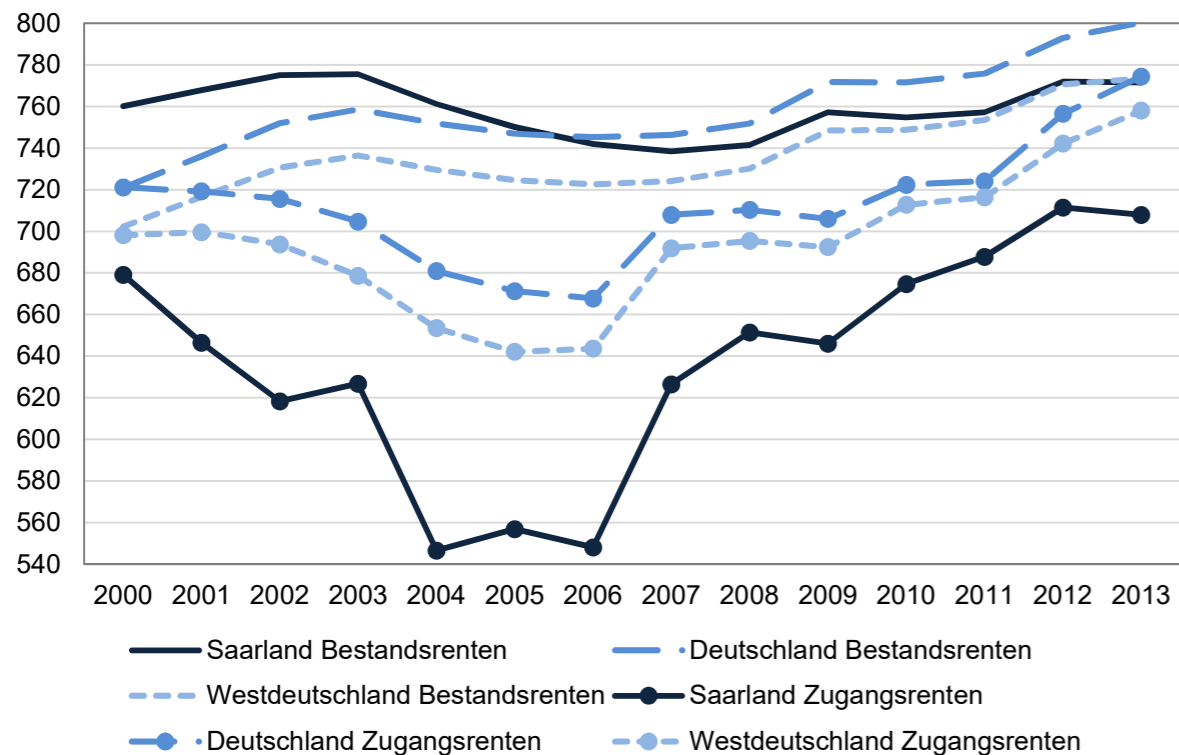
Zeitliche Entwicklung

Darstellung 6.36 stellt die Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge der Zugangs- und Bestandsrenten zwischen 2000 und 2013 für das Saarland, West- und Gesamtdeutschland einander gegenüber. Die Durchschnittszahlbeträge im Rentenzugang sind bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts gesunken. Dieser in den Rentenreformmaßnahmen begründete Rückgang hat abgeschwächt und verzögert auch auf die Bestandsrenten durchgeschlagen und verstärkt den Effekt der seit den Reformmaßnahmen geringeren Anpassungen der Bestandsrenten. Seit 2006 steigen die durchschnittlichen Zahlbeträge bei Neu- und Bestandsrenten weitgehend wieder.

Bei den Zugangsrenten (die unteren drei Kurven in Darstellung 6.36) fällt auf, dass die Zahlbeträge im saarländischen Durchschnitt 2013 etwas niedriger ausfallen als im Jahr 2000. In Deutschland insgesamt ist demgegenüber ein geringer (739 zu 721 Euro), in Westdeutschland ein marginal stärkerer (729 zu 705 Euro) Zuwachs im Betrachtungszeitraum zu verzeichnen. Lag der Durchschnittszahlbetrag der neuen Versichertenrenten im Saarland im Jahr 2000 noch um 15 Euro unter dem westdeutschen Durchschnitt, so sind es im Jahr 2013 immerhin 47 Euro. Durch den leichten Rückgang des

durchschnittlichen Zahlbetrages der neuen Versichertenrenten im Saarland 2012/2013 (von 685 auf 682 Euro) – bedingt durch einen Rückgang bei den Neurenten an Frauen – ist die Schere zum west- bzw. gesamtdeutschen Durchschnitt wieder größer geworden.

Darstellung 6.36: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenzugang und im Rentenbestand im Saarland, in Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012 (in Euro/Monat)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

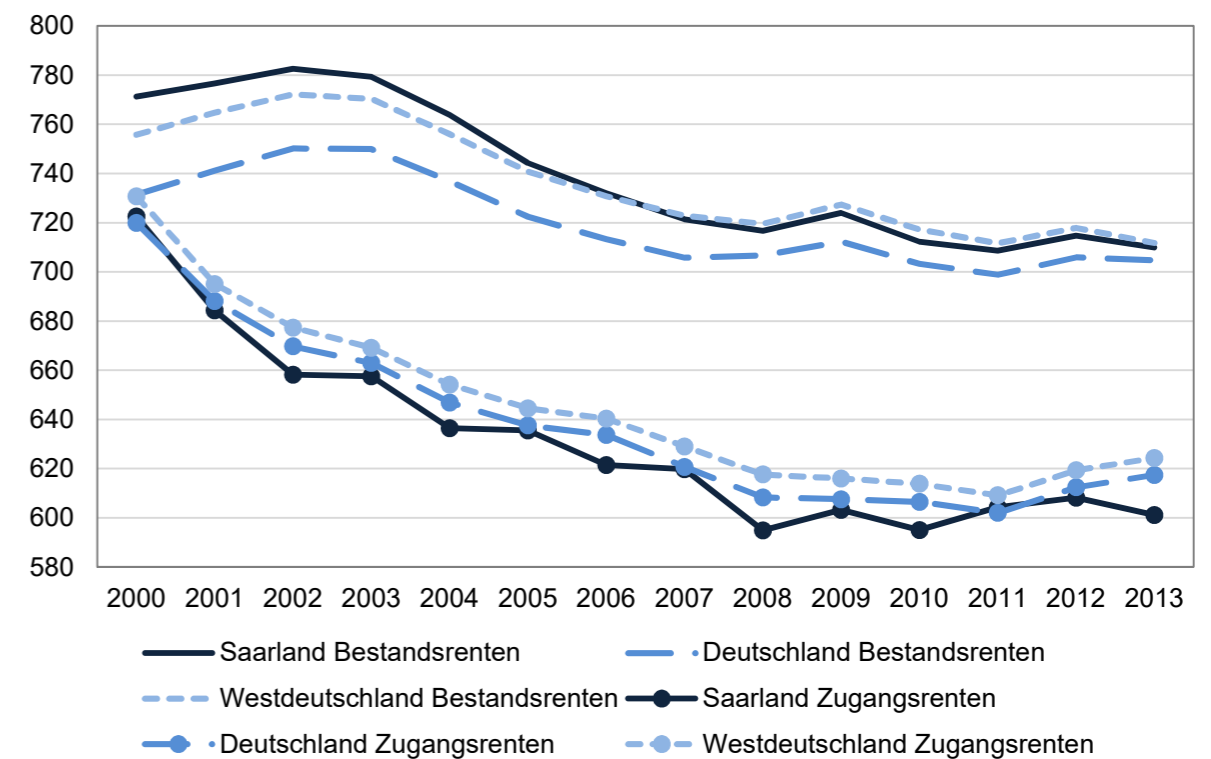
Die durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten im Bestand (die oberen drei Kurven in Darstellung 6.36) zeigen für das Saarland, West- und Gesamtdeutschland höhere Werte im Jahr 2013 als 2000. Im Saarland fällt dieser Anstieg jedoch mit 764 gegenüber 762 Euro nur sehr gering aus. Der frühere Vorsprung des Saarlandes bei den Bestandsrenten ist verschwunden.

Bei der Interpretation dieser Befunde ist unbedingt zu beachten, dass es sich bei den in Darstellung 6.36 gezeigten Zahlbeträgen um nominale Werte handelt. Die Preisniveausteigerungen sind nicht berücksichtigt. Real, also bei Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes durch die Inflation, bedeutet ein im Jahr 2013 gleich hoher Wert wie im

Jahr 2000 einen Kaufkraftverlust von annähernd einem Viertel! Für viele Altersrentner und (vor allem) Altersrentnerinnen, die nur oder weitgehend auf Alterseinkommen aus der GRV angewiesen sind, ist damit nicht nur das Ziel der Lebensstandardsicherung unrealistisch, sondern auch das Armutsrisiko virulent.

Das gilt, wie Darstellung 6.37 zu entnehmen ist, durchschnittlich noch mehr bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Darstellung 6.37: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit im Rentenzugang und im Rentenbestand im Saarland, in Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2013 (in Euro/Monat)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Die durchschnittlichen Zahlbeträge der EM-Renten sind seit der Reform dieser Rentenart – zuerst im Zugang, dann im Bestand – geradezu verfallen. Im Saarland liegen die EM-Renten (mit leicht zurückgehender Tendenz) beim gesamtdeutschen und leicht unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bei den Bestandsrenten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit liegt der durchschnittliche Zahlbetrag im Saarland seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts marginal unter den westdeutschen, aber über den gesamtdeutschen Werten.

Die Altersrenten sind im Saarland im Rentenzugang zwischen 2000 und 2013 im Schnitt von 679 auf 708 Euro gestiegen – nur etwas schwächer als in Westdeutschland (von 698 auf 758 Euro). Dabei verzeichnen die neuen Versichertenrenten wegen Alters an Männer im Saarland einen Rückgang (2000: 1.044 Euro; 2013: 999 Euro). Bei den Frauen ist dagegen – bedingt durch die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit – ein deutlicher Anstieg festzustellen (2000: 347 Euro; 2013: 442 Euro). Dennoch ist der durchschnittliche Zahlbetrag der neuen Altersrenten an Frauen nicht einmal halb so hoch wie bei den Männern im Saarland. Zu beiden Zeitpunkten ist das der deutlich geringste Wert aller deutschen Bundesländer. Und: Während die neuen Altersrenten an Männer im Saarland höher sind als in West- bzw. Gesamtdeutschland – hinter Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen der dritthöchste Wert aller Bundesländer – ist bei den Frauen das Gegenteil der Fall. Beides hat auch mit den höheren Renten mit Knappschaftsbezug zu tun.

Auch bei den Bestandsrenten wegen Alters liegt der durchschnittliche Zahlbetrag der Renten an Männer im Saarland höher als in West- und Gesamtdeutschland – und dies deutlicher als bei den Neurenten. Umgekehrt sind die Bestandsrenten an Frauen im Saarland ebenso wie die Neurenten deutlich niedriger als in den Vergleichsregionen.

Bei den Hinterbliebenenrenten fallen die Witwenrenten im Saarland mit 677 Euro angesichts der höheren Altersrenten von Männern erwartungsgemäß höher aus als im Bundesgebiet. Bei den Witwerrenten ist das Gegenteil der Fall (vgl. Darstellung 6.38).

Darstellung 6.38: Durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Hinterbliebenenrenten im Saarland und in Deutschland 2013 (in Euro/Monat)

	Witwenrenten	Witwerrenten	Waisenrenten
Saarland	677	214	157
Bundesgebiet	627	259	156

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Gesamtrentenzahlbestand

Während bei den bisher vorgestellten Zahlen die Durchschnittsbeträge der einzelnen Renten wiedergegeben wurden, wird in Darstellung 6.39 die Perspektive erweitert. Gezeigt wird jeweils der Gesamtzahlbetrag der Renten (einer oder mehrerer Renten) aus der GRV je Rentnerin bzw. Rentner (individuell, nicht im Haushaltszusammenhang).

Darstellung 6.39: Durchschnittlicher Gesamtzahlbetrag der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Rentenbestand nach Rentnerstatus und Geschlecht 2003 und 2013 im Saarland (in Euro/Monat)

Alle Rentner(innen) insgesamt	Einzelrentner(innen)				Mehrfachrentner(innen)		
	insgesamt	darunter:		insgesamt	davon entfällt auf:		
		Versichertenrentner	Witwen-/Witwerrentner		Versichertenrenten	Witwen-/Witwerrentner	
2003							
Männer	1.121	1.121	1.126	265	1.133	953	180
Frauen	644	532	460	656	955	319	637
2013							
Männer	1.103	1.099	1.107	274	1.210	992	218
Frauen	687	546	504	670	1.023	356	667

Ohne Waisenrenten

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Während bei Einzelrentnerinnen und Einzelrentnern sehr große Geschlechterunterschiede aufscheinen, gleicht sich bei den Beziehern mehrerer Renten dieser Unterschied zwar längst nicht aus, schwächt sich aber erwartungsgemäß deutlich ab. Der Gesamtzahlbetrag der GRV-Renten liegt im Mehrfachbezug bei den Frauen 2013 fast genauso wie 2003 um knapp 16 Prozent unter dem Gesamtzahlbetrag der Männer. Insgesamt ist damit das System der GRV-Hinterbliebenenrenten unverändert als wichtiges Instrument zur Vermeidung von Altersarmut für einen erheblichen Teil Älterer – speziell älterer Frauen – zu bezeichnen.

Darstellung 6.40 gibt – ohne Geschlechterdifferenzierung – die Veränderung der Gesamtzahlbeträge der GRV-Renten in einzelnen Jahren zwischen 2003 und 2013 wieder, für das Saarland und das Bundesgebiet insgesamt.

Darstellung 6.40: Durchschnittlicher Gesamtzahlbetrag der Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung im Saarland und in Deutschland 2003 bis 2013 (in Euro/Monat)

	Alle Rentner-(innen) insgesamt	Einzelrentner(innen)			Mehrfachrentner(innen)		
		insgesamt	darunter:		insgesamt	davon entfällt auf:	
			Versichertenrentner	Witwen-/Witwerrentner		Versichertenrenten	Witwen-/Witwerrenten
Saarland							
2003	857	838	879	649	964	351	614
2006	833	808	841	633	958	356	602
2009	852	822	851	646	998	378	620
2012	870	834	861	657	1.034	402	632
2013	869	832	858	655	1.038	407	631
Deutschland							
2003	857	802	828	539	1.072	509	563
2006	845	786	808	517	1.070	516	554
2009	873	809	830	520	1.121	548	574
2012	895	824	844	522	1.163	578	586
2013	901	829	849	521	1.178	589	589

Ohne Waisenrenten und ohne Auslandsrenten

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Auch bei den – nominalen – Gesamtzahlbeträgen zeigt sich: Der Rückgang bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts von einem gleichen Niveau aus (je 857 Euro im Saarland und Gesamtdeutschland) fiel im Saarland stärker aus, die Erholung seither dann auch noch schwächer. Ausschlaggebend dafür war die deutlich negative Entwicklung bis 2006 bei den Einzelrentnern. Bemerkenswert ist die Zunahme des Gesamtzahlbetrages bei den saarländischen Mehrfachrentnerinnen und -rentnern im Vergleich der Jahre 2003 und 2013 um 7,7 Prozent, während im Bundesgebiet insgesamt der Gesamtzahlbetrag mit 9,9 Prozent doch stärker gestiegen ist.

Angesichts der traditionell geringeren Frauenerwerbstätigkeit im Saarland ist es nicht verwunderlich, dass der Anteil der Witwen- bzw. Witwerrenten am Gesamtzahlbetrag der Mehrfachrentnerinnen und -rentner hier höher ausfällt als im Bundesgebiet (mehr als 60 % versus 50 % im Bundesgebiet bei jeweils leicht fallender Tendenz).

Kleinräumige Differenzierung und Schichtung der Rentenzahlbeträge

Hinter den bisherigen auf Landesebene gezeigten Unterschieden in den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen stehen erhebliche weitere Differenzierungen sowohl auf der Kreisebene als auch in der Schichtung der Rentenzahlbeträge (Differenzierung nach Perzentilen).

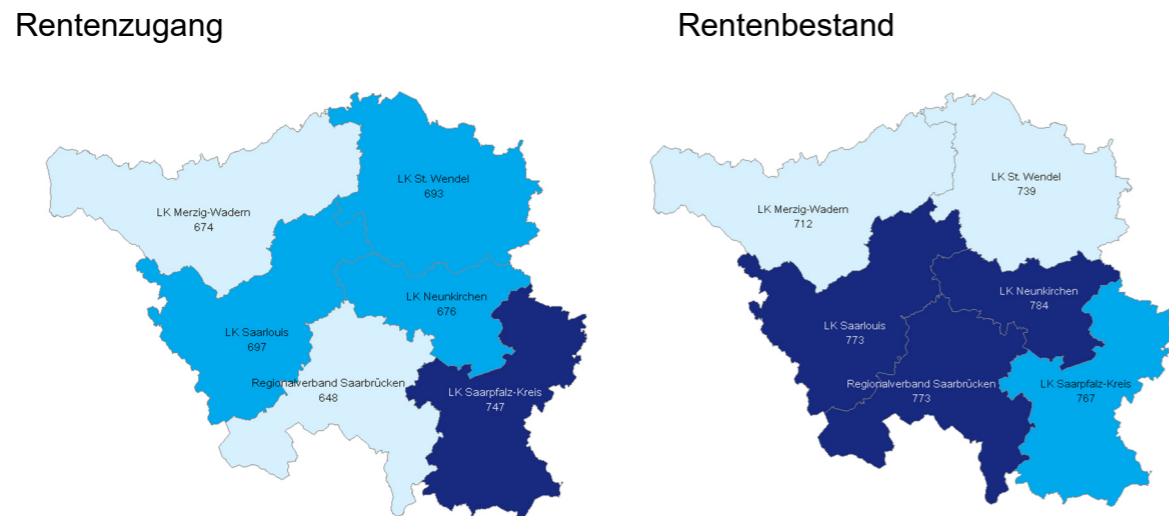
Niedrige bzw. sinkende Renten in bestimmten Regionen sind – soweit sie nicht von anderen Alterseinkünften ausgeglichen werden⁶⁷ – gerade angesichts der demografischen Veränderungen auch ein latentes regionalpolitisches Problem.⁶⁸

Darstellung 6.41 enthält die durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten im Zugang und Bestand 2013 in den Kreisen des Saarlands und im Regionalverband. Der durchschnittliche Zahlbetrag der neuen Versichertenrenten ist im Saarpfalz-Kreis mit 747 Euro mit Abstand am höchsten, gefolgt vom Kreis Saarlouis mit 697 Euro. Schlusslichter sind der Kreis Merzig-Wadern mit 674 Euro und der Regionalverband Saarbrücken mit 648 Euro (bei Letzterem liegt das an niedrigen Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (545 Euro) und geringen Renten wegen Alters (680 Euro)). Genau umgekehrt resultiert der Spitzenwert des Saarpfalz-Kreises aus den jeweils höchsten Werten bei beiden Rentenarten. In diesem Kreis sind auch die neuen Versichertenrenten beider Geschlechter am höchsten.

⁶⁷ Angesichts der zurückgehenden Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge (vgl. z. B. Kortmann 2012) und der – noch dazu volatilen – Renditeschwäche der privaten Altersvorsorge sowie ihrer Gruppenspezifität spricht wenig dafür, dass dies auf diesen Wegen absehbar geschehen könnte.

⁶⁸ Vereinfacht ausgedrückt, kann es zu regionalen Abwärtsspiralen kommen: Wo in schwächeren Regionen die Bevölkerungszahlen zurückgehen, jüngere Menschen wegen fehlender Arbeitsplätze abwandern und die verbleibenden – zumindest relativ mehr werdenden – Älteren eine geringe regionale Nachfrage entfalten, brechen nicht nur öffentliche Infrastrukturen weg, sondern auch die Angebote von Privatunternehmen (Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen usw.). In manchen südeuropäischen Ländern, aber auch schon in Teilen Ostdeutschlands sind die Auswirkungen solcher Abwärtsspiralen bereits beobachtbar.

Darstellung 6.41: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten in den Kreisen des Saarlandes 2013 (in Euro/Monat)

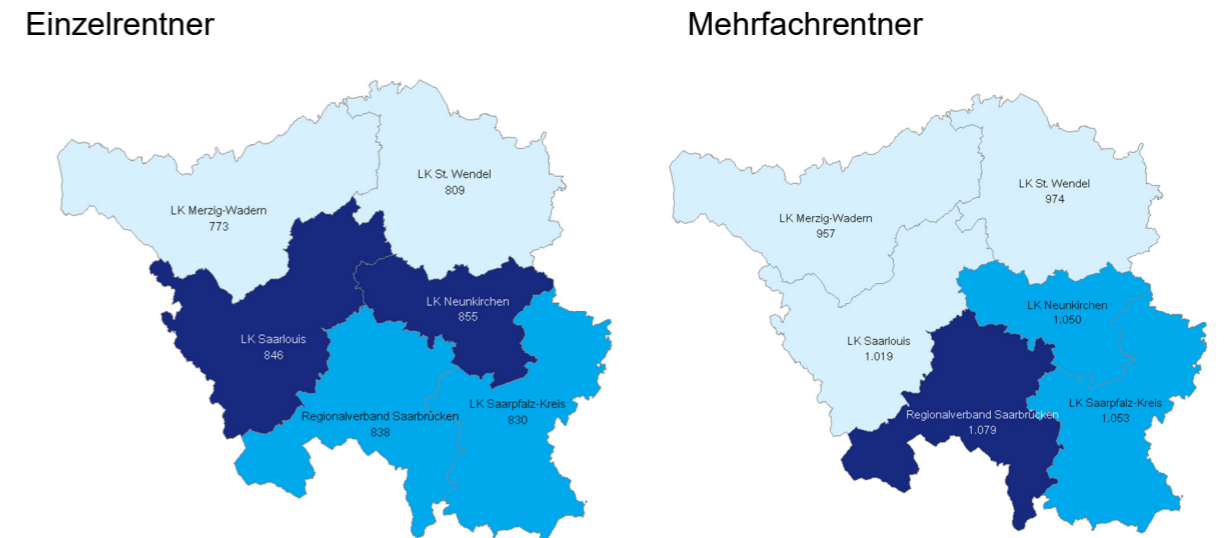


Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Im Rentenbestand liegen die durchschnittlichen Zahlbeträge im Kreis Neunkirchen am höchsten, gefolgt vom Regionalverband und dem Kreis Saarlouis. Im Kreis Merzig-Wadern sind die Bestandsrenten am geringsten. Besonders hohe Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit verzeichnet 2013 im Rentenbestand der Kreis Sankt Wendel, besonders niedrige der Regionalverband Saarbrücken. Bei den Altersrenten im Bestand liegt der Kreis Neunkirchen vorne, gefolgt vom Regionalverband Saarbrücken. Schlusslicht ist hier der Kreis Merzig-Wadern.

Auf der Ebene der Rentenzahlbestände werden nicht mehr die einzelnen Renten, sondern die Rentenbezieher betrachtet, die entweder eine Versicherten- oder eine Hinterbliebenenrente aus der GRV beziehen (Einzelrentner) oder eine eigene Versichertenplus (normalerweise) eine Hinterbliebenenrente beziehen (Mehrfachrentner). Darstellung 6.42 zeigt die Durchschnittszahlbeträge für beide Fälle in den saarländischen Kreisen.

Darstellung 6.42: Durchschnittliche Zahlbeträge der gesetzlichen Renten – Rentenzahlbestand – von Einzel- und Mehrfachrentnerinnen und Mehrfachrentnern in den Kreisen des Saarlandes 2013 (in Euro/Monat)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Bei den Einzelrentnern (linker Teil der Darstellung 6.42) erzielt der Kreis Neunkirchen mit 855 Euro den höchsten Wert und der Kreis Merzig-Wadern mit 773 Euro den geringsten (Letzteres gilt auch bei Differenzierung für Männer und Frauen, wobei bei den Frauen auch der Kreis Sankt Wendel mit 504 Euro einen sehr niedrigen Betrag aufweist). Spitzenreiter bei den Männern sind die Kreise Saarlouis (1.132 Euro) und praktisch gleichauf (1.131 Euro) Neunkirchen. Die höchsten Einzelrenten an Frauen gab es 2013 im Regionalverband Saarbrücken (577 Euro). Mit 546 Euro liegen die Einzelrenten an Frauen im Landesdurchschnitt aufgrund ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung und ihrer geringeren Entlohnung nicht einmal halb so hoch wie die Einzelrenten an Männer.

Diese Geschlechterdifferenz ist, die Bedeutung der Witwenrenten für die Vermeidung von Altersarmut unterstreichend (vgl. ausführlicher z. B. Stegmann 2014), in allen Kreisen wesentlich geringer, wenn man die Durchschnittszahlbeträge von Mehrfachrentnerinnen und -rentnern betrachtet (im Landesdurchschnitt 1.210 Euro bei Männern und 1.023 Euro bei Frauen).

Die höchsten Mehrfachrenten insgesamt werden im Regionalverband Saarbrücken ausbezahlt (1.079 Euro), gefolgt vom Saarpfalz-Kreis (1.053 Euro). Schlusslicht ist mit

957 Euro der Kreis Merzig-Wadern. In diesem Kreis sind auch die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge von Mehrfachrentenbeziehern beider Geschlechter am geringsten.

Darstellung 6.43 enthält für den Zeitraum von 2003 bis 2013 die Veränderungsraten der nominalen, nicht inflationsbereinigten Durchschnittszahlbeträge sowohl der Versichertenrenten im Zugang und Bestand als auch der Einzel- und Mehrfachrentenbezieher nach Kreisen. Bei den Versichertenrenten ergeben sich die höchsten Zuwächse der Zugangsrenten im Kreis Merzig-Wadern – bei, wie gezeigt, niedrigem Ausgangsniveau – und im Saarpfalz-Kreis. In diesen beiden Kreisen hat sich auch der Durchschnittszahlbetrag der Bestandsrenten erhöht – wenn auch nur sehr schwach. In allen anderen Kreisen des Saarlandes werden Minuswerte verzeichnet.

Darstellung 6.43: Entwicklung der Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenzugang und Rentenbestand sowie des Gesamtrentenzahlbestands in den Kreisen des Saarlandes 2003 bis 2013 (Index 2000 = 100)

	Versichertenrenten		Gesamtrentenzahlbestand	
	Zugang	Bestand	Einzelrentner	Mehrfachrentner
Saarland insgesamt	7,8	-1,5	-0,7	7,7
Regionalverband	-0,6	-1,7	-1,2	6,1
Merzig-Wadern	18,1	0,9	2,5	9,1
Neunkirchen	2,4	-4,0	-3,2	8,1
Saarpfalz-Kreis	10,4	-1,6	-0,6	8,7
Saarlouis	19,0	0,3	0,8	9,2
St. Wendel	14,5	-1,6	-0,2	10,2

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Im Gesamtrentenzahlbestand erzielen die Einzelrentner im Landesdurchschnitt ein leichtes Minus um 0,7 Prozent – nur im Kreis Merzig-Wadern und im Saarpfalz-Kreis gab es nominal einen (sehr schwachen) Anstieg. Bei den Mehrfachrentnern ist in allen Kreisen ein Plus zu verzeichnen, vor allem im Kreis Sankt Wendel (+10,2 %), im Saarpfalz-Kreis (+9,2 %) und im Kreis Merzig-Wadern (+9,1 %). Den Kaufkraftverlust durch die Preisniveausteigerungen konnten aber auch diese Anstiege nicht annähernd ausgleichen.

Die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge variieren nicht nur stark nach Kreisen, ihre Streuung nach der Höhe ist auch sehr groß, wie Darstellung 6.44 am Beispiel der Be-

stands-Versichertenrenten wegen Alters für 2013 ausweist. Dabei streuen die Zahlbeträge dieser Rentenart im Saarland stärker als in Deutschland bzw. Westdeutschland – insgesamt und bei den Altersrenten von Männern. So sind z. B. 5 Prozent aller Altersrenten bei den Männern im Saarland geringer als 228 Euro (Perzentilobergrenze 5) und andererseits 5 Prozent (Perzentilobergrenze 95) höher als 1.903 Euro (1 % – Perzentilobergrenze 99 – liegt über 2.377 Euro). In Westdeutschland beziehen die 5 Prozent der Männer mit den geringsten eigenen Altersrenten maximal 222 Euro, und die höchsten 5 Prozent der Altersrenten an Männer liegen mindestens bei 1.980 Euro.

Darstellung 6.44: Schichtung der Zahlbeträge der Altersrenten im Bestand 2013 nach Geschlecht (Perzentilobergrenzen in Euro/Monat)

		Insgesamt			Männer			Frauen		
		Saarland	Deutschland	Westdeutschland	Saarland	Deutschland	Westdeutschland	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Mittelwert		772	800	775	1.155	1.094	1.093	432	578	529
Perzentilobergrenzen	99	2.139	1.862	1.879	2.377	1.968	1.980	1.444	1.480	1.482
	95	1.715	1.610	1.635	1.903	1.753	1.771	1.091	1.178	1.158
(Median)	75	1.201	1.151	1.147	1.452	1.392	1.416	626	794	749
	50	681	765	716	1.198	1.130	1.153	332	569	482
	25	267	427	349	881	832	799	165	289	243
	5	96	133	120	228	262	222	84	112	104

Zahlbeträge ohne Eigenbeitrag Kranken-/Pflegeversicherung und ohne Zuschuss zur jeweiligen Kranken-/Pflegeversicherung
Renten wegen Alters nach SGB VI

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Die Tabelle zeigt auch, wie sehr die eigenen Versichertenrenten wegen Alters an Frauen in allen Vergleichsregionen geringer ausfallen als die Altersrenten der Männer. Die Unterschiede der Verteilung der Altersrenten an Frauen sind zwischen dem Saarland und Westdeutschland im oberen Bereich der Verteilung (etwa ab dem Median) geringer als bei Männern. Im unteren Bereich sind diese Unterschiede dagegen bei den Frauen größer. Die Ursachen für Letzteres liegen in Unterschieden in der Erwerbsintegration der Frauen begründet. Die im Saarland etwas häufigeren relativ hohen Männerrenten haben dagegen mit der Wirtschaftshistorie und dabei speziell mit dem Bergbau zu tun.

Besonderheiten: Vertragsrenten und Renten mit Knappschaftsbezug

Aufgrund der Grenzlage und starken Pendlerverflechtungen des Saarlands wurde für diesen Bericht mit Unterstützung der Deutschen Rentenversicherung Bund auch überprüft, ob von den sogenannten Vertragsrenten (vgl. Kasten) spezifische Verzerrungen auf die Höhe der GRV-Renten im Saarland ausgehen.

Vertragsrenten

Vertragsrenten sind Renten, bei denen EU-Vorschriften oder bilaterale Sozialversicherungsabkommen zur Anwendung kommen, weil ausländische Beitrags-/Versicherungszeiten vorliegen bzw. Rentenzahlungen in ein anderes Land erfolgen. In den für diesen Bericht vorgenommenen Auswertungen der Rentendaten wurden durchgehend Rentenzahlungen in das Ausland nicht einbezogen.

Der Einfluss der Nichtberücksichtigung der Vertragsrenten auf die oben dargestellten Ergebnisse ist relativ gering. Ansonsten ist jedoch festzustellen, dass im Saarland die Vertragsrenten an Männer in der Tendenz niedriger und diejenigen an Frauen tendenziell höher ausfallen als der Durchschnitt der Nichtvertragsrenten (vgl. Darstellung 6.45).

Darstellung 6.45: Schichtung der Versichertenrenten wegen Alters – Nichtvertrags- und Vertragsrenten – im Saarland 2013 nach Geschlecht, Perzentilobergrenzen und Mittelwerte (in Euro)

	Anzahl	Mittelwert	Median	Perzentil 5	Perzentil 25	Perzentil 75	Perzentil 95	Perzentil 99
Männer								
Nichtvertrag	84.117	1.169	1.211	227	907	1.467	1.921	2.396
Vertrag	8.242	1.002	1.029	229	702	1.290	1.697	2.023
Insgesamt	92.359	1.155	1.198	228	881	1.452	1.903	2.377
Frauen								
Nichtvertrag	99.411	430	329	85	164	622	1.090	1.442
Vertrag	4.683	471	400	63	182	694	1.116	1.476
Insgesamt	104.094	432	332	84	165	626	1.091	1.444
Insgesamt								
Nichtvertrag	183.528	769	669	96	261	1.204	1.722	2.149
Vertrag	12.925	809	803	99	404	1.160	1.602	1.927
Insgesamt	196.453	772	681	96	267	1.201	1.715	2.139

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Von wesentlich größerer Bedeutung für die Lebenslage Älterer ist die Tatsache, dass der Bergbau im Saarland lange eine große Rolle gespielt hat. Während das Land die Krise mit dem Beschäftigungsabbau im Bergbau am Arbeitsmarkt relativ gut überwunden hat, wirkt sich die frühere Bedeutung dieser Branche im Rentengeschehen immer noch erheblich aus; die Folgen der Krise werden erst später sichtbar. Darstellung 6.46 differenziert die Schichtung der Bestandsrenten von Männern und Frauen im Saarland 2013 nach dem Vorliegen eines Knappschaftsbezuges.⁶⁹

Darstellung 6.46: Schichtung der Versichertenrenten wegen Alters mit und ohne Knappschaftsbezug im Saarland 2013 nach Geschlecht, Perzentilobergrenzen und Mittelwerte (in Euro)

	Anzahl	Mittelwert	Median	Perzentil 5	Perzentil 25	Perzentil 75	Perzentil 95	Perzentil 99
Männer								
mit Knappschaft	20.128	1.444	1.420	449	1.136	1.785	2.341	2.849
ohne Knappschaft	72.231	1.074	1.153	199	813	1.374	1.721	1.904
Insgesamt	92.359	1.155	1.198	228	881	1.452	1.903	2.377
Frauen								
mit Knappschaft	2.420	749	701	144	387	1.032	1.576	1.929
ohne Knappschaft	101.674	424	327	84	163	614	1.069	1.407
Insgesamt	104.094	432	332	84	165	626	1.091	1.444
Insgesamt								
mit Knappschaft	22.548	1.369	1.367	324	1.033	1.736	2.303	2.830
ohne Knappschaft	173.905	694	593	92	238	1.114	1.575	1.820
Insgesamt	196.453	772	681	96	267	1.201	1.715	2.139

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Das Ergebnis ist an sich nicht erstaunlich: Die Renten im Bergbau sind – wie schon die Rentenbeiträge – höher (die Rentenbezugsdauer ist aber auch wegen der geringeren Restlebenserwartung von Bergleuten erheblich kürzer!). Angesichts der relativ weiten Definition des Knappschaftsbezuges in der vorliegenden Auswertung ist die Höhe der in Darstellung 6.46 aufscheinenden Unterschiede aber doch erheblich. Bei den saarländischen Versichertenrenten der Männer im Bestand 2013 liegt der Durchschnitt der entsprechenden Renten um rund 370 Euro und der Median immerhin auch um ca. 270 Euro höher als bei Renten ohne Knappschaftsbezug. (So beziehen 75 %

⁶⁹ Das bedeutet, dass nicht nach Knappschaftsrenten und Nicht-Knappschaftsrenten unterschieden wird, sondern nach einem Knappschaftsbezug differenziert wird, um auch von anderen Trägern ausbezahlte Renten mit zu erfassen, in die (kürzere) Knappschaftszeiten eingeflossen sind.

der Männer mit Renten mit Knappschaftsbezug solche unter 1.785 Euro; bei Renten ohne Knappschaftsbezug liegen 75 Prozent niedriger als 1.374 Euro.) Durchgängig sind die betrachteten Perzentilobergrenzen höher als bei Renten ohne Knappschaftsbezug. Außerdem zeigt Darstellung 6.46, dass immerhin noch 20.128 aller Bestandsrenten an Männer im Land einen Knappschaftsbezug aufweisen. Das sind mehr als ein Fünftel aller Bestandsrenten.

Es bedarf eigentlich keiner großen Prognoserechnungen, um die begründete Hypothese aufzustellen, dass es künftig deutliche Auswirkungen auf das Niveau der Alterseinkommen im Saarland haben wird, wenn diese Rentner versterben bzw. später auch die entsprechenden Hinterbliebenenrenten wegfallen. Angesichts der relativ zum west- (und ost-)deutschen Niveau seit Jahren sich schwächer entwickelnden durchschnittlichen Zahlungsbeträge der Renten im Saarland – und der bisher schon stärker steigenden (und im Bundesländervergleich 2013 bereits überdurchschnittlichen) Armutsrisikoquoten Älterer – ist hier eine wachsende Problematik vorhersehbar.

6.4.3 Andere Alterseinkommen und Vermögen Älterer

Wie oben bereits ausgeführt, kann von niedrigen Renten nicht automatisch auf niedrige gesamte Alterseinkommen geschlossen werden und schon gar nicht auf ein Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Bezogen auf Letzteres muss das gesamte Einkommen aller Haushaltsmitglieder berücksichtigt werden. Zudem ist zu beachten, dass Vermögen im Alter teilweise auch dazu aufgebaut wird, um durch Verzinsung bzw. Entsparen oder den Besitz einer selbstgenutzten Immobilie im Alter über Reserven zu verfügen und die anderen Alterseinkommen „aufbessern“ zu können.

Andere Alterseinkommen

Bezüglich der anderen Alterseinkommen ist die Datenlage, insbesondere auf Landesebene, sehr schlecht. Laut der letzten verfügbaren Untersuchung zur Alterssicherung in Deutschland (ASID) aus dem Jahr 2011 machen die gesetzlichen Renten 64 Prozent der Alterseinkommen von Personen ab 65 Jahre aus, gefolgt von 21 Prozent aus

anderen Alterssicherungssystemen, 9 Prozent aus privater Vorsorge und 4 Prozent Erwerbseinkommen.

Rund 5 Prozent der (Ehe-)Paare, knapp ein Viertel der alleinstehenden Männer und mehr als ein Drittel der alleinstehenden Frauen verfügten laut dieser Quelle in Westdeutschland über ein Gesamteinkommen von weniger als 1.000 Euro pro Monat (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012, S. 94).

Von den Beziehern sehr geringer Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung – hier operationalisiert als unter 325 Euro netto⁷⁰ – erreichten laut ASID zusammen mit anderen persönlichen Alterseinkommen bzw. im Haushaltszusammenhang, z. B. bei den alleinstehenden Männern in den alten Bundesländern immerhin 58 Prozent mehr als 1.000 Euro (vgl. Darstellung 6.47).⁷¹ Dennoch verbleibt ein nicht unerheblicher Teil der Rentnerinnen und Rentner auch bei kumulierter Betrachtung im Bereich niedriger Nettoeinkommen.

Darstellung 6.47: Verteilung der persönlichen und der gemeinsamen Nettoeinkommen von Ehemännern/Ehefrauen bzw. Alleinstehenden ab 65 Jahre mit einer eigenen Netto-GRV-Rente unter 325 Euro in den alten Bundesländern (ohne Heimbewohner, in Prozent)

	(Ehe-)Paarhaushalte				Alleinstehende	
	Persönliches Einkommen		Ehepaareinkommen		Männer	Frauen
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
bis u. 325 €	11	71*	1	0	11	1
325 b. u. 500 €	4	13*	1	0	3	3
500 b. u. 750 €	10	8	4	1	12	13
750 b. u. 1.000 €	4	3	5	3	17	28
1.000 € u. mehr	72	5	89	96	58	54
Betrag je Bezieher (€)	2.107	345	2.864	2.254	1.809	1.143

* Lesebeispiel: 71 Prozent der Ehefrauen in den alten Ländern mit einer eigenen GRV-Rente unter 325 € verfügen auch über ein persönliches Nettoeinkommen unter 325 € und 13 Prozent verfügen über ein persönliches Nettoeinkommen von 325 bis unter 500 €.

Quelle: BMAS 2012, S. 136 und S. 142 (ASID)

Aufgrund der Rentenreformen der vergangenen 25 Jahre ist es an dieser Stelle notwendig, auch einen kurzen Blick auf die künftige Entwicklung zu werfen. Durch die

⁷⁰ Diese Grenze markiert die untersten 20 Prozent aller eigenen GRV-Renten.

⁷¹ Diese alleinstehenden Männer ab 65 Jahre mit weniger als 325 Euro gesetzlicher Rente erzielten in den alten Bundesländern höhere Gesamteinkommen als die Gesamteinkommen der entsprechenden Bezieher von Renten zwischen 325 und 1.500 Euro (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012, S. 135).

Absenkung des Ersatzniveaus der ersten Schicht der Alterssicherung werden die zweite und dritte Schicht, die betriebliche und private Altersvorsorge, im Prinzip wichtiger. Dazu weist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012a, S. 7 und S. 40) für 2011 aus, dass 71 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 25 bis unter 65 Jahren in Deutschland eine betriebliche oder Riester-Vorsorge haben, mit klar größerer Verbreitung bei den Beziehern höherer Bruttomonatslöhne. Letzteres ist besonders durch eine eindeutige soziale Streuung bei der betrieblichen Altersvorsorge bedingt, während das Riester-Sparen in den unteren und oberen Lohngruppen stärker, bei den mittleren Löhnen/Gehältern aber relativ schwächer verbreitet ist.⁷²

Dabei ist jedoch zu beachten, dass die pure Verbreitung von entsprechenden Vorsorgeaktivitäten noch wenig aussagekräftig ist. So wurden in der Vergangenheit auch viele Riester-Verträge wieder aufgelöst bzw. werden nicht bedient. Für die betriebliche Altersvorsorge ist außerdem seit Jahren ein Rückgang des betrieblichen Engagements und bei der Entgeltumwandlung ein starker sozialer Gradient festzustellen. „Gering- und Niedrigverdiener nehmen nicht nur seltener teil, sie wandeln auch signifikant weniger Entgelt um. Das Ziel, gerade diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Aufbau einer kapitalgedeckten zusätzlichen Altersversorgung zu ermöglichen, wurde nicht erreicht“ (Weber, Beck 2015, S. 73; vgl. zu einer breiter angelegten Kritik: Schäfer 2015; Nullmeier 2015).

Weiterhin sind Aussagen zu künftigen Ersatzquoten oder Anspruchsniveaus kapitalmarktabhängiger Formen der Altersvorsorge wissenschaftlich wenig gesichert; sie sind sehr voraussetzungsreich (Wirtschafts-, nationale und internationale Zinsentwicklung etc.).⁷³ Regionalisierte Vorausberechnungen bezüglich der zum künftigen Renteneintrittszeitpunkt zu erwartenden Zahlbeträge bzw. Ersatzquoten wie im „Vorsorgeatlas Deutschland“ (vgl. Union Investment 2013) sind daher nicht für den hier vorliegenden Zweck verwendbar, dazu sind die kapitalmarktabhängigen Renten zu volatil und unsicher.⁷⁴ Als grobe Angaben können die dort präsentierten Reihungen zwischen

den Raumordnungsregionen jedoch dienen, da die dahinterliegenden bisherigen regionalen Unterschiede nicht so annahmeabhängig sind wie diejenigen zu künftigen Verzinsungen etc. Insofern kann der genannte Vorsorgeatlas einige Hinweise auch für das Saarland liefern.

Danach ist in einem Ranking auf fünf Stufen die Beteiligung am Riester-Sparen im Saarland mit 33,5 Prozent und Rangplatz 4 eher unterdurchschnittlich. Sie ist in den Altersgruppen 35 bis 49 Jahre und 50 bis 64 Jahre mit Rang 5 für das Saarland deutlich unterdurchschnittlich und bei den 20- bis 34-Jährigen mit Rang 3 durchschnittlich. Bei niedrigen Einkommen (unter 900 Euro, der untersten der drei betrachteten Einkommensgruppen) erreicht die Beteiligung im Saarland nur Rang 5, bei der oberen Einkommensgruppe aber auch nur Rang 4. In der mittleren Einkommensgruppe erzielt das Saarland den überdurchschnittlichen Rang 2. Beim theoretischen künftigen Anspruch bzw. der Ersatzquote erreicht das Saarland laut Vorsorgeatlas einen überdurchschnittlichen Rangplatz 2.

Bezüglich der Ersatzquoten und Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung (ohne Öffentlicher Dienst) rangiert das Saarland nur auf dem unterdurchschnittlichen vierten Rang. Tendenziell noch schlechter fällt das Ranking in der Altersgruppe der 35- bis 48-Jährigen sowie in der mittleren und vor allem unteren Einkommensgruppe aus.

Ferner errechnet sich für das Saarland eine hohe Ersatzquote aus Geld- und Immobilienvermögen in der Rangreihung (Rang 1) bei allerdings nur durchschnittlichem (Rang 3) künftig erwarteten Alterseinkommen aus dieser Quelle – das ist Folge der sehr hohen Wohneigentümerquote und gilt spezifisch für die 50- bis 64-Jährigen.

Kompensieren die (Immobilien-)Vermögen die Einkommensarmut?

Eines der in der Öffentlichkeit häufig vorgebrachten Argumente gegen die Debatten um die Altersarmut lautet, dass man relativ niedrige Alterseinkommen nicht überbewerten dürfe, da ältere Menschen ja durchschnittlich über höhere Vermögen verfügen

⁷² Bezeichnend ist, dass nach neuen Ergebnissen (vgl. Corneo u. a. 2015, S. 1) 38 Prozent der Fördermittel für die Riester-Rente den oberen 20 Prozent der Einkommenshierarchie in Deutschland zukommen, die unteren 20 Prozent aber nur 7,3 Prozent erhalten.

⁷³ Das wirft auch die generelle Frage auf, ob die zweite und vor allem die dritte Schicht der Altersvorsorge für Personen mit geringen aktuellen und Alterseinkommen bzw. zur Armutsvermeidung überhaupt geeignet ist.

⁷⁴ Noch dazu, weil diese „theoretischen Ersatzraten“ allzu leicht als reale und aktuelle Werte fehlinterpretiert werden (vgl. mit einem solchen Missverständnis z. B. Maretzke 2015, S. 22f).

als junge Menschen. Zum Teil werden Vermögen über den Lebensverlauf gerade deswegen angespart, um im Alter durch Entsparen „die Rente aufzubessern“.⁷⁵ Speziell bei selbstgenutztem Wohneigentum wird – angesichts des hohen Anteils der Wohnkosten an den Haushaltsausgaben plausibel – gefordert, den fiktiven Wohnwert selbstgenutzter Immobilien in die Berechnung der Armutsrisikoquoten einzubeziehen. Darstellung 6.48 zeigt – bei allen statistischen Unsicherheiten wegen knapper Fallzahlen –, dass wesentlich mehr Haushalte von Rentnern im Saarland über Vermögen oberhalb der 200-Prozent-Reichtumsschwelle verfügen (48,3 %) als die saarländischen Haushalte insgesamt (29,2 %). Das gilt ebenso in Westdeutschland, wenn auch etwas schwächer ausgeprägt (45,0 versus 31,8 %) – und dort noch klarer für Pensionärshaushalte (67,8 %).

Darstellung 6.48: Vermögensschichtung von Rentnerhaushalten und Haushalten insgesamt im Saarland und in Westdeutschland 2013 (in Prozent)

	Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen (als Anteil bzw. Vielfaches des regionalen Vermögensmedians)						
	Unter 0,6	0,6 – unter 1,0	1,0 – unter 1,5	1,5 – unter 2,0	2,0 – unter 2,5	2,5 – unter 3,0	3,0 und mehr
Saarland							
Rentnerhaushalte (65+ Jahre)	33,2	5,1	4,8	8,6	9,3	6,2	32,8
Haushalte insgesamt	41,4	8,3	12,0	9,1	7,1	4,9	17,2
Westdeutschland							
Rentnerhaushalte (65+ Jahre)	34,6	5,4	6,5	7,5	6,4	5,7	33,9
Pensionärshaushalte (65+ Jahre)	15,5	5,1	6,0	5,7	6,7	7,8	53,3
Haushalte insgesamt	40,8	9,2	9,7	8,4	6,1	4,9	20,8

Klassifizierung anhand der sozialen Stellung der haupteinkommensbeziehenden Person; Fallzahl für Pensionäre im Saarland zu gering

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2013)

Allerdings ist auch festzustellen, dass fast ein Drittel der Personen in Seniorenhaushalten (Haushaltsvorstand 65 Jahre oder älter) im Saarland wie in Westdeutschland

⁷⁵ In der Debatte wird aber übersehen, dass man dabei schnell unterschiedliche Maßstäbe an verschiedenen Vermögensarten anlegt. Während privates Geldvermögen und tendenziell auch die eigene Immobilie als aufzubrauchendes Ersparnis betrachtet wird, wird in der Diskussion um die Erbschaftsteuer eine Privilegierung von Betriebsvermögen akzeptiert (mit dem Arbeitsplatzargument). Dass so die Vermögenskonzentration bzw. ihre Zunahme gefördert werden (Wettbewerbsargument), wird völlig ausgeblendet.

nur über ein Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen verfügt, das unterhalb der hier verwendeten Schwelle von 60 Prozent des regionalen Medians des Pro-Kopf-Nettovermögens liegt. Dabei sind unter den einkommensarmutsgefährdeten Personen in Seniorenhaushalten wesentlich mehr vermögensarm als nicht vermögensarm (im Saarland: 10,9 % versus 1,7 %; vgl. Darstellung 6.49). Im Saarland gelten ferner gemäß dieser EVS-basierten Darstellung 29,5 Prozent der Personen in Seniorenhaushalten als vermögensarm, aber 12,6 Prozent als einkommensarmutsgefährdet. Mit 68,8 Prozent sind in relativer Betrachtung im Saarland mehr Personen in Seniorenhaushalten weder einkommens- noch vermögensarm als in Westdeutschland (65,2 %).

Darstellung 6.49: Relatives Einkommens- versus relatives Vermögensarmutsrisiko von Personen in Seniorenhaushalten im Saarland und in Westdeutschland 2008 (in Prozent)

	Saarland	
	vermögensarmutsgefährdet	nicht vermögensarmutsgefährdet
einkommensarmutsgefährdet	10,9	1,7
nicht einkommensarmutsgefährdet	18,6	68,8
	Westdeutschland	
	vermögensarmutsgefährdet	nicht vermögensarmutsgefährdet
einkommensarmutsgefährdet	11,7	4,2
nicht einkommensarmutsgefährdet	18,9	65,2

Jeweiliger regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

Wie in Kapitel 5 gezeigt wurde, sind auch im Saarland trotz der sehr hohen Wohneigentümerquote (im Bundesländervergleich) die privaten Vermögen (und nicht zuletzt die Immobilienvermögen) wesentlich ungleicher als die privaten Einkommen verteilt. Im Folgenden geht es daher darum, die Effekte des (selbstgenutzten) Immobilienbesitzes vor allem auf den Grad der Altersarmutsgefährdung zu untersuchen.

Zu diesem Zweck wurde mit der EVS 2008 eine Modellrechnung durchgeführt.⁷⁶ Gemäß internationalen Gepflogenheiten ist in der EVS – im Unterschied im Übrigen zum Mikrozensus – eine unterstellte Eigentüermiete (abzüglich der Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums) in der Nettoeinkommensgröße enthalten. Um deren Einfluss auf die Armutsrisikoquoten Älterer zu berücksichtigen,

⁷⁶ Leider ist diese Berechnung wegen fehlender Vollständigkeit der verfügbaren Daten aus der EVS 2013 bis zum Redaktionsschluss nur mit der EVS 2008 möglich. Gleiches gilt für Darstellung 6.49.

ist nachfolgend diese fiktive Eigentüermiete von den Haushaltsnettoeinkommen abgezogen worden. Das führt dazu, dass die Subtraktion der fiktiven Mietwerte die Armutsrisikoquoten der Senioren etwas vermindert (von 13,3 auf 13,0 %).

Dies bedeutet umgekehrt, dass die Berücksichtigung des fiktiven Mietwerts im Nettoeinkommen die Armutsrisikoquote von Personen in Seniorenhaushalten erhöht (siehe Darstellung 6.50). Dies ist ein gegensätzliches Ergebnis zu der Hypothese, dass Immobilienbesitz sich in geringeren Armutsrisikoquoten bei den Älteren auswirken würde. Inhaltlich bedeutet der Einbezug der fiktiven Wohnkosten in das Nettoeinkommen an dieser Stelle, dass die hierdurch bewirkte Steigerung des neu berechneten Einkommensmedians der Gesamtverteilung (im Saarland: 16.264 Euro ohne fiktiven Mietwert versus 19.572 Euro inklusive des fiktiven Mietwerts) weitere Seniorenhaushalte trotz deren entsprechenden zusätzlichen (fiktiven) Einkünften unter die Armutsrisikogrenze abrutschen lässt – verglichen mit der Situation ohne Berücksichtigung des fiktiven Mietwerts.

Darstellung 6.50: Veränderung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsrisikoquoten von Personen in Seniorenhaushalten (Haushaltsvorstand: 65 Jahre oder älter) im Saarland 2008 durch Abzug der kalkulatorischen Eigentüermiete (in Euro und in Prozent)

		Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (HHNÄE); Landesmedian			
		unter 60 Prozent	60 Prozent ≤ 200 Prozent	über 200 Prozent	Alle ab 65-Jährigen
Berechnung HHNE ohne kalkulatorische Eigentüermiete	Anteile(Prozent)	13,0	82,8	4,2	100,0
	Gruppenschwertschnittswert (Euro)	8.523	16.854	41.287	16.804
Berechnung HHNE mit kalkulatorischer Eigentüermiete	Gruppen-Median (Euro)	8.784	15.152	35.925	14.680
	Anteile(Prozent)	13,3	82,6	4,2	100,0
Berechnung HHNE mit kalkulatorischer Eigentüermiete	Gruppenschwertschnittswert (Euro)	9.202	21.254	47.244	20.739
	Gruppen-Median (Euro)	9.445	20.232	41.493	19.661

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

Eine methodisch etwas andere – sozialpolitisch zumindest aber genauso berechnete – Perspektive nimmt die Untersuchung einer Armutsrisikoquote nach Abzug der Wohnkosten (also auch der tatsächlichen Wohnkosten bei den Mieterhaushalten) von den Nettoeinkommen ein (vgl. Kasten).

Eine andere Herangehensweise

Alternativ zur Einbeziehung des rechnerischen Mietwerts in die Armutsberechnungen legt die europäische Statistikbehörde EUROSTAT für die Länder der EU Zahlen zu einem Indikator „Quote der von Armut bedrohten Personen nach Abzug der Wohnkosten“ vor. Der Gedanke ist dabei, dass die für das Grundbedürfnis Wohnen aufgewendeten Beträge keinesfalls für die Haushalte disponibel sind. Sie werden daher vor Errechnung der Äquivalenzeinkommen vom Haushaltsnettoeinkommen abgezogen.

Tabelle F: Armutsrisikoquote nach Abzug der Wohnkosten nach dem Alter 2013 in Deutschland und in den Ländern der EU-15 (in Prozent)

	Insgesamt	18-64 Jahre	ab 65 Jahre
EU-15	32,1	30,3	32,7
Deutschland	36,0	34,0	43,4

Quelle: Eurostat – Datenbank, Tab. [ilc_li45] (EU-SILC), 2015

Diese rechnerische Armutsquote nach Abzug der Wohnkosten fällt in Deutschland höher aus als in den (alten) Ländern der EU-15 und ist bei ab 65-Jährigen (insbesondere bei älteren Frauen) besonders hoch. Von allen 28 EU-Ländern (Quote: 32,3 %) ist das für die Gesamtbevölkerung der vierthöchste Wert und bei den Älteren ist es der sechsthöchste Wert.

Erwerbseinkommen

Erwerbseinkommen im Alter spielen laut ASID 2011, wie oben angesprochen, als Einkommensquelle im Durchschnitt mit 4 Prozent nur eine relativ geringe Rolle. Bei westdeutschen Männern sind es aber immerhin 7 Prozent.

Generell nehmen in Folge der Einschränkung von Möglichkeiten des vorzeitigen Erwerbsaustritts/Renteneintritts die Erwerbsquoten bzw. Beschäftigungsquoten⁷⁷ bereits im höheren Erwerbsalter zu; das Renteneintrittsalter ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Hinzu kommt eine zunehmende Erwerbstätigkeit auch im Rentenalter.

Das Saarland weist (vgl. Kapitel 4) traditionell im Vergleich mit allen anderen Bundesländern besonders niedrige Beschäftigungs- und Erwerbsquoten aus. Das gilt nicht nur für die gesamte Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen. Im Dezember 2014

⁷⁷ Mit gestiegen ist aber auch die Arbeitslosigkeit, vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit, bei den Älteren.

war die gesamte Beschäftigungsquote im Saarland mit 52,5 Prozent, trotz jahrelanger Anstiege, vor Bremen (50,4 %) und Berlin (48,8 %) die drittniedrigste aller Bundesländer. Bei den 60- bis unter 65-Jährigen bedeuten die 30,8 Prozent im Saarland den deutschlandweit niedrigsten Wert (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015, S. 9). Bei den ab 65-Jährigen nimmt sowohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als auch die geringfügige Beschäftigung zu. Zwischen Juni 2010 und Juni 2014 ist die Zahl der ab 65-Jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland um 50,2 Prozent und die der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in dieser Altersgruppe um 18,1 Prozent gestiegen (auf 2.304 bzw. 11.693 Personen; vgl. ebenda, S. 3, 13).⁷⁸ Gerade die Minijobs sind unter den Älteren im und auch schon vor dem Regelrentenalter weit verbreitet.⁷⁹ Für die sozialversicherungspflichtigen Teilzeit- bzw. Vollzeittätigkeiten deutet Darstellung 6.51 einen im Vergleich zu (West-)Deutschland etwas stärkeren Zuwachs im Saarland zwischen den Jahren 2000 und 2013 an.

Darstellung 6.51: Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ausgewählte Altersgruppen) 2000 und 2013 (in Prozent)

		Insgesamt	im Rentenalter						
			50 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 bis unter 70 Jahre	70 bis unter 75 Jahre	75 Jahre und älter	Ältere ab 65
Saarland	2000	363.714	8,9	5,4	1,6	0,18	0,07	0,03	0,28
	2013	368.330	14,6	11,1	5,9	0,41	0,16	0,06	0,62
Westdeutschland	2000	22.497.126	9,2	7,1	2,4	0,23	0,09	0,04	0,37
	2013	24.218.223	13,5	10,0	5,3	0,44	0,16	0,07	0,66
Deutschland	2000	28.285.045	9,2	7,5	2,3	0,21	0,08	0,04	0,33
	2013	29.809.864	13,7	10,3	5,5	0,42	0,15	0,06	0,63

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014b (Beschäftigungsstatistik)

Es herrscht in der Literatur Einigkeit darüber, dass ein Teil dieser Alterserwerbstätigkeit freiwillig und nicht aus der Not heraus erfolgt. Ebenso ist aber auch das Fehlen ausreichender Alterseinkommen als Erwerbsmotiv häufig vorzufinden (vgl. z. B. Engstler, Gordo 2014; Schmitz 2014). Dass die Bedeutung dieses Erwerbsmotivs zunehmen

⁷⁸ Diese starken Anstiege gehen auf die steigende Zahl Älterer und ein verändertes Erwerbsverhalten der Älteren zurück. Inwieweit sich das Beschäftigungsverhalten der Betriebe wirklich grundlegend verändert hat, ist eine noch weitgehend ungeklärte Frage.

⁷⁹ Hier ist der Befund aus der Versichertenkontenstichprobe der Rentenversicherung bedeutsam, dass jene Versicherten, die bis zu ihrem 55. Lebensjahr trotz vieler Beitragsjahre nur wenige Entgeltpunkte in der Rentenversicherung erworben haben, auch ab dem 55. Lebensjahr bis zum Rentenbeginn im Durchschnitt nur noch relativ wenig Entgeltpunkte erwerben (vgl. Kistler, Trischler 2014, S. 189).

wird, ist angesichts des sinkenden Rentenniveaus und der real sinkenden Renten wahrscheinlich.

Eine wichtige, wenn auch empirisch nur schwer fassbare und in der Interpretation komplexe Dimension in der Untersuchung von Altersarmut betrifft die Problematik materieller Deprivation. Hauser und Schüssler (2012) haben in ihrer international vergleichenden Studie zu diesem Thema festgestellt, dass zwischen der Häufigkeit relativer Einkommensarmut und der Häufigkeit des Vorhandenseins materieller Deprivation ein deutlicher Unterschied besteht (ebenda, S. 20). Da für das Saarland keine entsprechenden Auswertungen möglich sind, sollen im Folgenden (vgl. Kasten) nur die aktuellsten verfügbaren Befunde für Gesamtdeutschland kurz wiedergegeben werden.

Materielle Deprivation – Bei Älteren etwas geringer ausgeprägt

Die folgende Tabelle enthält für das Jahr 2013 in Deutschland die Anteile der Befragten nach Altersgruppen, die zu bestimmten Dingen angeben, dass sie sich diese aus finanziellen Gründen nicht leisten können.

Tabelle G: Materielle Entbehrung – ausgewählte Einzelkriterien nach Alter 2013 (in Prozent)

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren		
		unter 18	18 - 64	65 und älter
Rechtzeitiges Bezahlen der Miete oder der Rechnungen für Versorgungsleistungen	5,1	7,8	5,6	1,3
Angemessenes Heizen der Wohnung	5,3	6,1	5,7	3,5
Unerwartete Ausgaben in bestimmter Höhe aus eigenen Finanzmitteln bestreiten	32,9	36,6	35,2	22,9
Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen	8,4	8,0	8,8	7,4
Jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause verbringen	22,4	25,8	23,4	16,7
PKW	7,4	5,3	8,1	6,8

Personen in Haushalten mit Angabe zur Fragestellung. Weitere Kriterien der materiellen Entbehrung (keine Waschmaschine vorhanden, kein Farbfernsehgerät vorhanden, kein Telefon vorhanden) werden nicht aufgeführt, da deren Zahlenwerte statistisch relativ unsicher beziehungsweise nicht sicher genug sind.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2015c, S. 20.

Unbenommen der Frage, wie ehrlich die Befragten und dabei bestimmte Altersgruppen solche Mangelsituationen zugeben, ist festzustellen: Unter den ab 65-Jährigen ist der Anteil der Befragten mit Mangelsituationen geringer, aber auch nicht unerheblich. Insbesondere gilt das für die Möglichkeit, aus freien Reserven des Haushalts unerwartete Ausgaben tätigen zu können.

6.4.4 Zur Lebenslage und den Teilhabechancen (einkommensarmer) Älterer

Jenseits der Frage nach dem materiellen Wohlstand der Älteren wird das „Altersbild“⁸⁰ in der Gesellschaft von einigen wesentlichen Entwicklungen geprägt: Die heutigen Älteren können von einer höheren statistischen Restlebenserwartung ausgehen als Gleichaltrige früherer Generationen – und das im Schnitt auch bezüglich von Jahren in Gesundheit. Vereinfacht gesprochen: Sie sind besser ausgebildet, sie sind fitter, mobiler usw.

Solche „Bilder“ tendieren aber dazu, zu Stereotypen zu werden; das meint, zu sehr zu vereinfachen, vom Durchschnitt auszugehen und die Heterogenität der attribuierten Gruppe aus dem Auge zu verlieren.⁸¹ „Die“ Alten gibt es aber ebenso wenig wie „die“ Jungen, „die“ Arbeitslosen oder „die“ Armen.

Das betrifft bezogen auf die ältere(n) Generation(en) angesichts der gestiegenen Lebenserwartung zunächst bereits die gestiegene Zahl in relevantem Ausmaß besetzter Altersjahrgänge. Waren noch vor wenigen Jahrzehnten über 90-Jährige seltene Ausnahmen, so umgreifen statistische Kategorisierungen wie „Seniorenhaushalte“ oder „ab 65-Jährige“ heute sehr unterschiedliche Altersgruppen mit relevanten Personenzahlen und mit auch sehr unterschiedlichen Biografien und Sozialisationsbedingungen in ihrer Jugend.

⁸⁰ Vgl. zur Bedeutung von „Altersbildern“ (Selbst- und Fremdbildern!) den Sechsten Altenbericht der Bundesregierung (Deutscher Bundestag 2010).

⁸¹ Ein besonders interessantes Beispiel ist der Paradigmenwechsel vom sogenannten „Defizitmodell des Alters“ zum „Kompetenzmodell des Alters“ (vgl. Mayntz 2000) in der Debatte um die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit Älterer (vgl. Kistler 2008). Auch wenn die Mehrheit der 60- bis 65-Jährigen heute fitter und arbeitsfähiger ist als die Personen diesen Alters ein oder zwei Generationen zuvor, so gilt das für einen Teil der jeweiligen Population eben nicht. Wird diese Heterogenität ignoriert, so droht die Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik ihre wichtigsten Zielgruppen zu verfehlen, und die gesellschaftliche Spaltung nimmt zu (vgl. Reindl 2009).

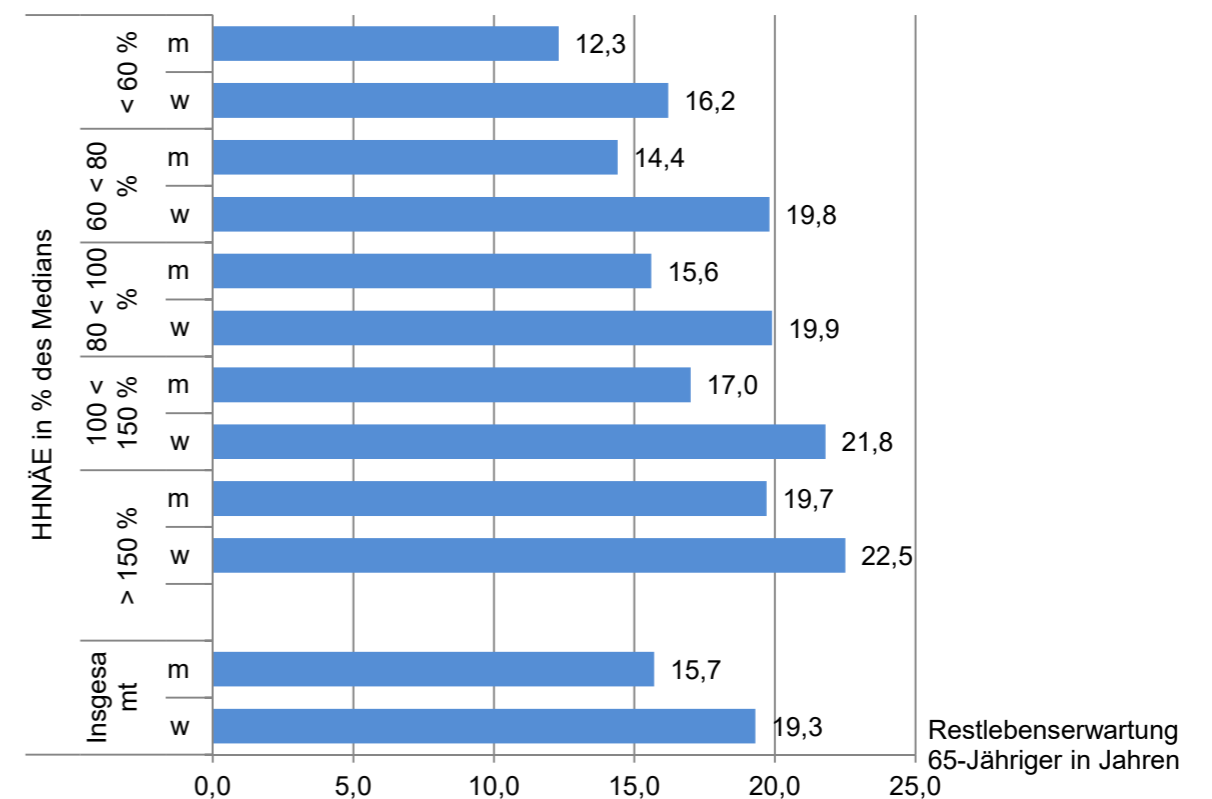
Darüber hinaus spricht vieles dafür, dass die Vielfalt der sozioökonomischen Differenzierungen zunimmt. Vereinfacht: Inzwischen gibt es z. B. auch jenseits des 65. Lebensjahres eine größere Gruppe von Ausländern, bald auch viele Personen aus der zweiten Migrantengeneration; ebenso steigt der Anteil der Geschiedenen.

Hinzuweisen ist darauf, dass es in der Armuts- oder Sozialberichterstattung für ein Bundesland mit einer kleinen Einwohnerzahl wie dem Saarland besonders enge Grenzen des Nachzeichnens dieser Heterogenität mit statistisch gesicherten Aussagen gibt, was es gerade bei nur mit Stichprobendaten behandelbaren Themen wie in diesem Abschnitt erfordert, vor allem auf (west-)deutsche Ergebnisse abzustellen.

Lebenserwartung und Gesundheit

Der wohl wichtigste Befund zur gruppenspezifischen Lebenslage der Bevölkerung bzw. Älterer im Armutsrisiko betrifft die Lebenserwartung bei Geburt und ab einem Alter von 65 Jahren in Abhängigkeit vom Einkommen (vgl. Darstellung 6.52).

Darstellung 6.52: Restlebenserwartung ab einem Alter von 65 Jahren nach Haushaltsnettoäquivalenzeinkommensgruppen in Deutschland (in Jahren)



Quelle: Lampert u. a. 2011, S. 249 (mit SOEP und Periodensterbetafeln 1995-2005)

Männer im Alter von 65 Jahren aus Haushalten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von 150 Prozent und mehr des Medians haben mit 19,7 Jahren eine um 7,2 Jahre längere (durchschnittliche) Restlebenserwartung als solche unterhalb der 60 Prozent-Armutrisikoschwelle (12,3 Jahre). Bei Frauen ist der Unterschied in der Restlebenserwartung (22,5 versus 16,2 %) nur etwas geringer.

Stellt man auf die Lebenserwartung bei Geburt ab, so lautet der Unterschied bei Männern 80,9 versus 70,1 Jahre bzw. bei Frauen 85,3 versus 76,9 Jahre. „Auffallend ist dabei, dass sich auch zwischen den mittleren Einkommensgruppen Unterschiede zeigen, so dass von einer graduellen Abstufung der Lebenserwartung ausgegangen werden kann.“ (Lampert u. a. 2013, S. 260). Auch wenn hier unzweifelhaft komplexe wechselseitige Wirkungszusammenhänge bestehen, muss festgehalten werden:

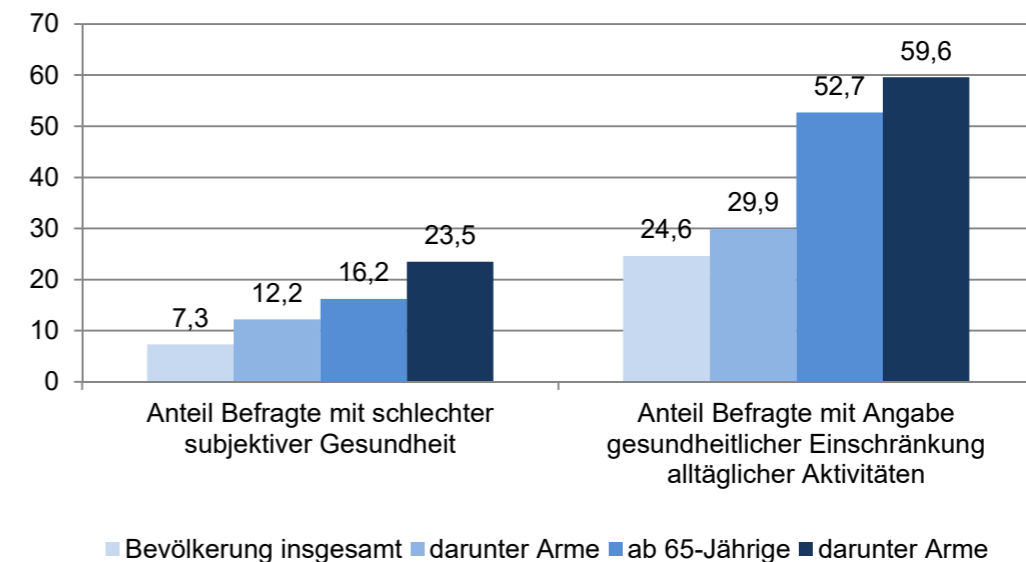
„Die Aussicht auf ein langes und gesundes Lebens ist je nach Einkommen, Bildung und Berufsstatus ungleich verteilt, und auch noch im höheren Lebensalter lässt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen und gesundheitlichen Lage herstellen.“ (Richter-Kornweitz 2012, S. 151).⁸² Aus anderer Perspektive betrachtet, bedeutet das: Es „... erreichen 31 Prozent der Männer und 16,0 Prozent der Frauen aus der Armutrisikogruppe gar nicht erst das 65. Lebensjahr. Bei Männern und Frauen aus der höchsten Einkommensgruppe liegt der Anteil der vorzeitig Verstorbenen mit 13,0 Prozent bzw. 7,0 Prozent deutlich niedriger.“ (Lampert 2009, S. 129). Eine „... Analyse auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) legt die Interpretation nahe, dass die geringere Lebenserwartung von Frauen in Haushalten mit niedrigen Einkommen zu Teilen auf die psychische Belastung durch finanzielle Knappheit sowie auf schwächere soziale Netzwerke zurückgeführt werden kann. Bei Männern mit niedrigen Einkommen scheinen sich geringe Bildung und ein physisch belastendes Arbeitsleben negativ auf die fernere Lebenserwartung auszuwirken“ (Kroh u. a. 2012, S. 3).

Bei einer Abfrage, ob das Leben durch gesundheitsbedingte Faktoren im Hinblick auf alltägliche Verrichtungen eingeschränkt sei (z. B. Treppensteigen), ist der Anteil, die von solchen Einschränkungen berichten, bei Älteren erwartungsgemäß höher. Und: Für Personen in relativer Armut steigt der Anteil (im Durchschnitt und bei Älteren) noch zusätzlich an (vgl. Darstellung 6.53). Arme Ältere weisen auch einen höheren Anteil

⁸² Hinzu kommt, dass die EU in einem aktuellen Bericht anhand des Indikators „Restlebenserwartung in Gesundheit im Alter von 65 Jahren“ für Deutschland bei Männern wie Frauen den siebtschlechtesten Rang unter 28 EU-Ländern im Jahr 2012 ausweist und Deutschland dabei gleichzeitig den schlechtesten Rang aller „alten“ EU-Länder hat (vgl. European Commission 2015, S. 71).

von Menschen auf als der Durchschnitt der Älteren, die von einem schlechten eigenen Gesundheitszustand berichten.

Darstellung 6.53: Armut und Gesundheit bei Älteren in Deutschland 2007 (in Prozent)



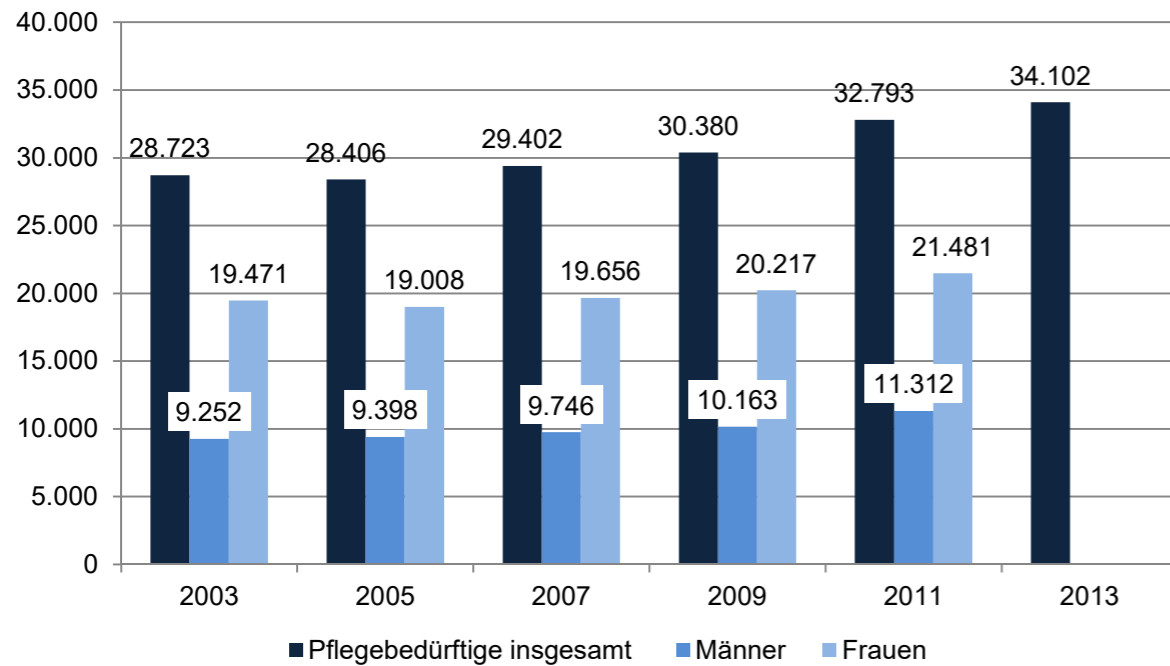
Quelle: Eigene Darstellung nach Hauser, Schüssler 2012, S. 226ff. (EU-SILC)

Zwar ist der Anteil derjenigen im Alter kaum höher als im Durchschnitt, die angeben, trotz entsprechender gesundheitlicher Beschwerden keinen Arzt bzw. Zahnarzt aufgesucht zu haben. Kommt das Kriterium hinzu, dass die Befragten nur über ein Einkommen unterhalb der Armutrisikoschwelle verfügen, so steigt der Anteil aber (vgl. Holler u. a. 2015).

Pflege

Obwohl Pflegebedürftigkeit auch junge Menschen treffen kann, ist sie doch primär ein Problem bei älteren, vor allem bei betagten Personen. Sie ist wegen der höheren Lebenserwartung und des Wegsterbens der Ehemänner bei Frauen hohen Alters deutlich häufiger zu finden. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen auch im Saarland relativ kontinuierlich zu und wird wohl weiter steigen (vgl. Darstellung 6.54).

Darstellung: 6.54: Entwicklung der Anzahl der Pflegebedürftigen 2003 bis 2013 im Saarland (in Personen)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2013; Statistisches Amt Saarland 2015c, S. 16

In den Jahren 2011 und 2013 ist im Saarland im Vergleich zu Deutschland insgesamt ein hinsichtlich der alters- und geschlechterspezifischen Pflegequoten eher durchschnittliches Bild zu verzeichnen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015h). 2013 gab es im Saarland insgesamt 34.102 Pflegebedürftige. Über die Jahre seit 2003 betrachtet, hat der Anteil der Leistungsempfänger für Ambulante Pflege zugenommen, leicht auch der Anteil der vollstationären Pflege (Seit 2009 ist aber wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen). Dagegen hat der Anteil der Empfänger von Pflegegeld (für selbstbeschaffte Pflegehilfen, meist Angehörige) tendenziell abgenommen (vgl. Darstellung 6.55).

Darstellung 6.55: Entwicklung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sowie Leistungsarten 2003 bis 2013 im Saarland (absolut in Personen und darunter in Prozent)

Leistungsarten	Anzahl bzw. Anteil	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Pflegebedürftige insgesamt	Anzahl	28.723	28.406	29.402	30.380	32.793	34.102
	Prozent	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Ambulante Pflege*	Anzahl	5.300	5.592	5.865	6.642	6.883	7.230
	Prozent	18,5	19,7	19,9	21,9	21,0	21,2
Vollstationäre Pflege**	Anzahl	8.600	8.732	9.061	9.384	10.024	10.293
	Prozent	29,9	30,7	30,8	30,9	30,6	30,2
Pflegegeld***	Anzahl	14.713	13.894	14.247	14.354	15.886	16.579
	Prozent	51,2	48,9	48,5	47,2	48,4	48,6

*Pflegebedürftige, die von einem nach SGB XI zugelassenen ambulanten Pflegedienst Pflegesachleistungen (einschließlich Kombinationsleistungen oder häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson) erhalten und zu Hause versorgt werden

**Pflegebedürftige, die vollstationäre Dauer- und Kurzzeitpflege durch die nach SGB XI zugelassenen Pflegeheime erhalten

*** Pflegebedürftige, die Pflegegeld für selbstbeschaffte Pflegehilfen nach § 37 SGB XI erhalten; d. h.: Pflegebedürftige, die z. B. durch Angehörige versorgt werden.

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2013; Statistisches Amt Saarland 2015c, S. 16

Mehr als die Hälfte der Empfänger von Pflegeleistungen (57 %) befand sich 2013 in der Pflegestufe I, knapp ein Drittel (31 %) in Pflegestufe II sowie gut 10 Prozent in Pflegestufe III.

So wenig die Zahlen aus der saarländischen Pflegestatistik einerseits vom Bundesdurchschnitt abweichen, so deutlich sind andererseits einige kleinräumige Unterschiede ausgeprägt. So variieren die Pflegequoten, bezogen auf die gesamte Bevölkerungszahl bzw. auf die Zahl der ab 65-Jährigen zwischen den Kreisen erheblich, was auch mit der Verteilung der stationären Einrichtungen im Land zusammenhängt. Die Pflegequoten sind dabei jeweils im Regionalverband Saarbrücken am geringsten und im Kreis St. Wendel (sowie im Kreis Saarlouis) am höchsten (vgl. Darstellung 6.56). Auch hinsichtlich der Leistungsarten sind die regionalen Unterschiede erheblich, z. B. die hohen Anteile der stationären Pflege im Regionalverband sowie in den Landkreisen Merzig-Wadern und Neunkirchen.

Darstellung 6.56: Pflegebedürftige in den saarländischen Landkreisen 2013 (Anzahl und Prozent)

	Saarland	Regionalverband Saarbrücken	Merzig-Wadern	Neunkirchen	Saarlouis	Saarpfalz-kreis	St. Wendel
Leistungsempfänger/innen insgesamt	34.102	9.845	3.688	4.798	7.557	4.747	3.462
davon (in %):							
- ambulante Pflege	21	20	18	19	25	19	26
- stationäre Pflege	30	34	35	33	24	29	26
- Pflegegeld*	49	46	47	48	51	52	48
Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner	34	30	36	36	39	33	39

* Ohne Empfänger/innen von Kombinationsleistungen

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Statistisches Amt Saarland 2015c, S. 16

Weitere Lebenslagendimensionen

Auch in anderen Lebensbereichen zeigen – vor allem überregionale – empirische Befunde, dass arme Ältere in vielerlei Hinsicht besondere Teilhabeprobleme haben. Hier können sich physische (gesundheitsbedingte/altersbedingte) Zugangsprobleme (z. B. zu Infrastrukturangeboten) und solche, die aus einem Mangel an finanziellen Möglichkeiten oder auch an Informationen resultieren, gegenseitig verstärken. In diesem Kontext äußert die Bundesregierung beispielsweise: „Auf Basis des Deutschen Alterssurveys 2008 deutet sich an, dass ältere Personen, die von Armut betroffen sind, die Angebote öffentlicher Einrichtungen insgesamt seltener nutzen als nicht von Armut betroffene ... Nur zehn Prozent der gemäß EU-Definition als arm einzustufenden Älteren besuchen zumindest gelegentlich Kurse oder Vorträge zu Fort- oder Weiterbildung, bei den nicht von Armut betroffenen Älteren zwischen 65 und 85 Jahren sind das immerhin 20 Prozent ... Besonders ausgeprägt ist der Unterschied bei der Nutzung kultureller Angebote wie dem Besuch von Konzerten, Theater, Oper oder Museen, 40 Prozent der von Armut Betroffenen nutzen solche Angebote, jedoch 60 Prozent der nicht von Armut Betroffenen“ (Deutscher Bundestag 2011, S. 32). Das Sozialministerium in Wien hat im österreichischen Sozialbericht 2008 treffend formuliert, was das für die Lebenslage der fokussierten Bevölkerungsgruppen bedeutet: „Nur eine Gesamtsicht der Ein-

kommen der Haushalte einerseits und des Volumens und der Art des Zugangs zu öffentlichen Diensten andererseits bietet eine realistische Sicht der jeweiligen Teilhabemöglichkeiten“ (BMASK 2009, S. 13).

Eine andere Folge von Armut, speziell im Alter, bezieht sich auf die sozialen Kontakte der Betroffenen: „42 % der von Armut betroffenen 65- bis 85-jährigen Älteren haben nur zu maximal zwei ihnen wichtigen Personen regelmäßigen Kontakt. Bei den nicht von Armut betroffenen Personen sind es 33 %. Sieben Prozent der von Armut betroffenen 65- bis 85-Jährigen geben an, keine wichtige Kontaktperson zu haben (nicht von Armut Betroffene: fünf Prozent)“ (Deutscher Bundestag 2011, S. 51). Das Fehlen ausreichender sozialer Kontakte ist dabei nicht nur ein lebenslagenrelevantes sozialpsychologisches Problem, sondern kann gerade für ältere Arme z. B. im Fall der Pflegebedürftigkeit zu einem existenziellen Problem werden.

Defizite bei sozialen Kontakten dürften sich auch durch das im Bundesvergleich überproportionale und über Zeit gestiegene freiwillige Engagement Älterer (vgl. Kasten) nur sehr begrenzt kompensieren lassen – weder im Sinne eines Anstiegs der Zahl potenzieller Helfer, noch auf individueller Ebene im Sinne von mehr Sozialkontakten und damit Chancen außerfamilialer ehrenamtlicher Hilfen.

Ältere im Saarland sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich häufig freiwillig engagiert

„Dass das Engagement im Saarland im Vergleich zum Bund deutlich höher ist, liegt vor allem an den mittleren Jahrgängen im Alter von 31 bis 59 Jahren. Hier liegt das Engagement auch deutlich über dem Landesdurchschnitt. Junge Menschen im Alter von bis zu 30 Jahren sowie ältere Menschen im Alter ab 60 Jahren waren dagegen in etwa gleich häufig engagiert wie ihre Altersgenossen auf Bundesebene“ (Gensicke, Geiss 2010, S. 7). Bei den Älteren liegt die Engagementquote im Saarland bei 32, im Bund bei 30 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil der freiwillig Engagierten im ländlichen Raum bzw. im Nord-Westen des Saarlands (vgl. ebenda, S. 44). Das freiwillige Engagement Älterer ist seit 1999 gestiegen (Ergebnisse aus dem Freiwilligensurvey 2014 liegen noch nicht vor). „Trotz der traditionellen Dominanz älterer Menschen in bestimmten Bereichen ist die Bandbreite ihrer freiwilligen Tätigkeiten groß“ (ebenda, S. 51). Die sehr hohe Vereinsdichte spiegelt sich auch in den Engagementbereichen mit Spitzenwerten in den Bereichen Sport und Bewegung, Religion und Kirch sowie Kultur, Kunst und Musik (vgl. ebenda, S. 52).

Das gilt vor allem, da sich inzwischen gruppenspezifische Pflegearrangements herauschälen⁸³: Während in sozial/materiell schwachen Bevölkerungsschichten, auch wegen der geringen Opportunitätskosten, private Pflege dominiert⁸⁴ (allenfalls mit einer professionellen Unterstützung durch ambulante Pflegedienste), geht der Trend bei bessergestellten Pflegefällen schneller in Richtung professioneller, stationärer Pflege.

Als letztes Beispiel für die Folgen von (Alters-)Armut soll an dieser Stelle die subjektive Dimension angesprochen werden: (Lebens-)Zufriedenheit ist eine sehr wichtige Lebenslagendimension, ebenso wie die Freiheit von Sorgen und Unsicherheit.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit der saarländischen Bevölkerung ist laut SOEP 2012 im Vergleich zu Westdeutschland mit 7,1 Punkten auf einer elfstufigen Skala nur geringfügig niedriger als im westdeutschen Durchschnitt (7,2). Das gilt im Wesentlichen für alle im SOEP 2012 abgefragten Lebensbereiche (vgl. Darstellung 6.57). Wie der Darstellung auch zu entnehmen ist, ist die Zufriedenheit mit dem sowohl persönlichen als auch Haushaltseinkommen und dem System der Sozialen Sicherung am geringsten. Auf westdeutscher Ebene (für das Saarland sind die Befragtenzahlen für gruppenspezifisch differenzierte statistisch gesicherte Aussagen im SOEP zu gering) erweist sich, dass Ältere, die in einem Haushalt mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle leben, generell, vor allem aber auch mit dem Einkommen und mit dem System der sozialen Sicherung nochmals, unzufriedener sind als der Durchschnitt der Bevölkerung.

⁸³ Strukturell ähnlich stellt sich dieses Problem auch unterhalb der Schwelle der Pflegebedürftigkeit für Hilfen bei alltäglichen Verrichtungen dar (Putz- und Haushaltshilfen), z. B. zur Sicherung des Verbleibens in der bisherigen Wohnung (vgl. Sojka 2011, S. 649ff).

⁸⁴ Auch mit der weiteren Folge eventueller negativer Folgen für die Alterssicherung der (meist weiblichen) Pflegepersonen – trotz der inzwischen ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen.

Darstellung 6.57: Durchschnittliche Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen im Jahr 2012 im Saarland und in Westdeutschland (insgesamt und für Ältere, Skalenmittelwerte)

		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
Saarland	Insgesamt	7,1	6,5	6,9	6,5	6,2	6,0	7,4	6,6	-	7,8	6,2
Westdeutschland	Insgesamt	7,2	6,7	7,1	6,8	6,7	6,2	7,8	7,2	6,9	7,9	6,2
	ab 65 Jahre	7,2	6,0	7,1	6,8	6,8	6,4	8,2	8,1	(5,5)	8,0	6,5
	unter Armutsschwelle ab 65 Jahre und unter Armutsschwelle	6,5	6,0	6,7	6,5	4,9	4,4	7,2	7,3	6,9	7,3	6,0
		6,5	5,3	5,2	6,5	5,1	4,8	7,7	8,2	-	7,4	5,8

Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden)

Zufriedenheit mit

A – Gesamtzufriedenheit

B – Gesundheit

C – Arbeit (falls erwerbstätig)

D – Hausarbeit (falls im HH tätig)

E – Haushaltseinkommen

F – persönliches Einkommen

G – Wohnung

H – Freizeit

I – Kinderbetreuung (falls Kinder im Vorschulalter)

J – Familienleben

K – sozialer Sicherung

Quelle: Eigene Berechnung (mit SOEP)

Im SOEP 2012 wurde in einer weiteren Frage auch nach der subjektiven Bewertung der sozialen Absicherung in vier verschiedenen Lebenssituationen bzw. Bereichen gefragt (vgl. Darstellung 6.58).

Darstellung 6.58: Durchschnittliche Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen im Saarland und in Westdeutschland 2012 (Skalenmittelwerte)

		A	B	C	D
Saarland	Insgesamt	2,6	3,3	3,2	3,6
Westdeutschland	Insgesamt	2,5	3,2	3,2	3,6
	ab 65 Jahre	2,5	3,0	2,9	3,4
	unter Armutsschwelle	2,8	3,4	3,6	3,8
	ab 65 Jahre und unter Armutsschwelle	2,9	3,4	3,4	3,8

Skala von 1 (= sehr gut) bis 5 (= sehr schlecht)

Absicherung Lebenssituation

A – bei Krankheit

B – bei Arbeitslosigkeit

C – für Alter

D – für Pflegebedürftigkeit

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SOEP)

Auf einer fünfstufigen Skala erweist sich, dass die Bevölkerung im Saarland wie in Westdeutschland die Absicherung im Fall der Pflegebedürftigkeit mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 3,6 als am schlechtesten einschätzt. Die Absicherung im Krankheitsfall schneidet dagegen am besten ab. Wiederum weichen die saarländischen Ergebnisse nur geringfügig vom westdeutschen Durchschnitt ab. Wie die westdeutschen Werte zeigen, ist die Bewertung in allen vier Bereichen bei Personen im Armutsrisiko generell sowie auch bei älteren Armen schlechter als in der Gesamtbevölkerung.

6.4.5 Zwischenfazit

Der überproportionale Anstieg der Armutsrisikoquote Älterer im Saarland hängt eng mit der Entwicklung der Zahlbeträge der gesetzlichen Renten zusammen, auch wenn von einer niedrigen einzelnen Rente nicht unmittelbar auf die gesamten Alterseinkünfte bzw. letztlich nicht auf die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen geschlossen werden kann. Dennoch hinterlassen sowohl die Rentenreformen (Absenkung des Rentenniveaus, Abschläge) ihre Spuren als auch die Veränderungen in den Erwerbsbiografien, die hinter den Rentenansprüchen stehen: die jahrzehntelange Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung atypischer Beschäftigungsformen einerseits, die gestiegene (aber immer noch unterdurchschnittliche) Frauenerwerbstätigkeit andererseits, ebenso wie das leicht unterdurchschnittliche Qualifikationsniveau im Saarland.

Zentral ist, dass

- die Versichertenrenten im Bestand im Saarland seit 2000 kaum gestiegen sind, sondern sich inzwischen nur noch auf westdeutschem Durchschnittsniveau bewegen,
- die Versichertenrenten im Zugang niedriger sind als im westdeutschen Durchschnitt,
- die durchschnittlichen Gesamtzahlbeträge der Rentenzahlungen (Einfach- und Mehrfachbezieher zusammen betrachtet) im Saarland niedriger sind als in Deutschland,
- neben einer deutlichen regionalen Streuung der Rentenzahlbeträge vor allem die Streuung der Rentenzahlbeträge in ihrer Höhe (bei Männern und auf viel niedrigerem Niveau auch bei Frauen) größer wird.

Hinzu kommt, dass die Bedeutung der (im Schnitt deutlich höheren) Renten mit Knappchaftsbezug weiter abnimmt, was mittelfristig die Renten und die Alterseinkommen insgesamt im Saarland dämpfen (wenn nicht gar sinken lassen) wird.

Von daher erscheinen die Aussagen zur relativen Armut Älterer in der „Sozialstudie Saar“ (vgl. Engels u. a. 2009, S. 212f) als verharmlosend: Der zu sehr auf die Grundversicherungsquoten gerichtete Blick und die Außerachtlassung der Entwicklung bei den gesetzlichen Renten als unverändert wichtigster und vergleichsweise noch sicherster Einkommensquelle im Alter hat damals zwar zu der Aussage geführt, dass in Zukunft mit steigender Altersarmut zu rechnen sei; die Unmittelbarkeit und Schärfe der Entwicklung – gerade auch für das Saarland – wurde aber offensichtlich unterschätzt.

Überschätzt wurde dagegen eher der Beitrag, den die private Altersvorsorge (Riester) und die zunehmende Welle an Vererbungen/Schenkungen zur Verhinderung von Altersarmut werden leisten können. Die kapitalmarktabhängige Altersvorsorge ist zu volatil, zu unsicher und noch dazu gerade bei den Problemgruppen nicht ausreichend verbreitet. Die „Vererbungswelle“ wird bei den Problemgruppen nicht in relevanter Höhe zu einer Vermehrung von Vorsorgekapital führen. Die Erbmasse ist (vgl. Kapitel 9) zu ungleich verteilt. Immer mehr Ältere werden aber, soweit sie dazu überhaupt in der Lage sind (Gesundheit, Arbeitsmarkt) auch noch im Rentenalter arbeiten müssen um ihre materielle Lage zu verbessern.

Ob sich dadurch auch ihre gesundheitliche Situation, ihre Lebenslage, ihre Teilhabechancen und ihre Lebenszufriedenheit verbessern, kann noch nicht gesagt werden. Es gibt, wie die vorstehenden Beispiele gezeigt haben, in dieser Hinsicht jedenfalls einige Probleme: Altersarmut ist in verschiedensten Bereichen mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Lebenslage der Betroffenen verbunden.

6.5 Mindestsicherungs- und Sozialleistungen

Unter dem Begriff der Mindestsicherung werden mehrere Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme des Staates zusammengefasst. Dazu zählen Leistungen des SGB II (Arbeitslosengeld II im Fall von erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bzw. Sozialgeld im Fall von nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten), die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Im Folgenden werden nach Angaben zur gesamten Mindestsicherung die zahlenmäßig bedeutsamsten Arten der Mindestsicherung einzeln betrachtet. Mit weitem Abstand sind dies Leistungen nach dem SGB II. So entfielen im Dezember 2013 82 Prozent der Mindestsicherungsleistungen in Deutschland auf Leistungen nach dem SGB II (Saarland 81 %) und weitere 13 Prozent auf die Grundsicherung (Saarland 15 %). Die restlichen, geringen Anteile entfallen in absteigender Reihenfolge auf Asylbewerberleistungen (Deutschland: 3 %, Saarland: 2 %), Hilfe zum Lebensunterhalt⁸⁵ (Deutschland: 2 %, Saarland: 2 %) und die Kriegsopferfürsorge (Deutschland: 0,5 %, Saarland: 0,6 %). Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz werden aufgrund ihrer zahlenmäßig relativ geringen Bedeutung nachfolgend nicht einzeln analysiert.

Zusätzlich zu Leistungen der Mindestsicherung werden Hilfen zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen sowie Hilfen in besonderen Lebenslagen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII betrachtet, die vorrangig zur Bewältigung besonderer Lebenssituationen und -umstände vorgesehen sind und nicht als soziale Mindestsicherungsleistungen zählen (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012).

Die Leistungen nach SGB II und SGB XII orientieren sich an einem Regelbedarf. Für eine erwachsene leistungsberechtigte Person, die als alleinstehende oder alleinerziehende Person einen eigenen Haushalt führt, betrug er nach Regelbedarfsgesetz 374 Euro im Jahr 2012, 382 Euro im Jahr 2013 und 399 Euro im Jahr 2015 (vgl. BGBl.

⁸⁵ Seit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch ab 1. Januar 2005 hat sich der Personenkreis, der Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, erheblich reduziert (im Wesentlichen auf Erwerbsunfähige auf Zeit, Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern).

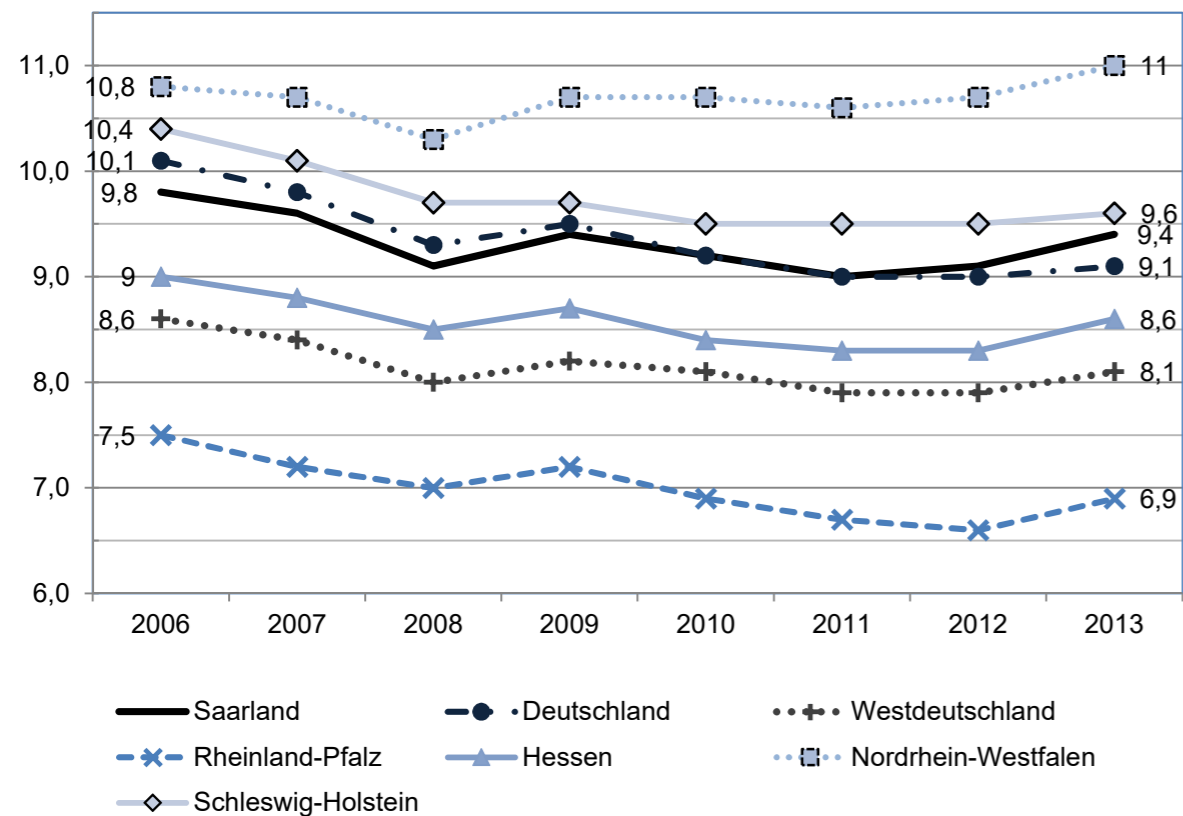
2012, BGBl. 2012, BGBl. 2014). Der Regelbedarf umfasst den zur Sicherung des Existenzminimums notwendigen Lebensunterhalt, wozu „insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens“ (§20 Abs. 1 SGB II) zählen.

6.5.1 Mindestsicherungsquote

Bundesweit sind die Mindestsicherungsquoten⁸⁶ sowohl bei Frauen als auch bei Männern zwischen 2006 und 2011 gesunken. 2012 war eine Stagnation und 2013 ein leichter Anstieg der Mindestsicherungsquoten zu beobachten. Parallel dazu, lediglich auf einem etwas geringeren Niveau, ist die Entwicklung in Westdeutschland verlaufen. Die Mindestsicherungsquoten des Saarlandes liegen konstant über dem westdeutschen Durchschnitt und über den Werten Hessens, wo im Vergleich zu Westdeutschland ebenfalls überdurchschnittlich hohe Werte festzustellen sind. Im regionalen Vergleich des Saarlandes mit Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist die Mindestsicherungsquote in Rheinland-Pfalz mit Abstand am niedrigsten. Am höchsten ist der Anteil der von Mindestsicherungsleistungen abhängigen Personen in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Schleswig-Holstein. Für das Saarland ist besonders hervorzuheben, dass bis 2011 im Vergleich zur deutschen Quote niedrigere oder gleich hohe, ab 2012 jedoch leicht überdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten vorliegen (vgl. Darstellung 6.59).

⁸⁶ Bei den regionalen Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung unterhalb der Bundesebene handelt es sich beim Nachweis der Merkmale Geschlecht, Nationalität und Alter ab 2011 laut amtlicher Statistik um vorläufige Ergebnisse. Aus Gründen der Einheitlichkeit werden die Ergebnisse nach dieser Methodik auch für die deutschen Gesamtwerte verwendet, so dass es bei Auswertungen nach diesen Merkmalen zu Abweichungen gegenüber dem deutschen Gesamtergebnis des Statistischen Bundesamtes kommen kann.

Darstellung 6.59: Mindestsicherungsquoten im Saarland, in Westdeutschland, Deutschland und den Vergleichsbundesländern 2006-2013 (in Prozent)



Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen im Einzelnen folgende Hilfen:

- Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)
- laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014d

Bei geschlechtsspezifischer Betrachtung sind im Bundesdurchschnitt am aktuellen Rand für Frauen und Männer identische Quoten (je 9,1 %) festzustellen. Dies ist eine Veränderung gegenüber 2006: Seinerzeit bezogen relativ noch (etwas) häufiger Männer (10,2 %) als Frauen (9,9 %) Leistungen der Mindestsicherung. Regional betrachtet, fällt diese Entwicklung unterschiedlich aus: Auch im Saarland bezogen Männer (9,7 %) 2006 leicht häufiger Mindestsicherungsleistungen als Frauen (9,6 %), 2013 ist dieses Verhältnis hingegen umgekehrt (Männer: 9,3 %, Frauen 9,5 %).

Überdurchschnittlich hoch ist die Mindestsicherungsquote bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Obwohl die Mindestsicherungsquote von Ausländerinnen und Ausländern mit 23,0 Prozent im Vergleich zum saarländischen Durchschnitt von

9,1 Prozent im Jahr 2012 stark und im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt leicht erhöht ist, liegen die Mindestsicherungsquoten von Ausländerinnen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein noch deutlich höher als im Saarland (vgl. Darstellung 6.60).

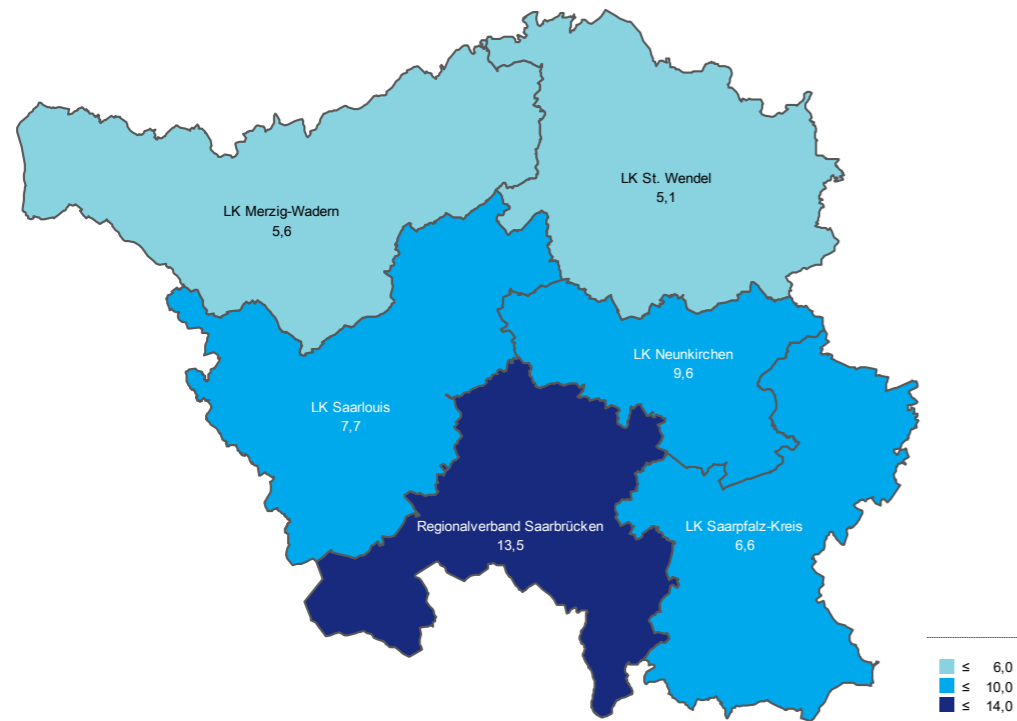
Darstellung 6.60: Mindestsicherungsquoten von Ausländer/-innen im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt nach Bundesländern 2012 (in Prozent)

	Insgesamt	Ausländer/-innen
Saarland	9,1	23,0
Deutschland	9,0	22,4
Rheinland-Pfalz	6,6	18,4
Hessen	8,3	21,0
Nordrhein-Westfalen	10,7	27,7
Schleswig-Holstein	9,5	30,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015e

Stärker als zwischen den betrachteten Bundesländern fallen die Unterschiede der Mindestsicherungsquoten beim Vergleich saarländischer Stadt- und Landkreise aus. Während 2012 der saarländische Durchschnitt ca. 9 Prozent betrug, lag die Mindestsicherungsquote in den saarländischen Stadt- und Landkreisen zwischen etwa 5 Prozent im Landkreis St. Wendel und ca. 17 Prozent in der Landeshauptstadt Saarbrücken bzw. etwa 13 Prozent im Regionalverband Saarbrücken (vgl. Darstellung 6.61). Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Mindestsicherungsquote in Stadtkreisen deutlich höher als in ländlichen Regionen ausfällt – eine Beobachtung, die aufgrund der unterschiedlichen Sozialstrukturen in städtischen und ländlichen Regionen nicht nur für das Saarland und auch für die meisten anderen Hilfequoten zutreffend ist. Etwas überdurchschnittlich ist die Mindestsicherungsquote auch im Landkreis Neunkirchen. Insgesamt ist im Saarland daher ein Nord-Süd- bzw. ein Nord-Südwest-Gefälle zu beobachten (vgl. Darstellung 6.61).

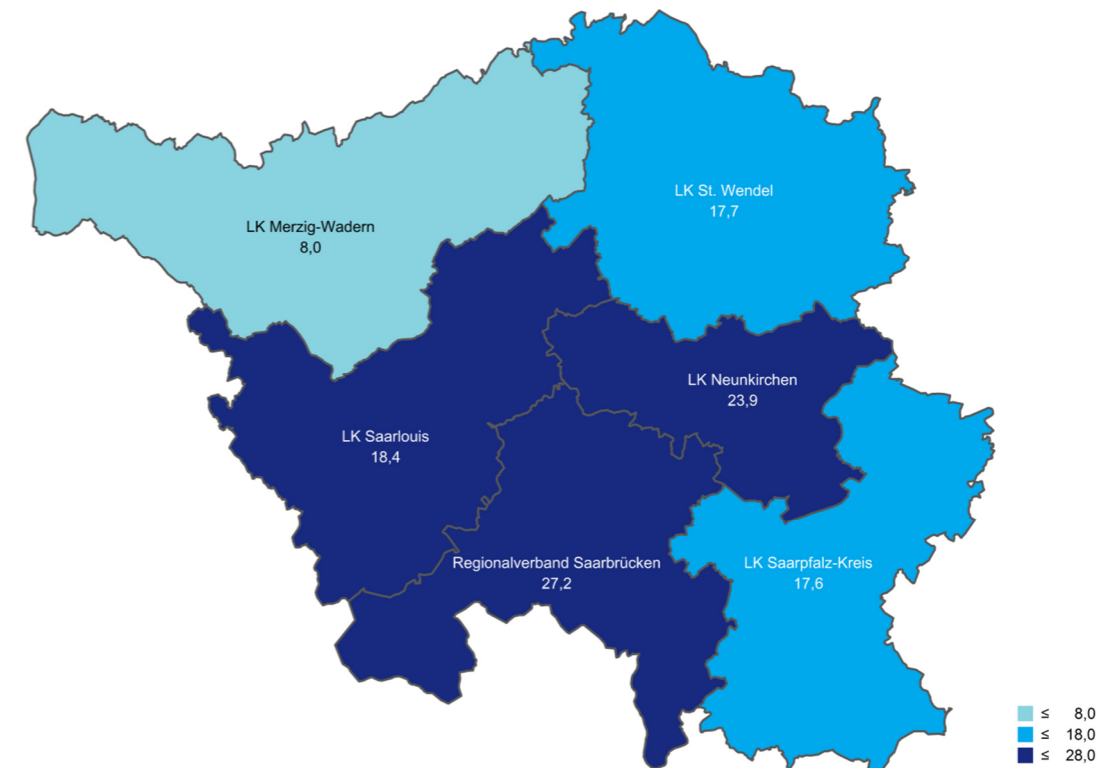
Darstellung 6.61: Mindestsicherungsquote im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2013 Stichtag 31.12. (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015b

Ähnlich – aber auf höherem Niveau – fällt in den saarländischen Stadt- und Landkreisen die Verteilung der Mindestsicherungsquoten von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus (vgl. Darstellung 6.62). Dabei ist im Vergleich zur regionalen Verteilung der Mindestsicherungsquoten insgesamt sowie im Vergleich zur regionalen Verteilung anderer Leistungen der Mindestsicherung (vgl. unten) insbesondere das mit Abstand positivste Ergebnis des Landkreises Merzig-Wadern auffällig. Bei einer Rangliste anderer Leistungen der Mindestsicherung in den Stadt- und Landkreisen ist der Landkreis Merzig-Wadern eher im oberen Mittelfeld angesiedelt. Gleichzeitig ist der große Abstand zur Quote des Landkreises St. Wendel augenfällig, der hinsichtlich der anderen Mindestsicherungsleistungen in der Regel einen der vorderen Plätze belegt.

Darstellung 6.62: Mindestsicherungsquote von Ausländer/-innen im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2012; Stichtag 31.12. (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015e

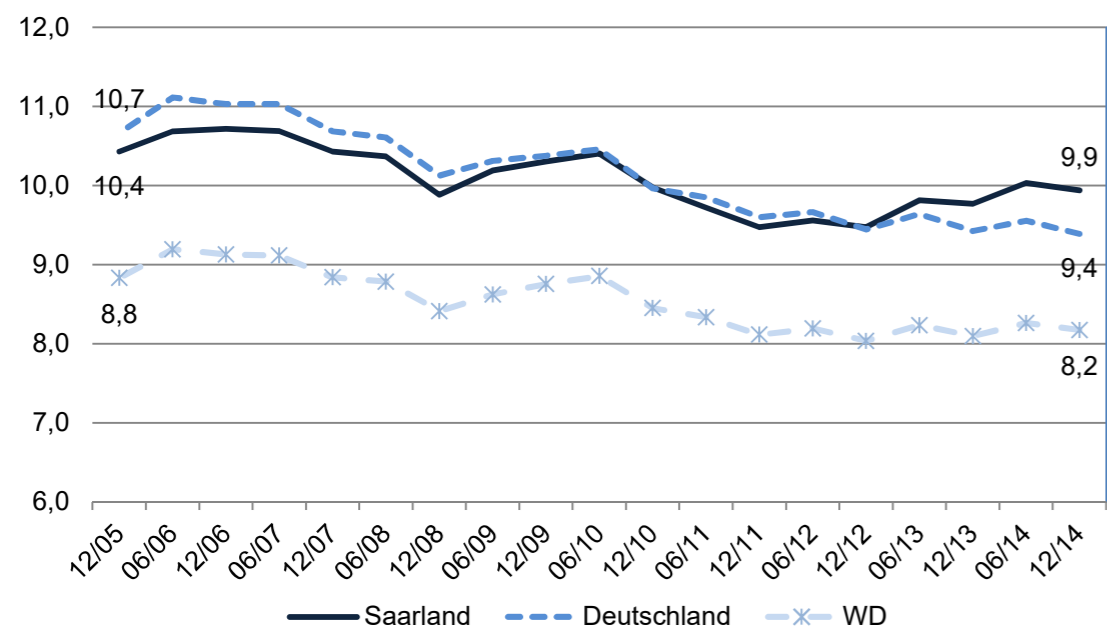
6.5.2 Grundsicherung nach SGB II

Leistungen nach dem SGB II bilden unter den verschiedenen Leistungsarten der Mindestsicherung mit Abstand die häufigste Mindestsicherungsleistung (Deutschland: 82 %, Saarland: 81 %). Unter den Leistungen nach dem SGB II stellt das Arbeitslosengeld II, das erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gewährt wird, den größten Hilfebereich dar (bezogen auf die SGB-II-Bezieher in Deutschland 72 %, im Saarland 73 %). Das Sozialgeld, das hauptsächlich nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten, die mit einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keinen Anspruch auf Grundsicherung nach SGB XII haben (überwiegend Kinder), stellt den kleineren Teil der SGB-II-Leistungen dar (bezogen auf die SGB-II-Bezieher in Deutschland 28 %, im Saarland 27 %).

Die SGB-II-Quote hat mit einigen Schwankungen im Verlauf seit Ende 2005 abgenommen. Seit Ende 2012 sind jedoch wieder überwiegend steigende Werte festzustellen, ohne dass am aktuellen Rand wieder das Niveau von Ende 2005 erreicht wird. Das

Niveau in Westdeutschland (Dezember 2005: 8,8 %, Dezember 2014: 8,2 %) liegt dabei deutlich unter den Quoten des Saarlandes (Dezember 2005: 10,4 %, Dezember 2014: 9,9 %) und unter dem Bundesdurchschnitt (Dezember 2005: 10,7 %, Dezember 2014: 9,4 %). Eine Phase mit steigenden Mindestsicherungsquoten war auch in der Krise von Dezember 2008 bis Juni 2010 zu beobachten, wobei am Ende dieses Zeitraumes die saarländischen SGB-II-Quoten bis auf den deutschen Durchschnitt stiegen. In der Folgezeit (ab Juni 2011) sanken die Quoten im Saarland aber wieder auf ein Niveau unterhalb des bundesweiten Durchschnitts. Wie auch für die Mindestsicherungsquote insgesamt, hat sich dieses Größenverhältnis in der jüngeren Vergangenheit (ab 2012) erneut umgekehrt. Ab Juni 2013 sind im Saarland höhere SGB-II-Quoten als im bundesweiten Durchschnitt festzustellen (vgl. Darstellung 6.63).

Darstellung 6.63: Entwicklung der SGB-II-Quote im Saarland, in Westdeutschland und Deutschland seit 2005 (halbjährliche Werte, Stichtage 31.06. und 31.12., in Prozent)

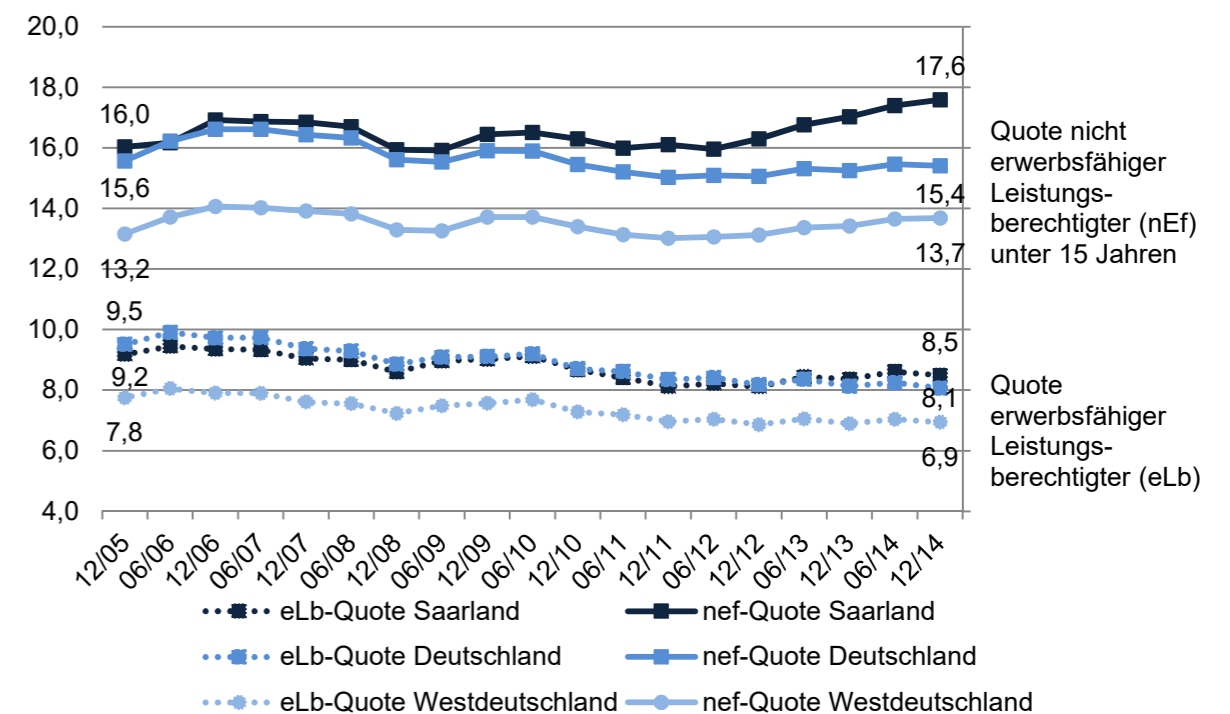


Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2014d

Die Entwicklung der SGB-II-Quoten der erwerbsfähigen und der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist sehr ähnlich wie die SGB-II-Quote insgesamt verlaufen (vgl. Darstellung 6.64). Die Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren (bezogen auf die Bevölkerung im gleichen Alter) ist aber wesentlich höher als die der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (bezogen auf die Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren). Bei der Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

unter 15 Jahren zeigt sich im Saarland ab Ende 2012 ein auffälliger Anstieg, der zwar auch in Westdeutschland und Deutschland insgesamt festzustellen ist, aber weniger deutlich. Auf geringerem Niveau und mit mehr Schwankungen der SGB-II-Quote ist dieser Verlauf auch bei der zahlenmäßig weitaus größeren Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu beobachten (vgl. Darstellung 6.64).

Darstellung 6.64: Entwicklung der Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Saarland, in Westdeutschland und Deutschland seit 2005; Stichtage 31.6. und 31.12. (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2014d

Die Hilfequoten nach dem SGB II unterscheiden sich nach soziodemografischen Merkmalen. Bei den Frauen lag die SGB-II-Quote 2013 etwas höher als bei den Männern, was u. a. damit zu erklären ist, dass Frauen häufiger Mini- oder Midijobs ausüben. Zudem besteht noch immer ein erheblicher Gender pay gap, weshalb Frauen häufiger trotz einer Erwerbstätigkeit auf Leistungen des SGB II angewiesen sind. Darüber hinaus beziehen Alleinerziehende, welche bekanntlich häufiger Frauen sind, überdurchschnittlich häufig ALG II (vgl. Darstellung 6.67).

Eine besondere Risikogruppe sind Personen mit ausländischer Nationalität, was vor allem auf deren Problemlagen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Nach Altersgruppen zeigen sich die höchsten SGB-II-Quoten bei den unter 3- bzw. bei den unter 15-Jährigen. Dieses Muster findet sich sowohl im Saarland als auch in anderen Regionen bzw. im westdeutschen und bundesweiten Durchschnitt. Im Saarland fallen insbesondere die überdurchschnittlich hohen Quoten von Ausländerinnen und Ausländern und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf (vgl. Darstellung 6.65).

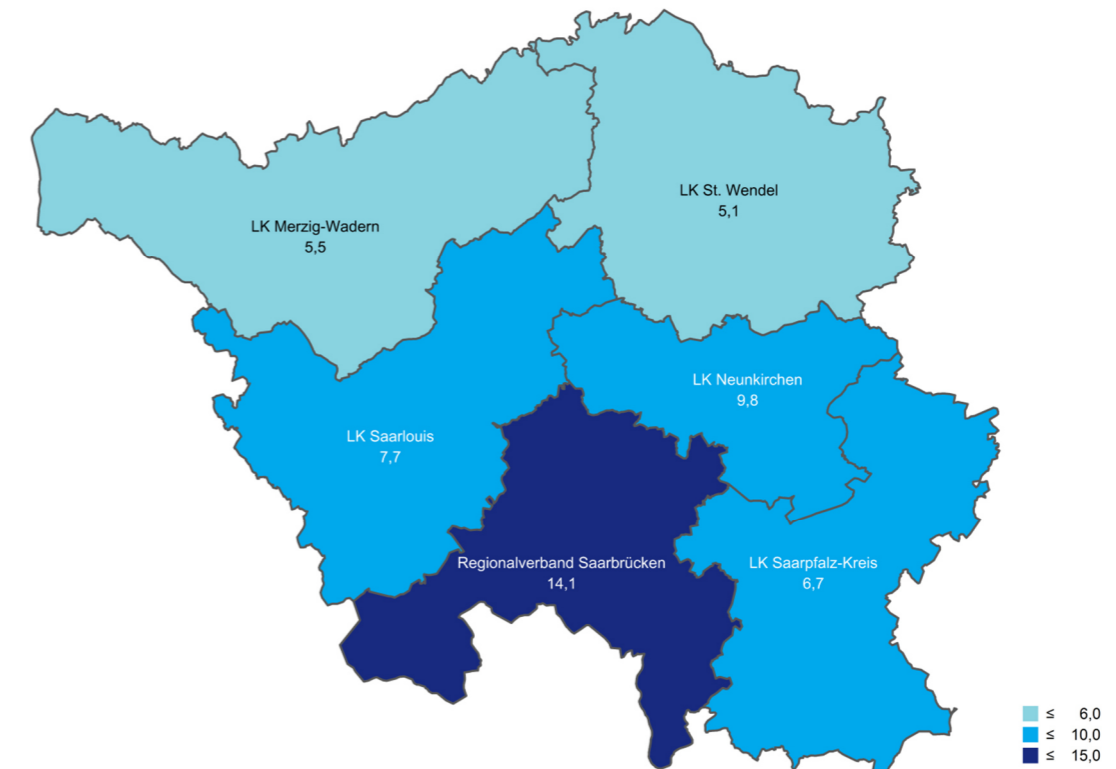
Darstellung 6.65: Hilfequoten von leistungsberechtigten Personen im Saarland, in Westdeutschland und Deutschland 2013 (Jahresdurchschnitte in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
SGB-II-Quote	9,8	9,6	8,2
Quote erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (eLb)	8,4	8,3	7,0
unter 25 Jahren	9,2	8,6	7,5
25 bis unter 50 Jahren	9,4	9,0	7,6
50 Jahre und älter	6,8	7,1	5,8
Frauen	8,8	8,6	7,4
Männer	8,0	8,0	6,7
Deutsche	7,4	7,2	5,8
Ausländer/-innen	18,5	17,3	15,9
Quote nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (nEf)	2,6	2,7	2,4
neF-Quote unter 15-Jähriger	16,9	15,3	13,4
neF-Quote unter 3-Jähriger (Dez 2014)	19,7	16,9	15,2

Quelle: Eigene Berechnung nach Bundesagentur für Arbeit 2015a, S.46; Bundesagentur für Arbeit 2015b, S.46; Bundesagentur für Arbeit 2014d und Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a.

Bei der Verteilung der SGB-II-Quote insgesamt, der SGB-II-Quote nach Altersgruppen sowie der Hilfequote von Kindern mit Sozialgeld auf die Stadt- und Landkreise zeigt sich jeweils ein sehr ähnliches Muster. Exemplarisch ist im Folgenden die regionale Verteilung der gesamten SGB-II-Quote dargestellt, die ähnlich wie die gesamte Mindestsicherungsquote verteilt ist (vgl. Darstellung 6.66). Hintergrund der regionalen Verteilung von Mindestsicherungs- und SGB-II-Quoten ist einerseits der hohe Anteil der SGB-II-Leistungen an der Mindestsicherung und andererseits der Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktlage bzw. der Arbeitslosenquote sowie der SGB-II-Quote.

Darstellung 6.66: SGB II-Quote im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2012; Stichtag 31.12. (in Prozent)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015e

Einen großen Einfluss auf den Bezug von SGB-II-Leistungen hat die Absicherung durch den Haushaltskontext. Die weitaus höchste SGB-II-Quote ist bei Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften (BG) zu beobachten. Im Saarland betrug sie 41,5 Prozent und in Deutschland insgesamt 38,9 Prozent. Mit steigender Kinderzahl in alleinerziehenden BG nimmt die SGB-II-Quote deutlich zu: Bei Alleinerziehenden-BG mit zwei und mehr Kindern liegt die SGB-II-Quote bei 52 Prozent. Dieser Effekt bezüglich der Anzahl der Kinder im Haushalt ist auch bei Paaren zu beobachten: Unter saarländischen Paaren mit Kindern beträgt die SGB-II-Quote insgesamt 7,1 Prozent, wohingegen sie sich bei Paaren mit 3 und mehr Kindern auf 19,0 Prozent beläuft. Aufgrund höherer Möglichkeiten der Erwerbsteilhabe und nicht vorhandenen Ausgaben für die Versorgung von Kindern ("double income, no kids") ist die Hilfequote von Paaren ohne Kinder dagegen am geringsten.

Insgesamt ist die SGB-II-Quote zwischen 2012 und 2013 sowohl im Saarland als auch im Bundesdurchschnitt mit -0,1 Prozentpunkten auf fast unverändertem Niveau geblieben. Eine Ausnahme stellen jedoch insbesondere die Alleinerziehenden-BG dar, bei

denen sich im Vergleich zum Vorjahreswert die SGB-II-Quote im Saarland um 1,1 Prozentpunkte und im Bundesdurchschnitt um 0,8 Prozentpunkte erhöht hat (vgl. Darstellung 6.67).

Darstellung 6.67: SGB-II-Quoten nach Typ der Bedarfsgemeinschaft im Saarland und in Deutschland 2012 und 2013 (Jahresdurchschnitte in Prozent)

		Saarland (S)			Deutschland (D)		
		2013	2012	Veränderung 2013-2012	2013	2012	Veränderung 2013-2012
Alle BG		10,6	10,5	-0,1	10,4	10,5	-0,1
Single-BG		13,3	13,6	0,3	13,1	13,1	0,0
Alleinerziehende BG		41,5	42,6	1,1	38,9	38,1	0,8
Alleinerziehende BG nach Zahl der (minderjährigen) Kinder	1 Kind	36,5	36,2	-0,3	34,8	33,8	1,0
	2 und mehr Kinder (S) / 2 Kinder (D)	52,4	53,4	1,0	43,2	42,8	0,4
	3 und mehr Kinder (nur D)	*	*	*	63,9	65,1	-1,2
Paare ohne Kinder		3,7	3,7	0,0	3,7	3,9	-0,2
Paare mit Kindern		7,1	6,8	-0,3	7,2	7,3	-0,1
Paare mit Kindern nach Zahl der (minderjährigen) Kinder	1 Kind	5,6	5,3	-0,3	6,0	6,1	-0,1
	2 Kinder	6,3	6,5	0,2	6,4	6,4	0,0
	3 und mehr Kinder	19,0	17,2	-1,8	15,1	15,0	0,1

* Für das Saarland liegen diese Daten nicht vor.

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit 2015a S.46; Bundesagentur für Arbeit 2015b, S. 48; Bundesagentur für Arbeit 2015c, S. 46

Neben der Quantität des Bestands sind die Dauer und Dynamik des Leistungsbezugs wichtige Aspekte der Hilfebedürftigkeit. Längere Sozialhilfekarrieren erschweren den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt und führen dazu, dass keine ausreichenden Ansprüche in der gesetzlichen und privaten Altersvorsorge aufgebaut werden können, was häufig auch im Alter zu einer Hilfebedürftigkeit bzw. zum Bezug von Grundsicherung führt. Zu unterscheiden sind dabei die bisherigen Bezugsdauern von Leistungsberechtigten in der Bestandsstatistik von den abgeschlossenen Bezugsdauern in der Abgangstatistik. In der Bestandsstatistik sind im Vergleich zur Abgangstatistik Leistungsberechtigte mit hohen Bezugsdauern stärker und Leistungsberechtigte mit kürzeren Bezugsdauern schwächer vertreten, weshalb aus beiden Datenquellen unterschiedliche Ergebnisse resultieren.

In Darstellung 6.68 sind Dauern⁸⁷ unter drei und unter sechs Monaten als Indikatoren für einen relativ kurzen Leistungsbezug sowie eine Dauer von zwei und mehr Jahren als Indikator für den Langzeitbezug von Leistungen dargestellt. Bei Betrachtung der bisherigen Bezugsdauer liegen die Anteile der Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit kurzen Dauern gleichauf mit dem westdeutschen Durchschnitt. Nach abgeschlossener Dauer sind im Saarland weniger Langzeitbezieherinnen und -bezieher (Westdeutschland: 35 %, Saarland: 31 %), und etwas mehr Personen mit einem Leistungsbezug von unter drei Monaten als in Westdeutschland zu beobachten (Westdeutschland: 14 %, Saarland: 16 %). Sehr ähnlich stellt sich auch die Situation im Saarland im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt dar. Unter den ausgewählten Vergleichsregionen ergeben sich die positivsten Anteile im Sinne von weniger Leistungsberechtigten mit langer Bezugsdauer bzw. mit höheren Anteilen von Leistungsberechtigten mit geringer Bezugsdauer durchgängig für Rheinland-Pfalz sowie die schlechtesten Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen (vgl. Darstellung 6.68).

Darstellung 6.68: Leistungsberechtigte nach bisheriger Dauer im Saarland und Vergleichsregionen im Juni 2014 (Bestand, 31-Tage-Lückenregel, in Prozent)

	Nach bisheriger Dauer			Nach abgeschlossener Dauer		
	unter 3 Monate	unter 6 Monate	2 Jahre und mehr	unter 3 Monate	unter 6 Monate	2 Jahre und mehr
Saarland	7	14	62	16	31	31
Deutschland	6	13	64	14	30	36
Westdeutschland	7	14	62	14	31	35
Rheinland-Pfalz	8	16	57	17	35	30
Hessen	7	14	60	13	29	35
Nordrhein-Westfalen	6	13	65	13	28	38
Schleswig-Holstein	6	13	64	15	31	35

Grüne Markierungen stellen im Vergleich zu den anderen Regionen vergleichsweise positive Werte, rote Werte hingegen vergleichsweise negative Werte dar.

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2014c

⁸⁷ Um Dauern abbilden zu können, die einerseits nicht durch kurzzeitige Unterbrechungen bzw. Datenausfälle verkürzt werden, und um andererseits einen möglichst zusammenhängenden Zeitraum zu erfassen, verwendet die Bundesagentur für Arbeit Verweilzeiten (inklusive Unterbrechungen) von bis zu jeweils 31 Tagen.

6.5.3 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII

Leistungen der Grundsicherung nach SGB XII lassen sich in zwei große Leistungsbe-
reiche unterteilen. Einerseits haben nach § 41 SGB XII Personen, „die ihren notwen-
digen Lebensunterhalt nicht aus Einkommen und Vermögen [...] bestreiten können“
und die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht haben, Anspruch auf Leistungen der
Grundsicherung. Demnach zählen Personen, die vor 1947 geboren sind, ab dem Alter
von 65 Jahren zum Kreis der Leistungsberechtigten. Für Personen mit späterem Ge-
burtsjahr gilt die Anhebung der Altersgrenze analog zum Rentenalter. Die zweite
Gruppe der Anspruchsberechtigten laut § 41 SGB XII sind voll erwerbsgeminderte Per-
sonen ab 18 Jahren, bei denen es „unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsmin-
derung behoben werden kann“.

**Darstellung 6.69: Quote der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminde-
rung (Personen ab 18 Jahren) 2008 und 2013 nach Nationali-
tät; Stichtag 31.12. (in Prozent)**

	2008	2013	2008-2013
	Insgesamt		
Saarland	1,3	1,7	0,4
Deutschland	1,1	1,4	0,3
Westdeutschland	1,1	1,4	0,3
Rheinland-Pfalz	1,0	1,2	0,2
Hessen	1,2	1,6	0,3
Nordrhein-Westfalen	1,3	1,7	0,4
Schleswig-Holstein	1,3	1,6	0,3
	Deutsche		
Saarland	1,2	1,6	0,4
Deutschland	1,1	1,3	0,3
Westdeutschland	1,1	1,3	0,3
Rheinland-Pfalz	1,0	1,2	0,2
Hessen	1,1	1,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	1,2	1,6	0,3
Schleswig-Holstein	1,2	1,5	0,3
	Ausländerinnen und Ausländer		
Saarland	1,6	2,7	1,1
Deutschland	1,8	2,4	0,6
Westdeutschland	1,8	2,3	0,5
Rheinland-Pfalz	1,5	1,8	0,4
Hessen	2,3	2,7	0,4
Nordrhein-Westfalen	2,0	2,8	0,8
Schleswig-Holstein	2,1	2,6	0,5

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015c

Bezogen auf die Bevölkerung ab 18 Jahren, kommen Grundsicherungsleistungen ein-
schließlich voll erwerbsgeminderter Personen unter 65 Jahren im Saarland überdurch-
schnittlich häufig vor. 2013 ist unter den gewählten Vergleichsregionen im Saarland
der knapp höchste Wert vor Nordrhein-Westfalen (je 1,7 %) zu beobachten (vgl. Dar-
stellung 6.69).

Besonders verbreitet sind Grundsicherungsleistungen einschließlich erwerbsgemin-
deter Personen unter 65 Jahren bei Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.
Nach Daten der Statistischen Ämter erhielten zum Jahresende 2013 im Saarland 2,7
Prozent der Ausländerinnen und Ausländer im Alter ab 18 Jahren Leistungen der
Grundsicherung im Alter oder Leistungen bei Erwerbsminderung, wohingegen es bei
den Deutschen 1,6 Prozent waren. Diese Werte sind sowohl im Vergleich zu West-
deutschland als auch im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoch.
Ein ähnlich hoher Wert ist in Hessen zu beobachten und eine noch leicht höhere Quote
in Nordrhein-Westfalen. 2008 waren die Quoten in allen betrachteten Regionen gerin-
ger und im Saarland im Gegensatz zu 2013 unterdurchschnittlich. Darüber hinaus ist
in allen Regionen beim Vergleich der Ergebnisse von 2008 und 2013 zu erkennen,
dass die Grundsicherungsleistungen bei den Personen mit ausländischer Nationalität
(in Prozentpunkten) stärker zugenommen haben als bei den Deutschen. Die relativ
starke Zunahme der Quote im Saarland ist auch auf einen vergleichsweise starken
Rückgang der ausländischen Bevölkerung bei gleichzeitig relativ starker Zunahme der
Grundsicherungsfälle von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zurückzu-
führen. Als Ursache für höhere Quoten bei Personen mit ausländischer Staatsbürger-
schaft kommen im Allgemeinen kürzere Versicherungszeiten und geringere Einkom-
men während des Erwerbsverlaufs in Betracht.⁸⁸

Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben Personen, die die Altersgrenze erreicht
haben und ihren Lebensunterhalt nicht anderweitig bestreiten können. Ab 2012 wurde
nach § 46a SGB XII ein steigender Anteil der Kosten für die Grundsicherung im Alter
und bei Erwerbsminderung, die zuvor fast vollständig von den Kommunen getragen
wurden, auf den Bund übertragen – bis hin zu einer vollständigen Erstattung durch den

⁸⁸ Die höheren Anteile von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind vor allem auf Leistun-
gen der Grundsicherung im Alter zurückzuführen. Grundsicherungsbezug aufgrund einer vollen Er-
werbsminderung tritt nach eigenen Berechnungen auf Basis von Zahlen des Statistischen Bundes-
amtes (Stichtag 31.12.2013) unter Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (0,7 %) in
Deutschland nicht häufiger auf als bei Deutschen (0,9 %).

Bund ab 2014 (vgl. Deutscher Bundestag 2012). Fiskalisch ergibt sich dadurch eine Entlastung der kommunalen Haushalte. Unabhängig vom Kostenträger ist jedoch mit weiter steigenden Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und einer wachsenden sozialpolitischen Bedeutung dieser Leistungsart zu rechnen.

Die Fallzahlen der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter sind nämlich von einem deutlichen Anstieg gekennzeichnet. Bereits aufgrund des demografischen Wandels wird sich dieser Trend bei Personen ab 65 Jahren weiter fortsetzen, der eine Steigerung der Sozialausgaben für die Grundsicherung im Alter erwarten lässt. Jedoch ist nicht nur aus demografischen Gründen eine weitere Zunahme der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter anzunehmen. Die Hauptursache für den Bezug von Grundsicherung im Alter ist eine nicht ausreichende Alterssicherung bzw. ein fortgesetzter Transferleistungsbezug (vgl. Klein u. a. 2012; Trischler u. a. 2014) – eine Problematik, die sich aufgrund von zunehmend lückenhafte Erwerbsbiografien, Langzeitarbeitslosigkeit sowie Änderungen im Rentenrecht in der jüngeren Vergangenheit weiter verschärfen und erst mittel- bis langfristig voll wirksam wird (vgl. Trischler, Kistler 2014). Empirisch zeigt sich dies u. a. darin, dass auf Bundesebene der Anteil der Altersrentnerinnen und -rentner, die gleichzeitig auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind, kontinuierlich von 1,2 Prozent im Jahr 2003 auf 2,2 Prozent im Jahr 2012 zugenommen hat (vgl. Darstellung 6.70).

Darstellung 6.70: Grundsicherung im Alter mit Rentenbezug (Inlandsrenten) der Gesetzlichen Rentenversicherung am 31.12. (Deutschland insgesamt, Männer und Frauen)

	Altersrentner ab 65	Grundsicherungsfälle im Alter (ab 65) mit Altersrente	
		Fallzahl	Anteil Grundsicherung im Alter an Altersrentnern
2003	13.207.454	158.269	1,2
2004	13.707.129	180.773	1,3
2005	14.209.596	218.105	1,5
2006	14.615.855	237.989	1,6
2007	14.844.201	260.372	1,8
2008	15.040.947	270.909	1,8
2009	15.222.539	271.749	1,8
2010	15.194.578	283.327	1,9
2011	15.228.471	308.421	2,0
2012	15.256.721	338.371	2,2

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund 2014, S. 275

Die Grundsicherungsquote ab 65 Jahren – also die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr – hat in allen Regionen leicht zugenommen (vgl. Darstellung 6.71).

Darstellung 6.71: Anzahl und Quote der Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren innerhalb und außerhalb von Einrichtungen 2008 und 2013, Stichtag 31.12.

	2013			2008			2013-2008		
	Insgesamt	außerhalb v. Einrichtungen	in Einrichtungen	Insgesamt	außerhalb v. Einrichtungen	in Einrichtungen	Insgesamt	außerhalb v. Einrichtungen	in Einrichtungen
Anzahl									
Saarland	7.815	6.527	1.288	6.426	5.485	941	1.389	1.042	347
Deutschland	499.295	428.285	71.010	409.958	346.751	63.207	89.337	81.534	7.803
Westdeutschland	422.666	363.711	58.955	343.728	292.083	51.645	78.938	71.628	7.310
Rheinland-Pfalz	21.740	18.219	3.521	18.534	15.374	3.160	3.206	2.845	361
Hessen	43.916	38.806	5.110	35.470	30.951	4.519	8.446	7.855	591
Nordrhein-Westfalen	136.596	118.866	17.730	109.853	94.826	15.027	26.743	24.040	2.703
Schleswig-Holstein	18.889	16.253	2.636	15.202	12.517	2.685	3.687	3.736	-49
Quote									
Saarland	3,5	2,9	0,6	2,8	2,4	0,4	0,7	0,5	0,2
Deutschland	3,0	2,5	0,4	2,5	2,1	0,4	0,5	0,5	0,0
Westdeutschland	3,2	2,8	0,4	2,6	2,2	0,4	0,6	0,5	0,1
Rheinland-Pfalz	2,6	2,2	0,4	2,2	1,9	0,4	0,4	0,4	0,0
Hessen	3,6	3,2	0,4	3,0	2,6	0,4	0,7	0,6	0,0
Nordrhein-Westfalen	3,8	3,3	0,5	3,0	2,6	0,4	0,8	0,7	0,1
Schleswig-Holstein	3,0	2,6	0,4	2,5	2,1	0,4	0,5	0,5	0,0

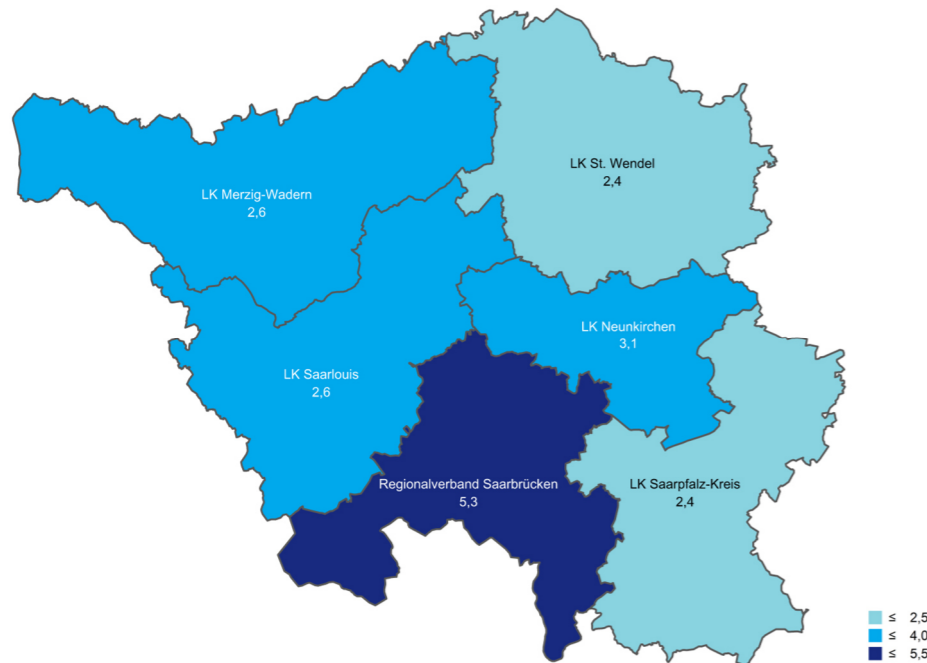
Quelle: Eigene Berechnung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015c

Darstellung 6.71 zeigt, dass insbesondere beim Bezug von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ein Anstieg (in Prozentpunkten und in absoluten Zahlen) zu verzeichnen ist. So ist zwischen 2008 und 2013 die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung ab 65 Jahren im Saarland um 1.389 Personen gestiegen, darunter 1.042 Fälle außerhalb von Einrichtungen. In den Vergleichsländern gestiegen ist – mit Ausnahme Schleswig-Holsteins, wo eine sehr geringfügige Abnahme festzustellen ist – auch der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger in Einrichtungen (in Prozentpunkten), jedoch weniger deutlich als außerhalb von Einrichtungen. Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass im Falle einer Pflegebedürftigkeit ambulante Pflege eine immer größere Rolle spielt. Einerseits wollen pflegebedürftige Menschen ungern ihr vertrautes Umfeld verlassen, andererseits sind die Kosten für stationäre Pflege erheblich höher als für ambulante Pflegeleistungen. Regionale Unterschiede in dieser

Entwicklung können auch durch die regional unterschiedlich ausgeprägte Ansiedlung stationärer Pflegeeinrichtungen beeinflusst sein.

Regional verteilt sich die Grundsicherungsquote – wie auch die gesamte Mindestsicherungsquote – recht unterschiedlich, wobei ebenfalls eine Konzentration in städtischen Gebieten festzustellen ist (vgl. Darstellung 6.72).

Darstellung 6.72: Grundsicherungsquoten im Alter ab 65 Jahren im Saarland 2013 nach Stadt- und Landkreisen; Stichtag 31.12. (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015c

In den saarländischen Stadt- und Landkreisen weisen die Landkreise St. Wendel und der Saarpfalz-Kreis mit je 2,4 Prozent die niedrigste und die Landeshauptstadt Saarbrücken mit 7,5 Prozent bzw. der Regionalverband Saarbrücken mit 5,3 Prozent die höchste Grundsicherungsquote im Alter auf (vgl. Darstellung 6.72). Es kann festgestellt werden, dass der Saarpfalz-Kreis bei der Grundsicherungsquote im Alter ab 65 Jahren im Vergleich zu den anderen saarländischen Landkreisen besser abschneidet als beispielsweise hinsichtlich der regionalen Verteilung der Mindestsicherungsquote oder der SGB II-Quote insgesamt.⁸⁹

⁸⁹ Eine gewisse Rolle können dabei die verfügbaren Pflegeplätze spielen, die mit Ausnahme des Landkreises St. Wendel in allen Regionen höher liegen als im Saarpfalz-Kreis.

Obwohl mit der Einführung der Grundsicherung im Alter im Jahr 2003 die Nichtinanspruchnahme von Leistungen – also verdeckte Armut – durch einen weitgehenden Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff (§ 43 Abs. 3 SGB XII)⁹⁰ abgebaut werden sollte, ist darauf hinzuweisen, dass nach wie vor den vorliegenden Untersuchungsbefunden zufolge eine hohe Quote der Nichtinanspruchnahme besteht. So bezogen im Jahr 2007 nach einem Simulationsmodell auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) in Deutschland nur zwischen 32 Prozent und 43 Prozent der Personen ab 65 Jahren, denen Grundsicherungsleistungen zustehen würden, auch tatsächlich Grundsicherung im Alter (vgl. Becker 2012). Auch in anderen Studien wurden erhebliche Quoten der Nichtinanspruchnahme ermittelt (zwischen 30 % und 67 %; vgl. ebenda). Obwohl es sich bei diesen Zahlen um Schätzungen handelt, weisen sie doch darauf hin, dass ein wesentlicher Teil der eigentlich Anspruchsberechtigten keine Grundsicherungsleistungen bezieht.

Neben Personen, die die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht haben, können auch Personen ab 18 Jahren, die voll erwerbsgemindert sind, Grundsicherungsleistungen beziehen. Ende 2013 erreichten im Saarland 6.579 voll erwerbsgeminderte Personen Leistungen der Grundsicherung. Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 18 bis 65 Jahren entspricht dies einer Quote von 1 Prozent – ein im innerdeutschen Vergleich überdurchschnittlicher Wert. Von den Vergleichsregionen ist lediglich der Anteil in Schleswig-Holstein minimal höher. 2008 war die Quote im Saarland weniger klar überdurchschnittlich und leicht niedriger als in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Daraus ergibt sich unter den in Darstellung 6.73 betrachteten Regionen zwischen 2008 und 2013 für das Saarland die stärkste Zunahme der Quote voll erwerbsgeminderter Beziehenderinnen und Beziehender von Grundsicherung im Alter – bezogen auf die Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren – um 0,3 Prozentpunkte. Der Anteil der Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung in Einrichtungen hat sich bezogen auf die Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren kaum erhöht. In Hessen zeigt sich sogar eine leichte Abnahme der voll erwerbsgeminderten Personen, die in Einrichtungen Grundsicherung beziehen.

⁹⁰ Darin ist auch ein Grund für die Zunahme der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung in den ersten Jahren nach der Einführung der Grundsicherung im Alter im Jahr 2003 zu sehen. Bereits für das Jahr 2006 ist aber von einer gewissen Normalisierung dieser Entwicklung auszugehen, da die Wirkung dieser Nachholeffekte nachlässt (vgl. Deutscher Bundestag 2008).

Darstellung 6.73: Anzahl und Quote der Grundsicherung voll erwerbsgeminderter Personen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen 2008 und 2013 (Stichtag 31.12.)

	2013		2008		2013-2008		
	Insgesamt	außerh. von Einrichtungen	Insgesamt	in Einrichtungen	Insgesamt	außerh. von Einrichtungen	in Einrichtungen
Saarland	6.579	5.065	4.553	3.208	2.026	1.857	169
Deutschland	462.892	328.734	357.724	234.500	105.168	94.234	10.934
Westdeutschland	355.156	250.607	274.237	177.519	80.919	73.088	7.831
Rheinland-Pfalz	19.886	14.576	16.225	11.074	3.661	3.502	159
Hessen	35.970	27.648	27.188	18.542	8.782	9.106	-324
Nordrhein-Westfalen	113.072	79.665	85.803	55.978	27.269	23.687	3.582
Schleswig-Holstein	18.457	13.271	14.505	9.391	3.952	3.880	72
				Quote in Prozent			
Saarland	1,0	0,8	0,7	0,5	0,3	0,3	0,0
Deutschland	0,9	0,6	0,7	0,5	0,2	0,2	0,0
Westdeutschland	0,9	0,6	0,7	0,4	0,2	0,2	0,0
Rheinland-Pfalz	0,8	0,6	0,6	0,4	0,2	0,1	0,0
Hessen	0,9	0,7	0,7	0,5	0,2	0,2	0,0
Nordrhein-Westfalen	1,0	0,7	0,8	0,5	0,3	0,3	0,0
Schleswig-Holstein	1,1	0,8	0,8	0,5	0,2	0,2	0,0

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015c

6.5.4 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Die in jüngerer Vergangenheit stark steigenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen sind in der Statistik aktuell erst bis Ende 2013 abbildbar. Am aktuellen Rand zeigt sich im Saarland ein im Vergleich zu Westdeutschland, aber auch zu Deutschland, insgesamt unterdurchschnittlicher Anteil von Asylbewerberleistungen an der saarländischen Bevölkerung sowie auch an der ausländischen Bevölkerung im Saarland. Diese beiden Indikatoren kommen im regionalen Vergleich aber zum Teil zu unterschiedlichen Aussagen. Die im Saarland berechneten 1,8 Asylbewerber je 1.000 Einwohner sind mit Abstand der niedrigste Wert der betrachteten Regionen. Der Anteil der Bezieher von Asylbewerberleistungen an der ausländischen Bevölkerung ist in Hessen, das mit 12,3 Prozent den höchsten Ausländeranteil unter den Flächenländern hat, mit 2,0 Prozent aber um 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Saarland.⁹¹

Darstellung 6.74: Bevölkerungszahl, Ausländeranteil und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Stichtag 31.12.2013

	Gesamtbevölkerung	Ausländer	Bezieher von Asylbewerberleistungen	Ausländeranteil	Asylbewerber je 1.000 Einwohner	Anteil der Bezieher von Asylbewerberleistungen an ausl. Bevölkerung
Saarland	990.718	73.460	1.827	7,4	1,8	2,5
Deutschland	80.767.463	7.011.811	224.993	8,7	2,8	3,2
Westdeutschland	64.848.134	6.269.672	176.737	9,7	2,7	2,8
Rheinland-Pfalz	3.994.366	305.860	9.572	7,7	2,4	3,1
Hessen	6.045.425	743.728	14.971	12,3	2,5	2,0
Nordrhein-Westfalen	17.571.856	1.739.882	57.366	9,9	3,3	3,3
Schleswig-Holstein	2.815.955	135.950	7.554	4,8	2,7	5,6

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015d

Seit dem Höchststand von knapp 500.000 Asylbewerberleistungen in Deutschland im Jahr 1995 war die Entwicklung der Inanspruchnahme langfristig von einer sehr deutlichen Abnahme gekennzeichnet (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder

⁹¹ Dies verdeutlicht, dass die ausländische Bevölkerung insgesamt eigentlich eine zu heterogene Kategorie darstellt, um eindeutige Aussagen aus dem Ausländeranteil einer Region abzuleiten, zumal im Saarland auch viele Zentraleuropäer aus den Nachbarländern beheimatet sind. Auf Basis von amtlichen Statistiken ist eine weitere Ausdifferenzierung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten jedoch nicht möglich.

2012), obwohl die vergangenen Jahre vor dem Hintergrund der weltpolitischen Lage wiederum von einer vergleichsweise deutlichen Zunahme der Anzahl der Asylbewerberleistungen geprägt sind (vgl. Darstellung 6.75).

Darstellung 6.75: Ausländische Bevölkerung und Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2010 bis 2013

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland	Rheinland-Pfalz	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Schleswig-Holstein
2010							
Anteil Asylbewerberleistungen an ausländischer Bevölkerung	1,6	1,8	1,6	1,7	1,1	1,9	2,8
Asylbewerber je 1.000 Einwohner	1,4	1,6	1,6	1,3	1,3	2,0	1,4
2011							
Asylbewerberleistungen (2010=100)	93	110	110	112	116	112	111
Anteil Asylbewerberleistungen an ausländischer Bevölkerung	1,9	2,3	2,0	2,1	1,3	2,5	3,7
Asylbewerber je 1.000 Einwohner	1,3	1,8	1,7	1,5	1,5	2,3	1,6
2012							
Asylbewerberleistungen (2010=100)	104	126	127	129	152	123	134
Anteil Asylbewerberleistungen an ausländischer Bevölkerung	2,1	2,5	2,2	2,4	1,6	2,7	4,3
Asylbewerber je 1.000 Einwohner	1,5	2,1	2,0	1,7	1,9	2,6	1,9
2013							
Asylbewerberleistungen (2010=100)	132	172	174	180	197	157	187
Anteil Asylbewerberleistungen an ausländischer Bevölkerung	2,5	3,2	2,8	3,1	2,0	3,3	5,6
Asylbewerber je 1.000 Einwohner	1,8	2,8	2,7	2,4	2,5	3,3	2,7
Veränderung 2013-2010							
Asylbewerberleistungen (Prozentpunkte 2013-2010)	32	72	74	80	97	57	87
Anteil Asylbewerberleistungen an ausländischer Bevölkerung	0,9	1,4	1,2	1,4	0,9	1,3	2,8
Asylbewerber je 1.000 Einwohner	0,5	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,3

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015d

Die Anzahl der Asylbewerberleistungen ist in Deutschland zwischen Ende 2010 und Ende 2013 von 130.727 auf 224.993 Fälle gestiegen, was einer Zunahme um 72 Prozent entspricht. In Westdeutschland betrug die Zunahme 74 Prozent, im Saarland 32 Prozent. In Bezug auf die Bevölkerungszahl ergibt sich daraus zwischen 2010 und 2013 eine Zunahme der Asylbewerberleistungen um 1,2 Fälle je 1.000 Einwohner in Deutschland und Westdeutschland sowie um 0,5 Fälle je 1.000 Einwohner im Saarland. Die Anzahl der Asylanträge in Deutschland hat hingegen von 48.598 im Jahr 2010 auf 127.023 im Jahr 2013 zugenommen, was dem 2,6-fachen bzw. einer Steigerung um 161 Prozent entspricht. Für das Jahr 2014 ist eine weitere Steigerung auf 202.834 Anträge bzw. auf das 4,2-fache (317 %) zu berichten (vgl. BAMF 2015, S.4). Der Anstieg der gewährten Asylbewerberleistungen ist somit deutlich hinter dem Anstieg der Asylanträge zurückgeblieben.

Die Ausgabenquote gibt an, wie hoch der Anteil der für Asylbewerberleistungen aufgewendeten Ausgaben der Länder an den bundesweiten Ausgaben ist. Analog dazu kommt durch die Aufnahmequote der Bundesländer der Anteil der im Bundesland aufgenommenen Asylbewerber an den bundesweit aufgenommenen Asylbewerbern zum Ausdruck. Die Aufnahmequote ist nach § 45 AsylVfG durch einen Verteilungsschlüssel auf Basis der Bevölkerungszahl und der Steuereinnahmen vorgegeben (Königsteiner Schlüssel). Interessant ist daher vor allem der Vergleich der Aufnahme- und Ausgabenquoten, der Aufschluss darüber gibt, ob die Ausgaben, gemessen an den aufgenommenen Asylbewerberinnen und -bewerbern, über- oder unterdurchschnittlich hoch ist. Wie Darstellung 6.76 zu entnehmen ist, stand im Saarland im Jahr 2013 eine Aufnahmequote von 1,1 Prozent einer Ausgabenquote von 0,6 Prozent gegenüber. Demnach waren die ausbezahlten Leistungen insgesamt betrachtet unterdurchschnittlich hoch. Eine höhere Ausgabe- als Aufnahmequote hat unter den Vergleichsregionen in Darstellung 6.76 nur Nordrhein-Westfalen.

Darstellung 6.76: Aufnahmequote* und Nettoausgabenquote 2013 von Asylbewerbern nach Bundesländern (in Prozent)**

	Aufnahmequote	Nettoausgabenquote
Saarland	1,1	0,6
Rheinland-Pfalz	5,0	4,2
Hessen	7,4	6,8
Nordrhein-Westfalen	21,6	24,5
Schleswig-Holstein	3,4	3,2

* Aufnahmequote nach § 45 AsylVfG

** Anteil der Ausgaben der Länder an den Gesamtausgaben bundesweit

Quelle: Eigene Darstellung nach BAMF 2014 und Statistisches Bundesamt 2015d, S. 23

6.5.5 Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfen in besonderen Lebenslagen

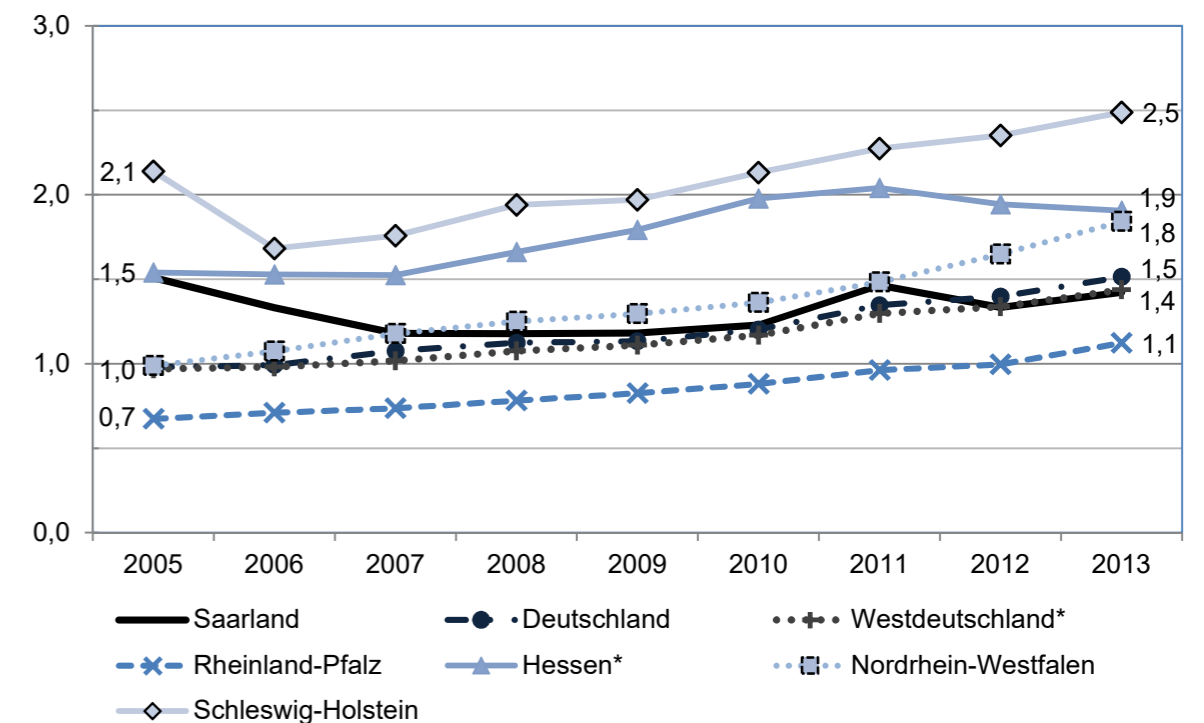
Seit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) und der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch ab 1. Januar 2005 hat sich der Personenkreis, der Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, erheblich reduziert. Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten nur noch Personen, die weder Leistungen nach dem SGB II noch Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII beziehen. Außerhalb von Einrichtungen sind dies im Wesentlichen Erwerbsunfähige auf Zeit, Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern.⁹² Hilfe zum Lebensunterhalt richtet sich auch an Menschen mit Behinderung oder an Pflegebedürftige, die in stationären Einrichtungen leben und Eingliederungshilfe oder Hilfe zur Pflege beziehen. Gleichzeitig kann auch Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen werden, sofern die betroffenen Personen ihren Bedarf nicht anderweitig (z. B. durch Renteneinkünfte oder die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) decken können.

Wie Darstellung 6.77 zeigt, hat die Verbreitung der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in der Folgezeit wieder zugenommen. Im Saarland erst ab 2007, in vielen anderen der Vergleichsregionen sowie in Westdeutschland und im Bundesdurchschnitt schon ab 2005. Von 2005 bis 2011 waren im Saarland im Vergleich

⁹² Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird v. a. in Form von Regelsätzen, ggf. Mehrbedarfzuschlägen und der Übernahme von Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt. Es können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Leistungen sind identisch mit den entsprechenden Leistungen nach dem SGB II (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012).

zu Westdeutschland und Deutschland leicht überdurchschnittliche Werte zu beobachten. 2012 und 2013 ist die Anzahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher im Saarland im Vergleich zu Westdeutschland und Deutschland aber unterdurchschnittlich hoch. Deutliche höhere Werte als im Saarland sind ab 2005 in Schleswig-Holstein, ab 2007 in Hessen und seit 2012 in Nordrhein-Westfalen zu beobachten.

Darstellung 6.77: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner



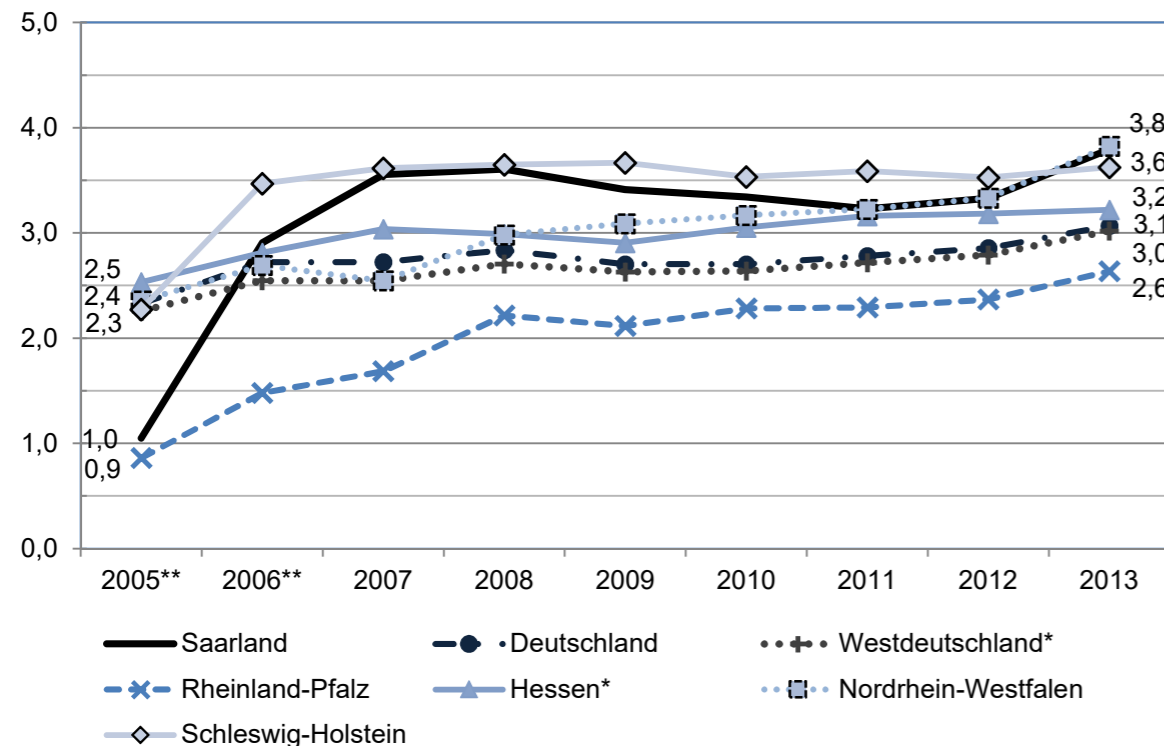
* Hessen: Landessumme einschl. Landeswohlfahrtsverband Baden-Württemberg, Hessen (2005 - 2009): Empfänger nach dem Sitz des Trägers.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015d

Die Verbreitung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen ist mit 3,1 Fällen je 1.000 Einwohner gut doppelt so hoch wie außerhalb von Einrichtungen (1,5 Fälle je 1.000 Einwohner). Zudem stellt sich die regionale Verteilung und die zeitliche Entwicklung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen völlig anders dar (vgl. Darstellung 6.78). Das Saarland und Rheinland-Pfalz wiesen mit einem Wert von 1,0 bzw. 0,9 Fällen je 1.000 Einwohner im Jahr 2005 eine deutlich unterdurchschnittliche Quote auf. In den Jahren danach war (insbesondere im Saarland) ein Anstieg zu beobachten, der 2013 im Saarland im Vergleich zu Deutschland (3,1) und Westdeutschland (3,0) in einem überdurchschnittlichen Wert von 3,8

Fällen je 1.000 Einwohner resultierte. Mit Ausnahme des Jahres 2013 waren in Schleswig-Holstein noch höhere Werte als im Saarland zu beobachten. 2013 war die Verbreitung der laufenden Hilfe innerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner in beiden Bundesländern fast identisch.

Darstellung 6.78: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner



* Hessen: Landessumme einschl. Landeswohlfahrtsverband Baden-Württemberg, Hessen (2005 - 2009): Empfänger nach dem Sitz des Trägers.
 ** 2005 und 2006 ohne Bremen, Berlin 2005: Umstellungsbedingte Untererfassung bei Empfängerinnen in Einrichtungen.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015f

Die Verbreitung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen ist in den Landkreisen Saarlouis und Merzig-Wadern größer als innerhalb von Einrichtungen. Höher als im Landesdurchschnitt von 1,4 Fällen außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner ist der Wert des Regionalverbands Saarbrücken (1,6). Noch deutlicher überdurchschnittlich fällt die Quote mit 2,1 Bezieherinnen oder Beziehern je 1.000 Einwohner im Landkreis Saarlouis aus. Insbesondere im Regionalverband Saarbrücken ist jedoch die Verbreitung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen sehr viel stärker als außerhalb von Einrichtungen und liegt deutlich

über dem Landesdurchschnitt⁹³, wodurch im Regionalverband Saarbrücken insgesamt die höchste Quote von Bezieherinnen und Beziehern von Hilfe zum Lebensunterhalt festzustellen ist. Am geringsten ist die Anzahl der Bezieherinnen und Beziehern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (je Einwohner) im Landkreis St. Wendel (vgl. Darstellung 6.79).

Darstellung 6.79: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2013; Stichtag 31.12. (Anzahl und Anteil je 1.000 Einwohner)

	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		Außerhalb von Einrichtungen		Innerhalb von Einrichtungen	
	Anzahl	Quote je 1.000 EW	Anzahl	Quote je 1.000 EW	Anzahl	Quote je 1.000 EW
Saarbrücken, Regionalverband	3.408	10,5	533	1,6	2.875	8,8
Merzig-Wadern	240	2,3	123	1,2	117	1,1
Neunkirchen	353	2,6	165	1,2	188	1,4
Saarlouis	700	3,6	403	2,1	297	1,5
Saarpfalz-Kreis	298	2,1	127	0,9	171	1,2
St. Wendel	171	1,9	58	0,7	113	1,3

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und Statistisches Amt Saarland (2015e).

Zu den Hilfen in besonderen Lebenslagen gehören folgende Leistungen der Sozialhilfe: Hilfe zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII), Eingliederungshilfen für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII), Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII), Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (8. Kapitel SGB XII) und Hilfe in anderen Lebenslagen (9. Kapitel SGB XII). Die wichtigsten Hilfearten davon sind die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen⁹⁴ und die Hilfe zur Pflege⁹⁵ (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012). Die Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten stehen im Allgemeinen Personen zu, bei denen besonders belas-

⁹³ Demnach sind dort mit 2.875 Personen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ca. fünfmal so viele Bezieherinnen und Beziehern innerhalb von Einrichtungen wie außerhalb von Einrichtungen zu beobachten. Die Gründe für dieses auffällige Größenverhältnis müssen auf Basis der vorliegenden Daten offen bleiben. Mit ein Grund dürfte die regionale Verteilung von stationären Einrichtungen sein, in der Bezieherinnen und Beziehern von Hilfe zum Lebensunterhalt leben.

⁹⁴ Eingliederungshilfe erhalten Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind. Ziel ist, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung abzumildern und die Eingliederung in die bzw. die Teilhabe an der Gesellschaft (vgl. Deutscher Städtetag 2010).

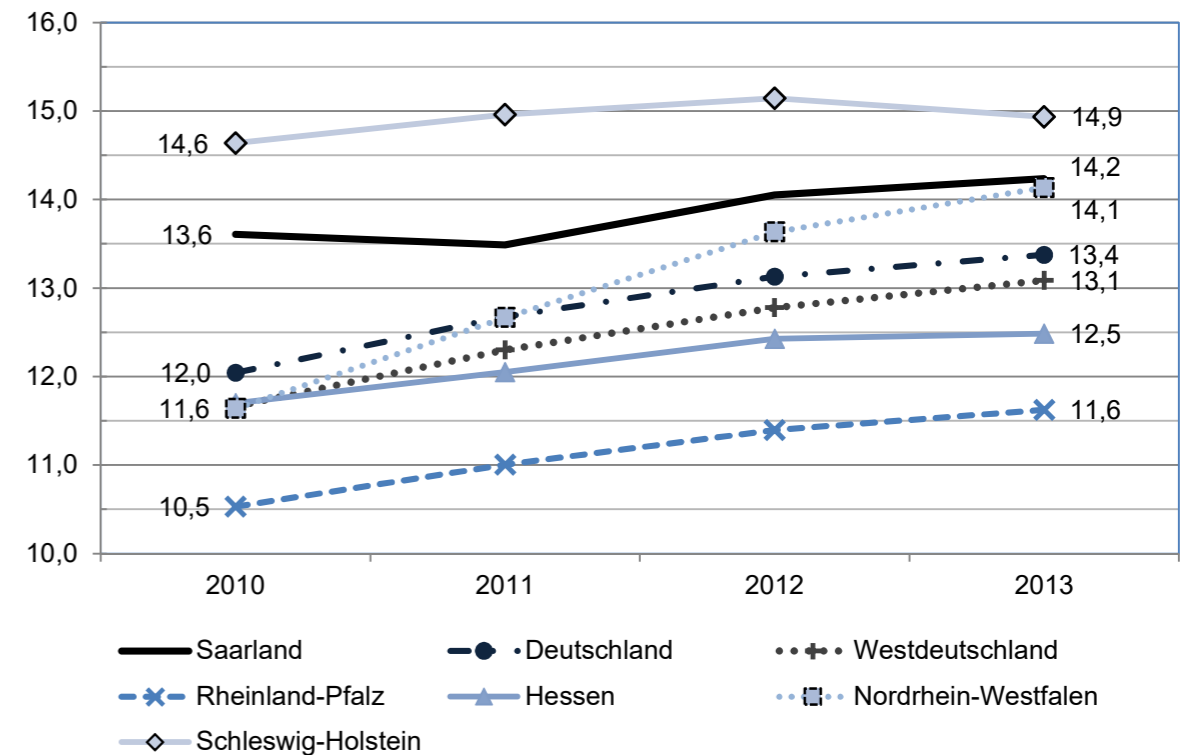
⁹⁵ Im Pflegefall werden zunächst Leistungen der Pflegeversicherung erbracht, wodurch der Sozialhilfeträger entlastet wird. Auch bei vorhandener Pflegeversicherung reichen die Leistungen der Pflegeversicherung aber häufig nicht aus. In diesen Fällen ist ergänzend Hilfe zur Pflege notwendig.

tende Lebensverhältnisse in Verbindung mit sozialen Schwierigkeiten auftreten. Konkret betrifft dies insbesondere von Obdachlosigkeit und weiteren existenziellen Problemlagen betroffene Menschen. Hilfen in anderen Lebenslagen umfassen Hilfen zur Weiterführung des Haushalts, Alten- und Blindenhilfe sowie die Übernahme von Bestattungskosten und die Hilfen in sonstigen Lebenslagen.

In Darstellung 6.80 wird deutlich, dass Hilfen in besonderen Lebenslagen in den letzten Jahren eine ansteigende Verbreitung in der Bevölkerung gefunden haben. Gründe dafür sind der demographische Wandel und die gestiegene Lebenserwartung. Hilfen in besonderen Lebenslagen sind im Saarland dabei deutlich häufiger notwendig als im deutschen oder westdeutschen Durchschnitt. Nochmals deutlich zahlreicher sind diese Leistungen allerdings in Schleswig-Holstein. Die Größenunterschiede zwischen den Regionen in Darstellung 6.80 sind dabei zwischen 2010 und 2013 weitgehend stabil. Vor allem in Nordrhein-Westfalen sowie im westdeutschen Durchschnitt ist aber eine stärkere Zunahme als in den Vergleichsregionen zu beobachten.⁹⁶

⁹⁶ Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes beträgt der Wert für Gesamtdeutschland im Jahr 2013 13,3 anstatt des hier ausgewiesenen Ergebnisses von 13,4. Dies ist auf die sich teils fortentwickelnden Berechnungsgrundlagen und deren regionale Aufgliederung zurückzuführen (vgl. Fußnote 86).

Darstellung 6.80: Hilfen in besonderen Lebenslagen nach 5. bis 9. Kapitel SGB XII je 1.000 Einwohner, Stichtag 31.12.



Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015g

Nach Stadt- und Landkreisen ist wie auch bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt die höchste Verbreitung nicht in der Landeshauptstadt festzustellen. Noch etwas höher als dort (16,3) ist die Quote je 1.000 Einwohner im Landkreis Neunkirchen (16,6). Auch bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen ist jedoch zu beachten, dass die regionalen Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen auch von der regionalen Verteilung der stationären Einrichtungen beeinflusst ist. Bei Betrachtung der Leistungen innerhalb von Einrichtungen liegen die Werte der Landkreise Neunkirchen und Merzig-Wadern deshalb am höchsten. Aber auch außerhalb von Einrichtungen ist die Quote je 1.000 Einwohner im Landkreis Neunkirchen relativ hoch (vgl. Darstellung 6.81).

Darstellung 6.81: Hilfe in besonderen Lebenslagen (5. bis 9. Kapitel SGB XII) nach Stadt- und Landkreisen im Saarland 2013, nach Wohnsitz des Hilfeempfängers, Stichtag 31.12. (Anzahl und Anteil je 1.000 Einwohner)

	Leistungsempfänger insgesamt		Außerhalb von Einrichtungen		Innerhalb von Einrichtungen	
	Anzahl	Quote je 1.000 EW	Anzahl	Quote je 1.000 EW	Anzahl	Quote je 1.000 EW
Saarbrücken, Regionalverband	4.959	15,2	1.785	5,5	3.174	9,7
Saarbrücken, Landeshauptstadt	2.895	16,3	1.269	7,2	1.626	9,2
Merzig-Wadern	1.442	14,0	387	3,8	1.055	10,2
Neunkirchen	2.216	16,6	795	6,0	1.421	10,7
Saarlouis	2.131	10,9	646	3,3	1.485	7,6
Saarpfalz-Kreis	1.683	11,7	563	3,9	1.120	7,8
St. Wendel	1.149	13,0	370	4,2	779	8,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015a und 2015g

6.5.6 Zwischenfazit

Die Mindestsicherungsquoten im Saarland liegen über dem westdeutschen Durchschnitt und seit 2012 auch höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Bei Ausländerinnen und Ausländern, die relativ betrachtet, deutlich häufiger auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen sind als Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, sind in etwa die gleichen regionalen Unterschiede festzustellen. Wie auch in anderen Regionen, zeigt sich im Saarland eine Ballung der Mindestsicherungsleistungen in urbanen Gebieten, namentlich in Saarbrücken bzw. dem Regionalverband Saarbrücken. Die Mindestsicherungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist zudem auch im Landkreis Neunkirchen stark ausgeprägt; sehr niedrig ist sie dagegen im Landkreis Merzig-Wadern.

Insgesamt kann im Vergleich zu 2010 – also nach der Wirtschafts- und Finanzkrise – von gesunkenen SGB-II-Quoten gesprochen werden. Ähnlich wie bei der gesamten Mindestsicherungsquote ergeben sich am aktuellen Rand jedoch auch hinsichtlich der SGB-II-Leistungen im Saarland höhere Quoten als im deutschen Durchschnitt, was seit Ende 2005 ein Novum darstellt. Sehr viel ausgeprägter als bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigt sich dies bei den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren, die jedoch in absoluten Zahlen gemessen den sehr viel kleineren Teil der SGB-II-Leistungsberechtigten ausmachen.

Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte – und mehr noch unter 3-Jährige als unter 15-Jährige – beziehen im Saarland deutlich überdurchschnittlich häufig Hilfeleistungen des SGB II. Ähnlich häufig trifft dies auch auf Ausländerinnen und Ausländer zu, so dass ausländische Nichterwerbsfähige noch häufiger auf Leistungen des SGB II angewiesen sein dürften. Wie eine Analyse nach Haushaltstypen zeigt, verschärft sich die Situation insbesondere in Alleinerziehendenhaushalten nochmals deutlich, und das umso mehr, je mehr Kinder im Haushalt leben. Bei Alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Kindern beträgt die SGB-II-Quote 52 Prozent, wohingegen es im bundesweiten Durchschnitt nur 43 Prozent sind. Selbst in Paarhaushalten mit mindestens drei Kindern beziehen 19 Prozent (Deutschland: 15 %) Leistungen nach dem SGB II. Insgesamt sind im Saarland aber weder der Kurzzeitbezug noch der Langzeitbezug von SGB-II-Leistungen besonders auffällig ausgeprägt. Bei einer Betrachtung nach abgeschlossener Dauer stellt er sich sogar etwas positiver als im westdeutschen Durchschnitt dar.

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII kommen im Saarland ebenfalls überdurchschnittlich häufiger vor als in den Vergleichsregionen. Dieses Bild relativiert sich jedoch etwas, wenn nicht alle Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zusammen betrachtet werden. Die Grundsicherung im Alter ist zwar im Saarland ebenfalls überdurchschnittlich verbreitet, noch höher ist die Quote unter den zum Vergleich herangezogenen Regionen jedoch in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Ähnlich verhält es sich auch bei der ausschließlichen Betrachtung der SGB-XII-Leistungen für Personen zwischen 18 und 65 Jahren, die aufgrund einer vollen Erwerbsminderung Hilfeleistungen beziehen. Auch hier liegen im Saarland im Vergleich zum bundes- und zu westdeutschen Durchschnitt erhöhte Werte vor. Noch häufiger ist diese Leistungsart unter den betrachteten Regionen nur in Schleswig-Holstein.

Von besonderer aktueller Brisanz sind die aufgrund der weltpolitischen Lage stark steigenden Asylbewerberzahlen. Der Anteil der Asylbewerberinnen und -bewerber an der ausländischen Bevölkerung ist im Saarland jedoch relativ niedrig und unter den betrachteten Bundesländern nur in Hessen geringer ausgeprägt. Bezogen auf alle Einwohner sind die Asylbewerberleistungen im Saarland sogar eindeutig am wenigsten verbreitet, und wie in den meisten anderen Vergleichsregionen ist die Ausgabenquote

im Vergleich zur Aufnahmequote unterdurchschnittlich. Zwar ist die Anzahl der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch im Saarland mit einer Steigerung um 32 Prozent seit 2010 deutlich gewachsen. Dies stellt aber die geringste Zunahme unter den Vergleichsregionen in diesem Zeitraum dar. Darüber hinaus zeigt die in Deutschland insgesamt zu beobachtende Zunahme der Asylbewerberleistungen um 72 Prozent, angesichts der Steigerung der Asylanträge um 161 Prozent im gleichen Zeitraum, dass die deutsche Flüchtlingshilfe in der jüngeren Vergangenheit quantitativ hinter den Anträgen deutlich zurückgeblieben ist und insofern eigentlich eine erhöhte Hürde für Asylsuchende darstellt. Dennoch hat sich die Zahl der Asylanträge seit 2014 nochmals deutlich stärker erhöht als in den vergangenen Jahren, so dass der Handlungsdruck in diesem Themenbereich weiter zunimmt.

Die Analysen zur laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt haben ergeben, dass das Saarland bei Leistungen außerhalb von Einrichtungen im Jahr 2013 einen Wert knapp unterhalb des deutschen und westdeutschen Durchschnitts aufweist. Diese Leistungen werden im Saarland also etwas weniger häufig gewährt. Innerhalb von Einrichtungen hingegen wurde im Jahr 2013 die Hilfe zum Lebensunterhalt in Schleswig-Holstein und im Saarland häufiger als in den anderen betrachteten Regionen bezogen. Insbesondere gilt das im Saarland für den Regionalverband Saarbrücken.

Hilfe in besonderen Lebenslagen ist im Saarland deutlich häufiger als im deutschen oder westdeutschen Durchschnitt. Noch deutlich höher ist die Quote je 1.000 Einwohner jedoch in Schleswig-Holstein. Auf der Ebene der Stadt- und Landkreise ist diese Leistungsart gemessen an der Einwohnerzahl in Saarbrücken und im Landkreis Neunkirchen besonders häufig. Im Fall des Landkreises Neunkirchen liegt dies wiederum in den Leistungen innerhalb von Einrichtungen begründet. Da die wichtigsten Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und die Hilfe zur Pflege sind, verweist dies auch auf den Einfluss, den der demographische Wandel und die Pflegeversicherung (oder eine anderweitige Absicherung im Alter) für diese Sozialleistungen hat.

6.6 Armutsrisiko Überschuldung

Um das Armutsrisiko Überschuldung differenziert beurteilen zu können, ist zunächst eine begriffliche Klärung vonnöten. Insbesondere ist der Unterschied zwischen Ver- und Überschuldung zu erörtern. Daran anschließend werden empirische Daten zur Überschuldungssituation im Saarland präsentiert.

6.6.1 Verschuldung und Überschuldung

Verschuldung ist nicht gleichzusetzen mit Überschuldung. Während Verschuldung die Aufnahme von Krediten oder das Eingehen sonstiger Zahlungs- und Rückzahlungsversprechen bedeutet, liegt Überschuldung dann vor, wenn der Schuldner die Summe der fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr bedienen kann und er zur Bestreitung seines Lebensunterhalts nicht auf Vermögen, weitere Kreditmöglichkeiten oder die finanzielle Hilfe Dritter (etwa Eltern oder Freunde) zurückgreifen kann. Anders formuliert, liegt Überschuldung dann vor, wenn das Nettoeinkommen nach Abzug von Kreditverpflichtungen und/oder Rückzahlungsversprechen unter dem gesetzlich festgelegten (Mindest-)Lebensunterhalt (Grundsicherung, Arbeitslosengeld II, Pfändungsgrenze) liegt.

Überschuldung und Armut haben ähnliche Merkmale und können sich wechselseitig bedingen. Einerseits können Ausgrenzungs- und Verarmungsprozesse in Überschuldung münden. Andererseits ist es möglich, dass Überschuldung zu Armut führt, wenn z. B. aufgrund von Arbeitslosigkeit das dann niedrigere Nettoeinkommen nicht mehr ausreicht, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, wie bereits in der Sozialstudie Saar aus dem Jahr 2009 dargelegt (vgl. Engels u. a. 2009, S. 183ff).

6.6.2 Überschuldete Privatpersonen im Saarland

Zunächst ist festzuhalten, dass zur Überschuldung privater Personen in Deutschland generell keine befriedigenden zentralen Datenwerke der amtlichen Statistik existieren (vgl. Korczak 2013). Zwar wird regelmäßig vom Statistischen Bundesamt eine entsprechende Statistik für Deutschland veröffentlicht. In sie gehen aber nur die Datenmeldungen eines Teils der Schuldnerberatungsstellen in den Bundesländern ein. Dies liegt u. a. daran, dass die Schuldnerberatungsstellen nicht zur Datenweitergabe verpflichtet sind. Eine weitere Problematik besteht darin, dass die ratsuchenden Privatpersonen einer Datenweitergabe im Beratungsgespräch zustimmen müssen. Insofern liegen nur Informationen über jene Personen vor, die der Datenweitergabe zu statistischen Zwecken ausdrücklich zugestimmt haben. Hinzu kommt, dass generell von einer Dunkelziffer auszugehen ist, weil nicht alle überschuldeten Privatpersonen die Beratungsangebote wahrnehmen – sei es, dass sie die Beratungsangebote nicht kennen, die Beratungsangebote nicht in Anspruch nehmen wollen oder können oder die Inanspruchnahme von Beratungsangeboten nicht mehr als hilfreich angesehen wird, da die Prozeduren der Privatinsolvenz bereits eingeleitet wurden. Zur Darstellung der sozioökonomischen Merkmale der überschuldeten Privatpersonen im Saarland wird dennoch im Folgenden auf die Auswertungen der insgesamt 15 saarländischen nicht-gewerblichen Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen zurückgegriffen. Deren „Meldequote“ liegt nach mündlichen Angaben des Statistischen Bundesamtes bei rund 100 Prozent.⁹⁷

Das populärste Datenwerk zur Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist der jährlich veröffentlichte „Schuldneratlas“ der Creditreform (Verband der Vereine Creditreform e.V.), der auch in vielen wissenschaftlichen und amtlichen Veröffentlichungen zitiert wird (vgl. Kasten). Aber wie in den Datenwerken der amtlichen Statistik werden auch im Schuldneratlas die Determinanten des Zustandekommens der Verschuldung nicht weitreichend erhellt, sondern es werden lediglich – sozusagen – vordergründig plausible Ursachenfaktoren isoliert herausgegriffen.

⁹⁷ Neben den Statistiken der Schuldnerberatungsstellen enthalten bedingt auch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) sowie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) Informationen über Schulden und die Situation überschuldeter Privatpersonen bzw. Privathaushalte. Aufgrund der zu geringen Fallzahlen sind aber differenzierte Auswertungen und Interpretationen hierzu für das Saarland nicht möglich.

Schuldneratlas der Creditreform

Die Creditreform ist eine private Auskunftsei. Der von ihr erstellte Schuldneratlas enthält Informationen über Personen mit so genannten „Negativmerkmalen“, die als „Überschuldungsindikatoren“ dienen. Zu diesen Negativmerkmalen zählen:

- aktuelle juristische Sachverhalte (wie Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen; früher: Haftanordnungen zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung) und manifeste Privatpersoneninsolvenzen,
- „unstrittige“ Inkasso-Fälle von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltige Zahlungsstörungen. „Nachhaltige Zahlungsstörungen“ werden dabei definiert als das Vorliegen von mindestens zwei (meist aber vergeblichen) Mahnungen mehrerer Gläubiger (vgl. Creditreform Wirtschaftsforschung 2014, S. 6).

Die aus wissenschaftlicher Perspektive unsichere Validität der Daten des Schuldneratlases liegt darin begründet, dass die Informationen über das Vorliegen von „Negativmerkmalen“:

- aus verschiedenen Datenquellen mit jeweils unterschiedlicher Systematik stammen,
- neben amtlich-öffentlichen Quellen (Handelsregister, Schuldnerlisten der Amtsgerichte) auch Informationen von Wirtschaftsunternehmen über die Zahlungserfahrungen mit Privatpersonen übermittelt werden, deren Validität im Einzelfall nicht geprüft werden kann.

Ein weiteres Manko des Schuldneratlases ist es, dass Informationen über Energie- und Mietschulden, Schulden gegenüber privaten Gläubigern sowie Steuerschulden nicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus weist der Schuldneratlas nur eine gewisse Form der offenen Verschuldung im Sinne einer „enthüllten Überschuldung“ (Korczak 2013, S. 2) aus. Dadurch kommt es zu einer systematischen Unterschätzung der Anzahl der überschuldeten Privatpersonen, denn nicht über jede überschuldete Person liegt bei der Creditreform ein Negativeintrag vor. Allerdings bedeutet ein Negativeintrag keinesfalls, dass Überschuldung eingetreten ist. Dass in diesem Bericht dennoch auf die Schuldneratlas-Daten zurückgegriffen wird, ist in erster Linie auf die mangelhafte Datensituation insgesamt zurückzuführen.

Der Schuldneratlas des Jahres 2014 weist aus, dass in Deutschland rund 6,7 Millionen Personen im Alter über 18 Jahren im Sinne der Creditreform-Definition als überschuldet anzusehen sind. Der Anteil der Personen mit Negativmerkmalen an der Bevölkerung im Alter von über 18 Jahren beträgt in Deutschland 9,9 Prozent und ist in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Das Saarland weist mit 11,3 Prozent eine höhere Schuldnerquote auf als Deutschland. Die niedrigste Schuldnerquote der Länder hatte im Jahr 2013 Bayern (7,0 %), die höchste Bremen (13,9 %).

Über die Zeit hinweg ist die im Schuldneratlas der Creditreform ausgewiesene Schuldnerquote in Saarland weitgehend unverändert geblieben (2012: 11,3 %, 2013: 11,2 %, 2014: 11,3 %; vgl. Darstellung 6.82).

Darstellung 6.82: Schuldnerquoten im Bundesländervergleich 2012 bis 2014 (in Prozent)

Gebietseinheit	2012	2013	2014
Saarland	11,3	11,2	11,3
Deutschland	9,7	9,8	9,9
Rheinland-Pfalz	9,9	10,0	10,0
Hessen	9,7	9,9	10,0
Nordrhein-Westfalen	11,2	11,3	11,5
Schleswig Holstein	10,8	10,9	11,0

Quelle: Eigene Darstellung nach Creditreform Wirtschaftsforschung 2014, S. 14

6.6.3 Sozioökonomische Merkmale überschuldeter Privatpersonen

Im Jahr 2013 suchten im Saarland insgesamt 6.184 Personen Rat bei nicht-gewerblichen Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Genau genommen haben nur diese 6.184 ratsuchenden Personen der Datenweitergabe zu statistischen Zwecken zugestimmt.⁹⁸ Dabei waren Männer gegenüber Frauen leicht in der Mehrheit (51,8 % von allen überschuldeten Ratsuchenden im Saarland; laut Sonderauswertung der Überschuldungsstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes für das Saarland).

Wie Darstellung 6.83 entnommen werden kann, befinden sich die ratsuchenden Saarländerinnen und Saarländer mehrheitlich in den wirtschaftlich aktiven Altersgruppen (25 bis unter 65 Jahre). Der Anteil der unter 20-jährigen Ratsuchenden (0,3 %) ist sehr gering.⁹⁹ Ähnlich gering sind die Anteile der Ratsuchenden in den Altersgruppen ab 65 Jahren (vgl. ebenfalls Darstellung 6.79). Aus dem letztgenannten kommt zum Ausdruck, dass ab diesem Alter die wichtigsten kostspieligen Lebensentscheidungen (Familiengründung, Immobilienerwerb) längst getroffen sind und dass im günstigsten Falle Bankkredite, etwa zur Finanzierung von Immobilien, bereits zurückgezahlt wurden. Darüber hinaus sollte aber auch in das Blickfeld genommen werden, dass ältere Menschen aufgrund ihrer im Vergleich zu jüngeren Menschen geringeren Restlebenserwartung als Kreditnehmer von den Banken und anderen Kreditgebern ein höheres Kreditausfallrisiko beigemessen wird.

⁹⁸ Informationen darüber, wie groß die Zahl der Personen ist, die der Datenweitergabe nicht zugestimmt haben, liegen nicht vor.

Darstellung 6.83: Altersstruktur der Ratsuchenden in Schuldnerberatungen im Saarland 2013 (in Prozent aller Ratsuchenden)

	Anteile in Prozent
Unter 20 Jahre	0,3
20 bis unter 25 Jahre	5,6
25 bis unter 35 Jahre	25,0
35 bis unter 45 Jahre	24,6
45 bis unter 55 Jahre	24,9
55 bis unter 65 Jahre	13,9
65 bis unter 70 Jahre	2,6
70 Jahre und älter	3,2

Quelle: Sonderauswertung der Überschuldungsstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes für das Saarland

Der geringe Anteil der Ratsuchenden unter 20 Jahren ist indes kein belastbarer Hinweis darauf, dass Überschuldung von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen kein Problemfeld darstellt. Plausibel ist vielmehr, dass ver- bzw. überschuldete Jugendliche und junge Erwachsene sich erst in einem höheren Lebensalter bzw. zunächst von Familienangehörigen bzw. Eltern bei den Schuldnerberatungsstellen beraten lassen. Generell ist zur Verschuldungssituation Jugendlicher festzustellen, dass dieses Forschungsfeld anders, als es die Vermittlung durch die Medien nahelegt, bislang wenig wissenschaftlich fundiert bearbeitet worden ist. Die wenigen verfügbaren amtlichen Statistiken zum Thema (Daten der Schuldnerberatungsstellen und Insolvenzstatistiken der Amtsgerichte) erfassen häufig erst volljährige Personen.¹⁰⁰

In der relativen Mehrheit der Fälle sind im Saarland die bei Schuldnerberatungsstellen Ratsuchenden ledig (35,1 %). Der Anteil der verheirateten Ratsuchenden beträgt 28,0 Prozent, der Anteil verwitweter Ratsuchenden 3,6 Prozent. Werden zu den ledigen noch die verheirateten, aber getrennt lebenden Ratsuchenden (10,3 %) sowie die geschiedenen Ratsuchenden (23,0 %) und die verwitweten Ratsuchenden addiert,

¹⁰⁰ In einer Studie aus der Schweiz aus dem Jahr 2008 wurden die Verschuldungssituationen von 500 Schülerinnen und Schülern im Alter von 18-21 Jahren aus drei unterschiedlichen Schultypen untersucht. Die darin identifizierten überschuldeten Jugendlichen stammten zum überwiegenden Teil aus sozial benachteiligten Familien und verfügten häufig über keine Ausbildung. Zudem waren die überschuldeten Jugendlichen kritischen Lebensereignissen ausgesetzt (z. B. früher Auszug aus dem Elternhaus, Arbeitslosigkeit, Schul- oder Lehrabbruch, die häufig mit finanziellen Folgen verbunden sind). Bei den sich entwickelnden Krisensituationen und deren Bewältigung konnten diese jungen Erwachsenen kaum auf Unterstützung von anderen zurückgreifen (vgl. Streuli u. a. 2008).

zeigt sich sehr deutlich, dass Überschuldung überwiegend ein Problem alleinstehender Privatpersonen ist (72,0 %; nach einer Sonderauswertung der Überschuldungsstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes für das Saarland).

Überschuldet sind erwartungsgemäß mit großer Mehrheit Personen mit relativ geringem Einkommen. Entsprechend waren im Saarland mit 37,7 Prozent beratene Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 900 Euro pro Monat am häufigsten überschuldet (vgl. Darstellung 6.84).

Darstellung 6.84: Haushaltsnettoeinkommen (in Euro/Monat) der Ratsuchenden bei Schuldnerberatungsstellen im Saarland 2013 und in Deutschland 2013 und 2014 (in Prozent aller Ratsuchenden)

	Bis 900 €	900 € bis unter 1.300 €	1.300 € bis unter 1.500 €	1.500 € bis unter 2.000 €	2.000 € bis unter 2.600 €	2.600 € und mehr
Saarland	37,7	23,5	9,6	16,1	8,8	4,2
Deutschland 2013	37,9	24,1	9,5	15,7	8,5	4,3
Deutschland 2014	37,0	24,6	9,5	15,9	8,6	4,3

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, S. 12, Statistisches Bundesamt 2015i, S. 165 und Sonderauswertung der Überschuldungsstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes für das Saarland

Im Saarland errechnet sich für 2013 eine durchschnittliche Schuldenhöhe Ratsuchender in Höhe von 39.575 Euro. Damit ist die durchschnittliche Verschuldung im Saarland deutlich höher als in Deutschland (2013: 32.996 Euro; vgl. Statistisches Bundesamt 2014, S. 10, bzw. 2014: 34.504 Euro; vgl. Statistisches Bundesamt 2015i, S. 14). Banken sind die mit Abstand bedeutendste Gläubigergruppe der Ratsuchenden (vgl. Darstellung 6.85).

Darstellung 6.85: Art und durchschnittliche Höhe der Schulden von ratsuchenden Personen im Saarland 2013 (alle Schuldner; in Euro)

Gläubiger	Durchschnittliche Schuldenhöhe (in €)
Kreditinstitute	25.462
Versandhäuser	697
Öffentliche Gläubiger	2.352
Inkassobüros	3.993
Telekommunikationsunternehmen	860
Vermieter	584
Aus Unterhaltsverpflichtungen	614
Privatpersonen	462
Andere Gläubiger	4.552
Insgesamt	39.575

Quelle: Sonderauswertung der Überschuldungsstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes für das Saarland.

6.6.4 Ursachen von Überschuldung

Die einzige verfügbare systematische Statistik über die Hauptauslöser von Überschuldung ist eine Zusammenstellung der übermittelten Statistiken der Schuldnerberatungsstellen in den Bundesländern durch das Statistische Bundesamt. Die Ursachen von Überschuldung sind danach vielfältig. Unwirtschaftliche Haushaltsführung (12,9 %), traumatische Ereignisse (Trennung, Scheidung, Tod des Partners; 13,2 %) sowie an der Spitze der Hauptauslöser Arbeitslosigkeit (18,0 %) zeugen von einem Faktorenbündel elementarer Lebensereignisse. Solche Ereignisse können schnell dazu führen, dass in andere Lebensbereiche schwerwiegende Probleme auftreten wie z. B. unbezahlte Energierechnungen und Versorgungssperren. So geben Haushalte aus den beiden untersten Dezilen der Einkommensverteilung je nach Erhebung 4 bis 7 Prozent ihres Einkommens für Strom aus. Im obersten Dezil sind es 2 bis 3 Prozent (vgl. Tews 2013, S. 6f). Es kann so sehr schnell zu „Energiearmut“ kommen (vgl. Kasten), die sich in Versorgungssperren manifestiert.

Energieschulden und Energiearmut

Zwar sind die Schulden bei Energieunternehmen 2014 mit bundesweit 1.420 Euro bei den durchschnittlichen Schuldenhöhen nachrangig (vgl. Statistisches Bundesamt 2015i, S. 14); jedoch ist diese Schuldenart vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren erheblich gestiegenen Kosten für Haushaltsenergien zu sehen. Unter dem Schlagwort Energiearmut oder Energieschulden drohen insbesondere einkommensschwachen Haushalten Stromsperrungen der Stromanbieter bei Zahlungsverzug. Eine entsprechende aktuelle und flächendeckende Statistik, aus der die Zahl der von Stromsperrungen betroffenen Haushalte hervorgeht, existiert für das Saarland nicht. Das Problem der Energiearmut wird im Saarland exekutiv im Rahmen des bundesweiten Projekts „Stromspar-Check-Plus“ in Form rein-präventiver Beratungsangebote behandelt. Bis zu 150 Euro Energiekosten pro Jahr entlastet der „Stromspar-Check“ Haushalte mit niedrigem Einkommen. In mittlerweile mehr als 150 Städten und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet – darunter auch im Saarland – sind geschulte Stromsparhelfer im Einsatz. Die Stromspar-Teams beraten Haushalte mit geringem Einkommen zu Hause: Bei einem ersten Besuch werden sämtliche Strom- und Wasserverbräuche dokumentiert und mit einer Analyse des Nutzungsverhaltens werden aus diesen Angaben individuelle Auswertungen erstellt. Daraus werden etwaige Einsparpotenziale berechnet. Bei einem zweiten Besuch erhält der Haushalt dann kostenlos die jeweils sinnvollen Energie- und Wassersparartikel sowie praktische Tipps für weitere Einsparmöglichkeiten (im Wert von 70 Euro).

An dieser Stelle ist das „Saarbrücker-4-Punkte-Modell“ zu erwähnen. Durch einen Informationsaustausch zwischen Versorgungsunternehmen und Sozialbehörden sollen dabei Versorgungssperren möglichst vermieden werden.

Darstellung 6.86: Beratene Personen nach dem Hauptauslöser für die Überschuldung im Saarland 2013 (in Prozent)

Überschuldungsursache	
Arbeitslosigkeit	18,0
Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	13,2
Erkrankung, Sucht, Unfall	9,7
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	12,9
Gescheiterte Selbstständigkeit	9,0
Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung	3,1
Gescheiterte Immobilienfinanzierung	4,5
Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen	0,4
Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes	0,8
Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen	0,2
Unzureichende Art der Kredit- oder Bürgschaftsberatung	0,7
Sonstiges	27,3

Quelle: Sonderauswertung der Überschuldungsstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes für das Saarland

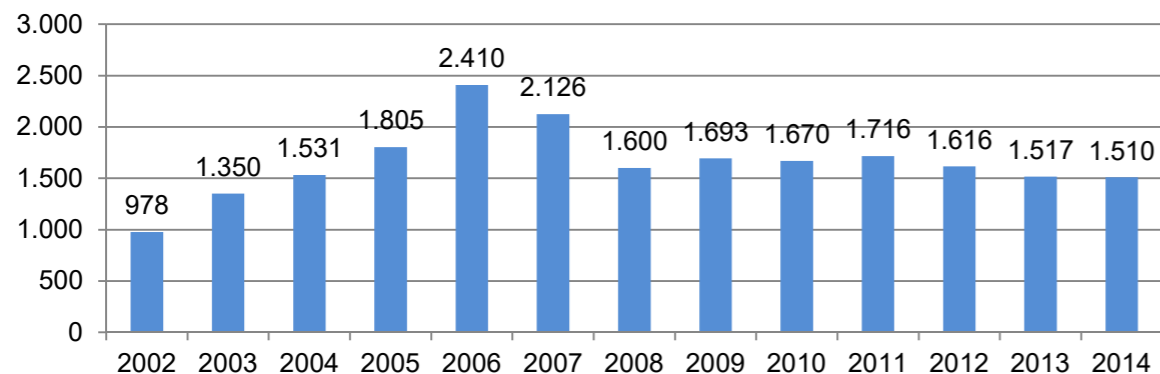
Die Statistik über die Hauptauslöser von Überschuldung liefert Indizien dafür, dass Überschuldung in den meisten Fällen das Resultat kritischer Lebensereignisse ist, die zumeist nicht im individuellen Verantwortungsbereich der Menschen liegen dürften. Andererseits könnte die Bedeutung des Überschuldungsgrundes „Unwirtschaftliche Haushaltsführung“ ein Hinweis auf durchaus bestehende individuelle Verantwortlichkeiten im Sinne einer selbstverschuldeten Überschuldung sein. Generell ist aber vor Überinterpretationen zu warnen. Im Prinzip erhöht ein Ausgabeverhalten, das sich nicht an den Einnahmeverhältnissen des Haushalts orientiert, die Wahrscheinlichkeit einer Überschuldung. Eine Überschuldungssituation ist bei gegebenem Ausgabeverhalten jedoch dann umso wahrscheinlicher, desto niedriger das Haushaltsnettoeinkommen (z. B. aufgrund von Arbeitslosigkeit) ist.

6.6.5 Wege aus der Überschuldung

Kann die Überschuldung nicht mehr aus eigener Kraft zurückgeführt werden, steht den überschuldeten Privatpersonen ein gesetzlich geregelter Überwindungsweg im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens (InO) offen, das 1999 in Kraft getreten ist.¹⁰¹ In diesem Zusammenhang geben die Höhe und die Entwicklung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen Hinweise auf die Fälle von Überschuldung, die nicht mehr anders überwunden werden können. Die Insolvenzstatistik speist sich aus den an die Statistischen Landesämter übermittelten Angaben der zuständigen Amtsgerichte. Allerdings ist zu beachten, dass hier nur Fälle von Personen über 18 Jahren dokumentiert sind. Soziodemografische Merkmale werden nicht erfasst.

¹⁰¹ Im Rahmen der Verbraucherinsolvenz wird über einen Zeitraum von sechs Jahren sämtliches Einkommen oberhalb einer Freigrenze gepfändet.

Darstellung 6.87: Anzahl der Verbraucherinsolvenzen im Saarland in den Jahren 2002 bis 2014



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Amt Saarland (versch. Jahre)

Seit dem Jahr 2002 ist im Saarland die Zahl der Privatinsolvenzen gestiegen. Der Anstieg ist in den ersten Jahren vermutlich auch ein Abbild des Einführungseffektes der Privatinsolvenzordnung. Im Zuge der jüngsten Finanzkrise hat sich die Zahl der Privatinsolvenzen 2009 nochmals leicht erhöht und ist seit 2011 leicht rückläufig. Im Jahr 2014 betrug die Zahl der Privatinsolvenzen 1.510 Fälle. Gegenüber dem Jahr 2013 ergab sich damit ein geringfügiger Rückgang.

Die voraussichtlichen Forderungen aus den Privatinsolvenzen beliefen sich im Jahr 2014 insgesamt auf 85,8 Millionen Euro (vgl. Statistisches Amt Saarland 2015d, S. 12). Gegenüber 2013 (76,3 Millionen Euro) bedeutete dies eine Erhöhung um rund 12,5 Prozent.

Gliedert man die Zahl der Privatinsolvenzen im Jahr 2013 im Saarland prozentual nach den Landkreisen, ergeben sich folgende Befunde: Der Regionalverband Saarbrücken (36,6 %), der Landkreis Neunkirchen (19,9 %) und Saarlouis (16,3 %), alle eher städtisch geprägt, weisen die höchsten Anteilswerte auf. Die Landkreise Merzig-Wadern (7,2 %), St Wendel (8,5 %) und Saarpfalz (11,4 %) hingegen haben deutlich geringere Anteilswerte (eigene Berechnungen nach Statistisches Amt Saarland 2015d, S. 12).

6.6.6 Zwischenfazit: Armutrisiko Überschuldung

Überschuldung ist ein prekäres Lebensereignis, mit dem oft zusätzliche ökonomische und psychologische Destabilisierungen verbunden sein können, die ihrerseits das Armutrisiko erhöhen. Der Anteil der überschuldeten Personen an der Gesamtbevölkerung (Schuldnerquote) im Saarland ist in den vergangenen Jahren geringfügig zurückgegangen. Im Jahr 2013 betrug die Schuldnerquote nach Angaben der Creditreform rund 11 Prozent. Die durchschnittliche Schuldenhöhe überschuldeter Saarländerinnen und Saarländer lag 2013 bei fast 40.000 Euro.

Im Saarland waren 2013 geringfügig mehr Männer als Frauen überschuldet. Der Hauptteil der bei den Schuldnerberatungsstellen im Saarland um Rat suchenden Überschuldeten befand sich in der Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen und war verheiratet. Die Hauptgründe für Überschuldung waren nach eigenen Angaben der Überschuldeten Arbeitslosigkeit, gefolgt von Trennung, Scheidung oder Tod des Partners oder der Partnerin sowie Krankheit, Sucht bzw. Unfall. Demzufolge ist Überschuldung weitgehend ein externes, kritisches Lebensereignis und steht primär außerhalb des individuellen Verantwortungsbereichs der davon betroffenen Menschen.

Überschuldung kann zur Verbraucherinsolvenz führen. Mit der Verbraucherinsolvenz nach der Insolvenzordnung wird der Prozess der Überschuldung gestoppt. Nach einer Zeit der „Rehabilitation“ kann der ökonomische Neustart mit der Wiedererlangung der Kreditwürdigkeit begonnen werden. Im Jahr 2014 wurden im Saarland insgesamt 1.510 Verbraucherinsolvenzen eingeleitet.

6.7 Einige Befunde aus der Ergänzungsstudie und aus den kommunalen Armuts- bzw. Sozialberichten im Saarland im Überblick

Parallel zum vorliegenden Armuts- und Reichtumsbericht wurde eine „Ergänzungsstudie“ durchgeführt, die einen Überblick über die im Saarland vorhandenen Initiativen und vor Ort bestehenden Einrichtungen liefert, speziell solche der Wohlfahrtsverbände zur Armutsprävention und -bekämpfung. An dieser Stelle sollen nicht die Ergebnisse des entstandenen Handbuchs¹⁰² (vgl. Wiegel, Kistler 2015) referiert werden. Hieraus

¹⁰² Das Handbuch beschreibt solche Initiativen und gibt einen kurzen, systematischen Überblick der Auswertung der geschlossenen und der offen gestellten Fragen.

sollen nur einige Befunde und von den befragten Initiativen gemachten Aussagen dokumentiert werden, die

- kurz die Ziele/Zielgruppen und das Aufgabenspektrum sowie
- die Entwicklung der Nachfrage nach den Angeboten dieser Initiativen betreffen.

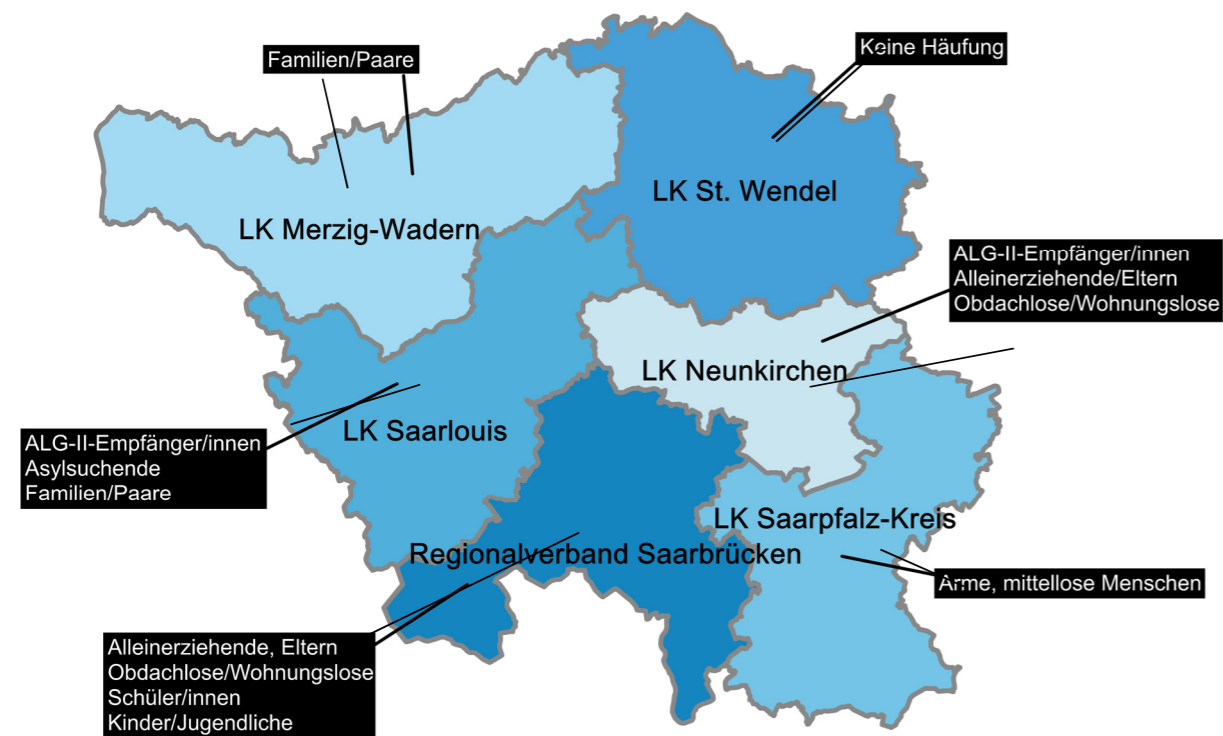
Im Kern geht es um die Frage, ob die in den bisherigen Kapiteln mit Massendaten geschilderten Trends der Armutsentwicklung unterstützt werden.

Um das Bild abzurunden wird anschließend in rudimentärer Form auf einschlägige Aussagen aus den im Saarland recht aktuell und fast flächendeckend vorliegenden kommunalen Armuts- bzw. Sozialberichten eingegangen. Auch hierbei geht es vor allem um die Frage, wo und bei welchen Gruppen vor Ort die größten Bedarfe an Maßnahmen zur Armutsprävention und -bekämpfung gesehen werden.

6.7.1 Die Sicht der Initiativen und Einrichtungen

Darstellung 6.88 gibt die von den im Handbuch dokumentierten Initiativen und Einrichtungen berichteten Hauptbedarfsgruppen ihrer Arbeit wieder.

Darstellung 6.88: Hauptbedarfsgruppen nach Landkreisen



Quelle: INIFES-Befragung von Einrichtungen und Initiativen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung im Saarland 2015

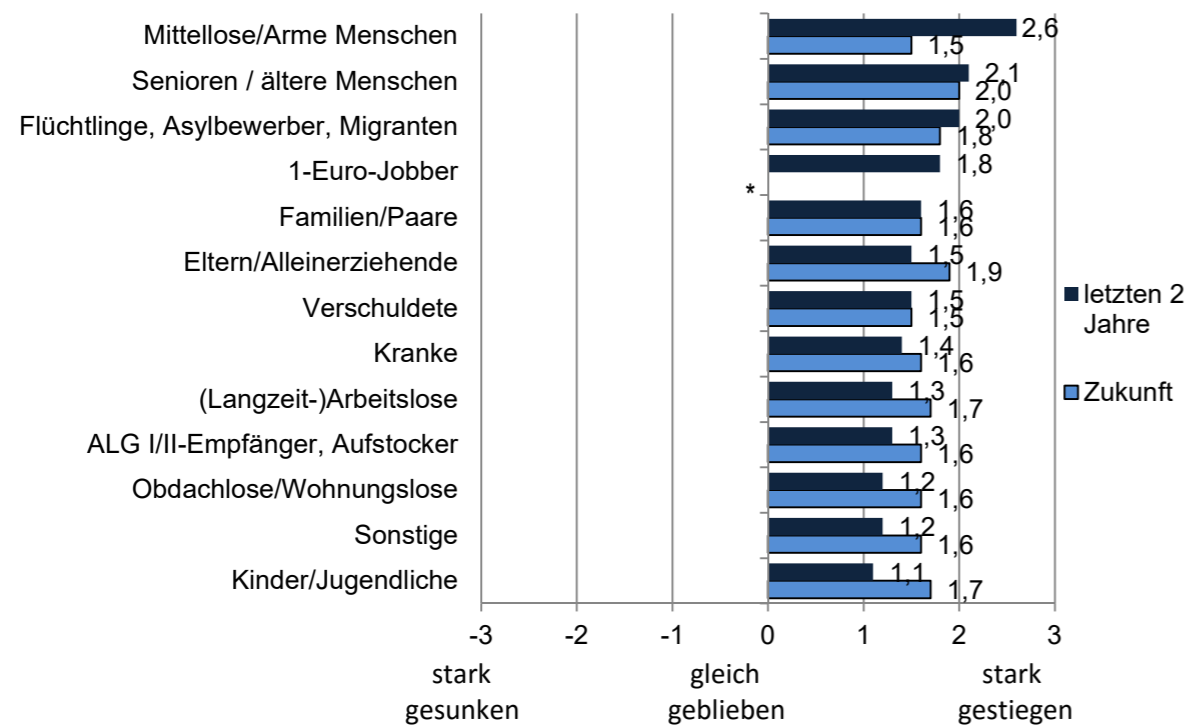
Diese sehr heterogenen Selbsteinschätzungen der Einrichtungen deuten bereits – ohne die regionale „Passung“ der Angebote zu diskutieren – die Vielfalt der Hauptbedarfsgruppen an. Von den Angeboten her gedacht sind, wiederum nach Selbsteinschätzung der Initiativen, die fünf am häufigsten genannten Hauptzielgruppen (in der angegebenen Reihenfolge):

- Eltern/Alleinerziehende,
- ALG-Empfänger, Aufstocker, Transferbezieher,
- Familien/Paare,
- Obdachlose/Wohnungslose und
- sozial Schwache, Bildungsferne.

Darstellung 6.89 ist zu entnehmen (jeweils oberster Balken), wie stark sich die von den Initiativen beobachtete Nachfrage der einzelnen Hauptzielgruppen in den vergangenen beiden Jahren entwickelt hat. Der jeweils untere Balken gibt (ebenfalls auf einer siebenstufigen Skala) an, wie die Befragten die künftige Entwicklung der Nachfrage dieser Hauptzielgruppen einschätzen.

Zunächst wird deutlich, dass die befragten Initiativen für alle genannten Hauptzielgruppen einen in den vergangenen beiden Jahren gestiegenen Bedarf berichten. Mit Abstand am stärksten hat sich danach die Nachfrage bei Mittellosen/armen Menschen (als unspezifischer, nicht nach Gruppen differenzierter Kategorie) entwickelt. Auf Rang zwei finden sich Senioren/ältere Menschen. Rang drei nimmt der Zuwachs bei Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten ein, gefolgt von Ein-Euro-Jobbern und Familien/ Paaren.

Darstellung 6.89: Bisherige und künftige Entwicklung der Nachfrage der Hauptzielgruppen aus Sicht der Einrichtungen/Initiativen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung im Saarland (Skalenwerte)



Anmerkung: Die mit einem * gekennzeichnete Gruppe wurde bei der jeweiligen Frage selten genannt und ging daher in die Kategorie Sonstige ein.

Quelle: INIFES-Befragung von Einrichtungen und Initiativen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung im Saarland 2015

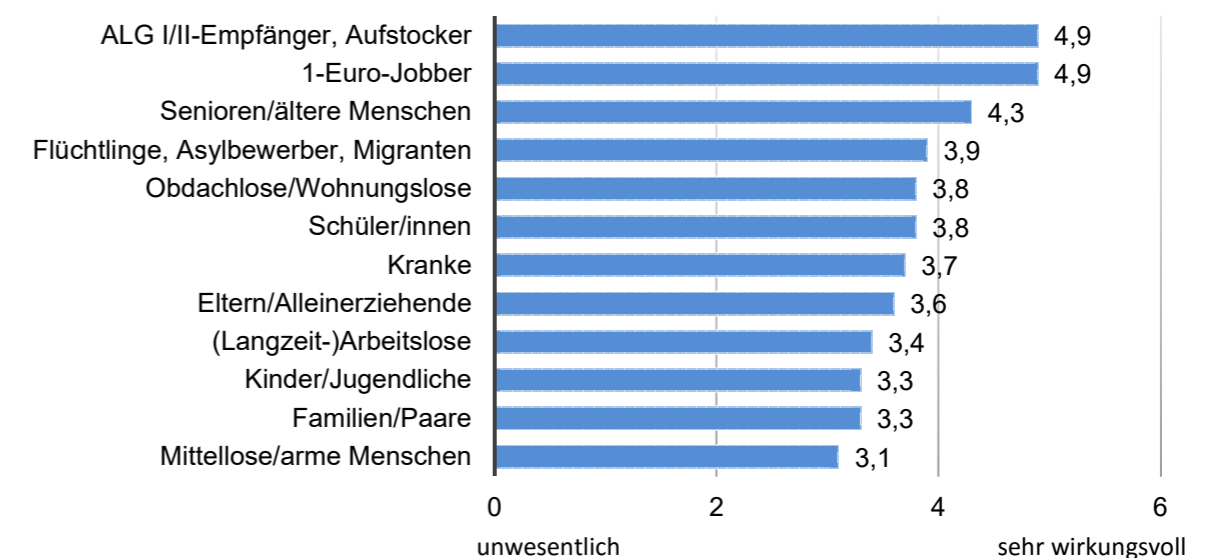
Auch bezogen auf die Zukunft, gehen die befragten Einrichtungen und Initiativen im Durchschnitt für alle genannten Hauptzielgruppen von einer wachsenden Nachfrage aus – insgesamt gesehen sogar mit einem stärkeren erwarteten Anstieg als in der Vergangenheit. Dabei wird für die allgemeine Kategorie Mittellose/arme Menschen aber ein eher geringerer künftiger Zuwachs angenommen als in der Vergangenheit. Dafür rücken in dieser Perspektive bestimmte Gruppen auf höhere Ränge: Senioren/ältere Menschen nehmen diesbezüglich den ersten Rangplatz ein, unmittelbar gefolgt von Eltern/Alleinerziehenden und Flüchtlingen/Asylbewerbern/Migranten sowie (Langzeit-)Arbeitslosen.

In der Befragung wurden die Initiativen und Einrichtungen auch gebeten, die aus ihrer Sicht größten strukturellen Herausforderungen für ihre Arbeit zu benennen. Am häu-

figsten wurde von 36 Prozent der Befragten das Thema Finanzierung bzw. Einspardruck genannt, gefolgt vom Thema Personalstruktur bzw. Personalmangel (28 %). Mit je 13 Prozent folgten der Soziale Wandel und Raumprobleme.

Auf einer siebenstufigen Skala (0 = freie Kapazitäten bis 6 = vollkommen überlastet) geben die Befragten die Auslastungssituation ihrer Angebote mit einem Durchschnittswert von 4,4 an. Schließlich sollten die Befragten auch eine Selbsteinschätzung abgeben, inwieweit ihr Angebot dazu beiträgt, bei ihren einzelnen Zielgruppen Armut und deren Folgen (langfristig) zu bekämpfen bzw. Armut präventiv vorzubeugen. Die Antworten sind durchaus selbstkritisch und differenziert. Ebenfalls auf einer siebenstufigen Skala (0 = unwesentlich bis 6 = sehr wirkungsvoll) sehen die Befragten ihre Angebote für ALG-I/-II-Empfänger/-Aufstocker und 1-Euro-Jobber als recht wirkungsvoll an (durchschnittlicher Skalenwert jeweils 4,9). Auch bezogen auf Senioren/ältere Menschen, attestieren sie sich mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,3 noch eine recht hohe Wirksamkeit. Bezüglich der anderen Zielgruppen ist das Urteil kritischer – bis hin zur allgemeinen Kategorie Mittellose/arme Menschen, wo nur noch ein durchschnittlicher Skalenwert von 3,1 erreicht wird (vgl. Darstellung 6.90).

Darstellung 6.90: „Inwieweit trägt ihr Angebot Ihrer Einschätzung nach bei Ihren Zielgruppen dazu bei, Armut und ihre Folgen (langfristig) zu bekämpfen bzw. Armut präventiv vorzubeugen?“ (in Skalenwerten)



Quelle: INIFES-Befragung von Einrichtungen und Initiativen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung im Saarland 2015

Die Skepsis im letztgenannten Punkt dürfte darin begründet sein, dass entsprechende Hilfsangebote (von Tafeln bis zu Second-hand-Shops) bei all ihren Verdiensten zwar kurzfristig die Nöte von Mittellosen/armen Menschen lindern, aber keinesfalls an strukturellen Armutsursachen ansetzen können, respektive nur in Teilen präventiven Charakter haben. Die finanziellen Defizite bei Armen könnten kurzfristig nur mittels höherer Transferleistungen (oder über höhere Löhne) angegangen werden. Das ist im Wesentlichen weder auf kommunaler noch auf Landesebene adressierbar, sondern – soweit überhaupt – auf Bundesebene. Ansonsten können die Initiativen und Einrichtungen gerade langfristig nur gruppengezielte Angebote mit dann individuell maßgeschneiderter Ausgestaltung (vor allem in der Beratung) machen, um Armut langfristig vorzubeugen.

6.7.2 Einige Befunde aus der kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung

Wie sehen die Kommunen demgegenüber ihre Aufgaben in der Armutsprävention und -bekämpfung (Pflicht- wie freiwillige Aufgaben), die bisherige Entwicklung der Problemschwerpunkte, und was wird in deren Armuts- bzw. Sozialberichten¹⁰³ hinsichtlich der Zukunft an wichtigen Trends erwartet?

In den Berichten wird – bei allen kleinräumigen Unterschieden – recht einhellig ein bisheriger Anstieg der Armutsbetroffenheit hervorgehoben. So schreibt der Regionalverband Saarbrücken (2012, S. 135) z. B., „... dass die Zunahme an ökonomisch und strukturell prekären Lebensverhältnissen im Ballungsraum des Regionalverbandes auch zu einer erhöhten Nachfrage nach unterstützenden Hilfen des Jugendamtes führt“. Bezogen auf die steigenden Quoten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird betont: „Die zunehmende Altersarmut ist insbesondere eine Folge der seit Jahren steigenden Zahlen bei Teilzeitbeschäftigten, Minijobbern und Geringverdienern“ (ebenda). Hingewiesen wird explizit auch auf die Veränderungen der Familienstruktur (Familien mit Einzelkindern, Alleinerziehende) und auf die Problematik Langzeitarbeitslosigkeit/Überschuldung.

¹⁰³ Im Saarland liegen insbesondere auf Kreisebene relativ viele einschlägige Berichte aus den vergangenen Jahren vor. Die Ausführungen in diesem Abschnitt sollen und können nur einige ausgewählte – auffällige – Punkte wiedergeben. Ansonsten sind diese kommunalen Berichte für eine aussagefähige synoptische Auswertung zu heterogen.

Der breiter angelegte Sozialbericht für den Saarpfalzkreis (vgl. HFW, ISG 2014, S. 214ff) betont mit Blick auf die Leistungen der Mindestsicherung einen Anstieg bei den ab 50-jährigen Erwerbsfähigen im Kreis, während es bei Jüngeren und Alleinerziehenden eine Verbesserung gab (vgl. ebenda, S. 216f).

Im Sozialbericht für den Landkreis Neunkirchen (2011), der sich sehr stark mit der Entwicklung der Rahmenbedingungen (vor allem Demografie, Bildung und Arbeitsmarkt) im Kreis beschäftigt, wird auf die etwas schwächere Einkommensentwicklung als im Landesdurchschnitt hingewiesen (vgl. ebenda, S. 39f). Die Mindestsicherungsleistungsquoten sind eher gesunken, allerdings nicht bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Hervorgehoben wird (vgl. ebenda S. 88ff) ein stetiger Anstieg der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung des Landkreises und ein starker Zuwachs bei der Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Besonders weist der Bericht auf die starke Betroffenheit von Frauen durch prekäre Lebenslagen bzw. Armut hin: „Armut hat ein weibliches Gesicht“ (ebenda, S. 95) und betont „Die Altersarmut wird vor allem unter Frauen überdurchschnittlich ansteigen“ (ebenda).

Der Sozialbericht 2012 für den Landkreis St. Wendel (2012) hebt die im Landesvergleich relativ günstigen Rahmenbedingungen hervor, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Einkommen. Besonders stark wird das Problem der Altersarmut betont – speziell in der Zukunftsperspektive: „In Zukunft ist mit steigender Altersarmut zu rechnen, zum einen wegen der steigenden Zahl der Älteren, zum anderen aber auch, wenn verstärkt Personen mit niedrigen Rentenansprüchen ins Rentenalter kommen (beispielsweise wegen früherer langjähriger Arbeitslosigkeit bzw. Bezug von Mindestsicherung)“ (ebenda, S. 47). Ausgewiesen werden relativ starke Anstiege bei Wohngeldleistungen und bei der (vor allem stationären) Pflege – mit einer klaren Erwartung auch künftig deutlicher Zuwächse.

Ansonsten weisen die genannten Berichte und andere vorliegende Kreisbeschreibungen (vgl. Arbeitskammer des Saarlandes 2014) – bei aller Vielfalt der Problemlagen und Schwerpunktsetzungen – relativ einheitlich auf die Verdienstsituation (inklusive atypischer Beschäftigung, Niedriglohnsektor etc.), die Jugend- und Altersarbeitslosigkeit

keit bzw. auf geschlechter- und qualifikatorische Unterschiede sowie die Langzeitarbeitslosigkeit hin. Weitere, bisherige und auch künftig wichtige Handlungsschwerpunkte werden in den Bereichen Kinder/Jugendliche und in der Pflege gesehen.

6.7.3 Zwischenfazit

Die Ergebnisse aus der Befragung zur Ergänzungsstudie (Handbuch) wie auch die kursorische Analyse der kommunalen Armuts- bzw. Sozialberichte spiegeln insgesamt die Befunde aus diesem Bericht durchaus wieder. Ähnlich gilt das auch bezüglich des „10-Punkte-Plans“ im Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland (vgl. MSGFF 2013, S. 52ff). Unbenommen von Details¹⁰⁴ nehmen auch die Kommunen bzw. Initiativen und Einrichtungen das Spektrum der Probleme und Problemgruppen ähnlich wahr. Als Beispiel kann die Einschätzung der bisherigen und der künftigen Entwicklung der Nachfrage von Hauptzielgruppen in Darstellung 6.89 dienen: Hoher Bedeutungszuwachs in der Vergangenheit und auch voraussichtlich in der Zukunft bei Älteren, Flüchtlingen, Asylbewerbern, aber z. B. auch bei Familien, speziell Alleinerziehenden. Zu beachten ist zudem der Befund, dass die Initiativen ihrer eigenen Arbeit bei vielen Gruppen nur eine begrenzte Wirksamkeit zusprechen.

Das hat auch damit zu tun, dass von den Initiativen/Einrichtungen das Thema Finanzierung/Einsparndruck bei der Frage nach den größten strukturellen Herausforderungen für die eigene Arbeit – noch vor Personalstruktur bzw. -mangel – an erster Stelle genannt wird.¹⁰⁵ Ein weiterer Grund ist vermutlich die Tatsache, dass entscheidende Weichenstellungen für die Armutsentstehung (bzw. -bekämpfung) nicht auf der Ebene der Kommunen, auch nicht der Bundesländer, sondern vom Bund getroffen werden.

¹⁰⁴ Es geht hier nicht um quantifizierte Rankings. Diese wären auch angesichts der unterschiedlichen Wirkungskreise der Akteure der Armutsbekämpfung und -prävention wenig sinnvoll. Ebensovienig ist davon auszugehen, dass alle hilfebedürftigen Gruppen in gleichem Maß solche Angebote auch nachfragen.

¹⁰⁵ Ähnliches artikulieren die Kreise und Gemeinden im Hinblick auf die „Schuldenbremse“.

7. Vermögensarmut

Kapitel 7 beschäftigt sich mit relativer Armut in Bezug auf den Wohlstandsindikator Vermögen. Nach einigen methodischen und datenbezogenen Vorbemerkungen wird zunächst die Entwicklung der Vermögensarmut allgemein auf der Landesebene dargestellt, ehe in soziodemografischer Differenzierung die gruppenspezifische Vermögensarmut behandelt wird.

7.1 Vorbemerkungen

Vermögen hat nicht nur unter den Aspekten von Einkommenserzielungsmöglichkeiten ohne eigene Arbeit, der Erweiterung künftiger Konsumspielräume oder der Vererbung eine große Bedeutung. Es bietet – ausreichenden Umfang vorausgesetzt – zum Beispiel auch Macht und Einfluss. Im Falle „normalen“ Vermögensbesitzes ist die objektive und subjektive Sicherheit, die Vermögensbesitz vermittelt, wohl die wichtigste Funktion von Vermögen – ob für Eventualitäten im Lebenszyklus oder als Altersvorsorge etc.

Vermögensarmut – umgangssprachlich: gar nichts oder nur sehr wenig „auf der Kante zu haben“ – belastet und schmälert (zumindest für die meisten Menschen) die Lebensqualität. Vermögensarmut ist insofern höchst lebenslagenrelevant. Aber: Ab wann ist jemand vermögensarm?

Die Grenzen, die bei bedürftigkeitsgeprüften Leistungen nach dem Fürsorgeprinzip für die Anrechnungsverpflichtung gezogen werden, sind zweifellos eng. Sie hängen aber auch stark von jeweils individuellen Umständen bzw. der Praxis der kommunalen Sozialadministration ab (z. B. bezüglich der Freistellung bescheidenen Wohneigentums – bei allerdings eventuellem späterem Rückgriff auf das Erbe).

Im vorliegenden Bericht wird in Anlehnung an das Vorgehen bei der Einkommensarmut als Schwelle für Vermögensarmut ein Vermögen von weniger als 60 Prozent des mittleren (Median) Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens verwendet.¹⁰⁶

¹⁰⁶ Nicht als Alternativen, aber als sinnvolle Ergänzungen zu dieser Art der Messung von Vermögensarmut sind Indikatoren wie die Frage anzusehen, ob man durch überraschend notwendige Ausgaben („Kaputte Waschmaschine“) in Probleme kommen würde, bzw. ob man sich bestimmte Dinge aus finanziellen Gründen nicht leisten kann. Einige solcher Indikatoren werden an entsprechenden Stellen im Bericht wiedergegeben.

Darüber hinaus stellen sich gerade bei der Messung der Vermögensverteilung noch weitergehende methodische und Datenprobleme als bei der Analyse der Einkommensverteilung. (Auch bei der Vermögensverteilung gibt es eine erhebliche Untererfassung im untersten und obersten Bereich der Verteilung.) So werden wichtige Arten von Vermögen in den gängigen Statistiken nicht bzw. nur sehr unzureichend erfasst. Das gilt vor allem für die Betriebsvermögen und auch für Immobilienvermögen (Stichwort: Einheits- versus Verkehrswert).¹⁰⁷ Die in diesem Kapitel verwendete EVS beschränkt sich (weitgehend) auf Geld- und Immobilienvermögen.

Eine weitere wichtige Frage ist, wie Vermögen im Haushaltskontext den einzelnen Haushaltsmitgliedern zuzurechnen ist: Für die Lebenslage z. B. der Kinder in einem Haushalt ist unseres Erachtens der Vermögensbesitz aller Haushaltsmitglieder wichtiger als der Punkt, welche Person formal das Vermögen besitzt. Daher werden in diesem Bericht Pro-Kopf-Vermögenswerte untersucht und nicht etwa die neue OECD-Skala zur Berechnung von Äquivalenzvermögen verwendet.

7.2 Allgemeine Entwicklungen

In den vorstehenden Kapiteln wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland wesentlich ungleicher ist als die Einkommensverteilung und dass sie aktuell (2013) im Saarland etwas weniger ungleich ist als in Westdeutschland (Abschnitt 5.3). Auch wurde gezeigt, dass die Pro-Kopf-Haushaltsvermögen im Saarland laut EVS 2013 bezogen auf den Median etwas höher sind als in Westdeutschland; bezogen auf das arithmetische Mittel trifft aber deutlich das Gegenteil zu (Darstellung 5.20). Dabei wurde offensichtlich, dass die mittleren (Median) Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen 2013 im Saarland mit 41.452 Euro auch nicht übermäßig hoch sind (d. h.: rund 125.000 Euro für einen Haushalt mit drei Personen). Im Bundesländervergleich liegen die Medianwerte in Hessen und Rheinland-Pfalz höher, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein dagegen sogar erheblich niedriger (vgl. Darstellung 7.1).

¹⁰⁷ Hinsichtlich der Rentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung wird der Vermögensaspekt in den meisten einschlägigen Analysen, wie auch im vorliegenden Bericht, nicht berücksichtigt. Letztlich stellen die Rentenansprüche in einem vom Äquivalenzprinzip geprägten System auch nur eine intertemporale Umverteilung dar.

Darstellung 7.1: Mediane bezüglich Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen (personengewichtet) im Bundesländervergleich 2013 (in Euro)

Region	Median
Saarland	41.452
Deutschland	34.000
Westdeutschland	40.513
Rheinland-Pfalz	49.572
Hessen	50.508
Nordrhein-Westfalen	27.654
Schleswig-Holstein	28.831

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

In der hier verwendeten Definition von Vermögensarmut beträgt die 60-Prozent-Schwelle für die Vermögensarmut im Saarland damit 24.871 Euro (pro Kopf). Anhand der Daten der EVS 2013 errechnet sich so eine Quote von 41,4 Prozent für die Vermögensarmen, wenn man sich – wie im Folgenden – auf den Landesmedian bezieht. Von den Vergleichsländern wird diese Quote nur von Nordrhein-Westfalen übertroffen (42,3 %; vgl. Darstellung 7.2).

Darstellung 7.2: 60-Prozent-Armutquoten beim personengewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Bundesländervergleich 2013 (in Prozent)

Region	region. Median	Bundesmedian
Saarland	41,4	38,4
Deutschland	41,4	41,4
Westdeutschland	40,8	38,4
Rheinland-Pfalz	39,2	34,4
Hessen	38,6	33,6
Nordrhein-Westfalen	42,3	45,3
Schleswig-Holstein	40,3	42,7

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

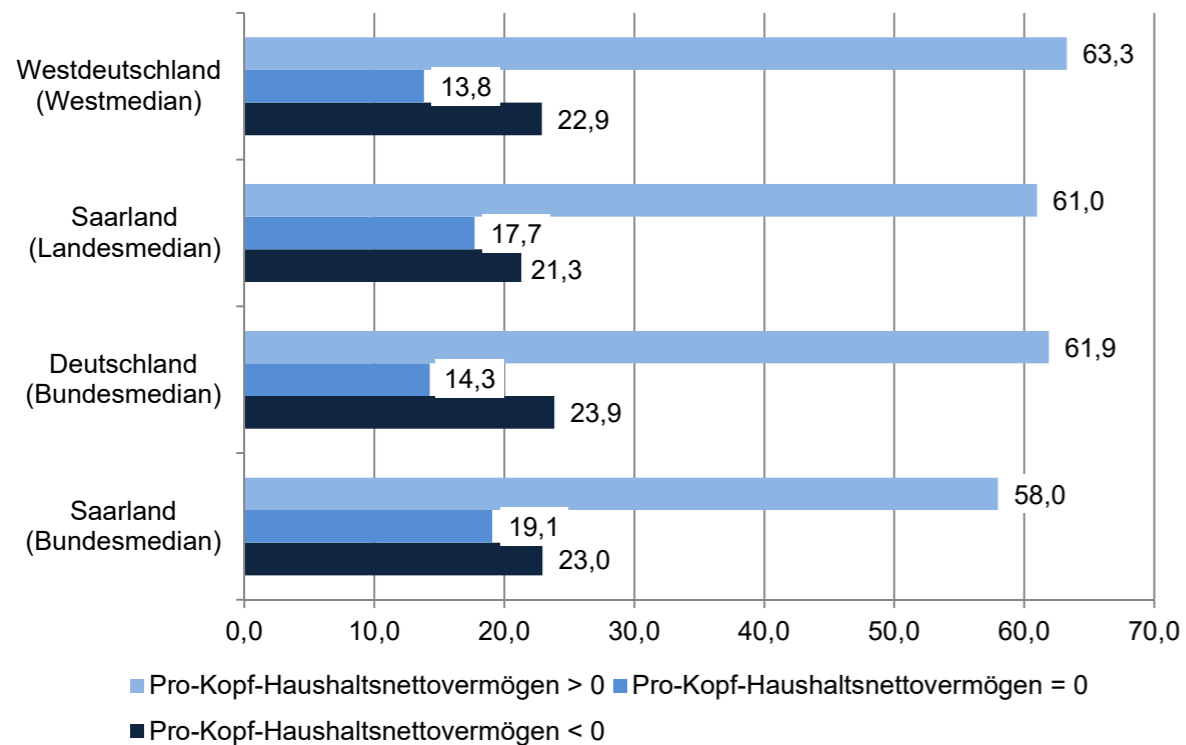
Bei Verwendung des Bundesmedians errechnet sich ein etwas niedrigerer Anteil an Vermögensarmen im Saarland von 38,4 Prozent, der unterhalb des Anteils in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein liegt.

Wer sind diese Vermögensarmen? (Dabei ist immer zu beachten, dass die Berechnung auf Basis von Pro-Kopf-Werten erfolgt, indem das kumulierte Vermögen aller Haushaltsmitglieder durch die Zahl aller Personen im Haushalt dividiert wird.)

Darstellung 7.3 zeigt zunächst, wie viele der Vermögensarmen ein positives oder negatives Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen sowie ein solches in Höhe von Null aufwei-

sen. Es erweist sich in allen Gebietseinheiten, dass um die 60 Prozent der Vermögensarmen ein positives, wenn auch geringes Nettovermögen haben. Im Umkehrschluss haben jeweils fast 40 Prozent kein oder ein negatives Vermögen. Verschuldet (im Sinne eines negativen Vermögens) sind im Saarland bei Zugrundelegung des Landesmedians 21,3 Prozent der Vermögensarmen (bei Verwendung des Bundesmedians 23,0 Prozent).

Darstellung 7.3: Struktur der Vermögensarmut beim personengewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland, in Deutschland und in Westdeutschland 2013 (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

Ergänzend weist die nachstehende Darstellung 7.4 aus, dass der Durchschnittswert für alle Vermögensarmen im Saarland bei Verwendung des Landesmedians zwar größer als in Deutschland insgesamt ist, aber etwas geringer als in Westdeutschland. Bezüglich der Vermögensarmen mit keinem oder mit negativem Vermögen in Höhe von 3.562 Euro ergibt sich im Saarland sowohl bei Verwendung des Bundes- als auch des Landesmedians ein geringerer negativer Durchschnitt als in Deutschland insgesamt und in Westdeutschland.

Darstellung 7.4: Durchschnittliches personengewichtetes Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland, in Deutschland und in Westdeutschland 2013 (in Euro)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Alle Vermögensarmen	3.878	3.120	4.068
Vermögensarme mit nichtpositivem Nettovermögen	-3.562	-3.918	-4.140
Vermögensarme mit positivem Nettovermögen	8.639	7.455	8.832

Jeweils regionaler Median

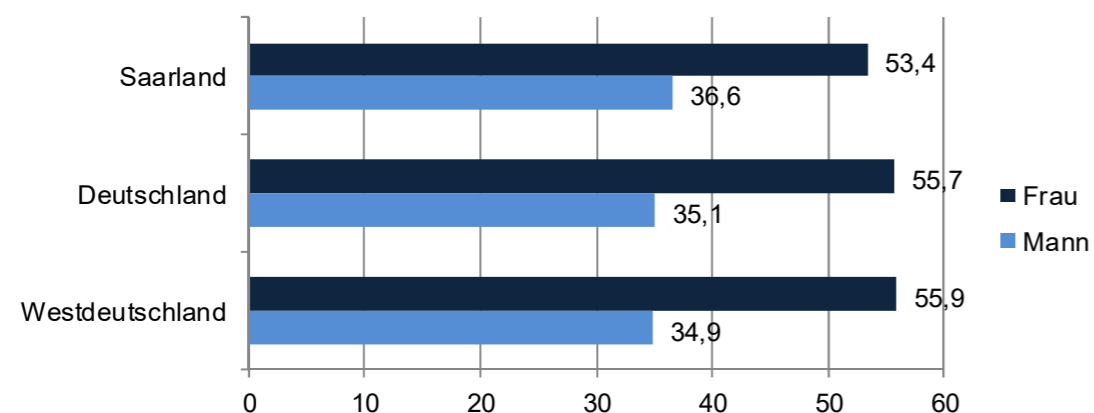
Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

7.3 Soziodemografische Differenzierung

Die im Folgenden wiedergegebenen Armutsbefunde in soziodemografischer Differenzierung beziehen sich alle auf die Personenebene. Wenn nach dem Haushaltsvorstand gegliedert ist, ist a) damit der Haupteinkommensbezieher im Haushalt gemeint und b) beziehen sich die Armutsrisikoquoten auf alle Personen in den betreffenden Haushalten.

Bei einer Differenzierung nach dem *Geschlecht des Haushaltsvorstandes* errechnen sich für Personen in Haushalten mit einem weiblichen Haushaltsvorstand vermögensbezogene Armutsquoten von deutlich über 50 Prozent, im Saarland mit 53,4 Prozent etwas weniger als im westdeutschen Durchschnitt (vgl. Darstellung 7.5). Ist der Haushaltsvorstand dagegen ein Mann, so beträgt der Anteil der Vermögensarmen im Saarland 36,6 Prozent und liegt damit leicht über dem westdeutschen Wert.

Darstellung 7.5: Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2014 nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes (in Prozent)



Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

Darstellung 7.6 stellt auf das *Geschlecht und Alter der Haushaltsmitglieder* ab. In Gesamt- und in Westdeutschland ist die vermögensbezogene Armutsquote der Frauen durchgängig höher als die der Männer. Im Saarland gilt das für die Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 18- bis 24-Jährigen nicht (vgl. Darstellung 7.6). Bis zum Alter von 49 Jahren ist der Anteil der Personen, die in einem vermögensarmen Haushalt leben, bei beiden Geschlechtern deutlich höher als in den Altersgruppen ab 50 Jahre.

Darstellung 7.6: Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem Geschlecht und dem Alter der Haushaltsmitglieder (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Unter 18-Jährige	43,8	45,1	44,5
Unter 18-jährige Frauen	41,3	45,6	44,9
Unter 18-jährige Männer	46,4	44,6	44,1
18- bis 24- Jährige	(50,4)	51,0	50,5
18- bis 24-jährige Frauen	(45,7)	54,1	53,4
18- bis 24-jährige Männer	(55,5)	47,7	47,6
25- bis 49-Jährige	48,3	47,4	47,0
25- bis 49-jährige Frauen	49,1	48,5	47,9
25- bis 49-jährige Männer	47,3	46,2	46,1
50- bis 64-Jährige	35,7	32,4	31,1
50- bis 64-jährige Frauen	36,2	33,6	32,1
50- bis 64-jährige Männer	35,0	31,0	29,9
65-Jährige und Ältere	33,6	33,4	32,2
65-jährige und ältere Frauen	33,7	36,3	34,8
65-jährige und ältere Männer	33,5	30,0	29,2

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

Nach dem *individuellen Erwerbsstatus* unterschieden haben die Arbeitslosen mit einer Quote um die 80-Prozent-Marke in Gesamt- und Westdeutschland bzw. – allerdings statistisch nur eingeschränkt gesichert – um die 70-Prozent-Marke im Saarland die mit Abstand größte Armutsquote beim Vermögen (vgl. Darstellung 7.7).

Darstellung 7.7: Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem individuellen Erwerbsstatus (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Alle Erwerbstätigen	41,9	38,3	38,1
Selbstständige	/	29,8	28,4
Abhängig Erwerbstätige	43,2	39,3	39,3
Alle Nichterwerbspersonen	38,2	41,0	40,6
Darunter:			
Arbeitslose	(71,4)	79,6	80,7
Rentner	35,8	37,6	36,7
Pensionäre	(13,9)	16,0	16,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	41,9	45,4	45,0

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

Besonders gering ist die Vermögensarmutsquote offensichtlich bei Pensionären und – nur an den west-/gesamtdeutschen Zahlen ablesbar – auch bei Selbstständigen. Geringfügig über den Durchschnittswerten liegt dagegen die Quote bei den abhängig Erwerbstätigen.

Beim *Qualifikationsniveau* ergibt sich – jeweils in personenbezogener Betrachtung – sowohl in der Differenzierung nach dem Alter der Haushaltsmitglieder (ab 25 Lebensjahren) als auch nach der Qualifikation des Haushaltsvorstandes ein Absinken der vermögensbezogenen Armutsquote mit steigendem Qualifikationsniveau.

Darstellung 7.8: Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem Qualifikationsniveau (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Individuelles Qualifikationsniveau der Personen ab 25 Jahren			
Geringqualifizierte	43,9	43,7	42,4
Mittelqualifizierte	42,4	41,3	40,8
Hochqualifizierte	28,0	31,2	31,1
Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt			
Geringqualifizierte	49,5	44,9	43,8
Mittelqualifizierte	42,2	44,3	43,4
Hochqualifizierte	26,9	29,4	29,7

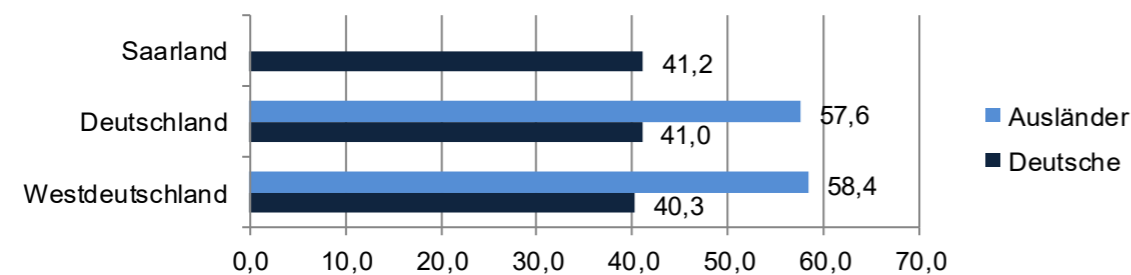
Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

Dieses Absinken ist allerdings in allen drei Vergleichsregionen zwischen Mittel- und Hochqualifizierten wesentlich ausgeprägter als im Vergleich von Gering- zu Mittelqualifizierten.

Bei der Differenzierung nach der *individuellen Nationalität* sind die Armutsquoten der Deutschen markant niedriger als diejenigen der Ausländer: in Gesamt- und Westdeutschland um fast 20 Prozentpunkte.

Darstellung 7.9: Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach der individuellen Staatsangehörigkeit (in Prozent)



Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

Die Differenzierung nach dem *Haushaltstyp* offenbart für Gesamt- und Westdeutschland in personenbezogener Betrachtung, dass die Zweipersonen- sowie die sonstigen Haushalte ohne Kinder jeweils die niedrigsten und die Personen in Alleinerziehendenhaushalten jeweils die höchsten vermögensbezogenen Armutsquoten aufweisen. Für das Saarland sind bei einigen Teilgruppen keine bzw. nur eingeschränkt aussagefähige Zahlen gegeben. Die Grundstruktur der Befunde dürfte jedoch ähnlich sein.

Darstellung 7.10: Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem Haushaltstyp (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Einpersonenhaushalte	50,4	54,9	54,2
Zweipersonenhaushalte ohne Kinder	32,9	33,4	32,9
Sonstige Haushalte ohne Kinder	(43,3)	33,6	33,6
Alleinerziehende	/	77,7	76,6
Paare mit 1 Kind	(38,8)	47,7	46,6
Paare mit 2 Kindern	(41,7)	36,6	36,8
Paare mit 3 und mehr Kindern	/	40,8	41,1

Kinder: ledige Kinder unter 18 Jahren

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (SUF-EVS 2013)

C) Einkommensreichtum und Vermögensreichtum

8. Einkommensreichtum

Bei Analysen zum Reichtum ist es üblich, je nach dem zugrunde liegenden wirtschaftlichen Ressourcenbegriff, entweder auf das Einkommen oder auf das Vermögen der Wirtschaftseinheiten zu rekurrieren. Im Folgenden wird zunächst auf den einkommensbezogenen Reichtum eingegangen,¹⁰⁸ in Kapitel 9 auf den vermögensbezogenen Reichtum.

Ein hohes Einkommen und (noch stärker) ein hohes Vermögen eröffnen jeweils gesellschaftliche Vorteile, selbst in einer demokratisch verfassten Gesellschaft wie der bundesdeutschen. Diese äußern sich in größeren wirtschaftlichen Dispositionsspielräumen, aber auch in wirtschaftlicher Macht und politischen Gestaltungsspielräumen durch die faktische Einflussnahme auf die Politik – zum Beispiel durch die Drohung, gegebenenfalls das Land zu verlassen und Arbeitsplätze zu verlagern.

Die relativen Reichtumsquoten werden hierbei wiederum (vgl. Kapitel 2) jeweils vor allem anhand des Landesmedians dargestellt, und zwar vorrangig anhand der 200-Prozent-Abgrenzung für die Reichtumsschwelle. Auch in diesem und im nächsten Kapitel werden die Reichtumsquoten für das Saarland auf Basis des Bundesmedians der Vollständigkeit halber aber an ausgewählten Stellen angesprochen.

8.1 Allgemeine Entwicklung

Die Entwicklung privaten Einkommensreichtums wird nachfolgend mittels dreier auch für das Saarland von den Fallzahlen her aussagekräftigen Datenbasen nachgezeichnet. Zum einen wird auf die Befragungsdaten (vor allem) des Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Bezug genommen. In beiden Datenquellen werden aber nur Haushaltsnettoeinkommen von maximal 18.000 Euro pro Monat erfasst. „Wirklich Reiche“ bleiben ausgeklammert. Um die Lücke am oberen Rand der personellen Einkommensverteilung wenigstens ein Stück weit zu schließen, werden

¹⁰⁸ Zu beachten ist, dass bei der in diesem Kapitel erfolgenden, auf den Median bezogenen Berechnung der Reichtumsschwellen das Problem der Spitzeneinkommen nicht so stark zu Buche schlägt wie bei einer auf das arithmetische Mittel abstellenden Analyse. Dennoch: Auch in diesen Reichtumsquoten fehlen die „wirklich“ Reichen (siehe auch die unten stehenden Anmerkungen in Abschnitt 8.1).

im Folgenden auch noch Daten aus der Einkommensteuerstatistik zugrunde gelegt. Von einer auch nur annähernd vollständigen Erfassung kann allerdings auch bei dieser dritten Quelle nicht ausgegangen werden.

8.1.1 Mikrozensus und Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Laut Mikrozensus hatte das Saarland in allen Beobachtungsjahren jeweils die niedrigste einkommensbezogene Reichtumsschwelle (dabei in den vergangenen Jahren vergleichbar zu Nordrhein-Westfalen; vgl. Darstellung 8.1). Aus diesem Grund sind die nachfolgend ausgewiesenen Reichtumsquoten für das Saarland auf Basis des Landesmedians höher als auf der Grundlage des Bundesmedians.

Darstellung 8.1: 200-Prozent-Median-Schwellen (Einpersonenhaushalte) im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 (in Euro/Monat)

	Jahr								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saarland	2.337	2.357	2.400	2.540	2.550	2.697	2.787	2.853	2.897
Deutschland	2.453	2.487	2.547	2.623	2.670	2.753	2.830	2.900	2.973
Westdeutschland	2.540	2.573	2.637	2.713	2.763	2.847	2.927	3.000	3.077
Rheinland-Pfalz	2.517	2.570	2.620	2.677	2.730	2.810	2.897	2.980	3.067
Hessen	2.603	2.620	2.717	2.760	2.817	2.907	2.983	3.063	3.137
Nordrhein-Westfalen	2.463	2.493	2.543	2.617	2.653	2.717	2.783	2.850	2.910
Schleswig-Holstein	2.523	2.610	2.633	2.730	2.790	2.837	2.940	3.017	3.090

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014b (Mikrozensus 2005-2013); eigene Berechnungen

Bezogen auf den Landes- bzw. den regionalen Median, lag die allgemeine Einkommensreichtumsquote im Saarland zwischen 2005 und 2013 – bei langsam steigender Tendenz – zwischen 6,5 Prozent im Jahr 2008 und 7,6 Prozent im Jahr 2013. Seit 2010 hat sich die saarländische Reichtumsquote um einen Prozentpunkt (von 6,6 auf 7,6 %) erhöht. Dennoch sind dabei mit Ausnahme von Schleswig-Holstein in einigen Jahren die für das Saarland ermittelten Einkommensreichtumsquoten jeweils niedriger als in den Vergleichsgebieten. Am aktuellen Rand (2013) ist die saarländische Quote um jeweils 0,6 Prozentpunkte niedriger als in Deutschland und in Westdeutschland (vgl. Darstellung 8.2).

Bei alternativer Bezugnahme auf den Bundesmedian war die saarländische Quote in allen Beobachtungsjahren um etwa 1,5 bis 3 Prozentpunkte geringer als die bundesdeutsche und um ca. 2,5 bis 3 Prozentpunkte niedriger als die westdeutsche Quote, bei leicht geringer werdenden Abständen (vgl. Darstellung 8.2, unterer Teil). Auch die

Reichtumsquoten der Vergleichsbundesländer waren bei einheitlicher Bezugnahme auf den Bundesmedian in allen Beobachtungsjahren jeweils höher als im Saarland. Im Jahr 2013 war z. B. die rheinland-pfälzische Quote um 2,0 Prozentpunkte und die hessische Quote um 4,0 Prozentpunkte höher als die saarländische Quote.

Reichtumsquoten 2013 und 2014 – Geringfügiger Rückgang im Saarland

Die neuen, ansonsten nicht mehr in den Bericht einarbeitbaren Reichtumsquoten gemäß der Amtlichen Sozialberichterstattung auf Basis des Mikrozensus 2014 fallen in Deutschland und Westdeutschland (jeweils gemessen am regionalen Median; 200 %) mit je 8,2 Prozent 2013 und 2014 gleich hoch aus. Im Saarland ist ein geringfügiger Rückgang von 7,6 auf 7,4 Prozent zu verzeichnen. Gemessen am Bundesmedian ist die Einkommens-Reichtumsquote im Saarland von 6,9 auf 6,7 Prozent gesunken.

Insgesamt kommt aus den vorstehenden Ergebnissen sowohl bei Zugrundelegung des regionalen als auch des Bundesmedians für das Saarland eine vergleichsweise niedrige Einkommens-Reichtumsquote zum Ausdruck, über die Zeit hinweg mit einer schwachen Anstiegstendenz (von 2005 auf 2013 jeweils um rund einen Prozentpunkt).

Darstellung 8.2: Entwicklung der 200-Prozent-Reichtumsquoten, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 (in Prozent)

	Gemessen am regionalen Median								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saarland	6,8	7,4	7,1	6,5	7,4	6,6	6,6	6,7	7,6
Deutschland	7,7	7,8	7,7	7,7	7,8	8,1	8,1	8,1	8,2
Westdeutschland	7,8	7,9	7,9	7,8	8,0	8,2	8,1	8,0	8,2
Rheinland-Pfalz	7,3	7,6	7,6	7,9	7,9	8,4	8,2	8,2	8,0
Hessen	8,5	8,8	8,7	8,7	8,9	8,9	8,8	9,3	9,4
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,6	8,4	8,4	8,5
Schleswig-Holstein	7,2	6,6	7,5	7,5	7,3	7,8	7,1	7,2	7,3
	Gemessen am Bundesmedian								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saarland	5,7	5,9	5,8	5,8	6,1	6,2	6,3	6,4	6,9
Deutschland	7,7	7,8	7,7	7,7	7,8	8,1	8,1	8,1	8,2
Westdeutschland	8,8	8,8	8,7	8,7	8,9	9,1	9,0	9,1	9,2
Rheinland-Pfalz	7,9	8,5	8,4	8,4	8,4	9,0	8,9	9,1	8,9
Hessen	10,2	10,4	10,6	10,1	10,4	10,4	10,5	11,0	10,9
Nordrhein-Westfalen	8,1	8,1	8,1	8,0	8,0	8,3	8,0	7,9	7,8
Schleswig-Holstein	8,0	8,0	7,7	8,6	8,4	8,6	8,2	8,3	8,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014b (Mikrozensus 2005-2013)

Rund 7 oder 8 Prozent Einkommensreiche klingt nach recht viel. Man muss sich aber vergegenwärtigen, dass diese entsprechend internationaler Konventionen vorgenommene Messung Reichtum sehr niedrig ansetzt. Plakativ gesprochen: Ein „Lehrerehepaar“ (d. h. zwei Lehrer) mit zwei Kindern unter 14 Jahren gilt im Saarland danach als einkommensreich, wenn ihr Haushaltsnettoeinkommen den Betrag von 6.084 Euro im Monat übersteigt (2.897 Euro (vgl. Darstellung 8.1) multipliziert mit 2,1 (äquivalenzgewichtet: $1 + 0,5 + 2 \cdot 0,3$)).

Ergänzend zu Darstellung 8.2 sind – als kurze Randinformation – nachfolgend für die EVS 2008 und den Mikrozensus 2011 neben den landesspezifischen 200-Prozent-Reichtumsschwellen auch noch landesspezifische 300-Prozent-Grenzen zugrunde gelegt worden. Die entsprechenden Reichtumsschwellen finden sich in Darstellung 8.3. Für das Saarland ergeben sich auch auf EVS-2008-Basis niedrigere Grenzen als für Gesamt- und Westdeutschland. Wie aus Darstellung 8.3 ersichtlich ist, sind die EVS-2008-Werte in allen Gebietseinheiten größer als die MZ-2011-Werte. Dies ist u. a. dadurch bedingt, dass in der EVS-2008-Einkommensdefinition der Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums als Einkommensgröße enthalten ist, im MZ 2011 hingegen nicht.

Darstellung 8.3: Einkommensbezogene 200-Prozent und 300-Prozent-Reichtumsschwellen im Saarland und in den Vergleichsregionen 2008 und 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (in Euro/Monat)

	200-Prozent-Median-Schwelle		300-Prozent-Median-Schwelle	
	MZ 2011	EVS 2008	MZ 2011	EVS 2008
Saarland	2.786	3.262	4.179	4.893
Deutschland	2.830	3.512	4.245	5.268
Westdeutschland	2.926	3.675	4.389	5.512

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011 und SUF-EVS 2008)

Auf der Grundlage der Schwellen in Darstellung 8.3 verdeutlicht auch Darstellung 8.4, dass mittels EVS 2008 und anhand des Mikrozensus 2011 die saarländischen 200- wie auch 300-Prozent-Reichtumsquoten jeweils (merklich) niedriger als die entsprechenden Quoten in Gesamt- und Westdeutschland sind. Verglichen mit Westdeutschland, beträgt der entsprechende Rückstand der saarländischen 200-Prozent-Quote im Mikrozensus 2011 1,4 und in der EVS 2008 2,1 Prozentpunkte. Bei der 300-Prozent-

Abgrenzung ist die saarländische Reichtumsquote gegenüber der westdeutschen Quote um 0,6 Prozentpunkte (MZ 2011) bzw. um 0,4 Prozentpunkte (EVS 2008) niedriger.

Darstellung 8.4: Einkommensbezogene 200-Prozent und 300-Prozent-Reichtumsquoten im Saarland und in den Vergleichsregionen 2008 und 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (in Prozent)

	200-Prozent-Median-Schwelle		300-Prozent-Median-Schwelle	
	MZ 2011	EVS 2008	MZ 2011	EVS 2008
Saarland	6,8	6,4	1,6	1,5
Deutschland	8,1	8,7	2,2	2,0
Westdeutschland	8,2	8,5	2,2	1,9

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011 und SUF- EVS 2008)

8.1.2 Einkommensteuerstichprobe

Damit der obere Einkommensbereich wenigstens etwas besser als mit dem Mikrozensus und der EVS berücksichtigt wird, wird in diesem Abschnitt – trotz aller auch bei dieser Datengrundlage offen bleibenden Lücken (im oberen, aber auch im unteren Einkommensbereich)¹⁰⁹ – zusätzlich auf das Scientific-use-file der Einkommensteuerstichprobe (FAST) 2007¹¹⁰ Bezug genommen.¹¹¹

¹⁰⁹ Zum Beispiel Lohnsteuerpflichtige, die keine Einkommensteuererklärung abgegeben haben, sind in der Stichprobe nicht enthalten.

¹¹⁰ Die Ergebnisse der neuen Einkommenssteuerstichprobe 2010 sind noch nicht verfügbar.

¹¹¹ Um eine möglichst große methodische Übereinstimmung mit den Einkommensbegrifflichkeiten aus Mikrozensus und EVS gewährleisten zu können, wurden aus der FAST-2007-Begrifflichkeit des Gesamtbetrages der steuerlich relevanten Einkünfte unter Zugrundelegung der FAST-2007-Angaben zur Anzahl der Familienmitglieder und unter Verwendung der neuen OECD-Äquivalenzskala Äquivalenzeinkommen berechnet. Dabei wurde zudem nach Subtraktion der festzusetzenden Einkommensteuer (allerdings nicht der Sozialversicherungsbeiträge) vom Gesamtbetrag der steuerlich relevanten Einkünfte auch noch eine Nettoeinkommensgröße gebildet.

Es ist ausdrücklich zu betonen, dass es sich mit diesen Setzungen allenfalls um Näherungen an die MZ- und EVS-Begrifflichkeit des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens handelt. Die Gründe hierfür liegen neben Unterschieden im Einkommensbegriff (Selbstangaben in MZ und EVS versus steuerlich relevante Einkommensbestandteile bei der Einkommensteuer und keine Sozialversicherungsbeiträge als Abzugskomponente von den Bruttoeinkommen im Rahmen von FAST) auch in unterschiedlichen Abgrenzungen des Haushaltsbegriffs: Beispielsweise werden in einem gemeinsamen Haushalt lebende erwachsene steuerpflichtige Kinder als eigene Steuereinheit geführt, während sie in MZ und EVS zum Haushalt ihrer Eltern gezählt werden.

Zu einer differenzierten Verteilungsanalyse für Deutschland mit FAST 2001 – allerdings nur auf der Grundlage von Bruttoeinkommenswerten – vgl. z. B. Böhm, Merz 2008.

Aus Darstellung 8.5 gehen die betreffenden FAST-2007-Medianwerte für das Saarland, Gesamt- und Westdeutschland hervor. Dabei weist das Saarland in FAST 2007 etwas höhere Medianwerte als Gesamt- und Westdeutschland auf. Dieses Ergebnis ist konträr zu den Mikrozensus- und EVS-Befunden (siehe Kapitel 5 bzw. oben in diesem Kapitel); es ist hierbei aber unbedingt zu beachten, dass bei den FAST-2007-Medianwerten die Einkommen der nichtsteuerpflichtigen Personen unberücksichtigt sind (im Unterschied zu MZ und EVS). Insgesamt sind der FAST-2007-Medianwert und damit die diesbezüglichen Reichtumsgrenzen beim Nettoäquivalenzeinkommen leicht höher als im Mikrozensus des gleichen Jahres (2007; 1.277 versus 1.200 Euro/Monat als Mediane), aber niedriger als in der EVS 2008 (dortiger Median: 1.631 Euro/Monat).¹¹²

Darstellung 8.5: Einkommensmedianwerte und Bevölkerungsangaben im Saarland und in den Vergleichsregionen 2007

	Median Brutto-äquivalenzeinkommen	Median Netto-äquivalenzeinkommen	FAST-2007- Populationsgröße	Offizielle Populationsgröße 2007	FAST-2007-dividiert durch offizielle Populationsgröße 2007
	Euro/Monat		Anzahl Personen		Prozent
Saarland	1.413	1.277	705.004	1.040.000	67,8
Deutschland	1.352	1.225	57.962.686	82.262.600	70,5
Westdeutschland	1.397	1.262	46.981.888	65.664.600	71,6

Quelle: Eigene Berechnungen (mit FAST 2007) und Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014a (für die beiden letzten Spalten)

Bei den Bruttoäquivalenzeinkommen in Darstellung 8.6 zeigt sich, dass die saarländischen Quoten jeweils niedriger als im gesamten Bundesgebiet und in Westdeutschland sind (bei Zugrundelegung der 200- und der 300-Prozent-Schwelle um jeweils 1,6

¹¹² Zusätzlich sind in Darstellung 8.5 in der vorletzten Spalte die Populationsgrößen für die betrachteten Gebietseinheiten gemäß amtlicher Statistik dargelegt, um über diese Information im Folgenden auch die Reichtumsquoten in Bezug auf die jeweilige Gesamtbevölkerung bestimmen zu können. Dieser methodische Schritt ist notwendig, um die FAST-2007-Quoten mit den MZ-/EVS-Quoten vergleichen zu können, da sich die letztgenannten Quoten auf die Gesamtbevölkerung (und nicht etwa auf die Anzahl der Steuerpflichtigen) beziehen. Mithilfe der vorstehenden Informationen sind für die Einkommensteuerstichprobe einkommensbezogene Reichtumsquoten berechenbar (durch Multiplikation der in Darstellung 8.5 angegebenen Medianwerte mit 2 bei der 200-Prozent-Abgrenzung und mit 3 bei der 300-Prozent-Abgrenzung; allerdings unter Vernachlässigung der in FAST 2007 nicht bekannten Einkommen der nichtsteuerpflichtigen Personen und bei allen Ungenauigkeiten vor allem im obersten Einkommensbereich). Hierbei sind – aus den erwähnten Kompatibilitätsgründen mit dem Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – die Spalten in der folgenden Darstellung 8.6, die auf die Gesamtbevölkerung Bezug nehmen, (noch) am aussagekräftigsten.

bzw. um jeweils 0,9 Prozentpunkte, jeweils bei Bezugnahme auf die Gesamtbevölkerung). Diese Struktur offenbart sich auch bei den Nettoäquivalenzeinkommen: Bei Verwendung einer 200-Prozent-Abgrenzung liegt die saarländische Quote mit 5,4 Prozent um jeweils rund 1,5 Prozentpunkte unter der gesamt- bzw. der westdeutschen Quote; bei Zugrundelegung der 300-Prozent-Schwelle ist die entsprechende saarländische Quote mit 0,8 Prozent um jeweils etwas mehr als 0,5 Prozentpunkte niedriger als in Gesamt- und Westdeutschland.

Die vorstehenden Ergebnisse offenbaren im Wesentlichen eine qualitative Übereinstimmung mit den obigen Reichtumsstrukturen auf EVS- bzw. MZ-Basis. Auf Basis von FAST 2007 ist die saarländische 200-Prozent-Quote dabei mit 5,4 Prozent etwas niedriger als im MZ 2007 (7,1 %; siehe Darstellung 8.2) und in der EVS 2008 (6,4 %; siehe Darstellung 8.4).

Darstellung 8.6: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2007 (in Prozent)

	200-Prozent-Schwelle		300-Prozent-Schwelle	
	Nur Steuerpflichtige	Gesamtbevölkerung	Nur Steuerpflichtige	Gesamtbevölkerung
Bruttoäquivalenzeinkommen:				
Saarland	10,5	7,1	2,4	1,6
Deutschland	12,3	8,7	3,6	2,5
Westdeutschland	12,1	8,7	3,5	2,5
Nettoäquivalenzeinkommen:				
Saarland	7,9	5,4	1,2	0,8
Deutschland	9,7	6,8	2,1	1,5
Westdeutschland	9,6	6,9	2,0	1,4

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit FAST 2007)

Am Beispiel der in diesem Abschnitt ausgewerteten Einkommensteuerstatistik wird das Dilemma der lückenhaften Daten nochmals deutlich. Es fehlen nicht nur die nicht veranlagten geringen Einkommen, sondern auch die Verbesserungen im Bereich hoher Einkommen sind nur begrenzt. In der für Auswertungen verfügbaren Datei sind im Saarland in den gewählten Abgrenzungen bezüglich Einkommen und Haushalt keine (Äquivalenz-)Einkommensmillionäre enthalten. Es gibt sie aber durchaus (vgl. Kasten).

In der amtlichen Einkommensteuerstatistik ausgewiesene Millionäre

Im sogenannten Scientific-use-file FAST 2007 sind – wie erwähnt – für das Saarland mit den vorgenommenen methodischen Setzungen keine (Äquivalenz-)Einkommensmillionäre ausgewiesen. Gemäß Angaben der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2014c, S. 77) gab es im Veranlagungsjahr 2007 in Deutschland insgesamt fast 17.000 Einkommensmillionäre (bezogen auf die Bruttoeinkommen; das gilt auch für die folgenden Angaben in diesem Kasten). Ihr Anteil an allen Steuerpflichtigen (in der Einkommensteuer) beläuft sich auf weniger als 0,05 Prozent. Demgegenüber beträgt der Anteil der Summe der erfassten Einkünfte aller Einkommensmillionäre an der Gesamtsumme der Einkünfte mehr als 4,4 Prozent, und ihr Anteil an der festgesetzten Einkommensteuer entspricht 9,3 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens.

Die Top-20-Liste der Gemeinden mit den meisten Einkommensmillionären je 10.000 Steuerpflichtigen wird 2007 von Grünwald in Bayern (Landkreis München) mit 191 Millionären pro 10.000 Steuerpflichtigen angeführt, vor Königstein im Taunus (Hessen; Hochtaunuskreis) mit 114 Millionären je 10.000 Steuerpflichtigen. Eine saarländische Gemeinde findet sich nicht in dieser Top-20-Liste.

Während der Saarpfalz-Kreis der Gruppe der Kreise mit einer Millionärsdichte von 2,6 bis 3,7 Millionären pro 10.000 Steuerpflichtigen zugeordnet ist, beträgt im Kreis Neunkirchen die Millionärsdichte weniger als 0,45 Millionäre pro 10.000 Steuerpflichtigen. Im Rest des Landes beläuft sich die Millionärsdichte auf 0,45 bis unter 1,35 Millionäre pro 10.000 Steuerpflichtigen (vgl. die kartografische Darstellung ebenda, S. 78).

8.2 Gruppenspezifischer Einkommensreichtum

In diesem Abschnitt werden für verschiedene soziodemografische Gruppen die relativen 200-Prozent-Einkommensreichtumsquoten diskutiert; sie fußen allesamt auf den jeweiligen regionalen Medianwerten. Die nachfolgenden Berechnungen beziehen sich aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf das Scientific-use-file des Mikrozensus 2011. Alle nachfolgenden Reichtumsergebnisse haben die Untersuchungseinheit Personen (und nicht Haushalte!). Das gilt auch für die Differenzierungen nach dem Haushaltsvorstand, wobei mit Haushaltsvorstand der Haupteinkommensbezieher gemeint ist. Das heißt: Die Reichtumsquoten beziehen sich auf alle Personen in den betreffenden Haushalten.

In der Differenzierung nach *Gemeindegrößenklassen* sind zwischen den beiden für das Saarland darstellbaren Klassen keine größeren Unterschiede bezüglich der Reichtumsquoten zu erkennen. Für die kleineren Gemeinden (bis 20.000 Einwohner) ist die Quote mit 7,1 Prozent um 0,6 Prozentpunkte höher als für die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mehr als 20.000 Personen.

In Darstellung 8.7 zeigt sich nach dem *Geschlecht des Haushaltsvorstandes*, dass in allen Gebietseinheiten Personen in Haushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand eine höhere Reichtumsquote als Personen in Haushalten mit einem weiblichen Haushaltsvorstand haben. Im Saarland beträgt die betreffende Differenz 1,5 Prozentpunkte. Das ist eine ähnliche Größenordnung für diese Differenz wie in Deutschland insgesamt (1,3 Prozentpunkte) und in Westdeutschland (1,4 Prozentpunkte).

Darstellung 8.7: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Weibliche Haushaltsvorstände	6,1	7,5	7,5
Männliche Haushaltsvorstände	7,6	8,8	8,9

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011)

Aus Darstellung 8.8 geht in Bezug auf das *Alter aller Haushaltsmitglieder* ein umgekehrt u-förmiges Verlaufsmuster hervor. Die ausgewiesenen Quoten sind zudem im Saarland jeweils niedriger als in Gesamt- bzw. in Westdeutschland. Im Saarland wächst die Quote von 3,6 Prozent (unter 18-Jährige) auf 10,1 Prozent (50- bis 64-Jährige), um dann wieder zu sinken, und zwar auf 5,0 Prozent (65-Jährige und älter).

Darstellung 8.8: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach fünf Altersgruppen für die Haushaltsmitglieder (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Unter 18 Jahre	3,6	5,7	5,6
18 bis 24 Jahre	(4,2)	4,4	4,3
25 bis 49 Jahre	7,7	9,6	9,5
50 bis 64 Jahre	10,1	12,0	12,1
65 Jahre und älter	5,0	5,2	5,6

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011)

Gegliedert nach dem *individuellen Erwerbsstatus* sind die Reichtumsquoten der Vollzeit- und Teilzeiterwerbstitigen höher als die der Teilzeiterwerbstitigen. Der Vergleich zwischen dem Saarland und Gesamt-/Westdeutschland offenbart, dass die saarländischen Quoten sowohl bei den Vollzeit- als auch bei den Teilzeiterwerbstitigen jeweils unter den gesamt- und westdeutschen Quoten liegen. Im Saarland beträgt die Reichtumsquote für die Teilzeiterwerbstitigen 5,6 Prozent, während jene für die Vollzeit- erwerbstitigen bei 11,7 Prozent liegt.

Des Weiteren ergeben sich in West- und Gesamtdeutschland vergleichsweise hohe Reichtumsquoten für die Beamten, die Pensionäre, die Selbstständigen¹¹³ und tendenziell auch für die Angestellten. Dieser Befund wird im Saarland für die beiden letztgenannten Gruppen gestützt; für die Beamten und die Pensionäre können aufgrund zu niedriger Fallzahlen für das Saarland hingegen keine statistisch aussagekräftigen Zahlen genannt werden. Die Quote für die Erwerbslosen ist in Gesamt- und Westdeutschland am niedrigsten; auch hier kann wegen Fallzahlenbeschränkungen für das Saarland keine Aussage getroffen werden (siehe Darstellung 8.9).

¹¹³ In diese Richtung gehen auch die Befunde von Fritsch u. a. 2015, denen zufolge die Wohlstandslage der Selbstständigen – bei allerdings relativ großer Streuung der individuellen Einkommen in dieser Gruppe – als im Mittel vergleichsweise sehr gut zu bezeichnen ist.

Darstellung 8.9: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem individuellen Erwerbsstatus (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Selbstständige	(20,7)	23,9	24,9
Abhängig Erwerbstätige	9,1	10,3	10,0
Darunter:			
Beamte	/	28,8	26,3
Angestellte	10,3	12,4	12,1
Arbeiter	2,6	1,9	1,8
Nichterwerbspersonen	4,2	4,9	5,1
Darunter:			
Erwerbslose	/	0,9	1,0
Rentner	3,2	3,3	3,6
Pensionäre	/	22,8	20,3
Nichterwerbspersonen unter 18 J.	3,7	5,7	5,6
Sonstige Nichterwerbspersonen	4,0	4,6	4,7
Nachrichtlich:			
Teilzeiterwerbstätige	5,6	7,2	7,2
Vollzeiterwerbstätige	11,7	13,3	13,2

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011)

Bei der Differenzierung nach der *Qualifikation* ergeben sich in Bezug auf den individuellen Schulabschluss der Personen ab 25 Jahren laut Darstellung 8.10 deutlich höhere Reichtumsquoten für die (Fach-)Abiturienten gegenüber den Haupt-/Realschulabsolventen. Im Saarland ist die betreffende Differenz allerdings etwas weniger stark ausgeprägt als in Gesamt- und in Westdeutschland, was möglicherweise auf die geringere Streuung der Markteinkommen im Saarland zurückzuführen ist (vgl. hierzu nochmals die Ausführungen in Kapitel 5). Die betreffende Differenz liegt im Saarland bei 13,3 Prozentpunkten. In Deutschland ergibt sich eine entsprechende Differenz von 16,1 und in Westdeutschland eine solche von 15,7 Prozentpunkten.

Zudem zeigt die Differenzierung nach dem ISCED-Qualifikationsniveau in Darstellung 8.10 auch im Saarland ein deutliches Ansteigen beim Übergang von einem niedrigen zu einem mittleren und – vor allem – dann von einem mittleren zu einem hohen Qualifikationsniveau. So beträgt die Reichtumsquote für die geringqualifizierten Personen ab 25 Jahren im Saarland 2,2 Prozent, diejenige für die mittelqualifizierten 25-Jährigen und Älteren 5,0 Prozent und jene für die hochqualifizierten Personen ab 25 Jahren sogar 21,7 Prozent.

Analoges gilt für die Differenzierung nach dem Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbeziehers: Hier steigt die Einkommensreichtumsquote von 1,1 Prozent (Personen in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher) über 3,2

Prozent (Personen in Haushalten mit einem mittelqualifizierten Haupteinkommensbezieher) auf 19,3 Prozent (Personen in Haushalten mit einem hochqualifizierten Haupteinkommensbezieher).

Darstellung 8.10: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem Schulabschluss und dem ISCED-Qualifikationsniveau (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Schulabschluss:			
Haupt-/Realschulabschluss (Fach-)Abitur	3,9 17,2	4,3 20,4	4,3 20,0
Qualifikationsniveau der Personen ab 25 Jahren:			
Geringqualifizierte	2,2	1,6	1,5
Mittelqualifizierte	5,0	5,6	5,8
Hochqualifizierte	21,7	22,2	23,6
Individuelles Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt:			
Geringqualifizierte	1,1	0,9	0,9
Mittelqualifizierte	3,2	4,0	4,1
Hochqualifizierte	19,3	19,7	20,3

Geringqualifiziert: ISCED-Code = 0-2, d. h.: vorschulische Erziehung (Kindergarten), Grundbildung (Grundschule), Sekundarbildung I/Unterstufe, Mittelstufe; mittelqualifiziert: ISCED-Code = 3-4, d. h.: Sekundarbildung II/Oberstufe, postsekundäre Bildung (Abendgymnasium, Fachoberschule u. ä.); hochqualifiziert: ISCED-Code = 5-6, d. h.: tertiäre Bildung, 1. Stufe (Fachhochschul-, Berufsakademie, Universitätsabschluss unterhalb der Promotion), tertiäre Bildung, Forschungsqualifikation (z. B. Promotion)
Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011)

Bei der Gliederung nach der *individuellen Staatsangehörigkeit* haben Deutsche gegenüber Ausländern in allen in Darstellung 8.11 betrachteten Gebietseinheiten eine höhere Reichtumsquote. Die entsprechende Differenz ist im Saarland mit 1,6 Prozentpunkten etwas geringer ausgeprägt als in Gesamtdeutschland (3,7 Prozentpunkte) bzw. in Westdeutschland (4,0 Prozentpunkte).

Differenziert man nach dem *Migrationshintergrund*, sind die Reichtumsquoten der Personen ohne Migrationshintergrund in allen in Darstellung 8.11 betrachteten Gebiets-einheiten höher als die Quoten der Personen mit Migrationshintergrund, wobei auch hier die betreffende Quotendifferenz im Saarland (mit 3,3 Prozentpunkten) geringer als in Gesamtdeutschland (4,4 Prozentpunkte) und in Westdeutschland (5,0 Prozentpunkte) ist. Verglichen mit der Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit, sind die Quotendifferenzen bei der Unterscheidung nach dem individuellen Migrationshintergrund größer.

Darstellung 8.11: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach der individuellen Staatsangehörigkeit und dem individuellen Migrationshintergrund (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Staatsangehörigkeit			
Deutsche	6,9	8,5	8,6
Ausländer	(5,3)	4,8	4,6
Migrationshintergrund			
Kein Migrationshintergrund	7,4	9,0	9,3
Mit Migrationshintergrund	4,1	4,6	4,3

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011)

Die Differenzierung nach dem *Haushaltstyp* in Darstellung 8.12 verdeutlicht, dass Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder in allen betrachteten Gebietseinheiten besonders hohe Reichtumsquoten haben: im Saarland 10,0 Prozent, in Gesamtdeutschland 11,0 Prozent und in Westdeutschland 11,2 Prozent. In allen Gebietseinheiten sind den Personen in Alleinerziehendenhaushalten jeweils die niedrigsten Reichtumsquoten zugeordnet: im Saarland 1,0 Prozent und in Gesamt- wie in Westdeutschland jeweils 1,4 Prozent. Besonders niedrig sind – in Gesamt- und Westdeutschland – die Reichtumsquoten der Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern mit 0,4 Prozent.

Darstellung 8.12: Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem Haushaltstyp (in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Einpersonenhaushalte	4,7	5,8	6,1
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	10,0	11,0	11,2
Alleinerziehende	(1,0)	1,4	1,4
Darunter:			
Alleinerziehende mit 1 Kind	/	1,7	1,8
Alleinerziehende mit 2 Kindern	/	1,2	1,1
Alleinerziehende mit 3 und mehr Kindern	/	0,4	0,4
Paar mit Kind(ern)	4,5	7,3	7,1
Darunter:			
Paar mit 1 Kind	(2,9)	8,8	8,8
Paar mit 2 Kindern	7,0	7,0	6,7
Paar mit 3 und mehr Kindern	(0,4)	4,8	4,7
Sonstige Haushalte mit Kindern	(1,7)	4,1	3,9

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-MZ 2011)

8.3 Vergleiche zwischen Einkommensreichen und -armen

Nachfolgend werden die Einkommens-, Vermögens- und Verbrauchsstrukturen der (200-Prozent-)Einkommensreichen und der (60-Prozent-)Einkommensarmen miteinander verglichen. Eine solche umfassende Betrachtung ist allein mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe möglich. Die aktuellste für solche Auswertungen verfügbare EVS ist jene aus dem Jahr 2008.

Im Hinblick auf die *Einkommensstrukturen* springen für das Saarland trotz der im Bundesländer- und Regionenvergleich etwas weniger ungleichen Einkommensverteilung erhebliche wohlstandsstrukturelle Unterschiede im Land ins Auge (vgl. Darstellung 8.13). Während z. B. der durchschnittliche Anteil der Kapitaleinkommen und der Einkommen aus Unternehmertätigkeit am gesamten Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen bei den Einkommensreichen 10,6 Prozent beträgt, ist er bei den Einkommensarmen mit -1,8 Prozent sogar negativ (dadurch bedingt, dass den fiktiven Mietwerten für selbstgenutztes Wohneigentum höhere Erhaltungskosten für das Wohneigentum gegenüberstehen, was einen negativen Saldo bei dieser Kapitaleinkommenskategorie ergibt). Der letztgenannte strukturelle Unterschied bei den Kapitaleinkommen ist grundsätzlich nicht erstaunlich, da sich individueller Einkommensreichtum ganz wesentlich aus Kapitalerträgen speist und insoweit eine positive Korrelation zum Vermögensreichtum aufweist. Gleichwohl dominiert bei den Einkommensreichen die Kategorie Arbeitseinkommen, die bei ihnen (im Durchschnitt) mehr als zwei Drittel des gesamten Bruttoeinkommens ausmacht.¹¹⁴

Mit ca. 20 Prozent ist der Anteil der Transfereinkommen an den gesamten Bruttoeinkommen bei den Einkommensreichen relativ hoch. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die sehr Reichen bekanntlich nicht in der genutzten EVS-2008-Datenbasis enthalten sind, bei denen der Anteil von Transfers (wie Pensionen, Kindergeld, staatlichen Rentenzahlungen, Betriebsrenten und dergleichen) am Bruttoeinkommen vermutlich bedeutend niedriger ist.

¹¹⁴ An dieser Stelle ist zum wiederholten Male darauf hinzuweisen, dass in der EVS Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von maximal 18.000 Euro/Monat enthalten sind. Bei den nicht erfassten Haushalten mit einem höheren monatlichen Nettoeinkommen erscheint es nicht unrealistisch, dass der Anteil der Arbeitseinkommen geringer und dafür der Anteil der Kapitaleinkommen höher ausfällt. Dabei ist indes zu beachten, dass aus formalen Gründen z. B. Bonuszahlungen aus Aktienbesitz und dergleichen an Topmanager zu den Arbeitseinkommen gezählt werden.

Bei den Einkommensarmen dominieren in Bezug auf deren (durchschnittliche) Einkommensstruktur die Transfereinkommen (u. a. aus Grundsicherungsbezug) mit einem Anteil von fast zwei Dritteln.

Darstellung 8.13: Wohlstandsstrukturelle Unterschiede zwischen Einkommensreichen und -armen im Saarland 2008 (Landesmedian, in Prozent)

	Anteilswert (in Prozent)*	
	200-Prozent-Einkommensreiche	60-Prozent-Einkommensarme
Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen**		
Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter)	69,2	36,6
Kapitaleinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit	10,6	-1,8
Transfereinkommen	20,2	65,2
Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen		
Haus-/Grundvermögen	65,7	45,3
Geldvermögen	34,3	54,7
Äquivalenter Privater Verbrauch auf Haushaltsebene**		
Nahrungs- und Genussmittel	12,0	22,2
Bekleidung und Schuhe	6,0	3,7
Miete und Energie	32,6	42,1
Gesundheitspflege	5,7	2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,0	11,5
Bildung und Unterhaltung	12,5	8,2
Sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs	15,2	10,3

* Addition der jeweiligen Einkommens-/Vermögens-/Ausgabenart der Gruppe und Relativierung am gruppenspezifischen Aggregat des Gesamteinkommens, Gesamtvermögens bzw. der Gesamtausgaben

** Jeweils (vereinfachend) wurde die neue OECD-Äquivalenzskala zugrunde gelegt (welche eventuell für bestimmte Ausgabenkategorien wie für Nahrungs-/Genussmittel- oder für Gesundheitsausgaben nur bedingt plausibel ist)

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

Die *Vermögensstruktur* zwischen Einkommensreichen und -armen unterscheidet sich insofern voneinander, als sich bei den Einkommensreichen etwa ein 2:1-Verhältnis zu Gunsten des Haus-/Grundvermögens gegenüber dem Geldvermögen ergibt, während bei den Einkommensarmen das Geldvermögen strukturell (leicht) dominiert. Darin kommt u. a. die geringere Eigentümerquote bei den Einkommensarmen zum Ausdruck. Die Vermögensstruktur ist an dieser Stelle auf die Nettovermögen und sowohl bei Einkommensreichen und Einkommensarmen nicht nur auf die Besitzerhaushalte,

sondern auch auf die Nichtbesitzerhaushalte (und die Haushalte mit negativem Nettovermögen) bezogen.

Die *Verbrauchsstrukturen* sind zwischen Einkommensreichen und -armen (auch) im Saarland sehr unterschiedlich: So weisen die Einkommensarmen bei den Nahrungsmitteln und bei Miete und Energie – und damit bei typischen Grundbedarfsgütern – erwartungsgemäß deutlich höhere Anteilswerte als die Einkommensreichen auf. Bei allen anderen Ausgabenkategorien sind hingegen die Anteilswerte bei den Einkommensreichen höher als bei den Einkommensarmen. Plakativ gesprochen (und keineswegs unerwartet), ist auch im Saarland das Konsumverhalten der Einkommensarmen durch die Ausrichtung auf Güter und Dienstleistungen mit einer eher geringen Einkommenselastizität der Nachfrage¹¹⁵ („Grundbedarfsgüter“) und dasjenige der Einkommensreichen durch die Bezugnahme auf Güter und Dienstleistungen mit einer eher hohen Einkommenselastizität der Nachfrage („Luxusgüter“) zu charakterisieren.

8.4 „Wirklicher“ Einkommensreichtum

Die vorstehenden Befunde – bzw. die gängigen Datengrundlagen – klammern die Bezieher(innen) von Spitzeneinkommen aus: Sowohl in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als auch im Mikrozensus werden nur Haushaltsnettoeinkommen bis 18.000 Euro/Monat berücksichtigt, und auch die Einkommensteuerstatistik ist streng genommen wegen „Steuerschlupflöchern“ und dergleichen hinsichtlich der „wirklich“ Reichen nur bedingt aussagekräftig.

Durch eine spezielle Zusatzstichprobe finden sich im SOEP seit 2002 Angaben zu den sogenannten Hocheinkommen. Kombiniert mit den Daten der Einkommensteuerstatistik können solcherart wenigstens einige Hinweise auf „wirklichen“ Einkommensreichtum ermittelt werden. Allerdings besteht Einigkeit darüber, dass von einer auch nur annähernden Vollständigkeit der Erfassung der Spitzeneinkommen trotz dieser Bemühungen keine Rede sein kann. In diesem Sinne haben Bach u. a. (2011) für Deutschland eine entsprechende Studie vorgelegt (nur auf Bruttoeinkommensebene, eben durch die Koppelung von SOEP-Daten mit Daten der Einkommensteuerstatistik).

¹¹⁵ Die Einkommenselastizität der Nachfrage gibt an, um wie viel Prozent sich die nachgefragte Gütermenge (bzw. die Ausgaben dieser nachgefragten Gütermenge) verändert, wenn das Einkommen einer Wirtschaftseinheit um ein Prozent steigt (vgl. zu plastischen Beispielen mit Bezug auf die Wirkungen der „Hartz-Reformen“: Becker 2015a).

Danach ist das reale Bruttoeinkommen (preisniveaubereinigt) aller Personen in Deutschland zwischen 1992 und 2005 im Durchschnitt um 1,1 Prozent gestiegen (vgl. Darstellung 8.14). Bei der einkommensschwächeren Hälfte der Bevölkerung lässt sich für diesen Zeitraum sogar ein realer Einkommensrückgang beobachten: Der Median ist um 8,9 Prozent gesunken. Das oberste Dezil (Zehntel) verzeichnet bei einem Durchschnittseinkommen von 183.000 Euro im Jahr 2005 dagegen einen realen Einkommenszuwachs von 8,0 Prozent. Beim obersten einen Prozent (oberstes Perzentil) errechnet sich ein Anstieg von 12,2 Prozent im arithmetischen Mittel. Die obersten 0,001 Prozent konnten nach diesen Zahlen einen realen Anstieg ihres durchschnittlichen Bruttoeinkommens von 123,4 Prozent erzielen, und bei den obersten 0,0001 Prozent schließlich ist ein Anstieg der Gruppenuntergrenze¹¹⁶ von 120,4 Prozent (auf 57,6 Millionen Euro) und des Durchschnittseinkommens um 325,8 Prozent (auf 174,4 Millionen Euro) bis 2005 zu beobachten.

Darstellung 8.14: Reale Bruttoeinkommen (in Preisen von 2000) in Deutschland 1992 und 2005, Angaben in 1.000 Euro bzw. in Prozent

	Reale Bruttoeinkommen in Tausend €		Veränderungsrate 2005/1992 =100,0
	1992	2005	
Arithmetisches Mittel	35,0	35,4	101,1
Median	27,6	25,1	91,1
Durchschnittseinkommen			
Oberste 10 %	109,5	118,3	108,0
Oberste 1 %	317,1	355,6	112,2
Oberste 0,1 %	1.223,2	1.512,5	123,7
Oberste 0,01 %	4.875,6	7.398,6	151,7
Oberste 0,01 %	16.280,5	36.374,5	223,4
Oberste 0,001 %	40.947,6	174.353,9	425,8
Gruppenuntergrenze			
Oberste 10 %	66,7	69,6	104,3
Oberste 1 %	143,5	154,4	107,6
Oberste 0,1 %	475,8	491,9	103,4
Oberste 0,01 %	2.093,4	2.248,9	107,4
Oberste 0,01 %	8.627,7	10.951,9	126,9
Oberste 0,001 %	26.112,2	57.558,5	220,4

Quelle: Bach u. a. 2011

Befunde wie diejenigen in Darstellung 8.14 lassen Aussagen wie die folgende – auf Basis von Statistiken ohne die sehr hohen Einkommen – zweifelhaft erscheinen: „Im Ergebnis ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland bis

¹¹⁶ Das bedeutet, dass die entsprechenden Einkommen typischerweise höher waren als die jeweils genannten Beträge.

zum Jahr 2005 stark gestiegen und stagniert seitdem auf hohem Niveau“ (Goebel u. a. 2015, S. 571; ähnlich auch schon der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, vgl. Deutscher Bundestag 2013a).¹¹⁷ Dies ist insbesondere deshalb problematisch, weil gerade auch für die vergangenen Jahre eine Reihe von Studien eine starke und zunehmende Spreizung der Einkommen speziell auch im Bereich der Spitzeneinkommen belegen. Innerhalb der Gruppe der Reichen steigen die Einkommen der sehr Reichen erheblich stärker (vgl. z. B. Spannagel, Broschinski 2014, S. 6). Einkommensunterschiede werden in der Wissenschaft und in der Bevölkerung durchaus als Leistungsanreize angesehen und von einer großen Mehrheit akzeptiert, wenn auch das Ausmaß kritisch gesehen wird (vgl. Faik, Becker 2009, S. 16ff). Die Kritik macht sich dabei häufig an der Entlohnung von Managern fest, die vom Bundespräsidenten bis hin zu den Präsidenten von Arbeitgeberverbänden vorgebracht wird. Mit der in der Ökonomik üblichen Erklärung von Entlohnungsunterschieden haben die Vergütungen von Spitzenmanagern (aber auch von anderen Berufsgruppen) nur noch wenig bzw. nichts mehr zu tun (vgl. Kasten).

Beispiel Managergehälter

Eine Ursache für die großen vorstehend behandelten Einkommensunterschiede besteht u. a. darin, dass die Gehälter der Konzernvorstände in Deutschland seit Mitte der 1980er-Jahre von dem ca. 15- auf das fast 50-fache der Durchschnittsgehälter gestiegen sind (vgl. Schwalbach 2011, S. 5). Ähnlich verhält es sich mit den Vergütungen der Vorstände bzw. Vorstandsvorsitzenden der DAX-Unternehmen, denn diese sind (ohne die Pensionszusagen etc.) durchschnittlich um das mehr als 50-fache höher als der in diesen Unternehmen geleistete durchschnittliche Personalaufwand pro Beschäftigtem, bis hin zum 170-fachen bei VW (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2013, S. 1).

Laut DSW und TUM (2015) liegen die Vorstandsgehälter mit 3,4 Millionen Euro in den DAX 30 Unternehmen 2014 im Schnitt um das 54-fache über dem Durchschnittsgehalt eines DAX 30-Angestellten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr war mit 1,5 Prozent zwar geringer als der Anstieg der Bruttolöhne in Deutschland (+3,8 %). Im Vorjahr war der Anstieg bei den Vorstandsvergütungen mit 4 Prozent aber recht deutlich – und es gibt eine Tendenz zur Steigerung der fixen Vergütungsanteile. Daneben sind erhebliche Pensionsleistungen zu beachten, die sich beispielsweise bei den DAX-30-Vorstandsvorsitzenden auf jährlich durchschnittlich 824.000 Euro belaufen. Bemerkenswert sind allerdings auch folgende Zahlen. 2014 sind die ausgewiesenen Gewinne der DAX-Unternehmen um 6,8 Prozent auf den Rekordwert von 109 Milliarden Euro gestiegen. Rechnerisch haben die rund 3,8 Millionen Beschäftigten damit pro Kopf den Kapitaleignern einen Gewinn von knapp 29.000 Euro erwirtschaftet.

¹¹⁷ Bildlich gesprochen: Man kann auf der Basis von Wetterbeobachtungen auf den Hügeln in Norddeutschland nicht das Wetter im deutschen Hochgebirge beurteilen.

In einer neueren internationalen Untersuchung haben Kiatpongsan und Norton (2014) speziell für Deutschland festgestellt, dass die Einkommensrelation zwischen einerseits den Einkünften von Geschäftsführern und leitenden Angestellten sowie andererseits den Einkünften der Durchschnittsbeschäftigten de facto bei 147:1 liegt. Wie weit entkoppelt eine derartige Relation inzwischen von der Wahrnehmungsfähigkeit der Mehrheitsbevölkerung ist, kommt darin zum Ausdruck, dass die Befragten in der betreffenden Untersuchung nur eine Ungleichheitsrelation von ca. 16:1 wahrnahmen. Als „ideal“ bezeichneten die Befragten für Deutschland eine Relation von 6:1 – d. h. eine Relation, die lediglich ca. 4 Prozent des tatsächlichen Verhältnisses beträgt.

Die vorstehenden Entwicklungen gehen in Deutschland mit einer festgestellten verminderten Einkommensmobilität einher (vgl. etwa Groh-Samberg und Hertel 2015, S. 29f). Dies wirkt in Richtung einer zunehmend „zementierten“ Einkommensverteilung; plakativ gesprochen bedeutet das, dass der Traum einer Karriere vom Tellerwäscher zum Millionär immer unwahrscheinlicher wird.

Welche sozialen Implikationen das große Maß an Einkommensreichtum bei wenigen Personen hat, ist an dieser Stelle nicht näher zu diskutieren (vgl. im Überblick Abschnitt 11.4). Anzusprechen ist aber, dass es zu kurz greift, die Debatte zu eng auf das Thema Managergehälter zu begrenzen. Insbesondere in Bezug auf die Spitzeneinkommen ist daran zu erinnern, dass diese vor allem im Bereich der Einkommen aus (Betriebs-)Vermögen anfallen. Und diese sind – ebenso wie bei der Betrachtung der Vermögensverteilung – weitgehend außerhalb des Umgriffs der verfügbaren Datengrundlagen. Das kann in die Irre führen, wie z. B. in einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung und der Prognos AG (vgl. Bertelsmann-Stiftung, Prognos AG 2015). In dieser wird, auf Grundlage des SOEP, die wachsende Ungleichverteilung der (Erwerbs-)Einkommen der Vergangenheit differenziert beschrieben und in die Zukunft projiziert. Im Ergebnis ist danach „... künftig mit einer Steigerung der Einkommensschere zu rechnen. In der Basisprognose steigen die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen im obersten Einkommensquintil zwischen 2012 und 2020 um rund 4.500 Euro stärker als im untersten Einkommensquintil“ (ebenda, S. 6). Im Kern geht es in dieser Studie darum, ob in den Branchen mit bisher höherer Ausschöpfung des Lohnspielraums (d. h. des Produktivitätsspielraums) künftig eher Zurückhaltung geübt werden sollte, um die Schere bei den Arbeitseinkommen nicht noch weiter aufgehen zu lassen. Gewichtigere Verteilungsfragen bleiben so aber außen vor. Eine Umverteilungskomponente (neben Inflationsausgleich und Produktivitätskomponente) ist so jedenfalls außerhalb des Blickfeldes, sie (d. h. die Gewinne) wird geradezu tabuisiert.

8.5 Zwischenfazit

In Bezug auf relativen Einkommensreichtum lässt sich für das Saarland feststellen, dass seine Reichtumsquote niedriger als in den meisten Vergleichsgebieten dieses Berichts ist. Die Einkommensverteilung ist im Saarland nicht nur im unteren Bereich (vgl. Kapitel 5), sondern – soweit erfasst – auch im oberen Bereich etwas weniger ungleich als im Vergleich mit Westdeutschland. Über die Zeit hinweg hat sich die saarländische Einkommensreichtumsquote dennoch leicht erhöht. In soziodemografischer Differenzierung weisen insbesondere folgende Personengruppen im Saarland überdurchschnittliche Quoten auf: Personen in Haushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand, 50- bis 64-jährige Personen, Selbstständige, Beamte, Angestellte, (vermutlich analog zu Westdeutschland): Pensionäre, Vollzeitbeschäftigte, Hochqualifizierte, Deutsche bzw. Personen ohne Migrationshintergrund und Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder.

Gegenüber den Einkommensarmen ergeben sich bei den Einkommensreichen unterschiedliche Einkommensstrukturen (mit höheren Anteilswerten für die Arbeits- und die Kapitaleinkommen), unterschiedliche Vermögensstrukturen (mit einer deutlich größeren Bedeutung des Haus-/Grundvermögens) und unterschiedliche Ausgabenstrukturen (mit einer Tendenz zum Kauf höherwertiger Güter) im Vergleich zu den Einkommensarmen. Da in den gängigen Datenbasen die „wirklich“ Einkommensreichen nicht erfasst sind, ist zu erwarten, dass deren Berücksichtigung noch zu einer Verschärfung dieser Unterschiede (sowie auch der Unterschiede bezüglich der Vermögensstruktur) führen würde.

9. Vermögensreichtum

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem Vermögensreichtum im Saarland. Analog zu den Betrachtungen beim Einkommensreichtum in Kapitel 8 wird im Folgenden primär auf eine 200-Prozent-Reichtumsschwelle vom Medianwert des Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens¹¹⁸ Bezug genommen. Damit wird – dem international üblichen Vorgehen folgend – auch beim Vermögensreichtum eine relativ niedrige Schwelle gesetzt. Im Prinzip gilt das auch für die 300-Prozent Schwelle.¹¹⁹

Datenbasis ist ein 98-Prozent-SUF der EVS 2013. Zum Teil wird auch auf die EVS 2008 eingegangen.

Es ist zu beachten, dass hier das Gesamtvermögen eines Haushalts – in deutlich eingeschränkter Weise – lediglich der Summe aus Geld- sowie Haus- und Grundvermögen entspricht. Dies bedeutet insbesondere – worauf bereits in Kapitel 2 hingewiesen wurde –, dass die besonders ungleich verteilten Betriebsvermögen nicht in den nachfolgend präsentierten Zahlen enthalten sind. Dadurch (und wegen der Nichtberücksichtigung von Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro/Monat in der EVS) wird der Anteil der vermögendsten Personen am Gesamtvermögen auch im Saarland deutlich unterschätzt.

Privater Vermögensreichtum versus öffentliche Armut

Angesichts der beachtlichen Größenordnungen beim Vermögen erscheint der Vermögensbesitz noch nachhaltiger mit der Erlangung wirtschaftlicher und politischer Macht verbunden als der in Kapitel 8 besprochene Einkommensreichtum. Ihre auch demokratiebezogene Brisanz beziehen privater Vermögensreichtum und seine zunehmende Konzentration insbesondere aus der Gegenüberstellung mit der im Zeitablauf gewachsenen sogenannten öffentlichen Armut (Stichwort: Unterversorgung mit Infrastruktur etc. und Staatsverschuldung; zu diesem Gegensatz vgl. z. B. Stiglitz 2012 oder van de Werfhorst u. a. 2012 sowie grundsätzlich Bach 2010). Hierdurch kommt nämlich das Wohlergehen einiger Weniger beim privaten Reichtum zu Lasten der Allgemeinheit (etwa hinsichtlich einer zunehmend vernachlässigten sozialen Infrastruktur) zum Ausdruck.

¹¹⁸ Das heißt: Es wird rechnerisch jeder Person im Haushalt ein Äquivalenzgewicht von Eins zugerechnet, das Gesamtvermögen also durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt.

¹¹⁹ Ein Zweipersonenhaushalt mit einer abbezahlten Eigentumswohnung im Wert von sagen wir: 250.000 Euro, ohne Schulden, aber auch mit keinem sonstigen Vermögen, ist eigentlich nicht „wirklich“ reich, wäre es aber auch nach der 300-Prozent-Schwelle in Darstellung 9.1!

9.1 Allgemeine Ergebnisse

Zunächst wird (unter Beachtung der eingangs genannten Beschränkungen in den Datengrundlagen) auf vermögensbezogene Reichtumsbefunde auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene – ohne nähere soziodemografische Differenzierung (vgl. hierzu Abschnitt 9.2) – eingegangen. Nach einer Gegenüberstellung der saarländischen Reichtumsquoten beim Vermögen mit denjenigen der Vergleichsregionen wird der (relative) Vermögensreichtum mit dem privaten Reichtum bei anderen Wohlstandsindikatoren (Einkommen und Well-Being-Variable) verglichen.

9.1.1 Bundesländervergleich

Darstellung 9.1 gibt auf Basis der EVS 2013 die Reichtumsgrenzen beim Vermögen für das Saarland und die Vergleichsregionen an. Alternativ sind in dieser Darstellung sowohl die 200- als auch die 300-Prozent-Schwellen dargelegt. Wie ersichtlich, sind die saarländischen Grenzen jeweils deutlich höher als die gesamtdeutschen Werte und etwas höher als die westdeutschen Schwellenwerte – was letztlich die Folge der höheren Wohneigentümerquoten im Saarland als in Deutschland insgesamt und auch in Westdeutschland ist (vgl. hierzu bereits Kapitel 5). Im Bundesländervergleich sind die saarländischen Schwellen dennoch niedriger als in Rheinland-Pfalz und in Hessen, aber höher als in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein.

Darstellung 9.1: Mediane und 200- bzw. 300-Prozent-Reichtumsschwellen bezüglich des (personengewichteten) Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens im Bundesländervergleich 2013 (in Euro)

	Median	200-Prozent-Schwelle	300-Prozent-Schwelle
Saarland	41.452	82.904	124.356
Deutschland	34.000	68.000	102.000
Westdeutschland	40.513	81.026	121.539
Rheinland-Pfalz	49.572	99.144	148.716
Hessen	50.508	101.016	151.524
Nordrhein-Westfalen	27.654	55.308	82.962
Schleswig-Holstein	28.831	57.662	86.493

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2013)

Legt man den jeweiligen regionalen Median zugrunde, so ist sowohl bei einer 200-Prozent- als auch bei einer 300-Prozent-Abgrenzung die Reichtumsquote nur in Rheinland-Pfalz niedriger als im Saarland. Dies ist zum einen die Folge des relativ hohen Vermögensmedians im Saarland (vgl. nochmals Darstellung 9.1) und zum anderen Ausdruck der im Saarland vergleichsweise „gestauchten“ Form der (also relativ gleichmäßigeren) Vermögensverteilung. Gemessen an der 200-Prozent-Schwelle, können in diesem Sinne 29,2 Prozent der Saarländer als vermögend gelten; mit der engeren 300-Prozent-Schwelle als Referenz sind es 17,2 Prozent. Zum Vergleich: In Westdeutschland sind 31,8 Prozent (200-Prozent-Abgrenzung) bzw. 20,8 Prozent (300-Prozent-Abgrenzung) und in Gesamtdeutschland 33,4 bzw. 22,5 Prozent (200- bzw. 300-Prozent-Abgrenzung) der dortigen Bevölkerung vermögend.

Auf der alternativen Basis des Bundesmedians sind die saarländischen 200- und 300-Prozent-Quoten mit 35,5 Prozent bzw. mit 22,4 Prozent jeweils etwas (um 1,4 bzw. 3,1 Prozentpunkte) niedriger als die westdeutschen Quoten. Gegenüber Gesamtdeutschland ist die saarländische 200-Prozent-Quote um 2,1 Prozentpunkte höher, die 300-Prozent-Quote indes um 0,1 Prozentpunkte geringer. Im Bundesländervergleich resultieren für das Saarland geringere Reichtumsquoten gegenüber Rheinland-Pfalz und Hessen, aber höhere Quoten gegenüber Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, und zwar sowohl bei Zugrundelegung der 200-Prozent-Grenze als auch bei Verwendung der 300-Prozent-Abgrenzung (vgl. Darstellung 9.2). Die letztgenannten Ergebnisse folgen u. a. daraus, dass in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die Vermögensmediane niedriger und in Rheinland-Pfalz und Hessen höher als auf Bundesebene, aber auch gegenüber dem Saarland sind (vgl. nochmals Darstellung 9.1).

Darstellung 9.2: 200- und 300-Prozent-Reichtumsquoten beim personengewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Bundesländervergleich 2013 (in Prozent)

	200-Prozent-Schwelle		300-Prozent-Schwelle	
	Landesmedian	Bundesmedian	Landesmedian	Bundesmedian
Saarland	29,2	35,5	17,2	22,4
Deutschland	33,4	33,4	22,5	22,5
Westdeutschland	31,8	36,9	20,8	25,5
Rheinland-Pfalz	28,8	41,8	16,6	27,8
Hessen	29,3	41,6	19,0	28,8
Nordrhein-Westfalen	35,7	30,1	24,9	20,3
Schleswig-Holstein	34,9	30,4	23,9	19,4

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2013)

9.1.2 Vergleich mit weiteren Wohlstandsindikatoren

Zu Vergleichszwecken enthält Darstellung 9.3 über die vermögensbezogenen Reichtumsquoten hinaus auch noch die Reichtumsquoten für die alternativen Wohlstandsindikatoren Einkommen und Well-Being-Variable.¹²⁰

Während sich im Saarland auf EVS-2008-Basis für das Einkommen eine Reichtumsquote in Höhe von 6,4 Prozent ergibt (vgl. oben, Darstellung 8.4), beträgt die entsprechende Quote im Saarland beim Vermögen 32,9 Prozent und beim Well-being-Indikator 12,8 Prozent. Erwartungsgemäß liegt also die Quote für den zusammengesetzten Well-being-Indikator zwischen den Quoten beim Einkommen und beim Vermögen.

Zugleich einkommensreich und vermögend sind im Saarland 4,6 Prozent der Bevölkerung.

Verglichen mit Gesamt- und Westdeutschland sind die in Darstellung 9.3 für das Saarland ausgewiesenen Quoten – mit Ausnahme des Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens (was im Übrigen eine strukturelle Abweichung gegenüber der auf der EVS 2013 basierenden Darstellung 9.2 ist und auf den 2013 markant höheren Vermögensmedian zurückzuführen ist) – jeweils niedriger.

Darstellung 9.3: Reichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2008 für verschiedene Wohlstandsindikatoren (200-Prozent-Abgrenzung; regionaler Median; in Prozent)

	Saarland	Deutschland	Westdeutschland
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	6,4	8,7	8,5
Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen	32,9	32,3	31,1
Well-Being-Indikator	12,8	14,0	13,3
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen und Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen	4,6	6,4	6,1

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

¹²⁰ Da in der bislang nutzbaren SUF-EVS-Datei 2013 keine geeigneten Einkommensinformationen vorhanden sind, muss sich diese Darstellung auf die ältere EVS 2008 beziehen. Wie bereits in Kapitel 5 ausgeführt, ist der Well-being-Indikator dadurch charakterisiert, dass die jeweiligen haushaltsbezogenen Vermögenswerte künstlich – über die Zugrundelegung einer Sterbetafel und eines Diskontierungsfaktors in Höhe von 5 Prozent – in Jahreswerte umgerechnet und zu den haushaltsbezogenen Einkommenswerten addiert werden.

9.2 Soziodemografische Differenzierung

In diesem Abschnitt geht es um die soziodemografische Differenzierung vermöglicher Haushalte (auf EVS-2013-Basis). Diese werden erneut über eine 200-Prozent-Reich-tumsschwelle in Bezug auf den (regionalen) Median der Pro-Kopf-Haushaltsnettover-mögen ermittelt.¹²¹ Analog zur Untersuchung des Einkommensreichtums wird auch bei der Analyse des Vermögensreichtums auf die Untersuchungseinheit Personen abge- stellt. Dies bedeutet, dass die einzelnen Reichtumsquoten den Personen eines Haus- halts zugeordnet sind – auch wenn sich die soziodemografische Differenzierung auf den Haushaltsvorstand (d. h. auf den Haupteinkommensbezieher eines Haushalts) be- zieht.

Im Folgenden werden für das Saarland nur statistisch vergleichsweise gesicherte so- ziodemografische Befunde wiedergegeben. Diesen Ergebnissen liegen bei den einzel- nen Merkmalsausprägungen für das Saarland (überwiegend) deutlich größere Fallzah- len als 100 zugrunde. In allen anderen Fällen wird auf Ergebnisse für Westdeutschland Bezug genommen.

¹²¹ Es handelt sich also auch hier um eine relative Wohlstandsanalyse. Allerdings ist auch an dieser Stelle nochmals deutlich darauf hinzuweisen, dass in der EVS sehr reiche Personen nicht enthalten sind. Außerdem beziehen sich die betreffenden Vermögensangaben – gleichfalls datensatzbedingt – nur auf die Summe aus privatem Geld- und privatem Haus-/Grundvermögen, d. h. auf einen sehr eng gefassten Vermögensbegriff (und sind damit – mit Ausnahme des unter „Geldvermögen“ er- fassten Aktienbesitzes – ohne Angaben zum Betriebsvermögen). Die Befunde für das Saarland sind wegen der für ein kleines Bundesland wie das Saarland gege- benen Fallzahlenbegrenzungen nur sehr vorsichtig zu interpretieren. Je nach Merkmalstyp kann – wie in Kapitel 2 bereits ausgeführt – die Signifikanz der Ergebnisse grob entweder auf der Grund- lage der gruppenbezogenen Anzahl der Personen (bei den „reinen“ personenbezogenen Merkma- len wie der Zahl der Erwerbstätigen oder der Anzahl der 65-Jährigen und Älteren) oder auf Basis der gruppenspezifischen Anzahl der Haushalte in der Stichprobe (bei den an den Haushaltszusam- menhang anknüpfenden Merkmalen wie Haushaltstyp oder Geschlecht des Haushaltsvorstandes) beurteilt werden.

Darstellung 9.4: Vermögensreichtum im Saarland und in Westdeutschland 2013, Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen, nach diversen so- ziodemografischen Merkmalen (200-Prozent-Abgrenzung; in Prozent)

	Saarland	Westdeutschland
Geschlecht des Haushaltsvorstandes		
Weiblich	30,1	24,5
Männlich	28,9	34,7
Individuelles Alter der Personen		
Unter 18-Jährige	12,2	18,6
18-24-Jährige	25,0	23,2
25-49-Jährige	17,2	22,5
50-64-Jährige	38,5	45,7
65-Jährige und Ältere	47,2	49,0
Individuelles Qualifikationsniveau der Personen ab 25 Jahren		
Geringqualifizierte	31,5	33,3
Mittelqualifizierte	30,2	33,0
Hochqualifizierte	40,0	43,6
Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt		
Geringqualifizierte	23,1	31,4
Mittelqualifizierte	29,8	29,9
Hochqualifizierte	36,1	38,0

Jeweils regionaler Median

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2013)

Gemäß Darstellung 9.4 sind in Bezug auf das *Geschlecht des Haushaltsvorstandes* in Westdeutschland Personen in Haushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand deutlich vermöglicher als Personen in Haushalten mit einem weiblichen Haushaltsvor- stand. Die betreffende Prozentpunktdifferenz beläuft sich auf 10,2 Prozentpunkte. Demgegenüber ist für das Saarland ein solcher Unterschied nicht zu konstatieren. Die Reichtumsquoten liegen dort recht dicht nebeneinander, sogar mit einem leicht höhe- ren Wert für die Personen in einem Haushalt mit einem weiblichen Vorstand.¹²²

Differenziert nach dem *Alter der Haushaltsmitglieder* steigen sowohl im Saarland als auch in Westdeutschland die vermögensbezogenen Reichtumsquoten erwartungsge- mäß mit zunehmendem Alter. Dies ist vornehmlich die Folge davon, dass der Aufbau

¹²² Eigene Alternativberechnungen mit der EVS 2008 erbrachten allerdings im Saarland ähnliche ge- schlechterdifferenzierte Strukturen wie in Westdeutschland mit um 7,2 Prozentpunkte (Landesme- dian) höheren Quoten für die Personen in einem Haushalt mit einem männlichen Vorstand. Man muss also vorsichtig bei einer inhaltlichen Interpretation der in Darstellung 9.4 für das Saarland angegebenen Werte sein, da – wie bereits mehrfach im Bericht erwähnt – gerade für ein kleines Bundesland wie das Saarland Messungenauigkeiten und dergleichen die Befunde massiv bestim- men bzw. verzerren können (obwohl die Fallzahlen für das Merkmal Geschlecht des Haushaltsvor- standes im SUF-EVS 2013 eigentlich oberhalb der statistischen Nachweis- bzw. „Klammer“- Grenze liegen: 306 saarländische Haushalte mit weiblichem Vorstand und 480 saarländische Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand).

von Vermögen typischerweise Zeit erfordert. Im Saarland wird dieser statistische altersbezogene Zusammenhang beim Vergleich der Gruppen der 18-24-Jährigen und der 25-49-Jährigen zwar sichtbar durchbrochen, gleichwohl ist hier angesichts der geringen Fallzahl bei den 18-24-Jährigen von nur 110 Personen in der Stichprobe nicht auszuschließen, dass es sich um ein statistisches Artefakt handelt.

Bezüglich des *individuellen Qualifikationsniveaus der Personen ab 25 Jahren* sind sowohl im Saarland als auch in Westdeutschland die vermögensbezogenen Reichtumsquoten der Hochqualifizierten jeweils deutlich am höchsten. Im Saarland ist diese Quote um fast 10 Prozentpunkte höher als die betreffende Quote der weniger Qualifizierten. Die Quoten der Personen mit mittlerer und mit geringer Qualifikation liegen in beiden Gebietseinheiten recht eng beieinander. Aus statistischer Sicht weisen die ausgewiesenen Quoten nicht auf signifikante Unterschiede zwischen diesen beiden Qualifikationsgruppen hin.

Bei der Differenzierung nach dem *Qualifikationsniveau des Haushaltsvorstandes* zeigt sich im Saarland – im Unterschied zu Westdeutschland, wo die Quote der Personen in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haushaltsvorstand oberhalb der Quote für Personen in Haushalten mit einem mittelqualifizierten Haushaltsvorstand liegt (allerdings mit vergleichsweise geringem Abstand) – eine deutlich positive Korrelation zwischen dem Qualifikationsniveau des Haushaltsvorstandes und der vermögensbezogenen Reichtumsquote. Die Quote der Personen in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haushaltsvorstand liegt im Saarland um 6,7 Prozentpunkte unter der korrespondierenden Quote für Personen in Haushalten mit einem mittelqualifizierten Haushaltsvorstand. Deren Quote wiederum ist im Saarland um 6,3 Prozentpunkte niedriger als die Reichtumsquote für Personen in Haushalten mit einem hochqualifizierten Haushaltsvorstand.

Bei den nachfolgend behandelten weiteren soziodemografischen Merkmalen ergaben die Berechnungen auf Basis der EVS 2013 für das Saarland zum Teil große Nachweislücken bezüglich einzelner Merkmalsausprägungen, so dass hier auf einen tabellarischen Nachweis der einzelnen Befunde verzichtet wird und nur ausgewählte Ergebnisse kurz und vornehmlich auf der westdeutschen Ebene diskutiert werden:

- Die Differenzierung nach dem individuellen Erwerbsstatus der Haushaltsmitglieder erbrachte – für das Saarland statistisch noch am ehesten gesichert – im Saarland und in Westdeutschland für die Gruppe der Erwerbstätigen (26,8 % im Saarland und 32,1 %

in Westdeutschland) eine im Saarland um 6,2 Prozentpunkte und in Westdeutschland um 0,9 Prozentpunkte niedrigere Vermögensreichumsquote im Vergleich zu den Nichterwerbspersonen. Wie die Berechnungen für Westdeutschland an dieser Stelle zeigen, waren in der Gruppe der Nichterwerbspersonen die vermögensbezogenen Reichtumsquoten der Rentner (44,4 %) und insbesondere diejenigen der Pensionäre (67,1 %) überdurchschnittlich hoch. Im Unterschied hierzu ist in Westdeutschland die Reichtumsquote der Arbeitslosen mit 10,1 Prozent sehr gering; dabei ist zu beachten, dass sich der rechnerische Vermögensbesitz von Arbeitslosen in Mehrpersonenhaushalten auch aus dem Vermögen anderer Haushaltsmitglieder ergeben kann.

- In Bezug auf die *Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder* zeigen die Ergebnisse für Westdeutschland, dass die Reichtumsquote der Ausländer mit 19,8 Prozent um 12,4 Prozentpunkte unter derjenigen der Deutschen liegt.
- Die Differenzierung nach dem *Haushaltstyp* ergab in Westdeutschland die höchste Reichtumsquote für die Zweipersonenhaushalte ohne Kinder mit 46,0 Prozent. Im Unterschied hierzu sind die Reichtumsquoten der Einpersonenhaushalte mit 29,7 Prozent markant niedriger. Diese Reichtumsquote der Einpersonenhaushalte ist indes in Westdeutschland größer als die vermögensbezogenen Reichtumsquoten der Paare mit Kindern (Paare mit einem Kind: 20,7 %; Paare mit zwei Kindern: 21,0 %; Paare mit drei und mehr Kindern: 16,5 %). Noch niedriger ist die Quote der Personen in Alleinerziehendenhaushalten: Sie liegt in Westdeutschland bei lediglich 9,0 Prozent.

9.3 Vergleich Vermögende versus Vermögensarme

Darstellung 9.5 gibt die wohlstandsstrukturellen Unterschiede zwischen vermögenden und vermögensarmen Personen im Saarland an. Besonders eklatant sind die Unterschiede bei der Struktur der (*Netto-*)Vermögen: Bei den vermögenden Personen dominiert das Haus- und Grundvermögen mit einem Anteil von fast drei Vierteln am in der EVS ausgewiesenen Gesamtvermögen; demgegenüber hat bei den vermögensarmen Personen das (geringe) Geldvermögen einen Anteilswert von über 80 Prozent. Bei dieser Vermögensbetrachtung sind im Übrigen bei den Vermögensreichen und den Vermögensarmen nicht nur die Besitzerhaushalte, sondern auch die Nichtbesitzerhaushalte (bzw. auch die Haushalte mit negativem Nettovermögen) berücksichtigt.

Gegenüber Darstellung 8.13 mit einem Geldvermögensanteilswert von fast 55 Prozent bei den Einkommensarmen ist bei den Vermögensarmen die Vermögensstruktur demnach deutlich stärker zu Gunsten des Geldvermögens ausgeprägt. Analog ist bei den Vermögensstarken der Anteilswert für das Haus- und Grundvermögen um immerhin ca. 8 Prozentpunkte höher als bei den Einkommensreichen. Dies gibt Hinweise darauf, dass – ungeachtet der grundsätzlich positiven Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen – die einkommensstarken Personen nicht notwendigerweise vermögend und die einkommensarmen Personen nicht notwendigerweise vermögensschwach sind.

In Bezug auf die *Einkommensstruktur* ergibt sich bei den Kapitaleinkommen und den Einkommen aus Unternehmertätigkeit (soweit in den Daten überhaupt erfasst) ein nennenswerter Unterschied: Einem Anteilswert von 16,0 Prozent bei den Vermögenden steht ein Anteilswert in Höhe von nur 5,6 Prozent bei den Vermögensarmen gegenüber. Demgegenüber ist der Anteil der Arbeitseinkommen bei den Vermögensarmen mit 62,1 Prozent höher als bei den Vermögenden mit 55,1 Prozent. Dies ist ein weiterer struktureller Unterschied gegenüber dem Vergleich zwischen einkommensstarken und -armen Personen, bei denen Anteilswerte von über zwei Dritteln bei den Einkommensreichen versus gut einem Drittel bei den Einkommensarmen festgestellt wurden (vgl. nochmals Darstellung 8.13). Vermögensreichtum geht also in weit geringerem Maße mit der Einkommenserzielung aus dem Produktionsfaktor Arbeit einher als Einkommensreichtum. Demgegenüber ist Vermögensarmut stärker mit dem Faktor Arbeit gekoppelt als Einkommensarmut. Auch diese strukturelle Diskrepanz spiegelt die keineswegs perfekt-positive Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen wider.

Bezüglich der Ausgabenkategorien des *Privaten Verbrauchs* weisen die Vermögensarmen bei den Nahrungs- und Genussmitteln, bei Bekleidung und Schuhe sowie bei Miete und Energie höhere Anteilswerte auf als die Vermögenden. Umgekehrtes gilt bei den Ausgabekategorien Gesundheitspflege, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Bildung und Unterhaltung sowie sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs. Verglichen mit der Gegenüberstellung zwischen Einkommensstarken und -armen in Darstellung 8.13 ergibt sich ein Unterschied bezüglich der Kategorie Bekleidung und Schuhe (hier mit einem höheren Anteilswert der wohlstandsschwächeren Gruppe).

Auch wenn dies ein weiterer (kleinerer) Hinweis darauf ist, dass Einkommen und Vermögen zwar positiv, aber keineswegs perfekt miteinander korrelieren, kann immerhin festgehalten werden, dass bei typischen Grundbedarfsgütern wie Nahrungs- und Genussmitteln sowie Miete und Energie die Anteilswerte der wohlstandsschwächeren Gruppe (deutlich) höher als bei der wohlstandsstärkeren Gruppe sind. Dies kann als (grobes) Indiz für unterschiedliche Lebensstile zwischen Armen und Reichen gewertet werden. Derartige Unterschiede würden vermutlich bei Erfassung der wirklich Reichen noch viel drastischer zum Ausdruck kommen.

Darstellung 9.5: Wohlstandsstrukturelle Unterschiede zwischen Vermögensreichen und -armen im Saarland 2008 (Landesmedian, in Prozent)

	Anteilswert*	
	200-Prozent-Vermögensreiche	60-Prozent-Vermögensarme
Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen:**		
Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter)	55,1	62,1
Kapitaleinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit	16,0	5,6
Transfereinkommen	29,0	32,3
Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen:		
Haus-/Grundvermögen	73,9	16,5
Geldvermögen	26,1	83,5
Äquivalenter Privater Verbrauch auf Haushaltsebene:**		
Nahrungs- und Genussmittel	14,1	17,3
Bekleidung und Schuhe	4,1	4,8
Miete und Energie	35,9	40,0
Gesundheitspflege	3,5	2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	18,1	13,8
Bildung und Unterhaltung	10,9	9,4
Sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs	13,5	12,7

* Addition der jeweiligen Einkommens-/Vermögens-/Ausgabenart der Gruppe und Relativierung am gruppenspezifischen Aggregat des Gesamteinkommens, Gesamtvermögens bzw. der Gesamtausgaben

** Jeweils (vereinfachend) neue OECD-Äquivalenzskala zugrunde gelegt (welche eventuell für bestimmte Ausgabenkategorien wie für Nahrungs-/Genussmittel- oder für Gesundheitsausgaben nur bedingt plausibel ist)

Quelle: Eigene Berechnungen (mit SUF-EVS 2008)

9.4 Spitzenvermögen

In den bisherigen vermögensbezogenen Daten sind die sehr hohen Vermögen nicht berücksichtigt. Zwar wird die sogenannte Hocheinkommensstichprobe zum SOEP mit Vermögensangaben inzwischen in mehrjährigem Abstand erhoben. Sie hat allerdings für die Ebene der (vor allem kleinen) Bundesländer zu geringe Fallzahlen und erreicht auch nach Angaben des verantwortlichen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die „wirkliche“ Spitze der Einkommens- und Vermögensreichen nicht (vgl. Bach u. a. 2011; Westermeier, Grabka 2015, S. 125). Auch die Untersuchung „Vermögen in Deutschland“ (vgl. Lauterbach, Kramer 2009) ist im Übrigen trotz verdienstvollen Bemühens und trotz eines innovativen Ansatzes nicht in der Lage, gesicherte Aussagen über die Gesamtvermögen speziell der Multimillionäre und der Milliardäre zu machen.

Neben solchen vereinzelt Studien gibt es inzwischen auch eine Reihe von renommierten international vergleichend angelegten Datenbasen (vgl. in diesem Zusammenhang z. B. die Zusammenstellungen in Piketty 2014 bzw. die World Top Incomes Database der Paris School of Economics), die jeweils verschiedene nationale Datengrundlagen miteinander kombinieren und sich verstärkt auch um den Hocheinkommens- und Hochvermögensbereich bemühen. Dabei spielen auch sogenannte „journalistische“ Quellen zunehmend eine Rolle, wie sie in Deutschland z. B. durch die Forbes-Listen und die Listen des Managermagazins breiter bekannt sind (vgl. z. B. Managermagazin 2014; siehe Kasten). Die Bezeichnung als „journalistische Quellen“, in der eine gewisse Abschätzung mitschwingt, ist zweifellos insofern berechtigt, als es die methodischen Grenzen und Besonderheiten solcher Daten immer zu berücksichtigen gilt und ihre mediale Ergebnispräsentation teils stark unter der plakativen Form der Darstellung leidet.

Für eine Überheblichkeit oder Ausblendung der entsprechenden Informationen besteht aber seitens der akademischen Forschung sowie der amtlichen Statistik angesichts der Schwächen der eigenen Daten unseres Erachtens wenig Anlass. Das gilt zumal, da sich die Zahl und Qualität solcher „journalistischer“ Quellen immer mehr erhöht. Insbesondere große Banken, Versicherungen, Beratungsfirmen und Fonds

veröffentlichen derartige Studien, die sie mit großem Aufwand von ihren eigenen Forschungsinstituten oder von beauftragten Wissenschaftlern erstellen lassen (vgl. z. B. Credit Suisse 2014, 2014a und Credit Suisse 2015).

Managermagazin-Rangliste 2014

Das Managermagazin erstellt jährlich in Bezug auf die (geschätzten) (Familien-)Vermögen für Deutschland eine Rangliste der „500 reichsten Deutschen“, so auch im Oktober 2014 für das Jahr 2014 (vgl. Managermagazin 2014). Das in diesem Ranking erreichte Spitzenvermögen beläuft sich auf etwa 31 Mrd. Euro. Die zweit- und dritthöchsten ausgewiesenen Vermögen betragen 18,3 bzw. 17,6 Mrd. Euro: die „Nr. 10“ auf dieser Liste der betreffenden Vermögenswerte erreicht immerhin noch einen Wert von 7,7 Mrd. Euro. Nach dieser Liste rangiert die reichste saarländische Familie auf Platz 77 mit einem ausgewiesenen Vermögen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro. Ansonsten findet sich unter den Top 100 nur noch eine weitere saarländische Familie (auf Platz 99 mit 1,3 Mrd. Euro).

Bach u. a. (2011) haben unter Verwendung entsprechender Managermagazin-Angaben den Versuch unternommen, Befragungsdaten um derartige Angaben zu erweitern. Konkret haben sie SOEP-2007-Daten (im Übrigen inklusive des – jedoch nur unzureichend erfassten – Betriebsvermögens) entsprechend erweitert.

Bereits in Darstellung 3.1 waren auf dieser Grundlage SOEP-bezogene Lorenzkurven für Deutschland ohne und mit Erweiterung um die Spitzenvermögen skizziert. Die erwartungsgemäß deutlich ungleichere Vermögensverteilung bei Berücksichtigung der Spitzenvermögen offenbart sich dort in einem Anstieg des Gini-Koeffizienten von 0,773 auf 0,810.

Nach diesen DIW-Berechnungen verfügen die vermögensschwachen 50 Prozent der Personen (ab 16 Jahren) in Privathaushalten in Deutschland im Jahr 2007 über kein nennenswertes Vermögen (zusammen unter 2 % des Gesamtvermögens).

Die obersten zehn Prozent haben, wie die folgende Darstellung 9.6 zeigt, nach traditioneller Messung (mit dem nach oben lückenhaften SOEP) einen Anteil von 60,1 Prozent. Mit einer Zahl in dieser Größenordnung wird die ungleiche Vermögensverteilung häufig charakterisiert. Sie unterschätzt die tatsächliche Ungleichheit aber erheblich. Bei um die imputierten Spitzenvermögen erweiterter Berechnung beträgt der Anteil des obersten Dezils in Deutschland nämlich 66,6 Prozent. Noch eklatanter wird die Ungleichverteilung, wenn nur das oberste Perzentil (Hundertstel) betrachtet wird. Das

Vermögen dieses reichsten einen Prozents der Personen macht dann bei erweiterter Betrachtung 35,3 Prozent der gesamten Nettovermögen bzw. 2,6 Billionen Euro aus (und nicht, wie bei traditioneller Berechnung, 23,3 % bzw. 1,4 Billionen Euro).

Davon verfügt allein das oberste Promille (das sind Personen mit Nettovermögen von mindestens gut 6 Mio. Euro) über ein gesamtes Vermögen von 1,7 Billionen. Das entspricht 22,5 Prozent des Gesamtvermögens (und nicht 8,6 Prozent bzw. 620 Mrd. Euro, wie die Berechnung ohne die imputierten Spitzenvermögen ergibt).

Darstellung 9.6: (Netto-)Vermögensverteilung (Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten) in Deutschland 2007

	SOEP			Erweitertes** SOEP		
	Perzentile	Insgesamt		Perzentile	Insgesamt	
	1.000 Euro	Mrd. Euro	%	1.000 Euro	Mrd. Euro	%
1.-5. Dezil	/	103	1,7	/	103	1,4
6.-9. Dezil	16	2.310	38,2	16	2.310	32,0
10. Dezil	210	3.633	60,1	210	4.813	66,6
Insgesamt	/	6.045	100,0	/	7.225	100,0
Oberste 7,5 %	256	3.227	53,4	256	4.408	61,0
Oberste 2,5 %	492	2.046	33,9	492	3.227	44,7
Oberste 1 %	772	1.409	23,3	772	2.590	35,8
Oberste 0,5 %	1.200	1.072	17,7	1.200	2.252	31,2
Oberste 0,1 %	4.079	520	8,6	6.080	1.627	22,5
Gini-Koeffizient	0,773			0,810		

* Nettovermögensverteilung Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten

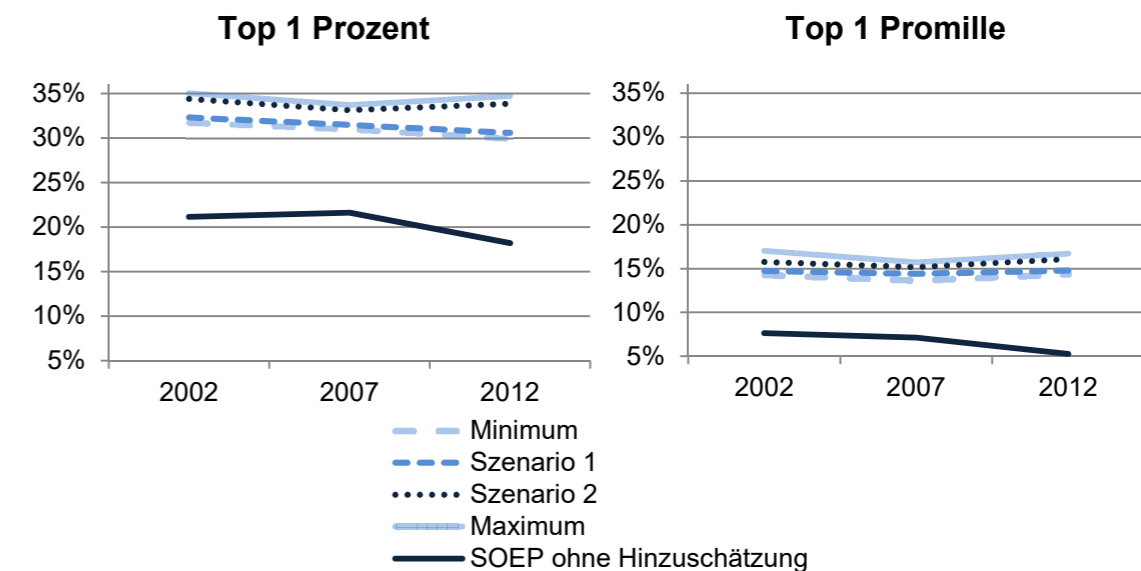
** Erweitert um imputierte Spitzenvermögen

Quelle: Bach u. a. 2011, S. 11

Eine neuere Publikation zur Thematik stammt von Westermeier und Grabka (2015). Diese beiden Autoren haben in Bezug auf die private Vermögensungleichheit in Deutschland zu den SOEP-Vermögensinformationen des Jahres 2012 Daten der Forbes-Liste des gleichen Jahres „hinzugespielt“. In der Forbes-Liste sind gut 50 Dollar-Milliardäre mit deutscher Staatsbürgerschaft erfasst: Nach 34 Einträgen im Jahr 2002 sind in der Forbes-Liste 2007 55, 2010 53 und 2012 wieder 55 Dollar-Milliardäre mit deutscher Staatsbürgerschaft verzeichnet. Insgesamt beläuft sich das Nettovermögen der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in der Forbes-Liste 2013 auf knapp 230 Mrd. Euro (nach knapp 190 Mrd. Euro im Jahr 2012). Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich dieses Vermögen der deutschen Dollar-Milliardäre im Übrigen trotz der Wirtschaftskrisen seither um etwa 30 Prozent erhöht (vgl. hierzu ebenda, S. 127).

Durch die Datenkombination von SOEP und Forbes-Liste erhöht sich das nachgewiesene Nettogesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland – je nach Schätzvariante – um ca. ein Drittel bis um etwa die Hälfte. Die Zahlen nähern sich damit auch den Werten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes an. Zudem verdreifacht sich der Anteil der reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung am gesamten Nettovermögen von ca. 5 auf rund 15 Prozent. Der Anteil des reichsten einen Prozents wächst von ca. einem Fünftel auf ungefähr ein Drittel, und der Anteil der reichsten zehn Prozent bewegt sich – je nach Schätzansatz – bei etwa zwei Dritteln beziehungsweise bei ca. drei Vierteln (vgl. ebenda, S. 131f). Darstellung 9.7 gibt aus der genannten Studie die Ergebnisbandbreite je nach verwendetem Schätzansatz für das oberste Prozent bzw. Promille der Personen in Privathaushalten (ohne Anstaltsbevölkerung) wieder.¹²³

Darstellung 9.7 Anteile des vermögensreichsten 1 Prozents und 1 Promilles der Personen in Privathaushalten am gesamten Nettogesamtvermögen in Deutschland 2002, 2007 und 2012 (in Prozent)



Quelle: Westermeier, Grabka 2015, S. 131 (Basis: SOEP und Forbes-Magazin)

¹²³ Bemerkenswert ist, dass Bach u. a. (2015a, S. 21ff) in einer neuen, international vergleichend angelegten Studie für Deutschland zu einem sehr ähnlichen Ergebnis kamen. In dieser Studie werden Zahlen aus den Listen von Forbes und dem Managermagazin zu den Daten des Europäischen Household Finance and Consumption Survey hinzugespielt. Laut dieser Studie liegt der Anteil des reichsten Prozents der Haushalte bei 33 Prozent und der des reichsten Promilles der Haushalte bei 17 Prozent.

Unbenommen der datenseitigen und methodischen Schwierigkeiten, die nur die Angabe von Ergebnisbandbreiten erlauben, kann festgestellt werden: Erstens ist die Vermögensverteilung in Deutschland noch erheblich ungleicher als es gemeinhin in Wissenschaft und Medien dargestellt wird (im Sinne von „10 % besitzen 60 % des gesamten Vermögens.“). Zweitens konzentriert sich ein erheblicher Anteil bei nur einem Prozent, ja nur einem Promille der Bevölkerung. Drittens holten die Superreichen im Schnitt eventuelle Verluste durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise (2007/2008-2010) danach bis zum Jahr 2012 relativ schnell wieder auf.

9.5 Erbschaften und Schenkungen

Unbenommen der extrem ungleichen Verteilung ist der enorme Gesamtbestand der Vermögen festzuhalten: Noch nie in der Geschichte Deutschlands standen so hohe Vermögensbestände zur Vererbung an. Damit verbindet sich beispielsweise die Hoffnung, dass sich nicht nur die Tendenz zu einer steigenden Altersarmut abmildert. Vielmehr wird auch die Hoffnung in einen boomenden Seniorenmarkt aufrechterhalten, da durch diese ererbten Mittel trotz gesenkter Renten gerade in der Phase des Altersübergangs¹²⁴ die Kaufkraft der Älteren deutlich höher würde (vgl. z. B. Deutsche Bank Research 2003, S. 4). Eine andere Hoffnung ist, dass dem Fiskus aus dem zu vererbenden Vermögen entsprechende Steueranteile zufließen (vgl. Schupp, Szydlík 2004, S. 65). Beide letztgenannten Hoffnungen könnten illusorisch sein: Die ungleiche Vermögensverteilung führt nämlich dazu, „... dass besonders solche Personen erben, denen es in ökonomischer Hinsicht ohnehin gut geht“ (Stein 2004, S. 123). Für die Älteren im Armutsrisiko sind ein relevantes Erbe oder vorher eine entsprechende, hohe Schenkung eher die Ausnahme. Für den Fiskus werden aufgrund der Ausnahmeregelungen bei relevanten Vermögen wohl auch künftig keine größeren zusätzlichen Einnahmen zu erwarten sein. Hierzu lieferte jüngst Bach (2015, S. 117) auf Basis von Sonderauswertungen der Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes einen wichtigen Befund: Im Jahr 2013 ist die effektive Steuerbelastung der steuerpflichtigen Erwerbe von 7,1 Prozent bei Erwerben im Wert (vor Abzügen) unter 5.000 Euro bis auf 14,5 Prozent bei Erwerben zwischen 100.000 und 200.000

Euro gestiegen. Mit weiter steigendem Wert der Erwerbe vor Abzügen nimmt die effektive Steuerbelastung jedoch wieder ab. Bei den Fällen im Wert von 20 Millionen Euro und mehr liegt die effektive Steuerbelastung nur noch bei 2,9 Prozent.

Die Steuerpolitik trägt auch im Bereich der Spitzenvermögen dazu bei, dass es für die „wirklich“ Reichen noch nie so einfach war, ihr Vermögen zu vermehren, wie das Managermagazin (2014a) konstatiert: „Satte Unternehmergewinne, steigende Immobilienwerte und robuste Aktienmärkte haben die Vermögen der Reichen steil nach oben gehoben. Weil zudem einige Milliardäre [...] spektakulär zugelegt haben, besitzen die 100 reichsten Deutschen zusammen Werte von 399,8 Milliarden Euro, 18,8 Prozent mehr als 2013.“ (ebenda, S. 9).

Für das Saarland sind differenzierte, verteilungsbezogene Ergebnisse in diesem Zusammenhang zuletzt von Baus (2004) publiziert worden. Sie bezogen sich auf die Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik aus dem Jahr 2002. Während in Deutschland 2002 mit ca. 3 Mrd. Euro weniger als ein Prozent des gesamten Steueraufkommens über die Erbschaft- und Schenkungssteuer aufgebracht wurden, waren dies im Saarland mit 27 Millionen Euro etwa 1,5 Prozent des saarländischen Steueraufkommens 2002.¹²⁵ Es zeigte sich des Weiteren, dass bei 84 Prozent der Erbschaften bzw. Schenkungen im Saarland der Wert der (steuerlich relevanten) Erbschaft bzw. der Schenkung unter 100.000 Euro lag. Weniger als 50 Empfänger (= ca. 2,4 %) wiesen eine (steuerlich relevante) Vermögensübertragung in Höhe von mehr als 500.000 Euro auf. Diese (steuerlich relevanten) Vermögensübertragungen machten aber über 40 Prozent des Gesamtbetrages des übertragenen Vermögens aus (vgl. ebenda, S. 18). An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass bei den genannten Werten für Erbschaften und Schenkungen die steuerlichen Freibeträge bereits abgezogen sind, so dass die tatsächliche Höhe des übertragenen Vermögens höher ist. Außerdem sind erneut die Bewertungsschwierigkeiten zu nennen, die verzerrte Vermögenswerte beim Haus-/Grundvermögen nach sich ziehen.

Aus neueren Daten zur Erbschaft- und Schenkungssteuer 2011 geht ferner hervor, dass das Saarland unter allen westdeutschen Bundesländern mit einer festgesetzten Steuer

¹²⁴ Aufgrund der steigenden (Rest-)Lebenserwartung steigt auch das Durchschnittsalter der Erben im Erbfall.

¹²⁵ Nach aktuellen Angaben entfielen im Übrigen 2014 auf die Erbschaftsteuer 0,77 Prozent der saarländischen Steuereinnahmen; vgl. Statistisches Amt Saarland 2015, S. 4.

von 15,4 Millionen Euro pro 100.000 Einwohnern das Schlusslicht bildete (vgl. hierzu Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014c, S. 114).

Für das Jahr 2013 ist das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer im Saarland noch geringer ausgefallen, so dass das Steueraufkommen je Einwohner nur noch bei 40 Euro lag (vgl. Kasten). Dabei ist im Saarland der Anteil steuerbefreiter Unternehmensvermögen viel niedriger als in den Vergleichsländern. Gleichzeitig ist der Anteil der festgesetzten Erbschaftsteuer am Wert der übertragenen Vermögen höher.

Erbschaften und Erbschaftssteuern 2013 im Bundesländervergleich						
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung berichtet auf Basis einer Sonderauswertung der Erbschafts- und Schenkungsteuerstatistik 2013 des Statistischen Bundesamtes von einem relativ höheren Anteil (9,9 %) der festgesetzten Steuer am Wert der übertragenen Vermögen im Saarland als in den Vergleichsländern bzw. als in Deutschland insgesamt.						
Tabelle H: Erbschaftssteuerpflichtige Erwerbe, Begünstigung von Unternehmensvermögen und festgesetzte Erbschaftsteuer im Bundesländervergleich 2013 (in Millionen Euro und in Prozent)						
	Wert der übertragenen Vermögen	darunter steuerfreie Unternehmensvermögen		festgesetzte Erbschaftsteuer		Steueraufkommen je Einwohner
	Mio. Euro	Mio. Euro	% von Spalte 1	Mio. Euro	% von Spalte 1	Euro
Saarland	404	48	11,9	40	9,9	40
Deutschland	71.692	34.083	47,5	4.717	6,6	84
Rheinland-Pfalz	3.536	1.645	46,5	282	8,0	71
Hessen	5.865	2.368	40,4	432	7,4	72
Nordrhein-Westfalen	19.173	10.397	54,2	1.147	6,0	65
Schleswig-Holstein	3.036	1.597	52,6	149	4,9	53

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Bach, Mudrack 2015, S. 542

Dies ist nicht erstaunlich, da im Saarland der Anteil der privilegierten Erwerbe steuerfreien Unternehmensvermögens am Gesamtwert der übertragenen Vermögen viel geringer ausfällt (11,9 %) als im Bundesdurchschnitt (47,5 %). Für 2012 weist das DIW trotz der insgesamt stark schwankenden Zahlen in diesem Bereich im Übrigen ähnliche Unterschiede aus.

Dennoch ist die festgelegte Steuer 2013 pro Einwohner mit 40 Euro im Saarland nicht einmal halb so hoch wie im gesamtdeutschen Durchschnitt (84 Euro). Der Grund ist wahrscheinlich die geringere Höhe der übertragenen Vermögen bei einer anderen Vermögensstruktur (im Sinne eines hohen Anteils von selbstgenutzten Immobilien im Saarland).

Darstellung 9.8 illustriert für Gesamtdeutschland die steuerpflichtigen Erwerbe nach ihrer Höhe auf Basis der Erbschafts- und Schenkungsteuerstatistik 2013. Wie ersichtlich, haben 7,1 Prozent aller steuerpflichtigen Erwerbe (also nach Abzug der Freibeträge) einen Wert von mehr als 500.000 Euro. Nur 0,5 Prozent aller steuerpflichtigen Erwerbe belaufen sich auf 5 Millionen Euro und mehr. Demgegenüber betragen mit 51,5 % mehr als die Hälfte aller steuerpflichtigen Erwerbe höchstens 50.000 Euro, und etwa vier Fünftel aller steuerpflichtigen Erwerbe (81,9 %) haben einen Wert von höchstens 200.000 Euro. Auch diese Zahlen zeigen die große Konzentration bezüglich des ererbten Vermögens in Deutschland auf.

Darstellung 9.8: Steuerpflichtige Erwerbe in Deutschland 2013

Von ... bis unter ... Euro	Anzahl (in Fällen)	Anteil (in %)	Kumulierter Anteil (in %)
Unter 5.000	12.483	9,5	9,5
5.000 – 10.000	10.808	8,2	17,7
10.000 – 50.000	44.545	33,8	51,5
50.000 – 100.000	22.227	16,9	68,4
100.000 – 200.000	17.779	13,5	81,9
200.000 – 300.000	7.814	5,9	87,9
300.000 – 500.000	6.584	5,0	92,9
500.000 – 2,5 Mio.	7.823	5,9	98,8
2,5 Mio. – 5 Mio.	918	0,7	99,5
5 Mio. und mehr	618	0,5	100,0
Summe	131.599	100,0	-

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014a, S. 13

Leitner (2015) kommt in einem Vergleich von acht Ländern der Eurozone zu dem Befund, dass in Deutschland (ähnlich auch noch in Österreich) vor allem ererbte Sach- und Finanzvermögen¹²⁶ die große Ungleichheit in der Vermögensverteilung statistisch erklären. Der Erklärungsbeitrag der unterschiedlich hohen Haushaltseinkommen – als Quelle der Vermögensakkumulation – ist weitaus geringer. Dies trägt zu Debatten über die Akzeptanz von Milliardenvermögen bei (vgl. Abschnitt 11.3). „Nach Österreich weist Deutschland die zweithöchste Vermögensungleichheit in der Eurozone auf ... Der größte Anteil dieser Vermögensungleichheit geht auf Erbschaften und Schenkungen zurück“ (Oxfam 2015, S. 1). Genereller stellt sich dabei die Frage, ob solche Spitzenvermögen selbst über mehrere Generationen hinweg nach den Regeln ehrbaren Kaufmannstums faktisch überhaupt akkumulierbar sind bzw. welche Rolle dabei wettbewerbsschädliche Verhaltensweisen, arisierte oder durch Zwangsarbeit entstandene

¹²⁶ Wichtig ist dabei auch, dass das Volumen der Erbschaften, gemessen z. B. als Anteil des Nationaleinkommens, seit Jahrzehnten deutlich steigt (vgl. Behringer u. a. 2014, S. 10).

Vermögen etc. spielen (vgl. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie 2015, S. 423, S. 425).

Angesichts der gezeigten großen Unterschiede in der Verteilung ererbten Vermögens (auch im Saarland) stellt sich die Frage, inwieweit diese abgemildert werden können. In diesem Zusammenhang wird – wie auch vom Bundesverfassungsgericht gefordert – eine stärkere Besteuerung von Erbschaften im Rahmen der deutschen Erbschaftsteuer diskutiert, gerade im Kontext der Umsetzung höchstrichterlicher Entscheidungen. Die Vorschläge gehen u. a. in Richtung einer Verminderung der Freigrenzen bei der Besteuerung, nicht zuletzt in Bezug auf die Vererbung von Betriebsvermögen. Hierdurch würden die Startchancen und damit letztlich auch die Leistungsgerechtigkeit sowie der Wettbewerbscharakter der bundesdeutschen Volkswirtschaft gestärkt. Zum Teil sind derartige Vorschläge mit einer Wiedereinführung der Vermögensteuer gekoppelt. Die Erträge aus einer derartigen Steuer (sowie erhöhte Erbschaftsteuererträge) würden auch zur Abmilderung des Gegensatzes zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut beitragen, wenn sie zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Bildung, Verkehrswesen usw.) genutzt würden. Zugleich würde der Tendenz zu „Parallelgesellschaften“ zwischen (sehr) Reichen und Nichtreichen (vgl. hierzu Hartmann 2014a) zumindest teilweise entgegengewirkt und solcherart das demokratische Gemeinwesen gestärkt.

Die Alternative zur Erhöhung der Staatseinnahmen via höherer Steuereinnahmen aus einer Umverteilungszielsetzung heraus besteht vor allem in einer Schuldenaufnahme seitens des Staates. Angesichts ohnehin schon hoher Staatsverschuldung ist diese Option aber nur bedingt zielführend. Hinzu kommt, dass die privaten Gläubiger einer staatlichen Schuldenaufnahme tendenziell die Reichen sind, was demnach kontraproduktiv zur Umverteilungszielsetzung wäre.

Mitunter wird darauf verwiesen, dass (sehr) reiche Personen durch das inzwischen auch in Deutschland – nicht zuletzt zur Steuervermeidung – verbreitete Stiftungswesen ihren (freiwilligen) Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisteten. Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass das Stiftungswesen den Stiftern weitgehend freie Hand lässt hinsichtlich der Verwendung der entsprechenden Gelder und insoweit nur sehr bedingt mit demokratischen Spielregeln vereinbar ist.

9.6 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde deutlich, dass das Saarland gegenüber den Vergleichsregionen des Berichts bei der Bezugnahme auf den Landesmedian ganz überwiegend niedrigere vermögensbezogene Reichtumsquoten aufweist. In soziodemografischer Untergliederung sind im Saarland die Unterschiede in den Reichtumsquoten zwischen Personen in Haushalten mit einem weiblichen und in Haushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand gering. Für das Merkmal Alter der Personen zeigt sich auch im Saarland eine Tendenz zu einem Anstieg der vermögensbezogenen Reichtumsquote mit zunehmendem Alter. In Bezug auf das Qualifikationsniveau ergibt sich für die Hochqualifizierten eine besonders hohe Reichtumsquote beim Vermögen.

Zwischen Vermögenden und Vermögensschwachen zeigen sich zum Teil deutliche Strukturunterschiede in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Ausgaben des Privaten Verbrauchs. Die betreffenden Unterschiede würden sich vermutlich bei Einbezug der Spitzenvermögen noch vertiefen.

Hinsichtlich dieser Spitzenvermögen liegen lediglich vereinzelte Informationen vor. Berücksichtigt man diese Informationen, erhöht sich die ohnehin schon große Vermögensungleichheit massiv.¹²⁷ Nicht unerheblich ist die große Vermögensungleichheit auch auf eine erhebliche Konzentration beim ererbten (bzw. geschenkten) Vermögen (speziell Betriebsvermögen) zurückzuführen.

¹²⁷ Da diese Fakten durchaus bekannt sind, bleibt es unerfindlich, warum weiterhin Zahlen wie die von den 60 Prozent oder gar nur 50 Prozent der Vermögen in der Hand des obersten Dezils kursieren, ohne wirkliche Hinweise auf die Aussagegrenzen der Daten (vgl. z B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2014, S. 384).

D) Zusammenfassung und Ausblick

Die beiden nachfolgenden Kapitel dieses Ersten Armuts- und Reichtumsberichtes für das Saarland

- geben einen zusammenfassenden Überblick über die zentralen Befunde des Berichts (Kapitel 10) – der auch gesondert veröffentlicht wird, auftragsgemäß in möglichst einfacher Sprache – und
- reflektieren die Ergebnisse vor dem Hintergrund ihrer Aussagegrenzen, wobei sie auf Handlungsfelder orientieren (Kapitel 11). Die Ausführungen dazu erfolgen im Kern entlang des „10-Punkte-Plans“ der Landesregierung (vgl. MSGFF 2013, S. 52ff), in dem auch die Erstellung des vorliegenden Berichts beschlossen worden war. Ein interdisziplinärer Ausblick auf das Thema der gesellschaftlichen Spaltung schließt den Bericht ab.

10. Zusammenfassung

Der vorliegende Erste Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland verfolgt einen mehrdimensionalen Ansatz. Im Zentrum steht die quantitative Untersuchung von Armuts- und Reichtumsquoten bzw. allgemeiner der Einkommens- und Vermögensverteilung. Analysiert wird die Entwicklung über die Zeit hinweg, in der Differenzierung nach sozialen Gruppen und – soweit möglich – auch nach Landkreisen. Dabei wurden die saarländischen Daten mit den (west-)deutschen Verhältnissen und vor allem vier anderen Bundesländern verglichen (Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein). Bei der Differenzierung nach sozialen Gruppen wurde eine Schwerpunktsetzung einerseits auf die Armut von Kindern/Jugendlichen (bzw. Familien) und andererseits auf die Altersarmut vorgenommen. Neben Armutsrisikoquoten (relative Armut) wird die Armut auch anhand der staatlichen Grundsicherungsleistungen und des Themas Überschuldung in eigenen Berichtsabschnitten untersucht.

Wie bei den Armutsbetrachtungen wird auch bei der Analyse von Reichtum – bezogen auf das Einkommen und das Vermögen – auf die Anschlussfähigkeit der Befunde an die nationalen bzw. EU-weiten Standards der Sozialberichterstattung geachtet: Im Zentrum steht die Analyse von Reichtumsquoten, wobei auch diese um andere Daten und Indikatoren ergänzt wird.

Der Bericht beschränkt sich, speziell bezogen auf die schwerpunktmäßig untersuchten Gruppen (Junge und Ältere), nicht auf die Analyse von Einkommen und Vermögen als monetären Größen (d. h.: auf den sogenannten Ressourcenansatz). Vielmehr wird im Sinne der Untersuchung von Lebenslagen auch auf andere Dimensionen und Lebensbereiche eingegangen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen oder die subjektive Sicht von Betroffenen. Dadurch rücken auch die meist wechselseitigen Zusammenhänge zwischen z. B. Armut und Bildung in das Blickfeld. Es wird diskutiert, welche Teilhabechancen schwächere soziale Gruppen haben und wie sie diese realisieren.

Dadurch werden Handlungsfelder für politische Maßnahmen auf allen föderalen Ebenen aufgezeigt, um verstärkt Armut zu bekämpfen bzw. – besser – vorsorgend zu verhindern. Das gilt vor dem Hintergrund der Tendenzen zu einer zunehmend ungleicher werdenden Einkommens- und vor allem Vermögensverteilung in Deutschland, aber auch im Saarland. Diese Polarisierungstendenzen erweisen sich immer mehr als wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen abträglich und stoßen zunehmend auf Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung.

In dieser Zusammenfassung wird nicht mehr auf das Kapitel „Rahmenbedingungen“, auf Methodenfragen und Definitionen etc. eingegangen. Weitgehend wird auch auf eine Wiederholung von Aussagen zur – schlechten, teils ärgerlich ungenügenden – Datenlage verzichtet. Dazu sei auf die entsprechenden Kapitel und Abschnitte im Bericht verwiesen.

10.1 Funktionale Einkommensverteilung, Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen

Analysen zur Einkommensarmut (spiegelbildlich zum Einkommensreichtum) erfolgen normalerweise auf der Basis von – nach Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder bedarfsgewichteten – Nettoeinkommen, das sind die sogenannten Nettoäquivalenzeinkommen. Netto bedeutet hier: Nach Abzug der direkten Steuern sowie der Sozialversicherungsbeiträge und unter Einbeziehung von Renten und anderer Transferleistungen, die ein Privathaushalt erhält (z. B. Kindergeld, Wohngeld).

Der vorliegende Bericht verfährt genauso, setzt aber zusätzlich bereits auf einer Vorstufe an, weil dadurch einige Strukturen und Ursachen der Ungleichheit von Einkommen verständlicher werden. Betrachtet wird zunächst die funktionale Verteilung. Das ist die (gesamtwirtschaftliche) Verteilung des in einer Volkswirtschaft Erwirtschafteten auf die Einkommen aus Arbeit und auf die Einkommen aus dem Faktor Kapital. Danach werden die (einzelwirtschaftlichen) Markteinkommen betrachtet, also die Einkommen von Personen und Haushalten, wie sie am Markt erzielt werden (d. h.: vor den Korrekturen durch die staatlichen Umverteilungspolitik; die sogenannten Primäreinkommen). Erst danach wenden wir uns der Verteilung der Nettoeinkommen bzw. Äquivalenzeinkommen zu (sogenannte Sekundärverteilung).

Die (unbereinigte) Lohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen – ist in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten zunächst bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 geradezu verfallen und danach kurzfristig ebenso stark wieder gestiegen. Seit 2009 geht die Lohnquote trotz der nach langen Jahren wieder langsam (auch real, d. h. inflationsbereinigt) steigenden Löhne in der Tendenz zurück. Die Lohnquote im Saarland ist dabei traditionell deutlich höher als im (west-)deutschen Durchschnitt, allerdings ist der Abstand mit der Zeit geringer geworden.

Man kann zwar nicht unmittelbar von der funktionalen Verteilung der Einkommen auf die (sogenannte personale) Einkommensverteilung auf Haushalts- oder Personenebene folgern. Dennoch ist es mehr als plausibel, dass die gesunkene Lohnquote wesentlich zu einer ungleicher gewordenen personalen Einkommensverteilung geführt hat. Ursache ist vor allem die sehr ungleiche Verteilung der Kapitaleinkommen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte zeigt der Bericht einige Besonderheiten des Saarlands im Vergleich zu (West-)Deutschland, unter anderem:

- Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Erwerbstätigem sind im Saarland seit 1991 langsamer gestiegen als in Deutschland insgesamt. Seit Mitte der 1990er-Jahre liegen die Beträge unter dem deutschen Durchschnitt.
- Auch gemessen an den Bruttolöhnen und -gehältern weisen verschiedene Statistiken niedrigere Werte für das Saarland aus als in den vier Vergleichsbundesländern des Berichts.
- Die Lohnstruktur ist im Saarland gestauchter als in den Vergleichsregionen: So sind die Bruttostundenverdienste von Un- und Angelernten im Saarland höher,

diejenigen in den oberen Leistungsgruppen dagegen geringer als in den meisten Vergleichsregionen. Auffällig ist auch der starke Anstieg der Bruttostundenverdienste der Angelernten zwischen 2007 und 2014 (im Saarland plus 20 % versus 15 % im Durchschnitt aller Leistungsgruppen; in Westdeutschland 10 % versus 15 %). Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen liegen 2014 im Saarland wie in Westdeutschland bei 82 Prozent derjenigen in der Gruppe der Männer.

- Die mittleren (Median¹²⁸) beitragspflichtigen Bruttomonatsverdienste 2013 liegen im Saarland über dem gesamt-, aber leicht unter dem westdeutschen Wert. Im Saarland haben die Bruttoarbeitsentgelte vollzeitbeschäftigter Ausländer 2013 den höchsten Medianwert von allen Vergleichsländern. Gleiches gilt für die 15- bis unter 25-Jährigen. Bei den 50- bis unter 65-Jährigen haben Hessen und Nordrhein-Westfalen höhere Werte. Das Saarland rangiert aber über dem west- und gesamtdeutschen Durchschnitt.

Die geringsten Medianwerte bei den Bruttomonatsverdiensten verzeichnen unter den saarländischen Kreisen St. Wendel und Merzig-Wadern (2.867 bzw. 2.776 Euro) und den höchsten Medianwert der Saarpfalz-Kreis (3.235 Euro; Das bedeutet: 50 Prozent der Bruttomonatsverdienste Vollzeitbeschäftigter liegen unterhalb der jeweiligen Beträge.)

Im Saarland sind nicht nur die durchschnittlichen Erwerbseinkommen, sondern auch die durchschnittlichen Kapital- und Transfereinkommen geringer als im westdeutschen Durchschnitt. Und: Sie sind etwas weniger ungleich verteilt. Diese Besonderheit verschwindet aber anscheinend allmählich.

¹²⁸ Der Medianwert teilt eine Verteilung genau in der Mitte. 50 Prozent der Bruttomonatsverdienste liegen im oben stehenden Beispiel unterhalb des Medians, die andere Hälfte liegt darüber.

10.2 Sekundärverteilung der Einkommen und Vermögensverteilung

Die Sekundärverteilung, also die Verteilung der (Netto-)Einkommen nach Wirksamwerden staatlicher Umverteilungsmaßnahmen, ist im Saarland ebenso wie die Primärverteilung etwas weniger ungleich als in Westdeutschland. Die einkommensschwache Hälfte der Personen im Saarland verfügt über 32 Prozent der gesamten Haushaltsnettoeinkommen. In Westdeutschland sind es 30 Prozent. Zu beachten ist, dass das deutsche Transfersystem (Steuern und positive – monetäre – Transfers) die Einkommensungleichheit merklich reduziert. Das gilt trotz einer Reihe von Steuerreformen in der Vergangenheit, die Einkommensstarke (bzw. Kapitaleinkommensbezieher) deutlich entlastet haben.

Hinsichtlich der Vermögensverteilung zeigen Berechnungen mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 2008 und 2013 für 2013 eine etwas weniger ungleiche Verteilung im Saarland als in Westdeutschland. 2008 war das noch leicht umgekehrt. Allerdings bezieht sich diese Aussage nur auf die in der EVS nachgewiesenen Vermögen. Sehr hohe Vermögen bzw. ein Großteil der extrem ungleich verteilten Betriebsvermögen sind dabei nicht erfasst.

Unter Beachtung dieser Einschränkung und ohne Berücksichtigung der negativen Vermögen (Schulden im Saldo) zeigt sich: Im Saarland verfügte in der EVS 2013 die vermögensschwächere Hälfte der Bevölkerung – wie im Übrigen auch in Westdeutschland – über einen Anteil von gerade einmal 6 Prozent der gesamten Geld- und Immobilienvermögen.

10.3 Armutsgefährdung

Als Armutsgefährdete (Personen im Armutsrisiko) gelten in diesem Bericht entsprechend der amtlichen Definition Personen mit einem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Wertes (Median) in der jeweiligen Region (regionaler bzw. Landesmedian). Diese Armutsgefährdungsschwelle lag 2013 im Saarland für einen Einpersonenhaushalt bei 869 Euro (Deutschland: 892 Euro; Westdeutschland: 923 Euro) und damit unterhalb der Beträge in den in diesem Bericht gewählten Vergleichsländern.

Die Armutsrisikoquote in der Gesamtbevölkerung liegt im Jahr 2013 im Saarland – gemessen am Landesmedian¹²⁹ – bei 15,9 Prozent (Männer: 14,9 %; Frauen: 16,8 %). Für Westdeutschland sind es 14,4 und für Gesamtdeutschland 15,5 Prozent. Von den vier im Bericht verwendeten Vergleichsländern liegen Hessen und Nordrhein-Westfalen (15,9 bzw. 16,0 %) gleichauf, in Rheinland-Pfalz ist die Armutsrisikoquote mit 16,7 Prozent höher und in Schleswig-Holstein (15,6 %) etwas geringer. Gegenüber 2005 (13,6 %), speziell aber im Vergleich zum Vorjahr 2012 (14,6 %) ist die Armutsrisikoquote im Saarland gestiegen – stärker bei den Frauen als bei den Männern.

Hohe Armutsrisikoquoten ergeben sich im Saarland besonders für

- Erwerbslose (im Saarland 2013: 56,1 %; im Vergleich zu 2005 steigende Tendenz),
- Alleinerziehende (39,0 %; steigende Tendenz),
- Ausländer (36,5 %; steigende Tendenz) bzw. Personen mit Migrationshintergrund (29,5 %; steigende Tendenz),
- Einpersonenhaushalte (26,5 %; eher gleichbleibende Quote),
- Kinder unter 18 Jahren (18,5 %; leicht steigende Tendenz),
- Jugendliche bzw. junge Erwachsene (25,7 %; eher gleichbleibende Quote).

¹²⁹ Wegen der niedrigeren Einkommen im Saarland liegt der Bundesmedian höher. Die alternativ am Bundesmedian gemessenen Armutsrisikoquoten fallen entsprechend höher aus. Im Bericht sind diese alternativen Werte an vielen Stellen als Zusatzinformationen ausgewiesen.

Armutsrisikoquoten 2014

Aus den erst nach Redaktionsschluss dieses Berichtes veröffentlichten Mikrozensus-Auswertungen der statistischen Ämter sollen hier folgende Ergebnisse im Vergleich der Jahre 2013 und 2014 wiedergegeben werden:

- Die Armutsrisikoquote ist im Saarland von 15,9 auf 16,1 Prozent gestiegen und in Westdeutschland von 15,9 auf 16,0 Prozent.
- Zuwächse von 1,5 Prozentpunkten und mehr gab es im Saarland bei
 - = Unter 18-Jährigen (von 18,5 auf 20,0 %)
 - = Erwerbslosen (von 56,1 auf 58,6 %)
 - = Personen in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher (von 40,0 auf 43,0 %)
 - = Geringqualifizierten Personen ab 25-Jahre (von 32,0 auf 33,5 %)
- Abnahmen von 1,5 Prozent und mehr gab es bei
 - = 18- bis unter 25-Jährigen (von 25,7 auf 21,8 Prozent).

Der Bericht setzt auftragsgemäß seine Schwerpunkte auf die Untersuchung der Armut von erstens Kindern/Jugendlichen/jungen Erwachsenen bzw. Familien sowie zweitens von Älteren. Bei Letzteren ist die Armutsrisikoquote im Saarland 2013 mit 17,2 Prozent zwar nur leicht höher als diejenige der Gesamtbevölkerung. Der Anstieg der Altersarmut ist aber besonders stark (2005: 11,0 %).

10.3.1 Schwerpunkt: Armut und Lebenslagen von jungen Menschen und Familien

Die Armutsrisikoquote von Kindern unter 18 Jahren ist im Saarland in den Jahren 2005 bis 2013 von 16,7 auf 18,5 Prozent gestiegen. Sie ist dabei jeweils um ca. drei Prozentpunkte höher als diejenige in der Gesamtbevölkerung. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen ist in diesem Zeitraum kein wesentlicher Anstieg der Armutsrisikoquote festzustellen (von 25,3 auf 25,7 Prozent). Der Wert 2005 lag aber um rund 12 und derjenige 2013 um rund 10 Prozentpunkte über demjenigen für die Gesamtbevölkerung.

Damit liegt die Armutsrisikoquote der unter 18-Jährigen im Saarland 2013 trotz des Anstiegs leicht unter dem west- und gesamtdeutschen Wert und auch unter den Quoten in den Vergleichsländern. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen wird der gesamtdeutsche Wert 2013 leicht, die westdeutsche Quote etwas deutlicher überschritten.

Ergebnisse aus anderen Datenquellen (vor allem dem SOEP) zeigen in anderen Altersdifferenzierungen für Deutschland, dass unter 10-Jährige Armutsrisikoquoten aufweisen, die eher bei denjenigen der Gesamtbevölkerung liegen und weitgehend stagnieren. Allerdings gilt das nicht für die bis 3-Jährigen, die eine höhere Armutsrisikoquote haben. Bei den 11- bis 20-Jährigen und den 21- bis 30-Jährigen wachsen die Quoten seit 1990 stark und liegen erheblich höher als der Gesamtdurchschnitt. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist außerdem festzustellen, dass der Anteil der langfristig, über Jahre hinweg, Armen in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen hat. Auch hat die Intensität des Armutsrisikos bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen zugenommen.

Bei der Suche nach den Ursachen von Armut bei jungen Menschen untersucht der Bericht zunächst die Entwicklung der relativen Armut in verschiedenen sozialen Gruppen. Differenziert nach Haushaltstypen weisen Personen in Alleinerziehendenhaushalten ein besonders hohes Armutsrisiko auf (2013 im Saarland: 39,0 %). Das ist sicher ein hoher, jedoch unter den Vergleichsbundesländern der niedrigste Wert und deutlich weniger als in Westdeutschland (44,6 %). In Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern sind ebenfalls hohe, aber nicht so extrem hohe Armutsrisikoquoten wie für die Personen in Alleinerziehendenhaushalten zu beobachten (Beide Werte beruhen aber im Saarland auf relativ kleinen Fallzahlen).

Kinder aus Ausländerhaushalten und – schwächer – aus Haushalten mit einem Haupteinkommensbezieher (Haushaltsvorstand) mit Migrationshintergrund zeigen ebenfalls sehr hohe Armutsrisikoquoten.

Weiterhin trägt es zu einem erheblichen Teil zum Armutsrisiko (nicht nur) junger Menschen bei, wenn die Erwerbsintegration des Haushalts gering ist: Die Armutsrisikoquote unter 18-Jähriger liegt bei 22,6 Prozent, wenn im Haushalt nur eine oder weniger Personen vollzeitbeschäftigt sind. Dies hängt wiederum sehr stark mit dem Qualifikationsniveau der Eltern zusammen. In Haushalten mit einem nur geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher (ohne Berufsausbildung) liegt die Armutsrisikoquote im Saarland 2013 bei 40,0 Prozent. Das ist zwar einerseits etwas weniger als im westdeutschen Durchschnitt (41,0 %), aber andererseits ein Wert, der gegenüber dem Jahr 2005 (28,4 %) erheblich gestiegen ist.

Das Zusammenspiel solcher Risikofaktoren erklärt sicherlich einen großen Teil der erhöhten Armutsrisikoquoten junger Menschen. Zwei spezielle Aspekte wurden darüber hinaus im vorliegenden Bericht in diesem Zusammenhang vertieft:

- Hinsichtlich der Alleinerziehendenhaushalte mit Kindern (unter 15 Jahre) wird auf den wesentlich längeren SGB-II-Bezug als in anderen Haushaltstypen verwiesen. Dabei zeigen vorliegende Studien, dass eine verstärkte Erwerbsintegration von Alleinerziehenden wichtig, aber oft nicht ausreichend ist, um das Armutsrisiko von diesen meist weiblichen Personen und ihren Kindern zu überwinden. Eine stärkere finanzielle Unterstützung bei den Kinderkosten wäre ebenso wichtig wie Verbesserungen bei den Unterhaltsvorschussleistungen (Ausweiten der Befristung des Leistungsbezuges und der Altersbegrenzungen). Eine für den Bericht erstellte Sensitivitätsanalyse zeigt, dass so das sehr hohe Armutsrisiko (etwas) reduziert werden könnte.
- Zum Problem eines mit der Qualifikation (der Person, aber auch der haupteinkommensbeziehenden Person in den Haushalten) zusammenhängenden Armutsrisikos zeigt der Bericht zunächst, dass sich die diesbezüglichen Rahmenbedingungen in allen Bundesländern, auch im Saarland, deutlich gebessert haben: Der Anteil der Geringqualifizierten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat in der Vergangenheit deutlich abgenommen. Gleiches gilt für den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss ist dagegen gestiegen.

Eine geringe Qualifikation der Eltern geht mit deren geringeren Arbeitsmarktchancen einher und erhöht so mittelbar auch das Armutsrisiko ihrer Kinder. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind zwei entscheidende Zusammenhänge zu beobachten: Durch die hohe soziale Selektivität im deutschen Bildungssystem gibt es immer noch einen Mechanismus der „sozialen Vererbung“ geringer Qualifikation. Verlassen diese jungen Menschen den elterlichen Haushalt, so führt ihre eigene geringe Qualifikation unmittelbar zu höherer relativer Armut. Verbleiben sie noch im elterlichen Haushalt, so besteht der oben genannte mittelbare Zusammenhang eventuell fort (z. B. während einer Ausbildung und der anschließenden oft schwierigen Phase der Integration in die Erwerbstätigkeit).

Der Bericht liefert eine Reihe von Belegen für diese Probleme. Von den Rahmenbedingungen her gilt z. B. für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, dass auch im Saarland

eher Ausbildungs- und Arbeitsplätze fehlen als Ausbildungsplatzbewerber und Arbeitskräfte. In der Folge bleiben (zu) viele junge Menschen unversorgt oder werden in das „Übergangssystem“ abgedrängt. Die Ausbildungsvergütungen sind seit 2005 außerdem nur bescheiden gestiegen. Nicht wenige junge Menschen sind trotz Ausbildungsabschluss – ja selbst mit erfolgreichem Hochschulabschluss – von holprigen Berufseinstiegen betroffen und arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich. Der Bericht bringt die vielfältigen präsentierten empirischen Befunde zu diesem Thema auf die Formel: „Mehr Bildung ist wichtig, aber sie ist kein Allheilmittel gegen Armut.“.

Geringe Qualifikation ist aber nicht nur als eine Ursache von – aktueller wie künftiger – Einkommensarmut anzusehen. Im Sinne der erwähnten sozialen Selektivität des deutschen Bildungssystems ist sie gleichzeitig auch eine Folge von Einkommensarmut. Damit schließt sich der „Teufelskreis“ von Bildungsarmut und Armut. Das beginnt bereits bei der Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege der unter 3-Jährigen. Bei Kindern aus bildungsarmen Elternhäusern liegt die Inanspruchnahmequote im Saarland 2012 bei 13,8 Prozent. Der Gesamtdurchschnitt liegt dagegen bei 22,1 Prozent. Hat mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss, so sind es 29,4 Prozent. Im Saarland ist die soziale Streuung dieser Anteile etwas ausgeprägter als im westdeutschen Durchschnitt. Dieser soziale Gradient der Bildungsbeteiligung setzt sich bis hin zum Studium fort.

Armut von Kindern und Jugendlichen wirkt sich aber noch in vielen weiteren Lebensbereichen aus. Der Bericht präsentiert eine Reihe von empirischen Befunden für einen starken Einfluss von geringem Einkommen bzw. geringem Bildungsstand (und verstärkend weiteren Einflussfaktoren wie z. B. dem Ausländerstatus bzw. Migrationshintergrund) auf die Gesundheit oder das Freizeitverhalten.

Insofern ist der Befund einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur auf die Dimension Einkommen (und die Erwerbsarbeit) beschränkt, sondern bezieht sich auf die gesamten Lebenslagen.

10.3.2 Schwerpunkt: Armut und Lebenslagen älterer Menschen

In Bezug auf das Thema Altersarmut wird die öffentliche und politische Debatte besonders kontrovers entlang zweier methodisch unterschiedlicher Messkonzepte von Armut geführt. Auf der einen Seite leugnen Diskutanten das Vorhandensein von Altersarmut in größerem Ausmaß unter Verweis auf die Statistik zum Bezug von Grundsicherungsleistungen: Trotz eines stetigen Anstiegs beziehen gegenwärtig in Deutschland „nur“ 3 Prozent der ab 65-Jährigen Leistungen zur Grundsicherung im Alter. Im Saarland sind es 3,5 Prozent.

Dem steht das Ergebnis aus der relativen Armutsmessung gegenüber: 2013 beläuft sich die Armutsrisikoquote der ab 65-Jährigen in Deutschland auf 14,3 Prozent (Westdeutschland: 16,9 %) und im Saarland auf 17,2 Prozent. Damit liegt die Armutsrisikoquote der Älteren nach einem starken Anstieg in den vergangenen rund zehn Jahren sogar über dem Wert für die Gesamtbevölkerung. Für 2014 ist ein nochmaliger deutlicher Anstieg auf 18,3 Prozent zu verzeichnen.

Die wichtigsten Gründe für diesen Unterschied sind vor allem erstens darin zu sehen, dass die relative Armutsmessung zu etwas höheren Armutsrisikoschwellen führt als die Grundsicherungsschwelle. Zweitens wurden zwar mit der Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Bezugsvoraussetzungen im Vergleich zur früheren Sozialhilfe erleichtert, so z. B. durch eine aktivere Informationspolitik, weit weniger scharfe Rückgriffe auf das Vermögen und die Einkommen der Kinder. Dennoch besteht weiterhin eine sehr große Dunkelziffer der Nichtinanspruchnahme trotz Leistungsberechtigung, z. B. aus Scham oder wegen weiter bestehender Informationsdefizite. Drittens ist der Vergleich bei Nichtberücksichtigung z. B. des Wohngeldes in der Form, wie er öffentlich debattiert wird, unzureichend.

Grundsätzlich ist gerade beim Thema Altersarmut zu beachten, dass die relative Armutsmessung – wie sie auch in diesem Bericht im Vordergrund steht – einer national und international vereinbarten Konvention folgt.

Das Armutsrisiko der ab 65-Jährigen ist dabei im Saarland (und in allen Vergleichsregionen) in den Jahren 2005 bis 2013 deutlich gestiegen (im Saarland von 11,0 auf 17,2 %). Der Anstieg im Saarland war besonders kräftig und stellt den zweithöchsten Zuwachs unter den Vergleichsländern nach Rheinland-Pfalz dar. Männer ab 65 Jahren

verzeichnen im Saarland eine Quote von 13,8 Prozent, Frauen von 19,8 Prozent. Altersarmut gibt es unter Pensionären kaum; sie betrifft eher ehemalige (Solo-)Selbstständige und vor allem Rentner(innen). Die Hypothese liegt nahe, dass dies auch an den faktischen Kürzungen durch die verschiedenen Rentenreformen liegt.

Man darf allerdings nicht von niedrigen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung unmittelbar auf Altersarmut schließen. Auch bei der relativen Armutsmessung sind alle Einkommensarten aller Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen! So sind viele Bezieher von ganz besonders niedrigen Renten solche Personen, die nur relativ kurz in die Rentenversicherung einbezahlt haben. Wurden sie danach z. B. verbeamtet oder haben sie sich selbstständig gemacht, so beziehen sie oft einen wesentlich höheren Anteil ihrer Alterseinkommen aus anderen Sicherungssystemen oder Quellen.

Dennoch ist auch zu beachten, dass viele Rentner(innen) im Bereich niedriger bis mittlerer Rentenzahlbeträge neben ihrer gesetzlichen Rente keine oder nur unerhebliche anderweitige Einkommen (z. B. Kapitaleinkommen) im Alter beziehen. Darum und weil die gesetzlichen Renten die bei weitem wichtigste Quelle von Alterseinkommen sind, widmet sich der vorliegende Bericht relativ ausführlich der Entwicklung und Verteilung der gesetzlichen Renten.

Die durchschnittlichen monatlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten¹³⁰ wegen Alters (ohne Auslandsrenten) liegen 2013 im Saarland bei 708 und in Westdeutschland bei 758 Euro (Männer: 999 versus 986 Euro; Frauen: 442 versus 525 Euro). Der durchschnittliche Zahlbetrag der Bestandsrenten wegen Alters beträgt 2013 im Saarland 772 Euro und in Westdeutschland 773 Euro (dabei Männer: 1.155 versus 1.096 Euro; Frauen: 432 versus 524 Euro).

Für die Jahre 2000 bis 2013 liegen die Zugangsrenten im Saarland durchgängig und deutlich unter den Zahlbeträgen in Westdeutschland. Von 2000 bis 2005 sind dabei aufgrund der Rentenreformen deutliche Rückgänge bei den durchschnittlichen Zahlbeträgen zu verzeichnen. Aktuell liegen die Beträge jeweils etwas höher als im Jahr 2000. Allerdings sind dies nominale Werte – durch die Preisniveausteigerungen ist die reale Kaufkraft der Zugangsrenten seit 2000 um gut ein Fünftel gesunken. Gleiches

¹³⁰ Zu unterscheiden ist zwischen Neurenten (sogenannten Zugangsrenten), die im betreffenden Jahr erstmals gezahlt wurden, und den Bestandsrenten, die mindestens schon im Vorjahr gezahlt wurden.

gilt bei den Bestandsrenten. Bei diesen ist der durchschnittliche Zahlbetrag im Saarland seit 2006 geringer als der gesamtdeutsche und 2013 sogar geringer als der westdeutsche Wert. Noch stärker haben sich die Rentenreformen der vergangenen beiden Jahrzehnte bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ausgewirkt. Hier haben sich sogar die nominalen Zahlbeträge bis vor kurzem sehr stark negativ entwickelt. Im Saarland liegen schließlich die durchschnittlichen Witwenrenten 2013 mit 677 Euro höher als im westdeutschen Durchschnitt (627 Euro). Die Witwerrenten sind dagegen niedriger (214 versus 259 Euro).

Betrachtet man nicht nur die einzelnen Versichertenrenten, sondern die gesamten Rentenzahlungen an die Personen (also inklusive der Hinterbliebenenrenten (Witwen- und Witwerrenten)), so lagen die Zahlbeträge dieses sogenannten Rentenzahlbestandes 2003 im Saarland und in Westdeutschland bei jeweils 857 Euro. Bis zum Jahr 2013 sind sie im Saarland – nominal – auf durchschnittlich 869 Euro gestiegen und in Deutschland auf 901 Euro.

In der regionalen Differenzierung finden sich die niedrigsten durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenzugang im Kreis Merzig-Wadern. Im Rentenbestand sind es die Kreise Merzig-Wadern und St. Wendel. Diese beiden Kreise fallen auch bei den Mehrfachrentnern im Rentenzahlbestand durch besonders niedrige durchschnittliche Zahlbeträge auf. Allerdings sind die Steigerungen der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge zwischen 2003 und 2013 in beiden Kreisen tendenziell höher als im Landesdurchschnitt, so dass sich die diesbezüglichen regionalen Unterschiede mit der Zeit etwas abschwächen.

Am Beispiel der Schichtung der Rentenzahlbeträge im Bestand der Versichertenrenten wegen Alters ist die Streuung – vor allem bei den Männern – im Saarland noch größer als in Westdeutschland und Deutschland insgesamt. Insbesondere ist im Saarland der Anteil von hohen Altersrenten bei Männern größer als in (West-)Deutschland. Dabei ist zu beachten, dass die Streuung der Rentenzahlbeträge bundesweit und bei beiden Geschlechtern zunimmt (in Folge der Polarisierung in der Lohnentwicklung, der Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen, von Phasen der Arbeitslosigkeit in den Erwerbsbiografien usw.).

Im vorliegenden Bericht wird auch untersucht, ob Besonderheiten der saarländischen Wirtschaft spezifische künftige Entwicklungen bei den Rentenzahlbeträgen erwarten lassen: Trotz der starken Pendlerverflechtungen des Saarlands ist das in Bezug auf die Vertragsrenten¹³¹ nicht zu erwarten. Anders sieht es beim Knappschaftsbezug der gesetzlichen Renten aus. Die relativ hohen Renten an Männer im Saarland haben vor allem mit den Knappschaftsrenten zu tun. Wenn diese – zuerst bei den Versichertenrenten, verzögert auch bei den Hinterbliebenenrenten – weiter langsam auslaufen, so werden die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge geringer werden (bzw. weniger stark steigen). Das wird auch Auswirkungen auf die Altersarmut im Saarland haben.

Ob anderweitige Alterseinkommen die Absenkungen des Ersatzniveaus der gesetzlichen Renten kompensieren werden, ist fraglich. Das gilt insbesondere deshalb, da im Bereich kleiner bis mittlerer Rentenzahlbeträge (aber nicht der ganz geringen!) anderweitige Einkommen eine eher geringe Bedeutung haben. Die sehr lückenhaften und unsicheren Zahlen zu den aus der betrieblichen und vor allem privaten Altersvorsorge zu erwartenden Renten geben wenig Anlass zu Hoffnungen. (Die betriebliche Altersversorgung spielt insbesondere bei Gruppen mit mittleren bis höheren Einkommen bzw. Renten eine größere Rolle. Die – besonders unsicheren, da kapitalmarktabhängigen – privaten Altersvorsorgeansprüche sind im unteren bis mittleren Einkommensbereich eher gering, soweit überhaupt z. B. „geriestert“ wird).

Auch bezüglich des im Saarland deutlich verbreiteteren Immobilienbesitzes sind nur geringe Effekte auf die Entwicklung der Altersarmut zu erwarten. Zwar ist der Anteil der Personen in Haushalten, die gleichzeitig einkommensarmutsgefährdet und vermögensarm sind, laut EVS 2008 im Saarland mit 10,9 Prozent etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt (11,7 %). Der Anteil der einkommens-, aber nicht vermögensarmutsgefährdeten ist mit 1,7 versus 4,2 Prozent ebenfalls geringer. Eine Modellrechnung zeigt, dass die Armutrisikoquote bei ab 65-Jährigen unter Einbeziehung des fiktiven Mietwerts der selbstgenutzten Immobilien sogar etwas höher ist als ohne diesen Mietwert. Dieser Befund hat seine Ursache darin, dass der Immobilienbesitz (auch) im Saarland ungleicher verteilt ist als die Alterseinkommen.

¹³¹ Vertragsrenten sind, „grenzüberschreitende“ Renten, bei denen EU-Vorschriften oder bilaterale Sozialversicherungsabkommen zur Anwendung kommen.

Bei ab 65-Jährigen ist die Beschäftigungsquote in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Im Saarland zwischen 2010 und 2014 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 50,2 Prozent und bei den vielen ausschließlich geringfügig Beschäftigten um 18,1 Prozent. Vorliegende Studien weisen auf eine Vielfalt an Gründen/Motiven hin – von der finanziellen Notwendigkeit bis zur freiwilligen Weiterarbeit. Dennoch zeigt sich, dass Erwerbseinkommen im Alter (abgesehen von den Selbstständigen) nur eine sehr geringe Rolle spielen.

Zu den Folgen/Auswirkungen von Armut im Alter ist zunächst festzustellen: Vielen Älteren geht es heute besser (materiell, gesundheitlich) als Älteren vor 30 oder 50 Jahren. Gleichwohl gilt das bei weitem nicht für alle.

Hinsichtlich der gruppenspezifischen Restlebenserwartung gilt dennoch der alte Satz in nicht wenigen Fällen: „Wenn Du arm bist, musst Du früher sterben.“. Bei Einkommensarmen liegt die Restlebenserwartung im Alter von 65 Jahren in Deutschland um 7,4 Jahre (Männer) bzw. 6,3 Jahre (Frauen) unterhalb derjenigen aus Haushalten mit mehr als dem Eineinhalbfachen des mittleren (Median) Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens. Der subjektiv empfundene Gesundheitszustand ist bei Einkommensarmen unbenommen des Alters schlechter als bei Personen, die oberhalb der Armutsrisikogrenze liegen. Gleiches gilt hinsichtlich der Einschränkungen bei alltäglichen Arbeiten und Verrichtungen.

Das Pflegerisiko betrifft dagegen im Prinzip alle sozialen Gruppen und steigt durch den demografischen Wandel. In einkommensschwächeren Gruppen wird die Pflege eher von Angehörigen übernommen. Bei einkommensstärkeren Gruppen kommen eher ambulante Dienste bzw. auch stationäre Pflegeeinrichtungen zum Tragen.

Auch in anderen Lebenslagendimensionen Älterer ist ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Einkommensarmut und den Tendenzen mangelnder Teilhabe festzustellen. Das reicht von der (Nicht-)Inanspruchnahme kultureller Einrichtungen über soziale Kontakte bis hin zu Hilfen wie z. B. bestimmten Pflegearrangements.

Auf der Ebene subjektiver Indikatoren zeigen arme Ältere ab 65 Jahren tendenziell in einer Reihe von Lebensbereichen eine geringere Zufriedenheit als Gleichaltrige mit

höheren Einkommen. Auch die Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen ist bei armen Älteren schlechter als im Durchschnitt aller Älteren bzw. als in der Gesamtbevölkerung.

10.3.3 Mindestsicherung

Die Mindestsicherungsquote ist im Saarland 2013 mit 9,4 Prozent etwas geringer als im Jahr 2006. Seit 2011 ist dabei jedoch ein leichter Anstieg zu beobachten. Zudem liegt die saarländische Quote seit 2012 über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (Deutschland 2013: 9,1 %). Die westdeutsche Mindestsicherungsquote ist mit 8,1 Prozent deutlich geringer. Unter den Vergleichsländern verzeichnet Schleswig-Holstein leicht und Nordrhein-Westfalen deutlich höhere Werte (2013: 9,6 bzw. 11,0 %).

Die Mindestsicherungsquoten von Männern und Frauen unterscheiden sich kaum. Große Unterschiede gibt es aber zwischen Ausländern und Deutschen (2012: Ausländer 23,0 % im Saarland bzw. 18,4 % in Westdeutschland). Regional variiert die Mindestsicherungsquote sehr stark (von ca. 5 % im Landkreis St. Wendel bis ca. 17 % in der Landeshauptstadt Saarbrücken).

Die Quote der SGB-II-Bezieher hat nach 2005 und dann nochmals nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 abgenommen – allerdings ebenfalls mit einem leichten Anstieg am aktuellen Rand im Saarland (Dezember 2014: 9,9 %). Diese Quote ist bei den nicht erwerbsfähigen Leistungsbeziehern unter 15 Jahren deutlich höher als bei erwerbsfähigen Leistungsbeziehern. Besonders hoch ist diese Quote in Alleinerziehendenhaushalten. Dort steigt sie auch klar mit der Zahl der Kinder. Bei alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Kindern liegt die SGB-II-Quote im Saarland bei 52 Prozent, bundesweit bei 43 Prozent. Hinsichtlich des Kurz- bzw. Langzeitbezuges unterscheiden sich die saarländischen kaum von den westdeutschen Zahlen. Bezüglich der abgeschlossenen Dauer schneidet das Saarland sogar etwas positiver ab als der westdeutsche Durchschnitt.

Die Quote der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegt mit 1,7 Prozent im Saarland 2013 gleichauf mit Nordrhein-Westfalen und über dem west- bzw.

gesamtdeutschen Wert (je 1,4 %). Seit 2008 ist diese Quote im Saarland um 0,4 Prozentpunkte gestiegen (West- bzw. Gesamtdeutschland: +0,3 Prozentpunkte). Bei Ausländern ist die Quote überdurchschnittlich (2,7 % in 2013).

Bei der Grundsicherung im Alter sind Anzahl und Quoten zwischen 2008 und 2013 stetig gestiegen (im Saarland auf 3,5 % im Jahr 2013; in Westdeutschland auf 3,2 % ebenfalls im Jahr 2013). Das gilt je Bezieher innerhalb und noch mehr außerhalb von Einrichtungen. Regional ist die Grundsicherungsquote der ab 65-Jährigen im Regionalverband Saarbrücken am höchsten (5,3 %) und im Kreis St. Wendel sowie dem Saarpfalz-Kreis mit je 2,4 Prozent am geringsten. Besonders hinzuweisen ist an dieser Stelle auf die hohe Dunkelziffer gerade bei dieser Leistung; d. h.: Viele eigentlich Leistungsberechtigte beantragten diese Leistung nicht.

Auch bei den Grundsicherungsleistungen für voll erwerbsgeminderte Personen (im Jahr 2013 im Saarland 1,0 %, in West- und Gesamtdeutschland 0,9 %) ist seit 2008 ein Anstieg zu beobachten. Das gilt wiederum für Bezieher innerhalb wie außerhalb von Einrichtungen.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind im Saarland bisher seltener als in den Vergleichsregionen. Die Ausgabenquote ist außerdem im Vergleich zur Aufnahmequote unterdurchschnittlich. Zwar ist die Anzahl der Leistungen zwischen 2010 und 2013 auch im Saarland mit einem Plus von 32 Prozent deutlich gewachsen. Die Zunahme ist aber geringer als in den Vergleichsregionen bzw. Deutschland insgesamt. In diesem Zeitraum hat die Zahl der Asylbewerber in Deutschland um 161 Prozent zugenommen. Die Asylbewerberleistungen sind demgegenüber um 72 Prozent gestiegen.

Bei den laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen liegt das Saarland mit 3,1 Fällen je 1.000 Einwohner 2013 in den vergangenen Jahren recht nahe beim westdeutschen Durchschnitt. Innerhalb von Einrichtungen bedeuten die 3,8 Fälle je 1.000 Einwohner einen im Vergleich zu (West-)Deutschland überdurchschnittlichen Wert. Bei beiden Leistungsarten ist ein leichter mittelfristiger Anstieg der Quoten zu beobachten. Einen gegenüber dem Landesdurchschnitt überproportionalen Anteil der laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen verzeichnet der Regionalverband Saarbrücken.

Hilfe in besonderen Lebenslagen ist im Saarland deutlich häufiger als im (west-) deutschen Durchschnitt. Gemessen an der Einwohnerzahl werden solche Leistungen am häufigsten in den Landkreisen Neunkirchen, Merzig-Wadern und in Saarbrücken gewährt.

10.3.4 Überschuldung

Überschuldung ist nicht das Gleiche wie Verschuldung. So ist Verschuldung, z. B. zum Erwerb einer Immobilie, vom Grundsatz her etwas Normales (ansonsten könnte die übergroße Mehrheit der Haushalte keine auch noch so bescheidene Immobilie erwerben). Überschuldung liegt demgegenüber dann vor, wenn das Nettoeinkommen nach Abzug von Kreditverpflichtungen/Tilgungen unterhalb der Armutsrisikoschwelle oder dem Grundsicherungsniveau liegt und keine Aussicht auf Besserung der finanziellen Lage besteht. Die Datenlage zum Thema ist in Deutschland allerdings schlecht: Man ist teils auf indirekte bzw. unvollständige Indikatoren für das Problem angewiesen.

So weist z. B. der „Schuldneratlas“ der „Creditreform“ (einer privaten Auskunftsei) nur Personen mit sogenannten „Negativmerkmalen“ aus, also laufenden Privatinsolvenzen, früheren Haftandrohungen zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung oder Mahnungen seitens mehrerer Gläubiger. Laut Schuldneratlas beträgt 2014 der Anteil der Personen, die in diesem Sinne als überschuldet anzusehen sind, im Saarland 11,3 Prozent (Deutschland: 9,9 %; Westdeutschland: 10,0 %). Das ist prozentual, abgesehen von Nordrhein-Westfalen, etwas mehr als in den Vergleichsbundesländern. 2013 haben nach Angaben der nicht-gewerblichen Schuldnerberatungsstellen im Saarland 6.184 Personen Rat gesucht (und einer Weitergabe ihrer Daten zugestimmt). Mehrheitlich waren das Männer und Personen aus den mittleren Altersgruppen zwischen 25 und 65 Jahren. 37,7 Prozent (in Gesamtdeutschland: 37,9 %) der Ratsuchenden verfügte im Jahr 2013 über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 900 Euro. Die durchschnittliche Schuldenhöhe im Saarland war mit 39.575 Euro höher als im deutschen Durchschnitt). Banken waren die Hauptgläubigergruppe.

Aus den Zusammenstellungen der Schuldnerberatungsstellen für das Statistische Bundesamt wird zum Thema Verschuldungs-/Überschuldungsursachen Folgendes deutlich: Am häufigsten ist Arbeitslosigkeit bei den Ratsuchenden der Auslöser, gefolgt von Trennung/Scheidung/Tod des Partners oder der Partnerin und unwirtschaftlicher

Haushaltsführung. Traumatische Ereignisse spielen also als Überschuldungsursache in vielen Fällen eine entscheidende Rolle.

Seit 1992 ist mit dem Instrument des Verbraucherinsolvenzverfahrens ein letzter, geordneter Weg aus einer Überschuldung möglich. Die Entwicklung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen gibt zwar nur einen sehr indirekten Hinweis auf die Zahl der Überschuldungsfälle, ist für diese „schweren Fälle“ aber ein harter Indikator. Der Anteil der Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2013 an allen Verbraucherinsolvenzen war im Landkreis Neunkirchen und im Regionalverband Saarbrücken am höchsten (19,9 bzw. 35,6 %). Im Kreis Merzig-Wadern war der Anteil mit 7,2 Prozent pro 10.000 Einwohnern dagegen am geringsten.

An dieser Stelle ist noch ein wichtiger Befund aus der Ergänzungsstudie zum Armuts- und Reichtumsbericht anzuführen. Für diese Bestandsaufnahme wurden die vor Ort bestehenden Initiativen und Einrichtungen vor allem der Wohlfahrtsverbände unter anderem danach gefragt, wie sich in den beiden vergangenen Jahren die Nachfrage ihrer Hauptzielgruppen nach Leistungen entwickelt hat. Dabei wird für alle Hauptzielgruppen eine gestiegene Nachfrage berichtet. Auf eine Zusatzfrage nach der für die Zukunft erwarteten Nachfrageentwicklung gehen die befragten Initiativen und Einrichtungen von einer weiter steigenden Nachfrage aus – dies etwas schwächer bei der unspezifischen Gruppe „Mittellose/arme Menschen“, ansonsten aber über die verschiedenen „Problemgruppen“ hinweg mit eher steigender Tendenz. Die drei Hauptzielgruppen für Maßnahmen der Armutsprävention und –bekämpfung, für die in Zukunft die stärkste Nachfragesteigerung erwartet wird, sind Senioren/ältere Menschen, Eltern/Alleinerziehende sowie Flüchtlinge/Asylbewerber/Migranten.

Im Wesentlichen entspricht die Benennung von Hauptzielgruppen bzw. die geschilderte Nachfrageentwicklung in der Vergangenheit und in der Zukunft auch den „Problemgruppen“, die in vorliegenden kommunalen Sozialberichten aus dem Saarland besonders in den Fokus genommen werden.

10.4 Vermögensarmut

Vermögensarmut wird im vorliegenden Ersten Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland in Anlehnung an die Armutsrisikoquote beim Einkommen als relative Vermögensarmut definiert und berechnet. Als vermögensarm wird betrachtet, wer über ein Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen unterhalb von 60 Prozent des mittleren (Median) Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens aller Haushalte verfügt. Bei dieser Pro-Kopf-Berechnung wird also keine Bedarfsgewichtung mit einer Äquivalenzskala (wegen Haushaltsgrößenersparnissen) wie beim Einkommen angewendet. Außerdem werden bestehende Schulden vom Wert der Vermögensbestände abgezogen.

Auch für die Analyse der Vermögensverteilung gilt, dass die Vermögen am oberen Rand („wirklich Reiche“) nur sehr unzureichend bzw. gar nicht in den üblichen Daten erfasst werden. Es gibt außerdem erhebliche Bewertungsprobleme (nicht nur bei Immobilien). Wichtige Vermögensarten (Betriebsvermögen) werden in den verfügbaren Datengrundlagen völlig unzureichend einbezogen.

Der Median der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen liegt im Saarland 2013 bei 41.452 Euro. Das ist deutlich mehr als im gesamtdeutschen (34.000 Euro) und etwas mehr als im westdeutschen Durchschnitt (40.513 Euro). Damit liegt die Vermögensarmutsschwelle im Saarland bei 24.871 Euro. Die saarländische Vermögensarmutsquote beträgt gemessen am Landesmedian 41,4 Prozent (gemessen am Bundesmedian wären es mit 38,4 Prozent deutlich weniger). Diese 41,4 Prozent entsprechen der bundesweiten Armutsquote und werden unter den Vergleichsländern nur noch von Nordrhein-Westfalen übertroffen (42,3 %).

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen der Vermögensarmen beträgt im Saarland 2013 3.878 Euro (Westdeutschland: 4.068 Euro). Für die vermögensarmen Haushalte mit negativem Nettovermögen (mehr Schulden als Vermögen) liegt der Wert bei -3.562 Euro. Für die vermögensarmen Haushalte mit einem wenigstens geringen positiven Vermögen sind es 8.639 Euro.

In Haushalten mit einem weiblichen Haushaltsvorstand liegt der Anteil der Vermögensarmen im Saarland 2013 bei 55,7 Prozent. Ist der Haushaltsvorstand (Haupteinkommensbezieher) dagegen ein Mann, so beträgt die Quote der Vermögensarmen 36,6

Prozent. Mit dem Alter der Haushaltsmitglieder nimmt die Vermögensarmutsquote im Saarland von 50,4 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen auf 33,6 Prozent bei den ab 65-Jährigen ab.

In der Differenzierung nach dem Erwerbsstatus erweisen sich Arbeitslose besonders häufig als vermögensarm (rund acht von zehn), bei abhängig Beschäftigten sind es rund vier von zehn und bei Rentnern gut jede(r) Dritte. Bei Selbstständigen liegt der Wert unter 30 Prozent. Mit steigendem Qualifikationsniveau – sowohl der einzelnen Person als auch des Haushaltsvorstandes – nimmt der Anteil der Vermögensarmen ab.

Bei Ausländern ist die Vermögensarmut signifikant weiter verbreitet als unter Deutschen. In der Differenzierung nach dem Haushaltstyp schließlich weisen Personen in Alleinerziehendenhaushalten die höchste Vermögensarmutsquote auf und Personen in Zweipersonenhaushalten die geringste.

10.5 Einkommensreichtum

Einkommensreichtum wird in der deutschen und internationalen Sozialberichterstattung üblicherweise definiert als ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) ab 200 Prozent des Medians. Manchmal wird auch eine Reichtumsschwelle von 300 Prozent des Medians verwendet. In diesem Bericht wird, wie schon bei den Armutrisikoberechnungen, vor allem der Landes- bzw. der jeweilige regionale Median (Westdeutschland, Gesamtdeutschland) als Bezugsbasis verwendet. Demgemäß liegt die 200-Prozent-Reichtumsschwelle 2013 beispielsweise für einen Einpersonenhaushalt im Saarland bei 2.897 Euro pro Monat. Das ist viel weniger als in den Vergleichsländern und in West- bzw. Gesamtdeutschland. Dabei ist jedoch (vgl. unten in diesem Abschnitt) immer zu beachten, dass die Haushalte mit sehr hohen Einkommen in den verschiedenen Datenquellen überhaupt nicht enthalten sind. Die in Deutschland und Europa übliche Berechnungsweise führt dazu, dass Haushalte mit einem „guten“ Einkommen bereits als (einkommens-)reich gelten, die (wenigen) wirklich Einkommensreichen sind dagegen von diesen Beträgen weit entfernt und werden in den Daten nicht nachgewiesen.

Auf dieser (unzureichenden) Basis errechnet sich für das Saarland 2013 eine Reichtumsquote von 7,6 Prozent (2005: 6,8 %). Abgesehen von Schleswig-Holstein, ist das der niedrigste Wert unter allen Vergleichsländern (Deutschland und Westdeutschland:

8,2 %). Abgesehen von Hessen steht jedoch dahinter auch der höchste Anstieg aller Vergleichsländer.

Einkommensreich sind eher Personen in einem Haushalt mit einem männlichen als einem weiblichen Haupteinkommensbezieher (7,6 versus 6,1 % im Jahr 2011) und eher Personen im Alter zwischen 50 und unter 64 Jahren. In der Differenzierung nach dem individuellen Erwerbsstatus sind es vor allem Beamte, Selbstständige und Pensionäre, die einkommensreich sind. Für Personen in Haushalten mit einem hochqualifizierten Haupteinkommensbezieher liegt die saarländische Reichtumsquote bei 19,3 Prozent. Ist die Haupteinkommensbeziehende Person dagegen nur geringqualifiziert, beträgt die Reichtumsquote nur 1,1 Prozent. Bezogen auf das individuelle Qualifikationsniveau ist die Einkommensreichtumsquote von Hochqualifizierten rund zehnmal so hoch wie von Geringqualifizierten (21,7 versus 2,2 %), in Deutschland insgesamt und in Westdeutschland ist diese Spannweite sogar noch etwas ausgeprägter.

Die individuelle Staatsangehörigkeit und der individuelle Migrationshintergrund haben ebenfalls einen Einfluss auf die gemessenen Reichtumsquoten (z. B. im Saarland: mit Migrationshintergrund 4,1 %, ohne Migrationshintergrund 7,4 %). Differenziert nach dem Haushaltstyp weisen Einpersonenhaushalte mit 4,7 Prozent gegenüber Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (10,0 %) besonders niedrige Reichtumsquoten auf. Bei Personen in Alleinerziehendenhaushalten bewegt sich die Quote um 1 Prozent.

Alle vorstehenden Befunde unterliegen – wie erwähnt – folgendem der Datengrundlage geschuldeten Mangel: Wirklich hohe Einkommen sind in den gängigen Datenquellen nicht enthalten/nicht erfasst. Entsprechende deutschlandweite Datenfusionen, die sehr hohe Einkommen einzubeziehen versuchen, zeigen vor allem eines: Eine ganz kleine Gruppe bezieht extrem hohe Einkommen – und gerade diese Gruppe (0,0001 % der Bevölkerung) verzeichnet auch noch über die Zeit hinweg die höchsten Einkommenszuwächse. Derartige Einkommen lassen sich nur noch schwerlich mit Produktivitätsunterschieden oder im Sinne notwendiger Leistungsanreize begründen.

10.6 Vermögensreichtum

Vermögensreichtum wird analog zur Vorgehensweise beim Einkommensreichtum ebenfalls als relativer Reichtum von 200 und mehr Prozent des mittleren Vermögens (Median) gemessen. Allerdings wird das Haushaltsnettovermögen nicht äquivalenzgewichtet, sondern pro Kopf errechnet.

Die 200-Prozent-Reichtumsschwelle beim Vermögen liegt im Saarland 2013 bei 82.904 Euro. Das ist mehr als in Deutschland und auch als in Westdeutschland (68.000 bzw. 81.027 Euro). In Hessen und Rheinland-Pfalz ist die Reichtumsschwelle höher, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein geringer.

Gemessen am Landesmedian liegt die 200-Prozent-Reichtumsquote 2013 im Saarland bei 29,2 Prozent. Das ist eine geringere Quote als in West- und Gesamtdeutschland (31,8 bzw. 33,4 %) und – abgesehen von Rheinland-Pfalz – als in den Vergleichsländern.

Besonders hoch ist in Westdeutschland die Vermögensreichtumsquote von Personen in Haushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand. Im Saarland sind die Vermögensreichtumsquoten in Haushalten mit einem weiblichen Haushaltsvorstand dagegen leicht höher.

Mit zunehmendem Alter der Person steigt die Reichtumsquote deutlich an (unter 18-Jährige: 12,2 %; ab 65-Jährige: 47,2 %). Auch hinsichtlich des Qualifikationsniveaus gibt es einen solchen deutlichen Zusammenhang: Hochqualifizierte weisen eine deutlich höhere Vermögensreichtumsquote (40,0 %) auf als Gering- und Mittelqualifizierte (31,5 und 30,2 %). Bei Betrachtung der Qualifikation des Haushaltsvorstands steigt die Vermögens-Reichtumsquote im Jahr 2013 von 23,1 Prozent für Personen in Geringqualifiziertenhaushalten bis auf 36,1 Prozent, wenn der Haushaltsvorstand hochqualifiziert ist.

Auch und gerade in Bezug auf den Vermögensreichtum ist festzuhalten, dass die vorstehend kurz beschriebenen Ergebnisse unter dem Mangel leiden, dass die Spitzenvermögen in den verfügbaren/verwendeten Daten nicht erfasst sind. Speziell die völlig unzureichende Erfassung der extrem ungleich verteilten Betriebsvermögen verzerrt hierbei die Ergebnisse. Studien, die versuchen, die gängigen Dateien um einschlägige

Zusatzinformationen zu erweitern, kommen zu dem Ergebnis (für Deutschland), dass die Vermögensungleichheit noch viel größer ist, als es in der wissenschaftlichen und politischen Debatte dargestellt wird. Dort wird häufig berichtet, die vermögensreichsten 10 Prozent der Bevölkerung würden 50 bis 60 Prozent der gesamten privaten Vermögen in Deutschland besitzen. Neue Studien unter Berücksichtigung entsprechender Zusatzinformationen zeigen hingegen, dass dieser Anteil je nach Schätzansatz zwischen zwei Dritteln bzw. sogar drei Vierteln des gesamten privaten Vermögens liegt.

Alleine das vermögendste Prozent der Bevölkerung besitzt in Deutschland ca. ein Drittel des gesamten Privatvermögens. Das reichste Promille besitzt ca. 15 bis 17 Prozent der privaten Vermögen in Deutschland. Und: In den vergangenen Jahren haben die Vermögen dieser „Superreichen“ sehr stark zugenommen.

Die Vermögenskonzentration erhöht sich speziell bei den Betriebsvermögen. Das hat auch mit der Abschaffung der Vermögensteuer zu tun. Ebenso spielt die Privilegierung von Betriebsvermögen bei der Erbschaft-/Schenkungssteuer eine Rolle. Letzteres wird vielfach mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen gerechtfertigt. Besonders hohe Vermögen unterliegen bei dieser Steuer im Ergebnis jedoch einem faktisch besonders niedrigen Steuersatz, so dass die Polarisierung der Vermögen und in der Folge auch die Polarisierung der Einkommen steigt.

10.7 Schlussfolgerungen

Vorab sei darauf hingewiesen, dass im nachfolgenden elften Kapitel dieses Berichts, abgesehen von der Diskussion von Handlungsfeldern¹³², vor allem drei Themen betont werden:

1. Die pauschale Kritik an der relativen Armutsmessung wird zurückgewiesen. Armut (und ähnlich auch Reichtum) definieren sich immer auch im Verhältnis zur Mitte der Gesellschaft. Die relative Armutsmessung anhand von Armutsrisikquoten ist nicht nur internationaler Standard, sondern hilft auch, Problemgruppen und wenigstens ein Stück weit Armutsursachen zu identifizieren. Vor allem aber haben viele Ergebnisse im Bericht gezeigt, dass Personen im Armutsrisiko gegenüber Vergleichsgruppen in verschiedensten Lebenslagendimensionen

¹³² Die Benennung von Handlungsempfehlungen bzw. Prioritäten ist auftragsgemäß nicht Gegenstand des wissenschaftlichen Berichts.

schlechter abschneiden. Die Beispiele reichen von Unterschieden in der Bildungsbeteiligung, der Teilhabe an Freizeitangeboten bis zu Unterschieden im Gesundheitszustand und der Lebenserwartung. Kapitel 11 fügt dem einige weitere Beispiele hinzu: Armutsgefährdete haben eine deutlich schlechtere Qualität ihrer Wohnung bzw. ihres Wohnumfelds (Lärmbelästigung) als der Durchschnitt der Bevölkerung. Das gilt insgesamt, aber auch bezogen auf Teilgruppen wie Alleinerziehende, Mieter, Eigentümer usw. Auch bei weiteren Indikatoren zur materiellen Deprivation (sich bestimmte Dinge nicht leisten können, wie z. B. die Wohnung angemessen zu heizen) tritt dieser klare Unterschied mehr oder weniger ausgeprägt auf.

2. Es ist darauf hinzuweisen, dass in der einschlägigen Literatur zunehmend die negativen Folgen nicht nur von Armut auf der individuellen Ebene bzw. im Haushalts-/Familienzusammenhang als „Vererbung“ von Armut betont wird (Das meint die Dauerhaftigkeit von Armutslagen, sogar über Generationen hinweg). Vielmehr geht es dabei auch um die negativen Folgen (zu) großer Ungleichheit – womit auch Reichtum in das Blickfeld gerät. Gestützt auf eine Vielzahl empirischer Untersuchungen, wird in der Fachliteratur und in den großen Verteilungsberichten seitens etwa der EU oder der OECD nachgewiesen, dass soziale Ungleichheit, wenn sie zu groß wird, ihre durchaus positiven Effekte verlieren kann. Dann geht es nicht mehr um die Förderung von Leistungsbereitschaft und innovativem Verhalten, um Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Vielmehr bremst eine zu große Ungleichheit, eine Spaltung der Gesellschaft im Sinne von Parallelgesellschaften am oberen und unteren Rand der Verteilung, die Leistungsmotivation, Innovationen und das Wirtschaftswachstum. Zu stark konzentrierter Reichtum führt gemäß zahlreicher solcher Studien und Berichte außerdem zu einer wachsenden Krisenanfälligkeit der Wirtschaft.
3. Ein dritter Punkt betrifft die Gefahren, die aus einer zu großen Ungleichverteilung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und letztlich die Demokratie erwachsen. Damit sind nicht nur die Macht und der politische Einfluss gemeint, die von einer immer stärker werdenden Konzentration des Vermögens ausgehen. (Auch darauf weisen große internationale Studien und Berichte gerade in den vergangenen Jahren verstärkt hin.)

Vielmehr geht es auch um die subjektive Ebene, um Einstellungen der Bevölkerung. Gut zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sehen laut dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zum Beispiel die aktuelle Reichtumskonzentration als ungerechtfertigt an, und Meinungen sind weit verbreitet, dass diese Ungleichheit ungerecht sei und auf Unehrllichkeit beruhe. Die Politik wird als verantwortlich dafür angesehen, das zu ändern. Die Befragten sehen mit großer Mehrheit durchaus die Interessengegensätze zwischen Arm und Reich und zwischen Kapital und Arbeit etc. Die Schere zwischen Arm und Reich wird zum Beispiel in einer Repräsentativumfrage aus dem Jahr 2012 als wichtigstes Problem der Gesellschaft angesehen, um das sich die Befragten Sorgen machen (vor Themen wie Schadstoffbelastung von Lebensmitteln, Kriminalität und Störfälle in Kernkraftwerken).

Der Bericht zeigt zwar, dass die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung im Saarland etwas geringer ausgeprägt ist als im westdeutschen Durchschnitt. Jedoch nimmt die Ungleichheit auch im Saarland deutlich zu. So steigen die saarländischen Armutsrisikoquoten. Außerdem wächst die Nachfrage nach Leistungen von Initiativen und Einrichtungen zur Armutsprävention und -bekämpfung, wie in der Ergänzungsstudie zu diesem Ersten Saarländischen Armuts- und Reichtumsbericht dargestellt wird. Es besteht daher durchaus sozialpolitischer Handlungsbedarf.

11. Benennung von Handlungsfeldern und Ausblick

Zum Abschluss dieses Berichts soll zunächst kurz die Frage diskutiert werden, wie aussagekräftig die präsentierten Befunde sind. Wir haben in diesem Bericht – auftragsgemäß – die relativen Armuts- bzw. Reichtumsquoten in das Zentrum gestellt. Daneben wurden auch die Grundsicherungsquoten behandelt und weitere Kennziffern benutzt (Dezilanteile, Gini-Koeffizient u. a.). Darüber hinaus beschränkte sich die Analyse nicht nur auf die Einkommensarmut, sondern es ist auch – bei allen Datenproblemen – die Vermögensdimension mit betrachtet worden. Untersucht wurden weiterhin die Seite des (Einkommens- bzw. Vermögens-)Reichtums und genereller die Verteilung nicht nur der verfügbaren Einkommen, sondern auch diejenige der „am Markt“ erzielten Bruttolöhne und -gehälter. Neben den ökonomischen Ressourcen wurde im Bericht auch dem Lebenslagenansatz bzw. weitergehend der Untersuchung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen Raum gegeben, auch wenn die Datenlage in diesen Punkten, zumindest auf Landesebene, relativ dünn ist.

Aus der Zusammenschau der Ergebnisse sind hier als erstes zwei inhaltliche und zwei (nur auf den ersten Blick) methodische Befunde hervorzuheben:

1. Inhaltlich belegt auch dieser Bericht eine Tendenz zu einer zunehmenden Spreizung der Lebenslagen, zu zunehmender Ungleichheit in Deutschland. Das relative Armutsrisiko ist dabei ein zentraler Aspekt unter mehreren.
2. Das gilt auch für das Saarland, das – insgesamt gesehen – verglichen mit Westdeutschland eine etwas moderatere Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen aufweist.
3. Die verschiedenen konzeptionellen Zugänge zum Thema (Ressourcenansatz, Lebenslagenkonzept, Teilhabeansatz) sind methodisch keine Gegensätze. Sie ergeben ein recht einheitliches, wenn auch ein an einigen Stellen aufgrund von Datenproblemen unvollständiges Bild.
4. Genau deswegen hätte es auch nicht genügt, nur die Armutsseite zu betrachten. Mit einzubeziehen ist auch die andere Seite der Verteilung, der Reichtum bzw. die Verteilung von Ressourcen allgemein (d. h. auch „die Mitte“ der Gesellschaft). Eine Ausblendung von Reichtum bzw. der gesamten Verteilung engt nämlich den Blick auf die möglichen Handlungsfelder zu sehr ein. Vereinfacht:

Finanzierungsprobleme der Sozialpolitik erschienen ein reines Ausgabenproblem zu sein, obwohl sie auch auf ein Einnahmeproblem zurückgehen können.¹³³

Daher ist auch – wie im Bericht zumindest ansatzweise geschehen – ein Blick auf die funktionale Verteilung zu richten sowie auch die Primärverteilung zu betrachten.

Allgemein gilt: Armut und Reichtum sind keine isolierten Phänomene, sondern – ganz im Sinne von Bertolt Brechts Gleichnis vom armen und vom reichen Mann – offensichtlich zwei Seiten einer Medaille.

11.1 Kann man mit Armutsrisikoquoten Handlungsfelder und Zielgruppen identifizieren?

Angesichts der vorstehenden Argumente kann die Antwort auf die Frage in der Überschrift dieses Abschnitts auf den ersten Blick nur Nein lauten: Für die Bestimmung von Handlungsfeldern bzw. Zielgruppen müssen neben den Ergebnissen der relativen Armutsmessung auch die anderen konzeptionellen Ansätze (bzw. Lebenslagendimensionen) mit berücksichtigt werden.

Die Argumente gegen die relative Armutsmessung sind hinreichend bekannt. Beispielsweise: Verdoppelt sich für jede Untersuchungseinheit das Einkommen, so bleiben die Armutsrisikoquoten dennoch unverändert. Oder: Wer in einem an sich reichen Land wie Deutschland mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle auskommen müsse, der sei dennoch nicht im gleichen Sinne arm wie eine arme Person in einem Entwicklungsland.

Angesichts der ideologischen Polemik, mit der gegen die relative Armutsmessung argumentiert wird, und wegen der Interessengebundenheit der Verfechter dieser Position (vgl. Sinn 2008; Institut der deutschen Wirtschaft 2015)¹³⁴ ist jedoch Vorsicht geboten.

Für die – nicht alleinige – Verwendung von Armuts- und Reichtumsquoten als Kennziffern spricht nämlich eine Reihe guter Argumente: Armut ist, vom Bereich extremster

¹³³ Das gleiche Argument greift im Übrigen auch für die sozialen Sachleistungen, die Infrastruktur etc. (Stichwort: „Öffentliche Armut bei privatem Reichtum“).

¹³⁴ Im Übrigen übersehen die Kritiker einer relativen Armutsmessung, dass auch die Grundsicherung historisch aus einem Warenkorb abgeleitet wurde und ihre Anpassung auf einem relativen Einkommensvergleich beruht.

Armut (Verhungern, Erfrieren etc.) einmal abgesehen, immer auch ein relatives Phänomen („Wohlergehen“ im Vergleich zu anderen Personen oder Haushalten in der Region bzw. im Umfeld). Ein soziokulturelles Existenzminimum ist somit immer auch ein relatives Minimum. Dies gilt vom Konzept her selbst für die existierenden Mindestsicherungsleistungen.

Die relative Armutsmessung ist in der Art, wie sie auch in diesem Bericht angewandt wird, ein international (OECD, EU) übliches und sogar politisch vereinbartes Vorgehen. Schließlich – und das ist wohl das wichtigste Argument – zeigen die regional bzw. nach sozialen Gruppen differenzierten Armutsrisikoquoten bei Vergleichen mit anderen Indikatoren auch Problemlagen recht treffsicher an, die über ein geringes monetäres Einkommen (bzw. Vermögen) hinausgehen.

Im vorliegenden Bericht finden sich trotz der nur beschränkten Datenlage eine Reihe von Befunden, die zeigen, dass soziale Gruppen mit hoher Armutsrisikoquote auch in anderen Lebenslagenbereichen im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung eine schlechtere Situation bzw. geringere Teilhabe- und Verwirklichungschancen haben. Als Beispiele sei hier an die gruppenspezifischen Unterschiede in der Restlebenserwartung erinnert oder an die höheren Anteile Armer mit schlechterer Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes sowie an die berichteten Einschränkungen alltäglicher Aktivitäten aufgrund des relativ schlechten Gesundheitszustandes (vgl. Abschnitt 6.4.5). Der nachfolgende Kasten enthält zur Verdeutlichung einige weitere Beispiele.

Armutsgefährdung bedeutet eine durchschnittlich schlechtere Lebensqualität auch in anderen Lebenslagendimensionen

Dass sich Ärmere eher nur billigere Wohnungen leisten können, ist eine recht naheliegende Hypothese. Damit sind aber auch tendenziell schlechtere Wohnbedingungen verbunden. Wie die Tabelle auf Basis der EU-weiten Befragung EU-SILC für Deutschland 2013 belegt, gilt das beispielsweise sowohl für die Probleme Feuchtigkeitsschäden und zu wenig Tageslicht, aber auch für das Umfeldmerkmal Lärmbelästigung. Insgesamt berichten in Deutschland Personen aus armutsgefährdeten Haushalten zu 46 Prozent von mindestens einem dieser oder einigen anderen Wohnungsmängeln. Insgesamt sind es mit 35 Prozent deutlich weniger.

Bemerkenswert ist, dass dies auch für einzelne soziodemografische Teilgruppen der Bevölkerung nachweisbar ist – wie in der Tabelle für die Gesamtgruppe der Alleinerziehenden und die Armutsgefährdeten unter ihnen, allerdings auf jeweils höherem Niveau.

Tabelle I: Wohnqualität und Armutsgefährdung in Deutschland 2013 (in Prozent)

		Mit Mängeln in der Wohnung/dem Haus			
		Insgesamt	und zwar		
			Feuchtigkeits-schäden	zu wenig Tageslicht	Lärm-belästigung
Personen in Haushalten	— insgesamt	35	13	4	26
	— Armutsgefährdete	46	19	7	32
Personen in Alleinerziehenden-haushalten	— insgesamt	46	22	9	31
	— Armutsgefährdete	51	(26)	(11)	33
Personen in Eigentümer-haushalten	— insgesamt	26	9	2	19
	— Armutsgefährdete	31	15	/	20
Personen in Mieter-haushalten	— insgesamt	47	18	7	35
	— Armutsgefährdete	52	21	9	38

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015c, S. 30 (EU-SILC)

Auch in der Unterscheidung von Mieter- und Eigentümerhaushalten erweist sich, wie die vorstehende Tabelle zeigt, dass das Merkmal Armutsgefährdung zu höheren Anteilen von Befragten mit Klagen über Wohnungsmängel führt als für die beiden Gruppen insgesamt, wobei teilweise auch ein relativ hoher Anteil von Eigentümern von entsprechenden Mängeln berichtet. Die relative Armutsmessung erscheint durchaus geeignet, (relativ) Arme und benachteiligte Lebenslagen zu identifizieren.

Die nachfolgende Tabelle belegt das in gleicher Weise aus derselben Datengrundlage für einige andere Beispiele materieller Deprivation bei den Haushaltsausgaben. Wie Goebel u. a. (2015, S. 573) in diesem Zusammenhang mit Daten des SOEP gezeigt haben, hat der Anteil der Personen, die von materieller Deprivation berichten in Deutschland zwischen 2001 und 2007 deutlich zugenommen – seither ist er indes leicht gesunken.

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, können sich armutsgefährdete Haushalte durchgängig seltener Dinge leisten, die keineswegs Luxus darstellen, sondern die in einer wohlhabenden Gesellschaft unbesehen als Grundbedürfnisse anzusehen sind. Betrachtet man auch hier die Teilgruppen der Alleinerziehenden bzw. der Mieter- versus Eigentümerhaushalte, so bestätigt sich der grundsätzliche Befund, der schon bei der ersten Tabelle in diesem Kasten angeführt wurde: Eine Position unterhalb der Einkommensarmutsrisikoschwelle ist mit schlechteren Lebenslagen auch in anderen Bereichen verbunden.

Tabelle J: Finanzielle Kapazitäten von Personen (Selbsteinschätzung) in Deutschland 2013 (in Prozent)

	Der Haushalt kann sich leisten				
	eine Woche Urlaub pro Jahr	jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit	Unerwartet anfallende Ausgaben	die Wohnung angemessen heizen	
Alle Personen darunter: armutsgefährdete Personen	78 41	92 74	67 30	95 83	
Personen in Alleinerziehendenhaushalten	- insgesamt - Armutsgefährdet	51 26	82 72	33 (14)	84 71
Personen in Eigentümerhaushalten	- insgesamt - Armutsgefährdet	86 54	95 81	82 55	98 86
Personen in Mieterhaushalten	- insgesamt - Armutsgefährdet	67 36	87 72	48 19	91 81

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2015c, S. 23 (EU-SILC)

Die relative Armutsmessung ist daher als eine Verteilungskennziffer mit durchaus bedeutsamem Aussagegehalt anzusehen (obwohl es zweifellos zusätzlicher Kennziffern und Indikatoren bedarf). Sie ist angesichts der bekannten Dunkelzifferproblematik wahrscheinlich sogar aussagefähiger und „treffsicherer“ als z. B. Grundsicherungsquoten.

Bei den vielen in diesem Bericht angeführten Beispielen für eine schlechtere soziale Lage lässt sich ein Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zur Armutsrisikogruppe und einer geringeren Teilhabewahrscheinlichkeit bzw. einer schwächeren Lebenslage in der jeweils betrachteten Dimension ablesen – statistisch ausgedrückt: eine mehr oder weniger starke Korrelation. Ob dieser Zusammenhang aber kausal ist, lässt sich damit nicht sagen. Es kann sein, dass andere Faktoren, die mit dem Haushaltseinkommen ebenfalls in Zusammenhang stehen (korrelieren), die wirkliche Ursache sind – wie z. B. ein niedriges Bildungs-/Qualifikationsniveau.¹³⁵

Die Identifizierung solcher kausaler Zusammenhänge liegt regelmäßig außerhalb des Rahmens der eigentlichen Sozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichterstattung und ist Gegenstand eigener Forschungsvorhaben. Sie liegt im Übrigen in den meisten Fäl-

¹³⁵ Beispiele dafür sind die aus der Familien- und Bildungssoziologie vorliegenden Befunde zu den Erklärungsfaktoren gruppenspezifischer Inanspruchnahmeunterschiede von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Je nach Datengrundlage und Untersuchungsanlage wird entweder dem Bildungsstand der Eltern bzw. der Mutter der größere Einfluss zugeschrieben oder dem Einkommen und anderen Faktoren. Bei breit angelegten Studien (vgl. z. B. Holler u. a. 2015, S. 38ff) wird der kumulative Einfluss beider bzw. mehrerer Ursachenfaktoren deutlich.

len auch außerhalb der Möglichkeiten qualitativer Sozialforschung mittels Betroffeneninterviews oder Gruppendiskussionen mit wenigen Betroffenen. Hier helfen allein eine Berücksichtigung des Forschungsstandes in den tangierten Disziplinen und detaillierte Evaluationen von Maßnahmen. Nur so können die Ursachen und die konkreten sozialpolitischen Ansatzpunkte für die Praxis herausgearbeitet werden.

Die eingangs in diesem Abschnitt genannte verneinende Antwort auf die Frage, ob man mit relativer Armutsmessung Handlungsfelder und Zielgruppen identifizieren könne, sollte also revidiert werden: Beides ist im Prinzip möglich! Um aber ganz genau Handlungsprioritäten und nötige Maßnahmen identifizieren zu können, sind zusätzliche Informationen über kausale Zusammenhänge erforderlich.¹³⁶

11.2 Handlungsfelder

Für die laufende Legislaturperiode hat die saarländische Landesregierung auf Basis des Koalitionsvertrages einen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland erarbeitet (vgl. MSGFF 2013). In diesen sind auch die „Sozialstudie Saar 2009“ (vgl. Engels u. a. 2009) und die Vertiefungsstudie „Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland“ (vgl. Thielebein, Engels 2011) mit eingegangen.

Die Handlungsperspektiven der Landesregierung wurden in einem „10-Punkte-Plan“ zusammengefasst (vgl. Kasten).

¹³⁶ Außerdem kann die Festlegung von konkreten Maßnahmen bzw. ihre Priorisierung nur im gesellschaftlichen Diskurs bzw. im politischen Prozess erfolgen. Die Wissenschaft bzw. speziell die Sozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichterstattung kann und muss dazu Informationsgrundlagen beitragen – sie sollte sich darauf aber auch beschränken.

„10-Punkte-Plan“

1. Armutsbekämpfung durch Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse und Zahlung fairer Löhne
2. Einrichtung eines öffentlich geförderten „sozialen Arbeitsmarktes“ – ASaar
3. Armutsbekämpfung durch Verbesserungen in der Altersvorsorge und bei Erwerbsminderung
4. Armutsbekämpfung durch Prävention im Kinderschutz
5. Armutsbekämpfung durch Verbesserung und Förderung der Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen
6. Armutsbekämpfung durch Ausbau der ganztägigen Betreuungsangebote im vorschulischen und schulischen Bereich
7. Armutsbekämpfung durch die Förderung von kommunalen Projekten in den Landkreisen und im Regionalverband Saarbrücken
8. Armutsbekämpfung durch Inklusion von Menschen mit Behinderung
9. Armutsbekämpfung durch Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
10. Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts – Durchführung von Bürgerforen – Stärkung der direktdemokratischen Teilhabe

Quelle: MSGFF 2013, S. 52ff

Auf der Grundlage des vorliegenden Ersten Armuts- und Reichtumsberichts für das Saarland ist zu den ersten neun Punkten aus diesem 10-Punkte-Plan zunächst festzustellen, dass alle einzelnen Handlungsfelder des Aktionsplans im Prinzip geeignete und auch nötige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung im Saarland benennen. Sie decken sich allerdings mehr oder weniger deutlich auch mit den in anderen Ländersozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichten genannten Handlungsfeldern bzw. – soweit vorhanden in den jeweiligen „Regierungsteilen“ – Handlungsprioritäten. Diese Einschätzung ändert sich auch dadurch nicht, dass in Details wie z. B. bezüglich des Bundesprogramms „Bürgerarbeit“ die Voraussetzungen durch das Auslaufen des Programms verändert wurden.

Zu den einzelnen Punkten des Aktionsplans ist aus den Ergebnissen des vorliegenden Armuts- und Reichtumsberichts Folgendes anzuführen:

Zu Punkt 1 (Bekämpfung prekärer Arbeit und faire Löhne):

Das Saarland zeichnet sich durch eine im Bundesländervergleich etwas weniger gespreizte Verteilung der Bruttostundenlöhne bzw. der Primäreinkommen aus Erwerbsarbeit aus. Allerdings deutet sich in den Zahlen an, dass dieser Vorteil am aktuellen Rand schwindet. Atypische Arbeitsverhältnisse sind im Saarland insgesamt gesehen

nicht weiter verbreitet als in Westdeutschland. Dennoch bestätigen die Befunde die Sinnhaftigkeit dieses Handlungsfeldes – insbesondere auch mit Blick auf junge Beschäftigte (inklusive der Ausbildungsvergütungen), Frauen (Gender pay gap) und zunehmend auch das höhere Erwerbsalter ab ca. 55 bzw. 60 Jahren.

Neben dem Punkt Tariftreuegesetz ist besonders auf die Adressierung entsprechender Forderungen an den Bund hinzuweisen, wie sie im Saarland beim gesetzlichen Mindestlohn auch im Bundesrat praktiziert wurde und wie sie mit Blick auf dessen Dynamisierung, Übergangsregelungen und die Reduzierung von Ausnahmen auch noch weiterhin Handlungsmöglichkeiten bietet.

Zu Punkt 2 (Öffentlich geförderter, sozialer Arbeitsmarkt):

Die Befunde in diesem Bericht zeigen an mehreren Stellen auf, dass das Saarland die tiefe Strukturkrise gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts recht gut überwunden hat und bei den meisten gängigen Arbeitsmarktindikatoren sogar vergleichsweise gut dasteht. Ein bedeutsames Problem, das mit einem Armutsrisiko sehr direkt einhergeht – indirekt dann auch mit Armut im Alter – ist jedoch die Langzeitarbeitslosigkeit (speziell bei Problemgruppen wie Personen mit besonderen Vermittlungsproblemen: geringer Qualifizierte, Menschen mit Behinderung, Ältere).

Genereller ist angesichts mehrerer im Bericht aufgezeigter Befunde (Unterbeschäftigung, Probleme junger Menschen im Übergang in Ausbildung und dann in den Beruf) die Feststellung wichtig, dass auch der saarländische Arbeitsmarkt nicht durch eine Vollbeschäftigung oder gar einen verbreiteten Fach-/Arbeitskräftemangel gekennzeichnet ist. Bisher hat auch der – im Saarland schon vergleichsweise fortgeschrittene – demografische Wandel noch keine der ihm nachgesagten Wirkungen am Arbeitsmarkt entfaltet, weder bei den Arbeitsmarktchancen für Problemgruppen noch bei der Entlohnung. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit einem öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt scheint daher weiterhin unverzichtbar.

Zu Punkt 3 (Armutsbekämpfung in der Altersvorsorge und bei Erwerbsminderung):

Trotz einiger gradueller Verbesserungen durch die Rentenpolitik auf Bundesebene in jüngster Zeit (vor allem bei der Erwerbsminderung) ist das Problem der Altersarmut bisher weitgehend unterschätzt worden – auch in der Sozialstudie Saar 2009. Der vorliegende Armuts- und Reichtumsbericht zeigt vielmehr das bereits deutlich gestiegene,

inzwischen überdurchschnittliche Armutsrisiko bei Älteren. Dieses wird durch zunehmend perforierte Erwerbsbiografien und spezifisch für das Saarland durch den absehbaren Bedeutungsrückgang knappschaftsbezogener Renten wahrscheinlich weiter zunehmen. Generell kann bezweifelt werden, dass die Gewichteverlagerung der Alterssicherung auf die zweite und dritte Ebene (betriebliche und private Altersvorsorge) hier Abhilfe schaffen kann. Die (spärlichen) vorliegenden aktuellen Daten dazu weisen nicht darauf hin, dass diese Probleme im Saarland geringer wären als in anderen Ländern. Adressat entsprechender Initiativen (z. B. zum Stopp der Absenkung des Rentenniveaus) ist der Bund bzw. Bundesrat.

Zu Punkt 4 (Prävention im Kinderschutz):

Gruppenspezifische Teilhabeprobleme in diesem Bereich stellen zweifellos einen wichtigen Aspekt einer „Vererbung ungünstiger Entwicklungschancen“ dar. Im Rahmen der Erstellung des Ersten Armuts- und Reichtumsberichts für das Saarland sind uns keine Fakten bekannt geworden, die Zweifel an der Bedeutung dieses Punktes im Aktionsplan aufkommen lassen. Das Landesprogramm „Frühe Hilfen im Saarland“ erscheint als der richtige und beizubehaltende Weg. Gezielt ist in diesem Zusammenhang vor allem die Lage von Kindern in Alleinerziehenden- und in Mehrkinderhaushalten in das Blickfeld zu nehmen – etwa bei den sozialpolitischen Leistungen Kindergeld, Unterhaltsvorschusskasse und Wohngeld (und ihrer gegenseitigen Verrechnung).

Zu Punkt 5 (Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen):

Unbestritten ist die Sprachförderung bei Kindern und Jugendlichen ohne und mit Migrationshintergrund eine wichtige Aufgabe der langfristigen Armutsprävention. Maßnahmen wie ein Sprachscreening für alle Kinder unter drei Jahren sind zentral zum Erkennen von Defiziten. Zu achten ist dann aber auch auf die Teilnahme an anschließenden Fördermaßnahmen. Einige Daten im Bericht deuten darauf hin, dass es hier klare gruppenspezifische Muster gibt – nicht nur hinsichtlich der Teilhabe an entsprechenden Angeboten, sondern auch hinsichtlich der Unterstützung im familiären Umfeld. Durch die aktuelle Entwicklung bei Asylbewerbern wird diese Aufgabe sicherlich an Gewicht zunehmen.

Zu Punkt 6 (Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote):

Die Bedeutung einer institutionellen Kinderbetreuung für die Entwicklung von Kindern – insbesondere aus schwächeren sozialen Gruppen und speziell auch aus Familien mit Migrationshintergrund – ist inzwischen so weit belegt, dass es hierzu eigentlich keiner weiteren Ausführungen bedarf. Im Saarland ist, wie in anderen Bundesländern, hierzu im vorschulischen wie im schulischen Bereich Einiges geschehen, auch wenn es in qualitativer Hinsicht sicherlich noch Handlungsbedarf gibt (vgl. z. B. Arbeitskammer des Saarlandes 2015, S. 293ff). Als Schlagworte seien die stärkere Akademisierung pädagogischer Fachkräfte im vorschulischen Bereich wie auch die Entlohnung genannt bzw. genereller und an der Fachkräftequote ablesbar die Frage der Aufwertung der sozialen (Frauen-)Berufe im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Zu erwähnen ist aber auch, dass etwa bei der Forderung nach flexibleren bzw. erweiterten Öffnungszeiten der Betreuungsangebote nicht die Flexibilisierungsanforderungen seitens der Wirtschaft der alleinige Maßstab sein können. Die – sehr konkrete – Frage dazu lautet: Wer betreut die Kinder der Erzieherinnen?

Zu Punkt 7 (Förderung von kommunalen Projekten):

Der Aktionsplan selbst benennt geförderte Projekte vor Ort, die Armut (speziell Kinderarmut) bekämpfen bzw. vorbeugen. Im Rahmen der Ergänzungsstudie zum vorliegenden Bericht wurde eine große Vielfalt einschlägiger Initiativen und Einrichtungen dokumentiert, spezifisch auch solche der Wohlfahrtsverbände, die in verschiedensten Feldern in dieser Richtung tätig sind. Das entstandene Handbuch gibt hierzu einen Überblick.

Zu Punkt 8 (Inklusion von Menschen mit Behinderung):

Die Gruppe der Menschen mit (Schwer-)Behinderung stand nicht im Vordergrund der Analysen zum vorliegenden Armuts- und Reichtumsbericht. Dennoch muss darauf verwiesen werden, dass Menschen mit Behinderung trotz aller inzwischen erreichten Erfolge bei der Inklusion in vielen Lebenslagendimensionen benachteiligt sind. Insofern kann es nur ein – allerdings sehr wichtiger – Teilerfolg sein, wenn der Aktionsplan feststellt: „Schwerbehinderte Menschen weisen im Vergleich zu Menschen ohne Schwerbehinderung rein materiell betrachtet eine etwa gleich hohe Armutsgefährdung auf“ (MSGFF 2013, S. 41). Betrachtet man dagegen z. B. die Arbeitsmarktchancen, so ist festzustellen „...“, dass die spezifische Arbeitslosenquote der Schwerbehinderten

bei 14 % liegt. Zugleich verharrt die Zahl der Unternehmen, die trotz Verpflichtung keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, mit über 37.000 bundesweit auf einem hohen Niveau“ (Arbeitskammer des Saarlandes 2015, S. 225). Eine Reaktion auf diese Problemlage könnte z. B. in einer Erhöhung der Behindertenabgabe bestehen.

Zu Punkt 9 (Integration von Menschen mit Migrationshintergrund):

Im Aktionsplan der Landesregierung wird betont, dass „... ein nennenswerter Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus mitteleuropäischen Staaten kommt und gut integriert ist“ (MSGFF 2013, S. 43). Gerade angesichts dessen ist der Befund höherer und zwischen 2005 und 2013 weiter gestiegener Armutsrisikoquoten bei Ausländern und in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Gesamt- und Westdeutschland bemerkenswert, wo diese Quoten etwas gesunken sind (vgl. Darstellung 6.9). Die im Aktionsplan angesprochene Fokussierung auf Integrationsmaßnahmen für Migranten aus Staaten außerhalb Europas und auf (südeuropäische) Krisenstaaten ist plausibel. Es sollte jedoch auch geprüft werden, ob nicht auch bei Zuwanderern aus mitteleuropäischen (Nachbar-)Staaten – und dabei besonders relevant: auch bei Höherqualifizierten bzw. bei zuwandernden Fachkräften und ihren Familien – spezifische Integrationsbedarfe entstehen.¹³⁷

Angesichts der globalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung ist von einer Zunahme des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auszugehen. Gelingt die nötige Integration nicht (besser), so könnte das zu (weiter) steigenden Armutsrisikoquoten führen.

Zu Punkt 10 des 10-Punkte-Planes sind seitens der Auftragnehmer keine weiteren Ausführungen zu machen. Vielmehr erlauben wir uns an dieser Stelle noch einen Ausblick zu einigen übergreifenden Fragen.

11.3 Ausblick

Die Analysen in diesem Bericht haben gezeigt, dass die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen im Saarland aktuell etwas schwächer ausgeprägt ist als in (West-)Deutschland. Allerdings zeigen sich auch im Saarland Tendenzen zu einer Ungleichheitszunahme. Das empirische Bild ähnelt demjenigen beim Vergleich Deutschlands mit den Ländern der EU bzw. OECD: Unbestreitbar ist die Ungleichverteilung in Deutschland (zumindest beim Einkommen, nicht jedoch beim Vermögen) geringer ausgeprägt als in einer Reihe anderer Länder, speziell den USA. Die Verteilungsberichte z. B. der OECD (2008; 2011; 2015) weisen aber durchgängig auch auf eine im Trend größer werdende Ungleichverteilung gerade an den Rändern der Verteilung in Deutschland hin, unbenommen kurzfristiger zyklischer Entwicklungen.

Dabei gerät nicht nur das untere Ende der Verteilung in das Blickfeld, vor allem hinsichtlich der sozialen Folgen von Armut, sondern zunehmend auch die Konzentration der Einkommen und Vermögen am oberen Ende der Verteilung. Hierzu liegen neben den Berichten der internationalen Organisationen inzwischen vergleichsweise eindeutige Forschungsergebnisse vor, die deutlich negative ökonomische Auswirkungen wachsender Ungleichheit betonen (vgl. z. B. Stiglitz 2012; Ostry u. a. 2014 für den Internationalen Währungsfonds).

Hier nicht näher zu diskutierende Beispiele lauten etwa (vgl. z. B. United Nations Department of Economic and Social Affairs 2013, S. 63ff): reduziertes Wachstum, negative Beschäftigungseffekte, wachsende Krisenanfälligkeit, steigender Oligopolisierungsgrad und (zu) geringe Investitionen in Bildung und Gesundheit. Auch die Europäische Kommission (vgl. European Commission 2015, S. 38) verweist darauf und führt entsprechende empirische Studien an, die negative ökonomische Folgen von (zu großer) Ungleichheit belegen – und dies ohne ihre stark angebotsorientierte wirtschaftspolitische Position auch nur zu verlassen, d. h. sogar ohne kreislauftheoretische, kaufkraftbezogene Argumente überhaupt zu strapazieren. Außerdem betont die Kommission (ebenda) die Risiken sozialer und politischer Instabilität. Deutlich negative gesellschaftliche Effekte die benannt werden, reichen von einer Dominanz von bestimmten Wirtschaftsinteressen in Gesellschaft/Politik über zunehmende Spaltungstendenzen in der Gesellschaft bis hin zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung, Demotivierung, Anomie und schwindendem gesellschaftlichem Zusammenhalt.

¹³⁷ In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass solche Integrationskosten der Arbeits- bzw. Fachkräftezuwanderung (inklusive deren Familien) eigentlich in die Kostenkalkulation der Unternehmen einzubeziehen sind. Das heißt: Die Betriebe sollten diese Kosten – sogenannte externe Effekte – tragen müssen. Es ist wenig einsichtig, der Gesellschaft/dem Staat diese Aufgabe zuzuweisen, wie es in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der Fall war – mit den entsprechenden (langfristigen) Folgen.

Auf die letztgenannten, eher sozialpsychologischen Aspekte sei hier zum Abschluss dieses Ersten Armuts- und Reichtumsberichts für das Saarland noch kurz Bezug genommen (vgl. ausführlicher – für Deutschland – Faik 2015, S. 121ff). Datenbedingt erfolgt dies mit einigen empirischen Befunden vor allem auf der (west-)deutschen Ebene, wo möglich indes auch mit direktem Blick auf das Saarland.

Die große Einkommens- und Vermögensungleichheit wird in der bundesdeutschen Bevölkerung durchaus kritisch gesehen. Zwar geht z. B. aus dem Survey zum Vierten Armuts- und Reichtumsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Befragung aus dem Jahr 2011) hervor, dass von ca. vier Fünfteln der Befragten ein gewisses Maß an individuellem Reichtum für systemkonform gehalten und akzeptiert wird. Zugleich wird aber von immerhin gut zwei Dritteln der Bevölkerung in Deutschland die aktuelle Reichtumskonzentration als ungerechtfertigt angesehen. Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass diese Konzentration von individuellem Reichtum zu sozialen Spannungen führe (vgl. BMAS 2013, S. 270).

Nur je ca. ein Viertel der Befragten ist in dieser Erhebung der Meinung, dass Reichtum vor allem auf besonderen Fähigkeiten/Begabungen beruhe bzw. durch harte Arbeit erworben sei. 30 Prozent sind der Auffassung, dass Reichtum in Verbindung mit Unehrlichkeit stehe, und 25 Prozent sagen, dass er auf Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems beruhe (ebenda, S. 271).

Zudem hat laut SOEP die individuelle Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen in Westdeutschland trotz eines Wiederanstiegs in letzter Zeit seit 2001 abgenommen (vgl. Goebel u. a. 2011, S. 378). Außerdem ist der Anteil derjenigen klar gestiegen, die den Staat in der Verantwortung sehen, die großen Einkommensunterschiede abzubauen. 2010 waren 63 Prozent der Befragten in Westdeutschland dieser Meinung (vgl. Fuchs, Roller 2013, S. 375); im Jahr 2002 waren es mit 47 Prozent noch etwas weniger als die Hälfte gewesen.¹³⁸

¹³⁸ Leicht abgenommen hat dagegen der Anteil derjenigen Westdeutschen, die folgender Aussage zustimmen: „Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat“. Im letztverfügbaren Befragungsjahr waren es aber immerhin noch 80 Prozent (vgl. Fuchs, Roller 2013, S. 376).

Wichtig ist auch der Befund, dass die westdeutschen Befragten laut der sogenannten ALLBUS-Erhebungen zu jeweils rund zwei Dritteln am häufigsten Interessengegensätze zwischen Arm und Reich bzw. zwischen Kapital und Arbeiterklasse als gesellschaftliche Konfliktlinien benennen, mit relativ deutlichem Abstand vor den möglichen Konfliktarten Deutsche versus Ausländer bzw. Arbeitnehmer versus Arbeitgeber (vgl. Darstellung 11.1). Ausführliche Analysen zu diesen und ähnlichen Ergebnissen aus anderen Datengrundlagen (vgl. Faik, Becker 2009; Becker, Faik 2010) zeigen enge Zusammenhänge zwischen einer schwachen individuellen sozialen Lage und einer geringeren Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Gleichzeitig wird aber zunehmend auch gruppenübergreifend eine wachsende Polarisierung vor allem bei den Einkommen und den Vermögen gesehen und als zu groß bzw. als nicht wünschenswert eingeschätzt.

Darstellung 11.1: Wahrnehmung von Interessengegensätzen (Auswahl) zwischen verschiedenen Gruppen in Westdeutschland 1980, 1990 und 2010 (in Prozent)

Auswahl Items	Jahr		
	1980	1990	2010
Jung versus Alt	56	36	40
Arbeitgeber versus Arbeitnehmer	72	53	57
Arm versus Reich	75	65	76
Berufstätige Rentner	27	17	27
Kapital versus Arbeiterklasse	81	62	74
Ausländer versus Deutsche	67	70	62
Frauen versus Männer	28	23	21

Hinweise:

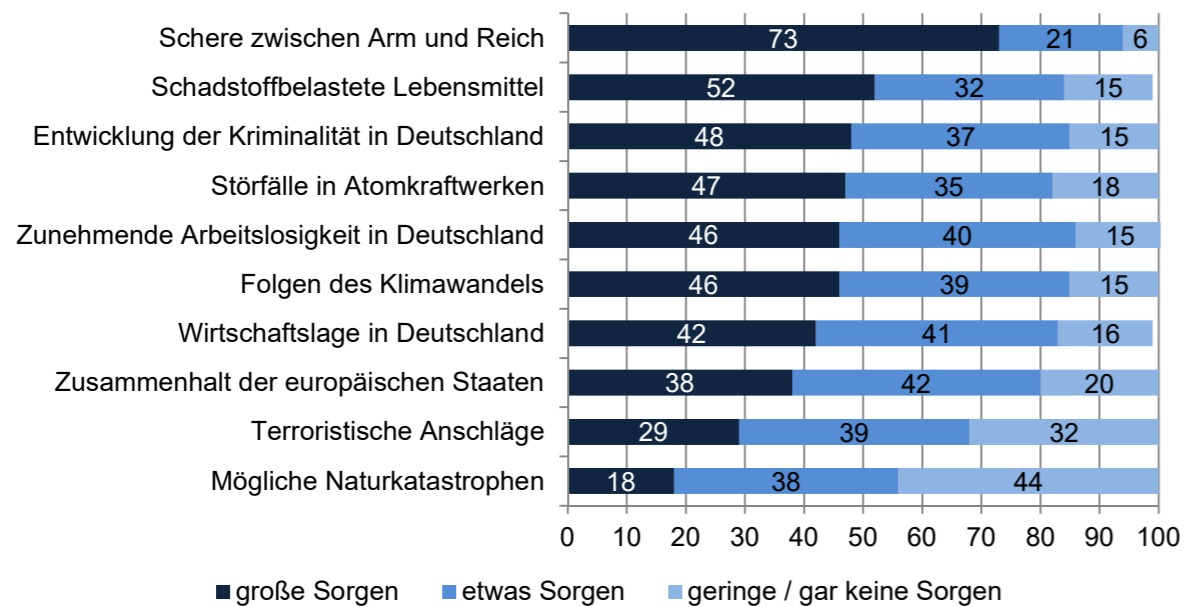
Antwortkategorien „ziemlich stark“ plus „sehr stark“

1980: Gastarbeiter versus Deutsche (anstelle von Ausländer versus Deutsche)

Quelle: Eigene Berechnungen nach ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften)

Dieser Befund wird umso gewichtiger, wenn man ihn in Verbindung zu dem folgenden Ergebnis einer Befragung aus dem Jahr 2012 sieht. Hummelsheim (2015) berichtet aus dem Projekt „Barometer Sicherheit in Deutschland 2012“, dass die Schere zwischen Arm und Reich – vor der Schadstoffbelastung von Lebensmitteln, der Entwicklung der Kriminalität etc. – von 75 Prozent der Bevölkerung mit Abstand am häufigsten als Sorge im gesellschaftlichen Leben genannt wurde (vgl. Darstellung 11.2).

Darstellung 11.2: Bevölkerungsanteil mit Sorgen im gesellschaftlichen Leben (in Prozent)



N = 2.525; gewichtete Daten; Auf einer Skala von 0 (keine Sorgen) bis 10 (sehr besorgt) entsprechen große Sorgen den Skalenpunkten 7-10, etwas Sorgen den Skalenpunkten 4-6, geringe/keine Sorgen den Skalenpunkten 0-3

Quelle: Hummelsheim 2015, S. 8 (Barometer Sicherheit in Deutschland 2012)

Ein anderer, wichtiger Punkt ist, ob bzw. wie genau die zunehmende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen sich negativ auf den sozialen Zusammenhalt auswirkt. Dieser letztgenannte Begriff ist trotz aller Forschungsanstrengungen (vgl. die Beiträge in Kistler u. a. 2001) auch heute noch nicht einheitlich bestimmt. Geht man, auch im Sinne der Definition von Sozialkapital nach Putnam (1995), davon aus, dass „Bowling alone“¹³⁹ Ausdruck eines geringen sozialen Zusammenhalts ist, so steht das Saarland gut da und von einem negativen Zusammenhang zwischen ungleicher werdender Verteilung und sozialem Zusammenhalt kann hier eigentlich nicht gesprochen werden: Die Vereinsdichte im Saarland ist höher als in allen anderen Bundesländern, und der Anteil der freiwillig Engagierten ist im Saarland ebenfalls höher als im gesamtdeutschen Durchschnitt, sogar mit einem leichten Anstieg zwischen 1999 und 2009 (vgl. Gensicke, Geiss 2010, S. 5).

¹³⁹ Putnam meint mit diesem Begriff die individuelle Nutzung von Freizeitangeboten etc. statt in Gemeinschaft (Verein, Gruppe).

Allmendinger und Driesch (2014) kommen auf der Grundlage ihres internationalen Literatursurveys auch zu dem Ergebnis, dass ein häufig vermuteter Zusammenhang zwischen der Verteilungssituation und der Wahlbeteiligung empirisch nicht gesichert sei. Sie sehen aber einen klaren Zusammenhang zwischen der ökonomischen Ungleichheit und der politisch-demokratischen Teilhabe in anderen Bereichen individuellen Engagements (vgl. ebenda, S. 92ff).

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass es in diesem Forschungsbereich noch sehr viele offene Fragen gibt, gerade in Bezug auf die Zusammenhänge zwischen den Dimensionen der objektiven Ungleichheit, der subjektiv wahrgenommenen Ungleichheit¹⁴⁰ und des sozialen Zusammenhalts. Daher, und auch wegen des Problems zu kleiner Fallzahlen in den meisten der in der Studie der Bertelsmann-Stiftung „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (vgl. Dragolov u. a. 2014) verwendeten Umfragen, kann man die dortigen Ergebnisse nicht unbesehen als valide Angaben verwenden. Insbesondere die Zeitreihen-/Periodenvergleiche sind mit den verwendeten Datengrundlagen für das Saarland eigentlich nicht zulässig. Dennoch erscheint das Ergebnis nicht unplausibel, dass dem Saarland beim Ranking der Bundesländer eine Spitzenposition beim Gesamtindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt zugeschrieben wird (nach Hamburg und Baden-Württemberg). Bezüglich des Teilindexes Gerechtigkeitsempfinden rangiert das Saarland hinter Rheinland-Pfalz sogar auf Platz 2. Dieser Befund korrespondiert mit der im Bundesländervergleich etwas weniger ungleichen (und nach objektiven Maßstäben gemessenen) Einkommens- und Vermögensverteilung zwar einigermaßen. Angesichts des auch für das Saarland anzunehmenden Ungleichheitsanstiegs bei der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Zukunft bleibt aber die Frage offen, ob und wie sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Folge verändern wird.

¹⁴⁰ Vgl. zu dieser wichtigen und noch zu wenig untersuchten Unterscheidung z. B. Niehues 2014. Dabei ist die tatsächliche Ungleichheit aber wahrscheinlich größer und nicht kleiner als die im Radar gesellschaftlichen Zusammenhalts ermittelte Ungleichheitswahrnehmung in der Bevölkerung, zumindest bezogen auf den oberen Rand der Verteilung (vgl. Shaxson u. a. 2012). Dies hat weitreichende Konsequenzen: „Ungleichheit ist eine politische Entscheidung, eine Entscheidung darüber, wie viel Ungleichheit der Ergebnisse eine Gesellschaft zu tolerieren bereit ist, gemäß ihren Ansichten darüber, wie wichtig es sein mag, Anreize zu geben, und wie viel Schaden sie dem sozialen Zusammenhalt, dem Wirtschaftswachstum usw. zufügen mag.“ (ebenda, S. 21). Für diese Entscheidung brauchen Politik und gesellschaftlicher Dialog bessere Datengrundlagen.

Immerhin gut ein Drittel (2010: 36 %) der Befragten der ALLBUS-Umfragen in Westdeutschland ist der Meinung, sehr viel oder zumindest etwas weniger als einen gerechten Anteil am Wohlstand zu erhalten (vgl. Scheuer 2013, S. 381). Und drei Viertel (76 %) der Westdeutschen stimmen (2012) laut der gleichen Befragung der Aussage zu, dass für die einfachen Leute in der Zukunft eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu erwarten ist (vgl. ebenda, S. 382). Das ist zwar weniger als im Jahr 2008, aber es sind auch fünf Prozentpunkte mehr als in den Jahren 1992 und 2010.

Literaturverzeichnis:

- Allmendinger, J.; Driesch, E. v. d. (2014): Social Inequalities in Europe: Facing the challenge, WZB-Discussion. Paper P2014-005, Berlin.
- Ammermüller, A.; Weber, A. M.; Westerheide, P. (2005): Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Mannheim.
- Arbeitskammer des Saarlandes (2013): Bericht an die Regierung des Saarlandes 2013, Saarbrücken.
- Arbeitskammer des Saarlandes (2014): Kreisreport. Die Lage vor Ort, Arbeitnehmer-Sonderdruck, Saarbrücken.
- Arbeitskammer des Saarlandes (2015): Bericht an die Regierung des Saarlandes 2015, Saarbrücken.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012, Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014, Bielefeld.
- Bach, St. (2010): Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum, in: DIW-Wochenbericht Nr. 50, S. 2ff.
- Bach, St. (2015): Erbschaftsteuer: Firmenprivilegien begrenzen, Steuerbelastungen strecken, in: DIW-Wochenbericht Nr. 7, S. 111ff.
- Bach, St.; Corneo, G.; Steiner, V. (2011): Effective Taxation of Top Incomes in Germany. School of Business & Economics Discussion Paper: No. 2011/08, Berlin.
- Bach, St.; Mudrack, T. (2015): Erbschaftssteuer auf den Bund übertragen, Länder stärker an Umsatz- oder Einkommensteuer beteiligen, in: DIW-Wochenbericht Nr. 23, S. 539ff.
- Bach, St.; Grabka, M.; Tomasch, E. (2015): Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung, in: DIW-Wochenbericht Nr. 8, S. 147ff.
- Bach St.; Thiemann, A.; Zucco, A. (2015a): The Top Tail of the Wealth Distribution in Germany, France, Spain and Greece, DIW Discussion Papers Nr. 1502, Berlin.
- Baethge-Kinsky, V. (2012): Neudefinition der "bürgerlichen Grundbildung" und gefährdete Bildungsteilhabe, in: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch, Zweiter Bericht, Wiesbaden, S. 201ff.

- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2014): Das Bundesamt in Zahlen 2013, Nürnberg.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2015): Aktuelle Zahlen zu Asyl, Mai 2015, Nürnberg.
- Baus, Alwin (2004): Erbschafts- und Schenkungsteuerstatistik 2002. In: Monatsheft 7+8, S. 14ff.
- Becker, I. (2012): Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter. In: Zeitschrift für Sozialreform 2/2012, S. 123ff.
- Becker, I. (2013): Die Grundsicherung: Seit 2003 das unterste Auffangnetz im Alter und bei Invalidität, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 2, S. 121ff.
- Becker, I. (2015): Der Einfluss verdeckter Armut auf das Grundsicherungsniveau. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 309, Düsseldorf.
- Becker, I. (2015a): Konsumteilhabe bei staatlicher Mindestsicherung vor und nach Hartz IV. soeb-Working-Paper 2015-3, Göttingen.
- Becker, I.; Faik, J. (2010): Konflikt und Ungleichheit. Anmerkungen zur sozialen Verfasstheit der „Berliner Republik“, in: Mittelweg, Bd. 36, S. 71ff.
- Behringer, J.; Theobald, Th.; van Treeck, T. (2014): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Eine makroökonomische Sicht, IMK-Report Nr. 99, Düsseldorf.
- Bellmann, L. u. a. (2015): Reichweite des Mindestlohns in deutschen Betrieben, IAB-Kurzbericht Nr. 6, Nürnberg.
- Bertelsmann Stiftung, Prognos AG (2015): Lohneinkommensentwicklungen 2020. Eine Vorausberechnung der Einkommensentwicklung in Branchen, Haushalten und Einkommensgruppen für Deutschland, Gütersloh.
- BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) (2009): Armutsgefährdung in Österreich 2008. Sozialpolitische Schriftenreihe Bd. 2, Wien.
- Böhm, P. I.; Merz, J. (2008): Zum Einkommensreichtum Älterer in Deutschland – Neue Reichtumskennzahlen und Ergebnisse aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik (FAST 2001). FDZ-Arbeitspapier Nr. 24, Wiesbaden.
- Böhnke, T.; Lüthen, H. (2014): Lebenseinkommen von Arbeitnehmern in Deutschland: Ungleichheit verdoppelt sich zwischen den Geburtsjahrgängen 1935 und 1972; in : DIW-Wochenbericht Nr. 49; S. 1271ff.
- Bundesagentur für Arbeit (2014): Analyse des Arbeitsmarktes für Ältere ab 50 Jahren. Saarland Dezember 2014 – Analytikreport der Statistik (Internet).

- Bundesagentur für Arbeit (2014b): Arbeitsmarkt in Zahlen (Beschäftigtenstatistik) (Internet).
- Bundesagentur für Arbeit (2014c): Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Verweildauern SGB II, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2014d): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2015): Arbeitsmarktmonitor (Internet).
- Bundesagentur für Arbeit (2015a): Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende für Saarland im Februar 2015, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2015b): Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Februar 2015, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2015c): Analyse der Grundsicherung im Dezember 2014, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2014): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014, Berlin.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2015): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012): Alterssicherung in Deutschland 2011 (ASID 2011) – Zusammenfassender Bericht, Forschungsbericht 431/Z, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012a): Verbreitung der Altersvorsorge 2011 – Endbericht, Forschungsbericht 430, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS; 2013): Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008): Alleinerziehende: Lebens- und Arbeitssituation sowie Lebenspläne. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Herbst 2008. Ergebnisband, Berlin.
- Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e. V. (2011): Rückgriffsquoten bei Unterhaltsvorschuss rückläufig, Pressemitteilung, Berlin.
- Corneo, G.; König, J.; Schröder, C. (2015): Distributional Effects of Subsidizing Retirement Savings Accounts: Evidence from Germany, hekt. Ms, Berlin.
- Credit Suisse (2014): Global Wealth Report 2014, Zürich.
- Credit Suisse (2014a): Global Wealth Data Book 2014, Zürich.
- Credit Suisse (2015): Global Wealth Report 2015, Zürich.
- Creditreform Wirtschaftsforschung (2014): Schuldneratlas Deutschland, Neuss (Internet).
- Der Paritätische (2012): Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012, Berlin.
- Deutsche Bank Research (2003): Auf dem Prüfstand der Senioren. Alternde Kunden fordern Unternehmen auf allen Ebenen. Demografie Spezial Nr. 278, Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2013): Private Haushalte und ihre Finanzen. Tabellenanhang zur Pressenotiz vom 21.03.2013, Frankfurt am Main.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (2014): Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV-Schriften Band 22, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2008): Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, BTDRs 16/9915.
- Deutscher Bundestag (2010): Altersbilder in der Gesellschaft. Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, BTDRs. 17/3815.
- Deutscher Bundestag (2011): Altersarmut in Deutschland. Antwort der Bundesregierung, BTDRs. 17/6317.
- Deutscher Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Kunert, Dr. Kirsten Tackmann, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/8447. Tatsächliche Entlastung der Kommunen bei der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund, BTDRs 17/8669.
- Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu Nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, BTDRs. 17/13300.
- Deutscher Bundestag (2013a): Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht, BTDRs. 17/12650, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2013b): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht, BTDRs. 17/12200, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2013c): Sozialbericht 2013, BTDRs. 17/14332.
- Deutscher Bundestag (2015): Antwort der Bundesregierung, BTDRs. 18/4676.
- Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (2013): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012, Berlin.

DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) (2010): Mitarbeiter dringend gesucht. Fachkräftesicherung – Herausforderung der Zukunft, Berlin/Brüssel.

DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) (2014): Ausbildung 2014. Ergebnisse einer DIHK-Online-Unternehmensbefragung, Berlin.

Dragolov, G. u. a. (2014): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen, was verbindet, Gütersloh.

DSW; TUM (Deutsche Schutzvereinigung Wertpapierbesitz; Technische Universität München) (2015): Studie zur Vergütung der Vorstände in den DAX- und MDAX-Unternehmen im Geschäftsjahr 2014 (Internet).

Engels, D.; Engel, H.; Mehlan, S. (2009): Sozialstudie Saar – Teilhabe und sozialer Zusammenhalt im Saarland, Saarbrücken.

Engels, D.; Thielebein, Ch. (2010): Zusammenhang von Sozialer Schicht und Teilnahme an Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Schlussbericht, Berlin.

Engstler, H.; Gordo, R. L. (2014): Arbeiten im Ruhestand – Entwicklung, Faktoren und Motive der Erwerbstätigkeit von Altersrentenbeziehern, in: Kistler, E; Trischler, F. (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkunftsfrage im Alter, edition Böckler, Bd. 196, Düsseldorf, S. 115ff.

European Commission (2009): GDP and beyond: Measuring progress in a changing world. Communication from the Commission to the Council and European Parliament. COM (2009) 433 final, Brüssel.

European Commission (2011): Employment and Social Developments in Europe 2011, Brüssel.

European Commission (2012): Employment and Social Developments in Europe 2012, Brüssel.

European Commission (2014): Employment and Social Developments in Europe 2014, Brüssel.

European Commission (2015): Employment and Social Developments in Europe 2014, Brüssel.

European Commission (2015a): Social Europe – Aiming for inclusive growth. Annual report of the Social Protection Committee on the social situation in the European Union (2014), Brüssel.

Faik, J. (2007): Elementare Wirtschaftsstatistik, Berlin.

Faik, J. (2014): Demografischer Wandel und Wohlstandsverteilung. Eine sozioökonomische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Faik, J. (2015): Verteilung und Umverteilung von Wohlstand, Tübingen.

Faik, J.; Becker, J. (2009): Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland, hekt. Ms., Frankfurt.

Feierabend, S.; Plankenhorn, Th.; Rathgeb, Th. (2015): Mediennutzung von Kleinkindern, in: Media Perspektiven, Heft 5, S. 234ff.

Fritsch, M.; Kritikos, A. S.; Sorgner, A. (2015): Verdienen Selbständige tatsächlich weniger als Angestellte?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 7, S. 134ff.

Fuchs, D.; Roller, E. (2013): Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 370ff.

Gensicke, Th.; Geiss, S. (2010): Öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement im Saarland, München.

Geyer, J. (2015): Grundsicherungsbezug und Armutsrisikoquote als Indikatoren von Altersarmut, DIW Roundup Nr. 62.

Goebel, J.; Grabka, M. M.; Schröder, C. (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, in: DIW-Wochenbericht Nr. 25, S. 571ff.

Goebel, J.; Habich, R.; Krause, P. (2011): Subjektives Wohlbefinden, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik, Deutschland, Bonn, S. 168ff.

Grabka, M. M.; Westermeier, Ch. (2015): Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind von 2003 bis 2013 geschrumpft, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 34, S. 727ff.

Groh-Samberg, O. (2013): Expertise zur Entwicklung und Struktur von Jugendarmut, Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht, München.

Groh-Samberg, O.; Hertel, F. R. (2015): Ende der Aufstiegsgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg.65, S. 25ff.

Groos, Th.; Jehles; N. (2015): Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern, Gütersloh.

Hans-Böckler-Stiftung (2013): Vorstandsvergütung. Chefs verdienen ein Vielfaches, Böckler-Impuls 16/2013, Düsseldorf.

Hartmann, B. (2014): Unterhaltsansprüche und deren Wirklichkeit. Wie groß ist das Problem nicht gezahlten Kindesunterhalts? SOEPpapers Nr. 660, Berlin.

Hartmann, M. (2014a): Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg.64, S. 3ff.

Hauser, R. (2015): Alleinerziehende kommen zu kurz. Zunehmende Betroffenheit von Armut – Vorschläge zu Milderung des Problems, in: soziale Sicherheit, Heft 5, S. 193ff.

Hauser, R.; Schüssler, R. (2012): Armut unter der älteren Bevölkerung in der Europäischen Union, FNA-Journal 2/2012, Basel/Berlin.

Hausner, K. H. u. a. (2015): Qualifikation und Arbeitsmarkt. Bessere Chancen mit mehr Bildung, IAB-Kurzbericht Nr. 11, Nürnberg.

Held, B. (2014): Sind ärmere Haushalte stärker von Inflation betroffen? Eine äquivalenzeinkommensspezifische Analyse, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11, S. 680ff.

HFW (Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes); Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) (2014): Sozialbericht für den Saarpfalz-Kreis. Abschlussbericht, Köln/Saarbrücken.

Himmelreicher, R. (2013): Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in den alten und neuen Bundesländern, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2015. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 292ff.

Holler, M. u. a. (2015): Inanspruchnahme und Verteilungseffekte gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen. Bericht an die Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf (Internet).

Hummelsheim, D. (2015): Sorgen über die Altersversorgung beeinträchtigen die Lebenszufriedenheit, in: ISI-Informationen Soziale Indikatoren, Nr. 54, S. 7ff.

INFO-Institut (2014): Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2013/2014, Schriftenreihe der Regionalkommission Band 20, Saarbrücken.

Institut der deutschen Wirtschaft (2015): Sehr viele Ältere haben Vermögen, Infodienst vom 11. Mai 2015, Köln.

Jaehring, K. u. a. (2014): Mehr Arbeit, mehr Armut? Ausmaß und Hintergründe der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und materieller Sicherheit von Alleinerziehenden im Ländervergleich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 66. Jg., S. 343ff.

Jarass, L.; Obermair, G. M. (2012): Steuermaßnahmen zur nachhaltigen Staatsfinanzierung, Münster.

Kiatpongsan, S.; Norton, M. I. (2014): How Much (More) Should CEOs Make? A Universal Desire for More Equal Pay. In: Perspectives on Psychological Sciences, Jg.9, S. 587ff.

Kistler, E. (2008): „Alternsgerechte Erwerbsarbeit“, Böckler Forschungsbericht Bd. 7, Düsseldorf.

Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.) (2001): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, 2. Aufl., Berlin.

Kistler, E.; Schneider, D. (2012): Verteilungswirkungen öffentlicher Dienstleistungen – Bestandsaufnahme und Systematisierung von Forschungsfragen. Böckler-Arbeitspapier Nr. 271, Düsseldorf.

Kistler, E.; Trischler, F. (2014): „Gute Erwerbsbiographien“ – Der Wandel der Arbeitswelt als Risikofaktor für die Alterssicherung, in: Kistler, E.; Trischler, F. (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkommenslage im Alter, Düsseldorf, S. 171ff.

Klein, M.; Nowotnick, A.; Hollenrieder, J. (2012): Benchmarking der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland. Leistungen nach dem SGB XII 2011, Hamburg.

Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (2003): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht der Kommission, Berlin (Internet).

Korczak, D. (2013): Überschuldungsforschung im Nebel?, in: BAG-SB Informationen Nr. 2, S. 128ff.

Kortmann, K. (2012): Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst (BAV 2011). Endbericht, Forschungsbericht Sozialforschung des BMAS Bd. 409, Berlin.

Krämer, D. (2013): Zensus 2011: Gebäude- und Wohnungszählung, in: Statistisches Quartalsheft Saarland Nr. 18, S. 7ff.

Kroh, M. u. a. (2012): Menschen mit hohem Einkommen leben länger, in: DIW-Wochenbericht Nr. 38, S. 3ff.

Lampert, Th. (2009): Soziale Ungleichheit und Gesundheit im höheren Lebensalter, in: Böhm, K., u. a. (Hrsg.): Gesundheit und Krankheit im Alter. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin, S. 121ff.

Lampert, Th. u. a. (2011): Gesundheitliche Ungleichheit, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Band II, Bonn, S. 247ff.

Lampert, Th. u. a. (2013): Gesundheitliche Ungleichheit, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 259ff.

Landkreis Neunkirchen (2011): Sozialbericht für den Landkreis Neunkirchen, Ottweiler.

Landkreis St. Wendel (2012): Sozialbericht 2012, St. Wendel.

Lauterbach, W.; Kramer, M. (2009): „Vermögen in Deutschland (ViD) – eine quantitative Studie“, in: Druyen, Th.; Lauterbach, W.; Grundmann, M. (Hrsg.): Reichtum und Vermögen. Zur Gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung, Wiesbaden, S. 279ff.

Leitner, S. (2015): Drivers of wealth inequality in Euro Area countries, Working Paper-Reihe der AK Wien Nr. 137, Wien.

Lenze, A. (2014): Alleinerziehende unter Druck. Rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Lage und Reformbedarf, Gütersloh.

Maier, T.; Dorau, R. (2010): Chancen für eine vollwertige Beschäftigung nach Abschluss einer dualen Ausbildung, in: BIBB-BWP, Nr. 2, S. 4f.

Managermagazin (2014): Die reichsten Deutschen. Noch nie war es einfacher für die 500 reichsten Deutschen ihr Vermögen zu mehren, Spezial Oktober 2014, S. 8ff.

Maretzke, St. (2015): Regionale Disparitäten des Einkommens in Deutschland, in: Franke, S. (Hrsg.): Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 97, München, S. 19ff.

Matthes, St. u. a. (2015): Duales System vor großen Herausforderungen. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2014, Bonn.

Mayntz, G. (2000): Zusammenfassung, in: Rothkirch, Ch. v. (Hrsg.): Altern und Arbeit. Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin, S. 9ff.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2013): KIM-Studie 2012. Kinder + Medien, Computer + Internet – Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger, Stuttgart.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2014): JIM-Studie 2014. Jugend, Information, (Multi)Media – Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart.

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (2015): Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz, Mainz.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (2014): IAB-Betriebspanel. Beschäftigungstrends im Saarland von 2002 bis 2013, Saarbrücken.

MSGFF (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2013): Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland. Bestandsaufnahme und Handlungsperspektiven der Landesregierung, Saarbrücken.

Müller, H. u. a. (2014): Vierter Kinder- und Jugendbericht für das Saarland 2014. Neue Familialität als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe, Mainz.

Niehues, J. (2014): Subjective Perceptions of Inequality and Redistributive Preferences. An International Comparison, hekt, Ms, Köln.

Nullmeier, F. (2015): Einstürzende Neubauten – Statikprobleme im Säulenmodell der Alterssicherung, in: Sozialer Fortschritt, Heft 8, S. 196ff.

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2008): Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris.

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2011): Divided we Stand: Why Inequality Keeps Rising, Paris.

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2014): Renten auf einen Blick 2013, Paris.

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2015): In It Together. Why Less Inequality Benefits All, Paris.

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development); Ford Foundation (2014): All on Board. Making Inclusive Growth Happen, Paris.

Ostry, J. D.; Berg, A.; Tsangarides, C. G. (2014): Redistribution, Inequality and Growth. IMF Staff Discussion Note, Washington D.C.

Oxfam (2015): Ein Europa für alle. Ungleichheit und Armut in Europa stoppen!, Berlin.

Piketty, Th. (2014): Capital in the Twenty-First Century, Cambridge, Mass.

Putnam, R. (1995): Bowling alone: America's declining social capital, in: Journal of democracy, Vol. 6, S. 65ff.

Regionalverband Saarbrücken (2012): Sozialbericht 2012, Saarbrücken.

Reichelt, M.; Vicari, B. (2014): Ausbildungsinadäquate Beschäftigung in Deutschland. Im Osten sind vor allem Ältere für ihre Tätigkeit überqualifiziert. IAB-Kurzbericht Nr. 25, Nürnberg.

Reindl, J. (2009): Die Abschaffung des Alters. Eine Kritik des optimistischen Alternsparadigmas, in: Leviathan Bd. 37, S. 160ff.

Rhein, Th.; Stüber, H. (2014): Bei Jüngeren ist die Stabilität der Beschäftigung gesunken. Beschäftigungsdauer im Zeitvergleich, IAB-Kurzbericht Nr. 3, Nürnberg.

Richter-Kornweitz, A. (2012): Gesundheitliche Ungleichheit im Alter – ein Armutszeugnis, in: Butterwegge, Ch.; Bosbach, G.; Birkwald, M. W. (Hrsg.): Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main/New York, S. 144ff.

Rohrbach, D. (2008): Wissensgesellschaft und soziale Ungleichheit. Ein Zeit- und Ländervergleich, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013): Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2013/14. Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014): Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 2014/2015, Wiesbaden.

Schäfer, I. (2015): Die Illusion von der Lebensstandardsicherung. Eine Analyse der Leistungsfähigkeit des „Drei-Säulen-Modells“. Schriftenreihe der Arbeitnehmerkammer Bremen, Heft 1, Bremen.

Scheuer, A. (2013): Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport. Ein Sozialbericht für Deutschland, Bonn, S. 377ff.

Schmid, K. D.; Spannagel, D. (2015): Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, in: Bofinger, P. u. a. (Hrsg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, S. 243ff (Internet).

Schmillen, A.; Umkehrer, M. (2014): Einmal arbeitslos, immer wieder arbeitslos? Verfestigung von früher Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 16, Nürnberg.

Schmitz, J. (2014): Erwerbstätigkeit trotz Rente? Zur Systematisierung einer Debatte, in: Kistler, E.; Trischler, F. (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkunftsfrage im Alter, edition Böckler, Bd. 196, S. 149ff.

Schupp, J.; Szydlik, M. (2004): Erbschaften und Schenkungen in Deutschland. Wachsende fiskalische Bedeutung der Erbschaftsteuer für die Länder, in: DIW-Wochenbericht Nr. 5.

Schwalbach, J. (2011): Vergütungsstudie 2011 (Folienpräsentation), Berlin. (Internet).

Sen, A. (2002): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.

Shaxson, N.; Christensen, J.; Mathiason, N. (2012): Ungleichheit: Mehr als die Hälfte bleibt im Verborgenen (Oder warum die Ungleichheit größer ist als wir dachten): Tax Justice network paper (Internet).

Sinn, H.-W. (2008): Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut, in: ifo-Schnelldienst Nr. 10, S. 14ff.

Sojka, E. (2011): Haushaltsnahe Dienstleistungen, in: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, Wiesbaden, S. 633ff.

Spannagel, D.; Broschinski, S. (2014): Reichtum in Deutschland wächst weiter, WSI Report Nr. 17, Düsseldorf.

Statistische Ämter der Großregion (2014): Saar-lor-lux-rheinland-pfalz-wallonie – Statistische Kurzinformationen 2014, Saarbrücken u. a. O.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012): Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2014, Tabellenband, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014a): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Internet).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014b): Amtliche Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter (Internet).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014c): Steuern regional. Ergebnisse der Steuerstatistiken. Ausgabe 2014, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014d): Statistik der Mindestsicherungsleistungen, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Internet).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015a): Bevölkerungsstatistik, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015b): Statistik der Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015c): Statistik der Empfänger(innen) von Grundsicherung im Alter bei Erwerbsminderung, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015d): Statistik der Empfänger(innen) von Mindestsicherungsleistungen, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015e): Regionalatlas Deutschland Indikatoren des Indikatorensystems „Soziales“, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015f): Statistik der Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, Wiesbaden.

Statistisches Amt Saarland (versch. Jahre): Statistische Berichte – Insolvenzen im Jahr ... (Internet).

Statistisches Amt Saarland (2012): Erwerbstätige mit Arbeitsort im Saarland 1991 bis 2007 nach Wirtschaftsbereichen (Internet).

Statistisches Amt Saarland (2013): Pflegestatistik im Saarland 2011. Pflegebedürftige im Saarland am 15. Dezember 2011. Statistische Berichte K VIII – 2 j 2011, Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (2014): Bevölkerung im Saarland am 31.12.2012 nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Internet).

Statistisches Amt Saarland (2015): Steueraufkommen im Saarland 2014, Statistische Berichte L I 1/L I 2 – j 2014, ausgegeben im Juni 2015, Saarbrücken (Internet).

Statistisches Amt Saarland (2015a): Privathaushalte im Saarland nach Haushaltsgröße. Ergebnisse des Mikrozensus (Internet)

Statistisches Amt Saarland (2015b): Tab. 1. Erwerbstätige im Saarland nach Wirtschaftsabschnitten (Internet).

Statistisches Amt Saarland (2015c): Pflegestatistik im Saarland 2013. Pflegebedürftige im Saarland am 15. Dezember 2013. Statistische Berichte KVIII – 2j2013, Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (2015d): Insolvenzen im Jahr 2014, Saarbrücken (Internet).

Statistisches Amt Saarland (2015e): Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik im Saarland 2013. Teil II: Empfängerkreis, Saarbrücken.

Statistisches Bundesamt (2010): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, Fachserie 15, Heft 4, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013): Pflegestatistik 2011. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Ländervergleich – Pflegebedürftige, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014): Statistik zur Überschuldung privater Personen 2013, Wiesbaden (Internet).

Statistisches Bundesamt (2014a): Finanzen und Steuern. Erbschafts- und Schenkungsteuer 2013, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015): Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste 2014, Fachserie 16 Reihe 2.3 (Internet).

Statistisches Bundesamt (2015a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters; Fachserie 1 Reihe 2 (Internet).

Statistisches Bundesamt (2015b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund; Fachserie 1 Reihe 2.2 (Internet).

Statistisches Bundesamt (2015c): Die Generation 65+ in Deutschland, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015d): Sozialleistungen, Leistungen an Asylbewerber 2013. Fachserie 13, Reihe 7, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015e): Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial: 6,3 Millionen Menschen wollen (mehr) Arbeit. Pressemitteilung 5/15 vom 08. Januar 2015, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015f): Erwerbstätige und ungenutztes Arbeitskräftepotenzial. Sonderauswertung der Arbeitskräfteerhebung 2013 vom 14.01.2015, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015g): Finanzen und Steuern. Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts, Fachserie 14, Reihe 5, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015h): Pflegestatistik 2013. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015i): Statistik zur Überschuldung privater Personen 2014, Wiesbaden (Internet).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2015): Struktur Kompass. Indikatoren für Saarland (Internet).

Stein, H. (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1988, Berlin.

Stiglitz, J. (2012): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.

Stiglitz, J. E.; Sen, A.; Fitoussi, J.-P. (2010): *Measuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add Up*, New York.

Stöver, B.; Wolter, M. I. (2015): *Ökonomische Wirkungen der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung*, hekt. Ms. (Internet).

Streuli, E. u. a. (2008): *Eigenes Geld – Fremdes Geld*, hekt. Ms. (Internet).

Tews, L. (2013): *Energiearmut definieren, identifizieren und bekämpfen – Eine Herausforderung der sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende*, FFU-Report 04-2013, Berlin.

Thielebein, Ch.; Engels, D. (2011): *Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland*, Saarbrücken.

Tophoven, S. u. a. (2015): *Kinder- und Familienarmut: Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung*, Gütersloh.

Trischler, F.; Kistler, E. (2014): „Gute Erwerbsbiographien“ – Der Wandel der Arbeitswelt als Risikofaktor für die Alterssicherung. In: Kistler, E.; Trischler, F. (Hrsg.): *Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkunfts-lage im Alter*, Düsseldorf, S. 171ff.

Trischler, T.; Holler, M.; Kistler, E. (2014): *Seniorinnen und Senioren in Hamburg – Entwicklungen der Grundsicherung im Alter und Hilfe zur Pflege sowie weiterer Transferleistungen an Ältere*. In: *Freie und Hansestadt Hamburg/Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (Hrsg.): Sozialbericht der Freien und Hansestadt Hamburg*, Hamburg.

UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund) (2013): *Kinderarmut in reichen Ländern: Mittelplatz für Deutschland. Ergebnisse der UNICEF-Vergleichsstudie 2012*, Köln.

Union Investment (2013): *Vorsorgeatlas Deutschland 2013*, Frankfurt am Main.

United Nations Department of Economic and Social Affairs (2013): *Inequality Matters. Report on the World Social. Situation 2013*, New York.

VAMV (Verband alleinerziehender Mütter und Väter) (2012): *Stellungnahme des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V. zum Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom 21.11.2012*, Berlin.

van de Werfhorst u. a. (2012): *Political and Cultural Impacts of Growing Inequalities*, GINI-Intermediate Work Package 5 Report (Internet).

Voges, W.; Groh-Samberg, O. (2014): *Armutsrisiko als Folge mangelnder Bildungsrendite?*, in: *ZeS-Report 19. Jg., Heft 02*, S. 18ff.

Weber, E. (2014): *Fern, aber erreichbar. Das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland*, IAB-Kurzbericht Nr. 15, Nürnberg.

Weber, Th.; Beck, M. (2015): *Entgeltumwandlung in Deutschland*, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1, S. 56ff.

Wehler, H.-U. (2013): *Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München.

Westermeier, Ch.; Grabka, M. M. (2015): *Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland*. In: *DIW-Wochenbericht Nr. 7/2015*, S. 123ff.

Wiegel, C. (2015): *Kein Distress in der Berufsausbildung. Auswertung der Auszubildendenbefragungen*, hekt. Berichtsentwurf, Stadtbergen.

Wiegel, C.; Kistler, E. (2015): *Handbuch über Projekte in freier Trägerschaft auf kommunaler Ebene zur Armutsprävention und –bekämpfung im Saarland*, Saarbrücken.

WORLD VISION Deutschland e. V. (2013): *2. WORLD-VISION-Kinderstudie: Die Kluft zwischen arm und reich wird größer. Zusammenfassung*, Frankfurt am Main.

Zabel, C. (2011): *Alleinerziehende ALG-II-Empfängerinnen mit kleinen Kindern. Oft in Ein-Euro-Jobs, selten in betrieblichen Maßnahmen*, IAB-Kurzbericht Nr. 21, Nürnberg.

Verzeichnis der Darstellungen

Darstellung 3.1:	Skizzierte Lorenzkurven der Vermögensverteilung in Deutschland ohne bzw. mit teilweiser Einbeziehung von sehr hohen Vermögen 2007.....	19
Darstellung 4.1:	Bevölkerungsgrunddaten Saarland 2012 und 2013.....	23
Darstellung 4.2:	Zukünftige Bevölkerungsentwicklung im Saarland nach der Bevölkerungsprognose des BBSR (in Tausend).....	24
Darstellung 4.3:	Privathaushalte im Saarland nach Haushaltsgröße 2000, 2011 sowie 2014 (in Tausend und in Prozent).....	25
Darstellung 4.4:	Ausländische Bevölkerung im Bundesländervergleich sowie Bevölkerung nach Migrationshintergrund am 31.12.2014 (in Prozent der Gesamtbevölkerung).....	27
Darstellung 4.5:	Nominales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Saarland und in Deutschland 2003 bis 2013 (in Euro).....	28
Darstellung 4.6:	Nominales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Bundesländervergleich 2013 (in Euro).....	28
Darstellung 4.7:	Nominales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den saarländischen Landkreisen im Zeitraum 2000 bis 2012 (in Euro).....	29
Darstellung 4.8:	Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts nach Vergleichsländern im Zeitraum 2002 bis 2013 (in Prozent).....	30
Darstellung 4.9:	Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im Saarland und Deutschland 2005 bis 2014 (Indexpunkte 2005 = 100).....	31
Darstellung 4.10:	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2005 bis 2014 nach Bundesländern (in Prozent).....	32
Darstellung 4.11:	Erwerbstätige im Saarland nach Wirtschaftsbereichen 1991, 2001 und 2014 (in Tausend).....	33
Darstellung 4.12:	Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Landkreisen des Saarlandes 2005 bis 2014 (in Prozent).....	34

Darstellung 4.13:	Veränderung der Beschäftigungsquote der Frauen in den Landkreisen und im Saarland sowie in Deutschland 2005 bis 2014 (in Prozent).....	34
Darstellung 4.14:	Einpendlerüberschuss (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) im Saarland 2010 bis 2014 jeweils zum 30. Juni.....	35
Darstellung 4.15:	Zahl der registrierten Arbeitslosen und Zahl der gemeldeten offenen Stellen im Saarland 1960 bis 2014.....	36
Darstellung 4.16:	Entwicklung der Arbeitslosenquote im Saarland und in Deutschland 1999 bis 2014 (Jahreszahlen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen).....	37
Darstellung 4.17:	Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2014 im Saarland und in den Vergleichsländern (in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen).....	38
Darstellung 4.18:	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Saarland und in den Vergleichsländern 2014 (in Prozent).....	38
Darstellung 4.19:	Schulden der Kernhaushalte der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2014 im Bundesländervergleich je Einwohner (in Euro).....	39
Darstellung 4.20:	Erwerbstätigenquoten der 15- bis 64-Jährigen 2013 (in Prozent).....	41
Darstellung 4.21:	Ein- und Auspendler im Saarland 2013 (absolut).....	41
Darstellung 4.22:	Armutsgefährdungsquoten in der Großregion 2012 und deren Veränderung 2006 bis 2011 (in Prozent bzw. in Prozentpunkten).....	43
Darstellung 5.1:	Entwicklung der Bruttolöhne/-gehälter und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen 1995 bis 2014 (Index 1995 = 100).....	45
Darstellung 5.2:	Entwicklung der strukturbereinigten Bruttolohnquote 1995 bis 2013 (in Prozent des Volkseinkommens).....	46
Darstellung 5.3:	Entwicklung der unbereinigten Lohnquote im Saarland und den Vergleichsländern von 1991 bis 2012 (in Prozent).....	47
Darstellung 5.4:	Anteile der Bruttoeinkommen aus verschiedenen Einkommensarten an den Haushaltsbruttoeinkommen im Saarland und im früheren Bundesgebiet 1998 bis 2008 (in Prozent und Euro).....	49

Darstellung 5.5:	Bruttolöhne und -gehälter je Erwerbstätigen im Saarland und in Deutschland 1991 bis 2013 (in Euro).....	50
Darstellung 5.6:	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (Inland) im Bundesländervergleich 2014 (in Euro/Stunde).....	51
Darstellung 5.7:	Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) nach Leistungsgruppen im Bundesländervergleich 2014 (in Euro).....	52
Darstellung 5.8:	Veränderung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) nach Leistungsgruppen im Bundesländervergleich 2007 mit 2014 (Index; 2007 = 100).....	53
Darstellung 5.9:	Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitskräfte nach Geschlecht und Sektoren im Saarland und im früheren Bundesgebiet nach Leistungsgruppen 2014 (in Euro)	54
Darstellung 5.10:	Median der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) im Bundesländervergleich 2013 (in Euro).....	56
Darstellung 5.11:	Median der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in den saarländischen Landkreisen 2013 (in Euro).....	58
Darstellung 5.12:	Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte inklusive Sonderzahlungen von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten 2013 (ohne Auszubildende) im Saarland und seinen Kreisen nach Arbeits- und Wohnort (31. Dezember, in Euro).....	59
Darstellung 5.13:	Soziodemografisch differenzierte (äquivalente) Bruttoeinkommensstrukturen im Saarland und in Westdeutschland 2008 (in Euro, Durchschnittswerte)	60
Darstellung 5.14:	Dezilverteilung und Gini-Koeffizienten der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Saarland und in Westdeutschland 2008 (in Prozent)q.....	62

Darstellung 5.15:	Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Saarland und in Westdeutschland 2008 (Lorenzkurve).....	63
Darstellung 5.16:	Entwicklung der Ungleichheit in den Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 – gemessen am Gini-Koeffizienten	64
Darstellung 5.17:	Dezilverteilung und Gini-Koeffizient der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und Westdeutschland 2008 und 2013 (in Prozent)	65
Darstellung 5.18:	Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und in Westdeutschland 2013 (Lorenzkurven).....	66
Darstellung 5.19:	Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland 2008 und 2013 (Lorenzkurven)	67
Darstellung 5.20:	Strukturinformationen zur Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland und in Westdeutschland 2013 (in Euro) ..	68
Darstellung 5.21:	Medianwerte sowie 60-Prozent-Armutsrisiko- und 200-Prozent-Reichtumsschwellen für das Saarland und in den Vergleichsregionen; Einkommen, Vermögen und Well-being-Werte 2008 und 2013 (Jahreswerte in Euro).....	70
Darstellung 5.22:	200-Prozent-Median-Schwellen (Einpersonenhaushalte) im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 (in Euro/Monat).....	71
Darstellung 6.1:	Armutsgefährdungsschwellen für einen Einpersonenhaushalt 2005 und 2013 im Bundesländervergleich (in Euro)	75
Darstellung 6.2:	Armutsgefährdungsschwellen für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren 2005 und 2013 im Bundesländervergleich (in Euro)	75
Darstellung 6.3:	Armutsrisikoquoten insgesamt und nach Geschlecht im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent).....	76
Darstellung 6.4:	Armutsrisikoquoten der Bevölkerung insgesamt 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)	77
Darstellung 6.5:	Armutsrisikoquoten von Männern und Frauen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)	78

Darstellung 6.6:	Armutrisikoquoten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent).....	79
Darstellung 6.7:	Armutrisikoquoten von Einpersonenhaushalten 2005 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent).....	80
Darstellung 6.8:	Armutrisikoquoten von Erwerbstätigen und Erwerbslosen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent).....	81
Darstellung 6.9:	Armutrisikoquoten von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. von Personen mit Migrationshintergrund 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)	82
Darstellung 6.10:	Armutrisikoquoten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)	84
Darstellung 6.11:	Armutrisikoquoten von unter 18-Jährigen und 18- bis unter 25-Jährigen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent).....	85
Darstellung 6.12:	Entwicklung der Armutrisikoquoten bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland 1984 bis 2010 (in Prozent) 87	
Darstellung 6.13:	Entwicklung der Intensität von Armutrisiken und Niedrigeinkommen bei 17- bis 30-Jährigen 1984 bis 2010 in Deutschland (in Prozent).....	89
Darstellung 6.14:	Armutrisikoquoten nach Haushaltstypen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent)	90
Darstellung 6.15:	Armutrisikoquoten von Alleinerziehendenhaushalten und kinderreichen Paarhaushalten 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent).....	91
Darstellung 6.16:	Armutrisikoquoten von Kindern nach Haushaltstyp, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund und Erwerbsintegration des Haushalts in Westdeutschland 2011 (in Prozent).....	92
Darstellung 6.17:	Armutrisikoquoten in Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent).....	97

Darstellung 6.18:	Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2000 bis 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)	98
Darstellung 6.19:	Beschäftigte mit Hochschulabschluss im Bundesländervergleich 2000 bis 2011 (in Prozent).....	98
Darstellung 6.20:	Auszug aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Berichtsjahr 2013/2014	104
Darstellung 6.21:	Beruflicher Ausbildungsabschluss der 1942 bis 1981 Geborenen 2011 nach sozialer Herkunft und Geburtskohorten (in Prozent) 106	
Darstellung 6.22:	Arbeitszeit und Befristung ein Jahr, fünf und zehn Jahre nach dem Studienabschluss 1997, 2001, 2005 und 2009 in Deutschland nach ausgewählten Fachrichtungen und Art des Abschlusses (in Prozent der Erwerbstätigen).....	108
Darstellung 6.23:	Armutrisikoquoten von Personen ab 25 Jahren nach Qualifikationsniveau im Saarland und in Westdeutschland 2005, 2012 und 2013.....	110
Darstellung 6.24:	Armutrisikoquoten von Personen ab 25 Jahre mit geringem Qualifikationsniveau 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent).....	111
Darstellung 6.25:	Quote der Bildungsbeteiligung unter 3-Jähriger in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2012 nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern im Bundesländervergleich (in Prozent).....	113
Darstellung 6.26:	Verteilung der Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 9 (2011) auf die Schularten nach sozioökonomischem Status (in Prozent)	114
Darstellung 6.27:	Abweichung der Zahl der Besucher verschiedener Schularten nach Einkommensquintilen vom altersstrukturbereinigten Erwartungswert in Deutschland 2009 (in Prozent)	115
Darstellung 6.28:	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt nach Alter, Geschlecht und Nationalität im Saarland Mitte 2014 (in Prozent)	117

Darstellung 6.29: Teilnahme an organisierten Angeboten für Kinder unter 24 Monaten in Deutschland 2010 (in Prozent).....	120
Darstellung 6.30: Teilnahme an organisierten Freizeitangeboten der Kinder ab 24 Monaten bis Schuleintritt (in Prozent)	122
Darstellung 6.31: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten insgesamt und für Ältere in Deutschland und den Ländern der EU-15, 2000 bis 2013 (in Prozent)	128
Darstellung 6.32: Entwicklung der Armutsrisikoquote insgesamt und für ab 65-Jährige in Deutschland 2005 bis 2013 (in Prozent)	128
Darstellung 6.33: Armutsrisikoquoten von ab 65-Jährigen 2005, 2012 und 2013 im Bundesländervergleich (in Prozent)	129
Darstellung 6.34: Armutsrisikoquoten von 50- bis 64-Jährigen und ab 65-Jährigen im Saarland 2005 bis 2013 (in Prozent).....	130
Darstellung 6.35: Durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten (Rentenzugang) und der Bestandsrenten nach Geschlecht im Saarland und in Westdeutschland 2013 (in Euro/Monat)	133
Darstellung 6.36: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenzugang und im Rentenbestand im Saarland, in Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2012 (in Euro/Monat)	135
Darstellung 6.37: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit im Rentenzugang und im Rentenbestand im Saarland, in Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2013 (in Euro/Monat)	136
Darstellung 6.38: Durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Hinterbliebenenrenten im Saarland und in Deutschland 2013 (in Euro/Monat)	138
Darstellung 6.39: Durchschnittlicher Gesamtzahlbetrag der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Rentenbestand nach Rentnerstatus und Geschlecht 2003 und 2013 im Saarland (in Euro/Monat)....	138
Darstellung 6.40: Durchschnittlicher Gesamtzahlbetrag der Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung im Saarland und in Deutschland 2003 bis 2013 (in Euro/Monat)	139

Darstellung 6.41: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten in den Kreisen des Saarlandes 2013 (in Euro/Monat).....	141
Darstellung 6.42: Durchschnittliche Zahlbeträge der gesetzlichen Renten – Rentenzahlbestand – von Einzel- und Mehrfachrentnerinnen und Mehrfachrentnern in den Kreisen des Saarlandes 2013 (in Euro/Monat).....	142
Darstellung 6.43: Entwicklung der Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenzugang und Rentenbestand sowie des Gesamtrentenzahlbestands in den Kreisen des Saarlandes 2003 bis 2013 (Index 2000 = 100)143	
Darstellung 6.44: Schichtung der Zahlbeträge der Altersrenten im Bestand 2013 nach Geschlecht (Perzentilobergrenzen in Euro/Monat)	144
Darstellung 6.45: Schichtung der Versichertenrenten wegen Alters – Nichtvertrags- und Vertragsrenten – im Saarland 2013 nach Geschlecht, Perzentilobergrenzen und Mittelwerte (in Euro)	145
Darstellung 6.46: Schichtung der Versichertenrenten wegen Alters mit und ohne Knappschaftsbezug im Saarland 2013 nach Geschlecht, Perzentilobergrenzen und Mittelwerte (in Euro)	146
Darstellung 6.47: Verteilung der persönlichen und der gemeinsamen Nettoeinkommen von Ehemännern/Ehefrauen bzw. Alleinstehenden ab 65 Jahre mit einer eigenen Netto-GRV-Rente unter 325 Euro in den alten Bundesländern (ohne Heimbewohner, in Prozent).....	148
Darstellung 6.48: Vermögensschichtung von Rentnerhaushalten und Haushalten insgesamt im Saarland und in Westdeutschland 2013 (in Prozent)151	
Darstellung 6.49: Relatives Einkommens- versus relatives Vermögensarmutsrisiko von Personen in Seniorenhaushalten im Saarland und in Westdeutschland 2008 (in Prozent)	152
Darstellung 6.50: Veränderung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsrisikoquoten von Personen in Seniorenhaushalten (Haushaltsvorstand: 65 Jahre oder älter) im Saarland 2008 durch Abzug der kalkulatorischen Eigentüermiete (in Euro und in Prozent) 153	

Darstellung 6.51: Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ausgewählte Altersgruppen) 2000 und 2013 (in Prozent).....	155
Darstellung 6.52: Restlebenserwartung ab einem Alter von 65 Jahren nach Haushaltsnettoäquivalenzeinkommensgruppen in Deutschland (in Jahren).....	158
Darstellung 6.53: Armut und Gesundheit bei Älteren in Deutschland 2007 (in Prozent)	160
Darstellung: 6.54: Entwicklung der Anzahl der Pflegebedürftigen 2003 bis 2013 im Saarland (in Personen)	161
Darstellung 6.55: Entwicklung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sowie Leistungsarten 2003 bis 2013 im Saarland (absolut in Personen und darunter in Prozent)	162
Darstellung 6.56: Pflegebedürftige in den saarländischen Landkreisen 2013 (Anzahl und Prozent)	163
Darstellung 6.57: Durchschnittliche Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen im Jahr 2012 im Saarland und in Westdeutschland (insgesamt und für Ältere, Skalenmittelwerte)	166
Darstellung 6.58: Durchschnittliche Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen im Saarland und in Westdeutschland 2012 (Skalenmittelwerte).....	166
Darstellung 6.59: Mindestsicherungsquoten im Saarland, in Westdeutschland, Deutschland und den Vergleichsbundesländern 2006-2013 (in Prozent)	171
Darstellung 6.60: Mindestsicherungsquoten von Ausländer/-innen im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt nach Bundesländern 2012 (in Prozent).....	172
Darstellung 6.61: Mindestsicherungsquote im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2013 Stichtag 31.12. (in Prozent).....	173
Darstellung 6.62: Mindestsicherungsquote von Ausländer/-innen im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2012; Stichtag 31.12. (in Prozent).....	174

Darstellung 6.63: Entwicklung der SGB-II-Quote im Saarland, in Westdeutschland und Deutschland seit 2005 (halbjährliche Werte, Stichtage 31.06. und 31.12., in Prozent).....	175
Darstellung 6.64: Entwicklung der Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Saarland, in Westdeutschland und Deutschland seit 2005; Stichtage 31.6. und 31.12. (in Prozent).....	176
Darstellung 6.65: Hilfequoten von leistungsberechtigten Personen im Saarland, in Westdeutschland und Deutschland 2013 (Jahresdurchschnitte in Prozent)	177
Darstellung 6.66: SGB II-Quote im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2012; Stichtag 31.12. (in Prozent).....	178
Darstellung 6.67: SGB-II-Quoten nach Typ der Bedarfsgemeinschaft im Saarland und in Deutschland 2012 und 2013 (Jahresdurchschnitte in Prozent).....	179
Darstellung 6.68: Leistungsberechtigte nach bisheriger Dauer im Saarland und Vergleichsregionen im Juni 2014 (Bestand, 31-Tage-Lückenregel, in Prozent)	180
Darstellung 6.69: Quote der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Personen ab 18 Jahren) 2008 und 2013 nach Nationalität; Stichtag 31.12. (in Prozent)	181
Darstellung 6.70: Grundsicherung im Alter mit Rentenbezug (Inlandsrenten) der Gesetzlichen Rentenversicherung am 31.12. (Deutschland insgesamt, Männer und Frauen)	183
Darstellung 6.71: Anzahl und Quote der Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren innerhalb und außerhalb von Einrichtungen 2008 und 2013, Stichtag 31.12.	184
Darstellung 6.72: Grundsicherungsquoten im Alter ab 65 Jahren im Saarland nach Stadt- und Landkreisen; Stichtag 31.12. (in Prozent).....	185

Darstellung 6.73:	Anzahl und Quote der Grundsicherung voll erwerbsgeminderter Personen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen 2008 und 2013 (Stichtag 31.12.).....	187
Darstellung 6.74:	Bevölkerungszahl, Ausländeranteil und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Stichtag 31.12.2013.....	188
Darstellung 6.75:	Ausländische Bevölkerung und Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2010 bis 2013	189
Darstellung 6.76:	Aufnahmequote* und Nettoausgabenquote** 2013 von Asylbewerbern nach Bundesländern (in Prozent).....	191
Darstellung 6.77:	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner	192
Darstellung 6.78:	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner	193
Darstellung 6.79:	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im Saarland nach Stadt- und Landkreisen 2013; Stichtag 31.12. (Anzahl und Anteil je 1.000 Einwohner).....	194
Darstellung 6.80:	Hilfen in besonderen Lebenslagen nach 5. bis 9. Kapitel SGB XII je 1.000 Einwohner	196
Darstellung 6.81:	Hilfe in besonderen Lebenslagen (5. bis 9. Kapitel SGB XII) nach Stadt- und Landkreisen im Saarland 2013, Stichtag 31.12. (Anzahl und Anteil je 1.000 Einwohner)	197
Darstellung 6.82:	Schuldnerquoten im Bundesländervergleich 2012 bis 2014 (in Prozent).....	203
Darstellung 6.83:	Altersstruktur der Ratsuchenden in Schuldnerberatungen im Saarland 2013 (in Prozent aller Ratsuchenden).....	204
Darstellung 6.84:	Haushaltsnettoeinkommen (in Euro/Monat) der Ratsuchenden bei Schuldnerberatungsstellen im Saarland und Deutschland 2013 (in Prozent aller Ratsuchenden).....	205
Darstellung 6.85:	Art und durchschnittliche Höhe der Schulden von ratsuchenden Personen im Saarland 2013 (in Euro).....	206

Darstellung 6.86:	Beratene Personen nach dem Hauptauslöser für die Überschuldung im Saarland 2013 (in Prozent)	207
Darstellung 6.87:	Anzahl der Verbraucherinsolvenzen im Saarland in den Jahren 2002 bis 2014	209
Darstellung 6.88:	Hauptbedarfsgruppen nach Landkreisen	211
Darstellung 6.89:	Bisherige und künftige Entwicklung der Nachfrage der Hauptzielgruppen aus Sicht der Einrichtungen/Initiativen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung im Saarland (Skalenwerte)	213
Darstellung 6.90:	„Inwieweit trägt ihr Angebot Ihrer Einschätzung nach bei Ihren Zielgruppen dazu bei, Armut und ihre Folgen (langfristig) zu bekämpfen bzw. Armut präventiv vorzubeugen?“ (in Skalenwerten).....	214
Darstellung 7.1:	Mediane bezüglich Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen (personengewichtet) im Bundesländervergleich 2013 (in Euro).....	220
Darstellung 7.2:	60-Prozent-Armutsquoten beim personengewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Bundesländervergleich 2013 (in Prozent).....	220
Darstellung 7.3:	Struktur der Vermögensarmut beim personengewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland, in Deutschland und in Westdeutschland 2013 (in Prozent).....	221
Darstellung 7.4:	Durchschnittliches personengewichtetes Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Saarland, in Deutschland und in Westdeutschland 2013 (in Euro)	222
Darstellung 7.5:	Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2014 nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes (in Prozent)....	223
Darstellung 7.6:	Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem Geschlecht und dem Alter der Haushaltsmitglieder (in Prozent)	224
Darstellung 7.7:	Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem individuellen Erwerbsstatus (in Prozent)	224
Darstellung 7.8:	Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem Qualifikationsniveau (in Prozent).....	225

Darstellung 7.9:	Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach der individuellen Staatsangehörigkeit (in Prozent)	225
Darstellung 7.10:	Vermögensarmut im Saarland und in den Vergleichsregionen 2013 nach dem Haushaltstyp (in Prozent)	226
Darstellung 8.1:	200-Prozent-Median-Schwellen (Einpersonenhaushalte) im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 (in Euro/Monat).....	228
Darstellung 8.2:	Entwicklung der 200-Prozent-Reichtumsquoten, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, im Bundesländervergleich 2005 bis 2013 (in Prozent)	229
Darstellung 8.3:	Einkommensbezogene 200-Prozent und 300-Prozent-Reichtums-schwellen im Saarland und in den Vergleichsregionen 2008 und 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (in Euro/Monat)....	230
Darstellung 8.4:	Einkommensbezogene 200-Prozent und 300-Prozent-Reichtums-quoten im Saarland und in den Vergleichsregionen 2008 und 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (in Prozent).....	231
Darstellung 8.5:	Einkommensmedianwerte und Bevölkerungsangaben im Saarland und in den Vergleichsregionen 2007.....	232
Darstellung 8.6:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregi- onen 2007 (in Prozent).....	233
Darstellung 8.7:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes (in Prozent)	235
Darstellung 8.8:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach fünf Altersgrup- pen für die Haushaltsmitglieder (in Prozent)	236
Darstellung 8.9:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem individuel- len Erwerbsstatus (in Prozent)	237
Darstellung 8.10:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem Schulab- schluss und dem ISCED-Qualifikationsniveau (in Prozent).....	238

Darstellung 8.11:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach der individuellen Staatsangehörigkeit und dem individuellen Migrationshintergrund (in Prozent)	239
Darstellung 8.12:	Einkommensreichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2011, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, nach dem Haushalts- typ (in Prozent).....	239
Darstellung 8.13:	Wohlstandsstrukturelle Unterschiede zwischen Einkommensrei- chen und -armen im Saarland 2008 (Landesmedian, in Pro- zent).....	241
Darstellung 8.14:	Reale Bruttoeinkommen (in Preisen von 2000) in Deutschland 1992 und 2005, Angaben in 1.000 Euro bzw. in Prozent	243
Darstellung 9.1:	Mediane und 200- bzw. 300-Prozent-Reichtumsschwellen bezüg- lich des (personengewichteten) Pro-Kopf-Haushaltsnettovermö- gens im Bundesländervergleich 2013 (in Euro)	248
Darstellung 9.2:	200- und 300-Prozent-Reichtumsquoten beim personengewichte- ten Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen im Bundesländervergleich 2013 (in Prozent)	249
Darstellung 9.3:	Reichtum im Saarland und in den Vergleichsregionen 2008 für ver- schiedene Wohlstandsindikatoren (200-Prozent-Abgrenzung; regi- onaler Median; in Prozent)	250
Darstellung 9.4:	Vermögensreichtum im Saarland und in Westdeutschland 2013, Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen, nach diversen soziodemografi- schen Merkmalen (200-Prozent-Abgrenzung; in Prozent)	252
Darstellung 9.5:	Wohlstandsstrukturelle Unterschiede zwischen Vermögensreichen und -armen im Saarland 2008 (Landesmedian, in Prozent).....	256
Darstellung 9.6:	(Netto-)Vermögensverteilung (Personen ab 16 Jahren in Privat- haushalten) in Deutschland 2007.....	259
Darstellung 9.7:	Anteile des vermögensreichsten 1 Prozents und 1 Promilles der Personen in Privathaushalten am gesamten Nettogesamtvermögen in Deutschland 2002, 2007 und 2012 (in Prozent)	260

Darstellung 9.8: Steuerpflichtige Erwerbe in Deutschland 2013	264
Darstellung 11.1: Wahrnehmung von Interessengegensätzen (Auswahl) zwischen verschiedenen Gruppen in Westdeutschland 1980, 1990 und 2010 (in Prozent)	306
Darstellung 11.2: Bevölkerungsanteil mit Sorgen im gesellschaftlichen Leben (in Prozent)	307

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen in „grauen Kästen“

Abbildung A: Verteilung des Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens im Saarland und in Westdeutschland, Lorenzkurven 2013	8
Tabelle A: Armutsrisikoquoten von Personen in Alleinerziehendenhaushalten* im Saarland, Westdeutschland und anderen Bundesländern 2005 bis 2013 (in Prozent)	13
Tabelle B: Armutsrisikoquoten 2013 und 2014 im Saarland und in Westdeutschland nach Geschlecht und Alter sowie für ausgewählte Gruppen (in Prozent)	73
Tabelle C: Angebots-Nachfragerelation am Ausbildungsmarkt 2014 im Bundesländervergleich (in Prozent)	101
Tabelle D: Unterbeschäftigte und ungenutztes Arbeitskräftepotenzial 2013 (in Tausend bzw. in Prozent)	102
Abbildung B: Kumulierte Arbeitslosigkeitserfahrung westdeutscher Männer im Erwerbsverlauf nach Geburtskohorten (in Monaten)	116
Tabelle E: Mediennutzungsdauer von zwei- bis fünfjährigen Kindern in Deutschland 2014 (in Minuten)	123
Tabelle F: Armutsrisikoquote nach Abzug der Wohnkosten nach dem Alter 2013 in Deutschland und in den Ländern der EU-15 (in Prozent)	154
Tabelle G: Materielle Entbehrung – ausgewählte Einzelkriterien nach Alter 2013 (in Prozent)	156
Tabelle H: Erbschaftssteuerpflichtige Erwerbe, Begünstigung von Unternehmensvermögen und festgesetzte Erbschaftssteuer im Bundesländervergleich 2013 (in Millionen Euro und in Prozent)	263
Tabelle I: Wohnqualität und Armutsgefährdung in Deutschland 2013 (in Prozent)	296
Tabelle J: Finanzielle Kapazitäten von Personen (Selbsteinschätzung) in Deutschland 2013 (in Prozent)	297

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AK	Arbeiterkammer
ALG	Arbeitslosengeld
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften
ASID	Alterssicherung in Deutschland
AZR	Ausländerzentralregister
BAG-SB	Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAV	Betriebliche Altersvorsorge
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BG	Bedarfsgemeinschaft
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BTDrs.	Bundestagsdrucksache
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
CEO	Chief Executive Officer
COM	(European) Commission
D	Deutschland
DAX	Deutscher Aktienindex
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DSW	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz
eLb	Erwerbsfähiger Leistungsberechtigter
EM	Erwerbsminderung
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Ew.	Einwohner

FaSo	Dr. Faik Sozialforschung
FAST	Faktisch anonymisierte Daten aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik
FDZ	Forschungsdatenzentrum
FNA	Forschungsnetzwerk Alterssicherung
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
hekt. Ms.	Hektografiertes Manuskript
HHNÄE	Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen
HTW	Hochschule für Technik und Wirtschaft
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
iff	Institut für Finanzdienstleistungen e. V.
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IMK	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
INIFES	Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie
InO	Privatinsolvenzordnung
ISCED	International Standard Classification of Education
ISG	Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik
ISI	Informationsdienst Soziale Indikatoren
IT-NRW	Information und Technologie Nordrhein-Westfalen
JIM	Jugend, Information, (Multi-)Media
LTDrs.	Landtagsdrucksache
MDAX	Mid-Cap-DAX
miniKIM	Studie Kinder + Medien, Computer + Internet für 2- bis 5-Jährige
MSGFF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes
MZ	Mikrozensus
nEf	nichterwerbsfähiger Leistungsberechtigter
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
Q1, ..., Q5	Unterstes Einkommensfünftel, ..., oberstes Einkommensfünftel
ROP	Raumordnungsprognose
S	Saarland
Saar-Lor-Lux	(Großregion) Saarland-Lothringen-Luxemburg
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEB	Sozioökonomische Berichterstattung

SOEP	Sozioökonomisches Panel
SUF	Scientific-Use-File
TUM	Technische Universität München
U1, ..., U8	Kindliche Früherkennungsuntersuchungen
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
v28	Version (= Welle) 28 (SOEP)
VAMV	Verband alleinerziehender Mütter und Väter
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
ViD	Vermögen in Deutschland
VSKT	Versichertenkontenstichprobe
VW	Volkswagen
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Karte Saarland und Karte Großregion



Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie
Franz-Josef-Röder-Straße 23
66119 Saarbrücken
Telefon: (0681) 501-30 97
presse@soziales.saarland.de

www.soziales.saarland.de
 /MSGFF.Saarland

Saarbrücken 2015

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.

